Werner J. Patzelt (Hg.)

Die Machbarkeit politischer Ordnung

Transzendenz und Konstruktion

[transcript] Edition Politik

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Werner J. Patzelt (Hg.)
Die Machbarkeit politischer Ordnung

Edition Politik | Band 8

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Werner J. Patzelt (Hg.)

Die Machbarkeit politischer Ordnung

Transzendenz und Konstruktion

[transcript]

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gefördert mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 804 »Transzendenz und Gemeinsinn« an der Technischen Universität Dresden.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/.
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2013 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-2247-8
PDF-ISBN 978-3-8394-2247-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Inhalt

Vorwort
Werner J. Patzelt | 7

Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion
Werner J. Patzelt | 9

Ordnungskonstruktion und ihre ethnomethodologische Analyse
Werner J. Patzelt | 43

Politischer Mythos, Legitimität und Ordnungskonstruktion
Sebastian Heer | 99

Mythos und kollektive Selbstdeutung
Das „Wirtschaftswunder“ als transzendentes Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion
Sebastian Heer | 127

Transzendenzrekurse im Bundestag
Eine Analyse der Parlamentseröffnungsreden zwischen 1949 und 2009
Werner J. Patzelt | 157

Die Sprengkraft der Transzendenz
Die staatsunabhängige Friedensbewegung in der DDR auf ihrem Weg zu politischer Mündigkeit
Katharina Kern | 235

Ressourcen europäischer Ordnungskonstruktion
Die Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Stephan Dreischer | 311

Das Scheitern politischer Ordnungskonstruktion
Der Fall Afghanistan
Cathleen Bochmann | 359

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

‚Heimat' als gelingende Ordnungskonstruktion
Joachim Klose | 391

Politische Ordnungskonstruktion und die Natur des Menschen
Zur Rolle von biologischen Unverfügbarkeiten
Christoph Meißelbach | 417

Autorenverzeichnis | 465

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vorwort

Dieser Band, zentrale Ergebnisse der ersten Arbeitsphase des Teilprojekts „Transzendenz und Gemeinsinn als Ressourcen politischer Ordnungskonstruktion“ im Rahmen des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“ präsentierend, erschließt der Politikwissenschaft einen weiteren empirischen Zugang zu einem ihrer Kernprobleme: Wie ist stabile politische Ordnung möglich? Dabei richtet sich besonderes Interesse darauf, in welcher Weise Rekurse auf Transzendenz – letztere dreifach verstanden als Überschreitung von Grenzen, als „letzter Kontext“ von Deutungsversuchen sowie als „Unverfügbares“ – zur Hervorbringung und Stabilisierung politischer Ordnung beitragen.

Zu den hier zur Diskussion gestellten Ergebnissen gehört – erstens – eine sachangemessen komplexe Theorie sozialer sowie politischer Ordnungskonstruktion. Diese fußt nicht nur auf den ethnomethodologischen Vorarbeiten des Projektleiters für diesen Sonderforschungsbereich sowie auf Inspiration aus der Rahmentheorie und aus den anderen Teilprojekten des gesamten Projektverbunds, sondern gerade auch auf den bisherigen empirischen und sekundäranalytischen Arbeiten des Teilprojekts. Sie wird in den ersten drei Kapiteln dieses Bandes vorgestellt. Erstens wird eine diskursanalytisch anwendbare Theorie des Transzendierens sowie des Transzendenten und seiner Rolle bei der Konstruktion sozialer bzw. politischer Ordnung entwickelt. Zweitens wird diese Theorie in den größeren Rahmen einer Theorie der Konstruktion sozialer Wirklichkeit gestellt sowie mit dem – auch historisch weit ausgreifenden – Ansatz des Evolutorischen Institutionalismus verkoppelt. Drittens wird gezeigt, welche Rolle bei alledem politische Mythen bzw. Narrationen für Hervorbringung von politischer Legitimität und Ordnung spielen.

In den anschließenden vier Kapiteln werden diskursanalytische Detailstudien aus dem Kernbereich unseres SFB-Teilprojekts vorgelegt. Sie zeigen anhand unterschiedlicher Textkorpora, auf welche Weise Transzendenzrekurse zur Konstruktion und Stabilisierung, doch auch zum Wandel und zur Destabilisierung politischer Ordnung beitragen. Es wird dargelegt, wie der Mythos vom „Wirtschaftswunder“ als Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion diente. Es

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wird anhand von Parlamentsreden nachgezeichnet, mit welchen – wie sich wandelnden – Transzendenzrekursen sich die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1949 und 2009 ihrer Sinnhorizonte, Unverfügbarkeiten und Gestaltungsaufgaben vergewisserte. Es wird untersucht, auf welche Weise der Diskurs um den Frieden die Legitimität der DDR unterhöhlte. Und es wird gezeigt, welcher Transzendenzressourcen man sich nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Gründung des europäischen Institutionengefüges bediente. Alle diese empirischen Fallstudien werden vom in den ersten drei Kapiteln entwickelten Theorieansatz geleitet, gehen diskursanalytisch vor und haben dabei exemplarischen Charakter. Den viel weiter geschneiderten, auf die gesamte Laufzeit des Sonderforschungsbereichs ausgelegten Theorierahmen dieses Bandes füllen sie noch nicht aus; das bleibt den weiteren aus diesem Teilprojekt hervorgehenden Publikationen vorbehalten.

Ähnliches gilt für die drei übrigen Kapitel. Erstens wird, in sekundäranalytischer Auswertung bereits vorliegender Forschungsarbeiten, anhand des Beispiels von Nation-Building in Afghanistan gezeigt, am Fehlen welcher Ressourcen und an welchen Diskrepanzen zwischen „Bauplan“ und „Baumaterial“ die politische Ordnungskonstruktion überhaupt *scheitern* kann. Zweitens wird – am Fall der Entstehung und Empfindung von „Heimat“ – umgekehrt gezeigt, was alles für das *Gelingen* dieser Ordnungskonstruktion im Vorfeld aller Staatlichkeit erforderlich ist. Drittens wird das *Fundament* aller menschlichen Ordnungskonstruktion vermessen, gleichsam das reale Bedingungsgefüge ihrer Möglichkeit: die – durchaus auch biologisch verstandene – „Natur des Menschen“, wie sie bei den Klassikern des politischen Denkens philosophisch und in manchen zeitgenössischen Sozialwissenschaften seit einigen Jahrzehnten auch evolutionsbiologisch geklärt wird.

Zusammen führen die zehn Kapitel dieses Bandes die ganze Spannweite der Fragestellungen, theoretischen Einsichten und bisherigen empirischen Befunde politikwissenschaftlicher Transzendenzanalyse vor Augen. Sie zeigen, dass „Transzendenz“ das Zeug zu einem Schlüsselbegriff politikwissenschaftlicher Analyse hat, dass die vorgestellte Theorie politischer Ordnungskonstruktion großes Integrationspotential besitzt und die Diskursanalyse auf dem Mittelweg zwischen großflächig-quantitativem und punktuell-hermeneutischem Zugriff ein gut systematisierbarer und höchst erkenntnisträchtiger Forschungsansatz der Politikwissenschaft ist. Mit alledem trägt dieser Band einesteils zur empirischen Analyse politischer Kultur als der „weichen Seite“ politischer Ordnung bei, andernteils zur politikwissenschaftlichen Theorie der Hervorbringung, Sicherung und Zerstörung politischer Wirklichkeit. Und das ist ein klassisches Thema unserer Disziplin.

Dresden, im Herbst 2012

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion

WERNER J. PATZELT

1. TRANSZENDENZ ALS POLITIKWISSENSCHAFTLICHER BEGRIFF

Manche Begriffe umgibt eine Aura des Rätselhaften, zugleich aber so Wichtigen, dass man sie nicht aus seinem Wortschatz verbannen will. Dann verwendet man sie entweder aufs Geratewohl, wie in den 1970er Jahren so oft den Begriff der „Dialektik", oder muss versuchen, sie dem eigenen Denken – es womöglich umstrukturierend – anzuverwandeln. „Transzendenz" ist ein solcher Begriff.[1] In politikwissenschaftlichen Lexika kaum einmal berücksichtigt, führt er beim Nachdenken über seine mögliche politikanalytische Relevanz schnell zu Begriffen wie Religion oder Zivilreligion, auch wie Weltanschauung, Ideologie oder politische Kultur, und dann rasch zu Fragen danach, wie diese „weiche", aus Wissensbeständen und Deutungspraxen bestehende Seite des Politischen sich zu dessen „harter" Seite verhalte, nämlich zu den machtausübenden *Institutionen* und zu jener Gewalt, die von *politischer Ordnung* sowohl gebändigt als auch verwendet wird. Beim Nachdenken über zutreffende Antworten kommt bald die Vermutung auf, viele etablierte Denkweisen und bewährte Theoreme zu alledem ließen sich, Eisenfeilspänen gleich, im Magnetfeld des Transzendenzbegriffs ordnen. Stimmt dies, dann kann um den Transzendenzbegriff herum eine komplexe Theorie politischer Ordnung und ihrer Konstruktionsprozesse formuliert werden.[2] Es ist Aufgabe dieses Beitrags, die Erfolgsaussichten eines solchen Versuchs nachzuweisen, und Aufgabe dieses Bandes, den empirischen Nutzen einer derartigen Theorie vor Augen zu führen.

1 Siehe zu ihm und seiner Geschichte – mit vielen weiteren Verweisen – L. Honnefelder/W. Schüssler 1992, M. Enders 1998 und Th. Rentsch 2010.

2 Das ist ein Leitgedanke des Teilprojekts I „Transzendenz und Gemeinsinn als Ressourcen politischer Ordnungskonstruktion" des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804 „Transzendenz und Gemeinsinn", aus dessen erster Arbeitsperiode dieser Band hervorging.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. TRANSZENDIEREN UND TRANSZENDENZ

„Transzendenz“ kommt vom lateinischen Verbum *transcendere*. Dieses meint einesteils: in etwas hinübersteigen, etwa in einen anderen Kahn oder auf ein anderes Grundstück. Und es meint andernteils: etwas übersteigen, beispielsweise eine Mauer mit einer Leiter, oder etwas übertreten, etwa ein Gebot. Die Bedeutung des Substantivs *Transzendenz*, wohl eine Begriffsprägung der frühen Neuzeit, entsteht somit nicht aus der Vorstellung von verschiedenen „Seinsbereichen“, sondern aus der Vorstellung eines *Vorgangs*. Das wird freilich deutlicher im substantivierten Infinitiv *Transzendieren*. Also wird im Folgenden nur dieser Infinitiv verwendet, wenn es um den Sinn des Ursprungsverbs geht.

Wo immer transzendiert wird, gibt es offenbar eine *Grenze*. Es kann die Grenze unseres Leibes sein oder unserer Sprache, die Grenze unseres Wissens oder überhaupt unseres Wissenkönnens, die Grenze unseres Landes oder gar die Grenze der physikalisch nachweisbaren Welt. Eben der Markierung solcher Grenzen dient der Begriff der Transzendenz. Ihm liegt somit eine einfache Denkfigur zugrunde: Es gibt etwas diesseits der Grenze und etwas jenseits der Grenze; wir sind zunächst einmal diesseits der Grenze, streben aber – vielleicht, und aus welchen Motiven auch immer – in den Bereich jenseits dieser Grenze; und wir nennen *unseren* Bereich diesseits der Grenze „Immanenz“ oder „das Immanente“ (von deutsch wie lateinisch *in* sowie von *manere*, d.h. bleiben), den Bereich jenseits der Grenze aber „(die) Transzendenz“ oder „das Transzendente“. Allerdings verletzt dieser Begriff im Grunde das Sprachgefühl und führt leicht unser Begriffsverständnis sowie den anschließenden Begriffsgebrauch in die Irre. Grammatisch im Kern ein (substantiviertes) Partizip, tut der Begriff des „Transzendenten“ nämlich so, als bezeichne er irgendetwas oder irgendjemand, das oder der selbst eine solche Grenze überschritte. Tatsächlich aber meint – wenigstens hier – „das Transzendente“ oder „die Transzendenz“, ganz im Unterschied zum „Transzendieren“, nichts anderes als jenes „Land“ oder jenes (vermutete, unterstellte, imaginierte …) „Sein“, das – erreichbar oder auch nicht – *hinter* jener Grenze liegt. Wer oder was da diese Grenze übersteigt, heißt im Folgenden deshalb gerade nicht Transzendenz oder das Transzendente, sondern „der Transzendierende“ bzw. „das Transzendierende“.

Natürlich findet jeder für sich selbst heraus, bewusst oder vorreflexiv, gewiss auch entlang der ihm vertrauten kulturellen Vorlagen, wo und für welchen Zweck er eine für ihn wichtige Grenze zwischen „Immanenz“ und „Transzendenz“ ziehen will oder für alle praktischen Zwecke eben zieht. Sie kann die Grenze dessen sein, was er *selbst erfahren* hat oder meint, hier und jetzt erfahren zu können.[3] Dann

3 Im Folgenden werden implizit die Begriffe der kleinen, mittleren und großen Transzendenz im Sinn von Alfred Schütz sowie Thomas Luckmann eingeführt; siehe hierzu A. Schütz 1981, A. Schütz/Th. Luckmann 2003, Th. Luckmann 2010 und C.-C. Yu 1996.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kann er sie durch Aufbruch aus dem *status quo*, also durch Reisen, Lesen oder auch die Nutzung des Internet überschreiten. Sie kann die *Grenze des eigenen Ich* sein, an die man beim Umgang mit anderen und deren Ich stößt. Dann kann man sie durch solche Kommunikation, durch solche Diskurse mit anderen zumindest stellen- und streckenweise überschreiten, in denen jene uns ihr Ich öffnen. Und es kann die *Grenze unserer Alltagswirklichkeit* und ihrer Selbstverständlichkeiten sein. Sie überschreiten wir in Träumen, auch im Kino und der Oper, vor faszinierenden Bildern oder in Konzerten,[4] und wir überschreiten sie ebenfalls dort, wo wir einer „übernatürlichen", „jenseitigen", „göttlichen" Welt begegnen oder zu begegnen glauben. So gut sich aber jeder daran erinnern kann, dass und wo er schon mindestens eine solche Grenze der Alltagswirklichkeit überschritten hat, und so gut so mancher von aufwühlenden Träumen und spirituellen Begegnungen, von tief nachwirkenden Kino-, Musik- oder Lektüreerlebnissen berichten kann, so unklar ist doch, *was* genau jenseits *dieser* Grenze liegt. Überschreitet man sie *nur* in Form eines anderen, gerade nicht auf die Bewältigung unserer Alltagsaufgaben abgestellten „Modus" unserer Verarbeitung von Sinnesdaten und Gedächtnisinhalten? Oder *sind* da „wirklich" andere „Seinsbereiche" – die jener andere Modus unseres Bewusstseins uns also nicht „vorspielt", sondern bloß „zugänglich macht"?

Offenbar stellt sich hier die Frage nach dem ontologischen Status „des Transzendenten". Wo es um die Grenzen unserer eigenen Erfahrung oder unseres Ich geht, hinter welchen das liegt, was man seit Alfred Schütz die „kleinen" und „mittleren" Transzendenzen nennen kann, ist diese Frage einfach zu beantworten: Natürlich endet die Welt weder an den Grenzen unseres derzeitigen persönlichen Wissens („kleine Transzendenz") noch an der Grenze des eigenen Ich („mittlere Transzendenz"). Das „kleine" und „mittlere" Transzendente „gibt" es also wirklich; es ist bloß unterschiedlich schwer in Erfahrung zu bringen. Wie aber steht es mit der „Welt hinter der Alltagswelt", mit dem „Unsichtbaren hinter dem Sichtbaren", mit dem „Immateriellen hinter dem Materiellen"? Hinsichtlich des ontologischen Status dieser „großen" Transzendenzen gibt es spätestens seit der Aufklärung große Uneinigkeit. Diese gilt es wohl auf Dauer zu akzeptieren, da nicht zu erkennen ist, wie sich der Streit um die hier anhängigen ontologischen Probleme ohne einen Glaubensakt entscheiden ließe. Zwar werden viele durchaus nicht bestreiten, dass es „Immaterielles" hinter oder neben dem „Materiellen" geben mag, zumal ohnehin Klarheit darüber fehlt, was Materie eigentlich „ist". Doch *ist* das Immaterielle – etwa so wie „das Gute" oder „das Wahre"? Besitzt es – so Platons nachwirkende

4 Friedrich Schiller (2000) erörterte 1795 derlei Grenzüberschreitungen der Alltagswelt vom „physischen Zustand" hinein in den „moralischen Zustand" in seinen „Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen" und nannte gerade jene Grenzmark den „ästhetischen Zustand". Menschen in ihn hineinzuführen um sie für die Grenzüberschreitung hin zum moralischen Zustand zu öffnen, sei – so Schiller – die hervorragende Aufgabe der Kunst.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Denkfigur – ein vom Materiellen ganz unabhängiges Sein, ja vielleicht gar mit der Pointe, dass ohnehin alles Materielle nur insofern „ist", als es am jeweiligen immateriellen Vorbild einen – gleich wie vorzustellenden – „Anteil hat"?[5] Oder ist „Immaterielles" nichts anderes als eine *Denkfigur* oder eine *Handlungsvorlage*, die erst mit der Entstehung von Lebewesen, ja allein erst mit der Entwicklung leistungsfähiger Zentralnervensysteme in die Welt gekommen ist, also letztlich aus routinemäßig reproduzierten neuronalen Vernetzungen besteht? Auch die Existenz des „Unsichtbaren hinter dem Sichtbaren" werden viele keineswegs bestreiten, zumal wir heute doch Dinge wie elektromagnetische Wellen „sehen" und nutzen, die sich noch vor 200 Jahren niemand auch nur vorstellen konnte. Zweifellos gibt es Moleküle nicht erst, seit wir sie mit geeigneten Mikroskopen erkennen können, und zuvor unbekannte Galaxien und interstellare Staubwolken entstanden wohl auch nicht erst gemeinsam mit den Bildern des Hubble-Weltraumteleskops. Ist aber die Grenze dessen, was wir *je* unseren Sinnen oder (etwa über mathematische Modelle) unserem Verstand zugänglich machen können, auch schon die Grenze der Wirklichkeit? – Und natürlich erleben Gläubige aller Religionen über ihre Rituale eine „Welt hinter der Alltagswelt". Ist diese aber deshalb schon etwas, das auch *unabhängig* vom Glauben und von glaubenserzeugten Ritualen besteht, so dass Glauben und Rituale einfach *den Weg* dorthin öffnen – oder ist jene „Welt hinter Alltagswelt" nichts mehr als eine *Konstruktion* des Glauben*wollens*, welche durch die psychischen Begleiterscheinungen von Ritualen zwar „beglaubigt", dadurch aber im ontologischen Sinn nicht „wirklicher" wird?

Es ist wohl gerade die zu vielerlei Leidenschaft Anlass gebende Umstrittenheit des ontologischen Status jener „großen Transzendenzen", die es so attraktiv macht, allein *dieses* „Land jenseits der Grenze" als „Transzendenz" zu bezeichnen. Das Transzendente ist dann das, was vermutlich – oder immerhin womöglich – gar nicht existiert, also eine Utopie im Wortsinn. Gewiss lässt sich auch Nicht-Existentes vorstellen und wie real behandeln, was Konrad Lorenz einmal auf die Formel brachte, der Mensch besitze das Privileg des „Glaubens an den reinen Unsinn".[6] Es lässt sich im Übrigen zeigen, dass Religiosität als mentale Fähigkeit, fromm zu sein, eine biologische Grundlage hat, die von – zumindest *einstigen* – evolutiven Vorteilen des Glaubens an Geister oder Götter kündet.[7] Doch das beweist ja nicht auch schon deren Existenz. Und natürlich gibt es sowohl „Frömmigkeit" im Sinn *individueller Praxen* einer „Kontaktpflege mit dem Göttlichen" als auch „Religion" im Sinn einer *kollektiven*, jeweils geschichtlich gewordenen und kulturell überaus variantenreichen Form der *symbolischen* oder *diskursiven* „Vergegenwärtigung des

5 Zu Platons Ideenlehre siehe in transzendenzanalytischer Perspektive u.a. G. Faden 2005.

6 Zu dieser – später mehrfach wiederholten – Formulierung aus einer Wiener Vorlesung von Konrad Lorenz im Wintersemester 1976/1977 siehe R. Riedl 1979, S. 29f.

7 Der einschlägige Forschungsstand findet sich in E. Voland/E. Schiefenhövel 2009 aufbereitet. Siehe hierzu auch N. Luhmann 2000, S. 250-277.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Göttlichen". Doch von Transzendenz nur in solchen Zusammenhängen zu sprechen, läuft einfach auf eine Beobachterrede von der Religion hinaus.

Ist aber der Transzendenzbegriff erst einmal in dieser Weise auf Religion verengt, so verliert er auch jenes viel weiter reichende und sehr starke „Magnetfeld", das ihn sozialwissenschaftlich so gehaltvoll macht. Der *Grundvorgang* des Transzendierens samt den Chancen, die er öffnet, sowie den Risiken, die er birgt, vollzieht sich ja an *jeder* Grenze, die überschritten wird. Deshalb lohnt sich auch die Analyse der Voraussetzungen, Nebenwirkungen und Ergebnisse *allen* Transzendierens, und zwar ganz *unabhängig vom ontologischen Status* jenes Seinsbereichs, in den hinübergestiegen wird. Außerdem lehrt das Beobachten des Transzendierens besonders viel, wenn derlei Übersteigen *vergleichend* untersucht wird – und zwar nicht nur im Vergleich menschlichen Umgangs mit den „kleinen", „mittleren" und „großen" Transzendenzen, sondern gerade im Vergleich des Transzendierens in Seinsbereiche recht fraglicher und viel weniger fraglicher Existenz. Menschen können ja auch aus *rein eingebildeten* Dingen reale Wirklichkeit schaffen (etwa eine zerrüttete Beziehung aus ganz zu Unrecht unterstellter Treulosigkeit des Partners) und können auf Wesen höchst *umstrittener Existenz* ganze Biographien gründen (etwa ein zölibatäres Leben auf „Gott"). Und dass es durchaus kein bloß akademischer Zeitvertreib ist, sich mit solchen Möglichkeiten „realer Konstruktion *ex nihilo*" zu beschäftigen, zeigt der Blick auf überaus tatkräftige und unterdrückungswillige Regime, die aus *reinen Gedankengebilden* (etwa dem Glauben an die segensreiche Wirkung der Verstaatlichung von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungsgewerbe) einen neuen Menschen, eine neue Gesellschaft, kurzum „neue Wirklichkeit" schaffen wollten.[8] Die Folgen menschlichen Handelns sind in allen diesen Beispielsfällen zweifellos real – ganz gleich, wie irreal und im Wortsinn utopisch gewesen ist, was zu jenen Handlungen führte, die solche Folgen zeitigten.

Unübersehbar wird hier, warum sich Transzendieren und Transzendenz als Schlüsselbegriffe gerade – freilich nicht nur – der Politikwissenschaft eignen. Grenzen zu überschreiten und Noch-Utopien eben doch mit einem „Ort in der Welt" auszustatten, ist nämlich seit je ein Motiv politischen Handelns gewesen. Über die Grenzen des eigenen Landes wollte Alexander hinaus, über die Grenzen seines Standes Robespierre, über die Grenzen ihrer Klassen ein Bauernführer wie Thomas Müntzer, ein Arbeiterführer wie August Bebel; und Politiker wie Lenin, Hitler und Mao ließen Grenzen des zuvor für machbar Gehaltenen ohnehin nicht gelten. Man erkennt: Nachgerade kennzeichnend für Politik sind Grenzüberschreitungen von der alltagspraktischen Vernunft hin zu ideologischer Begeisterung, von der Rhetorik hin zur Demagogie, vom Streit mit Worten hin zum Kampf mit Waffen. Eben das Streben hinein ins noch nie Dagewesene, ins Unerhörte, ins als unmöglich Geltende fasziniert, motiviert und mobilisiert immer wieder an der Politik.

8 Siehe hierzu W. J. Patzelt 1998.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dort gilt eher als kleinmütig denn als besonnen, wer die Existenz eines gelobten Landes bezweifelt und gleichsam vom Weg aus Ägypten in die Wüste abrät; und kritisiert wird gerne, wer – wie einst Helmut Schmidt bei einem Juso-Kongress – Politiker mit riskanten Visionen lieber zum Arzt als in Führungsämter bringen will. Offenbar gibt es eine Art „Daueraffäre" zwischen Politik und Transzendenz, zwischen politischer Ordnung und der Regelung des Umgangs mit Grenzen aller Art. Um diese Daueraffäre zu verstehen, braucht es freilich einen differenzierteren Begriff von Transzendieren und von Transzendenz, als er bislang eingeführt wurde. In einem dreidimensionalen Merkmalsraum lässt er sich entwickeln. Vorausgeschickt sei als Selbstverständlichkeit, dass es im Folgenden weder um eine philosophische Begriffsklärung noch um eine Quintessenz ideengeschichtlicher oder zeitgenössischer Bemühungen um den Transzendenzbegriff geht, sondern nur um das Bereitlegen eines zunächst einmal politikwissenschaftlich ergiebigen, doch vermutlich auch für andere Disziplinen anschlussfähigen Transzendenzbegriffs.

3. DREI DIMENSIONEN VON TRANSZENDENZ

3.1 Transzendenz als Handlungsmotivation

Erstens hat Transzendenz eine *handlungsmotivierende* Dimension.[9] Es lockt einfach das Land jenseits der Grenze – wo immer diese auch gezogen sei und was auch immer hinter ihr liege. In diesem Sinne transzendiert man seinen *Leib*, indem man sich mit Brille oder Hörgerät ausstattet; transzendiert man seine *Muttersprache* (und obendrein den durch sie erschlossenen Kommunikations- und Aktionsraum) durch Erlernen anderer Sprachen, einschließlich jener der Mathematik und Musik; transzendiert man sein *Ich* durch Neugier auf Andere, Öffnung für Andere und Gespräche mit Anderen; transzendiert man seine *Heimat* bzw. *Kultur*, sowie die eigene Prägung durch sie, mittels mannigfaltiger Reise- und Leseerfahrungen; transzendiert man seine persönliche *Geschichte* durch Neuansätze bei der Lebensführung sowie die Geschichte seines Landes durch Neubildung von Institutionen oder neue Bündnisse; transzendiert man die *Gegenwart* durch Zukunftsentwürfe sowie ihnen dienliches Verhalten; und transzendiert man sogar *„die Welt"* durch Meditation, Gebet und Ritual. Mit solcher, unserer neugierigen Spezies vielleicht schon genetisch eingeschriebener „Lust am Transzendieren" beginnt denn auch immer wieder neu die *love story* zwischen Politik und Transzendenz.

9 Zum Folgenden siehe auch Th. Rentsch 2010a.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.2 Transzendenz als Hermeneutik

Zweitens hat Transzendenz eine *hermeneutische* Dimension. Was immer hier und jetzt vorliegt, empfängt nämlich seinen Sinn aus jenem Kontext, in dem es steht – oder in den es vom Beobachter gestellt wird.[10] Ob eine geballte Faust eine Drohung oder ein Gruß zum 1. Mai sein mag, ist beispielsweise nie der Faust selbst anzusehen, sondern allein jenem Kontext, in dem man sie sieht oder in den man sie rückt. Doch auch der Kontext, in den man etwas rückt, das man verstehen – und gegebenenfalls auch missverstehen – will, erklärt sich nicht einfach von selbst, sondern bedarf oft eines weiteren Kontexts, um verständlich zu werden. Eine geballte Faust mögen zwar die meisten rasch für eine Drohgebärde halten, vor allem, wenn sie schon im Film oder im wirklichen Leben Raufereien gesehen haben. Doch die geballte Faust kann als „Gruß" wohl nur verstehen, wer über den Kontext „1. Mai" verfügt – und zwar nicht im kalendarischen Sinn, sondern im Sinn von „Kampftag der Arbeiterklasse". Was aber ein „Kampftag der Arbeiterklasse" wäre und was mit ihm der 1. Mai zu tun habe, das wird seinerseits erst in weiteren Kontexten klar. Sie handeln von der Arbeiterbewegung, vom Klassenkampf, womöglich vom Historischen Materialismus, ja vielleicht auch noch vom Dialektischen Materialismus, als dessen Konkretisierung man den Historischen Materialismus auszulegen hat. Irgendwann – und in unserem Beispiel: vermutlich schon *vor* der Erläuterung des grüßenden Sinns einer geballten Faust durch Rückgriff auf den Historischen Materialismus – bricht man dieses Verfahren der Aufschichtung von Kontext auf Kontext ab. Irgendein Kontext ist dann, für alle praktischen Zwecke und somit vielleicht auch nur „bis auf Weiteres",[11] der *letzte* Kontext. Transzendiert wird hier beim Übergang vom zu verstehenden Sachverhalt zum explizierenden Kontext; transzendiert wird beim Übergang vom zu verstehenden Kontext zum nächstliegenden weiteren Kontext; und so transzendiert man weiter bis zum Abbruch des Verfahrens.

Die erste Grenze, die dabei überschritten wird, liegt zwischen dem zu verstehenden Sachverhalt und dem ersten erläuternd herangezogenen Kontext; die näch-

10 Hier findet sich die Schnittstelle zur ethnomethodologischen Theorie der Indexikalität und Reflexivität, die ihrerseits zu einem nennenswerten Teil auf dem semiotischen Werk von Peirce beruht. Siehe hierzu die entsprechenden Abschnitte im Kapitel 2 dieses Bandes sowie K. Leiter 1980, S. 106-157.

11 Formulierungen wie „für alle praktischen Zwecke" oder „bis auf Weiteres" sind typisch für ethnomethodologische Analysen sinndeutender und wirklichkeitskonstruktiver Prozesse. Solche Wendungen zeigen an, dass in oder an der sozialen bzw. politischen Wirklichkeit nichts „an sich" so und nicht anders ist oder gehandhabt wird, sondern alles seinen Platz und seine Ratio nur im Rahmen einer spezifischen Situation, im Licht besonderer Interessen sowie im Dienst bestimmter Handlungen besitzt. Weil gerade bei der Erörterung von Transzendenz im Sinn von „Unverfügbarkeit", der dritten Dimension dieser Entfaltung des Begriffs, Hinweise auf die unaufhebbare Indexikalität auch „des Transzendenten" angebracht sind, werden solche Formulierungen im Folgenden immer wieder verwendet.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ste Grenze liegt zwischen dem ersten und dem zweiten Kontext; und so geht es fort bis zur Grenze zwischen dem vorletzten Kontext und jenem letzten Kontext, den man – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr übersteigen mag. Das Transzendente – und zwar „transzendent" im oben angemerkten, leicht irreführenden Wortsinn des im Adjektiv nachwirkenden Partizips – ist also der jeweils nächste Kontext. Während man auf die „ersten" Grenzen, die hermeneutisch überschritten werden, je nach Wissen oder Kreativität des Auslegenden recht kontingent treffen mag, verhält es sich mit der – nicht grundsätzlich, sehr wohl aber für viele praktischen Zwecke – „letzten" Grenze anders. Oft wird sie durch Rekurs auf professionsspezifische Wissensbestände gezogen, ja nachgerade befestigt, zumal durch Aussagen wie die folgende: „Unter uns Juristen, Medizinern, Ingenieuren, Politikern … versteht sich *das* doch von selbst!" Doch noch öfter zieht man sie als die so „natürlich" wirkende Grenze zwischen den „mittleren" und den „großen" Transzendenzen, macht also Halt *vor* dem Land „mit dem umstrittenen ontologischen Status". Zwar hängt stark von kulturellen Vorlagen ab, was als „ontologisch gesichert" im Unterschied zu „ontologisch fragwürdig" gilt. Doch es ist typischerweise genau diese Grenze, an welcher man sein Transzendieren einstellt, falls einen nicht seine Berufsrolle als Philosoph oder Priester zum Spezialisten für diese Grenzmark bzw. für das Land hinter ihr macht. Üblicherweise erkennt man diese Grenze daran, dass die Teilnehmer am hermeneutischen Diskurs nun bei Kontexten wie „Gerechtigkeit" oder „Frieden", wie „Natur" oder „Gott" angekommen sind. Der eine empfindet einen solchen Kontext dann bald als „zu abstrakt", als „zu fern von meinen viel wichtigeren wirklichen Problemen", als dass er sich mit ihm näher befassen wollte. Und der andere merkt, dass die ab hier zu tragenden Begründungslasten jedes weiteren Kontexts immer schwerer werden. Also gibt es auch für ihn gute Gründe, gerade an dieser Stelle mit dem Heranziehen weiterer Kontexte aufzuhören und es mit einer abschließenden Formel bewenden zu lassen.[12] Tatsächlich aber tut sich an dieser Grenze überhaupt nichts anderes als an den zuvor schon überschrittenen Grenzen – außer, dass man nun eben *nicht* mehr weitergeht und gerade hier, nicht aber an einer anderen Stelle, die dann für alle praktischen Zwecke und bis auf Weiteres geltende Trennlinie zwischen dem „Immanentem" und dem „Transzendentem" zieht.

Dass man aber überhaupt eine solche Trennlinie – oder deren mehrere – gezogen hat, und zwar genau diese, zeitigt weitestreichende Folgen. Von den äußersten *Enden* des auf diese Weise hermeneutisch erschlossenen und abgeschlossenen Lan-

12 Zum Problem wird nicht selten, dass weder Ego nach Alter weiß, wann je der Andere mit diesem Aufschichtungsprozess aufhören will und wo obendrein für diesen „wirklich", und nicht nur hier und jetzt, „die letzte Grenze zum letzten Kontext" verläuft. Zu den von kompetenten Diskurspartnern dann verwendeten Methoden der Sinnklärung siehe im nächsten Kapitel über „Ordnungskonstruktion und ihre ethnomethodologische Analyse" den Abschnitt über „Ethnomethoden".

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des ausgehend pflegt man nämlich deutend zu vermessen, was sich *in* diesem Land befindet. Glaubt man etwa, dass es jenseits der „letzten überschreitbaren Grenze" Gott gibt, dann sieht alles im von dieser Grenze her betrachteten Land sehr anders aus, als wenn man fest davon ausgeht, dass es um das eigene Land herum gerade keinen Gott gibt. Und wenn man „weiß", dass alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, dann fühlt sich auch alles politische Handeln „hier und jetzt" ganz anders an, als wenn man „weiß", dass „Klassenkampf" nur eine theoretische Konstruktion zur geistigen Vermessung von Phänomenen ist, die man auch sehr anders ordnen und deuten könnte. Beide Beispiele zeigen: Die „Richtigkeit" der Erstdeutung eines zu verstehenden Sachverhalts hängt von der „Richtigkeit" des ersten herangezogenen Kontexts ab, die aber ihrerseits nur im Lichte eines „richtigerweise" anschließend herangezogenen Kontexts beurteilt werden kann; und dieser Prozess des „Nachweises" der Richtigkeit einer Deutung von Kontext zu Kontext geht solange fort, bis das ganze Aufschichtungsverfahren von Kontext um Kontext abgebrochen wird – etwa mit der Entscheidung, seine aus gleich welchen Gründen getroffene Festlegung nun nicht mehr in Frage zu stellen (sei es die zur Existenz oder Nichtexistenz Gottes oder zum Charakter von Geschichte als einer von Klassenkämpfen oder eben nicht von Klassenkämpfen).[13]

Für den Abbruch des Aufschichtungsverfahrens mag man nun gute oder schlechte Gründe heranziehen, mag Glaube oder Vernunft den Ausschlag geben, ja mag vielleicht auch gar keine Wahl bestehen: „Es ist in unserem Staat, in unserer Kultur, in unserer Religion eben so, wie es ist, und zwar ist es so, dass …" Gerade an dieser Abbruchstelle, wie verfahrensmäßig kontingent und intellektuell „schmutzig" sie im Einzelnen auch sein mag, entfaltet sich jeweils die *love story* zwischen Politik und Transzendenz, nämlich als eine der Pflege und Propagierung solcher Weltanschauungen oder Weltansichten, die den sinnstiftenden und – dem Anspruch nach – emotional bindenden Kontext ganzer politischer Ordnungen abgeben sollen, ja wirklich können. Politik auf *Religion* zu gründen, gar beides so zu amalgamieren, dass eine anschließende Trennung des Religiösen vom Politischen als künstlich oder immerhin sehr komplexer Begründungen bedürfend wirkt, ist die eine Form jener Daueraffäre zwischen Politik und Transzendenz. Die Kultivierung von *Zivilreligion* als Versuch, der emotionalen Bindung an das eigene Gemeinwesen auch noch die Ressourcen religiöser Anhänglichkeit zu erschließen, indem Verfassungs-

13 Nicht anders verhält es sich mit den Grenzziehungen im Bereich der „kleinen" oder „mittleren" Transzendenzen. Wer weiß, dass er – bei allem Wissen – eben doch vieles Wichtige nicht weiß, für den fühlt sich selbst das Gewusste ganz anders an als für den „kognitiv Grandiosen". Eben das ist der Kern des Streits zwischen Sokrates und den Sophisten. Und wer weiß, dass neben dem eigenen Ich Millionen anderer Ichs leben, deren jedes eine ganze und je besondere Welt sein eigen nennt, für den fühlt sich auch die eigene Welt recht anders an als für jenen, der sich auf die Position des Solipsismus oder radikalen erkenntnistheoretischen Konstruktivismus stellt und empfindet, jenseits seiner selbst wäre da gar kein anderes Ich mehr zu erfahren.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

urkunden an die Stelle heiliger Schriften, Verfassungskonventionen an die Stelle geheiligter Traditionen, staatliche Gebäude an die Stelle von Tempeln treten, ist nur die eine Spielart dieser Liaison.[14] Die andere, gleichsam morganatische[15] Form der Verbindung von Politik und Transzendenz ist der *Dezisionismus*. Bei ihm weiß man nicht nur, dass viele sinndeutende Kontexte frei wählbar wären und man deren hermeneutische Stabilisierung durch Aufschichtungsprozesse willkürlich abbrechen kann, sondern bekennt sich auch noch dazu. In welcher Richtung und wo die „letzte" Grenze liegt, findet der Dezisionist also nicht heraus, sondern legt das alles selbst fest, womöglich die *beabsichtigten* Folgen genau dieser Setzung klar im Blick. Zwischen diesen beiden äußersten Möglichkeiten, den „letzten Kontext" festzulegen, nämlich der (zivil-)religiösen und der dezisionistischen, liegt ein breites Spektrum weiterer Möglichkeiten, Trennlinien mit mehr oder minder großer intuitiver – und nicht nur willkürlich angemuteter – Plausibilität zu ziehen. Staaten proklamieren etwa ihre Leitideen oder Grundwerte, Parteien ihre Programme, Personen ihre – oft als dank Meinungsfreiheit „unhinterfragbar" hervorgekehrte – politische Überzeugung. Anschließend kann die Reflexion all dessen, sowie seine Didaktisierung, das Transzendente erst recht zu einer Ressource der Wirklichkeits- und Ordnungskonstruktion machen, die sich in Form von Theologie, Parteilehrjahren oder öffentlichen Reden im charismatischen Predigerton besonders systematisch nutzen lässt.[16]

Auf alle diese Weisen wird über Bezugnahmen auf Transzendentes – also über „Transzendenzrekurse" – verbürgt, welcher Sinn einem konkreten Sachverhalt „zukommt" und was deshalb die anzuratenden Anschlusspraxen wären. Das gilt einesteils in rein „technischer" Weise: Der jeweils nächste Kontext dient als Prämisse jener Schlussfolgerungen, in deren Licht man das zu Verstehende betrachtet. Das gilt aber auch als Beschreibung unserer alltäglichen Empfindungen beim Deuten von Sachverhalten, die sich nicht routinemäßig erschließen. Sinnvoll scheint uns nämlich allein das zu sein, wofür wir – und sei es nach längerem Explikations- oder Argumentationsgang – eine Rechtfertigung bzw. zumindest Erklärung finden. Wird uns im Diskurs eine solche Rechtfertigung oder Erklärung gegeben, dann erlebt man sie – je nach ihrer Passung zur Struktur bisherigen Wissens und Denkens – mitunter als eine Befreiung von Ungewissheit, die Handlungslähmungen beseitigt.

14 Gewiss gehört zum Phänomenbestand von Zivilreligion aber noch mehr, als im Rahmen dieses Arguments angesprochen werden kann; siehe etwa H. Lübbe 1982, W. Vögele 1992, Th. Hase 2001 und H. Kleger 2011.

15 Von mittellateinisch *matrimonium morganaticum*, seinerseits vom althochdeutsch *morgangeba*, d.h. „Morgengabe" stammend. Eine „morganatische Ehe" (auch: „Ehe zur linken Hand") war die im europäischen Adel nicht selten vorkommende Ehe zwischen (meist) einem Adeligen und einer nichtadeligen Frau – also das, was das Bürgertum später als eine „mesalliance" bezeichnen sollte.

16 Siehe hierzu im nächsten Kapitel den Abschnitt über die „Vorfeldmethoden" der *politics of reality*.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oder man empfindet sie als eine die eigene Identität gefährdende Anmutung zum Umdenken, als dessen Lohn dann allerdings neues Verstehenkönnen „der Welt" winken mag. Und im weiten Bereich zwischen diesen Endpunkten der Skala gerät man immer wieder unter das, was Habermas einst den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments" nannte.[17]

Derselbe Zusammenhang wirkt gerade beim Umgang mit den „großen" Transzendenzen. Es gibt einfach ein „rundes Lebensgefühl", wenn man mit Paul Gerhardt sagen, ja vielleicht auch noch in Johann Sebastian Bach berühmter Choralfassung singen kann: „Wer nur den lieben Gott lässt walten / und hoffet auf ihn allezeit / den wird er wunderbar erhalten / in aller Not und Traurigkeit. / Wer Gott, dem Allerhöchsten traut, / der hat auf keinen Sand gebaut". Zwar wird einen immer wieder die Problematik der Theodizee einholen: Wie kann ein guter Gott, obendrein allmächtig, so viele Übel in der Welt zulassen? Aber man mag dann auch, auf diese Weise seine eigene „letzte Grenze" im Prozess des Verstehenwollens ziehend, es mit der Aussage bewenden lassen, dass Gottes Wege eben nicht die unseren wären und seine Gerechtigkeit unsere Verstehensmöglichkeiten überschreite. Und ähnlich „rund" ist das Weltgefühl eines Agnostikers, ja auch eines Atheisten, und zwar zumal dann, wenn er den – von Religiösen so oft zurückgewiesenen – Verstehensschlüssel der Evolutionstheorie benutzt.[18] Zwar mag die ihm vielleicht nicht beim Bewältigen persönlicher Krisen helfen; sie befreit ihn aber grundsätzlich vom Problem der Theodizee: Misslingen, Verschwinden und regulative Katastrophen gehören ebenso zum Gang der Evolution wie Zustandekommen, Aufblühen und Dominantwerden. Beides „funktioniert" also, wenn auch zu je besonderem Preis: *deus sive natura.*[19] Wo immer, und wie immer auch, jener letzte Kontext somit erreicht sein mag, den zu übersteigen man nicht mehr unternimmt: Der *Sinn* des Seins, der Welt, des Lebens, des eigenen Daseins, der eigenen Kultur, der eigenen Lebensumstände, der Artefakte des Alltags erschließt sich aus genau solchen *Sinnarchitekturen*. Wie einfach oder komplex sie auch sind: Ihren Schlussstein, oder die Schlusssteine ihrer einzelnen Gewölbeteile, bildet stets „Transzendentes" oder „die" Transzendenz. Von daher versteht sich leicht, warum die solchermaßen *reifizierende Substantivierung* der tatsächlich ablaufenden *Prozesse* in unserer Sprache sowohl üblich als auch zwischen dem Eindruck des „Wichtigen" und des „Rätselhaften" changierend ist: Der Schlussstein hält wirklich ein Gewölbe aufrecht – kann aber nur als letzter Konstruktionsschritt eines in seinem Ablauf gerade nicht willkürlich gestaltbaren Prozesses eingefügt werden. Was letztlich die Stabilität des Gewölbes

17 Siehe J. Habermas 1971 und Th. McCarthy 1980.

18 Siehe hierzu auch den aggressiven evolutionstheoretischen Atheismus eines R. Dawkins 2007 oder D. C. Dennett 2006.

19 So die berühmte Formel von Spinoza; siehe dazu auch F. Benrath 1993 und S. Wollgast 1999.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

garantiert, ist also weniger der *auswechselbare* Stein als vielmehr der *Prozess* seines *Setzens* und *Haltens am Platz*.

3.3 Transzendenz als Unverfügbarkeit

Damit ist die dritte, die *wirklichkeitskonstruktive* Dimension von Transzendenz erreicht: Es gilt, die Festigkeit und stabilitätssichernde Lage solcher „Schlusssteine" zu *sichern*. Tatsächlich hängt in der eben beschriebenen Weise von derartigen „Schlusssteinen" ab, also von als selbstverständlich akzeptierten Kontexten *jenseits* der „letzten Grenze" beim Verstehenwollen und Verstehensollen, welche Kontexte hier und jetzt als sinnvoll gelten können, oder welche Handlungen im bislang entstandenen „größeren Ganzen" einer Kultur, Gesellschaft oder politischen Ordnung in welchem Grade sinnvoll, sinnwidrig oder sinnlos sind. Dass Beten sinnvoll sein kann, glaubt etwa vernünftigerweise nur, wer zunächst schon einmal glaubt, Göttliches existiere überhaupt und vergehe auch nicht durch Ignorieren oder Wegwünschen. Dieser Glaube allerdings – selbst wenn er, wie oben erwähnt, eine biologische Grundlage haben mag – verflüchtigt sich erfahrungsgemäß samt seinen konkreten Inhalten, sobald es an einer sozialen Absicherung dieses Glaubens durch Alltagsvollzüge fehlt. Umgekehrt wurde der christliche Glaube – nach seiner platonischen Prägung – gegen weitere philosophische Veränderungen (gnostische, arianische, monophysitische …) gerade dadurch gesichert, dass man – nach mehreren Anläufen und unter kaiserlicher Autorität – im 4. Jh. das nicäno-konstantinopolitanische Glaubensbekenntnis formulierte sowie anschließend, bis hin zur Verfolgung religiös Andersdenkender, soziokulturell durchsetzte. Weitere Beispiele liefert Deutschland. Dass man sich – zumindest beim Wunsch nach Vermeidung der (zugeschriebenen) Rolle eines „Asozialen" – lebenslänglich mit dem SED-Staat zu arrangieren habe, wurde etwa erst dann für alle praktischen Zwecke unabänderlich, als die DDR nicht mehr wie ein von baldiger Wiedervereinigung abzulösendes Provisorium wirkte und der Mauerbau es obendrein unmöglich machte, gefahrlos den Staat nach eigenem Ermessen zu verlassen. Genau dadurch wurde nämlich die DDR zum nicht nur alltagspraktisch selbstverständlichen, sondern auch existentiell unabweisbaren Kontext sogar des höchstpersönlichen Lebens. Und Unabänderliches statuiert auch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Art. 79,3: Solange sich das deutsche Volk keine neue Verfassung in freier Selbstbestimmung zulegt, sind die materielle Rechtsstaatlichkeit – verankert an der Formel von der „unantastbaren Würde des Menschen" sowie an der unmittelbaren Rechtswirkung der sie konkretisierenden Menschenrechte – mitsamt der Bundesstaatlichkeit und dem Demokratie- sowie Sozialstaatsprinzip aus Art. 20 jedem substantiellen Wandel entzogen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die großen Züge jener Praxen, durch die derlei Unveränderlichkeit mit etlichem Erfolg herbeigeführt wird, lassen sich leicht erkennen. Religionen schaffen die Voraussetzungen für eine gewisse Beständigkeit der ihrer Ausdeutung zugrunde zu legenden Kontexte, indem sie einen Kanon „verbindlicher" heiliger Schriften festlegen, ein mehr oder minder hierarchisch aufgebautes Lehramt einrichten und künftige Glaubenslehrer sorgfältig sozialisieren. Mitunter etablieren sie sogar die Sachinstitution des *Dogmas*, das wie eine Festung des so-und-nicht-anders zu Denkenden wirkt. Disziplinen wie die „Dogmatik" innerhalb der „Systematischen Theologie" verbinden dann Dogmen als „über alle Zweifel gewisse Lehraussagen" mit minder stark befestigten „Glaubenswahrheiten" zu einem regelrechten Verteidigungssystem gegenüber anderem Denken. Ideokratische Regime – zumal totalitäre Diktaturen – verfahren nicht anders, sondern nur unter Nutzung anderer Namen für die funktionalen Äquivalente all dessen.[20] Ferner legten sich seit über 200 Jahren mehr und mehr Staaten besondere Verfassungsurkunden zu, um das an ihrer Institutionenordnung dauerhaft zu Sichernde allgemein verbindlich zu machen. Später richteten viele Staaten sogar Verfassungsgerichte ein, die – womöglich auf der Grundlage einer nach Jahrzehnten gut ausgearbeiteten Verfassungsdogmatik und Staatslehre – dann auch im von der Verfassung nicht geregelten Einzelfall festlegen können, was im Rahmen der errichteten Ordnung sein darf, sein muss oder eben nicht sein soll. Viele Parteien verfahren nicht anders mit ihren Programmen und deren politisch-theoretischer Ableitung bzw. Einbettung. Auf diese Weise schaffen sie die Grundlagen zur Abgrenzung zwischen „wir" und „die Anderen", letztlich zwischen „Freund" und „Feind".[21] Kaum anders halten es wissenschaftliche Schulen. Ohnehin Diktaturen, doch auch freiheitliche politische Kulturen kennen obendrein klare kulturelle Gebote und Verbote eines „korrekten" politischen Sprechens, ja auch Denkens. Damit wehren sie sich dagegen, dass für brisant gehaltene oder vom etablierten Kanon abfallende Kontexte ins Spiel kommen bzw. von der bisherigen Praxis abweichende Handlungen zeitigen könnten. Solche Tabus lassen sich über soziale Kontrolle durchsetzen und außerdem strafrechtlich absichern – in Diktaturen durch das Verbot „staatsfeindlicher Hetze", in freiheitlichen Staaten etwa durch den Straftatbestand der Holocaustleugnung.

Bei alledem geht es um die Sicherung bestimmter Wissensbestände, Deutungsweisen, Praxen und von alledem getragenen Institutionen als „unverfügbar". Unverfügbar meint dabei: der Dispositionsfreiheit des Einzelnen, ja selbst gut organisierter Gruppen entzogen, zumindest hier und jetzt sowie für alle praktischen Zwecke. Anders gewendet: Indem festgelegt wird, was der letzte sinnvollerweise oder zulässigerweise heranzuziehende Kontext ist, wird auch jene Grenze festgelegt, die beim Transzendieren nicht mehr überschritten werden soll oder nicht mehr überschritten

20 Vgl. M. Becker 2011.
21 Siehe zu Carl Schmitts „Begriff des Politischen" R. Voigt 2011.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werden darf. Sofern nach dem zwar unpräzisen, doch geläufigen Sprachgebrauch eben das Land jenseits *dieser* Grenze als „das Transzendente" bezeichnet wird, lässt sich durchaus die prägnante Formel verwenden, „das Transzendente" sei „das Unverfügbare".[22] Allerdings darf man sich von dieser eingängigen Formel nicht irreführen lassen. Es lassen sich ja *viele* Grenzen so befestigen, dass unverfügbar wird, was jenseits ihrer liegt. Also ist auch mit Transzendenz im Sinn von „Unverfügbarkeit" *kein* hervorgehobener ontologischer Status verbunden, sondern nur die Aussage, hier werde etwas – gleich wie – für alle praktischen Zwecke unverfügbar *gemacht* und als unverfügbar *gesichert*. Unverfügbar ist „das Transzendente" also nicht notwendigerweise „aus eigener Kraft" oder „aus eigenem Sein", sondern vor allem als (Zwischen-) Ergebnis von Prozessen sozialer Wirklichkeitskonstruktion. Überspitzt formuliert: (Vielerlei) Transzendenz liegt „der Wirklichkeit" gerade nicht *voraus*, sondern mitten *in* ihr, nämlich als unverzichtbare Ressource ihrer eigenen Konstruktion. Es verhält sich mit dem Transzendenten also wirklich wie mit dem Schlussstein eines Gewölbes: Er befindet sich in der Mitte jener Dienste, die sowohl *ihn tragen* – als auch *ohne ihn einstürzten.*

In eben diesem Sinn kann von Transzendenz als einer *„Ressource der Wirklichkeitskonstruktion"* gesprochen werden, desgleichen von den – durchaus kulturspezifischen – „Transzendenzressourcen der Wirklichkeitskonstruktion". Diese führt man in konkrete Prozesse der Wirklichkeits- und Ordnungskonstruktion durch „Transzendenzrekurse" ein, also dadurch, dass man sich beim handlungsleitenden und handlungserläuternden Diskurs verweisend oder argumentierend auf derlei „Unverfügbares" bezieht. Solches geschieht aufs Offensichtlichste in liturgischen Formeln („Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes") und ganz unverhüllt in alltagspraktisch gebräuchlichen Wendungen religiöser Provenienz („Im Namen Allahs, des Erbarmers, des Barmherzigen" – wie auf arabischen Konferenzen selbst ganz normale Diskussionsbeiträge beginnen können). Dazu kam es bei der Erklärung von Kriegen „im Namen Seiner Majestät" und kommt es bei der Verkündigung von Urteilen „im Namen des Volkes". Und derlei setzt sich fort, wenn politische Forderungen im Namen der Menschenrechte oder der Demokratie,

22 Sie dient als gemeinsamer Nenner im Sonderforschungsbereich 804 „Transzendenz und Gemeinsinn"; siehe Sonderforschungsbereich 804, Finanzierungsantrag, Bd. 1, S. 41. Es geht hier um den „Versuch der allgemeinen Bestimmung von ‚Transzendenz' zum Zweck der vergleichenden Analyse, in dem Sinne, dass es sich hier um Produktion oder Bewältigung von ‚Unverfügbarkeiten' handelt. Als ‚unverfügbar' sollen solche Sachverhalte angesehen werden, die in der Perspektive von Akteuren der unmittelbaren, alltäglichen Lebenswelt entzogen, quasi entrückt erscheinen, die gleichwohl aber auf sie zurückwirken und ihr Sinn und Geltung verleihen. […] Solche Unverfügbarkeiten […] sind keine überhistorischen oder metasozialen Phänomene. Sie werden, auch wenn sie hinter dem Rücken der Akteure wirken, konstruiert, sie beruhen auf Prozessen der Unverfügbarstellung, die historischer, diskursiver wie praktischer Veränderung unterliegen".

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

im Namen des Friedens oder des Sozialismus erhoben werden oder man sie aus dem „Geist eines Volkes“ bzw. aus den „Lehren der Geschichte“ ableitet.

Das alles lässt sich, einmal als deutungsleitende Ressource vorhanden, auch noch recht vielschichtig ausgestalten sowie über Ableitungen nutzbar machen. Zum einen kann es zu Amalgamierungen von Transzendenzverweisen kommen, nämlich dergestalt, dass ehedem durchaus nicht mit sonderlicher Selbstverständlichkeit Verbundenes fortan verkoppelt und als Komplex koadaptierter kultureller Muster mit einer einzigen Formel adressierbar und situationsdefinierend nutzbar wird.[23] In der Sprechweise des SED-Staates wurde etwa Gleichheit mit Gerechtigkeit verschmolzen und beides anhand des Begriffs des Sozialismus diskursiv zugänglich gemacht. Zum anderen kann man das Repertoire kulturell etablierter Transzendenzrekurse leicht um deren *Kontrastierungen* bzw. *Negationen* erweitern. „Kontrastierungen“ von Transzendenzverweisen sind dabei *alternative*, *konkurrierende* Transzendenzverweise, etwa der Art, dass der Verweis auf „unverfügbare Freiheit“ mit dem Hinweise auf „unverfügbare Gleichheit“ gekontert wird. Und „Negationen“ von Transzendenzrekursen ereignen sich als „Enttranszendierung“ bzw. „Immanentisierung“ – etwa dergestalt, dass Blitze als elektrische Entladungen, nicht mehr aber mit dem Zorn des Zeus erklärt werden, oder dass Gottes Schöpferrolle evolutionstheoretisch wegerzählt wird. Sowohl Kontrastierungen als auch Negationen von Transzendenzrekursen dienen offensichtlich dazu, eben diese um ihre hier-und-jetzt situationsdefinierende und somit wirklichkeitskonstruktive Kraft zu bringen.

Dass etwas durch akzeptierte Transzendenzrekurse unverfügbar „gemacht“ wird, heißt also in keiner Weise, dass es anschließend „wirklich“ unverfügbar wäre oder in der Praxis – und schon gar nicht „für alle Zeit“ – als unverfügbar gehandhabt würde. Obendrein ziehen gerade bislang unangefochtene Transzendenzfeststellungen fast unweigerlich Versuche nach sich, das vorgeblich „Unverfügbare“ eben doch zum Gegenstand ganz praktischer Verfügungen, ja zur Machtressource konkreten Handelns zu machen. Am unumstrittensten erkennt man dergleichen im Bereich der Religion. Wo immer das Göttliche als äußerster Kontext vom „Immanenten“ geschieden ist, finden sich nämlich Versuche, auf dieses Transzendente durch Gebete, Rituale und Opfer Einfluss zu nehmen, also von ihm ganz praktisch zu profitieren. Bei Bittgängen über die Fluren, ehedem in katholischen Gegenden üblich, wurden die Äcker und Wiesen gesegnet; mit Weihwasser bekreuzigte man sich beim Verlassen des Hauses; zogen Gewitter auf, wurden geweihte „Wetterkerzen“ entzündet; und katholische bzw. orthodoxe Priester „erhalten“ heute noch bei ihrer

23 Weitergebbare bzw. übernehmbare „kulturelle Muster“ als „Meme“ und deren „Amalgamierungen“ als „Memplexe“ bezeichnend, rückt der Evolutorische Institutionalismus solche Phänomene in den Mittelpunkt seiner Institutionenanalyse; Anschlusskonzepte wären die des „Steuerungsmems/Steuerungsmemplexes bzw. des Regulatormems/Regulatormemplexes“. Siehe zu alledem W. J. Patzelt 2007 und 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Weihe die „Fähigkeit", Brot und Wein – beides „transsubstanziierend" – in Fleisch und Blut Jesu zu „wandeln". Doch auch in der Politik fallen, bei ausreichendem analytischem Abstand, markante Beispiele für derlei „Verfügbarmachen des Unverfügbaren" auf. Etwa vertrug es sich in den Augen der SED bestens, dass der programmatisch ganz unverfügbaren Friedenspolitik der DDR gerade durch die Einführung flächendeckenden Wehrunterrichts und durch die Unterstützung militärischer Interventionen in Mitteleuropa und Afrika aufgeholfen wurde. Der hier typische Zusammenhang ist am besten dahingehend zu beschreiben, dass sich um alles als „unverfügbar" Konstruierte alsbald *praktische Funktionalisierungen* ranken, die es wieder in den Bereich des zweckvoll Bereit- oder Abgelegten ziehen, also „erden" und gerade nicht als – da jenseits der „letzten Grenze" liegend – wirklich „unverfügbar" behandeln.[24]

Ist dann wohl überhaupt nichts unverfügbar und *alle* Transzendenz nur *Konstruktion*? Es dient einer differenzierten Antwort, *Schichten von Unverfügbarkeit* zu unterscheiden.[25] Dass es die Welt gibt, ist uns gewiss unverfügbar und somit von allen als äußerster Kontext sämtlicher Sinndeutungen heranzuziehen, die sich solchen Klärungen nicht über den Notausgang des Solipsismus entziehen. Vielleicht gibt es hinter der Welt auch noch Gott als ihren Schöpfer. Über ihn können wir dann ganz gewiss nicht verfügen – zumindest nicht abseits der im letzten Absatz angeführten „magischen Mittel". Ebenso unverfügbar ist uns, dass es – gemeinsam mit der Welt – die Zeit gibt und somit Wandel und Endlichkeit. Science Fiction lässt uns zwar nicht nur über Zeitreisen, sondern auch über Eingriffe in „Zeitlinien" und in das „Raum-Zeit-Gefüge" nachdenken, also in vergangene Ereignisketten mit pfadabhängigen Folgen für alle Zukunft. Solche Eingriffe zeitigen dann freilich meist unerwünschte Nebenfolgen und werden gern mühevoll rückgängig gemacht oder kompensiert, was jeder solchen Erzählung einen spannenden Plot beschert. Doch wie wir uns die Zeit wirklich verfügbar machen könnten, lässt uns auch die spezielle Relativitätstheorie noch keineswegs erkennen. Unverfügbar ist uns ebenso die – ohnehin erst ansatzweise begriffene – Beschaffenheit der Materie. Allerdings können wir sie uns – von Landwirtschaft und Viehhaltung über Chemie und Maschinenbau bis hin zum Umgang mit elektromagnetischen Wellen und der Atomspaltung – seit unterschiedlich langer Zeit zielgerichtet zunutze machen. Unverfügbar ist uns auch unsere Leiblichkeit, zu welcher neben unseren biologischen Aktions-, Emotions-, Kognitions- und Sozialfähigkeiten[26] auch der – zwar hinausschieb-

24 Von N. Luhmann 2000 werden derlei Effekte sehr präzise anhand des Begriffs des „reentry" analysiert.

25 Im Hintergrund steht hier eine Theorie des „Schichtenbaus der Wirklichkeit", wie sie philosophisch etwa von Nicolai Hartmann 1949, soziologisch von Alfred Schütz 1981 und evolutionstheoretisch von Rupert Riedl 1985, S. 66-80, formuliert wurde. Zu ihrer politikwissenschaftlichen Relevanz siehe W. J. Patzelt 2007a, S. 184-193.

26 Zu dieser Domäne von Soziobiologie und Evolutionspsychologie siehe den Forschungsüberblick von E. Voland 2000.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bare, doch ganz unvermeidliche – Tod gehört. Aber wir können unseren Leib auf vielerlei Weise verändern und verbessern, wobei die Mittel von Medikamenten bis zum Einbau von künstlichen Gelenken und Herzschrittmachern und noch darüber hinaus reichen. Unverfügbar ist uns die Prägung durch die je eigene Sprache und das von ihr geformte Denken, wenngleich wir diese Prägung durch persönliches Dazulernen unterlaufen und abschleifen können. Unverfügbar ist uns auch zunächst einmal die Prägung durch jene Kultur, in der wir aufwuchsen. Doch diese Kultur besteht nie ohne uns und wird ihrerseits – im Zeitverlauf – von uns selbst hervorgebracht, und zwar von uns nicht nur als einem anonymen Kollektiv, sondern auch in Gestalt vieler herausragender Einzelner. Also sind *letztlich wir* es, die wir über unsere Kultur *verfügen*. Und unverfügbar sind uns soziale und politische Strukturen, die von vielen *anderen* in aller Selbstverständlichkeit aufrechterhalten werden. Doch jene Prozesse, in denen soziale Ordnung insgesamt stabil gehalten und reproduziert wird, sind stets *auch von uns selbst aufrechterhaltene* Prozesse, die also von unseresgleichen immer wieder gestört werden können, und zwar hin bis zu deren Zusammenbruch. Nach Revolutionen verfügen wir sogar – freilich nur in einem schmalen Zeitfenster – klar und bewusst über wichtige Züge der neu entstehenden Ordnung.

Bei alledem reichen die von einem komplexen Transzendenzverständnis her zu bedenkenden Unverfügbarkeiten von solchen, die uns *als uns – bis auf Weiteres – Vorgegebenes* prägen (etwa Materie, Zeit und Leiblichkeit), bis hin zu jenen uns prägenden Unverfügbarkeiten, *die wir – immer schon – selbst hervorbringen und stabilisieren* (etwa Sprache, Kultur und gesellschaftliche bzw. politische Ordnung). Die erstgenannten Unverfügbarkeiten sind *Baumaterial unserer Wirklichkeit* und fallen uns – eine entsprechende Beobachterhaltung vorausgesetzt, für die wir allerdings die „natürliche Einstellung" unseres Alltagslebens verlassen müssen[27] – genau deshalb als die letzten, allenfalls noch zum „Göttlichen" hin zu überschreitenden Kontexte unserer Wirklichkeit auf. Die zweitgenannten Unverfügbarkeiten aber sind die *Ergebnisse unserer eigenen Wirklichkeitskonstruktion* anhand der uns vorgegebenen Baumaterialien. Sofern wir auch bei ihnen bis zum äußersten Rand unserer Wirklichkeit weiterfragen, gelangen wir genau dort zu jenen „Schlusssteinen unserer Wirklichkeitskonstruktion", von deren soziokultureller Reproduktion das Weiterbestehen gerade dessen abhängt, was diese „Unverfügbarkeiten" trägt.

Das *Erlebnis* des jeweiligen „äußersten Kontexts", der „letzten Grenze", also „des Transzendenten", mag jeweils gleich sein, unabhängig davon, ob es sich um eine Empfindung eher der Evidenz oder einer Emotion handelt. Doch es sind eben zwei *einander entgegengesetzte Enden* des Baus der Wirklichkeit, zu denen wir je-

27 Zu diesem von Edmund Husserl und Alfred Schütz eingeführten Konzept und seinem analytischen Wert siehe – mit weiteren Verweisen – W. J. Patzelt 1987, S. 36f; zum Zusammenwirken von Alltagsdenken, Alltagswirklichkeit und Alltagswelt: ebenda, S. 42-53. Zentral Wichtiges wird auch im nächsten Kapitel dieses Bandes beschrieben.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weils beim Transzendieren gelangt sind. Zwar lässt sich *beides* zutreffend mit „Transzendenz" bezeichnen: Sowohl beim Weg „nach oben", in die Spitzen der Gewölbe unserer Wirklichkeit, als auch beim Weg „nach unten", in ihren Mutterboden, sind wir in eine von uns dann nicht mehr überschrittene „Zone der Wirklichkeit" gelangt. Sobald man aber sprachlich zur Formel von der „Transzendenz als Unverfügbarkeit" wechselt, gilt es unbedingt, jene *zwei* Arten von Unverfügbarkeit *auseinanderhalten*: die uns zunächst einmal *vorgegebene* Unverfügbarkeit von Materie und Natur – und die ganz und gar, wenn auch über Generationen hinweg, *konstruierte* Unverfügbarkeit einer je konkreten Kultur, Gesellschaft und politischen Ordnung. Also brauchen wir einen sozusagen „zweiwertigen" Transzendenzbegriff, wenn wir zu einem umfassenden Verständnis der Konstruktion sozialer Wirklichkeit und der Hervorbringung politischer Ordnung gelangen wollen.

Kann man aber beide Formen von Transzendenz tatsächlich so klar trennen? Eine erste Antwort lautet *ja*. Unser Denkvermögen ist uns beispielsweise in ganz anderer Weise unverfügbar, als es uns unsere Gedanken sind.[28] Das fällt trivialerweise dort auf, wo der eine leichter, der andere schwerer anhand mathematischer Modelle und statistischer Formeln zu denken versteht – und ebenso dort, wo schwere Gehirnschäden schon die physischen Grundlagen des Denkvermögens beeinträchtigen. Eine zweite Antwort lautet: *ja – mit Einschränkungen*. Sie gibt man im Wissen um die uns zugewachsenen Einwirkungsmöglichkeiten auf für andere Lebewesen und zu anderen Zeiten tatsächlich gegebene Unverfügbarkeiten. Menschen züchten seit Jahrtausenden Pflanzen und Tiere, machen sich also verfügbar, was für jene unverfügbar ist. Menschen haben technische Möglichkeiten mit so großen Hebelwirkungen entwickelt, dass sie Biodiversität dezimieren, das Erdklima verändern, durch Atomkriegsführung die Rahmenbedingungen für höhere Lebensformen umbauen und in die Keimbahn des eigenen Lebens eingreifen können. In Reaktion hierauf wird dann sozial bzw. politisch als unverfügbar zu konstruieren *versucht*, was faktisch verfügbar *geworden* ist: Staaten beschließen Konventionen zum Schutz von Biodiversität, versuchen sich an einer internationalen Klimaschutzpolitik, bannen Atomwaffen, bisweilen auch die friedliche Nutzung der Kernenergie, und streiten darüber, welche Wege sie im Bereich der „Biopolitik" einschlagen sollen, also beim Basteln an den genetischen Grundlagen menschlicher Leiblichkeit und dessen rechtlicher Einhegung.

Und eine dritte Antwort lautet *nein*. Gott nämlich, als Allmächtiger uns allenfalls über religiöse Praktiken zugänglich, doch hinsichtlich seines Handelns unverfügbar, kann man sich ja sowohl als Schöpfer unserer Natur wie auch als Flucht-

28 Mit dieser Art von Unverfügbarkeit beschäftigt sich einesteils die Transzendentalphilosophie (siehe C. Asmuth 2007), andernteils die Evolutionäre Erkenntnistheorie (etwa G. Vollmer 2002).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Zielpunkt unserer Kultur vorstellen, gleichsam als „Punkt Omega" der von der Natur zur Kultur, von der „Biosphäre" zur – in menschliche Freiheit samt Rechenschaftspflicht mündenden – „Noosphäre" aufsteigenden Evolution.[29] Wer diese dritte Antwort gibt, erwirbt einen „durchgängigen", wiederum „einwertigen" Transzendenzbegriff – freilich um den Preis, sich auf ontologisch ganz unsicheren Grund zu begeben und analytisch nicht mehr unterscheiden zu können, was bei der Wirklichkeitskonstruktion auf der Faktenebene doch deutlich zweierlei ist: Unverfügbarkeit *in fundamentis* – und Unverfügbarkeit *in operibus*. Die erste Antwort beruht auf genau dieser *Differenz*. Die zweite aber führt uns vor Augen, dass unsere *opera* (also unsere Hervorbringungen) sehr wohl unsere *fundamenta* unterhöhlen und zum Bersten bringen können. Also tun wir gut daran, einen „zweiwertigen" Transzendenzbegriff zu verwenden und anhand seiner dann empirisch auf die *Wechselwirkungen* zwischen den (ehedem) unverfügbaren *fundamenta* unserer Existenz sowie unseren eigenen *opera* zu achten, die manche Unverfügbarkeiten abbauen, andere Unverfügbarkeiten – immerhin zeitweise – aber schaffen.

4. TRANSZENDENZ UND (POLITISCHE) ORDNUNGSKONSTRUKTION

Politische Ordnung entsteht beim Versuch, die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen als nachhaltig effektiven Routineprozess auszugestalten.[30] Als nur *ein* Segment sozialer Wirklichkeit, neben zumal wirtschaftlicher und kultureller Wirklichkeit, verdankt auch sie ihre Existenz und Stabilität ganz den auf mannigfache Art untersuchbaren Prozessen gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion. Deren Grundlage sind zeit-, kultur- und gruppenspezifische Wissensbestände, die von Vorgängergenerationen geschaffen oder immerhin aufrechterhalten wurden, in die hinein man geboren oder sozialisiert wird, und die häufig durch Symbolisierung, Kanonisierung und Didaktisierung in eine systematische und leicht lernbare Form gebracht werden.[31] Mit solchen Wissensbeständen muss man deutend und anwendend kompetent umgehen können, falls man als „kultureller Kollege" akzeptiert und nicht als „Außenseiter" ausgegrenzt werden

29 Zu diesem Konzept und zu Teilhard de Chardins (gescheiterten) Versuch einer christlich fundierten Evolutionstheorie siehe P. Teilhard de Chardin 2010 und G. Kilian 1969.

30 Eine detaillierte Theorie dieser Prozesse bietet das zweite Kapitel des vorliegenden Bandes.

31 Genau hier findet sich die Schnittstelle zwischen der mikroanalytischen und konkret jeweils nur ein schmales Zeitfenster betrachtenden ethnomethodologischen Theorie der sozialen Wirklichkeitskonstruktion und der makroanalytischen, ganz und gar historischen Theorie des Evolutorischen Institutionalismus; siehe W. J. Patzelt 2010 und 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

will. Auf der Grundlage deshalb gemeinsam verfügbarer „kultureller Muster“[32] kommt es zu wechselseitig aufeinander sinnhaft bezogenen Handlungen, zur Habitualisierung eigener Handlungsbereitschaft und zur Routinisierung von Interaktionen.[33] Gelingt es, gleichartige und stabil aufeinander bezogene Interaktionsmuster erwartbar und routinemäßig in vielen Situationen an vielen Orten hervorzubringen, so können hieraus recht komplexe Rollenstrukturen, Organisationen, Institutionen, ja ganze soziale Ordnungsgefüge entstehen. Aus Agape- oder Eucharistiefeiern in kleinen Gruppen erwächst etwa die Kirche, aus Zusammenkünften politisch Gleichgesinnter eine Partei, aus mancherlei Engagement im vorpolitischen Raum eine Bürgergesellschaft. Und aus alledem entsteht konkrete soziale bzw. politische Wirklichkeit sowie ihre (institutionelle) Ordnung.

Analytisch lässt sich der Ausgangspunkt solchen „Entstehens“ in *Situationsdefinitionen* aufsuchen. Deren Wirkung beschreibt das sogenannte Thomas-Theorem so: Wenn Menschen eine Situation als gegeben definieren und ausgehend von dieser Situationsdefinition handeln, dann sind die Folgen dieses Handelns real – ganz gleich, wie irreal die ihm zugrunde liegende Situationsdefinition war.[34] Zumal von verlässlich reproduzierten Situationsdefinitionen gehen *Handlungsketten* aus, und an deren Ende können vielfältige *Institutionalisierungen* stehen, die in der Regel dann ihrerseits durch besondere *wirklichkeitskonstruktive Praktiken* (re-) stabilisiert und als *Rahmen* weiterer (politischer) Interaktion genutzt werden. Welche Rolle nun gerade *Rekurse auf Transzendentes* in genau diesen Prozessen spielen: Darauf zielt unser analytisches Interesse. Es kann von folgenden Ergebnissen des letzten Abschnitts ausgehen: Transzendenz ist (auch) konstruierte Ordnung; Rekurse auf sie sind hermeneutische Ressourcen von in Alltagspraxen vollzogener Ordnungskonstruktion; und Menschen haben große Lust am Transzendieren jeder Ordnung, die sie vorfinden, was bestehende Ordnungen immer wieder brüchig und zu einer von ihren bisherigen Konstrukteuren verlassenen macht.[35]

Ist aber soziale Ordnung, ist zumal politische Ordnung, wirklich nur eine „Konstruktion“? Ist politische Ordnung – die der attischen Polis nicht minder als die des englischen Parlamentarismus – nicht viel eher etwas „geschichtlich Gewachsenes“? Und wer sollte denn ihr „Konstrukteur“ sein? Geht es beim Werden von Ordnungen nicht im Grunde um anonyme autopoietische Prozesse? Und was soll „Konstruktion“ überhaupt meinen? Ist es eine Konstruktion „in unseren Köp-

32 In der Sprache des Evolutorischen Institutionalismus: auf der Grundlage eines Pools gemeinsamer Meme und Memplexe; vgl. W. J. Patzelt 2007.

33 Hierzu gibt es eine ausgedehnte Literatur mit großer Spannweite letztlich komplementärer Ansätze, etwa zwischen P. Berger/Th. Luckmann 1969, A. Giddens 1984 und P. Bourdieu (siehe etwa H. Knoblauch 2003).

34 Siehe – mit weiteren Verweisen – R. Merton 1993.

35 Bezeichnenderweise als riskant vom bewährten *mos maiorum* abweichende und besser zu vermeidende *rerum novarum cupido* wurde dies in der altrömischen Republik thematisiert.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fen", also eine konstruierte „Vorstellungswelt" – oder geht es um Konstruktionen in der „Welt da draußen"? Gibt es überhaupt real konstruierte politische Strukturen *ohne* deren vorgängige „Blaupausen" in unseren Köpfen? Und in welchem Verhältnis stünden diese dann zum Strukturierungsgeschehen „da draußen"? Also wovon genau reden wir, wenn wir politische Ordnung als eine „Konstruktion" betrachten? Für Antworten auf diese Fragen ist es hilfreich, drei Zusammenhänge im Sinn zu haben.

Erstens erweist sich politische Ordnung immer wieder als vergänglich, ja zerbrechlich. Jeder weiß um Systemzusammenbrüche, wie sie mit den Jahreszahlen 1789, 1917 oder 1989 angesprochen sind. Was aber geschah eigentlich in jenen Zeiten, da Frankreichs Ancien Régime, das russische Kaiserreich oder die DDR wie festgefügt und unveränderlich wirkten? Die Antwort hierauf geben Theorien der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit, etwa im Anschluss an das gleichnamige Buch von Peter Berger und Thomas Luckmann, in Gestalt der Strukturierungstheorie von Anthony Giddens oder, systematisch ausgearbeitet, als ethnomethodologische Theorie.[36] Deren Kernaussage lautet so: Alle kulturelle, soziale und politische Stabilität verdankt sich alltagspraktischen Konstruktionsprozessen, die über Tausende von Situationen an Tausenden von Orten über längere Zeit stabil koordiniert sind und „seen, but unnoticed" ablaufen. Diese Konstruktionsprozesse hat empirisch zu untersuchen und theoretisch zu verstehen, wer nachzeichnen und erklären will, auf welche Weise Ordnung zustande kommt und – zumindest zeitweise – „unverfügbar" wird. Dabei tritt vor Augen, dass bei der Wirklichkeitskonstruktion Wissensbestände und Praxen, „Baupläne" und schon sozial realisierte Bauteile zusammenwirken, nämlich einander wechselseitig bestärkend und beglaubigend, weshalb es wenig hilft, „Sinnstrukturen" und „Sozialstrukturen" wie zwei unterschiedliche Wirklichkeitsbereiche zu behandeln. Beides ist vielmehr reflexiv ineinander verwoben und bedarf der analytischen Trennung nur, um anschließend im Zusammenwirken erfassbar zu sein.

Zweitens hat jegliche Ordnung, und eine von Sinnstrukturen nicht minder als eine von Sozialstrukturen, eine bestimmte „Architektur".[37] Manche Elemente dieser Gesamtarchitektur tragen andere Elemente (Verfassungsnormen etwa einfache Gesetze und diese jene Rechtsverordnungen und Verwaltungsanweisungen, welche die Verfassungsnormen in Staatshandeln umsetzen), und wieder andere Elemente dieser Gesamtarchitektur werden von anderen getragen (etwa Regierungen von stabilen Parlamentsmehrheiten und Diktatoren von einem verlässlichen Machtapparat). Werden tragende Teile einer Ordnungsarchitektur brüchig, so geraten die von ihnen getragenen Teile ihrerseits sogar dann in Gefahr, wenn sie für sich ganz intakt sind.

36 P. Berger/Th. Luckmann 1969, A. Giddens 1984, W. J. Patzelt 1987.

37 Zu diesem im Evolutorischen Institutionalismus zentralen Konzept siehe W. J. Patzelt 2012, S. 85-89, sowie C. Demuth 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ein Federstrich des Verfassungsgebers entzieht nämlich der überzeugendsten Verfassungsdogmatik die Grundlage, und korrupte Verwaltungsstrukturen können selbst einen tüchtigen Minister zu Fall bringen. Wenn wir Ordnung und ihre Stabilitätsbedingungen untersuchen wollen, lohnt es deshalb, die Perspektive eines *Bauingenieurs* einzunehmen und sozusagen jene Last- und Kraftflüsse zu analysieren, die in der interessierenden Architektur am Werk sind. Dann mag sich etwa zeigen, dass Haarrisse bei den Letztbegründungen einer Ordnung zu großen Spalten im von ihnen getragenen Gebäude führten, die zwar lange Zeit hinter den Wandteppichen politisch korrekten Denkens und Sprechens verborgen bleiben, sich irgendwann aber doch in mangelhafter Funktionserfüllung oder in unerwarteten Folgen bemerkbar machen. Wird beispielsweise von der „Würde des Menschen" der *ungeborene* Mensch ausgenommen (etwa weil an ihm das Downs-Syndrom diagnostiziert wurde), dann wird es unplausibel, dass etliche Gründe *dieser* Ausnahme (etwa fehlende Zumutbarkeit des *künftigen* Lebens mit ihm) nicht auch für die Ausnahme mancher Gruppen bereits *geborener* Menschen von der „Würde des Menschen" gelten sollten (etwa fehlende Zumutbarkeit des *gegenwärtigen* Lebens mit einem Altersdementen). Oder es mag sich erweisen, dass die Wirklichkeit des Strafvollzugs ebenso wenig dem normativ als unverfügbar vorgegebenen Ziel einer Resozialisierung des Häftlings dient wie die Wirklichkeit eines Schulsystems den im Schulgesetz als unverfügbar vorgegebenen Erziehungszielen. Zwar können über längere Zeit vor solchen Einsichten Denk- und Sprechweisen schützen, die als politisch korrekt durchgesetzt wurden. Tatsächlich zeigt sich immer wieder, dass man – unter Inkaufnahme hoher Transaktionskosten etwa an Kommunikationskontrolle oder an Zensur schon der eigenen Gedanken – solche Widersprüche auch über längere Zeit aufrechterhalten kann. Doch sobald man jene Mittel nicht mehr aufbringt oder jene Mühen nicht mehr auf sich nimmt, setzt sich eben doch eine auch unabhängig von unseren Situationsdefinitionen bestehende Wirklichkeit gegen unsere falschen Vorstellungen von ihr durch.

Drittens entstehen solche Ordnungsarchitekturen – gleich ob es sich um Sinn- oder Sozialstrukturen handelt – oft in längeren historischen Prozessen, bei denen sich Schicht um Schicht an Sinndeutungen und sozialen Strukturen übereinander lagern und das alles dann, in der je entstandenen Form, zusammenwirkt. Dabei spielt gewiss immer wieder *voluntaristische* Ordnungskonstruktion eine Rolle, also die tatkräftige *Gestaltung* von Prozessen, die ansonsten eine andere Richtung nähmen, andere Wucht entwickelten oder erst gar nicht einsetzten. Ebenso spielt das Zusammenwirken von Kontingenz und Pfadabhängigkeit[38] eine große Rolle: Vieles *kann*, viel weniger *muss* sich ereignen – und hat jeweils *unterschiedliche* Auswirkungen in Abhängigkeit davon, was sich *zuvor* schon ereignet und bestimmte *Folgen* – andere aber gerade nicht – gezeitigt hat. Im Grunde muss also den mehrteili-

38 Siehe hierzu M. Lehmann-Waffenschmidt 2000.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen Algorithmus der Evolution verstehen, wer Ordnungsarchitekturen nicht nur gemäß ihrem Werden *beschreiben*, sondern auch von ihrer Geschichte her *verstehen* und *erklären* will.[39]

Zu betrachten ist dann die *Weitergabe von kulturellen Mustern* – des Wissens, des Deutens, des Handelns – im Generationenwechsel, und zwar mit besonderem Blick für die dabei – trotz aller sozial konstruierten „Unverfügbarkeit" – immer wieder auftretenden *Veränderungen* sei es der kulturellen Muster selbst, sei es von Generationen, die ihrerseits dann sogar ganz gleich weitergegebene Muster verändert auffassen oder handhaben können. Zu untersuchen sind ferner die Prozesse der *inneren Selektion* sowie der *äußeren Selektion*: Nicht jedes veränderte Einzelmuster wird nämlich gleiche Chancen haben, zu den anderen weitergegeben Mustern zu passen, und wird dann auch nicht gemeinsam mit ihnen weitergegeben werden; und ebenso werden sich nicht alle Veränderungen in der Praxis gleichermaßen bewähren und deshalb auch nicht gleiche Chancen auf Weiterbestand haben. Zu analysieren sind obendrein die *Wechselwirkungen* zwischen einem evolvierenden *Ordnungsgefüge* und der für es relevanten *Umwelt*. Verändert sich vielleicht die – also solche weiterhin unverfügbare – Umwelt so, dass ein bisher gut in sie passendes Ordnungsgefüge nun nicht länger in sie passt? Gibt es womöglich Turbulenzen in der Umwelt, über die sich nicht verfügen lässt, und mit denen die Veränderungsprozesse des evolvierenden Ordnungsgefüges nicht Schritt halten? Und wie weit prägt ein Ordnungsgefüge – etwa eine Industriegesellschaft – *seinerseits* seine Umwelt, macht also sie sich selbst *verfügbar*?

Damit sind *drei Perspektiven* auf die Konstruktion politischer Ordnung erschlossen, die einander *ergänzen* und nur *gemeinsam* ein recht vollständiges Bild der dabei ablaufenden Prozesse erschließen. Sie lenken den Blick auf die *wirklichkeitskonstruktiven Prozesse*, auf die jeweilige *Ordnungsarchitektur* sowie auf jenen mehrteiligen *Evolutionsalgorithmus*, über den jede Ordnung entsteht und so, wie jeweils entstanden, den Rahmen für die in ihr weiterlaufenden wirklichkeitskonstruktiven Prozesse bietet. In jeder Perspektive werden ferner, mit jeweils anderen Akzentuierungen, jene Weisen sichtbar, in denen Transzendieren und Transzendenzrekurse konkrete Ordnungskonstruktion beeinflussen. Beim Blick auf die wirklichkeitskonstruktiven Prozesse zeigt sich nämlich, dass *real hervorgebrachte* Unverfügbarkeit, längere Zeit auch noch ihr *Anschein*, die grundsätzliche Zerbrechlichkeit jeder Ordnung verdecken kann, ja in Gestalt von Stabilitätsfiktionen und loyalitätssichernder Mythenbildung nachgerade verdecken soll. Doch nicht minder erweist sich, dass die menschliche Lust am Erkunden und am Überschreiten von Grenzen jede Ordnung einem Dauertest darauf unterzieht, wie gut und wie lange sie

39 Worin dieser mehrteilige Algorithmus besteht und wie er auf soziokultureller Ebene wirkt, wurde inzwischen einer Vielzahl von Publikationen erläutert und empirisch vor Augen geführt; siehe etwa W. J. Patzelt 2010 und 2012a.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wirklich dasjenige *als* unverfügbar zu *sichern* vermag, was sie tatsächlich aufrechterhält. Zur Analyse dessen ist die zweite Perspektive hilfreich, also die der Ordnungsarchitektur. In ihr erkennt man einesteils die ganz praktische Bedeutung der hermeneutischen Dimension von Transzendenz: Dank eben ihr wird die Überzeugungskraft von Sinnordnungen verbürgt und somit dem Routinecharakter sinngeleiteten Handelns vorgearbeitet. Andernteils erkennt man in dieser zweiten Perspektive wie wichtig es ist, bei der Analyse von Sozialordnungen stets auch den „Schichtenbau des Unverfügbaren" vor Augen zu haben. Genau er hilft nämlich dabei, tragende Schichten einer Ordnungsstruktur von den auf ihnen lastenden Bürden zu unterscheiden und dadurch die „Gesamtbilanz" struktureller Unverfügbarkeit ausfindig zu machen. Und in der dritten Perspektive, der evolutionstheoretischen, wird klar, was auch den „Schichtenbau des Unverfügbaren", zumal auf seinen oberen, nämlich den kulturellen Schichten, seinerseits hier und jetzt sowie für viele praktische Zwecke unverfügbar macht, obschon auch er sich letztlich nur dem – vom mehrteiligen Evolutionsalgorithmus gesteuerten – Zusammenwirken von Kontingenz und Pfadabhängigkeit verdankt.

5. DISKURSANALYTISCHE UNTERSUCHUNG VON TRANSZENDENZREKURSEN BEI DER ORDNUNGSKONSTRUKTION

5.1 Der Gesamtansatz

Es gilt herausfinden, welche Funktionen Transzendenzrekurse bei der Hervorbringung, Stabilisierung oder Destabilisierung politischer Ordnung haben. Eine umfassende Theorie der überhaupt ablaufenden wirklichkeitskonstruktiven Prozesse bietet die Ethnomethodologie, wie sie im nächsten Kapitel dargestellt wird. In *deren* Rahmen geht es *hier* um eine besondere Gruppe wirklichkeitskonstruktiver Prozesse, nämlich um jene, die Transzendenzrekurse ins Spiel bringen oder auf ihnen beruhen. Empirisch sind die ordnungsgenerierenden Funktionen von Transzendenzrekursen also genau dort aufzusuchen, wo ganz real jene handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten entstehen und in Geltung gehalten werden, auf deren Grundlage dann – über die Typisierung von Wissensbeständen und die Routinisierung von wechselseitig akzeptierten Deutungsweisen – zunächst politisch relevante Rollenbildung und letztlich überhaupt die Konstituierung politischer Ordnung erfolgt. Konkret geht es somit um jene alltagspraktischen Denk-, Rede-, Deutungs- und Symbolisierungspraxen, in Gestalt welcher es zu den interessierenden, gegebenenfalls auch die Form von Negation oder Kontrastierung annehmenden, Rekursen auf Transzendentes kommt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diskurse also – denn das ist der zusammenfassende Name jener Praxen – bieten das konkrete Untersuchungsmaterial. In ihnen werden *anhand des Begriffs der Transzendenz* jene Praktiken, Semantiken und Symbolformen aufgesucht, in denen politische Strukturen, Prozesse und Aufgaben auf solche Vorstellungen, Ereignisse und kulturelle Muster bezogen werden, die über sie hinausgehen und ihnen gerade dadurch jenen Sinn und jene Geltung vermitteln, die für die Eigenwahrnehmung, Selbstreflexion und Handlungsorientierung notwendig oder immerhin hilfreich sind. Zu Praktiken dieser Art zählt es, wenn der Verteidigungsminister samt hohen Offizieren und wichtigen Politikern an öffentlichen Trauerfeiern für gefallene Soldaten teilnimmt; die entsprechenden Semantiken werden in dabei gehaltenen Trauerreden sowie in jenen Leitartikeln fassbar, die solchen Gedenkveranstaltungen gewidmet werden; und zu den Symbolformen zählen uniformierte Sargträger ebenso wie bislang überkonfessionelle, fortan vielleicht multireligiöse Liturgieelemente.

Die Konstruktion politischer Ordnung ist bei einer solchen Untersuchungsanlage die „abhängige Variable", also dasjenige, was es zu erklären gilt. Hingegen ist die – diskursanalytisch erfasste – Vornahme von Transzendenzrekursen *eine* der „unabhängigen Variablen", also Teil jenes Gesamtgefüges aus Ursachen, die miteinander zur Konstruktion und Stabilisierung politischer Ordnung oder zum Ausbleiben von alledem führen. Die Vornahme von Transzendenzrekursen ist, gemeinsam mit etlichen *anderen* unabhängigen Variablen, Teil jener allgemeinen Theorie politischer Ordnungskonstruktion, die – im letzten Abschnitt umrisshaft vorgestellt – Gegenstand des nächsten Kapitels ist und welche die analytische Aufmerksamkeit auf dreierlei lenkt: auf die bei der Hervorbringung und Stabilisierung politischer Ordnung ablaufenden *wirklichkeitskonstruktiven Prozesse*, auf die jeweils (bis dahin) entstandene *Ordnungsarchitektur,* sowie auf jenen mehrteiligen *Evolutionsalgorithmus*, der für den Wandel von Ordnungsformen sorgt.[40] „Hintergrundvariablen" all dessen wie die Leiblichkeit der an diesen Prozessen beteiligten Menschen (d.h. das *soziobiologisch* Unverfügbare) oder deren Prägung durch eine bestimmte Sprache mit den ihr eigentümlichen Begriffsvaleurs und semantischen Interpunktionen (d.h. das *kulturell* ziemlich Unverfügbare) werden zwar mitbedacht, doch nicht ausdrücklich thematisiert. Viel wichtiger für unseren Untersuchungszweck sind die „intervenierenden Variablen", d.h. die unterschiedlichen Behauptungs- und Geltungsstrategien bzw. Inszenierungsformen, in welchen Transzendenzrekurse zum Zweck der Hervorbringung, Stabilisierung oder Destabilisierung politischer Ordnung vorgenommen werden. Auch sie lassen sich in jenen Diskursen auffinden, die um der dort vorkommenden Transzendenzrekurse willen analysiert werden. Und besonders wichtig ist die für das ganze vergleichende Vorhaben

40 Wirklichkeitskonstruktive Prozesse sind der zentrale Gegenstand der Ethnomethodologie, Evolutionsalgorithmen sowie Ordnungsarchitekturen die zentralen Gegenstände des Evolutorischen Institutionalismus, der seinerseits im hier verwendeten Gesamtansatz die Rahmentheorie der Ethnomethodologie abgibt; siehe hierzu W. J. Patzelt 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verwendete „Gruppierungsvariable", d.h. die Festlegung und kategoriale Gliederung jener analytischen Dimension, in welcher die Untersuchungsfälle *verglichen* werden sollen.

Dabei empfiehlt es sich, drei Gruppen von Fällen zu betrachten. Erstens sind das mehr oder minder *stabile* politische Ordnungen wie die der Bundesrepublik Deutschland. In ihnen kommt es zum Zweck politischer Selbstverständigung und identitätsstiftender Beheimatung zu teils konsensuellen, teils konfliktuellen Transzendenzrekursen. Zweitens sind Versuche der *Neuerrichtung* einer politischen Ordnung bzw. einer neuen, überlagernden Schicht politischer Ordnung zu untersuchen. Derlei gelingt ja nicht ohne Bezugnahmen auf jene größeren Sinnzusammenhänge, derentwegen man es nicht beim bestehenden Zustand belassen soll oder will. Die Vorgeschichte und Frühphasen von Bundesrepublik Deutschland und DDR, vor allem aber der Aufbau des heutigen europäischen Institutionensystems, sind dafür naheliegende Studienobjekte. Die dritte Fallgruppe umfasst politische Ordnungen in einer Phase des *Brüchigwerdens* oder gar *Zerfalls*. Dort werden nämlich Versuche einer Restabilisierung oder Neukonstituierung auch nicht ohne ausdrückliche Rekurse auf sie Transzendierendes auskommen. Die erstarrte DDR mit ihrer aufkeimenden Oppositionsbewegung sowie die DDR der Friedlichen Revolution sind dafür ebenso erhellende Untersuchungsfälle wie so mancher scheiternde Staat. Also dient als Gruppierungsvariable des ganzen Vergleichsansatzes der *Stabilitätsgrad* einer schon bzw. noch verfügbaren politischen Ordnung. Ein solcher Untersuchungsansatz erlaubt obendrein die Analyse von *Interaktionseffekten* der betrachteten Variablen, der vermutlich auftretenden *Kovariaten* und sowie des Wirkens *rekursiver* Kausalität.

5.2 Der diskursanalytische Ansatz

„Diskurse" werden bei solchen Studien als *Reihen von Aussagen*[41] *zu einem Thema* verstanden, die *auf Situationsdefinitionen hinwirken* oder um sie ringen – ganz gleich, ob bemüht um Rationalität auf der Grundlage illokutionärer Verpflichtungen, ob auf emotionale Wirkung ausgehend und die dabei dienlichen Inszenierungsmöglichkeiten nutzend, oder ob im Bestreben, durch die eine oder andere Form vermachteter Kommunikation ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis als Grundlage einer konkreten Situationsdefinition durchzusetzen. Im Anschluss an diskursanalytische Leitgedanken Foucaults,[42] doch unter Nutzung des präziseren

41 Auch Michel Foucault bezeichnet in seiner „Archäologie des Wissens" (M. Foucault 1981 [1969], S. 115ff.) die Aussage als die elementare Einheit des Diskurses; siehe ebenfalls J. Angermüller 2005, S. 34.

42 Mit seiner „Archäologie des Wissens" (M. Foucault 1981 [1969]) sowie der „Ordnung des Diskurses" (M. Foucault 1974) gleichsam „geistiger Urheber" moderner Diskursana-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Analyseinstrumentariums der Ethnomethodologie, werden deshalb „diskursive Praxen" untersucht, nämlich Reden und die „Bühnen" dafür, ferner Texte und ihr „Inszenierungszusammenhang" sowie das auf dies alles bezogene Verhalten und seine wirklichkeitskonstruktiven Folgen. Besonders vorteilhaft ist es, wenn sich das Kommunikationsgeschehen im Umfeld mehr oder minder klar abgrenzbarer *diskursiver Ereignisse* [43] untersuchen lässt, etwa von Krisen, Großveranstaltungen, Gipfeltreffen oder Amtsantritten der jeweils neuen Regierung. Dann lässt sich nämlich in besonders plausibler Weise der detailliert zu untersuchende Textkorpus des Diskurses festlegen, also – in der Sprache empirischer Sozialforschung – die „theoriegeleitete Stichprobe relevanten Materials".[44] Gleiches gilt dann, wenn ganze *Diskursstränge* untersucht werden müssen, also Sequenzen thematisch einheitlicher, womöglich klar wechselseitig aufeinander bezogener Aussagen. Natürlich kann in einem einzigen Text auch auf mehrere Diskursstränge Bezug genommen werden und können diese Diskursstränge selbst in verschiedenen Diskursbereichen einer Gesellschaft verortet sein – in den Diskursen Wissenschaft oder Kunst, der Wirtschaft oder Politik.

Im Übrigen interessiert diskursanalytisch nicht allein der Austausch von Sichtweisen und Argumenten als solcher. Natürlich sind zunächst einmal diese zu erfassen, zu beschreiben und in erkenntnisträchtiger Weise zu ordnen. Doch das sind nur die Vorarbeiten für die sozusagen eigentliche Forschungsaufgabe. Bei dieser geht es um das *Wie-es-gemacht-wird* der Produktion solcher Sinnzusammenhänge, die ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis als plausibler denn seine Alternativen erscheinen lassen, und um die *methodischen Praktiken* des argumentierenden Bündelns von Interessen- und Machtlagen dahingehend, dass eine ganz besondere Situationsdefinition vorrangig plausibel, ja nachgerade „selbstverständlich" wirkt. Zu diesem Zweck sind die für die jeweilige Ordnungskonstruktion wichtigen und *gerade durch den untersuchten Diskurs abgesteckten* „Sagbarkeits- und Machbarkeitsfelder" ebenso zu identifizieren wie jene konkreten Mittel, anhand welcher die Akzeptanz bestimmter Deutungsmuster – und eben keiner anderen – hergestellt wird.[45] Anders formuliert: Es geht darum, „Prozesse der sozialen Konstruktion, Objektivation, Kommunikation und Legitimation von Sinn-, d.h. Deutungs- und Hand-

lyse, dient Foucault nahezu allen Diskursanalytikern in irgendeiner Weise als Referenzpunkt. Hierzu siehe exemplarisch R. Diaz-Bone u.a. 2007.

43 Siegfried Jäger (2006, S. 100) bezeichnet als „diskursive Ereignisse" solche Ereignisse, die aus einem vonstatten gehenden kommunikativen Geschehen besonders herausstechen und dann als solche den Diskurs initiieren bzw. dessen Richtung und Qualität beeinflussen. Dies können nicht nur reale Ereignisse wie (Natur-)Katastrophen sein, sondern auch aufsehenerregende Aussagen, welche bisherige Wissensbestände und Normalitätsvorstellungen in Frage stellen.

44 Zur Bildung eines diskursanalytischen Textkorpus siehe im Einzelnen R. Keller 2007, S. 84ff.

45 Siehe S. Jäger 2006, S. 85ff., sowie im folgenden Kapitel insbesondere den Abschnitt über die „politics of reality".

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen (kollektiven) Akteuren zu rekonstruieren und die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse zu analysieren“[46], oder – in den Worten Foucaults – darum, „die Rhetorik, den Redner, den Redestreit wieder in das Feld der Analyse einzubringen […], um den Diskurs und selbst den um Wahrheit geführten Diskurs als Ensemble rhetorischer Verfahren zu untersuchen, bei denen es darum geht, zu gewinnen, Ereignisse, Entscheidungen, Kämpfe, Siege zu produzieren.“[47]

Auf eben den Sieg in solchen Kämpfen, oder in deren Vorfeld auf Abschreckung vor dem Sicheinlassen auf einen solchen Kampf, zielen Transzendenzrekurse ab. Also untersuchen wir Diskurse als *wirklichkeitskonstruktives kommunikatives Handeln*, als *Stätten der Hervorbringung von sozial Unverfügbarem*. Wichtig für solche Analysen sind dabei nicht nur die *formalpragmatischen* Merkmale eines Diskurses, etwa die Darstellungstechniken der Sinnkommunikation, die Entproblematisierungsmethoden bei zweifelhaft werdenden Wirklichkeitsvorstellungen oder jene strategischen Kontextbildungen, die zum Zweck der Ausgrenzung von „Störern“ bisheriger Wirklichkeitskonstruktion vorgenommen werden.[48] Sondern es interessieren auch *inhaltlich* jene narrativen Strukturen, jene in sie eingebetteten oder von ihnen adressierten Mythen, auch jene begleitenden oder als Fluchtpunkte des Diskurses dienenden ikonischen Verdichtungen all dessen, mittels welcher am Alltagswissen und an den ausnutzbaren Emotionen von Menschen angesetzt wird. Das alles strukturiert – freilich mit unterschiedlichem Erfolg – den alltäglichen persönlichen Erfahrungs- sowie Erwartungsraum und kann dabei sogar wie eine „Naturtatsache“ erscheinen lassen, was tatsächlich „nur“ eine *gemeinsam aufrechterhaltene soziale Konstruktion* ist. Beim Versuch, das Wie-es-gemacht-wird solcher Konstruktionen aufzudecken, sind im Übrigen auch jene „Steuerungsinstrumente“ von Diskursen zu analysieren, mittels welcher ausgewählte Denkfiguren in Geltung gehalten oder auf eine bestimmte – und eben keine andere – Weise miteinander stabil verbunden werden, andere Denkfiguren aber unglaubwürdig oder schwer anwendbar gemacht werden. Und natürlich beginnen Untersuchungen all dessen – wie in diesem Band – mit der vorgängigen Feststellung des „diskursiven Repertoires“, also der Gesamtheit jener Denkfiguren und Kontexte, mit denen die genannten Leistungen erfüllt und die angedeuteten formalpragmatischen Strukturen inhaltlich aufgeladen werden. Viel weniger von Belang sind für einen solchen Forschungszweck, und zwar auch bei der Erschließung des diskursiven Repertoires, offenbar jene diskursanalytischen Ansätze, die sich auf die strukturale Linguistik von Ferdi-

46 R. Keller 2007, S. 57.
47 M. Foucault 2002, S. 779.
48 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt über die Ausgrenzungsmethoden der „politics of reality“.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nand de Saussure[49] rückführen lassen und – weiterentwickelt etwa durch Jacques Lacan[50] – in eine Vielzahl recht heterogener poststrukturalistischer Zugänge zur Diskurstheorie mündeten.[51] Die dort beobachtbare Abkehr von der Annahme starrer Gesetzmäßigkeiten von Diskursen samt der Öffnung des Blicks für die erhebliche Ungeregeltheit von Diskursen muss der hier verwendete Ansatz mit seiner sowohl Foucault'schen als auch ethnomethodologischen Prägung ohnehin nicht nachvollziehen, weil ihm eine solche Annahme ohnehin nie zugrunde lag.

Unser Ansatz führt auch nicht zu quantitativen Analysen, wie sie für Diskursanalysen typisch sind, die sehr große Textkorpora durchforsten. Ohnehin gibt es sehr verschiedene Varianten empirischer geistes- und sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse.[52] Sie ergeben sich aus unterschiedlichen Fragestellungen, aus unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zum der Analyse zu unterziehenden Material, ja auch aus unterschiedlichen Möglichkeiten einer präzisen Aufschließung des Kontextmaterials. Entsprechend unterscheiden sich dann die Textkorpora sowie die angemessenen Methoden ihrer Analyse. Bei den vier diskursanalytischen Kapiteln dieses Bandes wurde das Material jeweils zunächst einer Grobdurchsicht unterzogen, die einesteils der reinen *Informationsgewinnung* diente, andernteils aber schon erlaubte, die Grundzüge der *Diskursstruktur* zu erkennen. Bei der anschließenden Feinanalyse wurde gemäß den Regeln qualitativer Inhaltsanalyse verfahren, also durch schrittweises Lesen, Kodieren, Kommentieren der Kodierung und interpretierendes Analysieren, wobei der oben entfaltete Transzendenzbegriff für die erforderliche mehrdimensionale „analytische Sensibilität" sorgte.

5.3 Der politikwissenschaftliche Mehrwert des Ansatzes

Gerade am Ausgangspunkt der – oben umrissenen – ordnungsgenerierenden *Sequenz* von *Situationsdefinitionen,* hierauf gründenden *Handlungen* und daraus entstehenden bzw. (weiter) stabilisierten *Strukturen* lässt sich der Wert von Diskursanalyse für die Aufdeckung der Rolle von Transzendenzrekursen bei der Konstruktion sozialer und politischer Ordnung erkennen. *Erstens* nämlich führt die Frage nach einem Rekurs auf „Transzendenz" als einer Ressource der Konstituierung sozialer und politischer Ordnung unmittelbar zur Frage danach, was alles wohl auf ei-

49 Siehe zu Ferdinand de Saussures sprachwissenschaftlicher Konzeption etwa R. Hiersche 1972.

50 Vgl. G. Williams 1999, S. 61.

51 Diese nahm ihre Entwicklung über so verschiedene Autoren wie Louis Althusser 2005 [1970], 1972, Michel Pêcheux 1975 sowie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe 2000 [1985].

52 Etwa unterscheiden sich recht deutlich voneinander die historische Diskursforschung (einführend: A. Landwehr 2008), die sprach- und literaturwissenschaftliche Diskursforschung (siehe J. Link 1983 und S. Jäger 1994) sowie die sozialwissenschaftliche Diskursforschung (siehe R. Keller 2005, 2006).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ne spezifische Situationsdefinition so einwirkt, dass aus ihr tatsächlich solche Praxen entstehen, die ihrerseits der Konstituierung oder (Re-) Stabilisierung, vielleicht auch der Bekämpfung oder jedenfalls Modifikation eines spezifischen politischen Ordnungsgefüges und der es umbettenden politischen Wirklichkeit dienen. Offensichtlich sind es gerade Diskurse, die auf solche Situationsdefinitionen Einfluss nehmen. *Zweitens* werden in Diskursen Verweise auf „Transzendentes" von den Akteuren politischer Wirklichkeitskonstruktion und Ordnungskonstituierung *selbst* formuliert. Die in den Diskurs eingeführten Transzendenzressourcen werden dergestalt nicht durch bloße *Zuschreibung* seitens des Analytikers „entdeckt", sondern den Diskursteilnehmern aus ihrem eigenen kommunikativen Handeln *abgelesen*. Das sichert entsprechenden Analysen ihre Validität. *Drittens* sind möglichst viele Gelegenheiten zur Beobachtung wirklich „ernstgemeinter", also durchaus nicht spielerisch unternommener Transzendenzrekurse wünschenswert. Wie aber schon die ethnomethodologischen „Erschütterungsexperimente" zeigten, werden die Grundlagen sozialer Ordnung besonders gut sichtbar dann, wenn gegen bisherige Selbstverständlichkeiten *zielgerichtet verstoßen* wird. Also ist nach Situationen zu suchen, in denen bisherige Wirklichkeitsverständnisse und Situationsdefinitionen in Zweifel, ja ins Wanken geraten. Nun fallen aber für „abweichendes *Rede*verhalten" in der Regel viel geringere Transaktions- und Folgekosten an als für abweichendes *Handeln*, das – im Wortsinn „tatsächlich" – Ordnungsansprüche und Geltungsbehauptungen bestreitet. Also sollte sich abweichendes *Rede*verhalten viel häufiger und viel leichter beobachten lassen als abweichende *Praxis* – und zwar gerade in streitig geführten Diskursen um wechselseitig wichtige Inhalte. Somit entfaltet sich die Analyse von Transzendenzrekursen im Prozess politischer Ordnungskonstruktion in jeder Hinsicht am besten als Diskursanalyse. Und indem diese die ordnungskonstruktive Rolle von Transzendenzrekursen aufdeckt, Transzendenz aber gleichzeitig in ihren handlungsmotivierenden, hermeneutischen und „Unverfügbarkeit" nahelegenden Dimensionen betrachtet wird, erweist sich solche Diskursanalyse als Kerngeschäft politisch relevanter Politikwissenschaft.

LITERATUR

Althusser, Louis (1972): Das Kapital lesen. Hamburg.

Althusser, Louis (2005 [1970]): Pour Marx. Paris.

Angermüller, Johannes (2005): Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse in Deutschland: zwischen Rekonstruktion und Dekonstruktion, in: Keller, Reiner/Hirseland, Alexander/Viehhöfer, Willy (Hrsg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung. Konstanz, S. 23-48.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Asmuth, Christoph (2007): Transzendentalphilosophie und Person. Leiblichkeit, Interpersonalität und Anerkennung. Bielefeld.

Becker, Manuel (2011): Die Ideokratie als Herrschaftsform. Potentiale eines vergessenen Begriffs in der aktuellen Autokratieforchung, in: Zeitschrift für Politik 58, S. 148-169.

Benrath, Frederic (1993): Deus sive natura. Paris.

Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1969): The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge. New York.

Dawkins, Richard (2007): Der Gotteswahn. Berlin.

Demuth, Christian (2007): Institutionen und ihre endogenen Systembedingungen. Die Ordnung des Institutionellen, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 415-448.

Dennett, Daniel C.: 2006: Breaking the Spell. Religion as a Natural Phenomenon. New York u.a.

Diaz-Bone, Rainer/Bührmann, Andrea D./Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/ Schneider, Werner/Kendall, Gavin/Tirado, Francisco (2007): The Field of Foucaultian Discourse Analysis: Structures, Developments and Perspectives, in: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research, 8 (2), Art. 30 (http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702305, letzter Zugriff: 26.5.2011).

Enders, Markus (1998): Transzendenz, in: Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 10, Basel, S. 1442-1455.

Faden, Gerhard (2005): Platons dialektische Phänomenologie. Würzburg.

Foucault, Michel (1974): Die Ordnung des Diskurses. München.

Foucault, Michel (1981 [1969]): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main.

Foucault, Michel (2002): Schriften in vier Bänden. Dits et écrits, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, Frankfurt am Main.

Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of a Theory of Structuration. Cambridge u.a.

Habermas, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: ders./Luhmann, Niklas (Hrsg.): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt am Main.

Hartmann, Nicolai (1949): Neue Wege der Ontologie. Stuttgart.

Hase, Thomas (2001): Zivilreligion. Religionswissenschaftliche Überlegungen zu einem theoretischen Konzept am Beispiel der USA. Würzburg.

Hiersche, Rolf (1972): Ferdinand de Saussures langue-parole-Konzeption und sein Verhältnis zu Durkheim und von der Gabelentz. Innsbruck.

Honnefelder, Ludgar./Schüssler, Werner (Hrsg.) (1992): Transzendenz. Zu einem Grundwort der klassischen Metaphysik. Paderborn u.a.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jäger, Siegfried (1994): Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte. Duisburg.

Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1, Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Aufl., Wiesbaden, S.83-114.

Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 3. akt. Aufl., Wiesbaden.

Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2006): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1, Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Aufl.,Wiesbaden.

Keller Reiner (2006a): Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Keller, Reiner u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1, Theorien und Methoden. 2. akt. und erw. Aufl., Wiesbaden.

Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursforschung. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.

Kilian, Guido (1969): Teilhard de Chardins Theorie von der Noosphäre. Darstellung und Kritik. Weingarten.

Kleger, Heinz (2011): Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa. Berlin.

Knoblauch, Hubert (2003): Habitus und Habitusbildung. Zur Komplementarität von Bourdieu mit dem Sozialkonstruktivismus, in: Rehbein, Boike u.a. (Hrsg.): Pierre Bourdieus Theorie des Sozialen. Probleme und Perspektiven. Konstanz, S. 187-202.

Landwehr, Achim (2008): Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main/New York.

Lehmann-Waffenschmidt, Marco (2000): Kontingenz, Pfadabhängigkeit und Lock-In als handlungsbeeinflussende Faktoren der Unternehmenspolitik, in: Beschorner, Thomas/Pfriem, Reinhard (Hrsg.): Evolutorische Ökonomik und Theorie der Unternehmung. Marburg, S. 337-376.

Leiter, Kenneth (1980): A Primer in Ethnomethodology. New York/Oxford.

Link, Jürgen (1983): Elementare Literatur und generative Diskursanalyse. München.

Lübbe, Hermann (1982): Staat und Zivilreligion. Wolfenbüttel.

Luckmann, Thomas (2010): Die unsichtbare Religion. Frankfurt am Main.

Luhmann, Niklas (2000): Die Religion der Gesellschaft, hg. v. André Kieserling. Frankfurt am Main.

McCarthy, Thomas (1980): Kritik der Verständigungsverhältnisse. Zur Theorie von Jürgen Habermas. Frankfurt am Main.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Merton, Robert (1993): Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. 12. Aufl., Frankfurt am Main, S. 144-160.

Patzelt, Werner J. (1987): Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. München.

Patzelt, Werner J. (1998): Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath, in: Siegel, Achim (Hrsg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln, S. 235-271.

Patzelt, Werner J. (2007): Kulturwissenschaftliche Evolutionstheorie und Evolutorischer Institutionalismus, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 121-182.

Patzelt, Werner J. (2007a): Perspektiven einer evolutionstheoretisch inspirierten Politikwissenschaft, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 183-235.

Patzelt, Werner J. (2010): Evolutionstheorie als Geschichtstheorie. Ein neuer Ansatz historischer Institutionenforschung, in: Oehler, Jochen (Hrsg.): Der Mensch – Evolution, Natur und Kultur. Beiträge zu unserem heutigen Menschenbild. Heidelberg u.a., S. 175-212.

Patzelt, Werner J. (2012): Quellen und Entstehung des „Evolutorischen Institutionalismus“, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 9-45.

Patzelt, Werner J. (2012a): Evolutorischer Institutionalismus in der Parlamentarismusforschung. Eine systematische Einführung, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 47-110.

Pêcheux, Michel (1975): Language, Ideology and Semantics. Stating the Obvious. London.

Rentsch, Thomas (2010): Transzendenz und Negativität: religionsphilosophische und ästhetische Studien. Berlin/New York.

Rentsch, Thomas (2010a): Aufklärung über Transzendenz – Anspruch der Philosophie, in: Philosophisches Jahrbuch 117/2, S. 287-298.

Riedl, Rupert (1979): Biologie der Erkenntnis. Die stammesgeschichtlichen Grundlagen der Vernunft. Berlin/Hamburg.

Riedl, Rupert (1985): Die Spaltung des Weltbildes. Biologische Grundlagen des Erklärens und Verstehens. Berlin/Hamburg.

Schiller, Friedrich (2000 [1795]): Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen, hg. v. Klaus L. Berghahn. Stuttgart.

Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (2003): Strukturen der Lebenswelt. Konstanz.

Schütz, Alfred (1981): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt am Main.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Teilhard de Chardin, Pierre (2010): Sinn und Ziel der Evolution. Ausgewählte Texte, kommentiert und hg. v. Peter Gotthard Bierie. Aachen.

Vögele, Wolfgang (1993): Zivilreligion in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.) (2011): Freund-Feind-Denken. Carl Schmitts Kategorie des Politischen. Stuttgart.

Voland, Eckart (2000): Grundriss der Soziobiologie. Heidelberg.

Voland, Eckart/Schiefenhövel, Eckart (Hrsg.) (2009): The Biological Evolution of Religious Mind and Behavior. Berlin/Heidelberg.

Vollmer, Gerhard (2002): Evolutionäre Erkenntnistheorie. Angeborene Erkenntnisstrukturen im Kontext von Biologie, Psychologie, Linguistik, Philosophie und Wissenschaftstheorie. Stuttgart.

Williams, Glyn (1999): French Discourse Analysis. The Method of Post-Structuralism. London.

Wollgast, Siegfried (1999): Deus sive natura. Zum Pantheismus in der europäischen Philosophie und Religionsgeschichte. Berlin.

Yu, Chung-Chi (1996): Transzendenz und Lebenswelt im Spätwerk von Alfred Schütz. Diss. Bochum.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ordnungskonstruktion und ihre ethnomethodologische Analyse

WERNER J. PATZELT

1. GEGENSTAND UND FRAGESTELLUNG

Wie ist soziale Ordnung möglich? Und wie politische Ordnung? Das sind Grundfragen der Soziologie und Politikwissenschaft. Wie in diesem Band vor Augen geführt, lassen sich empirisch fundierte Antworten anhand von zwei – miteinander verkoppelbaren – Forschungszugriffen erarbeiten. Im einen geht es darum, welche Rolle „Transzendenzrekurse" – verstanden als „Rekurse auf Transzendentes" – bei der Konstruktion politischer Ordnung spielen.[1] Beim anderen geht es um eine Detailanalyse jener konkreten Prozesse, in denen soziale – und somit auch politische – Ordnung hervorgebracht, stabilisiert, verändert und destruiert wird. Der Entfaltung einer für beide Forschungszugriffe nützlichen Theorieperspektive – jener der Ethnomethodologie und zumal der ethnomethodologischen Spieltheorie – dient dieses Kapitel.

Obwohl im Folgenden nicht unmittelbarer Gegenstand der Analyse, sondern gleichsam den Hintergrund aller theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchungen dieses Bandes abgebend, muss vorab auf Organisationen und Institutionen sowie deren zentrale Rolle für jegliche soziale und politische Ordnung hingewiesen werden.[2] Gerade wenn man „soziale Ordnung" oder „politische Ordnungsstrukturen" als Sammelbegriffe für einen nachhaltig verfestigten Aggregatzustand sozialer Wirklichkeit verwendet, sollte nämlich klar sein, dass den tatsächlich „harten Kern" solcher Wirklichkeit nichts Anderes als Organisationen und Institutionen darstellen. Sie sind soziale Strukturen, die aus verlässlich aufeinander bezoge-

1 Siehe hierzu das Kapitel „Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion" in diesem Band.

2 Zur hier verwendeten Institutionentheorie siehe, mit weiteren Literaturnachweisen, vor allem W. J. Patzelt 2012, S. 9-45; und – mit konkreter politikwissenschaftlicher Anwendung – W. J. Patzelt 2012a, S. 47-110.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen Handlungen sowie, diesen vorgelagert, aus verlässlich aufeinander bezogenen Sinndeutungen bestehen. Als stabile „Gebilde interdependenter Handlungen" beruhen sie auf wechselseitiger „Erwartungssicherheit" in sowohl dem Sinne, dass in dieser und jener Situation bestimmte Handlungen erfolgen bzw. gerade nicht erfolgen, als auch dahingehend, dass die Anwesenden in einer bestimmten Situation – in einer anderen aber nicht – genau diese (und keine anderen) Erwartungen hegen. Dabei gehen Institutionen an Stabilität über Organisationen noch darin hinaus, dass sie ihre Geltungsansprüche und Ordnungsprinzipien, zumal ihre Leitideen bzw. Leitdifferenzen sowie ihre Grundregeln, auch noch symbolisch zum Ausdruck bringen und dadurch in „emotionale Tiefenschichten" ihrer Akteure und Adressaten eintragen. Dann *weiß* beispielsweise ein Kommunist nicht nur um die historische Sendung seiner Partei, sondern *fühlt* sich ihr und ihren Symbolen – rote Fahne, Internationale, Ikonen der „Klassiker" … – auch innerlich stark verpflichtet. Womöglich entstehen gar Empfindungen religiöser Dimension, wenn als Vertreter seiner Institution zu agieren in Lebensgefahr bringt.

Derartige – unschwer als „Lust auf Transzendenz" erkennbare – emotionale Bindung an Sozialgebilde erlaubt es besonders gut, ja motiviert auch dazu, diese Gebilde zu verstetigen, in Krisenzeiten stabil zu halten sowie über den Generationenwechsel ihrer Mitglieder hinweg auf Dauer zu stellen.[3] Auf diese Weise wird es möglich, dass Organisationen, insbesondere aber Institutionen, viele Jahrzehnte, gar mehrere Jahrhunderte lang die Mitgliedschaft all jener Menschen überleben, die sie je getragen haben. Das gilt für Armeen nicht anders als für Verwaltungsbehörden, für politische Parteien wie für Traditionsunternehmen, und für religiöse Orden ebenso wie für Parlamente. In allen diesen Fällen kehrt sich das – meist asymmetrisch wechselwirkende – Verhältnis zwischen Individuum und Sozialgebilde nachgerade um: Die Organisation oder Institution wird zum *Prägefaktor* jener, die in sie eintreten – und ist gerade nicht, wie ein vergänglicher Freundeskreis oder eine kurzlebige Bürgerinitiative, nur das *Geschöpf* ihrer Mitglieder. Doch natürlich bedürfen auch jene festen Sozialgebilde der andauernden Neuhervorbringung und des stetigen in-Geltung-Haltens ihrer Regeln und Praxen. Nur wirkt dergleichen in der „natürlichen Einstellung des Alltagsdenkens" der meisten ihrer Mitglieder und Adressaten „uninteressant".[4] Das gilt umso mehr, je länger eine Organisation oder Institution bereits besteht: für desto selbstverständlicher wird sie nämlich gehalten. Sie mag Neumitgliedern und Ehemaligen, Freunden und Gegnern dann gar wie eine

3 Eben die – mit Wandel einhergehende – Sicherung der Stabilität und Form von Sozialgebilden über den Generationenwechsel ihrer Mitglieder bzw. Träger steht im Mittelpunkt der Analysen des Evolutorischen Institutionalismus. Siehe zum hier einschlägigen Begriff der Generation und des Generationenwechsels insbesondere W. J. Patzelt 2007b, S. 148-150.

4 Siehe hierzu – mit weiteren Verweisen – W. J. Patzelt 1987, S. 36f. Zum Zusammenwirken von Alltagsdenken, Alltagswirklichkeit und Alltagswelt siehe ebenda, S. 42-53.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Naturtatsache“ erscheinen, wie ein „fait social“, das man – nach Durkheim – als „chose“ behandeln und untersuchen sollte.[5] In solchen Fällen sind „Gebilde interdependenter Handlungen“ zum wirklich *sehr* harten Kern sozialer Wirklichkeit geworden. Und mehr noch: Jene Geltungsansprüche und Ordnungsprinzipien, die solche Institutionen behaupten, sowie jene „Unverfügbarkeiten“, die sie voraus- oder durchsetzen, mögen dann auch ihrerseits wie „Naturtatsachen“ erscheinen, die einfach „sind“ und deshalb weder hintergangen werden können noch hinterfragt werden sollten.

Die hinsichtlich solcher Ordnungsformen zu beantwortende Frage lautet nun: Wie vollzieht es sich, dass so feste Sozialgebilde, so harte Kerne von sozialer und politischer Wirklichkeit überhaupt zustande kommen? Wie – und unter welchen Bedingungen – ist zumal politische Ordnung „machbar“? Und welche Rolle spielen bei derartiger *Verfestigung* sozialer Wirklichkeit insbesondere Behauptungen über „Unverfügbares“, über „persönlichen Dispositionsmöglichkeiten Entzogenes“, über „in aller Selbstverständlichkeit dem eigenen Denken, Deuten und Handeln zu Grunde zu Legendes“? Darauf empirisch fundierte Antworten aus der Warte einer übergreifenden Theorie zu geben, die in detaillierten empirischen Studien weiter überprüft und verfeinert werden können, ist die Domäne der Ethnomethodologie.[6]

2. WAS IST ETHNOMETHODOLOGIE?

2.1 Ethno-methodo-logie und die Vielfalt von „Ethnien“

Keineswegs ist Ethnomethodologie das, was ihr Name zunächst nahelegt: eine besondere „Methodologie“, deren Spezifikum vom Präfix „Ethno-“ bezeichnet würde. In die Irre führt es zumal, sich die Ethnomethodologie als eine besondere Metho-

5 Emile Durkheim (1988, S. 108) formulierte als Maxime der Soziologie : „La première règle et la plus fondamentale est de considérer les faits sociaux comme des choses.“

6 Entwickelt wurde sie in den 1950er Jahren in den USA von Harold Garfinkel, Aaron V. Cicourel, Harvey Sacks und anderen. Gut fassbar über zentrale Textsammlungen wie H. Garfinkel (1967) und A. V. Cicourel (1964), wurde sie bald auch in Großbritannien und Deutschland bekannt, später in Frankreich, und ist inzwischen ein Standardthema soziologischer Universitätslehre. In der Praxis ähnelt sie aber bis heute eher einer „analytischen Mentalität“ oder einer „Analysebewegung“ als jenem systematischen Forschungsunterfangen, zu dem sie der Autor schon vor mehr als zwei Jahrzehnten machen wollte. Einen vollständigen Überblick über die Quellen der Ethnomethodologie sowie einen sehr umfassenden Bericht über ihren Forschungsstand bis zum Beginn der 1980er Jahre gibt W. J. Patzelt 1987; Verweise auf wichtige seither erschienene Überblicksdarstellungen finden sich in W. J. Patzelt 2007a und 2010. Weitere Einführungen in die Ethnomethodologie geben etwa H. Mehan/H. Wood 1975, E. Weingarten/F. Sack 1979, K. Leiter 1980, G. Button 1991, J. E. Krieger 1998, A. Coulon 1999, J. Heritage 2008 und J. Bergmann 2010. Im Internet gibt es inzwischen gar nicht wenige der Ethnomethodologie und ihrem Schrifttum gewidmete Websites.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

denlehre der Völker- oder Volkskunde, der Kulturanthropologie oder der qualitativen Sozialforschung vorzustellen.[7] Man kommt dem Gemeinten auch nicht wirklich näher, wenn man sie als eine „Methodologie" zu verstehen versucht, mit der eine spezielle ethnische Gruppe eines ihrer Alltagsprobleme löst, etwa die ihr verfügbaren Pflanzen in Gestalt einer „Ethnobotanik" klassifiziert oder die sie befallenden Krankheiten in Form einer „Ethnomedizin" systematisiert und mit passenden Heilpraktiken koppelt.[8] Vielmehr ist die korrekte „semantische Interpunktion"[9] dieses Forschungsansatzes nichts Anderes als „Ethno-methodo-logie". Dann erschließt sich auch, dass die Ethnomethodologie eine der Psycho-„logie" oder Geo-„logie" entsprechende *„-logie"* jener *Methoden* ist, die von kompetenten Mitgliedern einer *„Ethnie"* dazu verwendet werden, die von ihnen wechselseitig in Rechnung gestellte und ihren gemeinsamen Handlungen zugrunde gelegte Wirklichkeit bzw. soziale Ordnung mitsamt den sie hervorbringenden Regeln aufzuzeigen, zu deuten, in Geltung zu halten und weiterzugeben – oder sie eben zu verändern bzw. zu zerstören.

Eine Ethnie im ethnomethodologischen Sinn ist also gerade keine „ethnische Gruppe",[10] sondern – in ganz formaler Begriffsverwendung – eine solche Gruppe von Menschen, die *gemeinsame* soziale Wirklichkeit, einen „gemeinsamen Handlungsraum"[11] aufrechterhält und benutzt, was sie von *anderen* Ethnien mit anderer

7 Dieses Missverständnis geht nicht zuletzt auf A. V. Cicourel (1964) zurück, der dort eigentlich nur eine „spezielle Ethnomethodologie" entfaltete, doch so den bis heute nachwirkenden Verständnisrahmen für das viel breiter angelegte andere frühe Referenzwerk schuf, nämlich H. Garfinkel (1967). Diese missweisende Ausschilderung wirkt bis heute dahingehend nach, dass man immer wieder Kapitel über die „Ethno-Methodologie" in Lehrbüchern der Qualitativen Sozialforschung oder in Handbüchern zu Forschungsmethoden findet, etwa in U. Flick et. al. 2010.

8 Tatsächlich wird die Ethnomethodologie immer wieder auch in dieser Weise engführend (miss-)verstanden, wozu nicht zuletzt markante Formulierungen Harold Garfinkels beitrugen; siehe etwa in H. Garfinkel (1967) die Agnes-Studie (dort findet sich auf S. 180f. sogar die Formulierung „Agnes, the practical methodologist") und die Geschworenen-Studie, desgleichen die dortige Einleitung „What is ethnomethodology?" (H. Garfinkel 1967, S. 1-34). Allerdings suchte auch Harold Garfinkel später jenem Missverständnis zu wehren und schlug vor, den neuen Ansatz „Neopraxeologie" zu nennen, was dem tatsächlich Gemeinten durchaus näher kommt.

9 Siehe hierzu P. Watzlawick 2006.

10 Weil der Begriff der Ethnie auch in Disziplinen wie der Völkerkunde oder Bevölkerungssoziologie verwendet wird, empfiehlt sich über Klärung des jeweiligen Kontexts hinaus eine sprachliche Markierung des konkreten Verwendungszusammenhangs. In der üblichen Betonung des Worts auf der ersten Silbe als „Éthnie" mit getrenntem „i-e" ist von Völkerschaften die Rede, in der davon abweichenden Betonung auf der zweiten Silbe mit obendrein langem -i wie in „Melodie" hingegen von Ethnien im ethnomethodologischen Sinn. Entsprechend wird dann auch von „Ethno-Methoden" nicht im Sinn von „Gebräuchen fremdartiger ethnischer Gruppen" gesprochen, sondern von Methoden, die zur Erzeugung bzw. Aufrechterhaltung der speziellen sozialen Wirklichkeit einer beliebigen Ethnie benutzt werden.

11 Hierzu siehe G. Göhler 1997 sowie zur Verbindung dieses Konzepts mit der ethnomethodologischen Theorie W. J. Patzelt et al. 2005.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sozialer Wirklichkeit sowie einem anderen gemeinsamen Handlungsraum unterscheidet. Eine Ethnie in *diesem* Sinn sind die Teilnehmer einer religiösen Liturgie oder die Mitglieder einer musizierenden Chorgemeinschaft,[12] eines Swingerclubs oder einer islamistischen Terrorzelle. Ein „kompetentes Mitglied" (auch: ein „kultureller Kollege")[13] in einer derartigen Ethnie ist jemand, der die in einer solchen Gruppe als selbstverständlich gehandhabten Wissensbestände und Deutungsmuster, Regeln und Handlungsfertigkeiten geläufig anwenden kann, dergestalt „kompetente Reaktionen" auf die Aktionen eines anderen zu vollziehen vermag und dergleichen auch routinemäßig unternimmt. Eben dadurch werden wechselseitige Erwartungen („Hintergrunderwartungen"[14]) immer wieder erfüllt, wodurch sich das Miteinander verstetigt und es möglich wird, feste Rollenstrukturen aufzubauen. Derlei wird in der Ethnomethodologie als ein „Reflexivitätsprozess" bezeichnet: Die (Zwischen-) Ergebnisse der Hervorbringung sozialer Wirklichkeit wirken auf die Voraussetzungen und Durchführungsmittel solcher Hervorbringungsprozesse zurück und stabilisieren sich eben dadurch soweit, dass auf ihnen weitere Ergebnisse wirklichkeitskonstruktiver Handlungen aufgeschichtet werden können.[15] Die ethniespezifischen Hintergrunderwartungen entsprechenden Handlungen sind es nämlich, welche die zunächst einmal nur *unterstellten* „gemeinsamen Selbstverständlichkeiten" – etwa einer Glaubensgemeinschaft oder Partei – zu belastbaren „sozialen Tatsachen" machen, auf die man sich für alle praktischen Zwecke[16] verlassen kann. Gerade solange, wie dies routinemäßig gelingt, entstehen und bestehen soziale Rollen, Rollenstrukturen sowie ganze Organisationen, die später durch symbolische Darstellung ihrer Geltungsansprüche und Ordnungsprinzipien auch noch weiter verfestigt werden können, nämlich zu Institutionen.[17]

Gewiss kann man in *unterschiedlichen* Ethnien sowie in den sie gegebenenfalls zu festen Sozialgebilden machenden Organisationen kompetentes Mitglied sein: Geschäftsführer einer Firma am Tag und Dauergast eines Internet-Chatrooms in der Nacht, Gottesdienstbesucher am Sonntagvormittag und Orchestermusiker am Sonn-

12 Eine alltagssprachlich gehaltene, nicht-technische und dennoch durch und durch ethnomethodologische Analyse lokal-situativer Wirklichkeitskonstruktion beim Chorsingen gibt W. J. Patzelt 2005.

13 Zu diesem Konzept siehe W. J. Patzelt 1987, S. 59-61. Der Gegenbegriff ist der des „kulturellen Außenseiters".

14 Hierzu siehe W. J. Patzelt 1987, S. 56-59 sowie unten in diesem Text.

15 Siehe W. J. Patzelt 1987, S. 66-71.

16 „Für alle praktischen Zwecke" ist eine sehr oft wiederkehrende Ethnomethodologenformulierung. Sie zeigt im jeweiligen Kontext an, dass in oder an der sozialen bzw. politischen Wirklichkeit nichts „an sich" so und nicht anders ist oder gehandhabt wird, sondern alles seinen Platz und seine Ratio nur im Rahmen einer spezifischen Situation, im Licht besonderer Interessen sowie im Dienst bestimmter Handlungen besitzt.

17 Siehe zu dieser institutionsanalytischen Weiterführung des ethnomethodologischen Ansatzes – samt Verweisen auf die Anschlussstellen dieses Unterfangens etwa bei P. Berger/Th. Luckmann 1969, P. Watzlawick 2006 und A. Giddens 1995 – W. J. Patzelt 2007 und W. J. Patzelt 2007b, S. 145-150.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tagabend.[18] Ebenso können unterschiedliche Ethnien und deren soziale Strukturen nicht nur koexistieren, sondern auch – selbst bei personell gleicher Mitgliedschaft – *situative Metamorphosen* vollziehen: Eine Fußballmannschaft wird vom kämpfenden Team auf dem Platz zum Männerbund in Kabine und Kneipe, ein geselliger Freundeskreis zum kleinen Chor, eine studentische Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitungszelle eines Terroranschlags.[19] Ferner gibt es mehr oder minder komplexe *Einbettungsverhältnisse* von Ethnien und von kompetenten Mitgliedschaften in ihnen bzw. in den von ihnen getragenen Organisationen. Etwa kann man zugleich Handballspieler und Sozialdemokrat, Katholik und Mitglied eines Sinfonieorchesters sein. Dann legen „situative Marker" für alle kompetenten Mitglieder sowie für Beobachter einer solchen Ethnie fest, welche dieser Ethnien mit ihrem je spezifischen „unverfügbaren" Regelwerk und ebenso „unverfügbaren" gemeinsamen handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten hier und jetzt relevant ist. Auch kann es in Einzelfällen zur *Konkurrenz der Rollenanforderungen* aus der Mitgliedschaft in unterschiedlichen Ethnien kommen. Im Bereich von Politik und Verwaltung führt das nicht selten zu – in „westlicher" Wahrnehmung – Tatbeständen wie der „Begünstigung im Amt" oder gar Korruption.[20]

2.2 Ethnomethoden

a. Ein Überblick

In ihren jeweils handlungsrelevanten Ethnien nutzen deren kompetente Mitglieder beim Agieren entlang von als unverfügbar behandelten Regeln vielerlei *methodische Praktiken*, mit denen sie eben die Selbstverständlichkeit jener Regeln aufrechterhalten. Jene „Ethnomethoden" zu entdecken, zu klassifizieren und – auch vergleichend – auf ihre ordnungskonstruktive Rolle hin zu untersuchen, ist das zentrale Anliegen der Ethnomethodologie. Dabei werden drei grundlegende Gruppen von Ethnomethoden unterschieden: *Interpretationsverfahren*, *Darstellungstechniken* und *szenische Praktiken*. Sie alle weisen ethnie*unabhängig* eine *gleiche formalpragmatische Struktur* auf, füllen diese aber mit ethnie*spezifischen Wissensbeständen*.[21] Letztere werden durch Enkulturation und Sozialisation erworben; anschließend wird ihre routinemäßige Verwendung wechselseitig als Marker kompetenter Mitgliedschaft bzw. eines vertrauenswürdigen *bona-fide*-Verhaltens erwartet.

18 Siehe hierzu auch A. Schütz 1971.

19 Bei der Darstellung von Harold Garfinkels Spieltheorie im Abschnitt 5 wird sich zeigen, dass sich die Metapher von der „Metamorphose" durch die sehr theoriehaltige Rede von der „Veränderung des konstitutiven Akzents" ersetzen lässt.

20 Siehe – mit weiteren Verweisen – W. J. Patzelt 2004.

21 Zum phänomenologisch-ethnomethodologischen Konzept des „Wissensbestandes" siehe W. J. Patzelt 1987, S. 45-48 (Theorie) und S. 154-159 (Empirie).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gerade die durchgehende Trennung des *formalpragmatisch Invarianten* von *ethniespezifisch wechselnden Inhalten* macht das Analyseinstrumentarium der Ethnomethodologie vorzüglich für *vergleichende* Untersuchungen geeignet.

Der Sicherung sowohl der Verfügbarkeit als auch der praktischen Verwendung ganz bestimmter – und eben keiner anderen – Wissensbestände dienen jene komplexeren Ethnomethoden[22] wirklichkeitskonstruktiver Politik, die Melvin Pollner – gemeinsam mit ihrer Anwendung – die „politics of reality" genannt hat.[23] Bei ihnen – dem konzeptuellen Kernbestand der unten systematisch entfalteten ethnomethodologischen Theorie der sozialen Konstruktion von „Unverfügbarkeit" – handelt es sich (a) um Methoden zur Sicherung wirklichkeitskonstruktiver Selbstverständlichkeiten bereits *im Vorfeld* konkreter Machtkämpfe um die Durchsetzung und Sicherung einer bestimmten sozialen Wirklichkeit (deshalb der Name „Vorfeldmethoden"); (b) um jene Methoden, mit denen man eine in Zweifel oder ins Wanken geratene soziale Wirklichkeitswahrnehmung bzw. Wirklichkeitsdefinition *ohne Ausgrenzungsmaßnahmen* gegenüber den „Störern" zu restabilisieren versucht (also um „Entproblematisierungsmethoden"); und (c) um jene Methoden, mit denen man „Störer" der gemeinsamen Wirklichkeitskonstruktion ausgrenzt, um sie für alle praktischen Zwecke wirkungslos zu machen. Die Spannweite der „Ausgrenzungsmethoden" fängt an mit Praktiken der kommunikativen Deprivation und reicht über Degradierungspraktiken bis hin zum Wegsperren oder Umbringen der „Störer".

b. Interpretationsverfahren, Darstellungstechniken und szenische Praktiken

Die *erste* Gruppe der grundlegenden Ethnomethoden sind die *Interpretationsverfahren*.[24] Sie dienen der Deutung von jeweils in die Interaktion eingebrachten (Rede-) Handlungen aller Art. Worum es bei ihnen im Einzelnen geht, zeigen schon deren Namen: Unterstellung der Vertauschbarkeit der Standpunkte,[25] Unterstellung der Kongruenz von Relevanzstrukturen[26] sowie Etikettierung von Außenseitern[27]; „let it pass"-Verfahren,[28] „filling in-Verfahren",[29] „unless"-Annahme[30] und retro-

22 Komplexer sind sie insofern, als sie ihrerseits aus Interpretationsverfahren, Darstellungstechniken und szenischen Praktiken zusammengesetzt sind.

23 Siehe M. Pollner 1974 und 1975. Eine systematische Explikation des Konzepts und der Methoden der „politics of reality", die weit über Melvin Pollners Anregungen hinausgeht, findet sich in W. J. Patzelt 1987, S. 115-124 (Theorie) und S. 200-217 (Empirie).

24 Siehe hierzu W. J. Patzelt 1987, S. 83-89 (Theorie) und S. 167-180 (Empirie).

25 „Wäre ich an Deinem Platz, würde ich die Dinge wohl auch so sehen!"

26 „Zwar gibt es biographisch etc. erklärbare Unterschiede in dem, wie wir die Dinge sehen; doch das ist für unser jetziges Vorhaben irrelevant."

27 „Dass Du die Dinge ganz anders als wir siehst, kommt nur davon, dass Du nicht zu uns gehörst. Also sind Deine Sichtweisen für uns irrelevant."

28 „Zwar verstehe ich nicht, worum es geht; aber lasst uns erst einmal weitermachen!"

29 „Zu dem hier muss ich mir wohl Folgendes hinzudenken, wenn ich es verstehen will!"

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

spektiv-prospektive Interpretation[31]; Verwendung der Normalitätshypothese, wobei Normalität als ein Index mit folgenden Indikatoren konzeptualisiert wird:[32] Typikalität, Wahrscheinlichkeit, Vergleichbarkeit, kausale Eingebundenheit, instrumentelle Effizienz, Notwendigkeit gemäß einer natürlichen oder moralischen Ordnung eines Wirklichkeitselements, ferner „substanzielle Kongruenz"; sowie Deutung von Normalitätsabweichungen als Information,[33] wie sie etwa in Fällen von Ironie oder theatralischen Überzeichnungen vorliegt.

Angelpunkt konkreter Interpretationen sind tatsächlich ethnispezifische Normalformen von Denkfiguren, Redeweisen oder konkreten Handlungen. Mit ihnen wird deutend auf gerade die Weise umgegangen, die im letzten Kapitel im Abschnitt über „Transzendenz als Hermeneutik" entfaltet wurde. Die Ethnomethodologie stellt allerdings mit ihrer Konzeptualisierung von „Normalität" weitere Begriffe bereit, anhand derer präzise erfasst werden kann, woran kompetente Mitglieder einer Ethnie „Normales" vom „Abweichenden" unterscheiden. Sechs Kriterien, oben knapp als „Normalitätsindikatoren" eingeführt, sind hier von besonderer Bedeutung:

- *Typikalität:* Innerhalb ihrer Wissensbestände nehmen Personen Wirklichkeitsmerkmale in der Regel nicht als einzigartig, sondern als Vertreter von Klassen oder von Typen von Wirklichkeitsmerkmalen wahr. Wirklichkeitsmerkmale und Ereignisse, die sich nicht unter (ethnotheoretisch geläufige) Typen subsumieren lassen, werden als nicht normal erfahren. Das bringt dann Sand ins Getriebe alltagspraktischer Wirklichkeitskonstruktion.
- *Wahrscheinlichkeit:* Anhand ihrer Wissensbestände messen Personen der Beschaffenheit und dem Auftreten von Wirklichkeitsmerkmalen und Ereignissen eine bestimmte Wahrscheinlichkeit zu. Die Beschaffenheit und das Auftreten von Wirklichkeitsmerkmalen und Ereignissen, die solche Wahrscheinlichkeitszumessungen diskreditieren, werden als nicht normal erfahren. Passen die solche Wahrscheinlichkeitsvermutungen umfassenden Wissensbestände einer Population nicht (mehr) zum Muster der Ereignisse, welches die Funktionslogik ihrer Institutionen generiert, so entstehen Störungen im Prozess der Wirklichkeitskonstruktion.

30 „Ich bleibe erst einmal bei meiner Interpretation, und zwar solange, bis ich eines Besseren belehrt werde!"

31 „Ich werde später wohl neu interpretieren müssen, was mir bislang klar zu sein scheint; doch ich bin durchaus bereit, das im Licht künftiger Erfahrungen zu tun!"

32 Zur ethnomthodologischen Erfassung von Normalität siehe W. J. Patzelt 1987, S. 53-56 (Theorie) und S. 171-180 (Empirie), zur ethnomethodologisch-spieltheoretischen Analyse der sozialen Konstruktion von Normalität unten den Abschnitt 5.

33 Etwa: „Der tut so, als würde er mich nicht kennen! Das hat doch wohl etwas zu sagen … gerade hier, bei dieser Podiumsdiskussion. Nur was?"

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

- *Vergleichbarkeit:* Dieses Merkmal verknüpft die beiden Operationen, die mit der Normalitätserfahrung anhand der bereits genannten Kriterien verbunden sind: Was hinsichtlich von Typikalität und/oder Wahrscheinlichkeit mit bereits Bekanntem vergleichend in Beziehung gesetzt werden kann, wird als normal wahrgenommen; Wirklichkeitsmerkmale hingegen, die sich anhand von als typisch oder wahrscheinlich Bekanntem *nicht* einordnen lassen, werden als auch nicht normal erfahren. Dies macht unterschiedliche (politische) Wirklichkeitsvorstellungen inkommensurabel und behindert die Integration derer, die so unterschiedliche Wirklichkeitsvorstellungen hegen.[34]
- *Kausale Eingebundenheit:* Aufgrund ihrer Wissensbestände sind Personen in der Lage, Bedingungen für das Auftreten von Erscheinungen ausfindig zu machen. Gemäß dem Grad, in dem Personen die Angabe ursächlicher Bedingungen für das Auftreten und die Beschaffenheit von Wirklichkeitsmerkmalen oder Ereignissen leicht oder schwer fällt, erfahren sie ihre Umwelt als normal oder nicht normal. Politische Wissensbestände werden dergestalt unmittelbar zu Faktoren politischer Legitimierung oder Delegitimierung.
- *Instrumentelle Effizienz:* Aufgrund ihrer Wissensbestände sind Personen in der Lage, Handlungen und Zusammenhänge im Hinblick auf in ihnen realisierte Ziel/Mittel-Beziehungen zu deuten. Je nach dem Ausmaß, in dem für Personen an Wirklichkeitsmerkmalen oder Ereignissen ein derartiges Ziel/Mittel-Verhältnis erkennbar ist, erfahren sie diese als normal oder nicht normal. Auch hier werden politische Kenntnisse unmittelbar zur Legitimitätsressource.
- *Notwendigkeit gemäß einer natürlichen oder moralischen Ordnung:* Aufgrund ihrer Wissensbestände erwarten Personen, dass Wirklichkeitsmerkmale bzw. Ereignisse bestimmter Typen vorzuliegen, zu geschehen oder zu unterbleiben haben, ohne dass diese Notwendigkeit von ihren eigenen Wünschen abhinge. Bei derlei „Unverfügbarkeiten" kann sich einesteils um physikalische oder biologische Zusammenhänge, andernteils um soziale oder ethische Sachverhalte handeln, über deren Beschaffenheit die jeweils selbstverständlichen kulturspezifischen Ethnotheorien informieren. Im Ausmaß, in dem Wirklichkeitsmerkmale oder Ereignisse vom solchermaßen als notwendig oder gesollt Angesehenen abweichen, werden sie als nicht normal erfahren. Durch dieses Merkmal wird gerade die sittliche bzw. normative Dimension der Normalitätserfahrung erfasst, und zwar ganz ohne dass ethnozentrisch ein bestimmter inhaltlicher Maßstab vorgegeben würde. Offenkundig ist hier von gerade dem die Rede, was im letzten Kapitel im Abschnitt über „Transzendenz als Unverfügbarkeit" behandelt wurde.

34 Gerade hier setzen die Entproblematisierungsmethoden der „politics of reality" an; siehe dazu unten den Abschnitt 4.2.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

- *Substanzielle Kongruenz:* Aufgrund ihrer Wissensbestände sind Personen in der Lage, Urteile über die Richtigkeit der Wirklichkeitswahrnehmung Anderer zu fällen und deren Kongruenz zur eigenen Wirklichkeitswahrnehmung zu überprüfen. Im Ausmaß, in dem Unterschiede zwischen der eigenen Wirklichkeitswahrnehmung und den Wirklichkeitswahrnehmungen Anderer auftreten, wird die soziale Umwelt als nicht normal erfahren. Damit lassen sich politische Desintegrationsprozesse in ihrer wirklichkeitskonstruktiven Dynamik erfassen.

Zweitens gebrauchen kompetente Mitglieder in ihren Ethnien solche *Darstellungstechniken* (*„accounts"*; auch „Darstellungsleistungen", „Darstellungspraxen" oder „praktische Erklärungen" genannt),[35] die eng auf jeweils einzelne Interpretationsverfahren bezogen sind, nämlich zu dem Zweck, zielgerichtet die Anwendung eines spezifischen Interpretationsverfahrens *auszulösen*. Etwa kann man zur Anwendung des „let it pass"-Verfahrens dadurch anhalten, dass man (ausreichend oft) darauf hinweist, jetzt noch Unverständliches werde demnächst verständlich werden, weswegen der Zuhörer sich bis auf Weiteres in Geduld üben möge. Dasselbe leisten Transzendenzrekurse für den Zweck, etwas als gemäß einer natürlichen oder moralischen Ordnung notwendig bzw. unabdingbar hinzustellen.

Drittens verwenden kompetente Mitglieder einer Ethnie andauernd ethniespezifische *szenische Praktiken*.[36] Diese letzteren vollziehen das in der jeweiligen Ethnie funktionell Erforderliche, das vom Sinn des gemeinsamen Handlungsraums und seines Regelwerks Gebotene. Derlei äußert sich ebenso in der „richtigen" Durchführung einer Liturgie oder medizinischen Behandlung wie im „richtigen" Leiten einer Gremiensitzung oder eines Fußballspiels. Gerade an der *routinemäßigen* Fähigkeit, die – in der Regel rollenspezifisch stark differenzierten – szenischen Praktiken einer Ethnie *kompetent* vorzunehmen, erkennt man den „kulturellen Kollegen". Szenische Praktiken sind bei ihrem konkreten Vollzug natürlich einerseits *Objekte der Anwendung von Interpretationsverfahren*, etwa: „Ist es eigentlich normal, wie dieser Vorsitzende die Sitzung leitet?" Andererseits sind sie auch *Vehikel von Darstellungstechniken*, etwa durch Verwendung eines besonderen Tonfalls bei Äußerungen, die das eigene Tun begleiten. Dadurch kann man im Vollzug szenischer Praktiken obendrein zielgerichtet jene Interpretationsverfahren auslösen, die den hier und jetzt gegebenen *besonderen* Sinn einer verwendeten szenischen Praxis zu erschließen erlauben.

35 Harold Garfinkel führte einst den Begriff des „Account" eher als Notbehelf ein, um jene Vielfalt von Darstellungen, Beschreibungen, Erklärungen, Rechtfertigungen, Bestätigungen und Sinnaufweisungen mit einem einzigen Wort bezeichnen zu können, welche Menschen verwenden, um einander ihr Verhalten verständlich zu machen; siehe W. J. Patzelt 1987, S. 90-96. Dieser Begriff wurde sodann unübersetzt ins Deutsche übernommen, bis G. Schaffranek (1984, S. 97f.) den das Gemeinte viel besser treffenden Begriff der „Darstellungstechnik(en)" einführte.

36 Siehe hierzu W. J. Patzelt 1987, S. 79-82 (Theorie) und S. 217-229 (Empirie).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3. KONSTRUKTION, DESTRUKTION UND WANDEL SOZIALER WIRKLICHKEIT

3.1 Reflexivitätsprozesse

Greifen szenische Praktiken, Darstellungstechniken und Interpretationsverfahren – meist dank gelingender „politics of reality“[37] – störungsfrei ineinander, so gelingt die Aufrechterhaltung spezifischer sozialer Ordnung – also eines „gemeinsamen Handlungsraums“ im Sinn Göhlers – *an einem konkreten Ort* („lokal“) *zu einer gegebenen Zeit* („situativ“), desgleichen die Sicherung der Zugänglichkeit von dessen je eigenartiger Mischung aus organisationellen Machtressourcen und als „unverfügbar“ ausgegebenen kulturellen bzw. institutionellen Regeln.[38] Eben das meint die Rede von der Wirklichkeitskonstruktion als einem „lokal-situativen Prozess“. Und indem von allen hier und jetzt Anwesenden die ethniespezifischen Sinndeutungen sowie Handlungen *stabil* aufeinander bezogen werden, vollzieht sich Wirklichkeitskonstruktion als *sich selbst verstärkender Prozess*, der sich in eben seinem *Vollzug* immer wieder als sinnvoll bestätigt und dann *kraft Erfolgs verstetigt*.[39] Ethnomethodologisch heißt derlei positive Rückkopplung von handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten und sozialen Strukturen, die aus ihnen entstehen sowie anschließend eben jene Selbstverständlichkeiten „unverfügbar“ machen, ein „Reflexivitätsprozess“.[40]

Zentralbegriffe der Analyse solcher Prozesse sind die – oben schon eingeführten – Konzepte der „Normalform“ und der „Hintergrunderwartung“. Eine *Normalform* ist, was innerhalb einer Ethnie, also im Rahmen der Wissensbestände kompetenter Mitglieder, als normales Verhalten, als normale Interpretation oder als normale Darstellungsleistung angesehen wird. *Hintergrunderwartung* meint wiederum,

37 Siehe unten den Abschnitt 4.

38 Zum ethnomethodologischen Konzept der Wirklichkeit und ihrer Konstruktion siehe W. J. Patzelt 1987, S. 101-106 (Theorie) und S. 217-229 (Empirie). Eine Weiterführung des dort Angelegten findet sich in Werner J. Patzelt (2007a), wo die soziale Konstruktion gemeinsamer Handlungsräume sowie jener intransitiven Machtressourcen untersucht wird, die ihn ihnen wirken: fassbar als je besondere „Stimmung“ bzw. „Atmosphäre“, in denen bestimmtes Verhalten angemessen, anderes jedoch ein „faux pas“, „nicht schicklich“, „wenig ratsam“ oder zumindest „erklärungsbedürftig“ wäre.

39 Beispiele wären emotionale Bindungen, die vom Flirt in eine lebenslange Partnerschaft hinüberwachsen, oder Serien von Begegnungen von Bürgern mit Polizisten, die ein festes Vertrauen zu den Letzteren und die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols zeitigen – oder eben gerade das Gegenteil bewirken. Siehe zu alledem auch J. G. Juchem 1988.

40 Hierzu siehe Anm. 15. Das wichtigste populäre Anschlusskonzept ist hier das der „Definition der Situation“, wie es im sogenannten Thomas-Theorem formuliert wird: „Wenn Menschen eine Situation als bestehend auffassen und von dieser Situationsdefinition ausgehend handeln, dann sind die Folgen dieses Handelns real, ganz gleich, wie irreal die Situationsdefinition war“. Siehe hierzu mit den entsprechenden Quellenstellen R. Merton 1993.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dass man im gemeinsamen Handlungsraum einer Ethnie voneinander solche szenischen Praktiken, Darstellungsleistungen und Interpretationen erwartet, die genau derartigen Normalformen entsprechen. Und indem man Hintergrunderwartungen im Alltagsreden und Alltagshandeln routinemäßig *nicht* diskreditiert, sondern *ihnen gemäß* agiert, hält man sie in Geltung und *stabilisiert* das Erwartete als *Selbstverständlichkeit*. In eben dieser Weise werden Hintergrunderwartungen, die sich auf Normalformen richten, mitsamt ihrer routinemäßigen Nicht-Diskreditierung zum zentralen Durchführungsmittel weiterer Ordnungs- und Wirklichkeitskonstruktion. Gemeinsam mit der kompetenten Benutzung geeigneter *Darstellungstechniken* (z.B. „Fasse X doch wie folgt auf; dann erkennst Du, dass X ganz normal ist!"), von *Interpretationsverfahren* (z.B.: „Noch verstehe ich zwar X nicht; was X meint, wird mir aber schon noch klar werden!") sowie von *szenischen Praktiken* (etwa dem Tun von X) sorgen auf Normalformen bezogene Hintergrunderwartungen nämlich für eine *routinemäßig stabile Abstimmung* von Sinndeutungen und Handlungen.

3.2 Die Konstruktion von Makrostrukturen und die „natürliche Einstellung"

Gelingt das aber *nicht nur* hier und jetzt, sondern quer über *viele Situationen* hinweg, auch zu *unterschiedlichen Zeiten* und sogar an *unterschiedlichen Orten*, so entstehen – sich gerade so weit erstreckend, wie auch die routinemäßig gelingende Wirklichkeitskonstruktion reicht – eben dadurch situations- und raumübergreifende soziale Rollen und Rollengefüge. Aus ihnen wiederum können sich, bei Fortgang und weiterer Verfestigung solcher Wirklichkeitskonstruktion, dann Organisationen und Institutionen, ja ganze Verfassungsgefüge und politische Systeme entwickeln. Diese geben dann ihrerseits jenen Rahmen ab, in dem die *sie selbst reproduzierenden* wirklichkeitskonstruktiven Prozesse stattfinden.[41] Bei der Analyse all dessen erfolgt zwar der *empirische* Zugriff der Ethnomethodologie auf der *Mikro*ebene sozialen Handelns: Es wird betrachtet, wie Menschen lokal-situativ, also in ihrem je konkreten gemeinsamen Handlungsraum, mit handlungsleitenden und deutungsschaffenden Selbstverständlichkeiten – also mit „intransitiver Macht" – umgehen, indem sie derlei überhaupt erst einmal hier-und-jetzt aufbauen, heranziehen, in Geltung halten, verwenden, gebrauchen und im Generationenwechsel (möglichst) kompetenter Mitglieder weitergeben, freilich auch immer wieder verändern oder gar zerstören. Dergestalt setzt die Ethnomethodologie auf einer vergleichsweise niedrigen Schicht im „Schichtenbau sozialer Wirklichkeit" an,[42] nämlich auf jener der persönlichen Interaktionen. Doch das Ziel solcher Studien ist durchaus ein

41 Zu dieser Verbindung von Ethnomethodologie und institutioneller Analyse siehe – mit weiteren Verweisen – W. J. Patzelt 2011.

42 Zum Modell des „Schichtenbaus sozialer Wirklichkeit" und seinem sehr weit reichenden analytischen Potential siehe W. J. Patzelt 2007c, S. 184-193.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

*makro*soziologisches: Es soll verstanden werden, wie „soziale Tatsachen" und deren Verbindung zu sozialer bzw. politischer Ordnung *konstruiert* bzw. *reproduziert* werden – ja gar zu solcher Ordnung werden, die selbst unter Belastungen funktioniert und sich vielleicht zu ganz „unverfügbar" wirkender Stabilität verfestigt.[43] Eben das hatte wohl Harold Garfinkel (1917-2011), Begründer der Ethnomethodologie, im Sinn, als er mit Blick auf seinen Doktorvater und seine Dissertation forsch formulierte: „I made Parsons sound better than he'll ever know".[44]

Die bei alledem gelingende Transformation der *Erfahrung* von Ordnungskonstruktion, die ja faktisch nichts anderes ist als ein stets *unterbindbares* „ongoing accomplishment" (also eine durchaus *störbare* „kontinuierliche Hervorbringungsleistung"), in etwas, was vom Ergebnis her – etwa als „SED", „Deutscher Bundestag" oder „EU" – wie eine des ständigen Neubewirktwerdens gerade nicht bedürfende „Naturtatsache" wirkt, welche man dann – gleich ob als Freund oder Gegner – einfach in Rechnung zu stellen hat, ist auch ihrerseits ein wirklichkeitskonstruktiver Vorgang. Garfinkel brachte ihn einst auf die Formel von der „‚uninteresting' essential reflexivity" wirklichkeitskonstruktiver Prozesse.[45] Diese alltagspraktische „Transformation von Prozessen in Strukturen" wird offenbar dadurch erleichtert, dass Menschen zu *übersehen* pflegen, dass *niemand Anderes als sie selbst* jene soziale bzw. politische Wirklichkeit hervorbringt, die – einmal routinemäßig hervorgebracht – so „fremdbestimmt" und unzerstörbar wirkt. Ursache für solches Übersehen ist einesteils eine Erziehung, welche die umgebende Wirklichkeit als „ganz natürlich so, wie sie ist" darstellt. Andernteils ist es schon auch die Inanspruchnahme durch die Bewältigung des Lebens selbst, was einem gar nicht die Muße zur Einnahme einer letztlich „praktisch unnötigen" Beobachterperspektive lässt. Aus beiden Gründen ist die resultierende „sozialoptische Täuschung" hinsichtlich des eigenen Mittuns an der Wirklichkeitskonstruktion typisch für jene „natürliche Einstellung des Alltagsdenkens", die Edmund Husserl und Alfred Schütz so trefflich analysiert haben.[46] Gerade sie stabilisiert auch die uns umgebende soziale und politische Wirklichkeit mitsamt ihren Organisationen bzw. Institutionen. Diese „natürliche" Einstellung – „natürlich" hier verstanden im Sinne von „naiv" – zu pflegen und eine analytische Haltung zu unterbinden, die sie – ganz im Wortsinn – „auflösen" könnte, also eher auf *Affirmation* denn auf *Kritik* dieser „natürlichen Einstellung" und ihrer Hervorbringungen auszugehen, ist das Ziel der sogenannten „Vorfeldmethoden" der „politics of reality".[47]

43 Siehe hierzu W. J. Patzelt 1987, S. 145-150.
44 Zitiert nach T. Tyler 1964, S. 69.
45 H. Garfinkel 1967, S. 7.
46 Siehe hierzu – mit weiteren Verweisen – W. J. Patzelt 1987, S. 36f. Zum Zusammenwirken von Alltagsdenken, Alltagswirklichkeit und Alltagswelt siehe ebenda, S. 42-53.
47 Deren Detailanalyse findet sich unten im Abschnitt 4. Dort überlappen sich offenkundig auch die analytischen Interessen von Ethnomethodologie und Kritischer Theorie; siehe hierzu auch die Zusammenfassung der in den 1970er Jahren geführten Debatte über

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das alles vor Augen, erweist sich soziale und politische Wirklichkeit als ein „ongoing accomplishment of the concerted activities of daily life", wie das eine berühmte Formel Harold Garfinkels ausdrückt.[48] Es gilt dabei: Wirklichkeitskonstruktion „is a continuous production",[49] und folglich lässt sich ebenfalls aussagen: „All realities require reality work".[50] Nur solange nämlich, wie die im Zusammenwirken von szenischen Praktiken, Darstellungstechniken und Interpretationsverfahren vollzogenen wirklichkeitskonstruktiven Reflexivitätsprozesse nicht gestört oder – falls so geschehen – durch die „politics of reality" rasch wieder „in Ordnung gebracht" werden, gewinnt die im Alltagsleben erfahrene soziale oder politische Wirklichkeit eine hier-und-jetzt unbezweifelbare und für alle praktischen Zwecke – gerade auch strategischer Interaktion – in Rechnung zu stellende Stabilität. Versäumt man es hingegen, wirklichkeitskonstruktiven Störern entgegenzutreten oder unterliegt man ihnen, so kommt es unweigerlich zu Veränderungen des bislang gemeinsamen Handlungsraums. Im einfachsten Fall verfliegt die besondere Stimmung einer Situation und verflüchtigt sich deren bisherige Atmosphäre. Vielleicht erodiert auch noch jenes soziale Milieu, in dem diese Atmosphäre einst gründete. Und am Ende mögen alle jene intransitiven Machtressourcen[51] geschwunden sein, die zuvor so selbstverständlich verfügbar waren. Im noch eher harmlosen Fall kann sich im Lauf einer Gremiensitzung „die Situation" soweit verändert haben, dass vordem passable Argumente „nicht mehr ankommen" und die Autorität des Vorsitzenden „dahin ist". Die gleiche wirklichkeitskonstruktive „Mechanik" wirkt aber auch in viel dramatischeren Fällen. Etwa wurde beim Aufbau kommunistischer Diktaturen die bislang selbstverständliche soziale Wirklichkeit von Menschen mit bürgerlichem Habitus und Lebensstil schrittweise eingeengt, ja vielfach zerstört. Und aufs Schlimmste erlebten derlei einst die jüdischen Deutschen: Jahrzehntelang stolz auf ihren großen Beitrag zur deutschen Kultur und Wirtschaft, auch auf ihre militärischen Auszeichnungen im Ersten Weltkrieg, fanden sie sich – oft bis zur Hilflosigkeit überrascht – seit Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur diskriminiert, später verfolgt und am Schluss auf dem Weg in die Gaskammern.

3.3 Individuelle und kollektive „Wirklichkeitsübergänge"

Wem derlei zu widerfahren beginnt, wird selbst gegen alles emotionale Widerstreben seines Alltagsdenkens irgendwann zu zweifeln anfangen, die bislang in aller

„Marxismus und Ethnomethodologie" in W. J. Patzelt 1987, S. 247-250, desgleichen ebenda, S. 259-265, den Abschnitt über (ethnomethodologische) „Politikanalyse als Ideologieanalyse".

48 So H. Garfinkel 1967, vii.

49 K. Leiter 1980, vii; siehe auch ebenda, S. 41.

50 H. Mehan/H. Wood 1975, S. 179.

51 Vgl. G. Göhler 1997 und W. J. Patzelt et al. 2005.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Selbstverständlichkeit als „so und nicht anders" unterstellte Wirklichkeit sei *nichts* an sich schon *Brüchiges* und werde in aller Selbstverständlichkeit weiterhin bestehen, wenn nur die gerade sich ereignende „grauenhafte Situation" vorüber sei. Zweifeln hieran aber immer mehr Menschen, dann hören auch immer mehr von jenen wirklichkeitskonstruktiven Prozessen auf, die auf bislang undiskreditierten Hintergrunderwartungen gründeten und nur deshalb in unbemerkter Selbstverständlichkeit abliefen. Alsbald werden auch die aufgrund ihrer in Geltung gehaltenen Wissensbestände und Regeln ihre handlungsleitende Orientierungskraft verlieren, was wiederum die anhand ihrer reproduzierten Rollenstrukturen zur Auflösung bringt. Und indem dies alles geschieht, zerbricht die bislang bestehende soziale und politische Wirklichkeit mit vielen in sie eingebetteten gemeinsamen Handlungsräumen. Die Täter solchen Zerschlagens bisheriger sozialer Wirklichkeit mögen sich über ihren Erfolg freuen. Doch bei den Opfern – von Eugen Kogon unvergesslich geschildert in seiner Beschreibung von „Begrüßungszeremonien" in Konzentrationslagern[52] – breitet sich rasch ein tief empfundenes Gefühl der Hilf- und Orientierungslosigkeit aus, wird gar die eigene Identität zweifelhaft und lässt zu jedem Strohhalm greifen, der neuen Halt verspricht – und möge dieser auch in einer objektiv demütigenden neuen Rolle samt *deren* orientierungsstiftenden Selbstverständlichkeiten bestehen. Auf diese Weise kommt es auf individueller Ebene zum Hinüberschreiten, Hinübergleiten, ja oft einfach zum Hinübergetriebenwerden in einen neuen gemeinsamen Handlungsraum, in ein neues Rollengefüge, in eine neue Normalität – und sei es eben die eines entwürdigten Häftlings. Was einen solchen *individuellen Wirklichkeitsübergang*[53] veranlasst und die von ihm eröffneten neuen strategischen Handlungsmöglichkeiten erschließt, ist Macht, präziser: ist gekonntes Spiel mit den Methoden der „politics of reality".

Mit ihnen lassen sich aber auch *kollektive* Wandlungsprozesse sozialer Wirklichkeit bewirken, wie sie oft im Verlauf von Revolutionen oder sonstigen politischen Systemumbrüchen besonders fühlbar werden. Nachvollziehen lässt sich das leicht am Wandlungsprozess deutscher politischer Wirklichkeit weg vom mitteldeutschen Teil des Nazi-Reichs hin zur sozialistischen DDR, oder von dessen westdeutschem Teil hin zur liberaldemokratischen BRD. Analytisch gesehen, verlangt ein solcher kollektiver Wandel sozialer Wirklichkeit „nur" eine Veränderung der dem wirklichkeitskonstruktiven Alltagshandeln zugrunde gelegten Wissensbestände und Normalitätsvorstellungen, und somit auch der rollenkonstituierenden Darstellungstechniken, Interpretationsverfahren und szenischen Praktiken. Wieder geht es um nicht mehr als um das gekonnte Spiel mit den Methoden der „politics of reality". Nur praktisch ist ein kollektiver Wirklichkeitsübergang viel schwerer durchzu-

52 E. Kogon 1975, S. 91-97.

53 Ihn bezeichnet das ethnomethodologische Konzept des „passing". Hierzu und zum Konzept des „Wirklichkeitsübergangs" überhaupt siehe W. J. Patzelt 1987, S. 106-110.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

setzen, weil hier gleich viele Hunderttausende von Alltagssituationen an Tausenden von Orten in gleicher Weise nachhaltig verändert werden müssen. Doch nicht wenige durchaus erfolgreiche Versuche solch voluntaristischer Wirklichkeitskonstruktion bieten vielfältiges Anschauungsmaterial, wie kollektive Wirklichkeitsübergänge tatsächlich ins Werk gesetzt werden können – gleich ob in Savonarolas Florenz, in Robespierres Paris, in Lenins und Stalins Sowjetunion, in Hitlers Deutschland, in Maos China oder in Pol Pots Kambodscha. „Totalitarismus" ist der angemessene Begriff für solche Unterfangen, in einer Gesellschaft selbst gegen deren Widerstand einen *kollektiven Wirklichkeitsübergang* durchzusetzen.[54]

Dessen Grundmuster ist allenthalben gleich. Zunächst schlägt die exemplarische und vielfache *szenisch-lokale Destruktion überkommener Wirklichkeit* gleichsam eine Bresche in den bisherigen Kosmos von Selbstverständlichkeiten. Durch sie können alternative Wirklichkeitsentwürfe eindringen, die – falls ideologisch attraktiv und durch tatkräftige „politics of reality" vorangetrieben – alsbald den Rest der Festung bisheriger Wirklichkeit und Ordnung erobern mögen. Werden sodann im konkreten Alltag *vieler* Einzelpersonen bisherige ethniespezifische Selbstverständlichkeiten *nachhaltig* destruiert, neue hingegen hervorgebracht und anschließend in Geltung gehalten, so gelingt auch auf der Makroebene die Destruktion alter Strukturen bzw. Institutionen. Je nach wirklichkeits*konstruktiver* Tauglichkeit der bislang *zerstörungs*leitenden Ideologie kann es anschließend auch gelingen, neue soziale Strukturen, Organisationen und Institutionen nicht nur für kurze Zeit, sondern dauerhaft zu errichten. Dann wurden nicht nur viele *frühere* gemeinsame Handlungsräume zerstört, sondern wurden nachhaltig auch *neue* gemeinsame Handlungsräume errichtet, die – spätestens nach einem Generationenwechsel – alsbald als ebenso selbstverständlich wirken mögen wie die früheren. Die konkreten Ressourcen intransitiver Macht finden sich also gleichsam nur ausgetauscht oder umgeschichtet. Unter den Bedingungen solch neu entstandener Normalität wird dann auch wieder ein mit geringem Ressourceneinsatz auskommendes strategisches Handeln möglich. Zwischen beiden Zuständen liegt aber eine oft schreckliche Phase intensiver, ressourcenverzehrender, auch körperlich gewalttätiger Machtausübung.

3.4 Zum politikwissenschaftlichen Mehrwert ethnomethodologischer Konstruktionsanalyse

Zweifellos geleitet solche Analyse von individuellen und kollektiven Wirklichkeitsübergängen vom zunächst „exotisch" anmutenden Forschungsgebiet der Ethnomethodologie in zentrale und aufwühlende Themen der Politikwissenschaft und ihrer Ordnungsanalyse. Doch dabei wurde die Ethnomethodologie nie verlassen. Nur scheinbar nämlich ist sie ein allein mikrosoziologischer Ansatz ohne Relevanz

54 Siehe hierzu W. J. Patzelt 1998.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

für die traditionell der Makroanalyse verpflichtete Politikwissenschaft.[55] Tatsächlich aber untersucht die Ethnomethodologie nichts Anderes als die Politikwissenschaft in ihrer Ausprägung als „kritische Ordnungswissenschaft".[56] Auch deren Gegenstand sind nämlich jene Wissensbestände und szenischen Praktiken, anhand welcher Menschen ihren Interaktionen Ordnung und Stabilität geben sowie solches Tun mit „Gemeinsinn" als Handlungsressource und mit Transzendenzvorstellungen als jeweils „äußersten Sinnhorizonten" ausstatten.[57] Das alles erlaubt es dann, nicht nur soziale Rollen, sondern ganze Organisationen und Institutionen, ja komplette Verfassungsordnungen und politische Systeme als komplexe Gefüge von sozialen Rollen aufzubauen, stabil zu halten und weiterzugeben. Somit erweist sich das ethnomethodologische Interesse an gemeinsamen Handlungsräumen und ihren intransitiven Machtressourcen als Teil eines sehr viel größeren Theorie- und Forschungszusammenhangs, der seinerseits die empirischen Befunde zur sozialen Konstruktion von diskursiver Macht bzw. von soziokulturellen Machtdispositiven als Beitrag zur vergleichenden Analyse überhaupt der Konstruktion von sozialer und politischer Ordnung nimmt. Genau in dessen Rahmen ist dann auch politikwissenschaftlich wichtig, was die Ethnomethodologie an zunächst wie „politikwissenschaftlich irrelevant" anmutender Forschungsarbeit betreibt.[58]

Denn sehr wohl können die in der „natürlichen Einstellung" *meist* unbemerkten Prozesse der alltäglichen Konstruktion, Reproduktion, Modifikation oder Destruktion sozialer bzw. politischer Wirklichkeit *im Ausnahmefall* bereits der alltäglichen Aufmerksamkeit zugänglich werden. Das ereignet sich vor allem dann, wenn wirklichkeitskonstruktive Prozesse durch inkompetentes oder böswilliges Interpretieren, Darstellen oder Handeln *gestört* werden – etwa wenn sich jemand bei einem Konzert „nicht zu benehmen weiß" oder eine politische Veranstaltung „gesprengt" wird. Das Grundmuster einer solchen Störung wirklichkeitskonstruktiver Prozesse besteht immer darin, dass Hintergrunderwartungen durch einen situativ unangemessenen Gebrauch von szenischen Praktiken oder Darstellungstechniken *diskreditiert* werden und deshalb das „reality work" nicht länger entlang der bisher fraglosen Regeln abläuft.[59] Widerfährt dies während einer Party, eines Gottesdienstes oder einer Vorlesung, dann zeigt sich allen Anwesenden, dass handlungsleitende Hintergrunderwartungen, deren Gegenstände oft in sehr tiefgehender Weise zuvor als „unverfüg-

55 Zum Wert politikwissenschaftlicher Mikroanalyse siehe – mit weiteren Literaturhinweisen – W. J. Patzelt 2000.

56 Vgl. E. Voegelin 1966, 2004.

57 Vgl. hierzu unten im Abschnitt 5.2(a) die Ausführungen über die soziale Konstruktion von Transzendenz und Gemeinsinn.

58 Zum Nutzen der Ethnomethodologie für die Politikwissenschaft über den vorliegenden Beitrag hinaus siehe den systematischen Aufriss in W. J. Patzelt 1987, S. 237-281, sowie dessen exemplarische Konkretisierungen in W. J. Patzelt 1989, 1991, 1998 und 2000.

59 Zu solcher Fragilität sozialer Wirklichkeit siehe W. J. Patzelt 1987, S. 110-115 (Theorie) und S. 180-194 (Empirie).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bar“ empfunden wurden, gerade das durchaus nicht sind, sondern sich viel leichter und rascher diskreditieren lassen, als man das glaubt oder glauben will.[60] Soziale Wirklichkeit gerät dann zwar nur lokal-situativ ins Wanken. Doch geschieht das in gleicher Weise in Tausenden von Alltagssituationen und an Dutzenden von Orten, so geraten eben auch jene Makrostrukturen ins Wanken, deren ihrerseits als „unverfügbar“ anmutendes Bestehen doch ganz vom gelingenden „reality work“ in jenen vielen Einzelsituationen abhängt. Gerade das vollzieht sich bei Börsenkrächen, in Wirtschaftskrisen oder in der Anfangsphase von Revolutionen.

Wie weit solche Störungen dann gelingen oder unterbunden werden, ist genau jener Machtkampf, der anhand der „politics of reality“ ausgetragen wird. Deren Untersuchung ist deshalb Kern einer ethnomethodologischen Analyse der sozialen Konstruktion von Unverfügbarkeit[61] bzw. sozialer und politischer Ordnung. Die Aufmerksamkeit richtet sich dabei sowohl auf die allgemeine *formalpragmatische* Struktur solcher Prozesse als auch auf genau die *Spezifika* des untersuchten Einzelfalls.

4. „POLITICS OF REALITY“: METHODEN WIRKLICHKEITSKONSTRUKTIVER POLITIK

Bei den „politics of reality“, den Ethnomethoden wirklichkeitskonstruktiver Politik, geht es um die *methodische Hervorbringung und Sicherung sozialer bzw. politischer Wirklichkeit* sowie ihrer *Ordnung*. Gegenstand entsprechenderAnalysen sind die „activities whereby a version of reality is used as the grounds of further inference and action *given* the recognition that the version is rendered empirically equivocal by the counterclaims and counterexperiences of the other“.[62] Die hierzu verfügbaren Methoden werden in einer Vielzahl von konkreten, alltäglichen Einzelsituationen zur Wirkung gebracht, wobei diese vielen Einzelsituationen durch sie selbst überspannende Selbstverständlichkeiten – in anderen Theorien bezeichnet als „Transzendentes“ – zur sozialen bzw. politischen Wirklichkeit eines ganzen Gefüges von Ethnien aggregiert sind. Die *Ergebnisse* des diese Selbstverständlichkeiten konstruierenden und reproduzierenden alltagspraktischen Handelns werden auf der Ebene von Makrostrukturen sozialer und politischer Wirklichkeit fassbar; seine konkreten *Methoden* wirken hingegen auf der Ebene situativer Mikrostrukturen und

60 Gerade die die solche Wirklichkeitszusammenbrüche herbeiführenden „Erschütterungsexperimente“ haben die Ethnomethodologie in den 1960er und 1970er Jahren bekannt gemacht; siehe hierzu H. Garfinkel 1967 sowie zu deren Rezeption die Anmerkungen 298-302 in W. J. Patzelt 1987, S. 317f.

61 Im Beitrag „Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion“ dieses Bandes wurde das auf die Formel einer „Unverfügbarkeit in operibus“ gebracht; siehe S. 27.

62 M. Pollner 1975, S. 316.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sind genau dort analytisch aufzusuchen. Dabei lassen sich die drei oben schon genannten Gruppen von Methoden wirklichkeitskonstruktiver Politik – ihrerseits komplexe Kombinationen von szenischen Praktiken, Darstellungstechniken und Interpretationsverfahren – erkennen, die es nun im Einzelnen darzulegen gilt: die Vorfeldmethoden, die Entproblematisierungsmethoden und die Ausgrenzungsmethoden.[63]

4.1 Vorfeldmethoden

Sie dienen der routinemäßigen, nachgerade autopoietischen Reproduktion ethniespezifischer Selbstverständlichkeiten, zumal von Normalformen und von Hintergrunderwartungen. Einerseits umfassen sie die *allgemeinen* Praktiken von Enkulturation, Sozialisation und Habitusbildung.[64] Andererseits sind durch Sozialisation auch *spezielle* Interpretationsfertigkeiten zu vermitteln, dank welcher man trotz praktischer Anwendungsprobleme die im gemeinsamen Handlungsraum verfügbaren Selbstverständlichkeiten weiterhin als richtig ansehen und als nützlich behandeln kann. Acht Einzelmethoden dienen diesem Zweck.[65] Sie werden selten alle gleichzeitig angewendet, sondern situationsabhängig in interessengeleiteter Auswahl und Kombination. Auch gibt es zwar keine „Hierarchie" unter jenen Methoden, sehr wohl aber unterschiedliche Grade an willkürlicher Handhabbarkeit ihres Einsatzes, an Robustheit ihrer Wirkung und an Reversibilität ihrer Folgen.

a. Routinemäßige Nicht-Herstellung von Transparenz bezüglich der Zusammenhänge zwischen einzelnen Wirklichkeitsmerkmalen

Man gibt sich damit zufrieden, oder muss sich mangels alternativer Möglichkeiten damit zufrieden geben, *Einzelmerkmale* sozialer oder politischer Wirklichkeit als selbstverständlich zu akzeptieren, ohne sie in ihrem *Zusammenhang und Zusammenwirken* zu durchschauen. Dann müssen strukturelle und inhaltliche Widersprüche im System des als selbstverständlich Akzeptierten oder Angemuteten nicht auffallen. Das wiederum führt dazu, dass sich dennoch bemerkte Inkonsistenzen leicht als „Einzelfälle ohne allgemeine Aussagekraft" entproblematisieren lassen. Nicht nur die in Diktaturen übliche Zensur und Dosierung von Informationen, verbunden

63 Die nachstehende Darstellung folgt weitgehend jener in W. J. Patzelt 1998; diese gründet ihrerseits auf der systematischen Darstellung der „politics of reality" in W. J. Patzelt 1987, S. 115-124.

64 Siehe hierzu mit weiteren Verweisen H. Knoblauch 2003.

65 H. Mehan/H. Wood (1975, S. 8-11) waren wohl die ersten, welche diese Methoden innerhalb der Ethnomethodologie diskutierten. Entdeckt wurden sie vom Anthropologen E. E. Evans-Pritchard (1937). Eine detaillierte Darstellung findet sich in W. J. Patzelt 1987, S. 204-211.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit eingeübten Denk- und Argumentationstabus, setzt diese Methode praktisch um und sichert sie gegen Wirksamkeitsverluste ab. Ähnliches leisten in freien Gesellschaften Denkfaulheit und selektives Informationsverhalten. Zu den markanten Beispielen gehörte einst in sozialistischen Kreisen die Verdunkelung der Zusammenhänge zwischen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und geringer wirtschaftlicher Produktivität, oder zwischen einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft und einem diktatorischen Regime.

b. Routinemäßiger Verzicht auf abweichende Deutungen

Obwohl es prinzipiell möglich wäre, ein Wirklichkeitsmerkmal auch „anders aufzufassen" als üblich und somit den Bezirk akzeptierter Selbstverständlichkeiten zu verlassen, entwickelt man dafür kein Interesse oder schreckt vor diesem Schritt zurück bzw. andere ab. Dieses Kennzeichen von Mitläufertum ist in Diktaturen leicht zu entdecken und wird dadurch gefördert, dass Abweichler exemplarisch bestraft werden. In freien Gesellschaften führen Respekt vor den Geboten sozialer Erwünschtheit und politischer Korrektheit sowie Angst ob möglicher Konsequenzen „unkorrekten Querdenkens" zum gleichen Ergebnis.

c. Routinemäßige Einführung von „normalisierenden intervenierenden Variablen"

Gerät eine plausiblerweise korrekte Wahrnehmung in Widerspruch zu bislang als selbstverständlich akzeptierten Annahmen, so verzichtet man dennoch darauf, diese nun doch als problematisch erwiesenen Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen. Vielmehr sucht oder postuliert man einen Sachverhalt, der im vorliegenden Fall einfach „dazu führen *musste*", dass ein die Hintergrunderwartungen nicht bestätigendes, sondern „ausnahmsweise" sie diskreditierendes Ereignis auftrat. „Eigentlich" sind diese Hintergrunderwartungen dann natürlich *nicht* diskreditiert.[66] Jede Diskussion mit weltanschaulich stark fixierten Personen zeigt, wie effizient diese Methode vor Zweifeln an der Richtigkeit der benutzten Ideologie schützt.

66 Viele berühmte Beispiele für die Verwendung dieser Methode lassen sich anführen. Während etwa Marx und Engels in Aussicht gestellt hatten, nach der sozialistischen Revolution würde der Staat dahinschwinden, argumentierte Stalin 1939 ganz anders: Im Gegenteil verlange eben der Sieg des Sozialismus die Stärkung des Staates und seiner Repressionsmöglichkeiten – solange wenigstens, wie die Sowjetunion von einer Vielzahl kapitalistischer, also feindlicher Staaten umgeben sei. Verwiesen sei ferner auf jene Theorien, welche die ausbleibende Verelendung der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Staaten und deren vielmehr steigenden Lebensstandard damit erklärten, dass man eben von der imperialistischen Ausbeutung anderer Volkswirtschaften profitiere. Das letztere Beispiel zeigt, dass der Übergang zwischen der Einführung normalisierender intervenierender Variablen aus *ideologischen* Gründen sowie aus Gründen *besserer* Einsicht sehr fließend sein kann.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

d. Routinemäßige Verwendung normalisierender Kontexte als zwingend erfordertes Kennzeichen kompetenter Mitgliedschaft

Gerade Widersprüche zum bislang als selbstverständlich Akzeptierten werden nicht als Anomalien betrachtet, sondern bieten – oft sogar willkommenen – Anlass, Kompetenz in der *korrekten*, d.h. Widersprüche *weginterpretierenden* Erklärung von Wirklichkeitsmerkmalen vorzuweisen. Genau solche „normalisierenden" (Um-)Interpretationen können sogar als Ausweis besonderen Realitäts- und Scharfsinns geschätzt sowie zum Kriterium von Kompetenz und Verstand gemacht werden. Typischerweise vermitteln Partei-, Gewerkschafts- oder Kirchenschulen solche Kompetenzen. Wo immer Rabulistik und dialektische Kunststücke zu bewundern sind, ist die hier beschriebene Methode am Werk.

e. Routinemäßige Interpretation von Wahrnehmungen ausschließlich anhand der Hypothese, die eigene Wirklichkeitsbeschreibung sei korrekt

Diese Methode erklärt sich von selbst. Ihre Anwendung sicherzustellen, ist nicht nur der Zweck jenes Kommunikations- und Erziehungsmonopols, das diktatorische Regime regelmäßig anstreben. Vielmehr entspringt sie ohnehin der menschlichen Neigung zur Vermeidung kognitiver Dissonanzen.

f. Routinemäßige Beseitigung von Falsifikationschancen

Man verzichtet darauf, sich in Situationen zu bringen, in denen die Methoden (c) bis (e) in die Gefahr des Scheiterns geraten könnten. Zensur und Selbstzensur, Unterbindung oder Unterlassung von Kontakten mit Andersdenkenden sowie die Auferlegung oder vorauseilende Akzeptanz von Frage- und Forschungstabus sind die üblichen Umsetzungen dieser Methode in administratives oder persönliches Verhalten. Dergleichen kommt nicht nur in Diktaturen, sondern – auf der Grundlage völliger Freiwilligkeit – auch in freien Gesellschaften oft vor.

g. Routinemäßige Interpretation von Wirklichkeitsmerkmalen aller Art nur im Einklang mit den eigenen Interessen

Man motiviert sich dazu, die akzeptierten Selbstverständlichkeiten stets als vorteilhaft für sich selbst einzuschätzen oder einer entsprechenden Interpretation immerhin zuzuführen. Dann können „unangenehme Konfrontationen" mit dem eigenen Credo, welche die Verwendung der anderen Methoden diskreditieren könnten, weitgehend vermieden werden. Stolz zu sein auf die Errungenschaften des eigenen Systems, auf die Positionen der eigenen Partei oder auf die Lehren der eigenen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Glaubensgemeinschaft ist ein hierfür besonders gut geeignetes Mittel. Typische Beispiel der Anwendung dieser Methode sind Argumente wie die folgenden: „Die Nachteile einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft werden doch aufgewogen durch die Vorteile, welche mir die garantierte Sicherheit meines Arbeitsplatzes bietet!“, oder: „die Gebote meiner Religion tun mir doch gut!“ Diese Methode ist besonders gut geeignet, bislang schon als „unverfügbar“ behandelte Sachverhalte auch weiterhin als „unverfügbar“ zu handhaben, indem man sich in die Lage bringt, die etablierten Transzendenzrekurse Mal um Mal neu zu akzeptieren.

h. Routinemäßiger Verzicht auf neuartige Sprechweisen

Man verhindert, dass überhaupt schon die *Durchführungsmittel* einer die Methoden (a) bis (d) gefährdenden Kommunikation benutzbar werden. Die Formelhaftigkeit der politischen Sprache – und zwar nicht allein diktatorischer Regime – ist hierfür das am leichtesten kenntliche Beispiel. Eine Sonderform ist in freiheitlichen Gesellschaften die Verteidigung „politisch korrekter“ Denk- und Redeweisen, an der sich dann – so wenigstens die oft gar explizite Erwartung – alle „recht und billig Denkenden“ beteiligen. In der Wissenschaft wird diese Methode angewandt, wann immer neue Theorien samt ihren Begriffen bereits vor ihrer gründlichen Prüfung mit Verweis auf das Ausreichen bereits etablierter Begriffe, Denkweisen oder Paradigmen aus dem Diskurs ausgesondert werden. Mit dieser Methode sichert man jene Kontextgefüge, in denen man sein Denken und Handeln eingerichtet hat, sieht von jedem Versuch ab, sie zu transzendieren, und bringt so *von sich aus* „diskursive Unverfügbarkeit“ hervor.

4.2 Entproblematisierungsmethoden

Diese Gruppe von Methoden der „politics of reality“ wird benutzt, wenn innerhalb einer halbwegs stabil hervorgebrachten sozialen oder politischen Wirklichkeit zwischen Ego, Alter und Tertius[67] eine „Störung“ oder ein „Problem“ der folgenden Art auftritt. *Tertius* beginnt – aus gleich welchen Gründen – zu bezweifeln, jene Ordnung, die *Ego* und *Alter* mit ihm teilen, sei die einzig mögliche Ordnung, und nur an ihr habe er seine Sinndeutungen und Handlungen auszurichten. Dann wird gleich anschließend in *Egos* und *Alters* Interaktion mit *Tertius* das Problem auftauchen, *welche* Wirklichkeitsbeschreibung fortan dem *gemeinsamen* „reality work“ zugrunde zu legen sei.

Dieses Problem wird dann *akut*, wenn sich an vorzunehmende Handlungen und Sinndeutungen praktisch wichtige Folgen knüpfen, auf deren faktisches Eintreten

67 Ego („ich“), Alter („ein Zweiter“) und Tertius („ein Dritter“) sind Platzhalternamen für gleich welche individuellen oder kollektiven Akteure.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

man seine Erwartungen aber nur dann richten kann, wenn jene Wirklichkeitsbeschreibung auch wirklich *korrekt* ist, auf die sich die Erwartung solcher Folgen stützt. Gerade das ist typisch für politische Entscheidungsaufgaben, wie sie sich schon in der Wahlkabine stellen, erst recht aber dann, wenn mit politischen Problemen umzugehen ist, die man hinsichtlich ihres Verursachungs- und Folgengefüges nicht zweifelsfrei durchschaut. Da verständlicherweise oft *vor* der Durchführung von Handlungen eine Berücksichtigung ihrer Folgen erwünscht ist, hängt von der Lösung dieses Problems ab, ob in solchen Fällen überhaupt zu konzertierten Handlungen gelangt werden kann. Weil jedoch nicht selten auch in solchen Problemfällen – etwa angesichts internationaler Finanz-, Wirtschafts- und Sicherheitskrisen – auf gemeinsames oder wenigstens gemeinsam verbindliches Handeln keineswegs verzichtet werden kann, sind die hier einzusetzenden Entproblematisierungsmethoden von größter *praktischer* Bedeutung. Sie werden stets dann verwendet, wenn sich das zu bewältigende Orientierungsproblem nicht etwa durch Belehrung, Überzeugungsarbeit oder gemeinsame Forschung doch noch lösen lässt. Dann sind drei Einzelmethoden verfügbar.

a. Einigung auf Multiperspektivität

Es können einander widersprechende Wirklichkeitsbeschreibungen dadurch um ihren exklusiven Anspruch auf Übereinstimmung mit den Tatsachen gebracht werden, dass man sie – im Konsens über die Zulässigkeit dieses Verfahrens – einander als lediglich perspektivische und selektive Wirklichkeitsbeschreibungen gegenüberstellt. Das ist die übliche Verfahrensweise von Wissenschaft: Man lernt, mit Multiperspektivität, Theorienpluralismus und von anderen bestrittenem Wissen zu leben, also Rekurse auf solche „letzte Kontexte“ zu unterlassen, für die man *gemeinsame* Anerkennung einfordert. In freiheitlichen Staaten lässt sich diese Methode leicht als praktizierter Parteienpluralismus mit legitimer weltanschaulicher Konkurrenz nachbilden. Trotzdem kommt es bloß selten dazu, dass die X- und die Y-Partei ihre ganz unterschiedlichen Weltsichten als hypothetisch und darin gleichwertig behandeln. In Diktaturen ist bei politisch bedeutsamen Wirklichkeitsbeschreibungen diese Methode so gut wie nie anwendbar, da sie der zur Dominanz bestimmten Weltanschauung doch legitime Konkurrentinnen an die Seite stellte, also ein Recht auf *alternative* Transzendenzrekurse begründete. Dort – doch oft genug auch in der Wissenschaft – greift man deshalb eher zu den – noch darzustellenden – Ausgrenzungsmethoden. Mit ihnen entledigt man sich jener Personen, die man wegen ihrer „Naivität“, „intellektuellen Unzulänglichkeit“ oder „ideologischen Verblendung“ nicht länger als kulturelle Kollegen akzeptieren und fortan nicht mehr an der Hervorbringung sowie Nutzung der gemeinsamen Wirklichkeit bzw. Ordnung beteiligen will. Statt durch Entproblematisierung wird dann die „Störung“ dann durch Ausgrenzung ihrer Erzeuger behoben.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

b. Einigung auf Nicht-Identität des empirischen Referenten

Die Verwendung der ersten Methode setzt ein hohes Maß an Pluralitäts- und Ambiguitätstoleranz voraus. Will man die Tragfähigkeit einer solchen anspruchsvollen Basis des gemeinsamen *reality work* lieber nicht testen, zugleich aber nicht gleich zur – womöglich kontraproduktiven – Ausgrenzung von Außenseitern greifen, so bietet sich eine zweite Methode an. Sie kann allerdings, feinsinnig wie sie ist, nur einen kurzfristigen Problemaufschub bewirken. Man führt nämlich „einfach" Konsens darüber herbei, dass sich die *konkurrierenden Wirklichkeitsbeschreibungen* eben auf *unterschiedliche Sachverhalte* beziehen, also gar kein *Problem* verschiedener Wirklichkeitssichten vorliegt. Etwa rede der eine über den Alltag von Hartz IV-Empfängern, der andere hingegen über Politik – und das wären doch zwei Paar Stiefel. Einigen sich *Ego* und *Alter* auf eine solche „Spaltung" des zunächst als gemeinsam erscheinenden Wahrnehmungsgegenstands, dann kann *Ego* dem *Alter* immer noch kulturelle Kompetenz bescheinigen, zugleich aber die Tatsache des doch zweifellos aufgetretenen Dissenses in der Wirklichkeitswahrnehmung als „ganz normal" interpretieren – und muss diese entproblematisierende Deutung noch nicht einmal mit Ambiguitätstoleranz erkaufen. Freilich verhilft diese Methode nur zu einer Scheinlösung des Problems: Sie bricht sofort zusammen, sobald solches *gemeinsame* Handeln erforderlich wird, das eine *einzige* als *korrekt* anzusehende Beschreibung der alle *gleichermaßen* umgebenden Wirklichkeit voraussetzt. Die Nutzbarkeit dieser Methode erkauft man in freien Gesellschaften somit durch Attentismus, also durch Nichtstun. In proaktiv agierenden Diktaturen kann man sie schwerlich anwenden.

c. Konversion des Abweichlers

Eine dritte Methode, mit der das von Tertius erzeugte Problem bewältigt werden kann, dass die zuvor als gemeinsam akzeptierte Wirklichkeitsbeschreibung nun in Zweifel geraten ist, besteht in der Konversion von Tertius, also in dessen individuellem Wirklichkeitsübergang. Tertius mag sich nämlich dazu bequemen, oder kann dazu gedrängt werden, seine eigene Wirklichkeitswahrnehmung insgesamt zu verändern und – nach diesem Akt der Konversion – nur noch solche Wissensbestände und Deutungsweisen zu verwenden, die ihn vor jenem Problem von vornherein bewahren, das er selbst erzeugt, ja vorab auch selbst empfunden hat. Für Tertius ist das vor allem dann eine rationale Verhaltensweise, wenn er sonst befürchten muss, als Außenseiter hingestellt und in dieser Rolle auch noch gleichwie bestraft zu werden. Eine solche Konversion ist aber auch oft rational wegen der großen Schwierigkeiten, den Kompetenzanforderungen der ersten Entproblematisierungsmethode wirklich gerecht zu werden: Als Wissenschaftler arbeitet es sich besser im Mainstream; als Politiker eckt weniger an, wer ohnehin Mehrheitspositionen ver-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tritt; und wer sozial klug ist (und vielleicht auch nichts Anderes als das), der orientiert sich dann eben beizeiten als Opportunist um. Ob die Konversion von Tertius nur vorgeblendet oder ernstgemeint ist, macht für dessen *reality work* mit Alter und Ego solange keinen Unterschied, wie es wirklich gelingt, sie glaubwürdig als *vollzogen* hinzustellen. Eben das aber kann zum Anschlussproblem werden. Denn nicht nur anderen, sondern – zumal im Fall einer redlichen Konversion – gerade sich selbst muss *Tertius* nun erklären, was es wohl über seine Persönlichkeit und Intelligenz lehrt, dass es ihm überhaupt je möglich war, die Wirklichkeit – etwa der friedlichen Nutzung der Atomenergie – so falsch einzuschätzen, wie er es offenbar vor seiner Konversion tat. Bei Anderen wird auch bei großen Erklärungsanstrengungen von Tertius oft stillschweigendes Misstrauen bestehen bleiben; und Tertius selbst, war seine Konversion aufrichtig, wird die dann unvermeidlichen Identitätsprobleme oft durch Rigorismus bei der Verwendung der neu angeeigneten Wissensbestände und Deutungskompetenzen ausagieren.[68] Offensichtlich erfasst die Methode der Konversion jenen Vorgang, der aus religiösen oder politischen Biographien wohlbekannt ist und im 20. Jahrhundert besonders gut an den Zuwendungen zum Kommunismus und an den Abwendungen von ihm studiert werden konnte. Dabei zeigt sich immer wieder, dass Konversionen im Vergleich mit den anderen Entproblematisierungsmethoden ziemlich krude sind und sowohl dem Konvertiten als auch seinem Umfeld erhebliche Folgekosten auferlegen.

4.3 Ausgrenzungsmethoden

Das letzte Mittel, um unter Anfechtung geratene soziale oder politische Wirklichkeit zu sichern, besteht in der Ausgrenzung jener (nicht-konvertierten) Personen, welche die Selbstverständlichkeiten einer Ethnie gefährden oder immerhin gefährden könnten. Anders gewendet: Mit den Ausgrenzungsmethoden verhindert man einesteils durch *vorauswirkende Abschreckung* das Transzendieren des Bestehenden, andernteils durch tatsächlich *vollzogene Ausgrenzung* ein unbestrittenes Wirksamwerden konkurrierender oder negierender Transzendenzrekurse. Ausgrenzung beginnt mit der Bekundung offenen Zweifels, Alter könne überhaupt noch als kompetentes Mitglied oder als kultureller Kollege gelten, und sie endet mit der physischen Vernichtung Alters. Insgesamt sind vier Gruppen von Ausgrenzungsmethoden zu unterscheiden.

a. Kommunikative Deprivation

Ego führt vor relevanten Dritten die Kommunikation mit Alter so, dass zwar Ego seine Alter herabsetzenden oder ausgrenzenden Wirklichkeitsbeschreibungen ver-

68 Im kleinen Maßstab erkennt man dies etwa an Nichtrauchern, die zuvor Raucher waren.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

breiten kann, es Alter hingegen verwehrt wird, seinerseits korrigierende Kontexte zu diesen Wirklichkeitsbeschreibungen Egos einzubringen, was es ihm ja ermöglichen könnte, Egos Absichten zu vereiteln. In freien Gesellschaften wird diese Methode etwa dann angewendet, wenn in Talkshows sich die „recht und billig Denkenden" gegen Thilo Sarrazin oder einen anderen Provokateur des *juste milieu* verbünden. In Diktaturen ist diese Methode beim Umgang von Behörden mit „widerspenstigen Bürgern" ebenso zu beobachten wie bei der Führung von Schauprozessen.

b. Strategische Kontextbildung

Zum Zweck von *Alters* Ausgrenzung beschreibt man vor einem dafür relevanten Adressatenkreis – vor Nachbarn und Kollegen, vor Vorgesetzten oder Journalisten – Alters Denken und Handeln. Dabei stellt man sich, wenn schon nicht als „besorgter Freund" Alters, so doch als jemand dar, der Alter immerhin zu verstehen versucht; dadurch verschafft man sich bei den Adressaten seiner Anstrengungen nämlich erhöhte Glaubwürdigkeit. Dann zeigt man, dass Alter in einer Weise denkt, redet oder handelt, welche den innerhalb der Ethnie vorauszusetzenden Normalitätsvorstellungen nicht entspricht. Dabei weist man idealerweise auch noch nach, das jene Differenz zwischen den *ethniespezifischen* Normalitätsvorstellungen und Alters (Rede-)Verhalten sowohl für Alters Persönlichkeit konstitutiv als auch für das gemeinsame „reality work", ja insbesondere für die – über Transzendenzrekurse erschlossenen – „grundlegenden gemeinsamen Werte" bedrohlich ist. Diesen Nachweis führt man am besten in der Weise, dass man die Beschreibung von Alters Denken und Handeln mit dazu in gezielter Weise kontrastierenden Beschreibungen des Normalen koppelt. Im Kunststück, anhand geeigneter Darstellungstechniken Dritte zielgerichtet zur routinemäßigen Verwendung von solchen „Kontraststrukturen" beim Deuten von Alters Reden und Tun anzuhalten, besteht die „strategische Kontextbildung".

Auf ihr aufbauend kann man obendrein versuchen, die Sinndeutungen und Handlungen von Alters Mitmenschen so aufeinander abzustimmen, dass Alter *in aller Selbstverständlichkeit* als Außenseiter etikettiert und als solcher behandelt werden kann. Das ist im Übrigen der Kerngedanke jeder Intrige. Ist anschließend, mit oder ohne absichtliche Intrigentechnik, unter Personen, die auf Alters Schicksal Einfluss haben, dessen selbstverständliche *Etikettierung* als problematischer Außenseiter erst einmal erreicht, so gibt es auch gute Chancen dafür, Alter durch bewusste Störungen seiner bisherigen Alltagsvollzüge zur *tatsächlichen Einnahme* einer Außenseiterrolle zu veranlassen. Und dann ist es bald gleich, ob sich Alter aus Trotz oder nur unbedarft als Außenseiter verhält: Ganz einfach *indem* er ungeschickt agiert, ist er – bis auf weiteres – keine sonderliche Bedrohung mehr für das gemeinsame „reality work", da er für alle praktischen Zwecke von der Gruppe der

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„kompetenten Mitglieder“ oder „anständigen Mitbürger“ isoliert wurde. In Form von Denunziation und Verleumdung, von „operativer Zersetzung“ und von Pressekampagnen wird diese Methode tausendfach in Diktaturen angewandt und lässt sich dort später anhand von Dokumenten oder biographischen Erinnerungen leicht sichtbar machen. Ebenso gut fassbar liegt sie auch den in freiheitlichen Staaten verbreiteten Skandalisierungskampagnen zugrunde – unlängst wieder, detailreich zu studieren, in der in vieler Hinsicht lehrreichen und deshalb immer wieder als Beispiel heranzuziehenden „Sarrazin-Affäre“.

c. Degradierung

Oft soll Alter noch weiter ausgegrenzt werden. Zu diesem Zweck kann Alter, auf der Grundlage kommunikativer Deprivation und strategischer Kontextbildung, durch eine gut inszenierte „Anklage“ vor einen virtuellen oder realen Gerichtshof gestellt und durch dessen Urteil dann als kultureller Kollege, vielleicht sogar als Mensch degradiert werden. Nach diesem „Prozess“ ist er nicht mehr ernstzunehmen – wenigstens nicht als redlicher Fachmann, vielleicht auch nicht mehr als zurechnungsfähiger Mitbürger. Auf dieses Ziel lässt sich ausgehen, indem man zunächst gemäß ethniespezifischen Normalvorstellungen breite Entrüstung über Alter mobilisiert und auf diese Weise möglichst viele von Alters Mitmenschen gegen diesen solidarisiert. Dafür sind vor allem Transzendenzrekurse nützlich, nämlich Bezugnahmen darauf, was hinsichtlich der in Geltung zu haltenden moralischen oder natürlichen Ordnung „eigentlich“ als notwendig und unverzichtbar gelten müsste, von Alter aber gerade in Zweifel gezogen, ja verächtlich gemacht werde. Anschließend ist es vorteilhaft, Alters vielleicht in der Tat problematische Verhaltensweisen gerade nicht als – womöglich verständliche oder verzeihbare – Regelverletzungen eines *Einzelnen* hinzustellen, sondern sie als die Allgemeinheit bedrohende Vergehen eines gefährlichen *Typs* verständlich zu machen. Nicht gegen einen konkreten Menschen und sein Tun, sondern auf die im Einzelfall ganz austauschbare Erscheinungsform *des Feindes* richtet sich dann die Anklage.

Deren Fundament wird so gelegt, dass der angeklagte (negative) „Typ“ (der Konservative oder der Kommunist, der Macho oder die Emanze, der mediterrane Faulenzer oder der teutonische Nazi …) als ausschließlich im Vergleich mit seinem (positiven) Gegenbild zu bewerten ausgegeben wird. Es muss ferner erreicht werden, dass mit Anspruch auf Selbstverständlichkeit nur noch im Sinn der Anklage argumentiert werden kann. Zu diesem Zweck muss der Ankläger – gleich ob eine Person oder eine Organisation – als Vertreter der gesamten Ethnie, als Anwalt und Verteidiger ihrer höchsten Werte auftreten und deutlich machen, dass sich die Anklage auf genau die Verletzung jener höchsten Werte bezieht. Eben das leisten Transzendenzrekurse: Man „zeigt“, dass sich Thilo Sarrazin gegen die Menschenwürde gestellt oder Ernst Nolte die Einzigartigkeit des Holocaust, Schlussstein

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutschen Sündenstolzes, bestritten hat. Dabei muss der Ankläger unerbittlich auf jene Kluft hinweisen, die ihn und jedes normale, anständige Mitglied der Ethnie vom Angeklagten trennt und auch künftig trennen muss. Im Übrigen sind solche Anklagen möglichst vor Institutionen zu erheben, deren Stellungnahme zur Anklage oder zum Angeklagten – etwa in Form von Gerichtsurteilen oder massenmedialer Berichterstattung – solche wirklichkeitskonstruktiven Folgen zeitigt, gegen die sich Alter gerade nicht erfolgreich zur Wehr setzen kann.

Selbst wenn die Anklage zurückgewiesen wird oder sich im Lauf der Zeit als gegenstandslos erweisen sollte, wird gelten: *semper aliquid haeret*, immer bleibt etwas hängen. Und was da einst hängen blieb, kann man immer wieder aufs Neue befestigen durch die Rede vom „einst in heftige Auseinandersetzungen verwickelten Politiker" oder vom „umstrittenen Autor". Obsiegt aber die Anklage, so ist Alter ohnehin degradiert und um seinen Status als akzeptiertes Mitglied seiner Ethnie gebracht – wie einst der aus der CDU-Bundestagsfraktion und dann auch noch aus seiner Partei ausgeschlossene Martin Hohmann. Wie sehr sich Alters wirklichkeitskonstruktiver Status dabei verringert, hängt von der Reichweite der Anklage und von der Art der gegen Alter verhängten Sanktionen ab. Vielleicht darf er im Amt verbleiben und muss nur mancherlei Befugnisse abgeben. Womöglich muss er zurücktreten, mit oder ohne anschließende soziale Sicherung. Im äußersten Fall wird Alter völlig ausgegrenzt und den Liquidierungsmethoden überantwortet. Zu den typischen Formen, solche Degradierungen vorzunehmen, gehören in Diktaturen die Zeremonien der Kritik und Selbstkritik sowie Schauprozesse. Die ersteren gibt es in freiheitlichen Gesellschaften ebenso; nur die Schauprozesse werden dort meist durch selbstläuferische massenmediale Skandalisierungskampagnen ersetzt.

d. Liquidierung

Wer an der Hervorbringung der sozialen Wirklichkeit seiner Ethnie nicht mehr mitwirken kann, ist als Wirklichkeitskonstrukteur liquidiert. In halbwegs stabilen sozialen Ordnungen ist eine formelle Degradierung die übliche Voraussetzung der Liquidierung. Diese wiederum kann sich entweder nur auf die wirklichkeitskonstruktive Rolle Alters beziehen, wird sich aber oft auch auf seine ganze Persönlichkeit erstrecken. Im ersten Fall genügt es, Alter um sein Amt zu bringen, kommunikativ kaltzustellen, ihn einzusperren oder zu exilieren. Im zweiten Fall bietet es sich an, Alter auch noch für unvernünftig oder unmündig zu erklären, ihn in eine psychiatrische Anstalt zu verbringen und dort womöglich so zu behandeln, dass er tatsächlich geisteskrank wird. Dann fällt er auch schon zu Lebzeiten aus der gemeinsamen sozialen Wirklichkeit. Man kann Alter aber auch umbringen, wofür die Möglichkeiten von einem fingierten Verkehrsunfall über „Erschießen auf der Flucht" bis zur Exekution nach „ordentlicher Verurteilung" reichen. Im Übrigen kann die Liquidierung befristet sein, wie im Fall einer Verbannung oder Exilierung,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder endgültigen Charakter haben wie eine Hinrichtung, wobei im äußersten Fall auch noch eine Tilgung der Spuren von Alters Existenz versucht wird. Zumal totalitäre Regime liefern für die Liquidierungsmethoden Beispiele zuhauf. Diese sind aber auch in freiheitlichen Staaten nicht schwer zu finden, etwa wenn Journalisten vom Fernsehschirm bzw. aus den Spalten eines Journals verdrängt werden, oder wenn Politiker zum Rücktritt gezwungen sind, weil sie sich in einer Weise geäußert oder verhalten haben, die ihre Ethnie nicht akzeptieren will.

Die Liquidierung – bis hin zur physischen Vernichtung von Feinden – ist zwar ein meist recht zuverlässiges, da intensiv mittels ihrer Vorauswirkungen abschreckendes Mittel, um bestehende soziale und politische Ordnung abzusichern. Doch es nimmt der Nutzen dieser Methode mit steigender Komplexität der zu gestaltenden Ordnung ab. Liquidierung gefährdet nämlich leicht die Grundlagen von komplexem „reality work“: einesteils durch Züchtung von Duckmäusertum unter den Mitläufern, und andernteils dadurch, dass – wie nicht nur römische Kaiser erfahren mussten – das „Blut von Märtyrern“ leicht zum „Samen“ neuer Anhänger einer Ordnungsalternative wird. Bleibt diese Methode zwar auch die *ultima ratio*, so sind ihr – vor allem in ausdifferenzierten sozialen Ordnungen – die anderen Methoden der „politics of reality“ an Kosten/Nutzen-Effizienz dennoch weit überlegen. Am wirkungsvollsten sind ohnehin jene Methoden, die ihre Wirkung über die Nutzung *allein* von Kommunikation entfalten, d.h. über Diskurse: Deren Aussagemuster dringen, wie Wasser bei einer Überschwemmung, nachgerade unaufhaltsam ein in alle nicht nachhaltig und immer wieder neu gegen „zersetzerische Ideen“ abgeschottete Bereiche sozialer Wirklichkeit.

5. DIE INNENSEITE VON ORDNUNG: REGELN IN ETHNOMETHODOLOGISCHER SICHT[69]

5.1 Regeln und Normen

Regeln sind *Durchführungsmittel* des „reality work“ und dasjenige, was – formell oder informell – einer Organisation oder Institution ihr Ordnungsgefüge verschafft. Als in ethniespezifischen Wissensbeständen verfügbare und vom – durch Transzendenzrekurse ins Spiel zu bringenden – Normalitätsindikator der „Notwendigkeit gemäß einer natürlichen oder moralischen Ordnung“ erfasste Sollensaussagen werden sie bei der Ausgestaltung von konkreten Interpretationen und Darstellungstech-

69 Die folgenden Ausführungen wurden, überarbeitet sowie teils erweitert, teils gekürzt, entnommen aus W. J. Patzelt 1987, S. 124-140. Dort finden sich auch weiterführende Quellen- und Literaturverweise, insbesondere auf die einschlägigen Arbeiten von H. Garfinkel und A. V. Cicourel.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

niken sowie beim Vollzug szenischer Praktiken benutzt. Leichter, als man das zunächst vermuten mag, lassen sich die auf ihre handlungsleitende Verwendung gerichteten Hintergrunderwartungen aber auch diskreditieren. Soziale Ordnung wird dann zwar nur lokal-situativ erschüttert. Widerfährt das aber den gleichen Hintergrunderwartungen sozusagen überall, wie etwa nach dem Einsetzen einer Revolution oder nach der Machtübernahme einer tatkräftigen totalitären Partei, dann zerbricht alsbald auch jene soziale oder politische Makroordnung, die man solange für „unantastbar" oder „unverfügbar" hielt, wie jenes „reality work" problemlos ablief, das in der „natürlichen Einstellung des Alltags" meist unbeachtet bleibt.

Regeln sind in ethnomethodologischer Begriffsverwendung zwar *situativ* eingesetzte Durchführungsmittel der Ordnungskonstruktion. Doch nichts hindert an einer Weitung des Blicks *auch* auf jene Durchführungsmittel sozialer Ordnungskonstruktion, anhand welcher die einzelnen Situationen und die in ihnen hervorgebrachten Wirklichkeitselemente über *viele Orte* und über *lange* Zeiten hin *koordiniert* sowie *zu einem geordneten Situationsgefüge integriert* werden.[70] Damit aber geraten die Durchführungsmittel der Hervorbringung sozialer *Meso-* oder *Makro*strukturen ins Blickfeld. Sie kann man *Normen* nennen, wenn es auf ihre Unterscheidung von rein situativ angewendeten Regeln ankommt.[71] Empirisch-analytisch macht es zwar keinen Unterschied, ob man die alltagspraktische Verwendung von „Regeln" oder von „Normen" untersucht, weil der empirische Referent stets derselbe ist. Doch wenn man in die Fachsprachen von Rechts- oder Politikwissenschaft überwechseln will, vermeidet man oft „Übersetzungsprobleme", wenn man gleich von „Normen" spricht. Weil solche Übersetzungsprobleme im Folgenden aber nicht drohen, wird weiterhin der Begriff der Regel so benutzt, wie ihn auch Harold Garfinkel bei seiner Formulierung der ethnomethodologischen Spieltheorie verwendete.

5.2 Spieltheorie als Theorie der Strukturierung von Handlungen und Sinn

Bei seiner Untersuchung der ordnungs- und wirklichkeitskonstruktiven Rolle von Regeln ging Garfinkel von „Spielen" aus, weil es sich bei ihnen um überschaubare

70 Siehe W. J. Patzelt 1987, S. 141-144.

71 Im Übrigen ruht regelgeleitetes Handeln auf tiefenstrukturellen, letztlich biologisch fixierten Verhaltensrepertoires auf, wie sie etwa die Soziobiologie oder die Evolutionäre Ethik zutage fördern. Zwar kann immer wieder versucht werden, im Wege ideologischer, rein voluntaristischer Wirklichkeitskonstruktion auch jenem Verhaltensrepertoire *zuwiderlaufende* Regeln und Normen zum Maßstab des situativ „nach einer natürlichen oder moralischen Ordnung Notwendigen" zu machen. Doch derlei wird, wie im 20. Jh. so viele kommunistische Versuche der Schaffung einer „neuen Gesellschaft mit neuen Menschen" zeigten, nicht nachhaltig sein. Siehe hierzu den Abschnitt über ethnomethodologische Ideologieanalyse in W. J. Patzelt 1987, S. 259-265, sowie W. J. Patzelt 2007c und 2011, desgleichen in diesem Band den Beitrag von C. Meißelbach.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

soziale Situationen handelt, die auch noch auf besonders markante Weise geordnet und stabil gehalten werden.[72] Sie sind sogar so einfach strukturiert, dass sich an ihnen die Formalpragmatik regelverwendender Ordnungskonstruktion ebenso leicht erkennen lässt wie die Schnittstelle hin zur Analyse von Ordnungskonstruktion durch Untersuchung von Transzendenzrekursen. Außerdem modelliert Garfinkels Spieltheorie vorzüglich den „Schichtenbau" von Regeln, die „Korrektheitsbedingungen" für deren kompetente Verwendung sowie ihre handlungsleitende „Übercodierung" durch „Mitgliedercodes" und ethniespezifische Narrative bzw. Mythen.[73] Wenn es darum geht, das Wie-es-gemacht-wird sozialer bzw. politischer Wirklichkeitskonstruktion *im Einzelnen*, doch anhand *formalpragmatischer* Kategorien zu durchschauen, ist es deshalb hilfreich, die dafür hilfreichen Analysekonzepte der ethnomethodologischen Spieltheorie zu entnehmen.

a. „Grundregeln": die soziale Konstruktion von Transzendenz und Gemeinsinn

Das tragende Konzept von Garfinkels Spieltheorie ist jenes der „Grundregeln". Diese „basic rules" finden sich in der Spielanleitung und „define the situations and normal events of play for persons who seek to act in compliance with them".[74] Im Spiel sind die Grundregeln „unverfügbar": Wer Schach spielt, muss sich an genau festgelegte Regeln halten – oder kann eben nicht mit einem Anderen Schach spielen. Im „richtigen Leben" lassen sich die funktionalen Äquivalente von Grundregeln überall dort erkennen, wo Transzendenzrekurse unternommen werden und angeben, was der „letzte Kontext", der Schlussstein kompetenten Herausfindens dessen ist, was „hier und jetzt" als selbstverständlich zu gelten und befolgt zu werden hat.

Hinsichtlich solcher unverfügbarer Grundregeln sind nun zwei Sachverhalte besonders wichtig. Erstens bestimmen die Grundregeln die Menge jener zum Spiel gehörenden Handlungsmöglichkeiten, unter denen ein Spieler unbeschadet seiner konkreten Wünsche, besonderer Umstände, Pläne und Interessen sowie der ihn oder andere berührenden Konsequenzen seiner Entscheidung eine *Wahl* treffen *muss*, wenn er im Kreis der Spieler kompetentes Mitglied bleiben will. Zweitens erwartet jeder Spieler, dass dieselbe Menge verfügbarer Handlungsmöglichkeiten auch für

72 Ausgangstext zur ethnomethodologischen Spieltheorie ist H. Garfinkel 1963. Zu ihrer frühen Rezeption siehe die Literaturangaben in W. J. Patzelt 1987, S. 320, Anm. 336.

73 Was unten als „Code", Narrativ oder Mythos erörtert wird, hieße in der Sprache der Memetik „Strukturierungsmemplex" und würde im Evolutorischen Institutionalismus als Teil des epimemetischen Systems einer Institution verstanden; siehe hierzu W. J. Patzelt 2007 und 2007b.

74 H. Garfinkel 1963, S. 338.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die anderen Spieler Kriterium ihres Mitgliedsstatus ist, dass also für jeden Spieler die Menge und Bindekraft der Grundregeln unverfügbar ist.

Ferner erwartet jeder Spieler, dass bezüglich dieser beiden Sachverhalte auch jeder andere Spieler dieselben Erwartungen hegt und dies bei jedem anderen ebenfalls so voraussetzt. Diese sowohl allgemeinen als auch die auf die inhaltlichen Aussagen der Grundregeln gerichteten Erwartungen nennt Garfinkel die „konstitutiven Erwartungen" eines Spiels bzw. in einem Spiel. Sie sind offenbar *spezielle* Hintergrunderwartungen sowie, als Bezugsrahmen aller Ordnungskonstruktion, für jede Situation eines Spiels grundlegend. Werden die Grundregeln durch das Verhalten eines Mitspielers diskreditiert, ohne rasch wieder durch geeignete Darstellungsleistungen in Geltung gebracht zu werden, so bricht die Spielsituation zusammen. Sie lässt sich dann, wenn überhaupt, erst nach Ausgrenzung ihres Störers neu aufbauen.

Konstitutive Erwartungen richten sich somit auf inhaltlich spezifische Grundregeln sowie auf deren *implizite* Voraussetzungen, die je nach Spiel variieren.[75] Dass die konstitutiven Erwartungen inhaltlich definieren, was „zum Spiel" bzw. „zur Situation" gehört, nennt Garfinkel den „konstitutiven Akzent", der auf bestimmte Handlungsmöglichkeiten gesetzt wird und solchermaßen jene kollektiven Sinndeutungen und Handlungen hervorhebt, aus denen das gemeinsame Spiel besteht. Was an Handlungen gemäß dem konstitutiven Akzent eines Spiels oder einer Situation möglich ist, heißt bei Garfinkel die „konstitutive Ordnung von Ereignissen" des fraglichen Spiels oder der jeweiligen Situation. Sinndeutungen, die nicht diese konstitutive Ordnung von Ereignissen als heranzuziehenden Kontext verwenden, sind – ganz im Wortsinn – „deplatziert". Handlungen wiederum, die nicht zu dieser konstitutiven Ordnung von Ereignissen gehören, sind entweder für den praktischen Zweck irrelevant (wie Niesen während eines Schachspiels) oder diskreditieren die konstitutiven Erwartungen (wie falsche Springerzüge beim Schachspiel) und unterminieren dadurch die soziale Wirklichkeit der (Spiel-) Situation. Ändern freilich einige Mitglieder dieser (Spiel-) Situation den konstitutiven Akzent ohne Widerspruch und erfolgen derlei Änderungen in gelingender Synchronisation mit Änderungen der konstitutiven Erwartungen der anderen Mitglieder, so entsteht ein neues

75 Regeln für Schwimmwettbewerbe setzen beispielsweise voraus, dass sich das Wasser im flüssigen Zustand befindet, und Regeln für Pferderennen, dass es Konsens darüber gibt, welches Tier als Pferd gelten kann. Im Fall von Spielen gilt als Idiot, wer solche impliziten Voraussetzungen bei praktischer Bezugnahme auf sie näher begründet haben will. Außerhalb von Spielen ist es jedoch eine geläufige Praxis, Interaktionen durch taktische Problematisierung ihrer zuvor unangetasteten impliziten Voraussetzungen zu stören. Beispielsweise kann man jede Fachdiskussion um Normenhierarchien in Rechtsstaaten dadurch stören, dass man darauf beharrt, unter „Recht", „Staat", „Normen" oder „Hierarchie" persönlich etwas ganz Anderes verstehen zu wollen, als das – entlang der Konventionen der eingebürgerten Fachsprache – bislang während der Diskussion vorausgesetzt wurde. Im Sprichwort „Ein Dummer kann mehr fragen, als zehn Weise beantworten können", ist diese Erfahrung auf eine rasch einleuchtende Alltagsformel gebracht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Spiel bzw. eine neue Situation. Auf eben diese Weise evolvieren (Spiel-) Situationen, desgleichen jene umfassenderen sozialen Strukturen, die auf ihnen beruhen.[76]

Grundregeln sind meist nur für alle *praktischen* Zwecke ausreichend klar zu formulieren. Für sich genommen sind sie auch nie vollständig genug, um *expressis verbis* die konstitutiven Erwartungen zu beschreiben. Vielmehr benötigen sie, um kompetent verstanden und angewendet zu werden, stets sie selbst übersteigende Kontexte, auf deren Vorhandensein und routinemäßige Heranziehung sich die Hintergrunderwartungen der Spielteilnehmer dann auch richten. So, wie die Grundregeln alle konkreten Spielzüge transzendieren, brauchen sie ihrerseits transzendierende Kontexte – bis zu jenem letzten, bei dem man das Verfahren immer weiterer Herleitung von Sinn abbricht und so die letzte Grenze dessen erreicht hat, was für den verfolgten praktischen Zweck als unverfügbar behandelt wird. Solange derartige „unstated terms of contract" in aller Selbstverständlichkeit verfügbar und über entsprechende Transzendenzverweise problemlos geltend zu machen sind, wirken auch die Grundregeln des Spiels als klar. Doch solche Klarheit verdankt sich nicht den Grundregeln selbst, sondern ist eine durchaus *nichttriviale* Interpretationsleistung der Spielteilnehmer, deren Erbringung und Durchführung in der „natürlichen Einstellung des Alltagsdenkens" zwar einfach als gegeben angenommen wird, die aber nur solange unbemerkt bleibt, wie sie störungsfrei erbracht wird.

Genau währenddessen bestimmen die Grundregeln in für alle praktischen Zwecke ausreichend klarer und unveränderter Weise die Menge der überhaupt möglichen Sinndeutungen sowie Ereignisse und erlauben es insbesondere, alles Auftretende danach zu klassifizieren, ob es zum Spiel gehört, für das Spiel irrelevant ist oder das Spiel stört. Gerade so machen Grundregeln das, was im Spiel und um das Spiel herum geschieht, beurteilbar und verständlich. Eben dadurch versorgen sie die Spielteilnehmer sowie die Beobachter des Spiels mit einem spielspezifischen „sense of social structure". Dieser äußerst theoriehaltige Begriff, den einst Aaron V. Cicourel in die Ethnomethodologie einführte,[77] lässt sich in seinem Changieren zwischen *genitivus objectivus* („Sinn einer sozialen Struktur") und *genitivus subjectivus* („Sinn für eine soziale Struktur") wohl am Besten als „Sinn von und für soziale Strukturen" verdeutschen und dann auf die Kurzformel vom „Sinn sozialer Struktur" bzw. vom „sozialen Struktursinn" bringen. Denn einesteils legen genau die Grundregeln den „Sinn *des* Spiels" fest; und andernteils erzeugt eben ihre Kenntnis bei den Teilnehmern und Betrachtern des Spiels jenen „Sinn *für* das

76 Zur Evolution sozialer Strukturen siehe W. J. Patzelt 2011 und 2012.

77 Freilich gibt Aaron V. Cicourel nirgendwo eine systematische Explikation dieses Begriffs; desssen bei Cicourel gemeinte Bedeutung muss aus seinen Verwendungsweisen erschlossen werden, etwa in A. V. Cicourel 1968, S. 3f. Eine wertvolle Systematisierung, der hier gefolgt wird, leistet K. Leiter 1980, S. 69-71. Peter Berger (1963) brachte die gleichen Gedanken in etwas anderer Akzentuierung auf das Begriffspaar von „man in society" vs. „society in man".

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Spiel“, den zumindest die Teilnehmer brauchen, wenn sie das Spiel mit *seinem* Sinn als „soziale Tatsache“ hervorbringen wollen. Dieser Sinn *für* das Spiel ist außerdem meist solange an die *Bereitschaft* gekoppelt, sich *im* Sinn des Spiels „gemeinschaftsverträglich“ zu verhalten, d.h. als *bona fide*-Mitglied der Spielsituation zu agieren, wie nicht eben *umgekehrt* die *Diskreditierung* der auf solche Sinnbestände gerichteten Hintergrunderwartungen irgendwelche angestrebten *Vorteile* erschließt. In letztlich *dreifacher* Bedeutung des Begriffs „Gemeinsinn“ entsteht somit gerade aus den Grundregeln jener „sensus communis“ oder „common sense“, der seinerseits eine zentrale Ressource stabiler Interaktion und auch situationsübergreifender Ordnungsbildung ist: Gemeinsinn (a) als Sinn *der* hervorgebrachten sozialen Struktur(en), (b) als Sinn *für* die hervorgebrachte(n) Struktur(en), und (c) als *Bereitschaft*, am sinn- und strukturbildenden „reality work“ weiterhin teilzunehmen. Den lokal-situativen Ausgangspunkt der Erzeugung solchen Gemeinsinns beschrieb Garfinkel einst so: „The basic rules provide a behavior’s sense as an action. They are the terms in which a player decides whether or not he has correctly identified ‚What has happened?‘. ‚Subjective meaning‘ is ‚attached‘ to a behavior in terms of these rules“.[78] In anderen Worten: Gemeinsinn ist „gutwillig angewandte Hermeneutik“ und entfaltet sich in genau *dieser* Dimension von Transzendenz.[79]

b. „Präferenzregeln“: Wegweiser zum Transzendieren

Vor dem Hintergrund der Grundregeln eines Spiels lässt sich nun eine zweite Gruppe von Spielregeln ausfindig machen. Garfinkel nennt sie die „Regeln vorziehbaren Spiels“, was man als „Regeln vorziehbaren Handelns“ verallgemeinern und in einer kürzeren Wendung als „Präferenzregeln“ bezeichnen kann. Derartige Präferenzregeln geben an, welche der von den Grundregeln insgesamt zugelassenen Handlungen ein Spieler – je nach innerhalb des Spiels frei wählbaren Gesichtspunkten – vornehmen *soll*, wenn er sich für die Maßgeblichkeit des einen oder anderen Gesichtspunkts entscheidet. Solche Gesichtspunkte können sich unter anderem aus Überlegungen zur Effizienz, zur ästhetischen Überlegenheit, zur (Un-) Konventionalität mancher zugelassener Handlungen oder zur Verfügbarkeit von Präzedenzfällen ableiten lassen, beziehen sich also auf unterschiedliche „Stile“ des Gesamtspiels oder einzelner seiner Phasen bzw. Handlungssequenzen.

Die Präferenzregeln geben somit an, welche Interpretationen und Handlungen *unter einem mehr oder minder frei gewählten Gesichtspunkt* erfahrungsgemäß vorzuziehen sind, in welcher Richtung man also über rein kontingent sich einstellende *Normalformen* eines Spiels absichtlich hinausgelangen kann, diese also hin zu einer

78 H. Garfinkel 1963, S. 195.

79 Siehe hierzu im Beitrag „Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion“ dieses Bandes den Abschnitt über „Transzendenz als Hermeneutik“.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

besonderen „praktizierten Form" des Spiels transzendiert. Spielsysteme beim Fußball sind ebenso Beispiele für die Wirkungsweise solcher Präferenzregeln wie unterschiedliche Eröffnungsstrategien beim Schachspiel. Solche Präferenzregeln können reines Erfahrungswissen sein, sich aber auch irgendwann auch in Lehr- oder Ratgeberbüchern niedergelegt finden, und sie können die Form von *Maximen* annehmen (bei Schacheröffnungen etwa: „Versuche, die zentralen Felder zu kontrollieren!" oder eines *„handlungsgenerierenden Codes"*[80] (z.B. beim Fußball: „Spielt Raumdeckung mit folgendem System …!"), desgleichen die eines *Narrativs erfolgreicher Handlungsweisen* („So hat Gioacchino Greco das Kombinationsschach zur Blüte gebracht!") oder eines *Mythos*, der sich um herausragende „Spieler" rankt („So machte sich Franz Beckenbauer zum Libero und revolutionierte dadurch das seinerzeitige Fußballspiel!"). Konkret führen Präferenzregeln also zu Strategien und taktischen Verhaltensweisen. Zwar handelt es sich in diesem Zusammenhang stets um die Befolgung unterschiedlicher Präferenzregeln *innerhalb* einer durch *gleiche Grundregeln bestimmten* konstitutiven Ordnung von Ereignissen. Doch gerade dadurch verweisen sie auf Wege des Transzendierens solcher Stümperei, die zwar regelkonform, doch gerade nicht von einer Vision dessen geprägt ist, was sich innerhalb der unverfügbaren Regeln an höchst unterschiedlichen Spielausprägungen erreichen ließe.

c. „Situationserzeugte Bedingungen": das praktisch Unverfügbare

Das letzte für Beschreiben, Erkennen, Verstehen und Erklären von „Spielverhalten" wichtige Konzept nennt Garfinkel die „spielerzeugten Bedingungen", was sich zu „situationserzeugten Bedingungen" verallgemeinern lässt. Es geht hier um jene Bedingungen, welche durch die korrekte Befolgung der Grundregeln – nicht von Präferenzregeln – als für jedes Spiel und für seine einzelnen Situationen *spezifische Umstände* erzeugt werden. Sie muss jeder Spieler bei seinen auf das Spiel zielenden Sinndeutungen und Handlungen in Rechnung stellen, wenn er erfolgreich spielen will.[81] Offenkundig bestimmen die situationserzeugten Bedingungen nicht die *Korrektheit* einer Entscheidung, sondern sind ein – sehr wichtiges – Kriterium dafür, ob eine korrekte Entscheidung auch *erfolgsträchtig im Sinn der Spielidee* sein dürfte. Beispielsweise ist es ganz korrekt, beim Schach seine Dame ungedeckt zu platzieren. Da aber jede Stellung auf dem Brett von beiden Spielern gleichermaßen eingesehen werden kann, ist eben *diese* von den Grundregeln des Schachs erzeugte

80 Siehe hierzu unten den Abschnitt 5.4.

81 Die spielerzeugten Bedingungen sind nicht zu verwechseln mit den im Lauf des Spiels sich – hochgradig kontingent, doch durchaus pfadabhängig – ergebenden taktischen Lagen. Diese sind nicht Gegenstand von Garfinkels Spieltheorie, sehr wohl aber sehr wichtige Gesichtspunkte in jedem konkreten Spiel.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„spielerzeugte Bedingung" ursächlich dafür, dass gewiss verlieren wird, wer oft genug einen *solchen* zulässigen Zug macht.

Vier Eigenschaften solcher situationserzeugter Bedingungen hebt Garfinkel besonders hervor. *Erstens* beschreibt die Formulierung situationserzeugter Bedingungen charakteristische Merkmale einer Situation, die von deren Mitgliedern als unmittelbar sinndeutungs- und handlungsprägend erfahren werden. *Zweitens* entstehen situationserzeugte Bedingungen ganz unabhängig von den konkreten Gewinn- und Verlustchancen der Spielteilnehmer, ermöglichen aber deren Abschätzung. *Drittens* sind situationserzeugte Bedingungen während des ganzen Spielverlaufs „*unverfügbar*": Sie treten – je nach den wechselseitigen Spielzügen – ein oder nicht ein, und zwar ganz unabhängig davon, ob man sich das wünscht oder nicht. *Viertens* bestehen die situationserzeugten Bedingungen in ihrer jeweiligen Form und als „unverfügbar" genau und nur solange, wie der konstitutive Akzent nicht verändert wird, also wie die für ein bestimmtes Spiel konstitutiven Erwartungen nicht verändert werden.[82] Deren Bestehen und Aufrechterhaltung sicherzustellen, ist eine erhebliche – anhand der Methoden der „politics of reality" erbrachte – soziale Leistung der Spielteilnehmer.

d. Soziale Ordnung als über Transzendenzrekurse „bewirkter Bestand"

Der gesamte Bestand an Elementen, die ein Spiel kennzeichnen, wird somit *allein durch die Spieler* als deren *hier und jetzt existierende Wirklichkeit* bewirkt. Innerhalb dieses „bewirkten Bestands"[83] an Wirklichkeitselementen als kompetentes Mitglied zu agieren, trägt zur *Verstetigung* dieser an sich ganz artifiziellen Situation bei. Und glückt den Situationsmitgliedern dies alles *routinemäßig*, so richten sie alsbald ihre Erwartungen ebenfalls darauf, dass ihnen derlei auch künftig in aller Selbstverständlichkeit gelingen werde. Eben davon ausgehend beginnen sie wiederum, ihre *aktuelle* Situation in gerade dieser *Perspektive* und somit von jenem „Transzendenzbezug" her zu definieren, den die Grundregeln des Spiels sowie deren impliziten Voraussetzungen erzeugen. Was die Spielteilnehmer *gerade* erleben, wird ihnen dergestalt als „Durchlaufsituation" eines „an sich gegebenen" und als solches „unverfügbaren" Situationsgefüges erscheinen – obschon sie doch *selbst* das Spiel begonnen haben und es eigentlich jederzeit beenden können. Genau damit

82 Sobald man die jeweils „äußersten" Kontexte konstitutiver Erwartungen mit dem Begriff der Transzendenz bezeichnet, zeigt sich aufs Klarste, wie „Transzendenz" und „Gemeinsinn" zusammenwirken: Auf Transzendenz gerichtete Hintergrunderwartungen sichern jene Grundregeln, die ihrerseits den Sinn sozialer Struktur erzeugen – dem entlang zu handeln wiederum jene Hintergrunderwartungen verselbstverständlicht.

83 Zu diesem sehr theoriehaltigen ethnomethodologischen Konzept siehe W. J. Patzelt 1987, S. 98-100.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

aber verkehrt sich – in der „natürlichen Einstellung des Alltagsdenkens“ ganz unbemerkt – das Verhältnis zwischen „Schöpfer“ und „Geschöpf“: Soziale Strukturen, in der Logik von Spielen konstruiert und reproduziert, wirken dann wie „Gehäuse“, in die man eintreten und sich voll Vertrauen auf deren Statik bewegen kann.[84] Tatsächlich sind sie *auch* solche Gehäuse. Sie sind es aber nur solange, wie hinlänglich viele Menschen sie weiterhin hervorbringen und aufrechterhalten, und zwar idealerweise „wirklichkeitskonstruktiv naiv“, also ohne Wissen darüber, was sie da tun. Andernfalls träte nämlich das Tausendfüßlerproblem auf: So wie dieser kaum vorankäme, müsste er jedes seiner Beine in *bewusster* Koordination mit den anderen bewegen, misslingt unter ausführlichem Reflektieren üblicherweise, was beim *unbemerkten* Vollzug noch keinerlei Problem ist – also solange nicht, „wie man sich keine überflüssigen Gedanken macht“. Sobald man hingegen die Prämissen seines Tuns, obschon *selbst* gesetzt, wie „unverfügbar“ wahrnehmen und als *eigene Ausgestaltungsmöglichkeit* gleichsam „vergessen“ kann, sich also „im Transzendenten geborgen“ fühlt, stellt sich derlei „konstruktive Naivität“ wie von selbst ein.

Jene fraglose Benutzung der Erwartung, alles sei und bleibe so, wie bislang erlebt, nennt Garfinkel „Vertrauen“: „Say of persons, in that their treatments of interpersonal environments – whether they be game environments or otherwise – are governed by constitutive expectancies, that they *trust* each other. … To say that one person ‚trusts‘ another means that the person seeks to act in such a fashion as to produce through his action or to respect as conditions of play actual events that accord with the normative order of events depicted in the basic rules of the play. Alternatively stated, the player takes for granted the basic rules of the game as a definition of his situation, and that means of course as a definition of his relationship to others“.[85] Wie bei Luhmann ist Vertrauen somit ein „Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität“.[86] Und je weiter – zeitlich wie räumlich – jene konstitutiven Erwartungen reichen, mit denen man in diesem Sinn vertrauensvoll umgeht, um so mehr (Spiel-) Situationen lassen sich dann auch koordinieren und ineinander einbetten: von „echten“ Spielsituationen über das Situationsgefüge in jener Organisation, in der man arbeitet, bis hin zum höchst komplexen Situationsgefüge einer ganzen Gesellschafts- oder Staatsordnung.

Außerdem lässt sich aus Garfinkels Spieltheorie noch der Begriff des „Verstehens“ ableiten. Dieses entsteht bei der Konzertierung alltagspraktischer Sinndeutungen und Handlungen durch – zu Situationsdefinitionen führende – Interpretationsverfahren und Darstellungsleistungen. Es füllt die – neben dem „Transzendieren“ und der „Unverfügbarkeit“ – dritte, nämlich hermeneutische Dimension des

84 Wiederum ist eine Schnittstelle zum Evolutorischen Institutionalismus und seinem Generationskonzept erreicht; siehe oben Anm. 2 und 3.

85 H. Garfinkel 1963, S. 193f.

86 Siehe N. Luhmann 1973. In W. J. Patzelt 1987, S. 292, Anm. 102, wird gezeigt, auf welche Weise N. Luhmann auf H. Garfinkels Arbeiten Bezug nahm.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Transzendenzbegriffs[87] inhaltlich. Es sind nämlich genau die Grundregeln, die Präferenzregeln und die situationserzeugten Bedingungen gemeinsam jene *Kontexte*, die – wann immer nötig – mittels spielspezifischer Darstellungstechniken (bei Garfinkel: „accounts") aufgezeigt werden und die man dann bei der Nutzung von Interpretationsverfahren als deren inhaltliche Auffüllung verwendet: Eben anhand dieser Kontexte aber wirken die „interpretive devices people use to give meaning and pattern to social conduct".[88] Ist eine Situation also erst einmal durch *regelgeleitetes* Handeln so aufgebaut, dass sie anhand eben dieser Regeln „account-able" ist und interpretiert werden kann, so lässt sie sich auch *im gemeinsam gemeinten* Sinn verstehen, d.h. entlang eines *nicht-fiktiven* „sense of social structure" erschließen. Umgekehrt meint „Fremdverstehen" einer Situation stets, dass eine interpretierende *Rekonstruktion* der bei ihrer Hervorbringung benutzten Regeln gelingt – und somit des in ihre soziale Struktur investierten Sinns.

Handeln nun Menschen in einer Weise, die sie ihre Handlungen wechselseitig in aller Selbstverständlichkeit begreifen lässt und routinemäßig Vertrauen erzeugt, so *entsteht Normalität*: Anhand der situativ benutzten Grundregeln, Präferenzregeln und situationserzeugten Bedingungen lassen sich alle durchgeführten Sinndeutungen und Handlungen als im jeweils spiel- bzw. situationsspezifischen Sinn typisch, wahrscheinlich, vergleichbar, in einem kausalen Zusammenhang stehend, instrumentell effizient, nach einer hier und jetzt bestehenden Ordnung notwendig und obendrein – unter den Spielteilnehmern – als substanziell kongruent einschätzen. Auf diese Weise können die auch im Alltagsdenken zusammenhängenden Begriffe des Vertrauens, des Verstehens und der Normalität präzis aufeinander bezogen, dabei systematisch aus den ethnomethodologischen Theoremen zur Konstruktion sozialer Wirklichkeit abgeleitet und genau darüber präzise in die Analyse der Rolle von Transzendenz und Gemeinsinn für die Konstruktion politischer Ordnung einbezogen werden.

5.3 Grenzen realer Unverfügbarkeit: die Merkmale alltagspraktischer Regelverwendung

Da Spielsituationen wegen ihrer Differenz zum Alltagsleben besondere Konstruktionsmerkmale aufweisen, unterscheiden sich auch die in ihnen verwendeten Regeln in mancherlei Weise von alltagspraktisch benutzten Regeln, wie sie etwa das Zusammenwirken in Organisationen und Institutionen prägen. Fünf Differenzmerkmale sind besonders hervorzuheben. Sie durchzugehen, erschließt den im *Alltagshan-*

87 Siehe die entsprechenden Ausführungen im Beitrag „Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion" dieses Bandes.

88 K. Leiter 1980, S. 26; siehe zu Regeln auch ebenda S. 235.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deln wirklichkeitskonstruktiven Gebrauch von Regeln, Normen und jenen Transzendenzrekursen, über welche diese ihren Sinn erhalten.

Erstens sind Spiele von den sie umgebenden sozialen Strukturen deutlich abgehoben. Zwar reichen Spielregeln nie aus, um *vollständig* die konstitutive Ordnung der im Spiel möglichen Ereignisse zu beschreiben, weshalb sie stets auch auf die außerhalb der Spielsituation verfügbaren alltagspraktischen Regeln angewiesen sind. Doch jene von außerhalb der Spielsituation „hereingeholten" Regeln präjudizieren nie den konstitutiven Akzent des Spiels. Dessen „konstitutive Ordnung von Ereignissen" festzulegen, steht vielmehr allein den Spielteilnehmern zu, welche diese Festlegung durch den Akt der *Entscheidung* für ein *spezielles* Spiel treffen. Alltagssituationen sind hingegen meist in hierarchisch aufgebaute soziale Strukturen eingebettet. Regelmäßig agiert man im Wirkungsfeld von Organisationen und Institutionen, die auch ohne das eigene Zutun bestünden. In ihnen wird von Vorgesetzten aller Art – und meist anhand hierarchisch strukturierter Rechts- und Verhaltensnormen – festgelegt, was in den ihnen unterstellten Bereichen sozialer Wirklichkeit als konstitutive Ordnung von Ereignissen gelten soll. Damit sind aber dem „reality work" auf den nachgeordneten Ebenen seine Grundregeln bereits vorgegeben, so dass auf der nächsten Hierarchiestufe nur noch Präferenzregeln frei gewählt werden können. Diese wiederum können für die *nächsttiefere* Ebene durch entsprechende Weisungen zur Definition einer konstitutiven Ordnung der *dort* hervorzubringenden Ereignisse benutzt und so zu Grundregeln *jener* Ebene gemacht werden. Dieses Verfahren lässt sich bis zur untersten Ebene jeder Organisations- oder Sozialstruktur fortsetzen, nämlich hin bis zu jenen Einzelpersonen, die konkrete Anweisungen ohne weitere Delegationsmöglichkeiten auszuführen haben. So entsteht eine „Filiation von Regeln", wobei die Benutzung einer Regel als Grund- oder Präferenzregel ganz davon abhängt, auf welcher hierarchischen Ebene ein Akteur handelt.

Diese Filiation stellt dann jenen *Kontext* dar, auf den eine konkrete Regel verweist. Nur *innerhalb* dieser Filiation ist deshalb ihr Sinn *angemessen* zu deuten. Nichts anderes besagt die aus der juristischen Methodenlehre bekannte „systematische Interpretation". Allerdings wird nicht jeder Regelbenutzer bezüglich dieses Kontexts – und somit hinsichtlich des Sinns einer Regel – gleichermaßen kompetent sein. Deshalb kommt es im regelverwendenden Alltagsleben von und zwischen Organisationen immer wieder zu mancherlei Fehlinterpretationen (etwa zur Verkehrung der *ratio legis* in ihr Gegenteil, oder zu Missverständnissen aufgrund unterschiedlicher normativer Deutungen des gleichen Vorgangs), die in Spielsituationen wegen der dort viel einfacheren Interpretationslage meist ausgeschlossen sind. Vor allem aber verwischt sich leicht der Gebrauch von Regeln als Grundregeln mit ihrem Gebrauch als Präferenzregeln, wenn – wie im Alltagsleben nicht selten – hierarchische Positionen gerade nicht völlig klar aufgewiesen und gegeneinander abgegrenzt werden. Dazu kommt es etwa beim Agieren einer „verfassungsmäßig nicht

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vorgesehenen“ Ehefrau des Regierungschefs in dessen Staatskanzlei oder bei der gleichberechtigten pluralistischen Konkurrenz weltanschaulich auseinanderliegender Gruppen. Auch werden ohne klare organisationelle Rollenzuweisung in einem Unternehmen agierende Nachkommen von Chefs ebenso zur Quelle von Verhaltensunsicherheit wie politische oder gar religiöse Führer, bei denen man nicht (mehr) an die Redlichkeit ihrer Transzendenzrekurse glaubt. In allen solchen Fällen entsteht Verunsicherung über die konstitutive Ordnung der zu erwartenden Ereignisse, woraus Störungen bei der Konzertierung von Sinndeutungen und Handlungen und Risse im „sense of social structure“ resultieren.

Zweitens sind Spiele typischerweise „eingekapselte Episoden“. Das meint, dass sie nach dem Ablauf bestimmter Zeit, nach der Vornahme einer bestimmten Anzahl von Zügen oder nach dem Eintritt eines bestimmten Ereignisses abgeschlossen sind. Zu diesem Zeitpunkt sind Erfolg oder Misserfolg klar erkennbar und ist es keinesfalls nötig, erst einmal spätere Entwicklungen abzuwarten, um ein klares Bild von dem zu gewinnen, „was herausgekommen ist“. Im Gegensatz dazu sind alltägliche Situationen oft gerade keine „eingekapselten Episoden“. Auch was in ihnen einst ganz kontingent begann, etwa eine kurze Affäre zwischen einem Chef und seiner Mitarbeiterin, geht fortan in Abhängigkeit vom damals eingeschlagenen Pfad weiter. Also ist auch der entlastende Deutungskontext, eine Situation werde mitsamt ihren Geschehnissen „nun bald vorbei sein“, oft nicht verfügbar.[89] Aus diesem Grund haben konstitutive Erwartungen im Alltagsleben eine ganz andere Bedeutung als im Spiel. Dort ist nämlich den Grundregeln nicht so leicht zu entkommen wie im Spiel, das man entweder gar nicht aufnimmt, gegebenenfalls abbricht oder zumindest schnell beendet. Eben dies führt zu einem anderen Umgang mit den Grundregeln sowie zu anderen Anforderungen an deren Beschaffenheit. Da sie nicht – wie im Spiel – nach Ablauf einer bestimmten Zeit ohnehin ihre Normierungskraft verlieren, liegt die Versuchung nahe und wird oft sogar zum rationalen Imperativ, sich eben *nicht immer* an sie zu halten, ja derartiges „eigentlich abweichende“ Verhalten sogar – in gewissem Rahmen – als „normal“ sowohl zu erwarten als auch zu akzep-

89 Spannende und spannungsreiche Mischungsverhältnisse zwischen „Spielsituationen“ und „Echtlebenssituationen“ lassen sich dort vorfinden, wo – wie im Tennis – die Rolle des „professionellen Spielers“ oder – wie beim Berufsfußball – die Veranstaltung von Spielsequenzen als eigener Wirtschaftszweig entstanden ist. Es zeigt sich dann, dass es sehr schwierig werden kann, die besondere Regelstruktur des Verhaltens *im* Spiel gegen die Normstrukturen des „Verhaltens *um das Spiel herum*“ abzuschotten. Dennoch ist solche Abschottung unabdingbar, können doch Kriterien für spielerische Performanz und Professionalität auf dem Platz allein aus dem Spiel selbst abgeleitet werden. Sobald hingegen Spiele – wie etwa die Tour de France, oft aber auch Boxkämpfe – nach Regeln außerhalb des Spiels „frisiert“, verfälscht, nachgerade manipuliert werden, bricht meist auch das Interesse am Spiel und somit die (wirtschaftliche) Grundlage des „professionellen“ Spielers sowie des spielsequenzveranstaltenden Wirtschaftszweigs zusammen. Hinsichtlich der Politik werden derlei Phänomene und Probleme unter Rubriken wie „Medialisierung“, „(rein) symbolische Politik“ oder „Korruption“ erörtert.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tieren. Immerhin sind nicht nur im Spiel, sondern gerade im „richtigen Leben" sehr oft Vorteile durch Unberechenbarkeit, Vertrauensbrüche oder wenigstens ganz überraschendes Verhalten zu erzielen. Genau das aber verstärkt die Versuchungen, so zu handeln, und stattet manchen Regelbruch mit Rationalität aus. Nicht anders geht man in der – gerade auch politischen – Praxis mit so manchem Transzendenzrekurs um, den man zur Kenntnis nimmt ohne zu ignorieren, dass ihm das tatsächlich an den Tag gelegte Verhalten durchaus widerspricht.

Praktiziert freilich jeder und allzu oft derartige Regelbrüche, so verflüchtigen sich bald alle Vorteile, die aus gemeinsamer Regelbefolgung resultieren. Im Grunde liegt also ein Allmende-Problem vor.[90] Um es zu bewältigen, also wenigstens eine Mindestzahl an konstitutiven Erwartungen vor häufiger Diskreditierung sowie das Bestrafungssystem selbst vor Überlastung zu schützen, müssen im Alltagsleben deshalb die Grundregeln viel *weniger* rigid und klar sein, als sie es in Spielsituationen sein *können*.[91] Dann aber verlangen sie den Akteuren auch viel mehr an konkreten Deutungsleistungen und an vorgelagerter Interpretationskompetenz ab, um in der Mannigfaltigkeit jener alltagsweltlichen Situationen, in denen sie heranzuziehen sind, auch *korrekt* angewendet werden zu können. Wegen solcher besonderer Interpretationsbedürftigkeit aber verschwimmen erst recht die Grenzen zwischen unverfügbaren Grundregeln und bloßen Präferenzregeln. Und sind schon die Grundregeln viel weniger eindeutig als in Spielsituationen, so wirkt sich dies erst recht auf die situationserzeugten Bedingungen aus. Das aber wird dann auch besonders oft zur Desorientierung und zum zwar gutwilligen, doch irrigen Handeln führen. Dem muss wiederum in besonderer Weise durch die Vorfeldmethoden der „politics of reality" entgegengewirkt werden.[92] Zumal ist auf die Ausgrenzung hartnäckiger Störer hinzuwirken.

Denn vor allem gilt: Zwar müssen alltagspraktische Regelverletzungen erwartet und in bestimmten Grenzen auch toleriert werden; doch die jeweils verletzten Regeln dürfen ihrerseits nicht zur Disposition gestellt werden, weil eben dies den konstitutiven Akzent veränderte, unter dessen *Wirkung* sogar *verletzte* Regeln durch die Vorfeld-, Entproblematisierungs- und Ausgrenzungsmethoden der „politics of reality" als *dennoch* geltend aufgewiesen und gesichert werden können. Beispielsweise darf die Tatsache, dass ein Straftatbestand keine große Rolle mehr spielt, nicht unbesehen zum Anlass genommen werden, den entsprechenden Paragraphen abzuschaffen. Dadurch würde nämlich der konstitutive Akzent verändert, und zwar mit der Folge, dass die den erreichten Zustand gewährleistenden „politics of reality" fortan erschwert oder eben verunmöglicht würden: Erlaubt ist nämlich im Grenzfall alles, was nicht verboten ist. Vor diesem Hintergrund leuchtet dann auch ein, wa-

90 Siehe E. Ostrom 1990.
91 Vgl. H. Helsper 2011.
92 Siehe W. J. Patzelt 1987, S. 116-118, sowie die einschlägigen, mit Beispielen versehenen Passagen in W. J. Patzelt 1998.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rum Transzendenzrekurse im Einzelfall zwar heuchlerisch sein mögen, selbst aus dem Mund von Heuchlern aber Besseres zeitigen, als sich beim Verzicht auf sie einstellen würde.

Weil es sich obendrein bei alltagsweltlichen Situationen meist nicht um „eingekapselte Episoden" handelt, ist dort auch der Prozess der Sinndeutung dessen, was sich in ihnen ereignet hat oder entstanden ist, nicht mit dem Ende der Interaktion abgeschlossen. Vielmehr bleiben gerade Alltagssituationen der retrospektiv-prospektiven Interpretation und somit der Um- und Neudeutung zugänglich, womöglich auch bedürftig. Ob etwa Hochverrat oder eine revolutionäre Tat vorliegt, ist bekanntlich eine Frage des Zeitpunkts der entsprechenden Handlung, der faktisch anschließenden Entwicklung sowie der retrospektiven Interpretationsneigungen der Sieger im entsprechenden Machtkampf. Auch diese Zusammenhänge ändern die Rolle von Grundregeln: Sie allein reichen zur Orientierung nicht mehr aus und verlieren dadurch ihren Status als Hauptbezugspunkt konstitutiver Erwartungen. Ganz im Gegensatz zur Lage bei Spielsituationen können sich konstitutive Erwartungen im Alltagsleben ja geradezu auf die Verletzung oder Veränderung bisheriger Grundregeln richten, zumal in vorrevolutionären Zeiten oder während eines Umbruchs. Eben das macht soziale und politische Wirklichkeit immer wieder besonders verletzlich und fragil, wenn die bisherigen „politics of reality" versagen und immer mehr bisherige Hintergrunderwartungen von immer mehr Menschen in immer mehr Alltagssituationen diskreditiert werden – wie vor nicht einmal drei Jahrzehnten während Ostdeutschlands Friedlicher Revolution. Und je höher zumal eine politische Ordnung mit ihren Transzendenzrekursen hinauswill, desto leichter und tiefer riskiert sie in solchen Zeiten zu fallen.

Drittens sind in Spielsituationen die Unterschiede zwischen einerseits den intersubjektiv voraussetzbaren und tatsächlich auch vorausgesetzten Kontexten der Spielteilnehmer sowie andererseits deren rein privaten, unveröffentlichten Kontexten oder Codes, gemäß welchen sie gegebenenfalls *auch* handeln, von viel geringerer Bedeutung, wenn es darum geht, Handlungen als „korrekt" oder Ergebnisse als „so und nicht anders" zu identifizieren. Dass allen Sinndeutungen konstitutive Erwartungen zugrunde liegen müssen, die ihrerseits auf die Grundregeln gerichtet sind, ist in Spielen ganz fraglos; und deshalb gibt es auch kein Bedürfnis, ohne konkreten Anlass auf *andere* Erwartungen und Kontexte als jene zu rekurrieren, die ein *bona fide*-Spieler eben mit dem Spiel verbindet. In alltagsweltlichen Situationen aber sind dergleichen Unterschiede zwischen „offiziellen" und „privaten" Kontexten wesentlich größer. Diese Tatsache wird von den Akteuren auch routinemäßig in Rechnung gestellt – zumal in der Politik, wo kaum einer annimmt, es ließen sich „sachliche" Differenzen klar von „persönlichen" Differenzen trennen. Deshalb erfolgen beim Alltagshandeln Sanktionen bei Verstößen gegen die konstitutiven Erwartungen selten sofort; vielmehr wird meist abgewartet, ob nicht eine *akzeptable* Differenz zwischen „offizieller" und „privater" Sichtweise derlei Verstöße *rechtfer-*

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tigen könne. Oft *hofft* man sogar auf alsbaldige Darstellungsleistungen Alters, die dessen unverkennbaren Regelverstoß zu entproblematisieren erlauben; und nicht selten fragt man sich auch, ob der Regelverstoß nicht eher ein *Mitteilungsversuch* wäre, der Grundregeln weniger missachtete denn vielmehr als unausgesprochenen Bezugsrahmen des eigentlich Mitgeteilten *verwendete*.

Weil kompetente Akteure die entsprechenden Interpretationsnotwendigkeiten beim Alltagshandeln sowohl voraussetzen als auch – innerhalb gewisser Grenzen – routinemäßig bewältigen, ändert sich einmal mehr die Rolle von Grundregeln. Weder *können* sie sich in der für Spiele typischen Rigorosität herausbilden, noch besteht oft überhaupt *Bedarf* an derart klaren Grundregeln; eher wären sie ein Hemmnis für gerade *andernfalls* recht unproblematisch ablaufende Alltagsinteraktionen. Das rührt nicht zuletzt daher, dass – statt in den „eingekapselten Episoden" *einzelner* Spiele – die alltäglich Agierenden ihre Sinndeutungen und Handlungen stets *zugleich* in einer *Vielzahl* von Situationen, Rollen und Rücksichtnahmen auf unterschiedliche Bezugsgruppen durchführen. Unter solchen Umständen ist es ohnehin kaum möglich, in einer *speziellen* Situation eine völlige Übereinstimmung zwischen den *intersubjektiv* situationsangemessenen Kontexten und jenen hier und jetzt *auch* relevanten „*privaten* (Überschuss-) Kontexten" herbeizuführen, über die man – dank der Kompetenz zur Übernahme anderer Rollen – ebenfalls verfügt und die womöglich – so die eigene Wahrnehmung – auch in die jetzige Situation hineinspielen. Die deshalb ganz übliche Diskrepanz zwischen „offiziellen" und „privaten" Kontexten, etwa zwischen „Schein" und „Sein", lässt sich im Alltagshandeln aber gerade nicht bedeutungs- und wirkungslos halten, weil sie höchst unmittelbar die Interpretationen und Darstellungsleistungen der Akteure prägt.

Viertens werden in Spielsituationen die Annahmen und Verhaltensweisen des Alltagslebens in großem Umfang suspendiert. Vor den Schach- oder Fußballregeln sind wirklich alle gleich. Also entsteht im Verlauf von Spielen eine „artificial world in microcosm".[93] Diese Suspendierung des Alltags, diesen Aufbau einer künstlichen, alltagsfernen Wirklichkeit können *Ego* und *Alter* ganz nach ihren persönlichen Wünschen herbeiführen oder unterlassen; und enttäuscht sie ihr Spiel, so steht es ihnen jederzeit frei, es abzubrechen oder sich ihm zu entziehen, womit sie rasch wieder in ihre Alltagswelt zurückkehren. Genau dies verleiht den das Spiel erzeugenden Grundregeln und den es aufrechterhaltenden konstitutiven Erwartungen ihre Eigenart: Gerade weil es *jenseits* des Spiels eine „sichere Zuflucht" gibt, zumindest eine Möglichkeit des Rückzugs vor den im Spiel erfahrenen Problemen, Kränkungen und Niederlagen, ist es *erträglich*, selbst dann gemäß den Regeln des Spiels zu handeln, wenn man Nachteile oder, in Niederlagen, die Kränkung persönlichen Ehrgeizes in Kauf nehmen muss. Gerade die *Künstlichkeit* der Spielsituation erzeugt somit deren *Stabilität*.

93 H. Garfinkel 1963, S. 207.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Allgemeinen gibt es aber für Alter keine „sichere Zuflucht“, wenn ihn die Grundregeln der *Alltagswelt* in die Enge treiben. Ein Schlupfloch bietet dann zwar der Weg in die Tröstungen von Religion, in die Parallelwelt einer Geisteskrankheit oder ins Verschwindenlassen der Alltagswelt durch den Freitod. Alter wird sich also meist mit den alltagsweltlichen Grundregeln arrangieren müssen – oder wird, wenn dies nicht ohne erhebliche Nachteile abgeht, einen Regelverstoß erwägen. Die Stabilität jener Grundregeln, die Alter belasten und gegen die zu verstoßen er deshalb erwägt, wird im Alltagsleben also gerade nicht durch ihre akzeptierte Künstlichkeit, sondern allein durch ihre faktische Unentrinnbarkeit, nur durch das Ausmaß *zusätzlicher* Nachteile verbürgt, die mit einem Regelverstoß einhergehen *könnten*. Das aber führt dazu, dass die alltagsweltlichen Grundregeln *prinzipiell* schwach sind: Alter kann *abwägen*, ob Verstöße sich lohnen; und lohnen sie sich, so steht nicht einfach nur ein alltagsfernes Spiel zur Disposition, sondern nichts anderes als die anhand von regelbefolgendem Handeln aufrechterhaltene Struktur der Alltagswirklichkeit. Dies wiederum stellt Ego meist in Rechnung. Deshalb gesteht er Alter von vornherein einen gewissen Spielraum im Umgang mit den Grundregeln zu und ist grundsätzlich bereit, diese in einer auf Alters Nöte eingehenden Weise auszulegen. Dadurch wird aber die Interpretationsbedürftigkeit der Grundregeln noch weiter gesteigert, obwohl sie doch „eigentlich“ als verbindliche *sic et non*-Regeln aufrechterhalten und aufgewiesen werden müssten. Dieses Spannungsverhältnis in den „politics of reality“ auszuhalten und gerade *in den Dienst* gemeinsamer Wirklichkeitskonstruktion zu stellen, ist eine gewaltige kulturelle Leistung. Wie schwer sie selbst unter günstigen Umständen zu erbringen ist, zeigt der Blick auf den üblicherweise weder rein taktischen noch ganz prinzipienreiterischen Umgang mit Transzendenzrekursen in freiheitlichen Gesellschaften.

Fünftens bleiben die Grundregeln in den „eingekapselten Episoden“ von Spielen die ganze Zeit über unverändert. Genau dies ist schließlich der konstitutive Akzent eines Spiels. Die Kenntnis dieser Grundregeln können *Ego* und *Alter* überdies wechselseitig voraussetzen, so dass auch alle verwirrenden Spielzüge vor diesem Hintergrund wenigstens in einer ersten Annäherung zu deuten und zu verstehen sind. Doch auch diesbezüglich sind alltagsweltliche Situationen ziemlich anders aufgebaut. Bei ihnen handelt es sich ja meist gerade nicht um „eingekapselte Episoden“, sondern um *konsequenzenreiche* Interaktionen, die fast jederzeit in andere Situationen *übergehen* können, die ihrerseits von *anderen* Grundregeln bestimmt werden. Folglich gibt es keinerlei Garantie dafür, dass die Menge der herangezogenen Grundregeln unverändert bleibt. Je nach improvisierter oder geplanter Strategie kann Ego – gegebenenfalls gemeinsam mit Tertius – es sogar darauf anlegen, Alter die Grundregeln eines anderen Spiels aufzuzwingen, ja ihn möglicherweise durch überlegtes Herbeiführen des Zusammenbruchs bisheriger Selbstverständlichkeiten um seine Orientierungsfähigkeit und gar Handlungskompetenz zu bringen. Jemanden fallweise hereinzulegen, intrigenartig zu täuschen oder ihn in eine „totale Insti-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tution“ wie eine Psychiatrieanstalt oder ein Konzentrationslager zu verbringen, sind die Hauptanwendungsweisen dieser Praktik.

Zudem können selbst Teilnehmer an der *gleichen* Situation nicht grundsätzlich die Kenntnis der jeweils tatsächlich herangezogenen oder immerhin heranzuziehenden Regeln *wechselseitig* voraussetzen. Im Gegenteil wird man routinemäßig davon ausgehen, dass *Alter*, selbst wenn er gemeinsam bekannte Grundregeln befolgt, überdies die Grundregeln für ein ganz anderes Spiel *in petto* hat und sie auch benutzen sowie auf sie seine konstitutiven Erwartungen richten würde, sobald er sich davon Vorteile verspräche. Wegen seiner unvollständigen Information über die bereits – oder womöglich demnächst – relevanten Grundregeln seiner Interaktion mit Alter muss Ego deshalb versuchen, solche Doppel- oder Mehrdeutigkeiten rechtzeitig zu durchschauen. Möglicherweise wird er auch seinerseits andere Grundregeln für andere Interaktionen *in petto* haben und sich rechtzeitig Verbündete zu deren Durchsetzung suchen. Ein solches Verhalten aber bringt grundsätzlich Misstrauen ins Miteinander und höhlt die Erfolgsbedingungen stabiler Wirklichkeitskonstruktion aus. Regeln verlieren dann viel von ihrem Nutzen als effizienten Durchführungsmitteln von „reality work“ sowie der Konstruktion sozialer Wirklichkeit. Auch das alles kennzeichnet den Umgang mit Transzendenzrekursen beim Ringen um gesellschaftliche und politische Ordnung und macht in ihr dasjenige, was wirklich „unverfügbar“ ist, viel weniger klar, als man es in Spielsituationen vorfindet. Richtet man seinen Blick auf das alles, so zeigt sich: „The use of norms is a far more mysterious process than one would ordinarily suppose“.[94] Kein Zweifel: Regeln so zu verwenden, dass die mittels ihrer zu bewerkstelligende Wirklichkeits- und Ordnungskonstruktion *nachhaltig gelingt*, erfordert wahrhaft kunstvolles „judgemental work of using and reorganizing rules in ongoing social scenes“.[95]

5.4 „Unverfügbare“ Präferenzregeln

In vielen Fällen liegen die Dinge aber noch komplizierter, als das im letzten Abschnitt ausgeführt wurde. Exemplarisch zeigt das eine 1974 erschienene ethnomethodologische Untersuchung,[96] deren zentrale Befunde sich unschwer auf den diskursiven Umgang mit Narrativen und politischen Mythen übertragen lassen, dafür aber erst einmal ihrer ethnomethodologisch wichtigen Merkmale präsentiert werden müssen.[97] Das geschieht am besten sehr gegenstandsnah.

94 L. Churchill 1971, S. 184.
95 K. Leiter 1980, S. 64.
96 D. L. Wieder 1974.
97 Der nachstehende Text folgt stellenweise eng W. J. Patzelt 1987, S. 194-200.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

a. „Insassencodes“ und Ordnungskonstruktion

Ein Resozialisierungsheim für drogenabhängige Jugendliche in Los Angeles erbrachte nicht die erhofften Ergebnisse. D. Lawrence Wieder erhielt den Auftrag, in einer mehrmonatigen Beobachtungs- und Interviewstudie die Ursachen dafür ausfindig zu machen. Zunächst einmal fiel ihm auf, dass die Insassen, ganz im Gegensatz zur resozialisierenden Absicht des Heims, bewusst Distanz zum Personal hielten, ja sogar räumliche Nähe oder Gespräche mieden, den Mitarbeitern des Heims mit Mangel an Respekt, ja gar Antipathie begegneten, am Gemeinschaftsleben Desinteresse bekundeten, sich nur im zwingend verlangten Umfang an den angebotenen Aktivitäten beteiligten, pädagogisch gemeinte Unternehmungen ins Leere laufen ließen, unzuverlässig waren, oft logen und noch öfter gegen die Regeln des Heims verstießen. Den ihnen „eigentlich“ angebotenen Handlungsvorlagen und jenen Regeln, die sie in ein „normales“ Leben zurückführen sollten, folgten sie durchaus nicht. Vielmehr pflegten sie solche Verhaltensweisen, die zwar ganz im Widerspruch zum eigentlich Angestrebten standen, dennoch aber ihnen selbst – und nicht minder den Angestellten des Resozialisierungsheims – als ganz normal und selbstverständlich vorkamen. Gewissermaßen schob sich eine Schicht von zusätzlichen „Deutungs- und Regulierungsanweisungen“ über die – vermeintlich – „eigentlichen“ Regeln der Anstalt. Wie kam es dazu?

Wieder fand heraus, dass bei der Konstruktion der sozialen Wirklichkeit dieses Heims zwei verschiedene Gruppen von handlungsanleitenden und sinndeutenden Wissensbeständen zusammenwirkten und eben dadurch zur Grundlage *gemeinsamer* Situationsdefinitionen wurden. Einerseits gab es das Wissen des Personals um die Aufgabe und Geschichte des Heims, um die dort anzuwendenden pädagogischen und sozialpsychologischen Theorien, desgleichen um jene Sachzwänge, unter denen Personal und Heimleitung standen. Andernteils war da der ganz anders aufgebaute Wissensbestand der Insassen, den diese zur Konzertierung *ihrer* Sinndeutungen und Handlungen benutzten, den aber auch das Personal kannte und bei seinem Handeln in Rechnung stellte. Anhand des ersten Wissensbestands wurden vom Personal und von den Außenstehenden die „eigentlichen“ Zwecke des Heims sich selbst vor Augen geführt und die im Heim ablaufenden Handlungen *formal geplant*. Anhand des zweiten Wissensbestands aber wurden die im Heim *tatsächlich vorgenommenen* Handlungen *sowohl* von den Insassen *als auch* vom Personal gedeutet, eingeschätzt und gehandhabt. Bei diesem zweiten Wissensbestand handelte es sich um eine Menge von Regeln, auf die sich Insassen und Personal als „alltagspraktische Experten“ der Ordnung des Resozialisierungsheims mit durchaus unterschiedlichen Worten bezogen, die sich in der Beobachterperspektive aber systematisieren ließen. Im konkreten Fall ließen sie sich in acht alltagspraktischen Regeln zusammenfassen. Sie gaben an, wie mit den Grundregeln und den situationserzeugten Bedingungen im Resozialisierungsheim gerade dann umzugehen war, wenn ein Insas-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

se als „wirklich kompetentes Mitglied“ dieser Ethnie gelten wollte. Tatsächlich handelte es sich bei diesen Regeln um einen – analog zu einem „Dresscode“ zu verstehenden – Code von Präferenzregeln. Rein theoretisch konnte man zwar auch anderen Präferenzregeln folgen, etwa jenen, die dem „offiziellen Zweck“ des Heims dienten. Wer aber nicht ausgegrenzt werden wollte, der hatte genau *diesem* Verhaltenscode zu folgen, also nicht die Grundregeln, sondern einen ganz bestimmte Satz an Präferenzregeln als für alle praktischen Zwecke unverfügbar hinzunehmen.

Konkret ergaben sich die für die Insassen akzeptablen und vom Personal als selbstverständlich in Rechnung zu stellenden Handlungen aus der Schnittmenge der Grundregeln des Resozialisierungsheims und den folgenden – bei Strafe der Ausgrenzung – *unverfügbaren* Präferenzregeln: Verpfeife niemanden! Gib nie zu, etwas Ungehöriges getan zu haben! Schenke dem Personal kein Vertrauen! Nutze die anderen Insassen nicht aus! Teile, was du hast, mit den anderen! Hilf den anderen Insassen! Komme anderen Insassen nicht in die Quere, wenn diese ihren eigenen Interessen nachgehen! Zeige stets Loyalität gegenüber den anderen Insassen! Vor dem Hintergrund verbindlicher Grundregeln etwa über den Tagesablauf und die Möglichkeiten freien Ausgangs benutzten Insassen und Personal genau diese Regeln zur Beschreibung von als normal zu erwartenden und normalerweise vorzunehmenden Handlungen. Also nutzte man sie auch zur Typisierung von „abweichendem“ Verhalten. Nach Maßgabe dieser hier und jetzt unverfügbaren Präferenzregeln konnte „abweichendes Verhalten“ somit gerade in der exakten Befolgung (!) der „eigentlich“ im Resozialisierungsheim vorgesehenen (!) Regeln bestehen. Entsprechende strategische Kontextbildung, nicht selten gefolgt von praktischer Degradierung in der internen Hackordnung, gelangte etwa zu folgender Typenbildung von Abweichlern: Ein „kiss ass“ war etwa jemand, der dem Personal zu nahe kam; ein „snitcher“ ein Informant des Personals unter den Insassen; ein „sniveler“ jemand, der sich zu viel beklagte und zu nachdrücklich nach besserer Behandlung durch das Personal verlangte. Verhaltensweisen, die zu solcher Typisierung Anlass gaben, registrierten die Insassen aufmerksam und belegten sie mit Sanktionen, setzten also die soziale Geltung der – mit Blick auf den Zweck des Heims: ganz kontraproduktiven – Präferenzregeln durch. Von diesen Regeln, den aus ihnen abgeleiteten Informationen sowie den von ihnen indizierten Wissensbeständen sprachen Insassen und Personal sogar als „the code“, und zwar wirklich nicht anders, als wenn – unter freilich anderen Umständen – von einem „Dresscode“ die Rede ist.

Dieser Code wurde natürlich nicht in der Weise erlernt, dass man einem Neuling unter den Insassen oder dem Personal eine der obigen Liste ähnliche Aufstellung der im Resozialisierungsheim zu beachtenden Präferenzregeln vorgelegt hätte. Den Code lernte man vielmehr so kennen, dass einem Neuling immer wieder konkrete Ereignisse unter Bezugnahme auf den als interpretationsleitende Selbstverständlichkeit *angedeuteten* Code dargestellt, bewertet und hinsichtlich der ihnen zugehörenden Sanktionen verdeutlicht wurden. Das geschah unter Nutzung der –

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von der Ethnomethodologie herausgearbeiteten – Darstellungstechniken, etwa indem anhand konkreter Situationen Normalformen kompetenten Handelns sowie inakzeptable Abweichungen vor Augen geführt wurden. Irgendwann war auf diese Weise so viel über den von kompetenten Mitgliedern erwarteten Verhaltenscode und seine akzeptable Anwendung gelernt worden, dass sich „der Code" auch durch einfache Andeutungen situationsdefinierend ansprechen ließ. Was auch immer durch derartiges „Zitieren des Codes" mitgeteilt wurde, diente dann als Kontext zur Deutung *weiterer* Szenen.

Gewiss verlangt das Erlernen eines solchen Codes nach erheblichen Anstrengungen und nach kompetenter Verwendung der – ebenfalls von der Ethnomethodologie herausgearbeiteten – Interpretationsverfahren. Vor allem muss man sich bei jeder Zitierung des Codes an eine ganze Menge einmal zuvor schon entsprechend gedeuteter Sachverhalte erinnern sowie diese zur hier und jetzt angemessenen *fallbezogenen Deutung des Codes* einsetzen. Nur auf diese Weise lässt sich nämlich die Kompetenz zur situativ angemessenen Verbindung von vorliegendem Handlungstyp und intepretierendem Kontext erwerben. Und selbstverständlich kann auf eben diese Weise auch retrospektiv der Sinn früher unverstandener Handlungen oder von zuvor unbegriffenen Zitierungen des Codes werden. Ist aber erst einmal eine solide Kenntnis jener Wissensbestände, Deutungsschemata und szenischer Praktiken bewirkt, die einem so vielschichtigen Regelwerk angemessen sind, dann ist wirklich *kompetente* Mitgliedschaft in der Ethnie jener erworben, die – in gleich welcher Rolle – zu dieser Organisation gehören. Dann sagt einem kompetenten Mitglied jede situationserzeugte Bedingung und jedes einzelne Ereignis, interpretiert anhand des Codes, *viel mehr*, als ein Außenstehender zu erkennen oder zu erklären vermöchte. Wer aber nach einiger Zeit immer noch nicht auf diese Weise „den Code" in Rechnung stellt, ihn also weder erlernt noch dessen Rolle richtig begriffen hat, der gilt zu Recht als ahnungslos, vielleicht dumm, nicht kooperationswillig, jedenfalls nicht als wirklich zu respektieren und bar des Anspruchs auf Vertrauen in seine Kompetenz und Zuverlässigkeit.

Je mehr man aber zum kompetenten Mitglied wird, umso mehr kann ein Zitieren des Codes nur noch *ganz selbstverständlich gewordene Hintergrunderwartungen bestätigen*. Wenn etwa ein Insasse abends in der Lobby des Heims laut alle Umstehenden fragte „Wo findet denn das Treffen statt, für das ich einen Ausgangsschein für die Nacht bekommen kann?", so hörten Insassen wie Personal im Grunde die folgende Bemerkung: „Zu diesem Treffen gehe ich nicht deshalb, weil mich das vom Personal angebotene Programm interessiert. Ich will nicht kooperieren; ich bin kein ‚kiss ass'. Ich gehe nur hin, weil ich Interesse an diesem Ausgangsschein habe und ihn anders nicht bekommen kann. Ich verletze also den Code nicht, bin kein von der Normalform von uns Insassen abweichender Typ". Oder als ein Insasse vorschlug, eine Baseballmannschaft auf die Beine zu stellen, und der entsprechende Gruppenleiter ihn dann aufforderte, sich doch darum selbst zu kümmern, war die

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Antwort: „Sie wissen doch, dass ich keine Mannschaft organisieren kann!“ – und der Gruppenleiter nickte. Nur ein Außenstehender konnte hier an der Organisationskompetenz des Insassen zweifeln. Jeder Insider aber hörte ganz klar: „Sie wissen doch, dass der Code mir eine Teilnahme dieses Ausmaßes an vom Heim gewünschten Tätigkeiten nicht erlaubt, und Sie wissen ebenso gut, dass ich nicht vom Code abweichend handelnd kann, solange ich bei Trost bin. Was fragen Sie mich also?“ Auf genau diese Weise *erschloss überhaupt erst der Code*, was Äußerungen und Handlungen wirklich bedeuteten, was also der *Sinn* der umgebenden sozialen Strukturen war. Anhand eines *anderen* Codes entschlüsselt, der in der hier relevanten Organisation aber gerade nicht anzuwenden war, hätte nämlich Vieles auch Anderes bedeuten können, wäre ein oft ganz anders akzentuierter Sinn für die umgebenden sozialen Strukturen entstanden, ja hätte sich auch ein *common sense* ganz anderer Art zwischen Insassen und Personal entwickeln können.

Tatsächlich reichte die Einsicht des Personals in die Notwendigkeit der Verwendung gerade *dieses* organisationsspezifischen Codes als Durchführungsmittel *aller* anschließend – wie es wünschte: störungsfrei ablaufenden – Handlungen sogar soweit, dass es allzu kooperationswillige und dabei sich unwissentlich „gegen den Code vergehende“ Neulinge unter den Insassen vor einer alsbald unausweichlichen Typisierung als „kiss ass“ warnte, damit faktisch den „eigentlichen“ Aufgaben des Resozialisierungsheims sowie dessen Regeln entgegenwirkte und so auch seinen (!) Teil zur entsprechend *anders* ablaufenden Sozialisation der Insassen und zur Stabilisierung gerade des *konterkarierenden* Codes beitrug. Faktisch war es so, dass die Regeln des *Codes* zu benutzen im Alltag als *normal* galt, während es als *abnormal* behandelt wurde, die „eigentlichen“ Regeln des Heims anders denn rein formal zu befolgen. Das ging so weit, dass auf den Code bezogene Darstellungsleistungen sogar ganz taktisch dazu eingesetzt werden konnten, die „offizielle“, praktisch aber nachrangige, Ordnung des Heims gegen die „inoffizielle“, tatsächlich aber vorrangige Wirklichkeit seiner Insassen auszuspielen. Gespräche wurden etwa ganz nach Belieben der Insassen durch Verweis auf „den Code“ beendet oder umorientiert; das Personal wurde systematisch – und oft nicht einmal wider sein „eigentliches“ Wissen – anhand des Codes über tatsächlich ablaufende Vorgänge getäuscht; und die Mitarbeiter des Resozialisierungsheims trösteten sich immer wieder selbst durch verständnisvolles Zitieren des Codes über die Nutzlosigkeit jener Arbeit hinweg, für die sie doch bezahlt wurden.

Das wirklichkeitskonstruktiv Relevante an diesen Phänomenen lässt sich nun so zusammenfassen. Erstens gilt als „regular guy“, als kompetenter kultureller Kollege, wer den Code kompetent benutzt, also gerade von ihm her die „eigentlichen“ Regeln *interpretiert* und *entsprechend* sein eigenes Verhalten ausgestaltet. Wer umgekehrt gegen den Code – im Grunde nichts mehr als eine Menge von Präferenzregeln – verstößt, wird ausgrenzend typisiert und auch real ausgegrenzt, was eben diese Präferenzregeln und den Imperativ ihrer Befolgung *unverfügbar* macht. Auf

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diese Weise erzeugt oder vergegenwärtigt der Code *weitere* Normalformen des Denkens und Verhaltens sowie auf gerade sie gerichtete konstitutive Erwartungen. Hierzu kommt es in Ordnungsgefügen, in denen unterschiedliche Gruppen unter zwar *nominell* gemeinsamen Regeln zusammenleben, in ihrem Alltagshandeln aber dennoch *distinkt* bleiben wollen oder sollen. Es handelt sich also um *sekundäre* Normalformen, wie sie für das Agieren *in den Grenzmarken* von Gruppen erforderlich sind, die zwar eine gemeinsame Lebenswelt, nicht aber die gleiche Perspektive auf sie teilen. Der Code vermittelt dann zwischen den unterschiedlichen Perspektiven, ja bildet sie gleichsam ineinander ab. Im untersuchten Resozialisierungsheim instruierte beispielsweise der Code sowohl das Personal als auch die Insassen darüber, wie Insassenverhalten aus der Perspektive der Insassen aufzufassen sei, leitete also die Wahrnehmung und Interpretation von *deren* Wirklichkeit. Insgesamt diente der Code als von kompetenten Heimmitgliedern routinemäßig beherrschte „folk sociology", die in für alle praktischen Zwecke ausreichender Weise das im Heim auftretende Verhalten der Insassen erklärte. Dabei stimmte das Personal den Regeln des Codes zwar nicht zu, kannte sie aber und stellte sie als „einfach zu berücksichtigende Tatsache" in Rechnung. An solchem Verhalten zeigt sich, wie komplex jene Prozesse sind, in denen anhand von Regeln soziale Ordnung – und eben oft genug solche „mit doppeltem Boden" – hervorgebracht wird. D. Lawrence Wieder und Don H. Zimmerman formulierten dies einst so: „Instead of ‚predicting' behavior, the rule is actually employed as an *interpretive device*".[98]

b. Von Präferenzregeln zu Mythen und Narrativen

Mit den an ihm beschriebenen Zügen ist das von Wieder untersuchte Resozialisierungsheim durchaus keine Ausnahme. Derartige „Insassencodes" sind nämlich *allenthalben* in ordnungskonstruktiv gleicher Weise aufzufinden sind: in Internaten und Klöstern, in Betrieben und Verwaltungsbehörden, in Parteien und militärischen Truppenteilen.[99] In ähnlicher Weise funktionieren soziokulturelle Alltagscodes als *faktisch* unverfügbare Präferenzregeln in Institutionen und Organisationen aller Art, selbst wenn sie – bei unveränderten Grundregeln – auch anhand *anderer* Präferenzregeln betrieben werden könnten. Niederlassungen desselben Unternehmens mit denselben Verfahrensregeln funktionieren etwa durchaus unterschiedlich in den USA und in Rumänien, auf Rügen oder auf Sizilien. Auch rein *von außen* herangetragene „folk sociology" bleibt wirklichkeitskonstruktiv nicht folgenlos, wenn man sich zu ihr irgendwie verhalten muss. Oft genug folgt man dann sogar nur *angesonnenen*, doch nicht *folgenlos* zurückweisbaren Präferenzregeln und erscheint, beispielsweise, auf internationalen Tagungen gerade (!) als Deutscher mit

98 D. L. Wieder 1974, S. 197.
99 Ein dies reflektierender Forschungsbericht findet sich in D. L. Wieder 1974, S. 120-125.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einem sorgfältig (!) ausgearbeiteten Vortrag. Ähnlich geht man im politischen Alltag mit *Mythen* um („Dank unserer Tüchtigkeit hat sich hier ein Wirtschaftswunder vollzogen!"), mit *Dämonisierungen* („Wer stolz auf Deutschland sein will, verachtet andere Völker!") oder mit *Stilisierungen* („Er ist ein Sozialist, also ein guter Mensch!"). Diese legen nämlich ganz besondere und eben *andere* Interpretationen und Handlungen im Rahmen des tatsächlich Möglichen und Zulässigen nahe, als man sie *ohne* eine bestimmten Mythos, eine bestimmte Dämonisierung oder Stilisierung bzw. im Besitz einer *Alternative* zum tatsächlich verwendeten Satz an Präferenzregeln vornähme. Und „große Narrationen", ihrerseits besonders leicht zu Transzendenzrekursen und aus ihnen gespeisten Unverfügbarkeitsbehauptungen einladend, legen erst recht fest, wie welche kulturellen Muster miteinander zu verbinden, welche Regeln zu befolgen und was für Handlungen vorzunehmen sind – und zwar, obwohl das alles im Einzelfall auch recht anders kombiniert oder praktiziert werden könnte. Während sich beispielsweise vor 1945 das Deutschtum und seine Kultur gegen „welschen Tand" und „liberal-dekadente Zivilisationen" zu erheben hatten, ging es nach 1945 um das „Verlassen eines Sonderwegs" und den „Anschluss an den Westen"; und während die Wehrmacht des kapitalistischen Faschismus nur Elend über Europa gebracht hatte, dienten antifaschistische Armeen, einer neuen Geschichtsperiode angehörend, umstandslos dem Frieden.[100]

Zweifellos sind solche Präferenzregeln – kommunikativ organisiert als Insassencodes, Mythen oder Narrationen – ein „fait social", eine – höchst folgenreiche – soziale Tatsache im Sinne Durkheims. Doch gerade hier ist leicht zu erkennen, dass soziale Tatsachen eben doch keine „Sachen" sind, als welche *allein* sie Durkheim methodisch zu behandeln empfahl. Hugh Mehan und Houston Wood formulierten die Eigentümlichkeit eines solchen Codes von Präferenzregeln so: „It exists as an objective and external constraint within the reality […]. But it obtains its facticity only from a *ceaseless body of reality work*".[101] Und D. Lawrence Wieder brachte dieselbe Einsicht auf die folgende Wendung: „It is much more appropriate to think of the code as a continuous, ongoing process, rather than as a set of stable elements of culture which endure through time".[102] Eben *diese* Eigentümlichkeit sozialer Tatsachen sowie jener Ressourcen, anhand welcher sie hervorgebracht, verwendet und stabilisiert werden, lassen sich sehr gut – und andernfalls eben viel schlechter oder gar nicht – dann erkennen und erklären, wenn man aus *ethnomethodologischer* Perspektive auf und in soziale bzw. politische Ordnungen sowie deren Konstruktionsprozesse blickt.

100 Näheres zu solchen Zusammenhängen findet sich im folgenden, von Sebastian Heer verfassten Kapitel über politische Mythen, Legitimation und Ordnungskonstruktion.
101 H. Mehan/H. Wood 1975, S. 146.
102 D. L. Wieder 1974, S. 186.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

6. METHODEN UND FORSCHUNGSHALTUNG DER ETHNOMETHODOLOGIE

Wie geht man aber bei ethnomethodologischen Forschungen konkret vor?[103] Man fragt nach den konkreten Prozessen der Konstruktion, Reproduktion, Tradition, Modifikation oder Destruktion der jeweils lokal-situativ hervorgebrachten Ordnung und erhebt die über das alles Aufschluss gebenden Informationen; man fragt nach den kulturspezifischen Wissensbeständen und Deutungsschablonen, mit denen dabei als „Durchführungsmitteln" (auch: „Ressourcen", „handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten") der Wirklichkeitskonstruktion umgegangen wird und sammelt die dafür nötigen Daten; man wertet die erhobenen Daten entlang der analytischen Kategorien und Theoreme der Ethnomethodologie aus, wobei die klassische Hermeneutik meist der Königsweg ist; und man formuliert seine Antworten – wie natürlich auch schon seine forschungsleitenden Vermutungen – in einer spezifischen Beschreibungs- und Theoriesprache, zu deren Quellen unter anderem die Phänomenologie, die Sprachphilosophie, die Ethnologie und die Mikrosoziologie gehören.[104] Die zentralen Methoden der Datenerhebung umfassen dabei die teilnehmende und nicht-teilnehmende Beobachtung von szenischen Praktiken, die Analyse von Konversationssequenzen (etwa auf die dort sich niederschlagende Verwendung von Darstellungstechniken und Interpretationsverfahren), desgleichen mannigfache Inhaltsanalysen von Quellentexten, welche die Struktur von Wissensbeständen und die Dynamik diskursiver Dispositive erschließen, außerdem vielgestaltige Feld- und Laborexperimente zur Sichtbarmachung dessen, was bei einer Störung wirklichkeitskonstruktiver Prozesse geschieht, und obendrein Sekundäranalysen des einschlägigen ethnographischen oder alltagssoziologischen Schrifttums.

Bei alledem enthält man sich sämtlicher Urteile über die Angemessenheit, den Wert, die Wichtigkeit, die Notwendigkeit, die Praktikabilität, den Erfolg oder die Konsequenzen der in diesem Zusammenhang untersuchten Äußerungen und Handlungen.[105] Es interessiert an ihnen wirklich nur das Wie-es-gemacht-wird der Ordnungskonstruktion samt dessen Folgen, nicht aber irgendwelche „sachliche Richtigkeit" oder „ethische Rechtfertigung". Diese Forschungshaltung der „ethnomethodologischen Indifferenz" geht einher mit „anthropologischer Verfremdung": In eben der Haltung jener Fremdheit, in der Anthropologen oder Ethnographen gezwungenermaßen den Kulturen der von ihnen erforschten ethnischen Gruppen gegenübertreten, wendet man sich ethnomethodologisch auch der *eigenen* Kultur sowie *deren* Transzendenzrekursen zu, um die für sie typischen Systeme des Wissens

103 Siehe hierzu auch den Abschnitt „Kritik der ethnomethodologischen Empirie" in W. J. Patzelt 1987, S. 230-234; ihm geht auf S. 151-229 eine Auswertung der bis in die 1980er Jahre wichtigsten ethnomethodologischen Studien voraus.

104 Zu den Quellen der Ethnomethodologie siehe insbesondere R. A. Hilbert 1992.

105 Zur ethnomethodologischen Forschungshaltung siehe W. J. Patzelt 1987, S. 35-41.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und der Wahrnehmung, der Subjektformierung und der Habitusbildung sowie der auf das alles gegründeten wirklichkeitskonstruktiven Praxen empirisch ausfindig zu machen und verstehend zu erklären. Wer so vorgeht, kann sehr genau sehen, wie soziale und politische Ordnung entsteht, sich verfestigt oder verfällt – zunächst im Kleinen, dann im Großen.

LITERATUR

Berger, Peter (1963): Invitation to Sociology. A Humanistic Perspective. New York.

Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1969): The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge. New York.

Bergmann, Jörg (2010): Ethnomethodologie. Stuttgart.

Button, Graham (Hrsg.) (1991): Ethnomethodology and the Human Sciences. Cambridge.

Churchill, L. (1971): Ethnomethodology and Measurement, in: Social Forces 50, S. 182-191.

Cicourel, Aaron V. (1964): Method and Measurement in Sociology. New York.

Cicourel, Aaron V. (1968): The Social Organization of Juvenile Justice. New York u.a.

Coulon, Alain (1999): Ethnomethodology. Thousand Oaks.

Cuff, Edward C. (1993): Problems of Versions in Everyday Situations. Washington, D.C.

Durkheim, Emile (1998): Les règles de la méthode sociologique. Paris.

Evans-Pritchard, Edward E. (1937): Witchcraft, Oracles and Magic among the Azande. London.

Flick, Uwe et al. (Hrsg.) (2010): Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch. 8. Aufl., Hamburg.

Garfinkel, Harold (1963): A Conception of, and Experiments with „Trust" as a Condition of Stable Concerted Actions, in: Harvey, O. J. (Hrsg.): Motivation and Social Interaction. New York, S. 187-238.

Garfinkel, Harold (1967): Studies in Ethnomethodology. Englewood Cliffs, N.J.

Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of a Theory of Structuration. Cambridge u.a.

Göhler, Gerhard (1997): Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: ders. u.a. (Hrsg.): Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken. Baden-Baden, S. 11-62.

Helsper, Helmut (2011): Evolution und Recht, in: Knoflacher, Markus (Hrsg.): Faktum Evolution. Gesellschaftliche Bedeutung und Wahrnehmung. Frankfurt am Main u.a., S. 247-258.

Heritage, John (2008): Garfinkel and Ethnomethodology. Cambridge.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hilbert, Richard A. (1992): The Classical Roots of Ethnomethodology. Durkheim, Weber, and Garfinkel. Chapel Hill, NC.

Juchem, Johann G. (1988): Kommunikation und Vertrauen. Ein Beitrag zum Problem der Reflexivität in der Ethnomethodologie. Aachen.

Knoblauch, Hubert (2003): Habitus und Habitusbildung. Zur Komplementarität von Bourdieu mit dem Sozialkonstruktivismus, in: Rehbein, Boike u.a. (Hrsg.): Pierre Bourdieus Theorie des Sozialen. Probleme und Perspektiven. Konstanz, S. 187-202.

Kogon, Eugen (1975): Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München.

Krieger, Joachim Edward (1998): Zum Realitätsbegriff der Ethnomethodologie. Frankfurt am Main.

Leiter, Kenneth (1980): A Primer in Ethnomethodology. New York/Oxford.

Luhmann, Niklas (1973): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 2., erw. Aufl., Stuttgart.

Mehan, Hugh/Wood, Houston (1975): The Reality of Ethnomethodology. New York u. a.

Merton, Robert (1993): Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. 12. Aufl., Frankfurt am Main, S. 144-160.

Ostrom, Elinor (1990): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge/New York/Victoria.

Patzelt, Werner J. (1987): Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. München.

Patzelt, Werner J. (1989): Alltagssoziologische Antworten auf offene Fragen der Erforschung politischer Kultur, in: Archives européennes de sociologie 30, S. 324-348.

Patzelt, Werner J. (1991): Methoden politischen Sprechens: Das Analysepotential des ethnomethodologischen Ansatzes, in: Latniak, Erich/Opp de Hipt, Manfred (Hrsg.): Sprache und Politik. Opladen, S. 156-186.

Patzelt, Werner J. (1998): Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath, in: Siegel, Achim (Hrsg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln, S. 235-271.

Patzelt, Werner J. (2000): Mikroanalyse in der Politikwissenschaft. Eine ethnomethodologische Perspektive, in: Immerfall, Stefan (Hrsg.): Parteien, Kulturen und Konflikte. Beiträge zur multikulturellen Gegenwartsgesellschaft. Opladen, S. 223-253.

Patzelt, Werner J. (2004): Konkurrenz und Korruption als Kategorien des Politischen, in: Gegenwarten der Renaissance I. Handeln zwischen ‚Virtù' und ‚Fortuna': Verfügbarkeit und Verantwortung. Göttingen (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 20), S. 71-107.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Patzelt, Werner J. (2005): Die Wirklichkeit beim Chorsingen – oder: Warum freut man sich auf Chorwochen?, in: Intervalle. AMJ-Informationen 2005/2, S. I-XI.

Patzelt, Werner J. (2007): Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 287-374.

Patzelt, Werner J. (2007a): Stimmung, Atmosphäre, Milieu. Eine ethnomethodologische Analyse ihrer Konstruktion und Reproduktion, in: Debus, Stephan/Posner, Roland (Hrsg.): Atmosphären im Alltag. Über ihre Erzeugung und Wirkung. Bonn, S. 196-232.

Patzelt, Werner J. (2007b): Kulturwissenschaftliche Evolutionstheorie und Evolutorischer Institutionalismus, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 121-182.

Patzelt, Werner J. (2007c): Perspektiven einer evolutionstheoretisch inspirierten Politikwissenschaft, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 183-235.

Patzelt, Werner J. (2011): Die Allgemeine Evolutionstheorie und ihr Nutzen für die Sozialwissenschaften, in: Knoflacher, Markus (Hrsg.): Faktum Evolution. Gesellschaftliche Bedeutung und Wahrnehmung. Frankfurt am Main u.a., S. 217-246.

Patzelt, Werner J. (2012): Quellen und Entstehung des „Evolutorischen Institutionalismus“, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 9-45.

Patzelt, Werner J. (2012a): Evolutorischer Institutionalismus in der Parlamentarismusforschung. Eine systematische Einführung, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 47-110.

Patzelt, Werner J./Demuth, Christian/Dreischer, Stephan/Messerschmidt, Romy/Schirmer, Roland (2005): Institutionelle Macht. Kategorien ihrer Analyse und Erklärung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Macht. Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse. Baden-Baden, S. 9-46.

Pollner, Melvin (1974): Mundane Reasoning, in: Philosophy of the Social Sciences 4, S. 35-54; dt.: Mundanes Denken, in: Weingarten, Elmar/Sack, Fritz/Schenkein, Jim (Hrsg.) (1979): Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns. 2. Aufl., Frankfurt am Main, S. 295-326.

Pollner, Melvin (1975): „The Very Coinage of your Brain“. The Anatomy of Reality Disjunctures, in: Philosophy of the Social Sciences 5, S. 411-430.

Schaffranek, Gerald (1984): Alltagswissen, Institution und Sprachanalyse. Ein Beitrag zur wissenschaftstheoretischen Fundierung der ethnomethodologischen Konversationsanalyse. Diss. Essen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schütz, Alfred (1971): Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten, in: ders. (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze. 3 Bde. Den Haag, hier Bd. 1, S. 237-298.

Tyler, Tim (1974): The Ethnomethodologist, in: Human Behavior 3, S. 56-61.

Voegelin, Eric (1966): Was ist politische Realität?, in: Politische Vierteljahresschrift 7, S. 2-54.

Voegelin, Eric (2004): Die neue Wissenschaft der Politik. Eine Einführung, hg. v. Peter J. Opitz. München.

Watzlawick, Paul (2006): Wie wirklich ist die Wirklichkeit? Wahn, Täuschung, Verstehen. 10. Aufl., München u.a.

Weingarten, Elmar/Sack, Fritz/Schenkein, Jim (Hrsg.) (1979): Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns. 2. Aufl., Frankfurt am Main.

Wieder, D. Lawrence (1974): Language and Social Reality. The Case of Telling the Convict Code. Den Haag/Paris.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politischer Mythos, Legitimität und Ordnungskonstruktion

SEBASTIAN HEER

1. LEGITIMITÄTSGRUNDLAGEN DER MODERNEN GESELLSCHAFT

„Zwischen Wunden und Trümmern Zahllose hilflos, heimatlos, verstört, um den Sinn ihres Glaubens betrogen, in ihrer bürgerlichen Existenz ohne Boden.“[1] Ruft man sich die Situation in Erinnerung, in der es nach 1945 galt, auf den eingerissenen Mauern der alten Volksgemeinschaft ein neues, ein freiheitliches, gar demokratisches Gemeinwesen aufzubauen, so sind die Schwierigkeiten dieses Unterfangens unübersehbar. Denn auf welche ideellen Fundamente sollte sich die neu zu errichtende politische Ordnung stützen: Nur weniges, was erhaltenswert war, schien erhalten; nur Fragmente des Erhaltenen erhaltenswert. Infolgedessen war ein Neuanfang nötig, ein Bruch mit ehemaligen Ideologien und Überzeugungen sowie deren Ersetzen durch andere normative Säulen, tragfähig und robust genug, um auf ihnen in einer Phase allergrößter Desillusionierung und Enttäuschung über Politik ein neues politisches Gemeinwesen zu gründen. Doch vieles, was dazu ehemals in Frage gekommen wäre, sich teilweise geradezu aufgedrängt hätte, verhieß keine Perspektive: Weltanschauung allein schien keine politische Ordnung mehr tragen zu können, das Zeitalter religiös fundierter Herrschaft war in Deutschland bereits länger vorüber, und auch monarchische Traditionen hatten an gesellschaftlicher Bindekraft verloren. Auf welchen gedanklichen[2] Grundlagen also sollte man einen neuen, freiheitlichen, säkularisierten und demokratischen bundesrepublikanischen Staat schaffen und dessen Herrschaftsgewalt vor den Bürgern rechtfertigen?

1 So der spätere Bundespräsident Theodor Heuss 1945, siehe E. Pikart 1966, S. 155.

2 An dieser Stelle soll es lediglich um ideelle, nicht macht- oder besatzungspolitische Grundlagen gehen, denn dass Bi-, Trizone und später die Bundesrepublik ohne Initiative und Akzeptanz der Westalliierten nicht entstanden wäre, ist eine Selbstverständlichkeit, die hier nicht vertieft werden soll.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Was sich hier in den westdeutschen Nachkriegsjahren offenbarte und eine wesentliche Herausforderung darstellte, fasst das oft zitierte Böckenförde-Theorem in einen zeitlosen Leitsatz: „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“[3] Diese anfänglich paradox anmutende Feststellung gilt insbesondere für den modernen, demokratischen Verfassungsstaat, hat er sich doch – nicht anders als die Bundesrepublik 1949 – bewusst für die Freiheit entschieden und setzt er doch keine Religion zur Ordnungsbegründung mehr voraus. Solchermaßen von religiösen Geltungsbezügen emanzipiert, braucht es allerdings, damit eine Freiheitsordnung sowohl in ihrer Freiheitlichkeit als auch in ihrem Ordnungscharakter wirksam bleibt, innere Regulierungskräfte und eine feste Legitimationsgrundlage. Weil aber Religion im modernen freiheitlichen Staat ganz bewusst nicht mehr zur Ordnungsbeglaubigung in Anspruch genommen wird, hat sich der Staat einer über Jahrhunderte hinweg bewährten Legitimationsquelle entäußert und somit eine Lücke geschaffen, die es zu schließen gilt. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass ein freiheitlicher Verfassungsstaat Ordnungsprinzipien zugrunde legt, deren Geltung erstens nicht durch die Bezugnahme auf ein „letztbegründendes Unbedingtes“[4] rechtfertigt werden können und deren Verbindlichkeit sowie Unantastbarkeit, zweitens, ob des freiheitlichen Selbstanspruchs nicht von staatlicher Seite geschaffen werden kann. Ebendeshalb bedarf es anderer ‚Unverfügbarkeiten‘. Diese sind nicht gedeckt durch metaphysische Rekurse auf göttlich-religiöse Instanzen, sondern sind konstruiert durch sprachliche Bezugnahmen auf Werte und Normen, die ihre transzendente Qualität aus der sprachlich-produzierten Unverfügbarmachung statt aus religiöser Autorität beziehen. Politische Mythen, das soll im Folgenden verdeutlicht werden, können ein wesentlicher Teil dieser Wirklichkeitskonstruktion sein, und man geht womöglich nicht zu weit mit der These, dass mit dem Wegfall religiöser Letztbegründungen im säkularisierten Verfassungsstaat der politische Mythos als an sich archaische und voraussetzungsarme Form der Ordnungsbegründung an Bedeutung zurückerlangt hat.

Wenn somit religiöse, autoritäre oder traditional rückgebundene Bezugnahmen zur Herrschaftsbegründung im freiheitlichen säkularen Verfassungsstaat erklärtermaßen nicht mehr verfügbar sind, bedarf es letztlich einer Grundeinstellung der Bürger, die eine politische Ordnung mittragen, weil sie sie als rechtmäßig anerkennen. Nun existieren für diese so zum gesellschaftlichen Fundament avancierende bürgerschaftliche Ressource mehrere Begriffe. Am gebräuchlichsten ist wahrscheinlich der Terminus der Zivilreligion,[5] die den früheren Platz der Religion in ihrer Funktion als ordnungsstiftende sowie -legitimierende Ressource eingenommen

3 Siehe E.-W. Böckenförde 1967, S. 93.
4 Vgl. J. Gebhardt 2007, S. 118.
5 Zur inhaltlichen Abgrenzung vgl. H. Kleger/A. Müller 2004, S. 7-15; grundsätzlich bei R. N. Bellah 1967, S. 1-21; H. Lübbe 1983; sowie N. Luhmann 1993, S. 293-308.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hat und funktional äquivalent wirkt. Was zunächst banal daherkommt, gewinnt an Relevanz, richtet man den Blick auf die Motivation dieser bürgersinnlichen Ordnungslegitimation: Was bringt die Bürger eines Staates dazu, die herrschende politische Ordnung als rechtens und die Ihrige anzuerkennen? Legt man als Wesensmerkmal des freiheitlichen, säkularen Staates dessen Liberalität, verstanden als „die Strukturkonsequenz politisch ausdrücklich anerkannter und dann natürlich auch verfassungsmäßig vollzogener legitimatorischer Nicht-Autarkie des Staates“[6] zugrunde, so drängt sich fernerhin die Frage auf, wie und wodurch eine politische Ordnungslegitimation gelingen kann, wenn der freiheitliche Staat wegen seiner selbstgewählten ‚legitimatorischen Nicht-Autarkie‘ in seinem Handlungsspielraum begrenzt ist. Die Antwort nimmt Gestalt an, vergegenwärtigt man sich, dass der religiös-weltanschaulich-neutrale Staat seine Grundlage nur noch im durch diskursive Wirklichkeitskonstruktion hergestellten, aktuellen Konsens seiner Bürger hat.[7] Dabei ist dieser Bürgerkonsens zu verstehen als ein subjektiver Konsens eines jeden Einzelnen, der sich an den tatsächlich vorhandenen gemeinsamen Auffassungen orientiert und dazu dient, eine politische Ordnung auf Dauer zu stellen.[8] Somit ist der moderne, freiheitliche Staat angewiesen auf subjektiv empfundene Gemeinsamkeiten in Gestalt etwa von Wertegemeinschaften, Wohlfahrts- oder Zukunftsversprechen. An dieser Stelle kommen politische Mythen ins Spiel. Obschon nicht geeignet, allein einen Wertekanon oder gar Wertekonsens zu stiften, so können sie doch Teile eines solchen Kanons in vereinfachender und homöopathischer Verdünnung in breite Bevölkerungsschichten tragen, was nicht zuletzt aufgrund der die Abstraktionshürde senkenden, entflechtenden Überhöhung mythischer Aufbereitung leichter gelingt. Kommunikativ reproduziert und handlungsleitend gemacht wird dieser für jeden freiheitlichen Staat unverzichtbare Bürgersinn in Prozessen diskursiver Wirklichkeitskonstruktion, in denen Situationsdefinitionen geprägt sowie Sinnzusammenhänge sprachlich erzeugt werden, die stabile positive Bezüge in den emotionalen Tiefenschichten der Regierten zur politischen Ordnung verankern und sie damit auf Dauer stellt. Ein Weg, dies zu erreichen bzw. unterstützend zu flankieren, ist der Rückgriff auf mythische Narrative, da jene von vielen Menschen für ‚so und nicht anders‘ festgefügt gehaltene Unverfügbarkeiten transportieren, teilweise auch begründen. Wenig verwundert es da, dass sowohl Aufbau als auch Legitimation politischer Ordnungen gerade in Konstituierungsphasen auf durch politische Mythen weitergegebene Unverfügbarkeiten abgestützt werden.[9]

Den Gedankengang Böckenfördes hinsichtlich der kommunizierten Inhalte konkretisierend, lässt sich ein sozio-ökonomisches Moment ausmachen. Folgt man Claus Offe, so verdankt der liberale Staat sein Fortbestehen im Einzelnen ökonomi-

6 H. Lübbe 1986, S. 322.
7 Vgl. J. Gebhardt 2007, S. 115.
8 Siehe E.-W. Böckenförde 2006, S. 141.
9 Vgl. dazu Technische Universität Dresden 2008a, S. 23ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Gegebenheiten: „Der freiheitliche Verfassungsstaat hängt in seinem Bestand weniger von kulturellen als von ökonomischen Gegebenheiten ab, über die er selbst nicht gebietet. Als freiheitlicher Staat kann er nur bestehen, wenn die Wirtschaftsbürger sich […] so verhalten, dass daraus wirtschaftliches Wachstum entsteht und damit ein nachhaltiges distributives Positivsummen-Spiel zwischen Arbeit, Kapital und öffentlicher Hand eröffnet wird.“[10] So gewendet, ist es die durch ökonomische Prosperität verteilungspolitisch befriedete und mit einer Wohlstandsperspektive erfüllte Wirtschaftsgesellschaft, die zum Fundament einer politischen Ordnung gerät und dieser gewissermaßen den Rücken freihält.[11] Auch wenn diese Argumentation eine zeitgenössische Stoßrichtung entwickelt und für denkbare, wirtschafts- und sozialpolitisch evozierte Dilemmata des freiheitlichen Verfassungsstaates sensibilisiert, zeigt sich gleichwohl, dass wirtschaftliches Wohlergehen bzw. die Perspektive auf ein solches in der Zukunft zu einer wenn nicht Voraussetzung, so doch zumindest begünstigenden Größe in Hinblick auf die Stabilität und Akzeptanz einer politischen Ordnung wird. Demnach zieht wirtschaftliche Prosperität soziale sowie psychische Sicherheit nach sich, die wiederum zu einer verstärkten Anerkennung und Unterstützung eben jener politischen Ordnung führt, die mit ihren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen solche Prosperität ermöglicht. Übertragen auf die Verhältnisse in der frühen Bundesrepublik, wo alternative Stabilitäts- und Identitätsquellen wie die Bezugnahme auf Nation[12] oder Volk nicht mehr verfügbar waren und Verfassung sowie Staat als Begriffe kollektiver Selbstdeutung für die Massen nicht taugten, brauchte es also ein ‚ziviles‘ Sujet, welches man im Prozess diskursiver Ordnungskonstruktion zur Geltung bringen konnte.

2. TRANSZENDENZ ALS RESSOURCE DISKURSIVER ORDNUNGSKONSTRUKTION

Von diesen Überlegungen ausgehend, verspricht eine verdichtete Reflexion der Eigenarten politischer Ordnungen die Suche nach den soziokulturellen Grundlagen der bundesrepublikanischen Ordnung zu erleichtern: Was ist eine politische Ord-

10 Siehe C. Offe 2008, S. 69.

11 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von S. Heer zum Mythos ‚Wirtschaftswunder‘ in diesem Band.

12 Dieser Versuch wurde mit der staatsrechtlichen Figur des nicht untergegangenen, sondern lediglich handlungsunfähig gewordenen Deutschen Reiches unternommen, dessen institutionelle Handlungsfähigkeit durch die neu organisierte Hoheitsgewalt in den westlichen Landesteilen in Gestalt der Bundesrepublik teilweise wiederhergestellt wurde. Aus verständlichen Gründen nicht allzu offensiv zur Geltung gebracht, konnte dieser auf die deutsche Nation ausgerichtete Identitätsbezug keine primäre Rolle bei der zu leistenden Selbstfindung und Ordnungskonstruktion der jungen Bundesrepublik spielen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nung? Wie kommt sie zustande, warum zu Fall? Und inwieweit spielt Transzendenz bei alledem ein Rolle?

2.1 Politische Ordnungen und ihre diskursive Konstruktion

Um den bei erster Annäherung etwas konturlos anmutenden Begriff ‚politische Ordnung' zu präzisieren, erscheint eine zunächst rein phänomenologische Herangehensweise hilfreich. Wie also stellt sich eine politische Ordnung dem Einzelnen dar, der in ihr lebt, der ein Teil von ihr und ihr doch zugleich unterworfen ist? Eine solche alltagspraktische Perspektive aufgreifend, offenbart sich rasch, dass eine politische Ordnung nichts Imaginäres, sondern etwas sehr Reales ist, denn sie schafft Strukturen, macht aus Individuen Akteure, bringt Positionen sowie interessengeleitete Handlungen hervor. Sie setzt Spielregeln, verknüpft auf deren Grundlage Interessen, Anforderungen und Orientierungen zu sozialen Rollen, verdichtet all dies später zu einem Rollen-, Akteurs- und Institutionengefüge, erzeugt darüber hinaus Funktionserwartungen und koordiniert auf diese Weise das Zusammenwirken aller beteiligten Akteure und Institutionen.[13] Insofern organisiert eine politische Ordnung die Erzeugung von Leistungen für eine Gesellschaft, schafft allgemeine Verbindlichkeit, koordiniert deren Umsetzung sowie Einhaltung und etabliert folglich einen Ordnungsrahmen, der für viele andere Lebensbereiche prägend ist und auf irgendeine Weise jeden betrifft. Einen Fehler allerdings beginge, wer politische Ordnungen auf das Institutionell-Funktionale beschränkte und deren normativ-handlungsleitende Dimension übersähe. Denn es sind gerade gesellschaftlich relevante Werte, Verhaltens- und Interpretationsstandards sowie sich daraus speisende Selbstverständlichkeiten, die eine politische Ordnung begreifbar und erfahrbar machen, etwa beim Spüren einer gewissen Feierlichkeit oder der oft zitierten Würde eines exponierten politischen Amtes. Eine solche Würde resultiert dabei aus übertragener Verantwortung, wobei letztere Hand in Hand geht mit politischer Macht und auch ihrerseits ihren Ursprung in der politischen Ordnung hat: Sie ist es, die Akteuren Macht verleiht, sie mit Befugnissen ausstattet, sie anderen Autoritäten unterwirft und wieder anderen Akteuren überordnet. Kurzum, eine politische Ordnung stellt sich als ein hochkomplexes Gebilde aus einer Vielzahl von Einzelelementen und sie verbindenden sozialen Standards dar, die in verschiedenste – auch auf den ersten Blick nicht-politische – Bereiche des Alltags hineinwirken.

Aber so real politische Ordnungen sind und so sehr sie mitunter einen unerschütterlichen Eindruck erwecken, so sind sie doch keineswegs festgefügt. Vielmehr erweisen sich politische Ordnungsgefüge gerade nicht als Gebilde für die Ewigkeit, denn im Verlauf nicht erst der jüngsten Geschichte kollabierten sie ebenso zahl- wie folgenreich und offenbarten gleichsam über Nacht ihre zuvor kaum für

13 Siehe W. J. Patzelt 1998, S. 252f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

möglich gehaltene Fragilität. Infolgedessen lassen sich vier verschiedene „Aggregatzustände politischer Ordnung“[14] unterscheiden: die vorgängige (1) Selbstverständigung über politische Ordnungsprinzipien; die daraufhin einsetzende (2) Neuerrichtung einer politischen Ordnung unter Verwirklichung dieser Prinzipien; das eventuelle (3) Brüchigwerden einer politischen Ordnung, im schlimmsten Falle mündend im kompletten Kollaps; sowie die oftmals bereits im Zuge erster Zerfallserscheinungen vorgenommenen Versuche einer (4) Restabilisierung der politischen Ordnung. Ganz offenbar, und das verdeutlichen diese verschiedenen Beschaffenheitsbeschreibungen, handelt es sich bei politischen Ordnungen nicht um etwas ‚Natürliches‘, sondern um eine menschengemachte, von Menschen konzipierte und letztlich konstruierte soziale Tatsache von unbestimmter Haltbarkeit. Politische Ordnungen sind nichts anderes als das Ergebnis gelungener sozialer Wirklichkeitskonstruktion und bleiben demgemäß nur so lange existent, wie die zu ihrer Errichtung bzw. Aufrechterhaltung nötigen handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten in Geltung sind und zuverlässig reproduziert werden.[15] Ist dies jedoch nicht mehr der Fall, tun sich alsbald Fragen auf, die sich lange Zeit entweder überhaupt nicht stellten oder die zu stellen – etwa in autoritären Ordnungen – vorher niemand wagte. Plötzlich wird die Sinnhaftigkeit, Recht- oder Zweckmäßigkeit eines Ordnungsgefüges hinterfragt; seine Institutionen und tragende Akteure sind binnen Kurzem in Glaubwürdigkeit und Wertschätzung erschüttert; einst geltende Regeln, die Handlungen verschiedener Akteure sinnvoll aufeinander bezogen, werden nicht mehr be-, sondern stattdessen missachtet; Rollengefüge, gesellschaftliche Interaktionsprozesse sowie Netzwerke verlieren an Belastbarkeit und Berechenbarkeit; und letztlich büßt das ehemals robuste Kompendium von Sollenssätzen bzw. Verhaltensgeboten seine Bindekraft ein. Wie sich zeigt, besitzen einmal konstruierte politische Ordnungen eine vergleichsweise kurze Halbwertszeit und werden brüchig, sofern die ihnen zu Grunde liegenden Regeln und Normen nicht fortwährend in täglich tausenden Alltagssituationen erfolgreich und hinlänglich korrekt reproduziert werden.[16] Gelangt eine politische Ordnung an den Punkt, an dem ehemalige Selbstverständlichkeiten, Deutungsmuster und Situationsdefinitionen erodiert sind, richtet sich das Denken und das Handeln der Menschen sich nicht mehr an den Prinzipien der alten politischen Ordnung aus, was deren Existenz in Frage stellt und letztlich beendet. Folglich ist ein politischer Ordnungsrahmen nichts anderes als „das (Zwischen-)Ergebnis eines in Tausenden von Alltagssituationen routinemäßig gelingenden Reproduzierens und Verwendens jener handlungsleitenden Situationsdefinitionen und Sinnressourcen, auf deren Grundlage dann mittels wirklichkeitskonstrukti-

14 Siehe Technische Universität Dresden 2008b, S. 543ff.
15 Vgl. hierzu insbesondere den diesbezüglichen Beitrag von W. J. Patzelt in diesem Band.
16 Zum diesbezüglichen Stellenwert des Strafens vgl. S. Heer 2012, S. 359ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ver Maßnahmen die soziale und politische Wirklichkeit (re-)produziert, verändert oder eben auch zerstört wird.“[17]

Wie aber vollzieht sich der Konstruktionsprozess politischer Wirklichkeit konkret, bei dessen Gelingen eine politische Ordnung konstituiert, stabilisiert oder zuverlässig in Geltung gehalten wird? Vorausschickend kann festgestellt werden, dass sich die Generierung und Erhaltung einer politischen Ordnung gemäß jener Prinzipien und entlang jenes Dreischritts vollzieht, die für alle Prozesse sozialer Wirklichkeitskonstruktion gelten.[18] So bedarf jede politische Ordnung zur Konstitution, Stabilisierung und Aufrechterhaltung eines breiten Spektrums an (1) ordnungskonstituierenden und -erhaltenden Praxen, die ihrerseits von Situationsdefinitionen angeleitet werden und einen gemeinsamen, gleichsam ‚bewirkten Bestand‘[19] an Wirklichkeitselementen hervorbringen, sofern viele Menschen eine Situation in ähnlicher Weise definieren bzw. deuten. Dementsprechend sind es Wissensbestände und Interpretationsmuster zur Verfügung stellende (2) Situationsdefinitionen,[20] die sinngeleitete Handlungen veranlassen, indem sie Akteuren ein kognitives Raster anbieten, wie eine bestimmte Situation des Alltags zu verstehen sowie zu bewerten ist und welche Handlungen auf Grundlage dieser Bewertung vorzunehmen sind. Jenen handlungsmobilisierenden Situationsdefinitionen gehen wiederum meist öffentliche (3) Diskurse voraus, in deren Argumentationsverlauf diese Situationsdefinitionen Prägung und Ausformung erfahren. Will man also Einsicht erlangen in die soziokulturellen Grundlagen politischer Ordnungskonstruktion, so genügt folglich die alleinige Betrachtung ordnungskonstituierender Praxen nicht, sondern es bedarf der Untersuchung der ihnen vorgelagerten Diskurse, welche letzten Endes die handlungsleitendenden Situationsdefinitionen prägen. Jene stellen eine tragende Säule bei der Konstruktion von Sinnwelten, Wissensbeständen sowie normativen Koordinatensystemen dar und sollen im Folgenden verstanden werden als „sprachlich produzierter Sinnzusammenhang, der als Ressource weiterer Ordnungskonstruktion dient“.[21] Diskurse umfassen dabei einerseits Sprachliches wie Texte oder deren eingeführte Kontexte, andererseits aber ebenso Nichtsprachliches wie symbolisch-situative Inszenierungen des Sprachlichen, das Sprachliche einfassende Institutionalisierungen, oder auch Persönlichkeitsmerkmale des Sprechenden. Angesichts des zentralen Stellenwerts diskursgeprägter Situationsdefinitionen für alltägliches Han-

17 Siehe Technische Universität Dresden 2008b, S. 545f.
18 Dazu grundlegend W. J. Patzelt 1987.
19 ‚Bewirkt‘ verweist hier auf den Umstand, dass Wirklichkeit zu einem Großteil besteht, weil Menschen sie erzeugt haben, sie also entsprechend nur solange fortbesteht, wie sie von Menschen durch wirklichkeitskonstruktives Handeln aufrechterhalten wird. Zum ethnomethodologischen Konzept des ‚bewirkten Bestandes‘ siehe D. H. Zimmerman/ M. Pollner 1970, S. 80ff.; ebenso W. J. Patzelt 1987, S. 98ff.
20 Zu Situationsdefinitionen vgl. A. Schütz 1971, S. 3-54; ebenso H. Esser 1996, S. 1-34.
21 Siehe Technische Universität Dresden 2008b, S. 535.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deln erschließt sich daher sofort, weshalb von diskursiver Ordnungskonstruktion die Rede ist und warum Diskurse zum entscheidenden Ansatzpunkt der Analyse politischer Ordnungskonstruktion geraten.

Bei detaillierterem Hineinblenden in jene Diskurse sind als erstes die sprechenden Akteure von Interesse, sodann die verwendeten Argumentationslinien, die Sprachbilder nutzen, Analogien ableiten, Beispiele einführen, Zusammenhänge herstellen, Kontextualisierungen vornehmen – kurzum: Wissens- und Interpretationsbestände transportieren. Auf diese Weise werden in Diskursen Deutungsmuster nahegelegt oder verworfen und wird eine Weltsicht konstruiert, die schließlich über Situationsdefinition und praktische Handlungen aus bloßen Gedanken und Worten soziale Wirklichkeit werden lassen. Hierbei spielt es keine Rolle, wie irreal, verzerrt oder gar erfunden die in diesen Diskursen vorgebrachten Inhalte, Verweise und Bezugnahmen sind; eine Tatsache, die der Soziologe William Isaac Thomas in dem nach ihm benannten ‚Thomas-Theorem' auf den Punkt brachte: Definieren Menschen eine Situation als gegeben und handeln sie ausgehend von dieser Situationsdefinition, dann sind die Konsequenzen ihres Handelns real, egal wie irreal die ihm zugrunde liegende Situationsdefinition war.[22] In der Praxis bedeutet das, dass es völlig unerheblich ist, inwieweit ein Akteur einer (Selbst-)Täuschung aufsitzt, einem Irrtum unterliegt oder sich gewisse Dinge lediglich einbildet, denn sobald eine solche irreale Fiktion handlungsleitend für ihn wird und er anhand einer solchen Lageeinschätzung sein Tun ausrichtet, erzeugt das von ihm Geschaffene bzw. Unterlassene Wirklichkeit.

2.2 Transzendenzbezüge im Prozess politischer Ordnungskonstruktion

Wie deutlich wurde, sind situationsdefinitionsprägende Diskurse der Schlüssel zum Verständnis politischer Ordnungskonstruktion, und entsprechend aufschlussreich hinsichtlich der Grundlagen eines politischen Gemeinwesens verspricht das Freilegen der von den Akteuren herangezogenen diskursiven Ressourcen zu sein. Diesbezüglich überaus relevant sind argumentative Verweise auf Transzendenz und Gemeinsinn,[23] wobei insbesondere diskursiven Bezugnahmen auf Transzendenz eine zentrale Rolle bei der Konstruktion von Wirklichkeit im Allgemeinen und politischer Ordnung im Besonderen zufällt. Aus diesem Grund sind Transzendenzbezüge, eingespeist in situationsdefinitionsprägende Diskurse, folgenreich für die Erschaffung sowie Stabilisierung eines politischen Ordnungsgefüges, wie sich etwa am Beispiel des Mythos ‚Wirtschaftswunder' und dessen Bedeutung für die Konso-

22 Im Original: "If men define situations as real, they are real in their consequences." Dazu W. I. Thomas/D. S. Thomas 1928, S. 572; ebenso R. K. Merton 1995, S. 380ff.

23 Vgl. hierzu H. Vorländer 2010, S. 11f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lidierung der frühen bundesrepublikanischen Ordnung nachweisen lässt.[24] So zeigt sich, dass Transzendenzbezüge vorzugsweise dann als Ressourcen im Prozess diskursiver Ordnungskonstruktion benutzt werden, wenn es gilt, eine neue politische Ordnung zu errichten bzw. eine bereits bestehende politische Ordnung mit einer neuen, überlagernden Deutungsschicht zu überziehen. Das ist wenig überraschend, braucht es doch zur Begründung sowie in Geltung-Bringung eines neuen Ordnungsgefüges legitimitätsstiftende Verweise auf etwas Größeres, auf weitreichende Sinnzusammenhänge, auf über das unmittelbar Verfügbare Hinausreichendes. Daneben finden Transzendenzbezüge auch in Phasen der Stabilisierung einer politischen Ordnung Verwendung, in denen Denk- und Deutungsmuster zwar schon in Geltung gebracht sind, allerdings noch durch Verweise auf transzendente Geltungsbezüge jenen selbstverständlichen, kaum hinterfragten Charakter erst einmal erlangen müssen, der eine in ihrem Bestand fest etablierte politische Ordnung ausmacht. Die Breite all dessen, was im Rahmen transzendenter kontextstiftender und sinngenerierender Ressourcen in diskursive Konstruktionsprozesse politischer Ordnungen eingespeist wird, deutet sich mithin bereits im die vorliegende Untersuchung leitenden Transzendenzverständnis an. Demnach sollen unter Transzendenz alle Semantiken und Symbolformen gefasst werden, „in denen Strukturen, Prozesse, Inhalte und Akteure auf solche Denkfiguren, Entitäten und kulturelle Muster bezogen werden, die über jene an sich im Vordergrund stehenden, konkreten politischen Strukturen, Prozesse, Inhalte und Akteure hinausgehen und von denen geltend gemacht wird, eben sie verliehen ihnen allen überhaupt Sinn bzw. einen ganz spezifisch handlungsleitenden Sinn.“[25] Aufgrund der sich hieraus ergebenden Variationsbreite transzendenter Unverfügbarkeiten, die in verschiedenstem Gewand daherkommen, erscheint es zweckmäßig, im Zuge der zu erörternden Frage die Aufmerksamkeit auf eine kulturübergreifende und seit Generationen verwendete Ausformung transzendenter Geltungssicherung besonders zu richten: den politischen Mythos.

3. MYTHEN ALS UNVERFÜGBARE DISKURSIVE TRANSZENDENZBEZÜGE

3.1 Was ist ein politischer Mythos?

Wenngleich der Begriff des politischen Mythos, nach einer Blüte schon vor einigen Jahrzehnten, wieder Konjunktur hat,[26] scheint er immer noch nicht klar umrissen zu

24 Vgl. hierzu den entsprechenden Beitrag in diesem Band.
25 Siehe Technische Universität Dresden 2008b, S. 536.
26 Vgl. Arbeiten von H. Münkler 2009; F. Becker 2005, S. 129-148; O. Hüfner 2001; sowie H. Altrichter 2004.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sein. Denn obwohl gern und häufig verwendet, bleiben seine Konturen nicht selten fließend und unterliegt das konkrete Verständnis, was genau unter einem Mythos zu verstehen ist, einer teils weiträumigen Deutung. Aus diesem Grund ist es unverzichtbar, zunächst den begrifflichen Rahmen[27] dessen abzustecken, was im Folgenden unter einem politischen Mythos verstanden und als Arbeitsgrundlage Anwendung finden wird. Im Grunde werden politische Mythen hier aufgefasst als legitimitäts- und identitätsstiftende Narrationen über gemachte oder fiktive Erfahrungen eines Gemeinwesens, welche die Dauerstrukturen des kollektiven Bewusstseins prägen.[28] Mythen in ihrer Qualität als erzählerische Symbol- bzw. Verweissysteme nehmen folglich Bezug auf wahre oder auch unwahre[29] historische Inhalte und verweben diese narrativ zu Sinnhorizonten, die durch das Einlassen in emotionale Tiefenschichten der Adressaten verstetigt werden. Weil diese sprachlich produzierten Sinnzusammenhänge somit eine – neben vielen anderen – wichtige Ressource diskursiver Wirklichkeitskonstruktion darstellen, können politische Gemeinwesen aus diesen Großerzählungen neben einer nationalen Identität auch Zweckbestimmungen und Existenzberechtigungen ableiten, um die herum ein Gemeinwesen aufgebaut und erhalten werden kann. Damit diese wirklichkeitskonstruktive Kraft allerdings zur Entfaltung kommt, müssen Mythen immer wieder reproduziert und in Geltung gehalten werden. Mythen sind also gewissermaßen „Ansammlungen symbolischen Kapitals, von denen man gut leben kann, so lange man sie hegt und pflegt“.[30]

Blickt man auf die Grundstruktur mythischer Erzählungen, so bestehen diese aus mehreren „konstitutiven Einheiten“,[31] die in zusammengesetzten Sequenzen erzählt werden und als verschiedene Handlungsstränge innerhalb des Gesamtmythos Erwähnung finden. Insofern sind etwa Narrative um die Währungsreform von 1948, den Marshallplan oder die sprichwörtliche deutsche Tüchtigkeit keine eigenständigen Mythen, sondern Bestandteile eines überwölbenden Wirtschaftswundermythos. In einer solchen mythischen Erzählung werden diese einzelnen Elemente dann miteinander zum eigentlichen Mythos verknüpft, und weil dieser Verwebeprozess mit jedem Erzähler immer ein wenig anders ausfällt, kommt es zu der für Mythen typischen narrativen Variation. Ein solches patchworkartiges Basteln am Mythos ist nahezu zwangsläufig, denn jeder, der auf den Mythos diskursiv zugreift und ihn damit memetisch repliziert, variiert ihn etwa durch Ausschmücken oder Weglassen bestimmter Kleinigkeiten in seiner Gesamtheit.[32] Mithilfe dieses Kombinierens ver-

27 Zur Abgrenzung des Mythos zu Begriffen wie Ideologie oder Utopie vgl. ausführlich Y. Bizeul 2006, S. 11ff.
28 So H. Münkler 2009, S. 23.
29 Folgt man Claus Leggewie, so enthalten Mythen immer Elemente von Wahrheit als auch Lüge, aber „indem sie soziale und politische Wirklichkeiten begründen, sind sie wahr“. Vgl. C. Leggewie 1996, S. 278.
30 Vgl. H. Münkler 2009, S. 11.
31 Siehe C. Lévi-Strauss 1992, S. 175.
32 C. Lévi-Strauss 1967, S. 226ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schiedener Einzelbauteile zu einem sinngebenden Ganzen reduzieren politische Mythen die Komplexität des Alltags ihrer Adressaten und ermöglichen es jenen, ihre Lebenswelt als ein sinnvolles Ganzes zu begreifen. Um dieser nicht leichten Aufgabe gerecht zu werden, muss ein Mythos freilich selbst recht komplex sein, denn ein narratives System wie ein Mythos – das legen Erkenntnisse der Systemtheorie nahe – kann „die Komplexität seiner Umwelt nur durch die Steigerung der [eigenen] inneren Komplexität bewältigen“.[33] Dementsprechend konzentrieren sich mythische Erzählungen hinsichtlich ihrer Grundstruktur auf drei miteinander verkoppelte Kognitionsebenen: Um voll zur Geltung zu gelangen, setzen Mythen üblicherweise auf narrative Variation, ikonische Rahmung sowie rituelle Inszenierung.[34] Narrative Variation bezeichnet dabei jene Form der Arbeit am Mythos, die durch stetiges Fort- und Neuerzählen Umdeutungen ermöglicht, aktuelle sowie situative Anpassungen erleichtert und somit immer wieder (Neu)Orientierung stiftet – wenngleich die Variationsfähigkeit politischer Mythen aufgrund eines meist recht unveränderbaren Kerngehalts nicht beliebig dehnbar ist.[35] Auf einer zweiten – aufgrund fortschreitender Mediatisierung der Gesellschaft immer relevanter gewordenen – Stufe findet sich die ikonische Verdichtung des Mythos, die auf Symbolakkumulation in Gestalt von Verbildlichung und Statuarisierung setzt. Exemplarisch seien hier die D-Mark oder der VW-Käfer erwähnt, die als Ikonen des Wirtschaftswunders noch heute positive Erinnerungen auszulösen vermögen.[36] Mit der zunehmenden Präsentation bildlicher Ikonen freilich verliert rituelle Inszenierung als dritte Strukturebene des Mythos an Bedeutung, wenngleich gerade die Störung ritueller Inszenierungen ein geeigneter und zugleich subtiler Ansatzpunkt zur Dekonstruktion eines ordnungs- und identitätsstiftenden Mythos bietet.[37] Beim Ineinandergreifen der Strukturebenen eines Mythos, der erst dann volle Kraft entfaltet, wenn er auf allen drei Ebenen präsent ist, fällt auf, dass die Narration prinzipiell die Basis des Mythensystems bildet, auf der Verbildlichung und Inszenierung aufruhen. Welche Inhalte dabei erzählt und versinnbildlicht werden, ist im Grunde genommen zweitrangig und wenig beschränkt, kann doch letztlich jede historische Begebenheit in mythische Höhen emporwachsen.[38] Obschon Mythen auf Ideologien oder Weltanschauungen aufbauen,[39] buchstabieren sie diese jedoch in ihren Narrativen nicht in

33 So Y. Bizeul 2006, S. 22.
34 Siehe H. Münkler 2009, S. 472.
35 Vgl. dazu H. Blumenberg 1990, S. 40.
36 Weitere Beispiele für ikonische Verdichtungen finden sich im Bildband von J. Darchinger/K. Honnef/F. Darchinger 2008.
37 Gut beobachtbar war dies etwa im Fahrwasser der 68er- und später der Umweltschutzbewegung, als der Konsummythos ‚Wirtschaftswunder‘ durch die Inszenierung bewusster Konsumverweigerung in Gestalt selbstgefertigter Kleidung oder den Verzicht auf Automobilität und Multimedialität angegriffen wurde.
38 Siehe H. Münkler/J. Hacke 2009b, S. 21.
39 Y. Bizuel 2006, S. 10.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

letzter Konsequenz aus[40] und erhalten sich somit das Potential, auch als ‚nicht-ideologisch' oder unpolitisch wahrgenommen zu werden. Das kann – wie das Beispiel des Wirtschaftswundermythos zeigt – in manchen zeitgeschichtlichen Konstellationen von Vorteil sein, da es die Überzeugungskraft der Erzählung stärkt. Begreift man Ideologie als eine Landkarte, die dem Einzelnen zur Orientierung für sein gesellschaftliches und politisches Handeln dient,[41] so sind Mythen gewissermaßen die *landmarks*, die im wirklichen Leben für Wiedererkennungswert sorgen und die Handhabung jener inneren Landkarte erleichtern.

Damit ist zum Zweck politischer Mythen übergeleitet, denn jene erschaffen Welten symbolischer Bedeutung mit gesellschaftlichen Funktionen und Wirkungen.[42] Oftmals sind diese Konsequenzen mythischer Narration allerdings erst auf den zweiten Blick als solche erkennbar, denn „die Wirkung politischer Mythen entzieht sich den Beobachtungsfähigkeiten der exakten Sozialwissenschaften. Das heißt aber nicht, […] dass sie keine Wirkung besäßen."[43] Vielmehr ist es so, dass Mythen in der Prozesskette politischer Ordnungskonstruktion gleich an mehreren Stellen ansetzen, nämlich bei der Strukturierung des Erfahrungsraums; beim Aufbau und Erhalt einer Gruppenidentität; bei der Konstitution eines politischen Gemeinwesens und Institutionengefüges; sowie bei dessen Legitimitätssicherung. Am Anfang steht dabei naturgemäß die (1) Strukturierung des alltäglichen Erfahrungsraums, denn Mythen liefern seinstranszendente Orientierungen, die Situationsdefinitionen prägen und aufgrund ihrer handlungsleitenden Qualität die Wirklichkeitskonstruktion kanalisieren. Praktisch geschieht dies durch das Abstecken von Erwartungshorizonten sowie das Verweisen auf die in den Mythen eingelassenen Werte, Regeln und Glaubensinhalte.[44] Mit dieser Orientierungswirkung geraten Mythen nicht nur zu gesellschaftlich-normativen Sammelpunkten, sondern es gelingt durch sie überdies, lebensweltliche Kontingenz handhabbar zu machen, Loyalität zu stiften und den Alltag der Adressaten in seiner Komplexität zu reduzieren.[45] An diese Strukturierungsleistung knüpft auf einer gruppenpsychologischen Ebene die Funktion der (2) Identitätsbildung an, denn „gerade der politische Mythos ist eine Erzählung, die gemeinschaftliche Identität stiftet und in einer Wir-Gruppe über ihre sozialen Spaltungen und kulturellen Differenzen hinweg selbstverständlich-fraglose Geltung erlangt".[46] Auf diese Weise das kollektive Bewusstsein und Gedächtnis einer Gesellschaft formend, erzählen Mythen häufig vom Ursprung einer Gemein-

40 Hieran orientiert sich die ‚Liberalität' eines politischen Mythos, die den Grad bezeichnet, wie deutlich ideologische Bezüge hergestellt werden. Vgl. dazu H. Blumenberg 1990, S. 266.
41 Vgl. C. Geertz 1973, S. 195ff.
42 Dazu T. Eagleton 1993, S. 217.
43 H. Münkler/J. Hacke 2009b, S. 19.
44 Vgl. Y. Bizeul 2000, S. 21ff.
45 Siehe H. Münkler/J. Hacke 2009a, S. 11.
46 C. Leggewie 1996, S. 278.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaft und tragen zur Ausgestaltung eines kollektiven Gedächtnisses bei, das für die Identität politischer Gemeinschaften von zentraler Bedeutung ist und die soziale Integration erleichtert.[47] Gleichwohl erleiden politische Mythen bezüglich dieser identitätsstiftenden Funktion einen zunehmenden Bedeutungsverlust, denn während es in Zeiten des Nationalstaates noch dezidiert politisch konnotierte Mythen waren, die Integration und Identifikation stifteten, wird diese Aufgabe heute mehr und mehr von Lebensstil- und Konsummythen übernommen, was letztlich die gesellschaftlichen Verschiebungen in Richtung individualisierter Kleingruppen- und privatisierter Rückzugsmentalität reflektiert. Aber ungeachtet dessen tragen Mythen einen nicht unwesentlichen Teil zum (3) Aufbau eines politischen Gemeinwesens und des dazu nötigen Institutionengefüges bei. Denn neben dem vorstufigen identitätsbildenden Effekt sind es Gründungsmythen als eine besondere Form mythischer Narration, die eine der tragenden Säulen der Auf-Dauer-Stellung eines Gemeinwesens darstellen. Sei es der französische Bastille-Mythos oder wie im westdeutschen Fall der Wirtschaftswundermythos – ohne eine ebenso fundamentierende wie flankierende gründungsmythische Erzählung können politische Großverbände auf längere Sicht ihre Existenz selbst bei enormem Ressourceneinsatz schwerlich auf lange Frist sicherstellen.[48] Wie beständig und handlungsfähig eine politische Ordnung später aufzutreten vermag, wird dabei nicht minder von Mythen beeinflusst, spielen diese doch fernerhin eine Rolle bei der narrativen (4) Herstellung und Sicherung von Herrschaftslegitimation.[49] Diese Legitimität generierende und damit ordnungskonsolidierende Funktion kann sie zu substantiellen Bausteinen der Ordnungskonstruktion werden lassen, weshalb solche besonders fundamentalen Mythen auch als Meistererzählungen[50] bezeichnet werden. Dazu zählen zunächst ganz allgemein Geschichten, Narrative und Sprachfiguren mit bewusst pointiertem Emotionsgehalt, wobei die angesprochenen Emotionen oft in die Richtung von Geborgenheit, Sicherheit oder Gefahrlosigkeit gehen und somit gerade in unruhigen Phasen einer Gesellschaft Stabilität und Selbstvertrauen vermitteln, das nicht großen Ansprachen oder spektakulär-denkwürdigen Aktionen entspringt. Solchermaßen erzeugtes Vertrauen verhilft dabei einer politischen Ordnung nicht nur zu Anerkennung und Legitimität, sondern es ‚materialisiert' sich, indem über derlei Narrative Situationsdefinitionen leitend für konkrete Anschlusshandlungen der Bürgern einer Gesellschaft werden. Damit wird überdies deutlich, dass das Funktionsprinzip politischer Mythen in der Rückbindung des Heute an die narrative Interpretation des Gestern liegt: Die Gegenwart wird mit einer als sinnvoll und handlungsleitend erachteten Vergangenheit verknüpft, was in der Konsequenz das Gewesene erklärt, das Gegenwärtige

47 J. Assmann 2000, S. 79f.
48 H. Münkler 2009, S. 457.
49 Y. Bizeul 2006, S. 14.
50 Näheres zum Konzept der Meistererzählung bei K. H. Jarausch/M. Sabrow 2002, S. 9-32; ebenso M. Middell/M. Gibas/F. Hadler 2000, S. 7-35.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sinnstiftend aufbereitet sowie Orientierungen für das Kommende bereithält.[51] Es überrascht also kaum, dass Mythen nicht selten vom Ursprung einer politischen Ordnung oder dem Beginn einer neuen Ära berichten und oftmals auch Jahrzehnte später noch fest im Sprachgebrauch mehrerer Generationen verankert ist. Einen Beleg liefert auch hier der deutsche Fall, wenn etwa 1990 in Erwartung der hohen materiellen Herausforderungen der Wiedervereinigung[52] oder auch aktuell in Zeiten wirtschaftlicher Rezession ‚Neuauflagen des Wunders' herbeigeredet oder gar gefordert werden. Ihre Kraft, das kann verallgemeinernd konstatiert werden, beziehen mythische Narrative aus der steten Reproduktion ihres Überzeugungsvermögens: Glauben Menschen an sie, können sie wirksam werden, ganz gleich wie rational sich ihre Inhalte oder Versprechungen ausnehmen.

Entsprechend kommen Mythen gerade in Umbruchsituationen als gemeinsame Bezugspunkte zum Einsatz, denn sie sollen „krisenhafte Übergänge meistern, sozialstrukturelle Verwerfungen überschreiten oder gar heilen, ein Motor der Entwicklung sein, die Geschichte vergessen machen, und […] die durch unterschiedliche Lebens- und Geschichtserfahrungen getrennten Generationen der Bevölkerung verbinden."[53] So werden Mythen insbesondere dann bewusst zur Anwendung gebracht, wenn sich – erstens – Symboliken nicht mehr von allein mit Selbstverständlichkeit erschließen bzw. wenn alte Symboliken nicht mehr verfügbar sind oder wenn es – zweitens – gilt, alte existierende Symboliken zu verändern. Blickt man in der deutschen Geschichte zurück, so war 1945 sogar beides der Fall: Die alte nationale Symbolik des Kaiserreichs sowie die völkisch-rassistische Rhetorik der Nationalsozialisten waren nicht mehr verfügbar; zudem musste ein neues Selbstbewusstsein jenseits alter preußisch-militaristischer Traditionen gefunden werden. Aus diesem Grunde erfolgte 1945 in Deutschland ein mythenpolitischer Schnitt radikalen Ausmaßes, denn fast alle politischen Mythen waren kompromittiert. Auch die nationale Identität mochte niemand mehr narrativ zur eigenen Standortbestimmung in Anspruch nehmen. Dass politische Mythen bei all den sich bietenden Verwendungsmöglichkeiten geradezu für die interessengeleitete Instrumentalisierung und den ideologischen Gebrauch prädestiniert sind, liegt nahe. Insofern ist es an sich wenig bemerkenswert, wenn Mythen in ihrer Eigenschaft als Werkzeuge diskursiver Wirklichkeitskonstruktion bewusst und auch offensiv eingesetzt werden, etwa wenn es darum geht, einen politischen Gegner zu desavouieren, dessen Geltungsansprüche in Zweifel zu ziehen oder einen Gegenmythos aufzubauen.[54] Entsprechend versuchen politische Akteure nicht selten, auf das Forterzählen und die Gestalt eines

51 Dazu R. Voigt 1989, S. 11.

52 Gerade für Helmut Kohl, dessen Kanzlerschaft sich in einer prekären Lage befand, wurde das Anknüpfen an den alten Wirtschaftswundermythos in Gestalt des Slogans ‚Erst Währungsunion, dann blühende Landschaften' zu einer wertvollen Handlungsressource.

53 Siehe C. Leggewie 1996, S. 288.

54 H. Münkler 2009, S. 16.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mythos Einfluss zu nehmen, was in freiheitlichen Systemen vorzugsweise auf den Ebenen der ikonischen Verdichtung sowie der rituellen Inszenierung geschieht, weil der staatlich verordneten Definitionsmacht im Bereich der narrativen Variation Grenzen gesetzt sind. Ein solches staatliches Interesse an Einflussnahme erklärt sich recht schnell durch die einen symbolischen Korridor absteckende Wirkung, da die Stabilität einer politischen Ordnung erst dann gegeben ist, wenn es gelingt, in die emotionalen Tiefenschichten ihrer Adressaten vorzudringen und dort stabile positive Bezüge herzustellen. Daher erfreuen sich mythische Narrative sowohl in ‚heißen' als auch in ‚kalten' Gesellschaften[55] anhaltenden Gebrauchs, allerdings mit unterschiedlicher Stoßrichtung. Denn während Mythen in ‚kalten', stabilen Gesellschaften primär zur Geschichtsbewahrung und Verhinderung von Wandel benutzt werden, sind ‚heiße' Gesellschaften mit Machtkämpfen und Instabilitäten höchst begierig auf Veränderungen, weshalb Mythen hier die Defizite der Gegenwart beleuchten und an historische Wendungen der Entwicklung erinnern sollen.

Wie aber funktionieren Mythen? Ihre Wirkung verdanken politische Mythen dem Umstand, dass sie größtenteils historisch korrekte Fakten wiedergeben und in die eigenen Narrative integrieren. Allerdings verwenden sie eine „mythische Lesart der Wirklichkeit",[56] die der ganzen Erzählung einen spezifischen, deutungseingrenzenden *spin* verleiht. Nicht in den Kategorien von wahr oder falsch zu beurteilen, wird in Mythen die schlichte Faktizität des Geschehens operational und semantisch aufbereitet.[57] Damit dies beim Adressatenkreis verfängt, greifen Mythen typischerweise auf Personalisierung zurück, also auf die Assoziation der erzählten Ereignisse mit einzelnen herausgehobenen Akteuren dieser Zeit. Weil dieses Erfolgsrezept auch bei politischen Narrativen dem evolutionären Prinzip ‚so einfach wie möglich, so komplex wie nötig' folgt, setzen sie zumeist auf einen binären Code, der eine dichotome Unterscheidung der Welt etwa in Gut und Böse, Wohlstand und Armut, Freiheit und Zwang vornimmt.[58] Hinzu kommt, dass Mythen Kontingenz ‚wegerzählen' und so zur Reduzierung alltagsweltlicher Komplexität beitragen. Dieses ‚Wegerzählen' vollzieht sich konkret durch die Fokussierung bzw. Lenkung der Aufmerksamkeit beim Adressaten, denn durch diese Konzentration auf bestimmte Aspekte geraten Hindernisse oder Bedenken aus dem Blick, was wiederum Handlungsblockaden auflösen oder Legitimitätsschleifen induzieren kann. Gerade Letzteres ist für die Konstruktion politischer Ordnungen von Relevanz, da erst durch das wegerzählende Ausklammern von Fremdbestimmtem in einer Gemeinschaft Selbstanerkennung reifen kann.[59] Auch dies führt der Wirtschaftswundermythos bestens vor Augen: Nur wenn es gelang, das Erreichte durch eigenes Zutun und nicht mit

55 Vgl. hierzu C. Lévi-Strauss 1973, S. 270f.; ebenso J. Assmann 2000, S. 66ff.
56 J. Pouillon 1984, S. 69.
57 Vgl. hierzu H. Münkler/J. Hacke 2009b, S. 18.
58 So C. Lévi-Strauss 1967, S. 234ff.
59 Siehe H. Münkler 1995, S. 1180ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zufällen zu erklären, ließ sich das Narrativ in politisch-stabilisierende, legitimierende Münze wandeln. Die entscheidende Pointe des Mythos ‚Wirtschaftswunder' bestand daher darin, die politischen Ursachen und zufälligen Kontextfaktoren des Aufschwungs ‚wegzuerzählen' und alles mit dem sprichwörtlichen Fleiß und der Tüchtigkeit der Deutschen zu erklären. So sind es vorrangig auf Integration hinzielende Mythen wie dieser, die wie geschaffen sind zur Wirklichkeitskonstruktion von politischen Ordnungen, die sich in einem Aggregatzustand der Findung, Konstituierung und Stabilisierung befinden. Solchermaßen ausgestaltete mythische Narrative funktionieren, weil sie Menschen zusammenführen bzw. -halten[60] und sind letztlich bewusst eingesetzte Werkzeuge im breitgefächerten Instrumentarium diskursiver Ordnungskonstruktion: „Die neuen politischen Mythen wachsen nicht frei auf, sie sind keine wilden Früchte […] Sie sind künstliche Dinge, von sehr geschickten und schlauen Handwerkern erzeugt".[61] Doch wenngleich Mythen gewissermaßen funktionale Artefakte sind, so mindert dies keineswegs ihre Bedeutung. Denn wichtig werden Mythen für Gesellschaften besonders dann, wenn jene den Boden des Bekannten verlassen und Neuland betreten, sie also auf Narrative angewiesen sind, die das Gegenwärtige und Kommende als zu bewältigend erscheinen lassen mit dem Verweis, dass ähnliche oder gar größere Aufgaben bereits früher schon gemeistert wurden.

3.2 Mythos und Transzendenz

Wie aber verhalten sich Mythos und Transzendenz zueinander, wie fügt sich beides zusammen? Als erster Ansatzpunkt für die Ausleuchtung des Verhältnisses von Mythos und Transzendenz kann das Transzendenzverständnis dienen, welches der Dresdner Sonderforschungsbereich 804 seiner Arbeit zu Grunde legt: „Unter Transzendenz sollen solche Diskurse und Praktiken gefasst werden, die soziale und politische Ordnungen im Rekurs auf die Konstruktion von Unverfügbarkeiten begründen, die in der Perspektive von Akteuren der unmittelbaren, alltäglichen Lebenswelt entzogen, quasi entrückt erscheinen, die gleichwohl aber auf sie zurückwirken und ihr Sinn und Geltung verleihen."[62] Wenngleich diese Formulierung die Richtung weist, bedarf sie doch der Präzisierung, wobei der wirklichkeitskonstruktive Aspekt der weniger komplizierte Teil des Unterfangens ist. Denn das wirklichkeits- und ordnungskonstruktive Potential transzendenter Bezugnahmen erschließt sich ohne Umwege, handelt es sich doch bei Transzendenzrekursen ganz offenbar um eine Form der Sinnstiftung von Handlungen, Prozessen oder auch Strukturen. Geht man davon aus, dass es in der Natur des Menschen liegt, dem eigenen Dasein Sinn zu

60 Vgl. B. Halpern 1961, S. 136.
61 E. Cassirer 1994 [1946], S. 367.
62 Siehe dazu Technische Universität Dresden 2008a, S. 23.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verleihen und die eigene Identität aus einer erfolgreichen Sinnsuche abzuleiten, so leuchtet ein, dass sich dieses Sinnbedürfnis auch auf das Feld politischer Wirklichkeitskonstruktion überträgt und im Verlangen nach vorgängigen, unverfügbaren Sinn- und Ordnungsbedingungen niederschlägt. Eben diese stellen Transzendenzbezüge zur Verfügung und eröffnen damit im Grunde sämtliche daran anknüpfende Möglichkeiten des Behauptens von Geltungsansprüchen einer politischen Ordnung. Im Umkehrschluss bedeutet das nichts anderes, als dass Transzendenz durch die Eröffnung eines Sinnhorizonts allen faktischen Seinsorientierungen vorausgeht, auf denen später einmal ein politisches Gemeinwesen gegründet werden kann.[63] Da sich ein solches im Alltag für gewöhnlich als recht abstraktes Gebilde darstellt und erst durch Handlungen, Prozesse sowie in den ihnen aufruhenden Strukturen ‚materialisiert', ist der diskursive Rekurs auf transzendente Inhalte somit in letzter Konsequenz eine Form der Geltungssicherung einer politischen Ordnung.

Transzendentes wird aber erst durch die charakteristische Unverfügbarkeit, das Entzogensein zu dem, was es ist. So ist Transzendentes – obwohl eingelassen in der Alltäglichkeit – aus der Sicht der Akteure deren unmittelbarer Lebenswelt zwar entzogen, doch es entfaltet wirklichkeitskonstruktive Kraft gerade, indem es dieser Lebenswelt Sinn und Geltung verleiht. Infolgedessen bezeichnet Transzendentes Vorstellungen, Ereignisse, Denkfiguren oder kulturelle Muster, die auf politische Akteure, Strukturen und Prozesse wirken, in ihrer Tragweite jedoch über deren unmittelbaren Gegenstandsbereich hinausgehen und obendrein dem verändernden Diskurs entzogen sind. Dieses Entzogensein mit gleichzeitig prägender Präsenz zusammenzudenken, mag anfangs seltsam anmuten, macht allerdings das Wesen der Unverfügbarkeit aus: Transzendentes begründet, sichert oder verändert eine Gesellschaft, ist selbst jedoch weitgehend vor Veränderungen abgeschirmt. Es gleicht gewissermaßen einer Datei aus dem Kernbereich eines Computerbetriebssystems, auf die – um die Funktionalität des Gesamtsystems herzustellen – bei jedem Hochfahren zugegriffen wird, die jedoch mit einem Schreibschutz belegt ist: Man benötigt sie zum Aufbau und der Nutzbarmachung einer allgemeinen Systemstruktur, kann deren individuelle Informationsstruktur jedoch nicht ohne weiteres verändern. Was in der binären Welt der Bits und Bytes gilt, kann mühelos auf den Bereich politischer Strukturen übertragen werden, nur dass der Schreibschutz hier auf soziale, sprachlich vorgenommene Tabuisierung[64] zurückgeht. So ist es das Belegen einer

63 Vgl. dazu Th. Rentsch 2010, S. 3f.

64 An dieser Stelle wird die Notwendigkeit gedanklicher Trennschärfe zwischen Transzendenz und Transzendierung deutlich: Während Transzendenz das Tabuisierte ist; bezeichnet Tabuisierung den Prozess des Transzendierens. Weil Sprache das vornehmliche Medium menschlichen Denkens und Kommunizierens ist, vollzieht sich entsprechend auch die Tabuisierung im Bereich der Sprache. Bis ins Kleinste ausbuchstabiert hieße es, zu ergänzen, dass Transzendenz kein Objekt oder keine Tatsache an sich bezeichnet, sondern ein Verhältnis der Gestalt, dass X zu Y in einem Verhältnis der – durch Tabuisie-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ganz beliebigen Tatsache – mag sie empirisch richtig oder falsch, erdacht oder manipuliert sein – mit einem diskursiven Tabu, welches daraus jene Unverfügbarkeit werden lässt, die später in wirklichkeitskonstruktiven Diskursen unter Umständen als transzendente Ordnungsressource Verwendung finden kann. Weil Tabus aber ebenso sozial konstruiert sind, können natürlich auch sie im Zuge sozialen, politischen oder ökonomischen Wandels dekonstruiert werden, was dann den ehemals tabuisierten Geltungsbezug ins diskursive Diesseits holt und ihn zur Veränderung oder Demontage freigibt. Wie sich zeigt, gleichen transzendente Ordnungsressourcen also hoch bebürdeten[65] Fundamenten einer politischen Ordnung, die deren normativ-orientierenden Unterbau bilden, auf dem dann ein solides Institutionengefüge aufgebaut werden kann. In der Praxis werden transzendente Geltungsbezüge daher in Diskursen oft verwendet, um gesellschaftliche Spielregeln, Strukturen oder „Selbstverständlichkeiten" erst einmal in Geltung zu bringen bzw. darin zu begründen. Ein solcher Begründungsakt für die zukünftigen gesellschaftlichen Regeln und Normen zugrunde liegenden Werte, Ideale und Leitbilder durch den Rekurs auf etwas ‚Größeres', Unverfügbares – eben Transzendentes – ist logisch auch zwingend, können doch Fundamente weder aus sich selbst heraus Tragkraft entwickeln noch durch etwas ihnen Nachgeordnetes in ihrer Geltung begründet werden. Pointiert ließe sich formulieren, dass es transzendente Geltungsbezüge sind, die eine politische Ordnung nicht nur in ihren Grundfesten konstituieren, sondern zudem jenen gedanklichen Korridor abstecken, innerhalb dessen Grenzen eine politische Ordnung mitsamt dem ihr entspringenden Institutionengeflecht ohne die Notwendigkeit größerer Strukturumbrüche Bewegungsfreiheit besitzt.[66]

Damit ist übergeleitet zur Klärung der Frage, wie Transzendenz in der Praxis handlungsleitend gemacht wird bzw. inwieweit politische Mythen tatsächlich jene transzendenten Ordnungsressourcen sind. Die eben dargelegten Überlegungen zuspitzend, besäße ein politischer Mythos dann transzendente Qualität, wenn er – vereinfachend gesprochen – zwei Grundbedingungen erfüllte: Er müsste im ausgeführten Sinne unverfügbar sein, und er müsste zur Ordnungskonstruktion herangezogen werden. Bereits die Prüfung auf das Kriterium der *(1) Unverfügbarkeit* unterstreicht die Komplexität politischer Mythen, denn diese füllen eine sowohl aktive als auch

rung erzeugten – Entzogenheit steht. Vgl. dazu ebenfalls den Beitrag von W. J. Patzelt zu Transzendenz und Ordnungskonstruktion in diesem Band sowie Th. Rentsch 2010, S. 2.

65 Zum der evolutionären Institutionentheorie entlehnten Konzept der Bebürdung siehe C. Demuth 2007, S. 425ff. sowie R. Riedl 1990, S. 202ff.

66 Da solche Strukturumbrüche umfassenderen Ausmaßes nicht selten mit fundamentalem Leitideenwandel einhergehen bzw. von diesem eingeleitet werden, und institutionelle Leitideen ihrerseits durchaus als heruntergebrochene Ableitungen der konstituierenden Prinzipien des Ordnungsgefüges auf das Niveau institutioneller Praxis verstanden werden können, schließt sich der Kreis. Zum Zusammenhang von Leitideenwandel und institutionellen Umbauten siehe J. Lempp 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

passive Doppelrolle aus: Sie sind entzogen, und sie entziehen ihrerseits. Der eigenen Verfügbarmachung in Form diskursiver Dekonstruktion gehen Mythen dabei aus dem Wege aufgrund der Tatsache, dass sie zumindest vordergründig keinen Anspruch auf empirischen Wahrheitsgehalt erheben, folglich auch nicht mit dem Nachweis des Gegenteils zu erschüttern sind – wie sich am Beispiel des Wirtschaftswundermythos aufs Beste zeigen lässt. In ihrer Geltung somit nicht durch eine auf Fakten gestützte Beweisführung auszuhöhlen, sind Mythen insofern dem dekonstruierenden Zugriff rationaler Logik entzogen. Daneben liegt der eigentliche Ursprung ihrer Unverfügbarkeit jedoch in der sie schützenden Tabuisierung. Wollte man einen Mythos in seiner wirklichkeitskonstruktiven Kraft schwächen, so gälte es nicht am Erzählungsinhalt anzusetzen, denn dies zöge nur eine auf der Ebene des Empirischen angesiedelte Argumentation nach sich, die zur Dekonstruktion eben nicht taugt. Anzusetzen wäre vielmehr an jenem Tabu, welches ihn vor diskursiven Veränderungen schützt. Diese soziale Unantastbarkeit wiederum offenbart sich täglich in vielen verschiedenen Alltagssituationen, in denen die „selbstverständlich-fraglose Geltung“[67] eines Mythos immer wieder zu Tage tritt innerhalb jener Gruppe oder Gesellschaft, die erst er zu einem ‚Wir‘ geformt hat.[68] Denn Mythen lassen sich üblicherweise zurückführen auf einen narrativen Kern aus Letztbegriffen kollektiver Selbstdeutung, verstanden als „selbstverständliche Vorannahmen der Weltdeutung, […] nicht selten mit einer tabuisierenden Aura umgeben“,[69] welche sie umspinnen, auf die sie hinleiten und die sie im Sinne von Situationsdefinitionen diskursiv handlungsleitend machen. So verweist der Mythos Wirtschaftswunder etwa auf die Identität einer Wirtschaftsgemeinschaft, und genau das – und nicht mehr – wollte die Bundesrepublik anfangs sein: kein in erster Linie politisch-normatives Staatswesen, erst recht keine Nation, sondern eine im Grunde unpolitische und damit nach der nationalsozialistischen Katastrophe hoffentlich unverdächtige Wirtschaftsgemeinschaft. Die Unverfügbarkeit dieses mit dem Wirtschaftswundermythos transportierten Deutungsmusters basierte hierbei nicht unerheblich auf der Eigenart letztbegrifflicher Selbstzuschreibungen, nicht weiter ausdeutungsbedürftig, für jedermann nachvollziehbar sowie aus sich selbst heraus verständlich zu sein und damit zum kleinsten jener Teilchen zu werden, aus denen sich das große Ganze zusammensetzt. Wenngleich in der Praxis nicht „der eine“ Wirtschaftswundermythos oder ein prototypischer Tellerwäscher-Millionär-Mythos Amerikas existiert, sondern stattdessen jeweils viele individuelle Interpretationen, so sollte dies nicht dazu veranlassen, die grundsätzliche Unverfügbarkeit von Mythen in Frage zu stel-

67 So C. Leggewie 1996, S. 278.

68 Diese gruppenspezifische Ursprünglichkeit und Bezogenheit erschwert zusätzlich den verändernden Eingriff in den Mythos durch Nicht-Gruppenmitglieder, da Mythen als eine Art gruppeneigene Metasprache nur in ganz bestimmten Gruppen Verwendung finden. Vgl. R. Barthes 1964, S. 115ff.

69 Siehe C. Albrecht 2009, S. 83.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

len. Denn obwohl auf dem ‚Markt der Deutungsnarrative' zwar viele, aus der individuellen Verfügbarkeit resultierende alternative Interpretationen eines Mythos miteinander konkurrieren, so weisen diese mehr oder minder variierenden Narrative letztlich doch alle einen gemeinsamen – und somit im Endeffekt also unverfügbaren – mythischen Kern auf. Insofern schützt, so seltsam es zunächst klingen mag, die meist vage und recht offene Formulierung[70] von Mythen diese in gewisser Weise vor substantiellem veränderndem Zugriff: Gerade weil der Mythos für jeden Einzelnen Raum lässt für subjektive Ausdeutung, Illusion und Assoziation, gerade also wegen dieser individuellen narrativen Verfügbarkeit, kommt es zu jener prinzipiellen materiellen Unverfügbarkeit eines Mythos, die seine Langlebigkeit bedingt. Letztere führt vor Augen, wie sehr – wenn auch in der rationalisiert-aufgeklärten Moderne nicht selten die Fiktion der rein vernunftbasierten Wirklichkeitskonstruktion gepflogen wird – Mythen als irrationale, transzendente Ordnungsressourcen dem Zugriff des pragmatischen Verstandes entzogen sind und die „Geschichte des Prozesses der Entmythologisierung selber ein Mythos ist; und dass so der Tod des Mythos selber zum Mythos wird, beweist ein wenig des Mythos relative Unsterblichkeit."[71]

Mythen sind allerdings nicht nur passiv durch Tabuisierung und alle vorgenannten Verkettungen unverfügbar, sondern sie tragen auch selbst aktiv zur eigenen Tabuisierung bei. Denn die tabuisierende und damit unverfügbarstellende Aura, die Mythen als selbstverständliche Deutungsmuster umweht, ist ebenfalls diskursiv erzeugt – und zwar durch die Erzählkraft, die ein Mythos aus seiner Narration, Ikonisierung sowie Inszenierung zu ziehen vermag. Infolgedessen verwandeln Mythen wahre oder fiktive Geschehnisse in später als starr und unveränderbar erscheinende Botschaften, „die das, was geschichtlich geworden ist, in feststehende Natur verwandeln und es so der Verfügung politischer Opponenten entziehen."[72] Insofern haben manche Mythen etwas Janusköpfiges an sich, wenn sie einerseits Transzendentes verkörpern und andererseits selbst zur Transzendierung bestimmter Inhalte beitragen.

Nachdem so das Kriterium der Unverfügbarkeit politischer Mythen nachgewiesen werden konnte, gestaltet sich dergleichen beim verbleibenden Merkmal der *(2) Ordnungsressource* weniger aufwendig. Hier gilt es zu zeigen, dass Mythen in Prozessen diskursiver Wirklichkeitskonstruktion eingesetzt werden, um eine politische Ordnung zu konstruieren, zu stabilisieren oder gegebenenfalls auch zu verändern. Praktisch vollzieht sich all dies über den gedanklichen Link mythisch geprägter bzw. mit Hilfe von Mythen in ihrer Geltung etablierter Situationsdefinitionen, wobei der ordnungsstiftende und -stabilisierende Mehrwert politischer Mythen in

70 Dazu H. Münkler/J. Hacke 2009b, S. 21.
71 So O. Marquard 1981, S. 93.
72 Siehe H. Münkler 2009, S. 23.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Generierung von Legitimität, dem Bereitstellen von Identifikationsangeboten, der Integration verschiedener Weltsichten, der Reduktion alltagsweltlicher Komplexität, dem ‚Wegerzählen' von Kontingenz sowie letztlich dem Stiften von Loyalität des Einzelnen zum Gemeinwesen besteht. All dies tritt insbesondere in Gründungsphasen einer politischen Ordnung zu Tage, in denen es gilt, ein noch zerbrechliches und nicht ausgehärtetes Institutionen- und Normengefüge vorübergehend mit jener Legitimität auszustatten, die es aus sich selbst heraus naturgemäß nicht besitzen kann und auch durch den Verweis auf eigene Leistungen noch nicht hat erbringen können. Daher beruht nahezu jeder Konstituierungsakt eines politischen Ordnungsrahmens – obschon in unterschiedlichem Ausmaß – auf einem diskursiv handlungsleitend gemachten Gründungsmythos, denn „der politische Mythos beglaubigt [und] schafft Glaubwürdigkeit in der ganzen Breite des Wortsinns von Legitimation", wodurch Mythen „Be-Gründungskraft" haben.[73] Darüber hinaus bringen Mythen diskursiv belastbare Konstrukte wie soziale Ordnungen, Identitätsvorstellungen und weitere Selbstverständlichkeiten einer Gesellschaft hervor und halten sie in Geltung. Auf diese Weise bilden Mythen ein Magnetfeld, welches unterschiedlichste Wirklichkeitselemente einer politischen Ordnung in ein hinreichend sinnhaftes Weltbild zu integrieren sowie auszurichten vermag und bei alledem noch öffentliche Deutungshoheit erlangt;[74] zudem reflektieren politische Mythen mit ihren legitimitäts- und identitätsstiftenden Narrationen das Selbstbewusstsein eines durch sie mitbegründeten Gemeinwesens.

Was bleibt also festzuhalten hinsichtlich des Verhältnisses von Mythos und Transzendenz? Man geht sicher nicht zu weit, den Mythos als ein „soziokulturelles Deutungssystem der Transzendenz" zu fassen, ein transzendentes Paradigma, welches das menschliche Selbst- und Weltverhältnis aufgreift, den Ursprung eines Ordnungsrahmens narrativ vergegenwärtigt und so dessen Bestand absichert.[75] Weil es sich bei Mythen zudem um vergleichsweise voraussetzungsarme und daher gerade für krisenhafte oder orientierungslose Zeiten des Übergangs geeignete Paradigmen der Transzendenz handelt, findet sich diese Form transzendenter Bezugnahme oft in politische Gründungsmythen eingelassen. Verschmelzen Mythos und Transzendenz auf eine solche Weise, lässt sich von mythischer Transzendenz sprechen, die transzendente Seinsinhalte und Selbstdeutungen – narrativ in speziell mythischer Form aufbereitet – in Prozesse diskursiver Wirklichkeitskonstruktion einspeist und handlungsleitend macht. Routinemäßig eingebettet in den kommunikativen Alltag, stellen Mythen somit eine versprachlichte Transzendenzdimension dar und „bilden eine existentielle Landkarte, eine Architektur der lebenssinnbezogenen

73 So C. Leggewie 1996, S. 278.
74 Vgl. dazu K. H. Jarausch/M. Sabrow 2002, S. 16.
75 So Th. Rentsch 2010, S. 3f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Geltungshorizonte“,[76] auf die beim Aufbau sowie der Geltungssicherung komplexer Sozialgefüge wie etwa einer politischen Ordnung zurückgegriffen werden kann.

3.3 Mythos und Legitimität

Mit Blick auf die Geltungssicherung einer politischen Ordnung wurde bereits eingangs deutlich, wie wichtig die Grundeinstellung der Bürger zu ihrer Gesellschaft für deren Beständigkeit ist, da es auf längere Sicht kaum gelingen wird – selbst unter Aufbietung noch so großer Mittel – ein Herrschaftsregime ohne oder gar ‚gegen‘ die Bürger zu etablieren. Denn wie auch immer eine politische Ordnung im Einzelnen geartet sein mag, verdankt sie ihre Begründung und Verstetigung doch stets dem Rekurs auf transzendente und gemeinsinnige Ressourcen im Prozess diskursiver Wirklichkeitskonstruktion.[77] Gerade bei der Konstituierung einer politischen Ordnung spielen dabei Bezugnahmen auf transzendente Ressourcen eine herausgehobene Rolle, denn sie überwölben die politische Ordnung mit einem Sinnhorizont und lassen das geschaffene System der Herrschaft als rechtmäßig und anerkennenswert erscheinen. Wendet man sich also der Frage zu, was eine politische Ordnung und letztlich eine Gesellschaft zusammenhält, so wird interessant, welche Rolle politische Mythen bei der diskursiven Legitimitätserzeugung spielen.

Dabei bedarf auch der oft mehrdeutig[78] verwendete Begriff der Legitimität einer Eingrenzung, bezieht er sich doch in verschiedenen Verwendungskontexten auf recht unterschiedliche Dinge. Meinen die einen den Legitimitätsanspruch einer politischen Ordnung, sprechen die anderen vom Legitimitätsglauben der Regierten, und Dritte wiederum beziehen sich auf die Wechselwirkungen beider. Die nachstehenden Überlegungen konzentrieren sich auf den *Legitimitätsglauben*, also auf die Überzeugung der Herrschaftsunterworfenen, die politische Ordnung, in der sie leben, sei rechtmäßig und begründet. So verstanden als „Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung“[79] bzw. als Übereinstimmung eigener Moralvorstellungen mit den Zielen und Handlungen der politischen Ordnung,[80] verweist der Legitimitätsbegriff auf „das innere Einverständnis, das Gelten-Sollen einer Herrschaftsordnung, das die Beherrschten und die politisch Handelnden dieser zuschreiben“.[81] Gesellschaftliche Legitimitätsquellen, je nach gruppen-, kultur- und zeitspezifischen Vorstellungen recht unterschiedlich ausfallend, können dabei rationale, traditionale oder auch charismatische Zuflüsse besitzen – was allerdings nichts über deren Seriosität oder wirklichkeitskonstruktives Potential aussagt und auch nicht durch ei-

76 Ebd. S. 14.
77 Vgl. dazu Technische Universität Dresden 2008b, S. 527.
78 Zur Vielschichtigkeit des Legitimitätsbegriffes siehe U. Schliesky 2004, 151ff.
79 Vgl. J. Habermas 1976, S. 39.
80 So David Eastons Definition politischer Legitimität. Dazu D. Easton 1979 [1965], S. 278.
81 Siehe D. Nohlen 2007, S. 300.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen konkreten Output der politischen Ordnung gerechtfertigt sein muss. Denn entscheidend ist allein der *Glaube* an die Rechtmäßigkeit einer politischen Ordnung, der sich alltagspraktisch als emotionale Unterstützung der politischen Ordnung äußert, ohne die eine solche nicht sehr lange oder nur unter Aufbringung hoher Transaktionskosten bestehen könnte. Da diese ‚diffuse Unterstützung'[82] unabhängig von den tatsächlichen Leistungen oder der Effektivität des Ordnungsgefüges ist,[83] verdankt sich die Geltungskraft einer politischen Ordnung letztlich in einem nicht zu unterschätzenden Maße ihrer überzeugenden Begründbarkeit, hergestellt und inszeniert in kommunikativen Prozessen diskursiver Wirklichkeitskonstruktion. An eben jenen setzen schließlich politische Mythen an, denn gut nachvollziehbar begründeter Legitimitätsglaube lässt sich nicht normativ dekretieren, sondern bildet sich auf der Grundlage individueller Sinnwelten heraus,[84] bei deren Herausbildung mythische Narrative als wirksame Deutungsfolien fungieren. Auf diese Weise gerät der Mythos zur Legitimationserzählung, die idealerweise bei einer Vielzahl der Adressaten Zustimmung zur politischen Ordnung stiftet und eine Atmosphäre der Akzeptanz sowie Zufriedenheit erzeugt.

Gerade im Fall der jungen Bundesrepublik ist gut zu sehen, wie sehr eine neu, von außen und aus schwierigen Verhältnissen heraus gegründete politische Ordnung auf legitimitätsstiftende Unterfütterung angewiesen ist und wie dies selbst dann gelingen kann, wenn keiner der üblichen nationalen Großmythen länger verfügbar ist. Denn eine Kriegsniederlage bietet zwar die Möglichkeit eines Neubeginns, ist jedoch ein denkbar schlechter und undankbarer Start für eine neu zu errichtende politische Ordnung, die um Selbstfindung und Anerkennung ringt und obendrein zur politischen Identitätsstiftung herhalten soll. Zur Kapitulation kamen zudem noch die moralische Diskreditierung Deutschlands, die Besetzung sowie Teilung des Landes hinzu, was den plausiblen Rückgriff sowohl auf die diesbezüglichen Mythenbestände als auch auf eine Erzählung eigenständiger Gründung faktisch ausschloss. Tatsächlich gründete sich die Bundesrepublik nicht selbst, sonder wurde gegründet. Treffend formulierte Jaspers: „Die Bundesrepublik besteht durch den Willen der westlichen Alliierten, wie die DDR durch den Willen Russlands. Wir haben unsere Freiheit nicht durch den eigenen […] Akt der Selbstbegründung erworben, sondern durch ein Geschenk erhalten, das wir so wenig verdient haben wie die Ostdeutschen das gegenteilige Schicksal. Beide Staaten sind nicht durch sich, sondern durch anderen Willen begründet".[85] An anderer Stelle heißt es: „Unsere

82 Vgl. dazu D. Easton 1975, S. 444.
83 Gerade bei tradierten, meist nicht sonderlich reflektierten Formen der aus emotionalen Tiefenschichten entspringenden ‚diffusen Unterstützung' sind die Grundlagen eher Zuschreibungen als Fakten. Vgl. dazu Y. Bizeul 2006, S. 10.
84 D. Nohlen 2007, S. 301.
85 So K. Jaspers 1966, S. 175.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Demokratie ist nicht geboren aus der hochgemuten Gesinnung eines Befreiungskampfes, sondern uns verordnet, als wir ein Haufen überlebender Deutscher waren".[86] Zudem zeigten die Westdeutschen weitgehendes politisches Desinteresse, bedingt durch die nur wenige Jahre zurückliegenden Verirrungen des NS-Regimes, abgelenkt durch die Mühen, die das Überleben ein einer zerstörten Nachkriegsgesellschaft mit sich brachte, und fremdbestimmt durch die Entscheidungshoheit, welche die Alliierten in Fragen der künftigen Ausgestaltung eines (west)deutschen Ordnungsrahmens beanspruchten. Eben jenes Desinteresse am Politischen in der Gründungsphase der Bundesrepublik führte zum – angesichts der heutigen Wertschätzung des Grundgesetzes kurios anmutenden – Umstand, dass „kaum eine Verfassung stiller ins Werk gesetzt und von den Zeitgenossen mit größerer Teilnahmslosigkeit zur Kenntnis genommen wurde".[87] Für den neu konstituierten westdeutschen Teilstaat war es jedenfalls nicht einfach, die eigene politische Ordnung zu legitimieren, lasteten doch einerseits die Schatten der Vergangenheit auf ihr und hatte sie andererseits immer wieder bekundet, ohnehin nicht mehr als ein Provisorium auf dem Weg zur Wiederherstellung deutscher Einheit sein zu wollen. Aus allen diesen Gründen konnte man sich zur Legitimation der bundesrepublikanischen Herrschaftsordnung nicht der üblichen politischen Kategorien und Narrative eines demokratischen Gründungs- oder Befreiungsaktes bedienen. Versprach da überhaupt irgendein Mythos, Legitimität und Ordnung zu stiften?

LITERATUR

Albrecht, Clemens (2009): Die Bundesrepublik Deutschland als ‚Gesellschaft'. Letztbegriffe kollektiver Selbstdeutung, in: Münkler, Herfried/Hacke, Jens (Hrsg.): Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 83-113.

Altrichter, Helmut (Hrsg.) (2004): Mythen in der Geschichte. Freiburg im Breisgau: Rombach.

Assmann, Jan (2000): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift. Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: Beck.

Barthes, Roland (1964): Mythen des Alltags. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Becker, Frank (2005): Begriff und Bedeutung des politischen Mythos, in: Stollberg-Rilinger, Barbara (Hrsg.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin: Duncker & Humblot, S. 129-148 (= Beiheft 35 der Zeitschrift für Historische Forschung).

Bellah, Robert N. (1967): Civil Religion in America, in: Daedalus. Journal of the American Academy of Arts and Sciences, Bd. 96, H. 1, S. 1-21.

86 Ebd., S. 192.
87 Siehe J. Hacke 2009, S. 16.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Blumenberg, Hans (1990): Arbeit am Mythos. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bizeul, Yves (2000): Theorien der politischen Mythen und Rituale, in: Bizeul, Yves (Hrsg.): Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen. Berlin: Duncker & Humblot, S. 15-39.

Bizeul, Yves (2006): Politische Mythen, Utopien, Ideologien. Ein Definitionsversuch, in: Tepe, Peter (Hrsg.): Politische Mythen. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 10-29.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1967): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Buve, Sergius (Hrsg.): Säkularisation und Utopie. Ebracher Studien. Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag. Stuttgart: Kohlhammer, S. 75-94.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2006): Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Religion bei Hegel, in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.): Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 115-142.

Cassirer, Ernst (1994) [1946]): Der Mythos des Staates. Philosophische Grundlagen politischen Verhaltens. Frankfurt am Main: Fischer.

Darchinger, Jupp/Honnef, Klaus/Darchinger, Frank (Hrsg.) (2008): Wirtschaftswunder. Deutschland nach dem Krieg 1952-1967. Hongkong/Köln: Taschen.

Demuth, Christian (2007): Institution und ihre endogenen Systembedingungen. Die Ordnung des Institutionellen, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S. 415-448.

Eagleton, Terry (1993): Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart/Weimar: Metzler.

Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, Bd. 5, H. 4, S. 435-457.

Easton, David (1979 [1965]): A Systems Analysis of Political Life. New York: Wiley.

Esser, Hartmut (1996): Die Definition der Situation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Bd. 48, H. 1, S. 1-34.

Gebhardt, Jürgen (2007): Das politisch-kulturelle Dispositiv des Verfassungsstaates. Zur Kritik des Böckenförde-Theorems, in: Patzelt, Werner J./Sebaldt, Martin/Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 114-122.

Geertz, Clifford (1973): Ideology as a Cultural System, in: Geertz, Clifford (Hrsg.): The Interpretation of Cultures. New York: Basic Books, S. 193-233.

Habermas, Jürgen (1976): Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: Kielmannsegg, Peter Graf (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Duisburg, Herbst 1975. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-61.

Hacke, Jens (2009): Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung. Hamburg: HIS.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Halpern, Ben (1961): 'Myth' and 'Ideology' in Modern Usage, in: History and Theory. Studies in the Philosophy of History, Bd. 1, H. 2, S. 129-149.

Heer, Sebastian (2012): Nulla societas sine poena? Strafe als Ressource gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion, in: Ausgabe 1 – Zeitschrift für Weltverdopplungsstrategien, H. 2/3, S. 359-368.

Hüfner, Oliver (2001): Die Struktur politischer Mythen. Wiedervereinigung und Wirtschaftswunder in den Reden bundesdeutscher Politiker von 1949-1969. Opladen: Leske + Budrich.

Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (2002): ‚Meistererzählung' – Zur Karriere eines Begriffes, in: Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9-32.

Jaspers, Karl (1966): Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen. München: Piper.

Kleger, Heinz/Müller, Alois (2004): Bürgerliche Religion, Religion des Bürgers, politische Religion, Zivilreligion, Staatsreligion, Kulturreligion, in: Kleger, Heinz/Müller, Alois (Hrsg.): Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa. Münster: LIT, S. 7-15.

Leggewie, Claus (1996): Der Mythos des Neuanfangs – Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949 – 1968 – 1989, in: Berding, Helmut (Hrsg.): Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 275-302.

Lempp, Jakob (2009): Die Evolution des Rats der Europäischen Union. Institutionenevolution zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus. Baden-Baden: Nomos.

Lévi-Strauss, Claude (1967): Die Struktur der Mythen, in: Lévi-Strauss, Claude (Hrsg.): Strukturale Anthropologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 226-254.

Lévi-Strauss, Claude (1973): Das wilde Denken. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lévi-Strauss, Claude (1992): Die Geschichte von Asdiwal, in: Lévi-Strauss, Claude (Hrsg.): Strukturale Anthropologie II. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 169-224.

Lübbe, Hermann (1983): Staat und Zivilreligion. Ein Aspekt politischer Legitimität. Wolfenbüttel: Lessing-Akademie.

Lübbe, Hermann (1986): Religion nach der Aufklärung. Graz/Wien/Köln: Styria.

Luhmann, Niklas (1993): Grundwerte als Zivilreligion. Zur wissenschaftlichen Karriere eines Themas, in: Luhmann, Niklas (Hrsg.): Soziologische Aufklärung. Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 293-308.

Marquard, Odo (1981): Lob des Polytheismus. Über Monomythie und Polymythie, in: Marquard, Odo (Hrsg.): Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Studien. Stuttgart: Reclam, S. 91-116.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Merton, Robert K. (1995): The Thomas Theorem and the Matthew Effect, in: Social Forces, Bd. 74, H. 2, S. 379-424.

Middell, Matthias/Gibas, Monika/Hadler, Frank (2000): Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: Middell, Matthias/Gibas, Monika/Hadler, Frank (Hrsg.): Zugänge zu historischen Meistererzählungen (= Comparativ), Jg. 10, H. 2, S. 7-35.

Münkler, Herfried (1995): Überholen ohne einzuholen. Deutsche Gründungserzählungen im Leistungsvergleich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 40, H. 10, S. 1179-1190.

Münkler, Herfried (2009): Die Deutschen und ihre Mythen. Berlin: Rowohlt.

Münkler, Herfried/Hacke, Jens (2009a): Einleitung, in: Münkler, Herfried/Hacke, Jens (Hrsg.): Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 7-13.

Münkler, Herfried/Hacke, Jens (2009b): Politische Mythisierungsprozesse in der Bundesrepublik. Entwicklungen und Tendenzen, in: Münkler, Herfried/Hacke, Jens (Hrsg.): Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 17-31.

Nohlen, Dieter (2007): Legitimität, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München: Beck, S. 300-301.

Offe, Claus (2008): Über Voraussetzungen des freiheitlichen Staates. Variationen über ein Thema von E. W. Böckenförde, in: Leggewie, Claus/Evers, Adalbert (Hrsg.): Soziale Demokratie, Zivilgesellschaft und Bürgertugenden. Festschrift für Adalbert Evers. Frankfurt am Main: Campus, S. 65-71.

Patzelt, Werner J. (1987): Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. München: Fink.

Patzelt, Werner J. (1998): Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Draht, in: Siegel, Achim (Hrsg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln/Weimar: Böhlau, S. 235-271.

Pikart, Eberhard (Hrsg.) (1966): Theodor Heuss. Aufzeichnungen 1945-1947. Tübingen: Wunderlich.

Pouillon, Jean (1984): Die mythische Funktion, in: Lévi-Strauss, Claude/Vernant, Jean-Pierre (Hrsg.): Mythos ohne Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 68-83.

Rentsch, Thomas (2010): Die Konstitution der Transzendenz. Vortrag vom 29.06.2010, gehalten im Rahmen der Ringvorlesung des Sonderforschungsbereiches 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“ in Dresden, Niederschrift des Vortrags.

Riedl, Rupert (1990): Die Ordnung des Lebendigen. Systembedingungen der Evolution. München/Zürich: Piper.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schliesky, Utz (2004): Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Tübingen: Mohr Siebeck.

Schütz, Alfred (1971): Wissenschaftliche Interpretationen und Alltagsverständnis menschlichen Handelns, in: Schütz, Alfred (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze. Band 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff, S. 3-54.

Technische Universität Dresden (2008a): Finanzierungsantrag des Sonderforschungsbereiches 804 „Transzendenz und Gemeinsinn", Allgemeiner Teil – Forschungsprogramm. Dresden: Technische Universität Dresden.

Technische Universität Dresden (2008b): Finanzierungsantrag des Sonderforschungsbereiches 804 „Transzendenz und Gemeinsinn", Antrag des Teilprojekts I „Transzendenz und Gemeinsinn als Ressourcen politischer Ordnungskonstruktion". Dresden: Technische Universität Dresden.

Thomas, William I./Thomas, Dorothy S. (1928): The Child in America. Behavior Problems and Programs. New York: Knopf.

Voigt, Rüdiger (1989): Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Symbole der Politik. Politik der Symbole. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-38.

Vorländer, Hans (2010): Transzendenz und Gemeinsinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804. Dresden: Technische Universität Dresden.

Zimmerman, Don H./Pollner, Melvin (1970): The Everyday World as a Phenomenon, in: Douglas, Jack D. (Hrsg.): Understanding Everyday Life. Toward the Reconstruction of Sociological Knowledge. Chicago: Aldine, S. 80-103.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mythos und kollektive Selbstdeutung

Das „Wirtschaftswunder“ als transzendentes Fundament früher bundesrepublikanischer Ordnungskonstruktion

SEBASTIAN HEER

1. RAHMENBEDINGUNGEN BUNDESREPUBLIKANISCHER ORDNUNGSKONSTRUKTION

Mehrere Gründe sprachen in der Anfangsphase der Bundesrepublik dafür, die politische Aufladung jeder Gründungserzählung gering zu halten. Angesichts der mangelnden eigenen Handlungssouveränität, des – anders als in der jungen DDR – gerade nicht revolutionären Neubeginns, eines auch deshalb nicht zur Verfügung stehenden, ganz neuen und darum attraktiv konnotierten Narrativs sowie des eigenen provisorischen Selbstanspruchs galt es, sich bei der Legitimitäts- und Identitätsstiftung den tatsächlich gegebenen Bedingungen sowie den politisch recht blassen Vorstellungen der Bürger anzupassen. Zwar ist der grundsätzliche Anspruch an die Legitimität einer politischen Ordnung über Generationen und Epochen hinweg konstant, die zur ihrer Erzeugung jeweils zu beschreitenden Wege reflektieren allerdings den Zeitgeist und ändern sich teils deutlich – wie sich zwei Jahrzehnte später bei der zweiten, der ‚politischen Neugründung‘ der Bundesrepublik zeigen sollte.[1] Anfang der 1950er Jahre jedoch, in einer kriegsverursachten Periode großer Entbehrungen, stieß ein Katalog von Grund- und Bürgerrechten auf eher geringe Resonanz. Hier sorgte bereits die Garantie friedlicher Rahmenbedingungen, die Sicherung eines wirtschaftlichen Grundbedarfs und der Glaube, die neue politische Ordnung könne ihre Aufschwungsverheißung einlösen, für deren einstweilige Anerkennung. Insbesondere wenn die politische Sensibilität und Partizipation der Bürger gering ausgeprägt sind, gewinnt offenbar die in eine politische Ordnung eingelassene Wirtschaftsordnung an Bedeutung und wächst in eine Orientierungs-

1 Hierzu R. Weizsäcker 2009, S. 61ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rolle hinein. Gerade in solchen sozio-politischen Konstellationen hängt die „Legitimität eines politischen Systems, die Solidaritätsbereitschaft im sozialstaatlichen Rahmen ab von den der Wirtschaftsordnung impliziten Gerechtigkeitsvorstellungen und von Wohlstandsversprechen“.[2] Wenngleich in solchen Situationen der Eindruck entstehen mag, das politische Ordnungsarrangement verkümmere in gewisser Weise zum Anhängsel einer funktionierenden, marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaft,[3] so bleibt es doch die narrativ zum ‚Wirtschaftswunder‘ versponnene Prosperitätsphase der 1950er Jahre, die durch die mit ihr assoziierte erfolgreiche ökonomische und soziale Integrationsleistung zur Basis bundesrepublikanischer Ordnungslegitimation geriet.

2. DAS ‚WIRTSCHAFTSWUNDER‘ ALS EMPIRISCHES PHÄNOMEN

Will man jene narrative Figur in ihrer wirklichkeitskonstruktiven Bedeutung für die Ordnungsstabilisierung der frühen Bundesrepublik verstehen, ist es notwendig, das empirische Phänomen ‚Wirtschaftswunder‘ sowie den Mythos ‚Wirtschaftswunder‘ auseinanderzuhalten. Weil das erste die faktische Grundlage für die narrative Ausgestaltung und Überhöhung des zweiten ist, haben die nachfolgenden Überlegungen die Absicht, die Tatsachen und Ursachen des Aufschwungs zu beleuchten. Das, was alsbald zum Wunder stilisiert wurde, setzt sich bei genauerem Hinsehen aus einer ökonomischen sowie einer fast noch relevanteren psychologischen Dimension zusammen.

2.1 Ökonomische Dimension des ‚Wirtschaftswunders‘

Hinsichtlich der wirtschaftswissenschaftlichen Fakten kann auf einen umfassenden Forschungsstand[4] verwiesen werden, weshalb eine knappe Zusammenschau an dieser Stelle genügt. So bezieht sich das empirische Phänomen auf einen unerwarteten, bis zu Beginn der 1970er Jahre anhaltenden Wirtschaftsaufschwung mit eindrucksvollen ökonomischen Kenndaten. Außergewöhnlich nahm sich diesbezüglich der konstant hohe Anstieg der deutschen Wirtschaftsleistung aus, der zwischen 1950 und 1960 im Durchschnitt 8,2% pro Jahr betrug.[5] Wenngleich die teils enormen Wachstumssprünge und Produktivitätsexplosionen, etwa vor und nach 1948, auf-

2 Vgl. R. Speth 2009, S. 213f.
3 So die Einschätzung in J. Hacke 2009, S. 8.
4 Stellvertretend für eine große Menge an Untersuchungen seien hier W. Abelshauser 2004; R. Morsey 2000; sowie M. v. Prollius 2006 genannt.
5 Siehe V. Wellhöner 1996, S. 9.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

grund unkorrekter Statistiken[6] verzerrt sind, kam es doch im Zeitraum 1950-1959 zur Verdopplung des Bruttosozialprodukts sowie zu Vollbeschäftigung.[7] Durch die Zurückerlangung der aufgrund des Zweiten Weltkrieges verlorengegangenen Exportmärkte mit einer Verzehnfachung des Exportüberschusses entstanden pro Jahr 500.000 neue Arbeitsplätze. Bald gab es mehr Arbeit als Arbeitskräfte, so dass diese über Gastarbeiterverträge aus dem Ausland angeworben werden mussten. Mit all dem ging eine Anhebung des Lebensstandards und Wohlstands der Bevölkerung einher, was an der Anschaffung von Kühlschränken, Radios, Fernsehapparaten, Autos oder Reisen ablesbar wurde, was alles sich nun immer breitere Bevölkerungsschichten leisten konnten. Zugleich mit der Erhöhung des Urlaubsanspruches erfolgte auch eine schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit auf eine Fünf-Tage-Woche,[8] und zusätzlich kamen viele in den Genuss jährlicher Einkommenssteigerungen. Ferner erhöhten sich, getragen von der lang anhaltenden Prosperität, die Sozialleistungen: Zwischen 1950 und 1970 hatten sich die Sozialausgaben von 16,8 auf 169,2 Mrd. DM erhöht und damit mehr als verzehnfacht. All dies resümierend konstatiert Werner Abelshauser: „Deutsche Geschichte ist seit 1945 vor allem Wirtschaftsgeschichte. Nichts hat den westdeutschen Staat stärker geprägt als seine wirtschaftliche Entwicklung. Auf keinem anderen Gebiet sind seine Leistungen greifbarer als dort: Ihnen verdankt die zweite deutsche Republik (West) jene Stabilität und Handlungsfreiheit, die der Republik von Weimar fehlten.“[9]

Angesichts dieser unverhofften Entwicklung sprachen nicht wenige von einem Wunder, einer unerklärbaren Fügung des Schicksals, welches es noch einmal gut gemeint habe mit den Deutschen. Bei Lichte besehen entpuppte sich das deutsche ‚Wirtschaftswunder‘ allerdings als eine Aufschwungsphase, für die es durchaus ‚säkulare‘ Erklärungen gab, weil sie sich der Konvergenz begünstigender Wachstumsbedingungen verdankte.[10] So hatte die Gunst der Stunde ihren Ursprung in einer Reihe interner Faktoren: Zum Einen hatte viel Kapital den Krieg überdauert, das aufgrund des 1936 von den Nazis verordneten Preisstopps nicht ausgegeben werden konnte und nun nach Kriegsende investiert wurde. Zum Anderen war Deutschland zwar stark zerstört worden, die Produktionsanlagen der Industrie aber – die während des Krieges sehr von Rüstungsaufträgen profitiert hatte – hatten die Angriffe weit weniger beschädigt überstanden als angenommen. Man fand die In-

6 Die Wirtschaftsleistung wurde vor 1948 nicht korrekt wiedergegeben, da eine ganze Reihe von Unternehmen Güter für den Schwarzmarkt herstellte, die sich nicht im amtlichen Produktionsindex widerfanden – allerdings wurden sie produziert und nach der Währungsreform 1948 auch auf den offiziellen Markt gebracht. Vgl. W. Zank 1988, S. 25.

7 Siehe K. Wiegrefe 2007, S.18.

8 Zwischen 1950 und 1970 sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 auf 41 Stunden, während bis der Urlaubsanspruch stetig stieg und 1973 im Mittel 23 Tage erreichte. Siehe C. Buchheim 2006, S. 368.

9 Siehe W. Abelshauser 2004, S. 11.

10 Im Einzelnen dazu L. Lindlar 1997, S. 42ff.; ebenso H. U. Wehler 2008, S. 48ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dustrie 1945 teils sogar besser ausgebaut als vor Kriegsbeginn, da viele Maschinen der kriegsrelevanten Produktionszweige durch die Verbringung in unterirdische Stollen hatten gerettet werden können. Folglich mussten viele Unternehmen keineswegs von vorn anfangen, wie es die Rede von der ‚Stunde Null' suggeriert; vielmehr waren das Potential und die Basis für einen späteren wirtschaftlichen Aufschwung beachtlich schnell mobilisierbar.[11] Hinzu kam drittens die bis zur Währungsreform 1948 künstlich gedrosselte Produktionsleistung der Unternehmen, die auf der Tatsache beruhte, dass sich viel Geld aufgrund des Kapitalüberschusses im Umlauf befand, welches zudem an Wert verlor. Da aufgrund leerer Regale mit erwirtschaftetem Geld ohnehin keine Waren gekauft werden konnten, lohnte es sich schlichtweg nicht, Gewinne anzustreben, solange der Wert der alten Reichsmark immer weiter fiel. Insofern erklärt sich der Produktionszuwachs nach der Währungsreform 1948, denn das eigentliche Potential für eine solche Leistungssteigerung war bereits seit einiger Zeit gegeben und nur zurückgehalten worden. Begünstigend nahm sich viertens aus, dass neben dem nötigen Kapital und den erforderlichen Produktionsanlagen eine hohe Zahl an qualifizierten, motivierten und obendrein billigen Arbeitskräften zur Verfügung stand. Gespeist wurde dieser Bevölkerungszuwachs – der „eigentliche Treibstoff für den fulminanten Aufschwung"[12] – in Westdeutschland vom Strom der sieben Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die aus den Gebieten im Osten und der DDR einwanderten und Know-How sowie Fleiß einbrachten.[13] Als nicht minder vorteilhaft erwies sich fünftens die zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften, welche die Löhne über viele Jahre hinweg auf einem international mittleren Niveau hielten, wodurch den Unternehmen hohe Gewinne verblieben, die wiederum in den Wirtschaftskreislauf reinvestiert wurden. Schließlich, und das bleibt nur allzu oft unerwähnt, konnte nach 1945 auf unter Krisenumständen bewährten, bestehenden Regeln der Wirtschaftsordnung aufgebaut werden, denn auch die in der NS-Zeit geschaffenen Bestimmungen des Wirtschaftsraums, angefangen von Verordnungen zum Ladenschluss bis hin zur Handwerksordnung, waren nach dem Krieg immer noch verfügbar und wurden vielfach übernommen. Insofern stand 1945 – anders als etwa 1990 in Ostmitteleuropa – bereits das Basisfundament einer Wirtschaftsordnung bereit, auf welcher sich leicht Bewirtschaftungsreformen zur Umstellung von Kriegswirtschaft auf zivile Marktwirtschaft aufsetzen ließen. Dies erleichterte den wirtschaftlichen Aufschwung erheblich und ist in seiner Bedeutung „für die Schnelligkeit und den Erfolg der Rekonstruktion nach dem Kriege wohl kaum zu überschätzen".[14]

Zu diesen internen Faktoren gesellten sich externe bzw. außenpolitische Umstände. An erster Stelle zu nennen ist der bereits ausgebrochene Ost-West-Konflikt

11 W. Abelshauser 1999, S. 525. Siehe dazu ebenfalls A. Ritschl 1985, S. 136ff.
12 Vgl. A. Jung 2007, S. 198.
13 Siehe H. Golle 2007; ferner W. Ziegler 2009, S. 146-159.
14 So A. Ritschl 2003.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sowie der gerade auch auf wirtschaftlichem Gebiet ausgetragene Kalte Krieg, der die USA zur Einsicht gelangen ließ, dass man auf eine leistungsfähige westdeutsche Wirtschaft nicht würde verzichten können. Dies galt umso mehr, als eine ökonomische Gesundung des kriegsgeschüttelten Europas ohne das tragfähige Rückgrat einer funktionierenden westdeutschen Wirtschaft kaum vorstellbar war. Da zudem die Besatzungskosten verringert werden sollten und die kriegsgeschwächte amerikanische Wirtschaft einen Absatzmarkt in Gestalt eines wiedererstarkten Europa brauchte, war es für die USA interessant, ja fast unumgänglich, die bundesrepublikanische Wirtschaft in den westlichen Wirtschaftsraum zu integrieren und ihr so die Wachstumsmöglichkeiten des ‚Wirtschaftswunders' zu ermöglichen. Die Unterstützung der USA ging dabei weit über die in ihrer instrumentellen Wirkung meist überbewerteten Hilfen des Marshallplans hinaus, und umfasste außerdem die politische Initiative zur Einführung eines marktorientierten Wirtschaftssystems, zur Gründung einer unabhängigen Bundesbank sowie zur Währungsreform 1948. Mit einer Blaupause für erfolgreiches Marktwirtschaften und 1,6 Mrd. Dollar aus dem Fonds des European Recovery Program[15] versehen, eröffneten sich für die Bundesrepublik somit unerwartete Chancen eines Aufschwungs. Dass aus bloßen Chancen letztlich Wirklichkeit wurde, ist nicht zuletzt dem Koreakrieg 1950/51 geschuldet, der gewissermaßen die Initialzündung des westdeutschen Exporterfolges markiert. Dieser Glücksfall einer kurzen Hochkonjunktur für die bundesrepublikanische Wirtschaft ging zurück auf eine gesteigerte Rüstungsproduktion der kriegsbeteiligten USA, was die Rohstoffe auf dem Weltmarkt knapp und teuer werden ließ und der Stahlindustrie als deutscher Schlüsselbranche einen Boom bescherte.[16] Erleichternd kam hinzu, dass eine auf den festen Wechselkurs zum Dollar zurückzuführende Unterbewertung der D-Mark westdeutsche Exporte billig und damit gut verkäuflich machte. Wie sich zeigt, startete das westdeutsche ‚Wirtschaftswunder' auf besonders niedrigem Niveau und fand Begünstigung durch eine Zahl interner und externer Katalysatoren, verdichtet zu singulären und eher zufälligen Sonderbedingungen der Wiederaufbauperiode sowie eines Strukturumbruches.

2.2 Psychologische Dimension des ‚Wirtschaftswunders'

In vollem Umfang erschließt sich das Potential des rein wirtschaftswissenschaftlich gut erklärbaren Aufschwungs, zum Gründungsmythos der Bundesrepublik zu avancieren, jedoch erst, wenn man sich neben den beachtlichen Wirtschaftsdaten deren

15 Die Wirkung des ERP darf mit Recht als eher von symbolischer denn instrumentell-wirtschaftlicher Natur bezeichnet werden, denn die Finanzhilfen waren zu gering, zu teuer und sie kamen zu spät, als dass sie einen wirklich entscheidenden wirtschaftlichen Beitrag hätten leisten können. Insofern lag der Effekt wohl im psychologischen Signal an die Westdeutschen, dass der ehemalige Sieger jetzt ein helfender Verbündeter sei.

16 Zur Einschätzung des ‚Koreabooms' vgl. L. Lindlar 1997, S. 244ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

psychologische Wirkung veranschaulicht. Denn das Phänomen ‚Wirtschaftswunder' umfasste weit mehr als imposante Wachstumsraten, und verkörperte geradezu idealtypisch eine von vielen Menschen geteilte Befindlichkeit, welche – nicht nur ebenso, sondern eher noch vielmehr – zum Faktor der bundesrepublikanischen Ordnungskonstruktion wurde. Was als wirtschaftlicher Aufschwung begann, verstetigte sich zusehends zu einer Art Lebensgefühl, das ein ganzes Jahrzehnt prägen sollte. War es anfangs das noch diffuse Empfinden, es gehe wieder aufwärts, so wuchs mit dem neuen Wohlstand schrittweise auch das neue Bewusstsein, ‚man sei wieder wer'. Insbesondere die im Fahrwasser des Wirtschaftswunders aufziehende Konsumgesellschaft veränderte das Bewusstsein der Menschen: Konsum wurde zur gesellschaftlichen Teilhabe, verstanden als individuelle Standortbestimmung und Selbstbild. Im kollektiven Gedächtnis blieb haften, dass eine neue Zeit angebrochen war, man die Phase der Not sowie Entbehrungen hinter sich gelassen hatte und erwartungsvoll in die Zukunft blicken konnte. Auch im Ausland, in dem die wohlhabend gewordenen Deutschen nun in immer größerer Zahl ihren Urlaub verbrachten, sah man nicht mehr vor allem auf den ehemaligen Aggressor herab, sondern hieß die D-Mark willkommen. Das verschaffte den Westdeutschen Anerkennung für das Geleistete, ein Volkswagen galt bald als Zeichen des Dazugehörens, einen Mercedes schätzte man als Statussymbol und Ausweis gelungenen sozialen bzw. wirtschaftlichen Aufstiegs. Infolgedessen ist zu konstatieren, dass das ‚Wirtschaftswunder' psychologisch die Ablösung der Klassengesellschaft durch die Konsumgesellschaft bedeutete:[17] Für Selbstwert und Anerkennung der Mitmenschen waren nicht mehr in erster Linie Beruf, Bildung oder Herkunft entscheidend, sondern mehr und mehr die Konsummöglichkeiten des Einzelnen. Daher fällt auch der programmatische Pfadwechsel der SPD mit der Abkehr von klassengesellschaftlichen Orientierungen in Gestalt des Godesberger Programms von 1959 nicht von ungefähr in die Periode des ‚Wirtschaftswunders'.

Der tiefgreifende Eindruck, den das nur vermeintlich Wundersame bei den Westdeutschen zu hinterlassen vermochte, gründete nicht zuletzt auf der positiven Diskrepanz zwischen den Erwartungen nach 1945 und der tatsächlich folgenden Entwicklung. Die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit des Neubeginns war übergegangen in eine in Ausmaß und Rasanz unvorhersehbare sowie angesichts der Zerstörungen, Besatzung und Landesteilung geradezu für unmöglich gehaltene gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung. Das psychologisch Relevante am ‚Wirtschaftswunder' war demnach die Verwandlung einer Gesellschaft der Weltkriegsverursacher, die zudem noch an der moralischen Verantwortung für die Vernichtungsverbrechen zu tragen hatte, in eine mit sich zufriedene Wohlstandsgesellschaft. Im Laufe des wirtschaftlichen Aufschwungs waren „aus den depressiven Verlierern des Krieges, die glaubten, niemals ohne fremde Hilfe aus dem Sumpf herauskommen

17 So C. Buchheim 2006, S. 368f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zu können, […] vor Selbstbewusstsein strotzende, auf ihre Leistungen stolze Menschen geworden, die es vor allem ihrem Fleiß, ihrer Beharrlichkeit, den Fähigkeiten der Unternehmer und Wirtschaftspolitiker der Bundesrepublik zuschrieben",[18] dass der Wiederaufbau in dieser Weise gelingen konnte. Insofern ist es leicht nachvollziehbar, dass der geglückte Wiederaufbau des Landes, das Streben nach Stabilität sowie die Rückerlangung internationaler Anerkennung ein ideales Identifikationspotential auch mit der politischen Ordnung boten und das wiedererlangte Selbstbewusstsein auf den ökonomischen Erfolgen der jungen Bundesrepublik basierte. Der in kürzester Zeit vollzogene Aufstieg des Landes aus der – wie oben gezeigt: zwar nicht wirtschaftlichen, wohl aber emotionalen – Asche der Verwüstung im Weltkrieg verlieh den Nachkriegsdeutschen ein maßgeblich vom ‚Wirtschaftswunder' geprägtes Selbstbewusstsein. Dementsprechend definierten sich die Westdeutschen der Nachkriegszeit lange Jahre dermaßen über das Wirtschaftswunder, dass seit den 1950er Jahren der Begriff des ‚unbewältigten Wohlstandes' kursierte.[19] Das Land verstand sich in seiner Anfangsphase derart demonstrativ als Erwerbs- und Verteilungsgemeinschaft, dass als Kompensation in den 1960er Jahren auch eine intensive Auseinandersetzung der Westdeutschen mit ihrer Vergangenheit, eine komplementäre „Identitätskonstruktion durch öffentliches Schuldeingeständnis"[20] nahezu unumgänglich schien. Im Anfangsjahrzehnt der Bundesrepublik jedoch war davon noch nicht die Rede: Viele blendeten den Wundschmerz der Vergangenheit aus, und die Euphorie des ‚Wirtschaftswunders' schützte so manche Seele vor tiefgehendem Erinnern.[21]

3. DIE MYTHISCH-NARRATIVE AUFBEREITUNG DES ‚WIRTSCHAFTSWUNDERS'

Es liegt nahe, dass der Mythos ‚Wirtschaftswunder' an der psychologischen Dimension des Wirtschaftsaufschwungs sowie dem mit dieser Prosperität einhergehenden Lebensgefühl ansetzte. Fakten und Fiktion gleichermaßen zum deutschen Wiederaufstiegsmärchen verwebend, erzählt der Mythos von Deutschen, die viel Leid über die Welt brachten, denen in der Folge ihrerseits viel Leid widerfuhr und die es dennoch innerhalb kürzester Zeit vermochten, kraftvoll zurückzukommen und zu einer leistungsstarken Volkswirtschaft aufzusteigen. Eine solche Geschichte eignete sich nicht nur vorzüglich zur Mythisierung, sondern man erzählte sie obendrein auch gern. So entwickelte sich die diskursive Bezugnahme auf das Wirt-

18 Vgl. P. Wagner 1996, S. 120
19 Siehe K. Gazdar 2010, S. 15.
20 So B. Giesen 1999, S. 68.
21 Für eine psychologische Analyse siehe W. Schmidbauer 2009, S. 40f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaftswunder-Narrativ zu einer Konstante in den politisch-historiographischen Ordnungs- und Begleitdiskursen der Bundesrepublik,[22] wenn auch der Begriff nicht erst in den 1950er Jahren geprägt wurde. Denn genau genommen bezeichnet das bundesrepublikanische ‚Wirtschaftswunder' bereits die dritte deutsche Hochkonjunktur mit assoziiertem „Wunder"-Status, fand dieser Ausdruck im deutschen Sprachraum doch erstmalig für die Hochkonjunktur um 1900 Verwendung,[23] bevor man während der 1930er Jahre abermals von einem – diesmal nationalsozialistischen – ‚Wirtschaftswunder' sprach.[24] Aber auch in den sechs Jahrzehnten nach der eigentlichen Blüte ließen sich durch diskursive Bezugnahmen auf das ‚Wirtschaftswunder' noch handlungsleitende bzw. -mobilisierende Situationsdefinitionen prägen oder war zumindest öffentliche Aufmerksamkeit erringen.[25] Verstärkt wurde auf das Wirtschaftswundernarrativ etwa in der unmittelbaren Nach-Wendezeit um 1990 zurückgegriffen, als Politiker dadurch den ‚Aufbau Ost' sowohl zu motivieren als auch die Menschen von dessen Machbarkeit zu überzeugen versuchten, indem sie auf die vierzig Jahre zuvor in weit weniger aussichtsreicher Lage möglichen Leistungen verwiesen. Man nutzte somit die positiv konnotierte historische Perzeption des wirtschaftlichen Aufschwungs der 1950er Jahre während des gesamten Bestehens der Bundesrepublik, um in schwierigen politischen und wirtschaftlichen Konstellationen Gefolgschaft und Unterstützung zu sichern.[26] Dies offenbarte sich nicht zuletzt in jenen zu herausgehobenen und symbolträchtigen Anlässen gehaltenen „Blut-Schweiß-und-Tränen"-Reden, beispielsweise im Kontext der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beider deutscher Staaten, wo immer wieder stimulierende Rekurse auf das ‚Wirtschaftswunder' genutzt wurden.[27] Wie sich rückblickend zeigt, hatte der Mythos seine Prägekraft im bundesrepublikanischen Kontext lange behaupten können und wird sogar heute noch vereinzelt als gesellschaftliche Transzendenzbehauptung zur Situationsdefinition in Prozessen diskursiver Wirklichkeitskonstruktion eingesetzt.

22 Vgl. etwa H. Suhren 1986; J. Karnath/I. Reifenhäuser/D. Karnath 1987; oder P. Glotz/U. Thomas 1994.

23 So F.-J. Jelich 1997, S. 509-513.

24 Siehe H. E. Priester 1936; sowie M. Spoerer 2005, S. 415.

25 Exemplarisch aus jüngerer Vergangenheit etwa M. Rogowski 2004.

26 Vgl. hierzu W. Abelshauser 2004, S. 402.

27 Beispiele aus dieser Zeit finden sich zu Hauf, so etwa Helmut Kohl in der Bundestagsdebatte vom 21.06.1990: „Wir werden es schaffen, wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über vierzig Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben", Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte Bd. 154, S. 17142; ebenso Ingrid Matthäus-Maier am 07. 02.1990: „Ich bin der festen Überzeugung, die Einführung der DM wäre der Startschuss für ein Wirtschaftswunder in der DDR"; oder Otto Graf Lambsdorff am 27.04.1990: „Was wir 1948 geschafft haben, das schafft auch die DDR 1990", 208. Sitzung des Bundestages, Stenographische Berichte, S. 16412.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das narrative Gerüst des Wirtschaftswundermythos,[28] an dem man sich in der Gründungsphase der Bundesrepublik orientierte, ruhte dabei auf zwei Säulen. Einerseits bereitete der Mythos den wirtschaftlichen Aufschwung mit all seinen positiven Begleiterscheinungen narrativ auf. Als kontrastierender Ausgangspunkt hierfür eignete sich kaum etwas besser als die Jahre des Mangels und des Hungers, der leeren Schaufenster und Schwarzmärkte, der Hamsterfahrten aufs Land sowie des ‚Fringsens'.[29] Diese Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit vor Augen, musste die Entwicklung der Folgejahre geradezu wundersam erscheinen: Die einst leeren Ladenauslagen füllten sich wieder, nach den Tagen des Mangels brach eine Zeit des Überflusses an, der Wiederaufbau war in vollem Gange, bald herrschte Vollbeschäftigung, und aufgrund der Lohnsteigerungen wuchs auch der individuelle Lebensstandard. Wenngleich dies alles ausschmückende Überhöhungen und dadurch zuweilen erzählerische Verzerrungen erfuhr, schien doch der – zumindest materielle – Bruch mit der Vergangenheit vollzogen und ein klarer Neubeginn gemacht. Als zentrale Voraussetzung für diese Entwicklung machte das Wirtschaftswundernarrativ die Währungsreform von 1948 aus und akzentuierte sie als zweite Säule des Mythos. So setzte die erzählerische Aufbereitung hier abermals an den Nachkriegsjahren an, die – aufgrund hoher Bargeldbestände und des resultierenden Wertverlustes der Reichsmark – geprägt waren von Inflation und Ersatzwährungen, um dann den Tag der Währungsreform hervorzuheben als jenen radikalen Schnitt, der mit der neuen Deutschen Mark endlich eine zuverlässige und kaufkräftige Währung einführte. Damit war nicht nur eine – wie sich bald herausstellen sollte – identitätsstiftende Ikone bundesrepublikanischen Selbstverständnisses geboren, sondern mit den 40 DM Startkapital konnte gewissermaßen ein jeder in eine hoffnungsvolle Zukunft aufbrechen.[30] Dieses Startkapital eröffnete in den individuellen Variationen des Wirtschaftswundernarrativs ausgezeichnete Möglichkeiten des Verknüpfens von großer politischer Bühne mit persönlichem Erleben, etwa wenn der Vater oder Großvater seinem Sohn bzw. Enkel später berichtete, was er sich als erstes von diesem Geld gekauft hatte. Gerade solche Momente sind es, die für das Forterzählen und damit In-Geltung-Halten eines Mythos und der durch ihn geprägten Situationsdefinitionen elementar sind, denn als Narrative benötigen Mythen Träger, also Menschen, die sie schlichtweg erzählen, weitergeben und fortschreiben. Tatsächlich

28 Zum prinzipiellen Aufbau politischer Mythen vgl. den Beitrag von S. Heer in diesem Band.

29 Der Begriff des ‚Fringsens' geht zurück auf den Kölner Kardinal Frings, welcher in der Silvestermesse 1946 angesichts des sehr kalten Winters sowie des akuten Mangels an Brennmaterial und Lebensmitteln Diebstahl in kleinem Umfang zur Sicherung des eigenen Überlebens moralisch rechtfertigte: „Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der Einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise, durch seine Arbeit oder durch Bitten, nicht erlangen kann."

30 Vgl. B. Stöver 2002, S. 38.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gewinnt ein Mythos gerade dann an Stabilität und Wirkmächtigkeit, wenn er von breiten Bevölkerungsschichten getragen wird, weshalb der zum Leitspruch dieser Zeit gewordene Satz „Wohlstand für alle“ eine geradezu ideale Formel darstellt. Die grundlegende Erzählstrategie des Wirtschaftswundermythos bestand folglich darin, existierende rational-wirtschaftswissenschaftliche Erklärungen des unerwarteten Wirtschaftsaufschwungs zu ignorieren und äußere Einflussfaktoren, Kontingenz oder Zufälligkeiten einfach auszuklammern bzw. ‚wegzuerzählen‘. Konkret vollzieht sich dieses ‚Wegerzählen‘ durch die Fokussierung des gedanklichen Horizonts, denn durch die Konzentration auf bestimmte – mit positiven emotionalen Zuschreibungen verknüpfte – Aspekte geraten Hindernisse oder Bedenken aus dem Blick. Das wiederum reduziert nicht nur die Komplexität des erzählten Sachverhalts, sondern bietet zudem jedermann nachvollziehbare Deutungen des Geschehenen und induziert darüber hinaus idealerweise Legitimitätsschleifen. Erst durch das ‚wegerzählende‘ Ausklammern von Fremdbestimmtem oder von begünstigenden Umständen kann in einer Gemeinschaft somit Identität und Selbstanerkennung entstehen.[31] Bezogen auf die Bundesrepublik bestand eine wesentliche Funktion des Wirtschaftswundernarrativs also darin, das Erreichte als Folge des eigenen Tuns darzustellen.[32]

Exakt hierin, im Betonen des deutschen Anteils am ‚Wirtschaftswunder‘ durch Rückführen des Aufschwungs auf deutsche Tugenden und politische Entscheidungen von Deutschen, liegt auch die entscheidende Pointe des Wirtschaftswundermythos. Dessen wirklichkeitskonstruktive Strahlkraft beruhte auf einem diskursiven Arrangement, welches die kontingenten inneren und äußeren Faktoren, die den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt hatten, in ihrer Wirkung so gering wie möglich darzustellen und stattdessen den deutschen Beitrag zum Wirtschaftswunder so stark wie möglich herauszustellen suchte. Um den Aufschwung als originär deutsche Leistung erscheinen zu lassen, auf welche die Deutschen stolz sein konnten, verwies das Narrativ auf deutsche Tüchtigkeit, auf die hohe Qualität deutscher Produkte, auf der Deutschen ausgeprägte Organisationsfähigkeit, Sparsamkeit und großen, altbekannten Fleiß.[33] Das fasste der Schriftsteller Paul Schallück 1954 so zusammen: „Werfen wir einen Blick auf unser Land: Da wimmelt und brodelt es, da wird geschafft, geleistet, da ist in Staub- und Schweißwolken die deutsche Tüch-

31 So H. Münkler 1995, S. 1180ff.

32 Der Erfolg eines solchen Vorgehens verdankt sich dabei der Tatsache, dass Mythen, anders als Wirtschaftshistoriker etwa, keinen Anspruch auf empirische Wahrheit erheben und somit auch nicht durch empirische Richtigstellungen oder Faktenbelege zu dekonstruieren sind – und genau das macht ihre transzendente Unverfügbarkeit aus.

33 Dazu Paul Sethe: „Was das Schicksal unserem Volk auch an Gaben versagt hat, die des Arbeitenkönnens hat es ihm in reichem Maße geschenkt, und sie ist selbst im allgemeinen Zusammenbruch unversehrt geblieben.“ P. Sethe in „Das deutsche Wunder“, FAZ, 27.12.1952, S. 1.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tigkeit am Werk. Hämmern, Rattern, Gebrodel bei Tag und Nacht.“[34] Neben diesem erzählerischen Hervorheben deutscher Tugenden wurde die Aussage, man habe den Wiederaufbau aus eigener Kraft geschafft, durch zwei weitere argumentative Komplexe abgestützt: einerseits das Konklave von Rothwesten, welches in strenger Geheimhaltung die Währungsreform 1948 vorbereitete;[35] andererseits die Person Ludwig Ehrhardt, der zur Personifizierung des Wirtschaftsaufschwungs geriet. Ehrhard taugte dabei ausgezeichnet als Projektionsfläche der sympathischen Vorstellung von einem rein hausgemachten Wirtschaftsaufschwung, gegründet auf deutsches Unternehmertum sowie inspiriert und angeleitet von deutschem Geist.[36] Auch hier verdeckt der Mythos seinen Gegenstand, denn „Erhard hatte zur Krisenbewältigung nicht beigetragen, und er hatte das Wirtschaftswunder nicht in Gang gesetzt. Das Wunder widerfuhr ihm, wie es allen Deutschen widerfuhr. […] Es war nicht so, daß Erhard das Wirtschaftswunder machte. Es war vielmehr so, daß das Wirtschaftswunder den Mythos Erhard machte.“[37] Obschon auch Zeitgenossen Erhards eine kritischere Sichtweise anmahnten, konzedierten sie jedoch, „daß Erhard für den größten Teil der Bevölkerung der Mann der Freiheit, des Wohlstandes, der harten D-Mark, der intellektuellen Redlichkeit und, was vielleicht das wichtigste ist, der Unabhängigkeit von Gruppeninteressen ist.“[38]

Neben dem Herausstellen des deutschen Beitrages bestand eine zweite Pointe, wenngleich von untergeordneter Bedeutung, im dezidierten Verweis auf den „Wundercharakter“ des Aufschwungs. Hintergrund dieser ob der Verfügbarkeit schlüssiger Erklärungen zunächst unklar erscheinenden Wunderbetonung dürfte zum einen das Bedienen eines menschliches Distinktionsbedürfnisses sein, andererseits ein im Spirituellen angesiedeltes Motiv: „Das Wirtschaftswunder war mehr geistiger Zustand als wirtschaftliche Realität, eine Stimmung, gespeist aus vielen Quellflüssen. Eine gewisse gläubige Naivität war wohl die wichtigste Zutat.“[39] Wie bereits Goethe bemerkte, ist das Wunder des Glaubens liebstes Kind, der das Unerwartete, Ungewöhnliche und überaus Erstaunliche erhofft – und als genau das musste die überraschende Hochkonjunktur den meisten Deutschen auch vorkommen. Was jedoch auf den ersten Blick einleuchtet, verschwimmt bereits beim zweiten Blick, denn im Grunde erzählte das Narrativ vom ‚Wirtschaftswunder‘ dessen behauptete Wunderqualität gerade weg: Nicht dem für Wunder typischen Wirken höherer Mächte und Fügungen hatte man den Aufschwung zu verdanken, sondern es handelte sich um eine – plötzlich gar nicht mehr so rätselhafte – Leistung, wel-

34 Zitiert nach K. Wiegrefe 2007, S. 35.
35 Näheres dazu bei W. Meyer 2001, S. 80ff.
36 Diese Sichtweise aufgreifend warb die CDU 1957 auf einem Wahlplakat mit dem Slogan „Wirtschaftswunder = Deine Arbeit + gute Politik“.
37 Siehe V. Hentschel 1998, S. 100.
38 So H. H. Götz in „Erhard und die Macht“, FAZ, 05.03.1959, S. 13.
39 F. Grube/G. Richter 1983, S.16.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

che die Deutschen mit recht weltlichen Tugenden selbst vollbracht hatten. Folgerichtig resümierte William S. Schlamm: „Das deutsche Wirtschaftswunder ist weder ein Wunder, noch hat es viel mit Wirtschaft zu tun“.[40] Diesen Widerspruch aufgreifend, sei auf die dem Wirtschaftswundermythos immanente erzählerische Ambivalenz hingewiesen, die jedoch keinen Nachteil, sondern eher einen Vorteil darstellt: Zwar wohnte dem Wirtschaftswundernarrativ hinsichtlich des Wunderstatus eine gewisse Widersprüchlichkeit inne, doch eröffnet eine gewisse Offenheit bzw. Doppeldeutigkeit Mythen erst jenen Raum, in dem Adressaten ihre ganz eigene Interpretation des Geschehenen wiederfinden können, und eben das hilft ihm, den Mythos für glaubwürdig zu halten und ihn immer wieder zu reproduzieren.

Auf die leichte Reproduzierbarkeit und die Tatsache des vielfachen Reproduziertwerdens geht auch der Stellenwert des Wirtschaftswundernarrativs für die Ordnungskonstruktion der Bundesrepublik zurück. Leggewie aufgreifend, lassen sich die Leistungen eines Gründungsmythos anhand von fünf Kriterien beurteilen: Er soll krisenhafte Übergänge meistern, sozialstrukturelle Verwerfungen überschreiten oder gar heilen, ein Motor der Entwicklung sein, die Geschichte vergessen machen, und er soll die durch unterschiedliche Lebens- und Geschichtserfahrungen getrennten Generationen der Bevölkerung verbinden.[41] Wie nachstehend gezeigt, kann der Wirtschaftswundermythos dabei eine ansehnliche Leistungsbilanz vorweisen, die sich im Einzelnen wie folgt zusammensetzt. Mit Blick auf das Meistern krisenhafter Übergänge waren die Herausforderungen zu Beginn enorm: Das Kriegsende und der Zusammenbruch des Nationalsozialismus, der entgegen so mancher späteren Beteuerung nicht wenigen Identität geboten hatte, stellte eine tiefe Krise dar – und das Wirtschaftswundernarrativ schuf durch Lenkung des öffentlichen Blicks auf den ökonomischen Sektor gute Möglichkeiten des Beschweigens der Vergangenheit, erleichterte so neue Identitätsfindung und ebnete damit die allmähliche Transformation der zerstörten Diktatur in eine funktionierende Demokratie. Auch hinsichtlich der Überbrückungsleistung sozialstruktureller Verwerfungen kann dem Wirtschaftswundermythos positive Wirkung attestiert werden, denn am ‚Wirtschaftswunder‘ konnte jeder teilhaben. Egal ob Vertriebene aus Pommern, Flüchtlinge aus der DDR, Bauern aus Bayern oder Arbeiter aus dem Ruhrgebiet: Das ‚Wirtschafswunder‘ ließ seine materiellen Segnungen allen zuteilwerden, nivellierte viele Rudimente der alten deutschen Klassengesellschaft und trug so zur sozialstrukturellen Homogenisierung der Gesellschaft bei. Dass der Wirtschaftswundermythos mit seiner Geschichte des unverhofften Aufstiegs der fleißigen Deutschen für ein positives Wirtschaftsklima sowie für einen Modernisierungsschub sorgte und dabei die Funktion eines Motors der Entwicklung übernahm, über-

40 Siehe W. S. Schlamm 1959, S. 9.
41 Vgl. C. Leggewie 1996, S. 288.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rascht daher kaum. Für Fragen der politischen Ordnungskonstruktion bedeutsamer nahm sich allerdings das Potential des Mythos aus, Geschichte sukzessive vergessen zu machen.[42] Denn das ‚Wirtschaftswunder' verwandelte alle in Konsumenten – egal woher sie kamen, was sie einst gedacht oder früher getan hatten. Unter dem Schirm des wirtschaftlichen Aufschwungs war reichlich Platz, und es fand sich genug Positives, um negative Erlebnisse der Vergangenheit in den Hintergrund zu drängen[43] sowie viele besprechens- bzw. aufarbeitungswerte Probleme gleichsam ‚wegzuschweigen'. Wenn sich diesem, durch das Wirtschaftswundernarrativ ermöglichten Ausblenden der eigenen Biographie etwas Gutes abgewinnen lässt, dann wohl die Tatsache, dass durch dieses Vergessen die Integration von über acht Millionen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gelang, denn dies war eine wesentliche Basis für die politische Befriedung der noch jungen Bundesrepublik. Je besser es den Menschen dann ging und je offensiver dieses befreiende Gefühl durch den Mythos in die Gesellschaft getragen wurde, desto weniger Druck empfand man, (sich) die unangenehmen Fragen zur Vergangenheit zu stellen. Dies verlor freilich in dem Maß an Bedeutung, in dem eine neue, vom Nationalsozialismus unbelastete Generation heranwuchs. Aber auch hier gelang die Einbindung der Nachfolgenden in den Gründungsmythos, nämlich über den Auf- und Ausbau jenes Sozialstaats, der sich dem ‚Wirtschaftswunder' verdankte und zum konstitutiven Element bundesdeutscher Legitimität wurde.

Hieran anknüpfend, lassen sich nun auch die zentralen Funktionen der Wirtschaftswundererzählung ausmachen, wobei am schwersten die – später noch zu vertiefende – Legitimitätssicherung der politischen Ordnung wiegt. So barg nicht etwa das zu Recht hochgeschätzte Grundgesetz, sondern die wirtschaftliche Ordnung den gründungsmythischen Kern der alten Bundesrepublik, was „im Prinzip bis heute der Fall ist, zumindest wenn man bedenkt, dass das Wirtschaftswunder mit der Entwicklung des Sozialstaats einherging".[44] Daneben spielte der Mythos eine kaum zu überschätzende Rolle beim Stiften einer neuen Identität sowie beim Wiedererlangen verlorengegangener Selbstanerkennung, ohne die eine Gesellschaft und eine politische Ordnung nicht auf Dauer auskommen können. Rasch werden die Schwierigkeiten erahnbar, welche insbesondere dieser Punkt angesichts der nach Kriegsende offenbar werdenden Verbrechen bereitete, und so entwickelte sich der mythisch aufbereitete wirtschaftliche Erfolg nahezu zwangsläufig zum Fundament der bundesrepublikanischer Identität: „Sie [die Wirtschaft] wurde auch zum Vehikel der ‚nationalen' Identifikation der Westdeutschen oder wenigstens ihres staatlichen

42 Grundsätzlich hierzu S. Heer im Beitrag zu politischen Mythen und Ordnungskonstruktion in diesem Band.

43 Zur Rolle des Wirtschaftswundermythos als Verdrängungsmechanismus vgl. M. Mathiopoulos 1997.

44 So H. Münkler 2009, S. 458.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Selbstverständnisses."[45] Denn bei Lichte besehen war der überraschende Wohlstand des ‚Wirtschaftswunders' eines der wenigen positiven Ereignisse der Westdeutschen seit 1945, welches man gemeinsam erlebte und welches sich somit auch zur Stiftung von Gemeinschaft eignete: „Dies sind die Menschen, die eine materielle Hochkonjunktur in unglaublich kurzer Zeit überwältigt hat. […] Die rasche Erlösung von materieller Not musste ihnen unheimlich sein. […] Aber hier war nichts als des Deutschen eigene Leistung, und darum gab es allen Grund, stolz zu sein."[46] Führt man sich all dies vor Augen, so geht man sicher nicht zu weit, wenn man im Wirtschaftswundernarrativ die (west-)deutsche Meistererzählung erkennt.[47] Darunter versteht man eine Deutung, die für eine bestimmte Epoche leitend ist, also eine kohärente, mit einer eindeutigen Perspektive ausgestattete und in der Regel auf den Nationalstaat ausgerichtete Geschichtsdarstellung, deren Prägekraft öffentliche Dominanz erlangt.[48] Ausgestattet mit dieser Vorrangstellung unter konkurrierenden Interpretationen, zielt eine Meistererzählung – und der Wirtschaftswundermythos entspricht dem bis ins Detail – in Prozessen diskursiver Wirklichkeitskonstruktion auf die Etablierung hegemonialer Deutungsmuster, was funktional der Prägung von Situationsdefinitionen gleichkommt. Auf diese Weise zum Träger gesellschaftlich akzeptierter Sinnstiftungen avanciert, reklamierte der Wirtschaftswundermythos nicht nur über Jahrzehnte hinweg erfolgreich eine Interpretations- und Bewertungshoheit der Ereignisse in der Frühphase der Bundesrepublik, sondern er bestimmte indirekt auch, welchen Individuen, Gruppen oder Institutionen die Kompetenz zugeschrieben wurde, diese Deutungsaufgabe konkret wahrzunehmen.[49] Am Ende bleibt somit festzuhalten, dass die mythisch-narrative Aufbereitung des ‚Wirtschaftswunders' in der Frühphase der Bundesrepublik eine nahezu unerschütterliche Geltungskraft sowie Dominanz im öffentlichen Diskurs besaß und somit ein Magnetfeld bildete, das die unterschiedlichen Partikel der historischen Vergegenwärtigung zu integrieren und einheitlich auszurichten vermochte.[50]

45 W. Abelshauser 2004, S. 12.
46 Siehe W. S. Schlamm 1959, S. 19.
47 Vgl. dazu K. Gazdar 2010, S. 30.
48 Zum Konzept vgl. K. H. Jarausch/M. Sabrow 2002, S. 9ff.; sowie M. Middell/M. Gibas/F. Hadler 2000, S. 7ff.
49 Siehe vgl. hierzu L. Hunt 1994, S. 114.
50 Vgl. K. H. Jarausch/M. Sabrow 2002, S. 16.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

4. DIE BESONDERE ZEITGESCHICHTLICHE UND MASSENPSYCHOLOGISCHE ‚PASSUNG' DES MYTHOS ALS ORDNUNGSPOLITISCHER GLÜCKSFALL

Was jedoch machte die Wirtschaftswundererzählung so erfolgreich? Warum stieß der Mythos bei so vielen Menschen über einen langen Zeitraum hinweg auf Akzeptanz? Wieso sah die westdeutsche Gesellschaft gerade in ihm jenes Deutungsmuster, welches die Ordnung der Bundesrepublik begründete und legitimierte? Abermals sei die Ausgangslage nach dem Krieg in Erinnerung gerufen: „Wie schön wäre Deutschland, wenn man sich noch als Deutscher fühlen könnte und mit Stolz als Deutscher fühlen könnte."[51] Was Klemperer noch vor Kriegsende in seinem Tagebuch notierte, verweist uneingeschränkt auf die Gemütslage und Bedürfnisse der Deutschen nach 1945 und legt die Notwendigkeit eines ideologiefreien, gewissermaßen ‚zivilen' identitätsstiftenden Sammelpunktes frei. Denn der Zusammenbruch ehemals fixer Orientierungspunkte hatte eine normative Verschiebung zur Folge gehabt, und als der gemeinsame Nenner alles Neuen in Deutschland schien „eine gewaltige Umschichtung in der deutschen Ordnung der menschlichen Werte [ausmachbar gewesen] zu sein. An der Spitze ihrer neuen Rangordnung der Werte stand ‚private Karriere' – nicht mehr ‚Vaterland' oder ‚Ideologie' oder ‚Weltanschauung'. Geschäfte, und nichts als Geschäfte, sind des neuen Deutschen Geschäft."[52] Selbst fast zwei Jahrzehnte nach Republikgründung ließ sich nicht nur ein Mangel an politischer Identität, sondern mehr noch sogar eine allgemeine Ablehnung bei der Suche nach einer solchen ausmachen: „Es gibt für uns noch immer keinen politischen Ursprung und kein Ideal, kein Herkunftsbewusstsein und kein Zielbewusstsein, kaum eine andere Gegenwärtigkeit als den Willen zum Privaten, zum Wohlleben und zur Sicherheit."[53] Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, darauf laufen zeitgenössische Befunde hinaus, war also gekennzeichnet durch einen Rückzug ins Private, das Verlangen nach der eigenen ‚heilen Welt' sowie durch das Erreichen eines gewissen Wohlstandes. Dieser Wunsch nach Harmonie und Eintracht war nach den Jahren der überideologisierten Weltanschauungskämpfe sowie des Krieges nur allzu verständlich und spiegelte sich im Bewahrenwollen eines weitgehenden (un)politischen Konsenses wider. Doch auch eine auf privaten Rückzug ausgerichtete Gesellschaft, gerade wenn sie sich in einer Gemeinsinn erfordernden Aufbauphase befindet, wird sich ohne eine überwölbende Identität schwerlich als Gemeinschaft begreifen, genauso wie eine politische Ordnung kaum auf Dauer zu stellen ist, wenn es ihr an Legitimität mangelt. Welche Möglichkeiten der Identitäts- und Legitimitätsstiftung standen also 1949 noch zur Verfügung, um einen

51 Siehe W. Nowojski/H. Klemperer 1995, S. 419.
52 W. S. Schlamm 1959, S. 12.
53 So K. Jaspers 1966, S. 178f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durch Besatzungsmächte ins Leben gerufen Staat begründen und eine zerbrochene Gesellschaft wieder zusammenzuführen?

Der bis dahin in Deutschland nicht selten überschießende Nationalismus schien zur eigenen Standortbestimmung und als identitätsstiftendes Merkmal genauso verbrannt zu sein wie viele Städte des Landes. Waren es nicht gerade die Exzesse des deutschen Nationalismus gewesen, die nur wenige Jahre zuvor halb Europa mit einem vernichtenden Krieg überzogen hatten? Darauf eine neue Identität gründen zu wollen, erübrigte sich faktisch von selbst. Zudem war Deutschland geteilt. Also konnte man die politische Ordnung der Bundesrepublik – trotz des demokratietheoretisch begründeten Alleinvertretungsanspruchs – nicht einfach als den ‚Staat der Deutschen' ausgeben, wenn doch Millionen Deutsche, die zufällig unter politisch vollkommen andere Vorzeichen geraten waren, außerhalb dieses Staates lebten. Außerdem konnte das Bekenntnis zur deutschen Nation angesichts der Zerstückelung des Landes, der Besatzung und der damit verbundenen Regelungen des Besatzungsstatuts keine politische Kraft entfalten.[54] Denn die Bundesrepublik wurde zwar durch Deutsche und nicht gegen deren Willen, aber auf Initiative der Alliierten errichtet, und somit blieb die Nation eine eher zweitrangige Kategorie – eine Tatsache zwar, aber letztlich nebensächlich. Aus allen vorgenannten Gründen lag die Notwendigkeit einer postnationalen Aufhängung der Bundesrepublik auf der Hand, denn dieser neue, unter dem Primat der Außenpolitik und aus Gründen der Sicherung der Nachkriegsordnung gegründete Staat ließ sich nach innen nicht national legitimieren und konnte keine Identität aus der Bezugnahme auf die Nation schöpfen. Aber was dann?

Da direkt adressierter Nationalismus aufgrund der zeitgeschichtlichen und moralischen Konstellation nicht in Frage kam, blieb durchaus jene intellektuell anspruchsvollere, weil abstrakte Option der Selbstbeschreibung des Gemeinwesens denkbar, die das Vaterland über das Verfassungsgefüge bestimmbar macht. Auf genau diesen Umstand rekurriert der Begriff des Verfassungspatriotismus,[55] der – wenngleich erst 30 Jahre nach der Grundgesetzverabschiedung geprägt – Identität aus der Unterstützung des eine politische Ordnung tragenden Prinzipiengefüges zu gewinnen versucht. Dieser Ansatz zielt dabei nicht notwendigerweise auf eine Substituierung des Vaterlands-Begriffes, sehr wohl aber auf dessen Erweiterung, nämlich um ein durch die normenbezogene Ausdeutung an Kraft gewinnendes Argument, welches das äußerlich vorgegebene Vaterland auch innerlich als solches annehmbar mache. Allerdings äußerten in einer Umfrage vom März 1949 nicht weniger als vierzig Prozent der befragten Deutschen, die Verfassung sei ihnen gleichgültig; und selbst 1954 wusste die Hälfte der Bevölkerung nichts von deren Existenz.[56]

54 Vgl. J. Hacke 2009, S. 51.

55 Zum Begriff D. Sternberger 1990; zu dessen eigener Mythologisierung siehe J.-W. Müller 2007, S. 40ff.

56 Daten aus K. Gazdar 2010, S. 16.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ergänzend dürfte hinzu kommen, dass das Grundgesetz, welches zweifelsfrei eine gelungene Konstruktion ist, „vom Volk, das es nicht kannte und nicht begreifen konnte, weder diskutiert noch beschlossen wurde“.[57] Entsprechend blieb die Verfassung anfangs ohne emotionalen Widerhall im Bewusstsein der westdeutschen Gesellschaft und konnte nicht zu einem identitätsstiftenden Faktor werden. Ohnehin brauchte es erst einmal Zeit, bis sich Vertrauen in das Grundgesetz und dessen freiheitlich-demokratische Grundordnung herausbilden konnte.[58]

Somit kam nur ein gerade nicht in erster Linie auf das Politische ausgerichtetes Mittel zur Legitimation und Selbstvergewisserung in Frage. Eben deshalb war das Wirtschaftswundernarrativ, im Prinzip ein Notbehelf, in einer solchen Situation die verfügbare und bei den Adressaten auch verfangende Alternative. Tatsächlich waren es keine auf politischer Rationalität fußenden Legitimations- und Identitätsstiftungsargumentationen, welche die politische Ordnung der frühen Bundesrepublik begründeten. Das tat vielmehr ein Mythos, denn ein solcher muss bei Weitem geringeren Anforderungen genügen. Vor allem jedoch muss er keineswegs wahr sein, sondern lediglich für wahr gehalten werden. Dazu freilich bedarf es eines Mindestmaßes an Nachvollziehbarkeit, Authentizität und argumentativer Überzeugungskraft, wobei all dies narrativ herzustellen und das Gesamte dann noch durch Symbolisierungen und Inszenierungen abzusichern, ein zwar an sich nicht einfaches, doch aufgrund der besonderen Zeitumstände erstaunlich leicht lösbares Problem darstellte. Sucht man nach den Gründen des Erfolgs des Wirtschaftswundermythos, so fällt speziell ein hoher Grad an zeitgeschichtlicher und auch massenpsychologischer Passfähigkeit auf, die sich ihrerseits dem Ineinandergreifen einer Reihe von Faktoren verdankte.

Erstens nahm sich ausgesprochen positiv aus, dass der Wirtschaftswundermythos als solcher schon recht *voraussetzungsarm* und aus sich selbst heraus *evident* war. Die materielle Logik des Mythos errichtete keine besonderen intellektuellen Zugangshürden; vielmehr war die Botschaft vom Leben in Wohlstand von jedermann zu verstehen. Damit folgte die Wirtschaftswundererzählung dem probaten evolutionären Prinzip größtmöglicher Einfachheit bei nur geringstnötiger Komplexität: Weil sich ein Gründungsmythos an alle Schichten der Gesellschaft richtet, darf er seine Rezipienten nicht überfordern und muss entsprechend unkompliziert sein. Das erforderliche Quantum Evidenz mischte sich wortlos bei, denn ein jeder trug das Symbol des Wirtschaftswunders, die D-Mark, im Portemonnaie und konnte bereits beim kurzen Bummel durch die Innenstadt erkennen, wie positiv das ‚Wirtschaftswunder‘ den Alltag verändert hatte.

57 Vgl. K. Jaspers 1966, S. 176.

58 Zum Entfaltungsprozess der bundesrepublikanischen politischen Ordnung sowie des Deutschen Bundestages als deren institutionellen Kristallisationskern siehe S. Heer 2012, S. 131ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zweitens wies der Mythos, zumindest bei oberflächlicher Betrachtung, einen *unpolitischen Kern* sowie *geringes politisches Gewicht* auf. Dies bedeutete einen nicht zu unterschätzenden Vorteil in einem Staat, dessen Selbstanspruch nicht über den eines politischen Provisoriums hinausreichte und der jede Form politisch-symbolischer Opulenz vermeiden wollte. Gleichermaßen stellte sich dies als günstig heraus bei einer Bevölkerung, die – getrieben von einer Diktatur und getragen von weltanschaulicher Indoktrination – einen weiteren Krieg geführt sowie verloren hatte und folglich nicht auf politisch-ideologische Großerzählungen aus war. Der unpolitische Mythos Wirtschaftswunder indes stand dem erwünschten Rückzug ins Private nicht im Wege: Man konnte privater Konsument sein – und trotzdem Bürger der Bundesrepublik. Ohnehin schien nach 1945 ein mythenpolitischer Schnitt unumgänglich, da fast alle politischen Mythen Deutschlands kompromittiert oder zerstört waren und niemand mehr die nationale Identität narrativ zitieren mochte. Der Konsummythos ‚Wirtschaftswunder' hingegen besaß ein vergleichsweise geringes politisches Gewicht, und sein Fokus lag nicht auf der Ebene des dezidiert Politischen oder Ideologischen. Somit ließ sich das sanfte Selbstverständnis als „prosperierende Exportarbeitsgemeinschaft ohne politische Ambitionen"[59] glaubhaft sowohl nach innen als auch nach außen hin pflegen. Bei alledem mag sich die Vermutung aufdrängen, dass ein so unpolitischer Mythos eher schlecht geeignet sein konnte, ein politisches Konstrukt wie eine Gesellschaft bzw. politische Ordnung zu stabilisieren.

Die Erklärung, weshalb gerade der bescheidene politische Anspruch des Wirtschaftswundernarrativs dies leisten konnte, geht in zwei Richtungen. Einerseits wollte sich die Bundesrepublik von der ersten Stunde an einen bewusst provisorischen Charakter geben. Da passte es nur zu gut, dass mit dem Mythos ‚Wirtschaftswunder' eine transzendente Ressource zur Hand war, die Identität stiftete, dabei ohne explizite politische Ausrichtung auskam und stattdessen – wirksam bis zur ostdeutschen Friedlichen Revolution von 1989/90 – auf das unverfängliche Feld des Konsums verwies. Andererseits hatte sich bei vielen Deutschen aufgrund von Erfahrungen in der NS-Zeit tiefe Ernüchterung in Bezug auf weltanschauliche Ordnungsbegründungen eingestellt, woraus das Verlangen nach einer Gesellschaft ohne politische Gesinnungsbekundungen entstand, gewissermaßen als Kompensation für die eigene ideologische Empfänglichkeit der Vergangenheit. Infolgedessen erlegte man sich im Rahmen einer pragmatischen Skepsis politische Abstinenz auf und lebte in einem „Vakuum des politischen Bewusstseins".[60] Freilich galt das nur für die Anfangs- bzw. Übergangszeit, bis sich die neue Ordnung anschließend auch durch eigene Leistungen politisch legitimieren konnte: „An ihren Früchten sollt ihr sie er-

59 So C. Leggewie 1996, S. 291.
60 K. Jaspers 1966, S. 177.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kennen“.[61] In dieser Anfangsphase eines Staates, der sich im politischen Sinne Ende der 1960er Jahre ‚neu gründen‘ sollte, diente der Wirtschaftswundermythos somit als eine Art legitimatorische Überbrückung: „Das Wirtschaftswunder […] entsprach der untersten Stufe einer Rakete, die den ersten Schub für den Höhenflug leistet. Sie ist unentbehrlich, aber sie wird nicht in den weiteren Flug einbezogen. […] Sie hat zwar den Antrieb für alles Weitere geliefert, aber die Astronauten vergessen sie, sobald sie ihren Dienst getan hat.“[62]

Drittens und darüber hinaus entwickelte sich der Wirtschaftswundermythos zur erfolgreichen Ressource diskursiver Ordnungskonstruktion, weil er für jedermann *erfahrbar und erlebbar* war. Abseits rhetorischer Verbrämungen konnte wirklich jeder im persönlichen Alltag sehen, dass es bergauf ging und der Lebensstandard stieg. Infolgedessen wurde das ‚Wirtschaftswunder‘ allenthalben erlebt, was es zu viel mehr als nur einem Aggregat individueller Erfahrungen machte: zu einem kollektiven Lebensgefühl. Das ‚Wunder‘ konnte demnach keine Fiktion sein, schließlich verband man ja eigene Erinnerungen mit ihm und wurde selbst zum Teil des gelebten Mythos. Das wiederum sorgte dafür, dass sich der Wirtschaftswundermythos fast von selbst erzählte, wenn man Freunde ins neue Haus einlud, Kollegen von der letzten Urlaubsreise berichtete oder dem Nachbarn das neue Auto vorführte. Dies bedeutete einen ganz praktischen Trumpf, denn ein solcher Mythos ist nicht darauf angewiesen, über Staatsinszenierungen, Denkmäler, mediale Aufführungen, Geschichtsschreibung, Literatur oder Schullehrpläne offiziell reproduziert zu werden. Stattdessen geriet „die individuelle Erinnerung zur Beglaubigung des kollektiven Gedächtnisses“.[63]

Aus dieser Perspektive erschließt sich – viertens – der große Vorteil, der dem Wirtschaftwundermythos aus der Charakteristik seiner Präsentation entstand: Er besaß eine *zurückhaltende symbolisch-inszenatorische Aufladung* und entsprach damit dem Zeitgeist. Dies hatte in der besonderen historisch-kulturellen Situation nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus Gewicht, denn Mythen fallen bei Adressaten besonders dann auf fruchtbaren Boden, wenn jene nicht das Gefühl historischer Belehrung oder symbolischer Überfrachtung haben und gerade nicht eine inszenierte Geltungsbegründung erleben.[64] Weil nun aber, auf nationalistischer Tradition gründend, speziell das NS-Regime seine Herrschaft mit Hilfe omnipräsenter Alltagssymbolik und theatralisch-überhöhter Inszenierungen zu stabilisieren versucht hatte, war die deutsche Bevölkerung überzogener politischer Symbolik überdrüssig – sei es aus Einsicht, Verbitterung oder Verdrängung: „Wir wollten keine Fahnen, keine Uniformen, keine Embleme, keine Aufmärsche, keine großen Reden,

61 Matthäus 7, 16.
62 Siehe W. Schmidbauer 2009, S. 73.
63 Siehe H. Münkler 2009, S. 469.
64 Vgl. dazu M. Midell/M. Gibas/F. Hadler 2000, S. 26.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weil wir von all dem genug erfahren, nicht selten auch erlitten hatten."[65] Dem entsprach dann auch jene Armut an öffentlichen Inszenierungen, die sparsame Metaphorik sowie die betonte politische Nüchternheit der entstehenden Bundesrepublik, welche sich – zieht man die europäischen Nachbarn vergleichend heran – bis in die Gegenwart hinein erhalten hat und zum Teil der politischen Kultur Deutschlands wurde. In einer über Jahre hinweg politisch-inszenatorisch überbeanspruchten Bevölkerung verwundert es jedenfalls nicht, dass ein vordergründig alltäglicher, nichtpolitischer Mythos eine so tiefe emotionale Verwurzelung entwickeln konnte und, gewissermaßen als Gegenbewegung zu den Symbolwelten der Vergangenheit, zum Gründungsmythos des Neuanfangs werden konnte.

Bei allem Neuanfang der oft proklamierten „Stunde Null" stellte der Mythos – fünftens – unterschwellig auch emotional-empathische Rückzugsräume des Erinnerns bereit, die *Anschlussmöglichkeiten an die Vergangenheit* eröffneten. So beließ das Wirtschaftswundernarrativ – gerade weil es im Kern weltanschaulich neutral war – all jenen, die sich nicht vom Vergangenen lösen konnten oder wollten, die subtile Option, gedanklich und gefühlsmäßig an alte Zeiten anknüpfen zu können. Auf diese Weise integrierte der Mythos auch die ‚Gestrigen' und erlaubte es allen Menschen, die nun ganz andere politische Ordnung anzunehmen, ohne dass sie die alte Zeit, einen wichtigen Teil ihres Lebens, einfach als verlorene Jahre betrachten mussten.[66] Wenngleich nicht unumstritten, ist die These doch plausibel, das ‚Wirtschaftswunder' könne als identitätsstiftende Brücke zwischen der NS-Zeit und der Bundesrepublik interpretiert werden.[67] Bei genauerem Hinsehen nämlich geben sich tatsächlich einige symbolische Verbindungen zu erkennen, von denen der VW-Käfer, in den 1950er Jahren das Sinnbild des wirtschaftlichen Aufschwungs, die augenfälligste ist, denn seine Wurzeln reichen in die 1930er Jahre zurück, in denen er als KdF-Wagen ein ideologisches Vorzeigeprojekt der Nazis verkörperte. Aber auch darüber hinaus durften die Westdeutschen „die konsensstiftenden Symbole ihrer [ehemaligen] Volksgemeinschaft lieben, die Autobahn, die soziale Sicherung sowie die korporative Bremsung sozialer Konflikte."[68] Gerade letzteres ließ sich auch so deuten, dass „nachdem eine kollektive Identifizierung mit dem Nationalsozialismus und seiner Volksgemeinschaftsideologie moralisch nicht mehr möglich war, Soziale Marktwirtschaft und Deutsche Mark dem frühen postfaschistischen Westdeutschland ein neues Identifikationsobjekt mit wirtschafts- und sozialpolitisch kaum verändertem Inhalt zur Verfügung stellten."[69] Ulrich Wehler identifiziert

65 So der Sprachwissenschaftler H. Geißner, der das Kriegsende als 20-Jähriger erlebte. Siehe H. K. Geißner 2005, S. 7.

66 Wie relevant dieser Aspekt ist, zeigt sich bei den auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch bestehenden Schwierigkeiten des sozialen Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschen.

67 Vgl. K. Gazdar 2010, S. 33f.

68 Siehe A. Ritschl 2003, S. 14.

69 Ebd.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

im wirtschaftspolitischen Konsens der Wirtschaftswunderjahre gar einen ungebrochenen Wiedergänger der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie in gewissermaßen „entbräunter Form“.[70] Darüber hinaus, so glaubten einige, gründe sich das ‚Wirtschaftswunder‘ auch faktisch auf Fundamenten, die während der Nazi-Zeit gelegt wurden. Dergestalt verschmolzen, oft auch unterbewusst, nationale Selbstgefälligkeit, Bildungsdünkel, Elitedenken, Disziplinkult und Autoritätsglauben zu jenem Konglomerat, welches mancher als Voraussetzung des Aufschwungs begriff. Auf diese Weise vermochte das Wirtschaftswundernarrativ auch all jene, denen diese Vorstellung sympathisch war, an die gesellschaftliche Mitte zu binden und ihre mögliche Radikalisierung zu verhindern. Das freilich veranlasste später verschiedentlich zur Schlussfolgerung, „die Restauration nach der Gründung der Bundesrepublik [sei] eine trügerische Versöhnung [gewesen], in der nur die Symbole, Hakenkreuz und SS-Rune, getilgt waren“[71]. Obgleich dieses Fazit gewiss zu weit geht, so hat der narrative Erfolg des Wirtschaftswundermythos, und gerade nicht eine innere Umkehr zu freiheitlichem Verfassungsdenken, sicher „mehr als alles andere zur Legitimation der politischen Nachkriegsordnung und ihrer Akzeptanz in Deutschlands nachfaschistischer Gesellschaft beigetragen“.[72]

5. ENTZAUBERUNG DES ‚DEMOKRATIEWUNDERS‘?

Kaum geringer als die durch das ‚Wirtschaftswunder‘ ausgelöste Verblüffung fiel das Erstaunen über die deutschen Entwicklungen auf politisch-kulturellem Gebiet aus. Noch 1947 hatte der amerikanische Deutschlandkenner George F. Kennan den Deutschen eine Unreife für die Demokratie sowie – noch schwerer wiegend – eine undemokratische Urnatur attestiert. Er sah den überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung von autoritärem Geist beseelt sowie von obrigkeitsstaatlichem Denken durchdrungen. Dem entsprach, dass auch die Deutschen selbst Skepsis hinsichtlich der Demokratie hegten, die so mancher sowohl als ‚undeutsch‘ empfand als auch durch das Scheitern Weimars in Misskredit gebracht sah. Insofern war die Hoffnung auf ein Gelingen des demokratischen Neuanfangs nicht sonderlich hoch, und niemand wohl konnte nach dem Krieg die später so selbstverständlich anmutende Unterstützung der Westdeutschen für die Demokratie absehen. Fast noch weniger, als man mit einer schnellen wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands rechnen konnte, war somit von einer raschen Stabilisierung der bundesdeutschen Demokratie auszugehen. Dass diese pessimistischen Erwartungen bald widerlegt wurden, Jahrzehnte später gar das Wort von der ‚geglückten Demokratie‘[73] zutreffen würde,

70 So H. U. Wehler 2003, S. 716.
71 W. Schmidbauer 2009, S. 56.
72 Siehe A. Ritschl 2003, S. 9.
73 So E. Wolfrum 2006, S. 506.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war durchaus nicht absehbar. Deshalb sprachen einige Betrachter, in Anlehnung an den Begriff des ‚Wirtschaftswunders', vom deutschen ‚Demokratiewunder':[74] „Die Politik, auch sie wirkt wie ein Wunder. Trotz Millionen ehemaliger Nazis, Hunderttausender Mörder, ungezählter Schreibtischtäter etablierte sich in wenigen Jahren eine stabile Demokratie […] Statt politischem Chaos eine funktionstüchtige Regierung, loyale Beamte, hohe Wahlbeteiligungen, klare Mehrheiten."[75] Tatsächlich war die politische Entwicklung der Bundesrepublik in Richtung Demokratie, insbesondere angesichts der Ausgangslage[76] – die Jungen hatten Erfahrungen weder mit Demokratie noch mit Parlamentarismus, bei den Älteren dominierte die Erinnerung an die unbeständigen Verhältnisse der Weimarer Republik – unverhofft stabil und positiv verlaufen.

Bei der Ursachensuche, wie es zur unerwarteten Demokratisierung der Bundesrepublik kommen konnte, gerät abermals die gründungsmythische Erzählung des ‚Wirtschaftswunders' in den Blick. Denn die Frage nach den Hintergründen der Demokratisierung ist nicht nur untrennbar mit der Frage nach den das Gemeinwesen befriedenden sozioökonomischen Grundlagen der politischen Ordnung verwoben, sondern gleichsam die Frage danach, was die demokratische Ordnung als verbindende, gemeinschaftsstiftende Idee zusammenhielt. Aber gab es überhaupt ein ‚Demokratiewunder'? Kritische Stimmen[77] bezweifelten ein solches bereits damals und schrieben diesbezügliche Einschätzungen einer Mischung aus Wunschdenken sowie oberflächlicher Betrachtung zu. Die unvorhergesehene und daher wie ein Wunder anmutende Stabilität der frühen bundesrepublikanischen Ordnung sei – so ein zeitgenössisches Urteil – eher das Ergebnis einer „vom wirtschaftlichen Aufschwung beflügelten und überdeckten Kultivierung des nationalen Gedächtnisverlustes",[78] gestützt durch „Lernprozesse auf durchaus opportunistischer Grundlage".[79] Mancher glaubte gar, immer noch „handfeste Ressentiments gegen die De-

74 Zum Begriff siehe D. Prowe 2001, S. 451ff.; ebenso A. Bauerkämper/K. H. Jarausch/M. M. Payk 2005, S. 11ff.; desgleichen bei K. Sontheimer 1999.

75 Siehe K. Wiegrefe 2007, S. 19.

76 Immerhin erklärten noch 1948 nicht weniger als 57 Prozent der Befragten, der Nationalsozialismus sei eine prinzipiell gute, nur schlecht umgesetzte Idee. Daten aus dem Report 100 ‚Trends in German Public Opinion' der amerikanischen Militärregierung vom März 1948. Vgl. A. J. Merritt/R. L. Merritt 1970, S. 295.

77 Stellvertretend P. Sethe: „Die andere Sorge rührt daher, daß wir uns als Bürger der Bundesrepublik keineswegs rühmen dürfen, die Form und das Wesen des freiheitlichen Staates seien innerlich bereits fest gegründet. Sie sind nicht nur von der Erinnerung an das Gestern bedroht. Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob wir selber durch Vorbild und Leistung alles getan haben, den Zweifel vor allem unter der Jugend zu zerstören und den neuen Staat nicht als ein notwendiges Übel, sondern als ein hohes irdisches Gut sichtbar zu machen, so sind wir nicht sicher, ob jeder von uns sie mit vollem Bewußtsein zu bejahen vermag." P. Sethe in „Das deutsche Wunder", FAZ, 27.12.1952, S. 1.

78 Siehe H. Plessner 1994 [1959], S.18.

79 So der Historiker A. Schildt in einem Interview in G. Bönisch/K. Wiegrefe (2007), S. 98.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mokratie und einen zumeist latenten Antisemitismus“[80] hinter der frisch geputzten Fassade schimmern zu sehen, so dass die Stabilität des frühen bundesrepublikanischen Ordnungsgefüges eher die Konsequenz politischer Abstinenz[81] als aktiver, internalisierter Demokratisierung gewesen sei. In der Tat basierte die Demokratie der Anfangsjahre nicht auf einem öffentlich ausgehandelten und tragfähigen Verfassungskonsens, der breite Teile des politischen Spektrums von links bis rechts eingebunden hätte, sondern auf der unausgesprochenen Übereinkunft, das Politische nicht in den Mittelpunkt des Lebensgefühls zu rücken. Funktionieren konnte das freilich nur, weil die übrigen Rahmenbedingungen des alltäglichen Lebens stimmten und der wirtschaftliche Aufschwung mitsamt seiner narrativen Aufbereitung in Gestalt des Wirtschaftswundermythos dafür sorgte, dass sich ein nicht unerheblicher Teil der Gesellschaft wirklich nicht sonderlich um Politik scherte – und auch nicht scheren musste. Insofern könnte man, wenngleich etwas pointiert, von einer ‚Demokratie der politischen Abstinenzler‘[82] sprechen. Dann allerdings tut sich die Frage auf, inwieweit politische Enthaltsamkeit eine Demokratie zu tragen vermag, die doch von aktiver Teilhabe und dem Willen zur Einmischung lebt.

Bedeutet dies nun die Entzauberung des ‚Demokratiewunders‘, noch dazu durch das ‚Wirtschaftswunder‘? Zunächst ist davon auszugehen, dass von einem ‚Demokratiewunder‘ im eigentlichen Sinne in der Frühphase der Bundesrepublik schwerlich die Rede sein kann. Vielmehr war die Stabilität der neuen politischen Ordnung aufs Engste mit der Stabilität und Leistungsfähigkeit der neuen, zugehörigen Wirtschaftsordnung verwoben. Diese, in gewisser Weise ein Fundament darstellende, Verknüpfung nahm sich dabei sehr direkt und zugleich originär aus, beurteilte doch ein Großteil der Westdeutschen die eigene Situation – insbesondere nach den traumatisierenden Krisenerlebnissen – nicht anhand politisch-normativer Standards, sondern gemäß der unmittelbaren Überlebenslage. Hohe Zustimmung und Unterstützung erhielt das politische System als gesellschaftlicher Ordnungsrahmen deshalb, weil es in der Lage war, einerseits ganz greifbar die tägliche Versorgung der Bürger sicherzustellen und andererseits aussichtsreiche materielle sowie chancenreiche Zukunftsentwürfe glaubhaft zu machen: „Die Legitimität eines politischen Systems und die Solidaritätsbereitschaft im sozialstaatlichen Rahmen hängen ab von den der Wirtschaftsordnung impliziten Gerechtigkeitsvorstellungen und von Wohlstandsversprechen.“[83] Auf diese Weise sicherten sowohl der wirtschaftliche Aufschwung als auch die überwölbende Erzählung des Wirtschaftswundermythos,

80 Vgl. C. Leggewie 1996, S. 293.
81 „Das neudeutsche politische Leben ist zunächst einmal von der Tatsache bestimmt worden, dass es fast zehn Jahre keines gab. Mit der totalen Niederlage des Jahres 1945 verlosch jeglicher ideologische Funke“. Vgl. W. S. Schlamm 1959, S. 82.
82 Ähnlich J. Hacke 2009, S. 23.
83 Vgl. dazu R. Speth 2009, S. 213f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der jedem die individuelle Teilhabe an diesem wirtschaftlichen Erfolg in Aussicht stellte, die Loyalität vieler Bürger gegenüber der noch nicht gefestigten Demokratie der Bundesrepublik. In einer solchen ‚Wirtschaftsdemokratie'[84] wuchsen – mit Hilfe der katalytischen Wirkung des Wirtschaftswundermythos – wirtschaftliches Wohlergehen und die politische Ordnung zu einem einander gegenseitig stützenden und bedingenden Geflecht. Dessen Schwäche bestand gerade während der ersten Jahre in der Abhängigkeit der Demokratie von wirtschaftlicher Prosperität, weshalb letztere in ihrer mythischen Aufbereitung zur absichernden Rückenstärkung der politischen Ordnung geriet. Entsprechend verdankte sich die Stabilität der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung in hohem Maße der beständigen Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft, gestützt auf den verbreiteten und – abgesehen von akademischen Kreisen – lange Zeit unwidersprochenen Glaubenskern des Wirtschaftswundernarrativs, all dies habe seine Wurzeln vornehmlich in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Mehr und mehr galt den meisten als unzweifelhaft, dass die westdeutsche Wirtschaftsordnung ihren Erfolg – neben sogenannten ‚deutschen' Tugenden – ganz wesentlich den Prinzipien der Freiheit und Selbstbestimmung verdanke, jenen Prinzipien also, welche konstitutiv die bundesrepublikanische Gesellschaftsordnung ausmachten. Dadurch wurde der in der Formel des ‚Wirtschaftswunders' auf den Punkt gebrachte Erfolg des Wirtschaftssystems zum Symbol für das westdeutsche Gesellschaftsmodell: Wer positiv auf das ‚Wirtschaftswunder' Bezug nahm, rekurrierte implizit ebenso auf jenen politischen Ordnungsrahmen, der die Funktionsgrundsätze sowie -bedingungen der Wirtschaft bereitgestellt hatte. Wenngleich bei vielen Deutschen unreflektiert und unbewusst, wurde von fast einer ganzen Generation die politische Ordnung mit dem ‚Wirtschaftswunder' assoziiert. Die Haltbarkeit dieser Verkopplung beruhte dabei nicht unerheblich auf der sozial befriedenden Wirkung finanzieller Umverteilung, welche der vom Wohlstand des ‚Wirtschaftswunders' getragene Sozialstaat entfaltete und damit viele gesellschaftliche Konflikte abmilderte. In der Bundesrepublik sicherte somit der wirtschaftliche Erfolg der frühen Jahre die materielle Basis für jenen Grundkonsens, der in der Folge den demokratischen Interessenausgleich der sozialen Gruppen untereinander erleichtern sollte: „Der Eindruck, dass es den Deutschen noch nie besser gegangen war und dass das politische Gefüge – im Gegensatz zur Weimarer Republik – eine erstaunliche Stabilität aufwies, trug zur alltagsweltlichen Wertschätzung bei, welche die Westdeutschen ihrem Staat entgegenbrachten."[85]

Demgemäß lag somit der Schluss nahe, die junge Bundesrepublik sei auf ein unpolitisches ‚Wirtschaftswunder' gebaut und durch das routinemäßige Zitieren des darauf fußenden Mythos begründet. Seinen Blick verengt allerdings, wer die vorrangig auf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit basierende bundesrepublikanische

84 Zu Begriff B. Blanke/F. Nullmeier 1991, S. 29.
85 Siehe H. Münkler 2009, S. 456.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ordnung und Identität der Anfangsphase ausschließlich auf die Abwesenheit eines explizit politischen Leitideenunterbaus reduziert. Fraglos glich die Bundesrepublik zunächst einer erfolgreichen Wirtschaft auf der Suche nach ihrem politischen Zweck; unbestreitbar war das ‚Wirtschaftswunder' das entscheidende Vehikel westdeutscher Identität und politischen Selbstverständnisses;[86] und gewiss erleichterte es der direkt spürbare Erfolg der Marktwirtschaft den Westdeutschen, „die parlamentarische Demokratie zu akzeptieren, sich sogar mit ihr zu identifizieren."[87] Dies gelang, weil der Mythos ‚Wirtschaftswunder' der anfangs fragilen demokratischen Ordnung in einer noch nicht demokratisierten Gesellschaft Legitimationskrisen ersparte. Er lenkte die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf das unpolitische Feld wirtschaftlichen Wohlergehens und ermöglichte das ‚öffentliche Beschweigen' einer Vergangenheit, deren Verdrängung sowie gerade nicht zivilreligiöse Aufarbeitung zugleich jenen die Tür zur demokratischen Gesellschaft offenhielt, die der Demokratie kritisch gegenüberstanden und noch Zeit zum Abstreifen nationalsozialistischer Gefühls- und Verstandeswelten benötigten. Ihnen gab er die Chance, sich schrittweise in das neue, demokratisch angelegte Gemeinwesen zu integrieren und die auch ganz persönliche Krise des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie zu meistern. Insofern entzaubert der Mythos ‚Wirtschaftswunder' das ‚Demokratiewunder' nicht, er erklärt es auch nicht. Doch er machte es möglich.

LITERATUR

Abelshauser, Werner (1999): Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 47, H. 4, S. 503-538.

Abelshauser, Werner (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München: Beck.

Bauerkämper, Arnd/Jarausch, Konrad H./Payk, Marcus M. (2005): Transatlantische Mittler und die kulturelle Demokratisierung Westdeutschland 1945-1970, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11-37.

Blanke, Bernhard/Nullmeier, Frank (1991): Die Bundesrepublik im Übergang, in: Blanke, Bernhard/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-29.

86 So W. Abelshauser 2004, S. 11f.
87 Vgl. A. Jung 2007, S. 193.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Buchheim, Christoph (2006): Vom Wirtschaftswunder zur Krise des Wohlfahrtsstaats in (West-) Deutschland, in: Rusconi, Gian Enrico (Hrsg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin: Duncker & Humblot, S. 361-374.

Gazdar, Kaevan (2010): Zischen Dichtern und Denkern, Richtern und Henkern. Auf der Suche nach deutscher Identität. München: Olzog.

Geißner, Hellmut K. (2005): Demokratie und rhetorische Kommunikation. St. Ingbert: Röhrig.

Giesen, Bernhard (1999): Kollektive Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Glotz, Peter/Thomas, Uwe (1994): Das dritte Wirtschaftswunder. Aufbruch in eine neue Gründerzeit. Düsseldorf: Econ.

Golle, Hermann (2007): Das Know-How, das aus dem Osten kam. Wie das westdeutsche Wirtschaftswunder von der SED-Politik profitierte. Stuttgart/Leipzig: Hohenheim.

Grube, Frank/Richter, Gerhard (1983): Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Hacke, Jens (2009): Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung. Hamburg: HIS.

Heer, Sebastian (2012): Die Evolution des Deutschen Bundestages. Stabilität als verfassungshistorische Verpflichtung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S. 111-159.

Hentschel, Volker (1998): Die Währungsreform. Ludwig Erhard und das Wirtschaftswunder – Geschichte und Mythos, in: Neumann, Thomas W. (Hrsg.): „Da ist der Aufschwung hochgekommen… 50 Jahre Deutsche Mark. Die Währungsreform zwischen Alltagserfolg und nationaler Erinnerung. Begleitband zur Ausstellung. Lüdenscheidt: Kulturdezernat der Stadt Lüdenscheidt, S. 93-101.

Hunt, Lynn (1994): Geschichte jenseits von Gesellschaftstheorie, in: Conrad, Christoph (Hrsg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Stuttgart: Reclam, S. 98-122.

Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (2002): ‚Meistererzählung' – Zur Karriere eines Begriffes, in: Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9-32.

Jaspers, Karl (1966): Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen. München: Piper.

Jelich, Franz-Josef (1997): Vom ersten deutschen "Wirtschaftswunder". Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland um 1900, in: Ermrich, Roland (Hrsg.): 100 Jahre Ludwig Erhard. Das Buch zur Sozialen Marktwirtschaft – ein Jubiläumsband zum 100. Geburtstag. Düsseldorf: MVV Medien, S. 509-513.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jung, Alexander (2007): Fresswelle nach der Fettlücke, in: Bönisch, Georg/ Wiegrefe, Klaus (Hrsg.): Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder. München: Goldmann, S. 186-199.

Karnath, Joachim/Reifenhäuser, Irene/Karnath, Dietrich (1987): Wirtschaftswunder alternativ. Wie neue Formen des Wirtschaftens gefördert werden können. Frankfurt am Main: Fischer.

Leggewie, Claus (1996): Der Mythos des Neuanfangs – Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949 – 1968 – 1989, in: Berding, Helmut (Hrsg.): Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 275-302.

Lindlar, Ludger (1997): Das missverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität. Tübingen: Mohr Siebeck.

Mathiopoulos, Margarita (1997): Die geschlossene Gesellschaft und ihre Freunde. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Merritt, Anna J./Merritt, Richard L. (Hrsg.) (1970): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945-1949. Urbana/Chicago/London: University of Illinois Press.

Meyer, Werner (2001): Mythos Deutsche Mark. Zur Geschichte einer abgeschafften Währung. Berlin: Aufbau-Taschenbuch-Verlag.

Middell, Matthias/Gibas, Monika/Hadler, Frank (2000): Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: Middell, Matthias/Gibas, Monika/Hadler, Frank (Hrsg.): Zugänge zu historischen Meistererzählungen (= Comparativ), Jg. 10, H. 2, S. 7-35.

Morsey, Rudolf (2000): Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. München: Oldenbourg.

Müller, Jan-Werner (2007): Verfassungspatriotismus – ein deutscher Mythos?, in: Vorgänge, Bd. 46, H. 1, S. 40-46.

Münkler, Herfried (1995): Überholen ohne einzuholen. Deutsche Gründungserzählungen im Leistungsvergleich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 40, H. 10, S. 1179-1190.

Münkler, Herfried (2009): Die Deutschen und ihre Mythen. Berlin: Rowohlt.

Nowojski, Walter/Klemperer, Hadwig (Hrsg.) (1995): Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941. Victor Klemperer. Berlin: Aufbau-Taschenbuch-Verlag.

Plessner, Helmuth (1994 [1959]): Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Priester, Hans E. (1936): Das deutsche Wirtschaftswunder. Amsterdam: Querido.

Prollius, Michael von (2006): Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Prowe, Diethelm (2001): The ‚Miracle' of Political-Culture Shift. Democratization Between Americanization and Conservative Reintegration, in: Schissler, Hanna (Hrsg.): The Miracle Years. A Cultural History of West Germany 1949-1968. Princeton/Oxford: Princeton University Press, S. 451-458.

Ritschl, Albrecht (1985): Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshauser über die Produktionswirkungen der Währungsreform, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 33, H. 1, S. 136-165.

Ritschl, Albert (2003): Von der Krise zur Moderne? Zu den langfristigen Wirkungen der NS-Wirtschaftspolitik. Ausgearbeitete Fassung eines Vortrags für die Berliner Tagung des Vereins für Sozialpolitik, Berlin. Dokument abrufbar unter http://personal.lse.ac.uk/ritschl/pdf_files/Longterm.pdf (Zugriff vom 01.12. 2012).

Rogowski, Michael (2004): Für ein neues Wirtschaftswunder. 20 Thesen. München: Bertelsmann.

Schlamm, William S. (1959): Die Grenzen des Wunders. Ein Bericht über Deutschland. Zürich: Europa-Verlag.

Schmidbauer, Wolfgang (2009): Ein Land – drei Generationen. Psychogramm der Bundesrepublik. Freiburg/Basel/Wien: Herder.

Sontheimer, Kurt (1999): So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München: Beck.

Speth, Rudolf (2009): Wirtschaftskampagnen und kollektive Selbstbilder. Von der ‚Initiative Soziale Marktwirtschaft' bis zu ‚Du bist Deutschland', in: Münkler, Herfried/Hacke, Jens (Hrsg.): Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 213-239.

Spoerer, Mark (2005): Demontage eines Mythos? Zu der Kontroverse über das nationalsozialistische "Wirtschaftswunder", in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 31, S. 415-438.

Sternberger, Dolf (1990): Verfassungspatriotismus. Frankfurt am Main: Insel.

Stöver, Bernd (2002): Die Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Suhren, Heinrich (1986): Plädoyer für ein neues Wirtschaftswunder. Arbeitslosigkeit verschwindet, Marktwirtschaft ohne Inflation mit Vollbeschäftigung. Herford: Busse + Seewald.

Wagner, Peter (1996): Mythos Marshall-Plan. Das europäische Wiederaufbauprogramm in der deutschen öffentlichen Meinung 1947-1952. Pfaffenweiler: Centaurus.

Wehler, Hans Ulrich (2003): Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1919-1949. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. München: Beck.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wehler, Hans Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990. Fünfter Band: Bundesrepublik Deutschland und DDR. München: Beck.

Weizsäcker, Richard von (2009): Drei Mal Stunde Null? 1949, 1969, 1989. Deutschlands europäische Zukunft. Gütersloh: Rheda-Wiedenbrück.

Wellhöner, Volker (1996): ‚Wirtschaftswunder' – Weltmacht – westdeutscher Fordismus. Der Fall Volkswagen. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wiegrefe, Klaus (2007): Blühende Landschaften, in: Bönisch, Georg/Wiegrefe, Klaus (Hrsg.): Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder. München: Goldmann, S.17-39.

Wolfrum, Edgar (2006): Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Klett-Cotta.

Zank, Wolfgang (1988): Das Wunder ließ sich nicht vermeiden, in: Die Zeit, Nr. 26, vom 24.06.1988, S. 25.

Ziegler, Walter (2009): Der Beitrag der Vertriebenen zu Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, in: Daxelmüller, Christoph/Kummer, Stefan/Reinicke, Wolfgang (Hrsg.): Wiederaufbau und Wirtschaftswunder. Regensburg: Pustet, S. 146-159.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Transzendenzrekurse im Bundestag

Eine Analyse der Parlamentseröffnungsreden zwischen 1949 und 2009

WERNER J. PATZELT

1. ZUM FORSCHUNGSANSATZ

1.1 Die Fragestellung und ihre Relevanz

Was sind die wichtigsten handlungsleitenden *Situationsdefinitionen*[1] von Deutschlands politischer Klasse[2]? Über welche Zustände will sie das Land *hinausgelangen* lassen? Was hingegen behandelt sie als politisch *unverfügbar* – einesteils überhaupt, andernteils unter den jeweils obwaltenden Umständen? Wie *deutet* sie, was ist oder sein soll? Auf welche Ressourcen gemeinsamer Anstrengungen meint sie unser Land gründen zu können? Und wie *änderte* sich das alles in den sechzig Jahren zwischen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dem Amtsantritt der jetzigen Bundesregierung? Solche Fragen machen jene Aussagen unserer politischen Klasse zum Gegenstand des Interesses, in denen politische Strukturen, Prozesse und Aufgaben auf solche Vorstellungen, Ereignisse und kulturelle Muster bezogen werden, die über sie hinausgehen und ihnen gerade dadurch jenen Sinn und jene Geltung vermitteln, die für die Eigenwahrnehmung, Selbstreflexion und Handlungsorientierung zunächst der politischen Klasse, dann aber auch innerhalb Deutschlands ganzer politischer Kultur notwendig oder immerhin hilfreich sind.

Eben als „Transzendenzrekurse" wurden derartige Aussagen im Einleitungskapitel dieses Bandes bezeichnet.[3] Auch wurde – besonders detailliert im zweiten Ka-

1 Zu Situationsdefinitionen siehe, mit weiteren Literaturhinweisen, R. Merton 1993.

2 In diesem Text ist dies ein Fachbegriff im Sinn von K. v. Beyme 1995, keine herabsetzende Bezeichnung.

3 Die nachstehende Untersuchung widmet sich ergänzend auch jenen Gemeinsinnsrekursen, zu denen es bei den Parlamentseröffnungsreden kam, geht aber nur mit Seitenblicken auf das Konzept des Gemeinsinns ein. Siehe hierzu den Abschnitt 5.2(a) des zweiten Ka-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

pitel – gezeigt, auf welche Weise gerade sie zur Hervorbringung und Stabilisierung politischer Ordnung beitragen. Die grundlegende Wirkungskette all dessen ist so zu beschreiben: Mit Transzendenzrekursen wird vor Augen geführt, welcher *Sinn* einem konkreten Sachverhalt „zukommt", was deshalb die anzuratenden *Anschlusspraxen* wären, und wen man somit als „unverständig", als „Quertreiber" oder gar als „Extremisten" aus dem *gemeinsamen* Ringen um eine gute oder immerhin bestandsfähige Ordnung *auszugrenzen* hat.[4] Transzendenzrekurse sind dergestalt ein Mittel sowohl *zivilreligiöser Einhegung*[5] des politischen Kampfes als auch dessen *Ressource*. Sie wirken *totalitär* einvernehmend bzw. ausgrenzend in ideokratischen Diktaturen,[6] hingegen in pluralistischen Demokratien als Markierungsmittel zwischen deren „unstreitigem" und „streitigem" Sektor.[7] Zu diesem Zweck gibt es einesteils auf *allgemeine* Konsensstiftung abzielende Transzendenzrekurse, anderenteils solche, welche nur die *Binnenintegration* von streitenden Parteien oder der einander gegenüberstehenden Lager von Regierungsmehrheit und Opposition stiften sollen. Derlei Transzendenzrekurse an der Spitze der deutschen politischen Klasse, nämlich vorgenommen von der bundespolitischen Funktionselite, gilt es entlang der eingangs formulierten Fragen zu untersuchen.

Antworten auf jene Fragen sind nicht nur „interessant", etwa aus zeithistorischen Gründen, sondern auch analytisch *wichtig*. Sie erlauben nämlich zu verstehen, warum aus dem Neubeginn von 1949 eine ganz bestimmte (und eben keine andere) politische Ordnung wurde, die sich außerdem im Lauf der Jahre über viele anfängliche Skepsis hinaus verselbstverständlichte, dann auch ohne aufzwingenden Druck weiterbestand, ja heute sogar noch mehr als früher mit nachgerade zivilreligiösem Eifer gegen Extremismus verteidigt wird: auf jeden Fall gegen Extremismus von rechts, doch von nicht wenigen auch gegen solchen von links oder gegen den erst in jüngerer Zeit zur Herausforderung gewordenen islamisch-fundamentalistischen Extremismus.[8] Antworten auf jene Fragen sind außerdem wichtig, um ein Bild davon zu gewinnen, welche Ziele Deutschlands politische Elite von Anfang an

pitels dieses Bandes („*'Grundregeln': die soziale Konstruktion von Transzendenz und Gemeinsinn")* sowie in diesem Kapitel den Abschnitt 1.3 („Analytische Kategorien").

4 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt 4.3 über „Ausgrenzungsmethoden".

5 Zur Zivilreligion siehe – mit weiteren Verweisen – H. Lübbe 1982, W. Vögele 1992, Th. Hase 2001 und H. Kleger 2011.

6 Vgl. M. Becker 2011.

7 Siehe auch M. R. Heep 1991.

8 Extremist ist, wer die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht nur ablehnt, sondern auch aktiv auf ihre Beseitigung ausgeht. Diese Prinzipien, 1952 definiert vom Bundesverfassungsgericht, sind die folgenden: Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung; Volkssouveränität; Gewaltenteilung; Verantwortlichkeit der Regierung; Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; Unabhängigkeit der Gerichte; Mehrparteienprinzip; sowie Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

durchgehalten, ja auch erreicht hat, welche anderen aber gerade nicht; welche Umstände Deutschlands politische Elite zu verändern trachtete – teils mit Erfolg, teils ohne; was Deutschlands politische Elite immer noch – oder inzwischen – als unverfügbar behandelt, über was Anderes sie nunmehr aber ganz nach politischen oder sonstigen Gesichtspunkten verfügt bzw. verfügen will. Und Antworten auf jene Fragen sind ferner wichtig, weil gerade sie erkennen lassen, wie sich im Zusammenspiel mit jenen Situationen, durch die unser Land zu steuern war, auch die handlungsleitenden Situationsdefinitionen der (sich ihrerseits im Lauf der Jahrzehnte verändernden) politischen Elite folgenreich geändert haben – sei es auf Dauer, sei es entlang der (Retro-) Moden politischen Denkens. Es geht also um Aufschluss über die *Selbstverständigungsgeschichte*, die *Sinndeutungsgeschichte* und die *Zielsetzungsgeschichte* wenn schon nicht unseres Landes insgesamt, so doch jener politischen Elite, die Deutschland – weiterprägend für die Zukunft – seine ganz besondere politische Ordnung schuf und sicherte. Worum es insgesamt geht, lässt sich anhand eines Verfahrens aus der archäologischen Grabungstechnik verbildlichen: Versucht wird ein „Sondierschnitt" durch sechzig Jahre jenes bundesdeutschen Elitendiskurses, in dem um die politischen Lagebeurteilungen, Aufgaben, Probleme und Problemlösungsstrategien unseres Landes gerungen wurde.

Wo aber greift man ab, was darüber Aufschluss geben kann? Wie stellt man sicher, dass im dafür durchgearbeiteten Material nicht unterschobene eigene Vermutungen, sondern die Deutungsmuster gerade der handelnden Eliten fassbar werden? Antworten auf diese Frage beziehen sich auf den zu untersuchenden *Textkorpus*, auf die *analyseleitenden Kategorien* sowie auf die Reliabilität des *methodischen Verfahrens*. Sie fordern also Aussagen zu drei Unterfragen: Welche Texte können als repräsentativ gelten? Wonach genau ist in ihnen zu suchen? Und wie sichert man, dass unterschiedliche Analytiker zu denselben oder immerhin zu ähnlichen Ergebnissen gelangen?

1.2 Das Untersuchungsmaterial

In welchen Texten werden die Situationsdefinitionen, die als zu überwinden angesehenen Zustände und die als unverfügbar geltenden Umstände des Handelns deutscher Spitzenpolitiker so fassbar, dass man einschlägige Inhalte erwarten und mit ernstgemeinten Aussagen zu ihnen rechnen kann? Welche Texte sind überdies geeignet, „sondierschnittartig" – also gleichsam im Zeitraffer – nur die *wichtigsten* Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Untersuchungsgegenstands vor Augen zu führen? Und welche Texte sind auch noch so leicht zugänglich, dass ihre Analysen unschwer nachvollzogen und überprüft werden können?

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dafür bieten sich zunächst einmal jene Reden an, mit denen – nach Bundestagstradition – dessen *Alterspräsidenten*[9] die jeweils erste Sitzung eröffnen.[10] Alterspräsidenten waren meist Politiker, die eine lange Laufbahn in politischen Führungsämtern hinter sich hatten. Zu ihnen gehörten *Paul Löbe* (Reichstagspräsident 1920-1924 und 1925-1932, Mitglied des Parlamentarischen Rates und dann des Ersten Deutschen Bundestages; SPD) sowie die ehemaligen Bundeskanzler *Konrad Adenauer* (Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, Kanzler 1949-1963, MdB 1949-1967, CDU), *Ludwig Erhard* (Bundeswirtschaftsminister 1949-1963, Kanzler 1963-1966, MdB 1949-1977, CDU) und *Willy Brandt* (Regierender Bürgermeister von Berlin 1957-1966, Bundesaußenminister 1966-1969, Kanzler 1969-1974, MdB 1949-1957, 1969-1992, SPD). Alterspräsidenten waren auch der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende *Herbert Wehner* (MdB 1949-1983, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1966-1969, SPD-Fraktionsvorsitzender 1969-1983), der Innenminister der rot-grünen Koalition *Otto Schily* (Bundesinnenminister 1998-2005, MdB 1983-1986, 1987-2009, bis 1989 Grüne, dann SPD) sowie der langjährige Bundesforschungsminister *Heinz Riesenhuber* (Minister 1982-1993, MdB 1976-, CDU). Alterspräsidenten waren aber auch langjährige Parlamentarier wie *Marie Elisabeth Lüders* (Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und dann des Reichstags bis 1930, MdB 1953-1961, FDP) und *Robert Pferdmenges* (1950-1961, CDU). Doch erst vergleichsweise kurze Zeit war *William Borm* Bundestagsabgeordneter (MdB 1965-1972, SPD), als er 1969 als Alterspräsident sprach.[11] Erst recht trifft das zu auf *Fred Gebhardt* (1974-1987 Mitglied im Hessischen Landtag, 1998 Austritt aus der SPD, MdB für die PDS 1998-2000) und *Stefan Heym* (Schriftsteller, MdB für die PDS 1994-1995). Mit Ausnahme von Gebhardt und Heym waren die Alterspräsidenten des Bundestages also Politiker mit erprobter Substanz, erfahrungsgesättigtem Durchblick und – am Ende ihrer politischen Laufbahn – großer innerer Freiheit. Mit solcher sprach allerdings auch die wichtigste Ausnahme vom üblichen Typ des Alterspräsidenten, der Schriftsteller Stefan Heym. Allenfalls William Borm, insgeheim Mitarbeiter des MfS, wird sich vielleicht bei manchen seiner Aussagen innerlich verbogen haben.[12] Den Normalfall aber beschrieb Heinz Riesenhuber, Alterspräsident des 17. Deutschen Bundestages, in seiner 2009 gehaltenen Parlamentseröffnungsrede so: „Ich habe die Freude, jetzt eini-

9 Zum Amt des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages siehe G. M. Köhler 1991, H. W. Klopp 2000, E. Schmidt-Jortzig 2003 und B. Brunner 2012.

10 Eine Liste der Alterspräsidenten bei der Eröffnung des jeweiligen Bundestages sowie das Quellenverzeichnis ihrer Reden finden sich im Anhang dieses Beitrags.

11 William Borm (1895-1987) war seit den späten 1950er Jahren Agent des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. Dessen Rede als Alterspräsident soll Markus Wolf, Chef der Auslandsaufklärung des MfS, sogar persönlich bearbeitet haben.

12 Seine Rede wird dennoch in die nachstehende Analyse einbezogen, da sie seinerzeit als völlig authentisch aufgenommen wurde und deshalb über die hier interessierenden zeitspezifischen politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten Aufschluss gibt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ge Worte sagen zu dürfen. Die besondere Gnade dieses Moments ist, dass man sagen darf, was man schon immer sagen wollte“ (17/2009, 1Df[13]).

Neben unabdingbaren formalen Leitungsaufgaben, zu denen die Eröffnung der ersten Sitzung eines neugewählten Bundestags, der Beschluss zur Übernahme der Geschäftsordnung des vorangegangenen Bundestags sowie die Wahl des kommenden Bundestagspräsidenten gehört, ist das inhaltliche Kernstück des Amts eines Alterspräsidenten seine Parlamentseröffnungsrede. Bei ihr ist der Alterspräsident völlig frei in seinen Ausführungen. Es gibt über sie keine parlamentarische Aussprache, sehr wohl aber – je nach Substanz der Rede und Persönlichkeit des Redners – öffentliche Erörterungen. Gewiss pflegte jeder Alterspräsident seinen eigenen Zugriff und setzte seine eigenen Schwerpunkte. Große Tableaus entfalteten etwa Paul Löbe und Marie Elisabeth Lüders, auch Ludwig Erhard und vor allem Willy Brandt, während Konrad Adenauer es inhaltlich bei zwei Sätzen bewenden ließ, Herbert Wehner an zentrale Aussagen seiner Amtsvorgänger erinnerte und die anderen sich um ein je besonderes Themenprofil bemühten. Doch selbst dann nutzten die Alterspräsidenten ihre Reden immerhin stellenweise zu grundsätzlichen Aussagen über den Zustand des Landes, über die Aufgaben von Parlament und Regierung in der kommenden Wahlperiode sowie über die Grundlagen des politischen Miteinander. Gerade das ist aber jenes Material, nach dem die durchzuführende Untersuchung verlangt. Auch ist es in den Plenarprotokollen des Bundestages verlässlich dokumentiert und leicht zugänglich. Im Übrigen durcheilt man in den 17 Reden zwischen 1949 und 2009 sechs Jahrzehnte bundesdeutscher Geschichte wirklich wie im Zeitraffer und erkennt sehr klar die großen Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Eben das zu leisten ist die Aufgabe dieses „Sondierschnitts“ einer bundesdeutschen „Archäologie politischer Transzendenz“.

Für die *Analyse* herangezogen wurden auch jene *Regierungserklärungen* der deutschen *Bundeskanzler*, die sie nach der Regierungsbildung und Vereidigung ihres Kabinetts vor dem Bundestag abgeben. Doch nur fallweise wird im Folgenden aus ihnen zitiert, weil anders zu verfahren den Rahmen dieses Buchkapitels gesprengt hätte. Insgesamt bestätigt die Auswertung der Regierungserklärungen ohnehin nur die Befunde der Analyse der Parlamentseröffnungsreden, zeigt aber viel mehr Details auf. Der Verzicht auf ihre Einbeziehung bringt die folgende Darstellung deshalb leider um höchst einschlägige Aussagen Konrad Adenauers, der sich als Alterspräsident allzu lakonisch äußerte, und insbesondere Helmut Kohls, der – ebenso wenig wie Helmut Schmidt – nie Alterspräsident war, in seinen fünf Regierungserklärungen aber höchst Wichtiges für das Thema dieser Untersuchung ausführte. Inhaltlich am ergiebigsten sind die Regierungserklärungen der Kanzler von

13 Legende: Nummer der Wahlperiode/Jahr der Rede, Seite in den amtlichen „Stenographischen Berichten“, Zitierstelle auf der Seite (A links oben, B links unten, C rechts oben, D rechts unten), f (Fortsetzung der Zitierstelle im jeweils folgenden Teil der Seite).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Adenauer bis Kohl, während sich in den Regierungserklärungen von Gerhard Schröder und Angela Merkel nur wenig an grundsätzlichen, die aktuelle Politik übersteigenden Aussagen findet. Im Übrigen kommen in den Parlamentseröffnungsreden viel häufiger Sichtweisen von linken Politikern zum Ausdruck als in den Regierungserklärungen.[14] Das verlangt den an anderer Stelle zu leistenden Vergleich zwischen den Befunden beider Textkorpora.

1.3 Analytische Kategorien

Mit welchen analytischen Kategorien wird dieser Textkorpus durchgearbeitet, um die in ihm geborgenen Transzendenzrekurse systematisch ausfindig zu machen und erkenntnisträchtig zu ordnen? Es sind genau jene drei Dimensionen von Transzendenz, die im ersten Kapitel dieses Bandes entfaltet wurden: Transzendenz als Handlungsmotivation, Transzendenz als Hermeneutik, Transzendenz als Unverfügbarkeit.

Unmittelbar *auf Handlungsmotivation abzielende Transzendenzrekurse* liegen vor, wo von Zuständen die Rede ist, die überwunden werden sollen, also von Grenzen, die es – ganz im Wortsinn von Transzendenz – zu überwinden gilt. Das kann das materielle Elend der späten 1940er Jahre ebenso sein wie die Teilung Deutschlands, das Fehlen integrationsstarker europäischer Institutionen ebenso wie zu wenig Demokratie und eine als noch unzulänglich geltende Bürgergesellschaft. Im Zeitverlauf erweist sich, dass manche Grenzen irgendwann transzendiert wurden: Aus dem zerstörten Deutschland war irgendwann der Exportweltmeister geworden, aus dem geteilten Deutschland ein geeintes. Stets zeigt sich aber, dass nach solcher Überschreitung nur weitere Grenzen fühlbar wurden und fortan ihrerseits zur Überwindung motivierten – so wie in Willy Brandts Ankündigung in der Regierungserklärung von 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ (6/1969, 20C)

Zu vermeiden gilt es allerdings, jedes einzelne Politikvorhaben, wie es zumal in Regierungserklärungen aufgrund ihres Zwecks aufgelistet wird, als derartigen Versuch einer Übersteigung bestehender Grenzen zu deuten. Für eine solche Einstufung muss das Ziel schon in ziemlicher Entfernung vom in der nächsten Wahlperiode vermutlich Erreichbaren liegen. Im Einzelfall lässt sich eine solche Unterschei-

14 Abgesehen von zwei Regierungserklärungen von CDU-Kanzlern als Chefs Großer Koalitionen gibt es je sieben Regierungserklärungen von CDU- und von SPD-Kanzlern. Doch nur fünf der 17 Parlamentseröffnungsreden hielten Alterspräsidenten der CDU (Robert Pferdmenges, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Heinz Riesenhuber), drei Politiker der FDP (Marie Elisabeth Lüders und William Borm, der allerdings MfS-Mitarbeiter war). Dem stehen sieben Reden von sozialdemokratischen Alterspräsidenten gegenüber (Herbert Wehner, Willy Brandt, Otto Schily) und zwei von Politikern, die über die Liste der PDS in den Bundestag gelangt waren (Stefan Heym und Fred Gebhardt, welch letzterer allerdings zwischen 1945 und 1998 Mitglied der SPD gewesen war). Zu allen Details siehe den Anhang.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dung auch recht zuverlässig treffen. Die verwendete Entscheidungsregel war stets, im Zweifelsfall eher eine normale Politikankündigung und gerade keinen sie motivierenden Transzendenzrekurs zu markieren. Und weil ohnehin keine quantitativen Häufigkeitsaussagen über die interessierenden Transzendenzrekurse angestrebt werden, alle qualitativen Einstufungen aber im regelmäßig mitgeteilten Zitat überprüfbar und nötigenfalls interpretativ korrigierbar sind, braucht es auch keine strikteren Zuordnungsregeln, sondern reichen die angeführten „Ankerbeispiele" zum Nachvollziehen der Analyse.

Sinnerzeugende Transzendenzrekurse liegen vor, wo Letztbegründungen für Einschätzungen, Aufforderungen oder Handlungen gegeben werden. Sie findet man beispielsweise dort, wo vom Wert der Demokratie oder des Friedens, vom Fortbestand der deutschen Nation und von „Europa" als nunmehr wichtigem Bezugsrahmen deutscher Politik die Rede ist. In Form von Kontrastierungen findet man sie, wenn auf den abzulehnenden Extremismus oder die Gefahr von Wirtschaftskrisen hingewiesen wird. Auch hier ist zu vermeiden, dass man jede Explikation einer Aussage durch Hinzufügung jenes Kontexts, in die man sie gestellt haben möchte, gleich als Transzendenzrekurs einstuft. Dafür muss schon auf das Konkrete weit übersteigenden Zusammenhänge verwiesen werden, etwa auf „Gerechtigkeit" oder auf „Solidarität". Sehr deutlich findet man sinnerzeugende Transzendenzrekurse stets in Wendungen, die bereits in der gehobenen Politik- und Publizistensprache als „Transzendenzformeln" bekannt sind. Die Rede von der „Würde des Menschen" hierzu ebenso wie jene vom „kritischen, urteilsfähigen Bürger". Klar liegen Transzendenzrekurse auch dort vor, wenn – sehr selten – unmittelbar von Gott die Rede ist. Natürlich findet man sie ebenfalls, wo – häufig aber nur in den Regierungserklärungen – ganz ausdrücklich auf die Grundsätze der eigenen Politik oder die Grundwerte unseres Landes verwiesen wird. Und bei detailreicher Betrachtung zeigt sich, dass im Zeitverlauf bei sinnerzeugenden Transzendenzrekursen immer wieder Sinnschicht über Sinnschicht gelagert wird, bisweilen unterschiedliche Sinnstrukturen einander in ihrer argumentations- und deutungsleitenden Tragefunktion abwechseln, und dass Sinnarchitekturen und reale Ordnungsarchitekturen so eng aufeinander bezogen sind, dass die ersteren schwerlich bleiben, wenn die letzteren vergehen.[15] Um so lehrreicher sind Sinnstrukturen, die sich trotz allen Wandels ihrer politischen Umwelt erhalten haben.

Unverfügbarkeit behauptende Transzendenzrekurse liegen zunächst einmal dort vor, wo – durchaus nicht allzu oft – *expressis verbis* behauptet wird, dies oder jenes sei unverfügbar (wie die Einheit der Nation) oder undenkbar (wie die Abkehr von einer als Friedenspolitik verstandenen Außenpolitik). Sie liegen auch dort vor, wo –

15 Siehe hierzu W. J. Patzelt 2007. Hegel brachte das bekanntlich auf die – freilich im anderen Zusammenhang verwendete – schöne Formel: „Ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus".

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

viel öfter – auf in absehbarer Zeit nicht veränderbare Umstände verwiesen wird (wie seit 1969 auf Deutschlands Zweistaatlichkeit), oder wo funktionelle Zusammenhänge vor Augen geführt werden – wie seit den frühen 1970er Jahre jener, dass der Geburtenrückgang nach einigen Jahrzehnten ein Übergewicht der Alten und zu Versorgenden nach sich ziehen müsse. Natürlich kann umstritten sein, was als unverfügbar gilt bzw. als unverfügbar zu behandeln geraten wird. Derlei zeigt sich in den untersuchten Reden als Argumentieren für oder wider solche Behauptungen. Außerdem erweist sich im Zeitverlauf, dass ehedem als unverfügbar Geltendes (wie etwa im ersten Bundestag die Zugehörigkeit Preußens, Pommerns und Schlesiens zu Deutschland) eben doch verfügbar werden kann, ja sogar im allgemeinen Urteil zu einer nunmehr „geschichtlich überholten" *früheren* Tatsache *ohne Bindungskraft für heute und morgen*. Doch das ändert ja nichts an der *zu einer bestimmten Zeit gegebenen* wirklichkeitskonstruktiven Funktion einer *damals* vorgebrachten Unverfügbarkeitsbehauptung. Eben das aber, was *jeweils* als unverfügbar *gilt* oder – ohne auf sonderlichen Widerspruch zu stoßen – als unverfügbar *behandelt werden kann*, ist samt seinem Wandel im Zeitverlauf Gegenstand dieser Studie. Also legt ein solcher „Sondierschnitt" bewusstseinsändernden Wandel der Wirklichkeit ebenso frei wirklichkeitsverändernden Wandel des Bewusstseins politischer Eliten. Dabei ist es in keinem Fall der Analytiker, welcher darüber urteilt, ob „wirklich" Unverfügbares angesprochen wird, sondern allein die redenden Politiker informieren den Analytiker darüber, was *sie* für unverfügbar halten oder – aus gleich welchen Gründen – als unverfügbar darstellen.

Zwei weitere analytische Kategorien dienen dazu, im untersuchten Textkorpus für unser Thema Relevantes ausfindig zu machen. Erstens wird auf jene *historischen Narrative* geachtet, die sich immer wieder – kürzer oder länger – in die Reden eingestreut finden. In der Regel dienen solche – meist kulturell bereits standardisierte und als unumstritten behandelte – Geschichtserzählungen dazu, den Sinn des jetzt Bestehenden zu erläutern und die Richtung des jetzt erforderlichen Handelns zu klären.[16] Ein derartiges Narrativ liegt beispielsweise vor, wenn die Teilung Deutschlands auf die Aggressionspolitik der Nationalsozialisten zurückgeführt wird. Dann lässt sich einesteils der Sinn der Teilung verstehen („Schutz für Deutschlands Nachbarn – wenigstens solange, wie es keine europäische Friedensordnung gibt"), andernteils eine Grenze angeben, die es dauerhaft zu überschreiten gilt („Deutschland muss zeigen, dass es friedensfähig geworden ist; dann kann das

16 Narrative, zentraler Gegenstand auch des Kapitels von S. Heer zu Mythos und kollektiver Selbstdeutung in diesem Band, sind also – mehr oder minder komplexe – rhetorische Anwendungsformen jener Darstellungstechnik retrospektiv-prospektiver Interpretation, die im dritten Kapitel dieses Bandes bei der Darstellung des ethnomethodologischen Forschungsansatzes beschrieben wurde. Die Inhalte wirklichkeitskonstruktiv zentraler Narrative werden mittels der ebenfalls dort erläuterten Methoden der „politics of reality" *für alle praktischen Zwecke unverfügbar* gemacht. In Deutschland wird ein bestimmtes Narrativ – nämlich zur Tatsächlichkeit des Holocaust – sogar strafrechtlich durchgesetzt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nötige Vertrauen für Entspannung und für eine europäische Friedensordnung entstehen; und in deren Rahmen kann Deutschland seine Einheit wiedergewinnen"). Narrative dieser Art sind somit rhetorische Mittel, um die vorgenommenen Transzendenzrekurse – handlungsmotivierende, sinnerzeugende oder unverfügbare Rahmenbedingungen behauptend – plausibel und konsensfähig zu machen.

Zweitens rundet es die Analyse ab, wenn auch die *Rekurse auf Gemeinsinn* einbezogen werden, hier im engeren Sinn verstanden als „Sinn für das Gemeinsame" und als „Bereitschaft, sich in dessen Dienst zu stellen".[17] Einesteils zeichnen sich gerade in ihnen wichtige Veränderungen der ordnungskonstruktiven Ressourcen unseres Landes ab. Andernteils fördern sie – erschlossen durch die aristotelische Ursachenlehre[18] – gerade die Antriebsursache, die *causa efficiens*, bundesdeutscher Ordnungskonstruktion zutage.

Diese zentralen analytischen Kategorien der vorliegenden Studie lenken den Blick allerdings so gut wie ausschließlich auf das diskursive *Repertoire* parlamentarischer Transzendenzrekurse.[19] Durchaus nicht erfassen sie die – für Anschlussstudien sehr wichtigen – Prozesse der *Durchsetzung* des Vorrangs bestimmter Transzendenzrekurse zu Lasten anderer, des Kampfes um Sinndeutungen und Unverfügbarkeitsbehauptungen sowie des Ringens um Situationsdefinitionen. Gewiss kann man solche „politics of reality"[20] sehr gut auch an der Kommunikation im Parlamentsplenum studieren. Dafür einschlägiges Material reicht von Zwischenrufen und nonverbalen Äußerungen über Zwischenfragen in Plenardebatten bis hin zu wechselseitig aufeinander Bezug nehmenden Redepassagen inhaltlich streitender Redner.[21] Doch eine solche voll entfaltete parlamentarische Diskursanalyse sprengte nicht nur den gesetzten Rahmen, sondern glitte am hier untersuchten Textkorpus – Merkmale: monologische Struktur, wenig Zwischenrufe, allenfalls „aussagekräftiger" Beifall – auch leicht ab.

1.4 Untersuchungsmethode und Reliabilität

Deshalb wurde – ausschließlich vom Verfasser – eine ganz traditionelle, doch klar theoriegeleitete qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen.[22] Die schon vorgestellten analytischen Kategorien entstammen nämlich einer recht komplexen, in den ersten Kapiteln dieses Bandes dargelegten forschungsleitenden Theorie. Diese wurde – im

17 Gemeinsinn in des Begriffs dritter Bedeutung – „der Sinn *des* Gemeinsamen" – wird unten im Abschnitt 3.2 über „sinnerzeugende Transzendenzrekurse" behandelt.

18 Zur aristotelischen Ursachenlehre und ihrer systematischen Nutzung der speziell in der Parlamentarismusforschung siehe W. J. Patzelt 2012, S. 59-64.

19 „Diskursives Repertoire" meint die Gesamtheit jener Denkfiguren und Kontexte, auf die bei jenen Verweisen rekurriert wird.

20 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt 4.

21 Exemplarisch siehe hierzu die Analyse von W. J. Patzelt 1990.

22 Siehe etwa P. Mayring 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

engen Rahmen des hier zu unternehmenden „Sondierschnitts“ – auf das vorab durchgesehene Material hin operationalisiert und mit ihm durch reliabilitätssichernde Ankerbeispiele für die empirischen Referenten zentraler analytischer Kategorien verbunden. Die als einschlägig erscheinenden Textpassagen wurden bei einer ersten sorgfältigen Lektüre des gesamten Textkorpus markiert. Bei einem zweiten Durchgang (erst durch die Parlamentseröffnungsreden, dann durch die Regierungserklärungen) wurden – unter Anlegung eines, wie oben umrissen, strengen Maßstabs – die wichtigsten, verlässlich einschlägigen Textpassagen erfasst und sowohl entlang der oben eingeführten analytischen Kategorien als auch in der nachfolgend darstellungsleitenden inhaltlichen Gliederung geordnet. Dabei wuchs der Korpus ausgewählter *relevanter* Redepassagen im chronologischen Vorgehen natürlich an, wodurch gerade auch Wandel im Zeitverlauf vor Augen trat. Und was bei diesem Pendelschlag zwischen der *Erstellung von Textauszügen* aus den Reden sowie der *Deutung* der ausgewählten und quer über die Reden *systematisch geordneten* Textpassagen an „Gestalterkenntnis“ gelang, wurde in den interpretierenden Passagen zusammengefasst und dann theoriebildend verdichtet.

Dabei wurde alles, was sich über die Transzendenzrekurse, die sie begründenden Narrative und die aus alledem folgenden Situationsdefinitionen der bundespolitischen Elite herausfinden ließ, gerade nicht durch *Zuschreibung* seitens des Analytikers „festgestellt“, sondern aus den untersuchten Parlamentsreden *herausgelesen*. Ein intersubjektiv vielleicht schwer nachzuvollziehendes „Lesen zwischen den Zeilen“ war dabei – anders als früher bei Reden kommunistischer Parteiführer – durchaus nicht erforderlich. Durch ihre Ausrichtung auf die besondere Sprechsituation im Parlamentsplenum, obendrein bei so markant hervorgehobenen Anlässen, zielen die untersuchten Reden nämlich ab auf *unmittelbare Wirkung* in diesem „Resonanzraum des öffentlich Zumutbaren“ (Winfried Steffani), der seinerseits – über massenmediale Berichterstattung und Kommentierung – seine Schwingungen auf letztlich die ganze politische Öffentlichkeit des Landes übertragen kann. Also gehen diese Reden auf unmittelbare Prägnanz in der konkreten Formulierung aus, wie das die reichlich mitgeteilten Zitate auch gewiss vermitteln.

Lassen sich die erzielten Befunde wohl nicht nur replizieren, sondern auch hinsichtlich ihrer Richtigkeit über den untersuchten Textkorpus hinaus überprüfen? Zumal die Reden der Alterspräsidenten kommen einem weiteren Textkorpus sehr nahe, von dem sich wohl recht ähnliche Befunde wie die hier erzielten erwarten lassen: den Amtsantrittsreden oder ersten, auf ein bundesweites Publikum zielenden Reden der Bundespräsidenten. Ergänzen ließe sich dieser Textkorpus um die bundesweit übertragenen Weihnachts- bzw. Neujahrsansprachen der Bundespräsidenten und Bundeskanzler, die – da allein vom Datum und nicht von realen Problemlagen abhängig – ebenfalls „Routineanlässe“ für Transzendenzrekurse und Narrative, für Situationen und Handlungsaufforderungen sind. Obendrein erfassen sie aufgrund ihrer Jährlichkeit die Wandlungsprozesse der hier interessierenden bundes-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutschen Transzendenzressourcen[23] viel feinkörniger als die hier untersuchten 17 staatszeremoniell hervorgehobenen Reden von zwölf teils höchstrangigen bundesdeutschen Politikern. Also lassen sich die nachstehend präsentierten Befunde leicht anhand eines anderen Textkorpus überprüfen, ergänzen oder nötigenfalls korrigieren.

2. SINNSTIFTENDE NARRATIVE IN BUNDESDEUTSCHEN PARLAMENTSERÖFFNUNGSREDEN

2.1 „Durch die Nacht zum Licht"

Es ist auch im Alltag üblich, Gegenwärtiges in den Zusammenhang des Vergangenen zu rücken und hieraus abzuleiten, was es zu tun oder zu ertragen gilt. Mit solchen Narrativen erklärt man sich und anderen seine Lage, Sichtweise und Motivation. Den Alterspräsidenten lagen solche Ausführungen immer wieder am Herzen. Zunächst die „deutsche Katastrophe"[24], mit deren Folgen umzugehen war, und sodann die Erfolgsgeschichte des neuen Staatswesens – Wirtschaftswunder[25], „Modell Deutschland"[26], Wiedervereinigung, zufallende europäische Führungsrolle – legten es nahe, dass vor der Vertretungskörperschaft des deutschen Volkes dargelegt wurde, in welcher Lage es zu handeln und woraus es Sinn oder Zuversicht zu schöpfen gelte. Also wundert nicht, wenn schon in der allerersten Parlamentseröffnungsrede das zentrale Selbstverständigungsnarrativ der neu errichteten Bundesrepublik vorgetragen wurde. Während sechzig Folgejahren wurde dann im Grunde nur noch – mit kleineren Akzentverschiebungen – fortgeschrieben, was Paul Löbe damals so auszuführen begann:

„[Es][27] schweifen die Gedanken von uns Älteren zurück zu jener letzten Sitzung des Deutschen Reichstags in der Berliner Krolloper, der wir beiwohnten und in der durch das Hitlersche Ermächtigungsgesetz die staatsbürgerlichen Freiheiten für lange Jahre begraben wurden. Das war ein illegaler Akt, durchgeführt von einer illegalen Regierung. Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat".

23 Zum sehr theoriehaltigen Konzept von „Transzendenzressourcen der Wirklichkeitskonstruktion" siehe im ersten Kapitel dieses Bandes die Abschnitte 3.3 („Transzendenz als Unverfügbarkeit") und 5.3 („Der politikwissenschaftliche Mehrwert des Ansatzes").

24 Zur zeitgenössischen Sicht vgl. F. Meinecke 1965 [1946].

25 Zum „Wirtschaftswunder" siehe – mit weiteren Nachweisen – in diesem Band den Beitrag von S. Heer zu Mythos und kollektiver Selbstdeutung.

26 Siehe etwa M. P. Smith 2005.

27 In eckigen Klammern finden sich der Klarheit dienende Einfügungen des Verfassers bzw. Auslassungen. Wo sie in den Stenographischen Berichten verwendet wird, findet sich auch hier die alte Rechtschreibung.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tatsächlich sei Widerstand geleistet worden, nicht zuletzt von vielen Reichstagsabgeordneten, die sich den Nationalsozialisten entgegengestellt hätten. Zur ganzen Wahrheit gehöre: „Die ersten fremden Botschafter waren noch nicht aus Deutschland abberufen, da lag die Mehrzahl dieser Opfer schon auf der Bahre“ (1/1949, 1C).

Kaum anders erzählte über dreißig Jahre später Willy Brandt diesen Teil des Narrativs. Zwar setzte er einige Akzente anders, zog aber dieselben Konsequenzen wie der ehemalige Reichstagspräsident:

„Dieser Tage haben nicht wenige von uns sich jenes 23. März 1933 erinnert, an dem sich der schon unter Bedingungen des Terrors gewählte Reichstag selbst entmachtete und in der Form der sogenannten Ermächtigung nahezu jeden Verfassungsbruch sanktionierte.[28] Mir ist bewußt, daß es damals viele gab, die guten Gewissens glaubten, noch Schlimmeres abwenden zu sollen, und andere, die ihren, wie ich meine, opportunistischen Irrtum bald bitter zu bereuen hatten. […] Ich wäre dankbar, wenn wir alle angesichts des bedrückenden fünfzigsten Jahrestages der Hitlerschen Machterschleichung und dessen, was dem folgte, der Frauen und Männer gedenken möchten, die auf deutschem Boden und dann vielerorts in Europa Opfer von Gewaltherrschaft, Krieg und Zerstörung geworden sind. Wir, die in der Nachkriegszeit aktiven und verantwortlichen Generationen, haben uns nach Kräften und gewiß nicht ohne Erfolg bemüht, dem Vermächtnis der Opfer ohne Zahl annähernd gerecht zu werden, die jetzt, 50 Jahre danach, wieder an unserem geistigen Auge vorüberziehen, unsere Gewissen anrühren und anregen. Mögen jene, die uns nachfolgen, die Kraft haben, wiederum aus diesem Vermächtnis das gesellschaftliche und politische Leben zu gestalten“ (10/1983, 2Df).

Als Paul Löbe den ersten Bundestag eröffnete, war von jenem festen Grund, von dem aus Willy Brandt zurückblicken konnte, noch nichts in Aussicht. Im Gegenteil: Wer nun zur Bundestagssitzung – so fuhr Löbe damals fort – nach Bonn gereist sei, der habe „die erschütternden Zeugen der Zerstörung gesehen, die jene Machtergreifung schließlich herbeigeführt hat, die sichtbaren Zeugen nur, denn jeder einzelne von uns weiß dabei um die geistige und seelische Verwüstung, die mit der äußerlichen in unserem Volke angerichtet worden ist“. Eben hieraus ergäbe sich die jetzt gestellte Aufgabe, nämlich „an die Stelle der Trümmer wieder ein wohnliches Haus zu setzen und in den Mutlosen eine neue Hoffnung zu wecken“ (1/1949, 1C). Zwar bestreite man „keinen Augenblick das Riesenmaß von Schuld, das ein verbrecherisches System auf die Schultern unseres Volkes geladen hat“. Doch durchaus hätte das Volk unter gleich „zweifacher Geißelung“ gelitten: „Es stöhnte unter den Fuß-

28 Auch der Alterspräsident Stefan Heym nutzte 1994 als Kontrastfolie zur Gegenwart die Erinnerung an jenen letzten frei gewählten Reichstag, den 1932 Clara Zetkin eröffnet hatte, zu dessen Präsidenten Hermann Göring gewählt wurde und aus dem nach 1933 fast 200 Abgeordnete in die Gefängnisse gerieten, über hundert sogar umgebracht wurden; siehe 13/1994, 1D.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tritten der eigenen Tyrannen und unter den Kriegs- und Vergeltungsmaßnahmen, welche die fremden Mächte zur Überwindung der Naziherrschaft ausgeführt haben" (1/1949, S. 1B). Beides möge man bedenken – und dann „auch bei den noch in Gang befindlichen Maßnahmen [insbesondere: den Demontagen und der Entnazifizierung] so […] verfahren, daß der Entwicklungsgang der deutschen Demokratie nicht [wie nach dem Ersten Weltkrieg] aufs neue aufgehalten wird" (1/1949, 1C).

Im Lauf der Jahre wurde bei diesem Narrativ die „Täterrolle *von Deutschen*" zur „*deutschen* Täterrolle", während die Rede von Deutschen als *Opfern* der nationalsozialistischen Diktatur immer mehr verblasste. Diesbezüglich gleichsam auf der Kippe steht die Geschichte, wie sie 1961 Robert Pferdmenges in seiner Parlamentseröffnungsrede erzählte:

„Vergessen wir nicht, was wir der Welt angetan haben – vergessen wir nicht das Dritte Reich. Gewiß, durchaus nicht alle haben damals mitgemacht; viele haben vom ersten Tage an ihre Abscheu bekundet, ihren Widerstand dann zum Teil mit der Freiheit und mit dem Leben bezahlt. Aber viele waren schwach und wurden erst aufgerüttelt, als es zu spät war. Was es allerdings heißt, gegen eine Diktatur anzugehen, die einmal im Sattel sitzt – das hat die Geschichte der letzten 15 Jahre erneut gezeigt. Aber, wie dem auch sein, Machthaber des deutschen Volkes haben die Welt ins Elend und Chaos gestürzt. Wir haben deshalb auch kein moralisches Recht, ‚empört' zu sein – den Ausdruck fand ich in einigen Zeitungen –, als die Welt von Opfern sprach, die von uns zu bringen seien.[29] Wir konnten erschüttert, enttäuscht, tief enttäuscht sein, aber nicht empört! Es ist so schwer, menschlich schwer, eigene Interessen zu vertreten, wenn man sich selbst so schuldig weiß, wie wir es tun" (4/1961, 1Cf).

Das ist, nicht ohne taktische Nutzung dieser Lage durch Deutschlands Partner, bis heute ein Subtext bei Verteilungskonflikten innerhalb der EU, gehört freilich – wie einmal mehr die Debatte um Thilo Sarrazins Buch über die Euro-Krise unlängst wieder zeigte – zu jenen Zusammenhängen, die auszusprechen in unserem Land verpönt ist.

Zu Deutschlands Glück konnte freilich das Narrativ vom Scheitern der ersten deutschen Demokratie, von der nationalsozialistischen Diktatur und vom Neubeginn nach der verbrecherischen Katastrophe schon zu Beginn der zweiten Wahlperiode von Marie Elisabeth Lüders, die auf Bundeskanzler Adenauers Wunsch anstelle seiner das Amt des Alterspräsidenten ausübte, als Anfang einer Erfolgsgeschichte weitererzählt werden. Wichtiges von dem, was dem ersten Bundestag als kaum zu bewältigendes Aufgabengebirge vor Augen lag, sei nun geschafft:

29 Gemeint ist der – angesichts der Folgen des Mauerbaus – um des Friedens und der Stabilität willen angeratene Verzicht auf eine Wiedergewinnung der Ostgebiete, auf die Wiedervereinigung, ja sogar auf die Sicherung der Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik Deutschland.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Alle staatlichen und verwaltungsorganisatorischen Grundlagen mußten nach dem allgemeinen Zusammenbruch, der alles mit sich riß, neu aufgerichtet werden. Das in Teile zerfallene Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen mußte zu einem einheitlichen Staatsgebiet zusammengefügt werden. […] Diese [neue äußere] Form mußte für die irregeführten Bewohner unseres Landes mit einem neuen Staatsinhalt erfüllt werden, der ihre skrupellos mißbrauchte Gläubigkeit und ihre so bitter enttäuschte Hoffnung wiederbelebte“ (2/1953, 2A).[30]

Noch besser klingt diese für das bundesdeutsche Staatsgefühl so prägend werdende Erfolgsgeschichte vier Jahre später. Nicht nur freute sich Marie Elisabeth Lüders, weiterhin Alterspräsidentin, nun darüber, dass der Bundestag endlich wieder „in der Reichshauptstadt Berlin“ zusammengetreten sei, und nahm dies – recht voreilig – als entscheidenden „Schritt aus einem achtjährigen Provisorium zurück in die angestammte Heimat der deutschen Volksvertretung“ (3/1957, 2A). Sondern vor allem durfte sie feststellen:

„Die Wiederaufrichtung und der Ausbau unseres Landes und unserer Beziehungen zu der übrigen Welt sind […] in beachtlichem Umfange gefördert worden. Der Anschluß [sic] an die westliche Welt ist vollzogen. […] Das Saargebiet ist […] zu uns zurückgekehrt. Deutschland hat seine Souveränität wiedergewonnen. Das kühne Projekt der Europa-Verträge ist durchgeführt worden. […] Unsere Wirtschaft hat sich nach den Prinzipien der freien [sic] Marktwirtschaft auf allen Gebieten so gefestigt, dass die Arbeitslosigkeit so gut wie verschwunden ist“ (3/1957, 3A).

Noch stolzer konnte, wieder vier Jahre später, Robert Pferdmenges formulieren:

„Aber wir haben doch, trotz der schweren Wolken, die über uns hingen […], vieles erreicht, wenn uns auch unser innigstes Anliegen, der Zusammenschluß mit unseren Brüdern und Schwestern in der Zone,[31] versagt blieb. […] [E]rreicht [wurde]: die Erhaltung unserer Freiheit in der Bundesrepublik – die Versöhnung und Freundschaft mit alten Gegnern – ein Schutz- und Trutzbündnis mit der freien Welt – Ruhe im Innern – Bannung der Arbeitslosigkeit – große soziale Fortschritte – Blühen der Wirtschaft“ (4/1961, 2D).

Das war nun wirklich nicht wenig und weit mehr, als sich von Realisten nur zwölf Jahre zuvor erhoffen ließ. Nochmal 22 Jahre später kam Willy Brandt auf einen Teil dieses bundesdeutschen Erfolgsnarrativs so zurück:

30 Hierzu siehe unten den Abschnitt 3.2 über „Sinnerzeugende Transzendenzrekurse“.

31 Von Ostpreußen, Pommern und Schlesien ist hier beim Wiedervereinigungswunsch schon keine Rede mehr, und das sollte fortan auch so bleiben.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Als […] 1949 der erste Bundestag eröffnet wurde, war von den damals drängenden inneren Problemen die Rede: demokratische Stabilität, wirtschaftliche Gesundung, soziale Sicherheit. In den […] Jahrzehnten, die folgten, ist, unbeschadet allen Streits der Meinungen und nicht selten durch diesen befördert, mehr erreicht worden, als dies die Gründungsväter unserer Republik für möglich gehalten haben. Es wäre undankbar und schädlich, dies nicht anzuerkennen und festzuhalten“ (10/1983, 1Df).

Brandt diente diese Feststellung allerdings als Sprungbrett, um die Geschichtserzählung ins Aktuelle fortzuführen und ein großes, seit dem Ende der Reformeuphorie der eigenen Regierungszeit vordringlich gewordenes Thema anzusprechen: die Sorge um die Sicherung des Erreichten in der Zukunft. Die aber bettete er – und ganz ausdrücklich vier Jahre später – ein in große sowie unbestrittene Zufriedenheit:

„Der besondere Auftrag des Grundgesetzes gründet in bitterster Erfahrung aus Gewaltherrschaft und Krieg, aus materieller Not und vielfacher Zerstörung sittlicher Werte. Das aus solcher Verwüstung erwachsene freiheitliche und soziale Erbe weitergeben zu können, bleibt die Genugtuung für Menschen meines Alters und Lebensweges“ (11/1987, 3C).

2.2 Die Wiedervereinigung als Neubeginn in Kontinuität

Freilich war noch 1989 ein sehr wichtiges der 1949 gesetzten Ziele unerreicht: die Wiedervereinigung. Hatte sich dieser Wunsch ursprünglich auf das ganze Reichsgebiet von 1937 bezogen, also vor seiner Vergrößerung durch den Anschluss Österreichs und die Annexion der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, so kam es zunächst stillschweigend, seit dem deutsch-polnischen Vertrag von 1970 aber auch ausdrücklich zum Verzicht auf die 1945 abgetrennten Landesteile Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Dieser bedurfte 1990 nur noch einer abschließenden Bestätigung des ersten wieder gesamtdeutschen Parlaments.

Gerade angesichts der Verstümmelung und Teilung Deutschlands schuf mancher sinndeutend erzählende Rückgriff auf die Geschichte Erleichterung, zumal nach dem Scheitern des – bis zur „Neuen Ostpolitk“ der sozialliberalen Koalition währenden – Versuchs, vor allem durch eine Nichtanerkennung der geschaffenen Tatsachen auf deren Veränderung hinzuwirken. 1972 verwendete etwa Ludwig Erhard das Narrativ vom zerstückelten Deutschland der napoleonischen Zeit, das nach vielen Jahrzehnten eben doch noch seine Einheit gefunden habe. Er zitierte dabei aus Ernst Moritz Arndts „Friedensrede eines Deutschen“ von 1807, wo es heißt: „Die ihr auch getrennt seid, wie man euch auch geteilt und verschieden genannt hat, – wer darf sich jetzt deutsch nennen? Ihr seid Kinder einer Sprache, seid durch sie ungetrennt und werdet eins werden, wenn ihr euch nicht selbst aufgebt“. Und Erhard fuhr fort:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Niemand in diesem Hohen Hause wird diesem Bekenntnis widersprechen wollen. Deutschland wird nicht in Geschichtslosigkeit versinken und sich auch nicht in Buchstaben wie etwa BRD oder DDR zergliedern und auflösen lassen“ (7/1972, 2A).

Also – so die unausgesprochene Fortsetzung des Arguments – müsse man der Zeit nur ihre Zeit lassen und die Zukunft offen halten. Das unternahm die damalige Bundesregierung durch die mühsame Kleinarbeit an diplomatischen Formulierungen – etwa: „unverletzliche“ Grenzen statt „unveränderliche“ Grenzen – oder das Bundesverfassungsgericht durch sein Urteil zum Status der innerdeutschen Grenze von 1973: Sie entspräche rechtlich der zwischen zwei Bundesländern. Gerade das ermöglichte es, die Nutzung der sich 1989/90 bietenden Chance auf Wiedervereinigung ins – teilweise kontrafaktische – Narrativ eines nie beendeten Hinarbeitens auf sie zu integrieren.

Es fügte sich, dass 1990 gerade Willy Brandt noch einmal als Alterspräsident amtieren konnte. Nachdem er von jener großen Freude gesprochen hatte, zu welcher „das Ende des Kalten Krieges und der militärischen Konfrontation, das friedlich-mutige Aufbegehren auch unserer Landsleute in der damaligen DDR und die Verwirklichung der staatlichen Einheit, die Chancen auf gesamteuropäische Einigung“ Anlass gäben, stellte er die für bundesdeutsche Selbstverständigungspraxis so typische und auch heilsame Frage: „Was aber wäre große Freude ohne Selbstprüfung? Nehmen wir […] hinreichend wahr, wozu uns die Geschichte einlädt? – Verantwortung für die Geschichte: ich hoffe, das vereinte Deutschland nimmt sie mit allen ihren Seiten an“ (12/1990, 2B). Was diesen Worten folgte, ist jenes nachgerade offizielle Selbstverständigungsnarrativ, von dem die Bundesrepublik Deutschland den Sinn ihrer Institutionen und die Unverfügbarkeit vieler ihrer Regeln und Gebote bis heute ableitet und in welches nun nahtlos auch die Wiedervereinigung eingefügt werden konnte:

„Unsere parlamentarische Demokratie ist uns – uns im Westen – nach dem Zusammenbruch von 1945 geschenkt worden.[32] […] Und doch: Warum verschweigen, daß gerade in jener von Existenzangst erfüllten Zeit alte und schöne Traditionen wiederaufgelebt sind? Wir stehen jedenfalls […] in der Tradition der Nationalversammlungen von Frankfurt 1848 und Weimar 1919 und der freiheitlichen Kräfte im Reichstag vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Wir sind dem Erbe des deutschen Widerstands verpflichtet. […] Nicht vergessen sind die Opfer der

32 Zur ergänzen wäre dieses Narrativ durch folgende, spätere Passage aus der gleichen Rede: „Unsere Freiheit hätten wir nicht bewahren können, wäre sie nicht durch die Atlantische Allianz und im wachsende Maße durch die Prosperität und Solidarität der Europäischen Gemeinschaft geschützt worden. Zu den Gründervätern des vereinten Deutschland zählen in diesem Sinne […] die Urheber des Marshallplans und Männer wie Jean Monnet, die unseren Völkern den Weg nach Europa haben weisen helfen, noch ehe Hitler zur Hölle gefahren war“ (12/1990, 5B).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kommunistischen Diktatur. Wir führen weiter, was 1948/49 von Bonn aus begonnen wurde, und haben nicht überhört, was uns die frei gewählte Volkskammer vor der Einschmelzung in den gesamtdeutschen Prozeß zu sagen hatte“ (12/1990, 2Bf).

Wie einst Paul Löbe erinnerte auch Willy Brandt an die Gegner der nationalsozialistischen Diktatur, gleichsam die Sachwalter jenes besseren Deutschland, das inzwischen zurückgekehrt sei. Doch er bezog dann gleich auch alle anderen Opfer jenes schlimmen Deutschland in die Erinnerung ein, wie es seit wenigen Jahrzehnten zum wohltuenden Topos von Gedenkreden geworden war, während Paul Löbe die seinerzeitige Haltung noch so formuliert hatte: „Wessen Haus an allen Ecken brennt, der sieht zunächst die eigene Not, ehe er die Fassung gewinnt, die Lage des Nachbarn voll zu würdigen“ (1/1949, 2B). Brandt fuhr indessen vor:

„Mich kümmert die Frage: Ist den nachwachsenden Generationen deutlich gemacht worden, daß an die 200 Mitglieder des Reichstags in Konzentrationslager und Gefängnisse verbracht wurden – manche für kürzere Zeit, manche für Zeiten jahrlanger Peinigung? Wer weiß noch, daß über 100 Abgeordnete ihr Leben verloren haben? Darunter sind auch solche, die im westlichen Exil, oder von dort ausgeliefert, zugrunde gingen und ostwärts durch Stalins Schergen zu Tode gebracht wurden.

Die frei gewählte Volkskammer hat […] am 12. April an die furchtbaren Leiden erinnert, die im deutschen Namen anderen im Osten zugefügt wurden. Ich denke, wir machen uns dies heute noch einmal zu eigen.

Unsere Würde gebietet einen unübersehbaren Ausdruck der Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden. Die Last dieser schrecklichen Vergangenheit wird nur dann leichter, wenn wir sie für unser Volk immer noch einmal annehmen“ (12/1990. 2B-D).

Damit war – nach 40 Jahren – auch erstmals in einer Parlamentseröffnungsrede der Holocaust als Eckpunkt bundesdeutscher Wertdebatten angesprochen. Das rundete das etablierte Geschichtsnarrativ in beeindruckender Weise ab: Im Nationalsozialismus ist Deutschland gerade nicht „zu sich gekommen“, sondern hat sich – gegen durchaus nennenswerten Widerstand – im Gegenteil von seinen eigenen freiheitlichen Traditionen entfernt; und seit Langem besteht nun wieder ein gutes Land, das die Verbrechen jener verirrten Zeit keineswegs vergisst, sondern sich als Gegenkraft all dessen versteht, was einst zu ihnen führte.

Acht Jahre später führte der Alterspräsident Fred Gebhardt ein noch ausgedehnteres Narrativ vor Augen und endete mit einem ganz konkreten Vorschlag zu dessen Verdichtung und Fixierung. In den dabei neu gesetzten Akzenten zeigt sich mancher Wandel am situationsdefinierenden Geschichtsbild, ja nachgerade dessen Radikalisierung. Gebhardt führte nämlich aus:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Die Chance für eine wirklich demokratische und gerechte Entwicklung in Deutschland ergab sich in diesem Jahrhundert erst mit der Zerschlagung des nationalsozialistischen Terrorregimes im Jahr 1945. Für die ungenügende demokratische Entwicklung in den 100 Jahren zuvor mag es viele Ursachen gegeben haben. Eine Ursache sehe ich darin, daß es vor 150 Jahren – nämlich 1848 – nicht gelungen ist, eine erfolgreiche und demokratische Revolution in Deutschland durchzuführen.

Der Versuch eines demokratisch verfaßten Deutschlands, der in der Paulskirche zu Frankfurt am Main unternommen wurde, scheiterte. Der preußische König war davon überzeugt, daß gegen Demokraten nur Soldaten helfen. Es war sicherlich ein großer Fehler der Frauen und Männer in der Paulskirche, daß sie den dritten Stand, die Arbeiter und Bauern, ausgeschlossen hatten. Wären sie mit einbezogen gewesen, hätte der preußische König seine Schlacht gegen die Demokratie möglicherweise verloren.

Wie die Entwicklung weiter verlief, ist allen hier im Saal bekannt. Es endete mit dem verbrecherischsten Regime in der Weltgeschichte, der Nazidiktatur. Und nicht wir selbst haben es geschafft, uns zu befreien. Wir mußten von außen befreit werden. All jenen, die uns damals befreit haben, muß unser Dank und unser Respekt gelten. Unabhängig davon, wie wir die weitere Entwicklung in diesen Ländern beurteilen, und unabhängig von dem Schicksal vieler vor, an oder nach dem 8. Mai 1945 sollte klar sein: Ohne diesen Tag hätte es keine Chance für eine demokratische Entwicklung in Deutschland gegeben. Deshalb meine ich, daß wir uns noch vor Beendigung dieses Jahrhunderts darauf verständigen sollten, den 8. Mai 1945 zum Tag der Befreiung zu erklären und ihn jährlich entsprechend zu begehen“ (14/1998, 2Bf).

„[Doch] auch die Geschichte nach 1945 war keinesfalls nur erquicklich, keinesfalls nur von Wohlfahrt und Gerechtigkeit bestimmt. Infolge des zweiten Weltkrieges wurde Deutschland besetzt, und kein Deutscher konnte sich aussuchen, in welcher Besatzungszone er lebte. Die Folge der unterschiedlichen Besatzungszonen wiederum war die Gründung von zwei deutschen Staaten, die eine sehr unterschiedliche Entwicklung nahmen. Beide deutsche Staaten standen in Frontstellung zueinander. Der kalte Krieg zwischen Ost und West tobte in Deutschland besonders zugespitzt. Opfer des kalten Krieges gab es auf beiden Seiten; sie alle müßten rehabilitiert werden. Seit dem 3. Oktober 1990 sind wir vereinigt. Das ist und bleibt ein großes Datum in der Geschichte unsre Landes“ (14/1998, 2Df).

Hier wird die Besiegung des Nazireiches zum zentralen Heilsereignis der deutschen Geschichte, der Nationalsozialismus zum Tiefpunkt des ganzen Menschengeschlechts und jeder Kriegsgegner zum Heilsbringer – ganz gleich, was er über den Sieg hinaus im Sinn hatte und unternahm. Und so wenig Deutsche an der Befreiung vom Nationalsozialismus Anteil hatten, so wenig hatten sie das offenbar auch an der Prägung und am Handeln der beiden deutschen Staaten. Um sie herum tobte einfach der kalte Krieg; und als der – gleich weshalb – zu Ende ging, vereinten sich

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die beiden deutschen Staaten eben wieder. Von Freude darüber, die Willy Brandt so gerne zeigte, sprach Gebhardt anschließend nicht. Er handelte nur davon, warum „die damit verbundenen Chancen" nicht ausführlicher ins Bewusstsein getreten seien, und betonte als wichtige Ursache dessen, „die alte Bundesrepublik" habe nicht respektvoll genug die Leistungen auch der DDR würdigen wollen.

Dieses Narrativ verweigert sich der bundesdeutschen Standarderzählung, wie sie etwa Willy Brandt vortrug, und sieht ganz von jenem Streit um ideologische Positionen ab, der nicht nur der nationalsozialistischen Diktatur vorangegangen ist, der nicht nur die Teilung Europas und Deutschlands verfestigt hat, sondern dessen inhaltliche Klärung die Bundesrepublik Deutschland auch ganz anders geprägt hat als die DDR. In solchen Unterschieden wird deutlich, dass selbst unsere „großen" Geschichtserzählungen erhebliche Entzweiungskraft besitzen. Anders als die Narrative der anderen Alterspräsidenten fand jenes von Gebhardt denn auch – ausweislich des Protokolls – keinen Beifall aus allen Fraktionen.

2.3 „Gelingen ist möglich – gerade uns!"

Ein weiteres, später umfangreich ausgebautes Narrativ ging von den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus. Seit der – „Reunionspolitik" genannten – ostwärts gerichteten Annexionspolitik der französischen Könige des späten 17. Jahrhunderts sowie der gegen Frankreich gerichteten deutschen Identitätsfindung im 19. Jahrhundert, reichend von den Befreiungskriegen bis zur jährlichen Feier des Sedanstages, war entstanden, was „Erbfeindschaft" hieß. In den beiden Weltkriegen und deren Nachgang hatte sie ihre furchtbaren Folgen offenkundig gemacht.

Das vor Augen, sprach Marie Elisabeth Lüders 1957 davon, beide Länder hätten zu Weimarer Zeiten durch Gustav Stresemann und Aristide Briand schon wichtige, hoffnungsstiftende Schritte zur Verständigung getan. Dann aber habe man „mit Schauern erlebt, wie der gotteslästerliche Übermut eines verbrecherischen Systems alles wieder niedergerissen und Millionen in den Abgrund gestürzt hat". Nun aber sei eine neue Hoffnung entstanden:

> „Wir haben zusammen mit Frankreich der Welt abermals ein Beispiel dafür gegeben, daß es möglich ist, jahrzehnte-, nein jahrhundertealte Mißhelligkeiten, Vorurteile, Leidenschaften, nationales Prestigestreben und viele nur allzu bittere Erfahrungen zu überwinden und mit Verständnis auch für den anderen zu einer Verständigung zu kommen".

Möglich wurde dies „durch den guten Willen auf beiden Seiten, auch die geistigen und gefühlsmäßigen Trümmer zum Nutzen aller endlich abzutragen". Daran schloss sich die ein Volk von Tätern, Mitläufern, Zusehern und Opfern integrierende Nutz-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

anwendung des Narrativs an: „Sollte das nicht […] auch unter uns Deutschen selber möglich sein?“ (3/1957, 5A).

Doch warum dann Verständigung nicht auch im Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten? Gerade hierauf bezog 1969 das deutsch-französische Narrativ der Alterspräsident William Borm:

„In meiner Jugend ging das Wort um von der ‚Erbfeindschaft‘ zwischen dem Deutschen Reich und seinem Nachbarn Frankreich. Nichts mehr ist davon geblieben als für die Älteren eine verblassende, aber immer noch lehrreiche Erinnerung und für die Jungen das Unverständnis dafür, daß es jemals so etwas habe geben können. Da liegt doch sicherlich der Schluß nahe, daß, was im Westen möglich war, im Osten nicht unbedingt ausgeschlossen werden kann“ (6/1969, 2A).

Nach der Aussöhnung mit Frankreich, nach der den Ostblock – ganz wider dessen Hoffnung und zumal über die Rechtstitel im „Korb III“ der Schlussakte der KSZE von 1975 – destabilisierenden Entspannungspolitik, nach dem auch dadurch verursachten Zusammenbruch des realsozialistischen Staatenwelt und angesichts der deshalb möglich gewordenen gesamteuropäischen Einigung konnte das von William Borm auf den Osten ausgedehnte Frankreich-Narrativ eine neue, nämlich gesamteuropäische Weiterung erfahren. Sie formulierte Otto Schily im Jahr 2002 so:

„Deutschland und Europa lagen in Trümmern, als Paul Löbe 1949 zur Eröffnung des ersten Deutschen Bundestages die Hoffnung äußerte […], ‚dass dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europas sein wird‘. Nach 53 Jahren, nach Überwindung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas ist diese Hoffnung Wirklichkeit und Deutschland ein unauflöslicher [sic] Teil des geeinten, friedlichen und demokratischen Europas geworden. Das ist ein Grund zu tiefer Dankbarkeit gegenüber allen, die daran mitgewirkt haben, und zugleich Aufruf und Verpflichtung, die Europäische Union im Zuge des Erweiterungsprozesses entschlossen auszubauen“ (15/2002, 2B).

Ein glückliches Land, dessen kühnste Visionen aus schlimmster Zeit Wirklichkeit geworden sind, und das nun im Reinen mit sich und seiner Umwelt sein darf: Ein solches, wirklich gutes Grundgefühl vermittelt dieses Narrativ. Der Wiederaufstieg aus der deutschen Katastrophe ist gelungen, Deutschland ist gelungen, Europa ist gelungen – letztlich: Deutschlands Geschichte ist am Ende eben doch eine Geschichte des Gelingens, nicht des Scheiterns. Heinz Riesenhuber ergänzte dies Großnarrativ vom deutschen Gelingensglück 2009 gar noch um einige kleinere Narrative zu einzelnen Politikfeldern, wobei obendrein lockerer Tonfall vom in sechzig Jahren gewachsenen Gefühl eines entspannten „Nichts ist unmöglich!“ kündet. Zu Naturschutz- und Umweltproblemen führte der Alterspräsident Riesenhuber etwa aus:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„In diesem Bereich haben wir trotz schwieriger Bedingungen Erfolge gehabt; das macht Mut. Wer redet heute noch vom Waldsterben? […] Wenn man fröhlich durch die Wälder geht und sieht, dass sie grün sind und die Bäume gedeihen, dann kann man durchaus sagen: Gemessen an den Themen, über die vor 30 Jahren diskutiert wurde, haben wir eine neue und erfreuliche Welt geschaffen. […] Indem wir klug auf die Ursachen der Probleme reagiert haben, haben wir Lösungen gefunden, und diese Lösungen haben unserer Welt geholfen" (17/2009, 3D-4B).

Hierin kann man wohl das „wirksame Geheimnis"[33] des Erfolgs bundesdeutscher Politik erkennen. Freilich, und leider, prägt es den üblichen politischen Diskurs – gelagert um Angst und Wut, Versagen und Verdrossenheit – nicht ebenso klar wie die Reden der Alterspräsidenten des Bundestags.

2.4 Die Thematisierung von Geschichtspolitik

Soweit man Narrative zur Handlungsmotivation, Sinnstiftung, gegebenenfalls auch zur Veranschaulichung des Unverfügbaren nutzen will, tut man gut daran, sie in zeitspezifischer Attraktivität zu stilisieren, sie zu popularisieren, also sie auch politisch-bildnerisch nutzbar zu machen. Derlei regte 1969 ausdrücklich William Borm an:

„Wir sind […] gezwungen, unser Verhältnis auch zur eigenen Geschichte endlich zu bereinigen. […] Es bleibt die gemeinsame Aufgabe aller Fraktionen in diesem Hohen Hause […], unser Volk, unsere Gesellschaft zu einem bewußt engagierten und realistischen Verhältnis zur Politik und zur Geschichte zu führen" (6/1969, 2D).

Die später systematisch einsetzende Geschichtspolitik mitsamt dem Bau vieler Gedenkstätten und Museen in ihrem Dienst verwirklichte solche Forderungen. Auf manchen Eindruck eines Zuviel an solcher Geschichtspolitik bezog sich dann Fred Gebhardt, als er 1998 unterstrich: „Geschichte wird man nicht los, auch wenn manche sich das inzwischen sogar öffentlich wünschen. Es ist aber gar nicht wünschenswert, weil wir in der Verantwortung stehen, aus der Geschichte Lehren zu ziehen" (14/1998, 2D).

Doch längst hatte der von Anfang an klar verurteilende Umgang der deutschen politischen Elite mit der nationalsozialistischen Diktatur reiche Frucht getragen. Willy Brandt konnte bereits 1983 beim Rückblick auf das 50 Jahre zuvor erlittene Scheitern der ersten deutschen Demokratie bilanzieren, „daß wir aus den geschicht-

33 So – aus einem ganz anderen Kontext stammend – jene Formel, mit der Walter Bagehot einst den Kern der Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems beschrieb, nämlich das parteiengenerierende Miteinander von Regierung und regierungstragender Mehrheit; vgl. G. W. Cox 1987.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lichen Erfahrungen gelernt haben und daß wir sie niemals in den Wind schlagen werden. Gemeinsam wollen wir darüber wachen, daß sich die Schrecken der Vergangenheit, in welcher Form auch immer, nicht wiederholen“ (10/1983, 2Cf). Vier Jahre später, ganz wesentlich Richard v. Weizsäckers Rede vom 8. Mai 1985 im Sinn, dankte Brandt diesem für seine Verdienste um den Umgang mit jenen Narrativen, die Deutschlands neuen Staat in die ihm angemessenen Kontexte einbetten: „Sie haben viel dafür getan, das uns Gemeinsame zu vertreten und zu vertiefen; [und] zumal mit Ihren Beiträgen zur deutschen Geschichte haben Sie dem Werk der Aussöhnung einen großen Dienst erwiesen“ (11/1987, 1B).

3. TRANSZENDENZREKURSE IN DEN REDEN DER ALTERSPRÄSIDENTEN

3.1 Auf Handlungsmotivation abzielende Transzendenzrekurse

a. Das Panorama lockender neuer Ufer

Etwas transzendieren meint: eine Grenze überschreiten, ein neues Ufer erreichen, in einen anderen, als besser erhofften Zustand gelangen. In diesem Sinn liegt ein Transzendenzrekurs dann vor, wenn auf eine zu überwindende Begrenzung verwiesen, ein lockendes neues Ufer beschrieben, zum Erreichen eines besseren Zustandes aufgerufen wird. Handlungsmotivation ist der Zweck eines solchen Transzendenzrekurses. Und nichts ist selbstverständlicher, als dass ein materiell wie moralisch ruiniertes Land wie das Deutschland der Besatzungszonen sich seiner engen Handlungsgrenzen, seines schlimmen Zustandes bewusst war und eigentlich nur auf Hinweise wartete, zu welchen neuen Ufern es aufbrechen könne. Die Gründung der Bizone, dann der Trizone und später der Bundesrepublik Deutschland hatten es bereits erlaubt, den Status besetzten Feindeslandes zu verlassen. Die Währungsreform samt der Wiederbelebung eines geordneten Wirtschaftslebens stellte neue Lebensmöglichkeiten vor Augen, individuell ebenso wie kollektiv. Zwar war noch ganz unklar, wie weit man gelangen könne. Doch es war eine Zeit der Aufbruchsbereitschaft und – mehr noch – des ohnehin durch das allgemeine Elend aufgezwungenen Aufbrechens, in die hinein 1949 die politische Elite des neuen Staates sprach.

Gleich in den ersten, auf die Begrüßungsformeln folgenden Sätzen des damaligen Alterspräsidenten Paul Löbe wurden jene Grenzen benannt, über die hinauszugelangen dann jahrzehntelelang als Ziel bundesdeutscher Politik bekundet wurde. Voll sollten so bald wie möglich die – immerhin im Bundestag vertretenen – Berliner „in dieses neue Deutschland einbezogen“ werden, desgleichen „jene Millionen deutscher Landsleute […], die in den deutschen Ostgebieten wohnen und deren

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vertretern Besatzungsmacht oder fremde Verwaltung gewaltsam verwehrt, mit in diesem Saale zu sitzen und mit uns zu beraten“ (1/1949, 1B). Und gleich anschließend wird jenes Aufgabendoppel benannt, dem dann vierzig Jahre bundesdeutscher Politik gewidmet waren:

„Indem wir die Wiedergewinnung der deutschen Einheit als erste unserer Aufgaben vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, daß dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa sein will!“ (1/1949, 1C).

Ein wenig später wird Löbe noch konkreter: „Deutschland will […] ein aufrichtiges, friedliebendes, gleichberechtigtes Glied der Vereinigten Staaten von Europa werden“, weshalb es „im Staatsgrundgesetz von Bonn den Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte schon im voraus ausgesprochen [habe], um dieses geschichtlich notwendige höhere Staatengebilde zu schaffen“ – ein Ziel, von dem man sich auch durch alle Anfangsschwierigkeiten nicht abschrecken lasse werde (1/1949, 2D). In nicht minder weiter Ferne lagen damals die übrigen Ziele, deren Verwirklichung sich – so Löbe – das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages erhoffe. Im Unwissen über den so unerwartet rasch kommenden Neuaufschwung musste es sogar als höchst unwahrscheinlich wirken, ...

„daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen. Schier unüberwindlich scheinen die Hindernisse, die auf diesem Wege liegen“ (1/1949, S. 1D).

Doch es waren einleuchtende, inspirierende, zu tatkräftigem Handeln motivierende Ziele, die rasch auch die ihrer Erreichung dienlichen Rahmenbedingungen erhielten. Jedenfalls konnte schon vier Jahre später Marie Elisabeth Lüders vom erfolgreichen Aufbau der äußeren Form des neuen Staatswesens sowie von neuen, sinngebenden Inhalten dieser Form berichten. Gleichwohl erweisen sich die Grenzen des eigenen Handlungsraums immer noch als sehr eng gezogen:

„Neben der notwendigen Konsolidierung der inneren Ordnung stehen auch weiterhin gewaltige Aufgaben aus den noch keineswegs überwundenen Folgen des Krieges und seines katastrophalen Ausgangs vor uns. An erster Stelle steht für uns alle die staatliche Vereinigung des geschichtlich gewordenen Volksraumes, nicht nur in geographischer und wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer und mitmenschlicher Hinsicht“ (2/1953, 2B).

Und da wären auch noch die schlechten Zustände im Lande selbst, von denen es nun wegzukommen gelte: Nötig sei es, „neben den zerstörten materiellen Werten die unersetzlichen inneren, die zerbrochenen menschlichen Werte wiederaufzurich-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten, indem wir Lebensbedingungen schaffen, in denen echte humane Gesinnung und Betätigung wieder gedeihen können“ (2/1953, 2D).

Im Grunde sind damit alle weitreichenden Ziele exponiert, wie sie auch in den folgenden Wahlperioden immer wieder handlungsmotivierend angesprochen werden. Freilich verschoben sich – wie es beim transzendierenden Reden so leicht unterläuft – auch die Ansprüche, die man an die zu erreichenden Zustände stellte. Ludwig Erhard brachte sie 1976 auf die Kurzformel, er wünsche dem neu gewählten Bundestag – neben Wahrnehmung seiner Verantwortung für das ganze Deutschland – dass er „seinen Beitrag zum inneren und äußeren Frieden erbringen kann, zum Wohle unserer Bürger und zur Sicherung der Freiheit, die unser Leben ausmacht“ (8/1976, 3A). Nichts anderes wollte Bundesdeutschlands politische Elite, und nichts anderes erwartete von ihr das Volk. Das aber war wirklich kein geringer Anspruch.

b. Über die Trizone hinaus: das Ziel der Wiedervereinigung

1871 war, freilich unter Ausgrenzung der deutschen Länder des Habsburgerreichs, ein geeinter deutscher Nationalstaat entstanden – endlich, wie die meisten fanden. Er überstand auch den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Teilungswünsche der Siegermächte. Nichts konnte deshalb nach 1945 einem Deutschen als natürlicher gelten, als dass sein Vaterland – obwohl geschlagen und diskreditiert – staatlich geeint fortbestünde. Die Abtrennung Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens samt Flucht oder Vertreibung der dort eingesessenen Deutschen erschien als Ungeheuerlichkeit, die keinen Bestand haben könne. Und die Aufteilung von West- und Mitteldeutschland in Besatzungszonen für jede Siegermacht wirkte erst recht willkürlich und provisorisch. So wie auf die Bizone die Trizone gefolgt war, werde deshalb auch die sowjetische Besatzungszone über kurz oder lang mit dem geographisch begrenzten westdeutschen Teilstaat verbunden werden. Rechtlich und moralisch verstand dieser sich ohnehin von Anfang an als der Staat aller Deutschen.[34]

Es muss also nicht wundern, dass sich unter den in den Parlamentseröffnungsreden betonten Zielen stets die Wiedervereinigung findet, anfangs noch unter aus-

34 1949 – und bis zur Verfassungsänderung nach der Wiedervereinigung – lautete die Präambel des Grundgesetzes so: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

drücklichem Einschluss Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens, und natürlich immer mit Hinweis gekoppelt, nur auf friedlichem Weg sei derlei möglich und anzustreben. 1957 formulierte etwa Marie Elisabeth Lüders:

„Wir wissen – und wir wollen es auch nicht anders –, daß die heute noch unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete nur auf friedlichem Wege in die deutsche Volksgemeinschaft wieder einbezogen werden können. Es ist deshalb unsere Aufgabe, mit höchstem Eifer gemeinsam auf Mittel und Wege zu sinnen, mit denen dieses unser allerhöchstes Ziel erreicht werden kann“ (3/1957, 2C).

Allerdings veränderten sich die Wege sehr, auf denen die Wiedervereinigung oder ein solcher Zustand Europas als erreichbar galt, in dem eine Wiedervereinigung denkbar würde. 1969 und somit zu Beginn jener Wahlperiode, der die „Neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition ihren Stempel aufprägen sollte, formulierte der Alterspräsident William Borm: Man dürfe nicht annehmen, …

„daß die aufgezwungene und spannungsgeladene Situation ein statischer Endzustand sein könne. Angesichts der Kräfteverteilung und der Waffensysteme in der Welt können auch antagonostische [sic!] Positionen heute nicht mehr durch Gewalt geklärt werden, sondern – als klare Alternative zur gegenseitigen Vernichtung – nur durch geduldige Versuche der Annäherung. Das ist schon ein dornenreicher Weg, und nur allzu leicht bringt er den Vorwurf, daß er in immer neue Sackgassen führen müsse“ (6/1969, 1Df).

Anschließend wurde Borm sehr konkret:

„Große Aufgaben erwarten uns im nächsten Jahrzehnt, die dringend einer Lösung bedürfen: in der Außenpolitik die weitere Ausgestaltung unserer Verflechtung mit dem Westen, Versöhnung, Ausgleich auch mit den Völkern im Osten; in unserer nationalen Politik schrittweise Entkrampfung durch zunächst atmosphärische Verbesserung unseres Verhältnisses zur DDR“ (6/1969, 2C).

Das alles wurde zum großen außenpolitischen Thema der nun anhebenden Regierungszeit Willy Brandts. Dieser kam hierauf als Alterspräsident 1983 wie folgt zurück:

„Das Grundgesetz verpflichtet uns, nach Kräften für den Frieden in Europa und für die Welt zu wirken. Es stellt die Fortdauer der deutschen Nation fest – auch in der Teilung, an der wir nicht leicht tragen. Meines Erachtens sind wir gut beraten, wenn wir – auf der Grundlage der gefundenen vertraglichen Regelungen – weiter daran arbeiten, daß die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger sich nicht unnötig auseinanderentwickeln, sondern ihre Beziehungen zu-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einander produktiv gestalten. Dies wäre […] ein wichtiger, nur von uns Deutschen zu leistender Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und für die Welt“ (10/1983, 3Bf).

Freilich schien damals schon das Ziel der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten vielen Deutschen ebenso illusorisch zu sein, wie das schon seit Jahrzehnten die – dreißig Jahre zwar durchaus noch gehegte – Hoffnung auf eine Wiedergewinnung Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens war. Willy Brandt, bis ins Mark deutscher Patriot, drückte die auch seinesgleichen von den Zeitumständen aufgezwungene praktische Hoffnungslosigkeit 1987 in folgenden, auf die Linderung von derlei inneren Spannungen ausgehenden Wendungen aus – und somit gerade zu Beginn jener Wahlperiode, an deren Ende die Wiedervereinigung stand. Er wandte sich „an die Jungen in der ganzen Republik“ und sagte ihnen:

„Dies ist auch dann unser Staat, wenn er nicht unter den Bedingungen nationaler Einheit konstituiert werden konnte. Die war nicht erst durch ausländische Siegermächte zerstört worden, sondern schon durch diejenigen, die nicht nur anderen Leid zufügten, das für unvorstellbar gehalten worden war, sondern auch das eigene Volk verbrecherisch in tiefes Unglück gestürzt hatten.[35] In dieser Phase der geschichtlichen Entwicklung müssen wir Deutsche uns um Zusammenhalt trotz staatlicher Trennung bemühen, über das hinaus, was humanitär, kulturell und wirtschaftlich unbeschadet der unterschiedlichen Ordnungen gesichert und gefördert werden kann. Nicht zu ersetzen ist die Pflicht der Deutschen, d.h. der Deutschen in beiden Staaten, zum Frieden und zum Dienst an Europa“ (11/1987, 3Df).

Drei Jahre später war es dann endlich so weit, wie seit 1949 erhofft. Willy Brandt, zum dritten Mal amtierend als Alterspräsident, konnte bewegt feststellen: „Erstmals nach vielen Jahrzehnten versammeln sich die in gesamtdeutschen freien Wahlen bestimmten Abgeordneten, fürwahr ein Ereignis, das historisch genannt werden kann“ (12/1990, 1B). Sie alle umfangend durch Nennung herausragender Träger der von ihm stets als fortbestehend behaupteten, gemeinsamen deutschen Kultur grüßte er …

„in besonderer Verbundenheit […] die Landsleute in den neuen Bundesländern, in Goethes und Schillers Thüringen, in Bachs und Leibniz‘ Sachsen, in Luthers und Nietzsches Sachsen-Anhalt – wenn es das schon gegeben hätte –, in Fritz Reuters und Ernst Barlachs Mecklenburg, in Caspar David Friedrichs Vorpommern, in Schinkels und Fontanes Brandenburg, in Humboldts und Hegels jetzt nicht mehr zerklüftetem Berlin“ (12/1990, 1C).

35 Dieses Narrativ verwendete auch Stefan Heym: „Vergessen wir […] nicht, daß die Jahrzehnte des Kalten Krieges, welche uns die Spaltung Deutschlands mitsamt der schrecklichen Mauer und deren Folgen brachten, historisch gesehen, das Resultat des Naziregimes waren und des Zweiten Weltkriegs, der von diesem ausging“ (13/1994, 2D).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Endlich sei „jene Phase der Ängste und der [bloßen] Hoffnungen versunken“, aus der heraus er früher über die fehlende deutsche Einheit habe sprechen müssen (12/1990, 2B). Und tatsächlich haben die Reden der Alterspräsidenten seit der Wiedervereinigung einen anderen, runderen, glücklicheren Klang – zumindest jene Otto Schilys und Heinz Riesenhubers, während sich 1994 Stefan Heym und 1998 Fred Gebhardt eher mit den Schwierigkeiten als mit den Freuden der Wiedervereinigung auseinandergesetzt hatten.

c. Plus ultra: das Transzendieren jedes status quo

„Plus ultra“ war der Wahlspruch Kaiser Karls V. und fand – über dessen Rolle als spanischer König – Eingang in das Staatswappen Spaniens. Auf Deutsch hieß dieses Motto damals „noch weytter“. Es könnte auch über vielen Aussagen der Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages stehen: Immer wieder wird betont, worin und wohin über das Erreichte nun hinauszugehen sein.

Besonders prägnant geschah dies 1969, also vor jenem Bundestag, der erstmals einen sozialdemokratischen Bundeskanzler wählen sollte. Wiederaufbau, Westbindung, Demokratiegründung waren gelungen. Die seit 1966 gegen die Große Koalition gerichtete „Außerparlamentarische Opposition“ hatte viele glauben gemacht, unter dem dünnen Firnis bundesdeutscher Formaldemokratie sei restaurierter Autoritarismus am Werk. Und die Studentenrevolte hatte den Eindruck erweckt, nicht nur unter den Talaren sei der Muff von tausend Jahren – und insbesondere jener des „Tausendjährigen Reiches“. Also sei es Zeit für einen Neuanfang: Mit wirklicher Demokratie sollte es weitergehen, nämlich einer vom aufgeklärten Volk froh und mitmachend getragenen Demokratie. Für die Erreichung dieses Ziels verlangte der damalige Alterspräsident William Borm tiefgreifende Reformen im Bildungs- und Ausbildungswesen, denn „hier geht es um die Schaffung unumgänglicher Voraussetzungen für das Mündigwerden aller unserer Menschen als Grundlage der Demokratie“ (6/1969, 2C). Willy Brandt sollte das gleiche Anliegen in seiner Regierungserklärung wenige Tage später in bleibend berühmte Formulierungen fassen:

„Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen. *Wir wollen mehr Demokratie wagen.* Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun. […] In den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich glaube dies heute weniger denn je.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nein: *Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an*“ (6/1969, 20C, 33Df).[36]

Hinter der von der „partizipatorischen Revolution“ in allen westlichen Industriestaaten aktivierten Zivilgesellschaft tauchten allerdings bald neue Grenzen auf, deren Überwindung lockte. Insbesondere war da, über die Integration von Zuwanderern hinaus, der Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft. Fred Gebhardt betonte 1998 die Aufgabe, „für Nichtdeutsche, die in unserer Gesellschaft leben, bessere Integrationsmöglichkeiten zu finden und Chancengleichheit herzustellen. Nur Menschen, die gleiche Rechte haben, werden auch als gleichwertig angesehen. Zu Recht haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes in Art. 1 die Würde aller Menschen – nicht nur der Deutschen – hervorgehoben“ (14/1998, 2D). Präziser wurde 2009 Heinz Riesenhuber: Es gehe um die …

„Integration der Menschen, die in unserem Land leben und die ihren alten Kulturen verbunden sind. Wir respektieren diese Kulturen. Aber wir wollen, dass sie als Bürger dieses Landes die Chance haben, umfassend mitzugestalten, ihren Beruf und ihr Leben zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen und sich als Teil unserer Gemeinschaft zu fühlen. […] Es darf aber nicht geschehen, dass sich in einzelnen Bereichen unserer Gesellschaft Kulturen entwikkeln, die keinen Kontakt zu unserer Wirklichkeit haben“ (17/2009, 2D).

Und speziell auf die gewandelte Wirklichkeit der alternden Gesellschaft reagierte 2002 der Alterspräsident Otto Schily mit der Forderung, man solle „schon in Betracht ziehen, dass auch die Generation der über 70-Jährigen – nicht zuletzt im Hinblick auf die deutlich veränderte Altersstruktur der Gesellschaft – ein Anrecht – wie ich finde: ein selbstverständliches Anrecht – auf eine aktive Mitgestaltung der Politik geltend machen darf“ (15/2002, 2A).

Natürlich wurden auch mit der Wiedervereinigung neue Grenzen fühlbar, die es fortan zu überwinden galt. Willy Brandt führte 1990 deren drei an: die Herstellung grundsätzlich gleicher Lebensverhältnisse im staatlich geeinten Deutschland; die weitere Einigung Europas; die Mitverantwortung Deutschlands für die Welt und für die „globalen Sorgen Welthunger, Armutswanderungen, Umweltzerstörung“ (12/1990, 2A). Der letzteren Aufgabe widmete vier Jahre später auch Stefan Heym zentrale Gedanken seiner Rede:

„Die Krise, in welche hinein dieser Bundestag gewählt wurde, ist nicht nur eine zyklische, die kommt und geht, sondern eine strukturelle, bleibende, und dieses weltweit […] eine Krise nunmehr der gesamten Industriegesellschaft. Wie lange wird der Globus noch, der einzige, den wir haben, sich diese Art gefallen lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter

36 Hervorhebungen vom Verfasser.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

produziert und konsumiert? Wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden? […] Deutschland, und gerade das vereinigte, hat eine Bedeutung in der Welt gewonnen, der voll zu entsprechen wir erst noch lernen müssen. Denn es geht nicht darum, unser Gewicht vornehmlich zum unmittelbaren eigenen Vorteil in die Waagschale zu werfen, sondern das Überleben künftiger Generationen zu sichern" (13/1994, 3A).

Im Grunde war damit die äußerste Grenze erreicht, an die politischer Gestaltungswille streben kann: Es gilt, die ganze Welt zu retten – und gleich für alle künftigen Generationen. Ein wenig kleiner dimensionierte Fred Gebhardt im Jahr 1998 solche Ziele, wies aber ebenfalls auf Gestaltungsaufgaben weit jenseits der deutschen Grenzen hin:

„Die Weltordnung, wie sie nach 1945 im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstanden ist, scheint realen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen, den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht mehr zu entsprechen. Eine neue Weltordnung ist aber noch nicht gefunden. Sie zu finden kann unmöglich die Aufgabe Deutschlands oder seines Bundestages allein sein. Einen Beitrag zu ihrer Findung werden wir aber leisten müssen" (14/1998, 2C).

Deutschland ist also wirklich wieder wer – und agiert an Grenzen, von denen ein halbes Jahrhundert vorher die Politiker der Trizone noch nicht einmal hätten träumen können. Tatsächlich weiteten sich Deutschlands Gestaltungsmöglichkeiten – und dann auch Gestaltungsaufgaben – während seines keine 30 Jahre währenden Aufstiegs aus Ruinen zum reichsten Land Europas. Ludwig Erhard drückte das bereits 1976 so aus: „Nicht zuletzt sollten wir uns auch bewußt sein, daß unsere Verantwortung grundsätzlich nicht an den Grenzen unseres Landes endet" (8/1976, 2Bf). Und Willy Brandt führte diesen Gedanken 1983 und 1987 so weiter:

„Die europäische Perspektive des Grundgesetzes kann sich gewiß nicht in den fragmentarischen Ansätzen der hinter uns liegenden Jahre erschöpfen. Aus der Verpflichtung heraus, den Frieden sichern zu helfen, hat sich zum einen die Teilhabe an der Atlantischen Allianz und unsere Verankerung in dieser ergeben, zum anderen das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwischen den Blöcken, damit mehr Zusammenarbeit und weniger Rüstung möglich werden. Es liegt auf der Hand, daß um das Wie weiterhin wird gerungen werden müssen" (10/1983, 2B) […] „Immer enger wird der Rahmen dessen, was sich in nationaler Verantwortung regeln läßt, immer weiter werden die Gebiete, die internationale Zusammenarbeit, also internationale Entscheidungen brauchen. … Die Frage stellt sich, was wir Deutsche in Zukunft zu tun gedenken, um unsere und die europäischen Interessen in den weltweiten Nord-Süd-Zusammenhängen so wirksam wie möglich wahrzunehmen" (11/1987, 4D).

Damit war ein wirklich weiter Weg zurückgelegt seit den Zeiten Paul Löbes und seiner Hoffnung, Deutschland möge es eines Tages gelingen, wieder als gleichbe-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rechtigtes Glied in die Völkergemeinschaft zurückzukehren. 2002 ging Otto Schily rhetorisch besonders weit und griff sogar zu einem einst kritisch gegen den kaiserlichen Reichskanzler Bernhard v. Bülow (1849-1929, Kanzler 1900-1909) gerichteten Begriff:

„Es ist unsere Heimat Europa, das Europa der Vielfalt und der Weltoffenheit […] der engen und vertrauensvollen atlantischen Partnerschaft. Es ist ebenso das Europa als Teilhaber der Weltgemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten. Deutsche Politik wird in diesem Sinne künftig sehr eindeutig und in erheblich verstärktem Maße europäische Politik und damit auch Weltpolitik [sic!] sein müssen" (15/2002, 2C).

Der Europagedanke, in den Schily sein durch und durch anders als bei v. Bülow gemeintes Wort von der „deutschen Weltpolitik" einbettete, war vor dem Einsetzen der ersten Einigungserfolge der 1950er Jahre im Bundestag ganz besonders betont worden. Dann aber kehrte er erst nach der „Eurosklerose" der späten 1970er und frühen 1980er Jahre wieder markant in die Reden der Alterspräsidenten zurück und bereitete vor, was ohne solchen Kontext nach einer Rückkehr außenpolitischen Übermuts klingen konnte. Willy Brandt etwa führte 1987 aus:

„Heute wissen die meisten: Es gibt keine deutsche Zukunft ohne oder gar gegen Europa. Bei uns in der Bundesrepublik beklagen viele […] die ärgerlichen Unzulänglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft. Aber ohne die EG wollen wir nicht sein, sondern mit einer, die ihre Halbherzigkeiten und Widersprüchlichkeiten hinter sich lässt und die handlungsfähig wird – von der Währung bis zur Sicherheit. […] Für die Deutschen in ihrer Gesamtheit gibt es keine Zukunft ohne ein europäisches Haus" (11/1987, 5A).

Wenige Jahre später sollte entschlossen mit der Errichtung des ganzen, auch einen slawischen Flügel umfassenden „europäischen Hauses" begonnen werden. Da wollte Willy Brandt freilich auch gleich den Begriff „Bundesrepublik" im deutschen Staatsnamen als Vorgriff auf Europa gedeutet haben: „Das vereinte Deutschland soll sich vom Beginn an als Teil des werdenden Europa verstehen, nicht weniger als die anderen europäischen Staaten auch" (12/1990, 4A), und es gelte: „Nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland muß das Ziel unserer Anstrengungen sein" (12/1990, 5B). Fünfzehn Jahre später führte Otto Schily diese Forderung, ganz in bundesrepublikanischer Tradition, so weiter: „Deutsche Politik muss […] zuallererst europäische und weitergehend international ausgerichtete Politik sein. Eine auf den nationalen Horizont verengte Politik kann unter den Bedingungen der Globalisierung und im Blick auf die deutsche Geschichte nicht erfolgreich sein" (18/2005, 2B).

Gerade auf Seiten der Linken konnte selbst Europa für den neuen deutschen Gestaltungswillen zu klein sein. Mit einem nachgerade Vollständigkeit anstrebenden

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Katalog der nunmehr zu übersteigenden Grenzen beendete 1998 Fred Gebhardt seine Rede, und zwar unter Befall von allen Fraktionen:

„Wenn wir am Ende der 14. Legislaturperiode […] sagen könnten, daß die Arbeitslosigkeit zumindest drastisch abgenommen hat, daß unserer Gesellschaft sozial gerechter geworden ist, Geld, Gewinne und Profite nicht der dominierende Maßstab unseres Lebens sind, wir nicht Arme, sondern Armut bekämpft haben, wir beim ökologischen Umbau vorangekommen sind, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zurückgedrängt wurden, wir nicht Flüchtlinge, sondern Fluchtursachen bekämpft haben, Jugendliche eine Perspektive besitzen, Chancengleichheit in der Gesellschaft zugenommen hat, wir bei der Gleichstellung der Geschlechter real vorangekommen sind und die Welt insgesamt friedlicher geworden ist, Hunger und Elend weltweit zurückgedrängt wurden, dann – und meines Erachtens nur dann – können wir mit unserer Arbeit zufrieden sein und erklären: Wir haben das von den Wählerinnen und Wählern in uns gesetzte Vertrauen gerechtfertigt“ (14/1998, 4Bf).

Paul Löbe und Marie Elisabeth Lüders hätten diesen Aufgabenkatalog wohl als den einer neuen deutschen Großmacht mit tiefgreifend veränderten Prioritäten verstanden, sich aber gefreut, dass ihr zerstörtes Land nunmehr in einem Zustand war, in dem es sich überhaupt die eigenen Grenzen so weit überschreitende Ziele setzen konnte. Doch sie hätten sich gewundert über den hier unverkennbaren Mangel an Demut vor immer noch wahrhaft großen Problemen. Und sie hätten sich vermutlich Sorgen gemacht ob der Seriosität einer Haltung, die so vieles in so kurzer Zeit auf einmal zu bessern fordert. Hingegen hätten sie sich wohl gefreut über einige Aussagen ihres Amtsnachfolgers Otto Schily. Der korrigierte 2005 solches „plus ultra“ indem er darauf hinwies, dass …

„Politik nur *ein* gesellschaftliches Wirkungsfeld unter anderen ist. Wirtschaft, aber auch Kultur und Wissenschaft, folgen anderen Gesetzmäßigkeiten und organisieren sich in erster Linie nicht nach politischen Vorgaben. Wir sollten uns weder einbilden noch anmaßen, dass sich alle anderen gesellschaftlichen Bereiche staatlicher Bevormundung zu fügen haben oder dass sie staatlicher Beeinflussung überhaupt ausnahmslos zugänglich sind“ (16/2005, 2C).

Eben eine *solche* Grenzziehung bewahrt die Politik vor voluntaristischem Übermut – und ein Volk vom totalitären Gestaltungszugriff, wie er so leicht mit der politischen „Lust auf Transzendenz“ leicht einhergeht. Heinz Riesenhuber formulierte denn auch vier Jahre später einen viel bescheideneren und trotzdem höchst fordernden Aufgabenkatalog für den neuen Bundestag: neue *Rahmenbedingungen* gelte es zu setzen – für die Aufrechterhaltung der sozialen Marktwirtschaft, für die Bewahrung der Freiheit, für nötige Innovationen und für das Zusammenwirken in einer offenen Welt und ihrer Wissensgesellschaft (17/2009, 2B-3B).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

d. Die Kehrseite: Bestehendes sichern, Transzendenzalternativen abwehren

Oft merkt man beim Weitergehen, dass der Grund nicht mehr sicher ist, auf dem die Nachschubwege verlaufen, oder beim Emporsteigen, dass die Leiter nicht länger fest steht. Schon 1957 kam es zu Formulierungen dahingehend, dass wichtige Ziele inzwischen erreicht wären und das neu erlangte Ufer nun erst einmal gesichert werden müsse. Sie betrafen zunächst die so überraschend aufgeblühte Wirtschaft, die ihrerseits Voraussetzung für das Erreichen vieler weiterer Ziele war – etwa der Wiedervereinigung nach dem Rezept der „Magnettheorie": Die Bevölkerung der DDR werde eines Tages unwiderstehlich vom besseren Leben in Westdeutschland angezogen werden.[37] Hier wurde zum ersten Mal gerade der *status quo* – als wünschenswert geschätzt, nun aber als bedroht empfunden – zum Gegenstand von Transzendenzrekursen. Marie Elisabeth Lüders formulierte damals etwa: „Bemühen wir uns, daß in Zukunft […] diese [wirtschaftlichen] Erfolge nicht wieder in Frage gestellt und wir nicht plötzlich unsanft aus unserem Prosperitätsoptimismus gerissen werden" (3/1957, 3A). Und Ludwig Erhard hatte knapp 20 Jahre später zu diagnostizieren, dass solches Bemühen gerade nicht erfolgreich gewesen war – und zwar nicht nur nicht in Deutschland, sondern weit darüber hinaus:

„Gestehen wir es doch, daß selbst im Bereich der hochentwickelten Industriestaaten ein gut Teil der zur Bezeugung von Solidarität unverzichtbaren Ordnung zunehmend abzubröckeln beginnt! Wir leiden auch in Europa unter dem Verfall einer funktionsfähigen internationalen Währungsordnung, der permanent falsche Wechselkurse im Gefolge hat, die uns eines brauchbaren Maßstabes zum Wertvergleich von Waren und Dienstleistungen berauben und die künftige Entwicklung des Welthandels fast zu einer Farce werden lassen" (8/1976, 2C).

Das war aber gleichsam nur die Spitze eines ganzen Eisbergs an inzwischen entstandenen Sorgen um die Bewahrung des einst Erreichten – nämlich angesichts dramatischer Ölpreiserhöhungen, einer internationalen Wirtschaftskrise, steigender Arbeitslosigkeit und eines sich andeutenden Endes weiterer Ausbaumöglichkeiten des Sozialstaates. 1983 verwies auch Willy Brandt auf das alles und auf noch mehr: „In den letzten Jahren […] haben sich Rückschläge und Gefährdungen eingestellt, die bei vielen Menschen und in vielen Familien neue Sorgen haben aufkommen lassen." Sie reichten von der Unruhe ob weiterhin sicherer Arbeitsplätze bis hin zu Risiken aufgrund weltpolitischer Bedingungen. Dabei gelte: „Das Ausmaß der Probleme, die sich uns neu und jedenfalls anders als den Gründungsvätern stellen, ist beeindruckend und für manchen bedrückend." Fortschritte in Wissenschaft und Technik, weltwirtschaftliche Verwerfungen, Krisen im internationalen Finanz- und

37 Vgl. W. Abelshauser 1979.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Währungssystem habe es zwar früher auch schon gegeben; sie stellten sich aber „heute intensiver als früher" dar und verknüpften sich mit weiteren: weltweite Plünderung der Naturreichtümer, Vernachlässigung der Umwelt, Wachstum der Weltbevölkerung, Wandel des Charakters der Arbeit, internationaler Rüstungswettlauf, Notwendigkeit des weltweiten Kampfs gegen Hunger und Elend – bis hin zur Tatsache, „daß sich die Menschheit zum erstenmal in ihrer Geschichte selbst auslöschen kann und daß der Mensch drauf und dran ist, seine eigene Art manipulieren zu wollen – beides bezeichnet ja wirklich noch nicht dagewesene Situationen und Gefahren" (10/1983, 2A-C).

Kein Zweifel: Es ist die im Neuaufbau sich erfüllende Erfolgsgeschichte – so die damalige Lagebeurteilung – ebenso vorbei wie die euphorische Zeit sozialliberaler Reformpolitik. Vielmehr stellen neue Fährnisse das Land vor wiederum große Herausforderungen. Diese sind *jetzt* die neuen Grenzen, welche es durch umsichtige Politik zu überschreiten gilt – oder die ganz im Gegenteil, angesichts großer Verlockungen oder stürmischer Blindheit, nun gegen törichtes Voranstreben gesichert werden müssen. In einer solchen Lage verändert sich freilich auch die Wahrnehmung von Politik und verliert diese als „Verwaltung des Mangels" die sie in anderen Zeiten so attraktiv machende „Lust auf Transzendenz". In Verbindung mit der – als „mehr Demokratie wagen!" wahrgenommenen – allgemeinen Politisierung der Jahre nach Bildung der ersten Großen Koalition zwingt das sogar die Demokratie zur Verteidigung des bislang Erreichten. In der großen Aufbruchsstimmung, wie sie zu Brandts Zeiten die sozialliberale Koalition trug, wurde nämlich politische Mündigkeit eng mit Kritiklust, politische Betroffenheit engführend mit „angemessenem Pessimismus", politische Partizipation recht selbstverständlich mit Protest zusammengedacht, ja in der Praxis verwoben. Zumal in den frühen 1990er Jahren war das alles in eine Art – auch noch flächendeckend selbstreflexiv werdende – „Politikverdrossenheit" gemündet. Dagegen galt es anzugehen. Entsprechend stellte Otto Schily 2005 der politischen Elite eine neue Aufgabe – und letztlich doch jene alte, von der schon Paul Löbe gesprochen hatte: Es gelte, „in den Mutlosen eine neue Hoffnung zu wecken" (1/1949, S. 1C). So nämlich Schily: Er hoffe sehr, …

„dass es uns gelingt, den Menschen in Deutschland wieder mehr Optimismus, Selbstvertrauen und Zuversicht, aber auch die Gewissheit zu vermitteln, dass ihre Sorgen in angemessener Weise im Parlament zur Sprache gebracht werden und ihre Fragen klare Antworten finden, auch wenn die Antworten sicherlich höchst unterschiedlich ausfallen werden. Wir sollten dagegen endlich aufhören, das eigene Land wider besseres Wissen schlecht zu reden [sic], nur um politische Geländegewinne zu erzielen" (16/2005, 2C).

Das hätte man vielleicht schon nach 1982 und vor allem nach 1990 beherzigen sollen. Im Übrigen nahm bereits dem nach Einsetzen der Studentenrevolte sowie nach der Neuformierung von Rechtsradikalismus in Gestalt der NPD derartige Sicherung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des Errungenen die Form des Kampfes gegen Extremismus an. Auf die abzulehnenden Inhalte von Extremismus hinzuweisen, also einen *kontrastierenden Transzendenzrekurs* vorzunehmen, wurde so zu einer weiteren Quelle von Handlungsmotivation im Dienst des mühsam genug errungenen *status quo*. Da sich die Bundesrepublik Deutschland in ihren Gründungsjahren nach rechts wie links abwehrbereit gezeigt hatte, zumal in Gestalt der Verbote der Sozialistischen Reichspartei im Jahr 1952 und der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956, lag die Frage nahe, „welcher Extremismus wohl der gefährlichere sei, der von rechts oder der von links". William Borm beantwortete sie 1969 so:

„Sie sind beide gefährlich, denn sie bedeuten beide die Diktatur. Derzeit allerdings ist der rechte Extremismus bedrohlicher, denn er tarnt sich geschickter und ist in seiner Propaganda skrupelloser; außerdem wird er nicht belastet durch das abschreckende Beispiel der totalitären Herrschaft der DDR" (6/1969, 2B).

Als Gegenmittel empfiehlt Borm Verbote allenfalls „zur Abwehr krimineller und grundgesetzwidriger Handlungen". Die Gefahr des Extremismus werde nachhaltig erst dann überwunden, …

„wenn die Propaganda der Extremisten täglich überzeugend durch die politische Arbeit widerlegt wird. Das Mittel dafür: dieser Bundestag hat zu beweisen, daß unser parlamentarisches Regierungssystem auch und gerade heute reformwillig und leistungsfähig ist. Extreme Parteien werden dann nur noch ein Kümmerdasein führen, und das ist die für sie angemessene Position in jeder gesunden Demokratie" (6/1969, 2B).

Das stimmt zweifellos bis heute. Alternativen Transzendenzrekursen, wie sie allem Extremismus zugrunde liegen, tritt man aber noch wirksamer in den Weg, wenn man auch überzeugend den tieferen, weiteren, begeisternden Sinn der zu verteidigenden politischen Ordnung aufzuweisen versteht.

3.2 Sinnerzeugende Transzendenzrekurse

Seinen Sinn empfängt alles aus jenen Kontexten, in denen es steht oder in die es gestellt wird. Diese fallen zwar nicht vom Himmel, sondern werden – Generation für Generation – von Menschen geschaffen, ausgestaltet und in einer besonderen Situation als Grundlage der in ihr vorzunehmenden Handlungen verfügbar gemacht. Welche Kontexte werden nun aber typischerweise herangezogen, wenn ein neues deutsches Parlament sich seiner Aufgaben vergewissert und sein Alterspräsident den Abgeordneten vor Augen führt, wie sie ihre Pflichten und Möglichkeiten im

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

größeren Ganzen unseres Landes und seiner Politik begreifen sollten? Was also sind wichtige, tragende Sinnschichten unseres Gemeinwesens?

a. Selten angerufen: Gott

Selten sind jene Transzendenzrekurse, an die man – die abendländische Tradition oder die islamische Staatenwelt vor Augen – zunächst einmal denken könnte: Rekurse auf religiöse Horizonte oder auf Gott. Der ist allen Parlamentariern natürlich als „Präambelgott“[38] bekannt und wird seit Jahrzehnten auch von den allermeisten Regierungsmitgliedern zur Bekräftigung ihres Amtseides angerufen. Doch in den Parlamentseröffnungsreden war von Gott erstmals 1961 die Rede, als der Alterspräsident Robert Pferdmenges mit den Worten endete: „Und so laßt uns nun an die Arbeit gehen mit frischen Kräften – mit reinem Wollen. Der Allmächtige möge uns dabei seinen Segen geben“ (4/1961, 2B). Erst 2009 taucht das zweite Mal ein ausdrücklicher Gottesbezug auf, wenn auch nur indirekt über ein Zitat. Damals formulierte nämlich Heinz Riesenhuber am Ende seiner Rede: „So gehen wir in diese [Legislatur-] Periode in einer durchaus schwierigen Zeit mit der Bereitschaft, zu entscheiden. Gott hat uns nicht den Geist der Verzagtheit gegeben, schreibt Paulus an Timotheus, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit. […] Mit Kraft und Besonnenheit so an die Wirklichkeit heranzugehen, dass Kraft und Zuversicht auch bei anderen wachsen, das ist unsere Aufgabe“ (17/2009, 4D). Nachgerade im Wortsinn ist Gott also der „letzte“ Kontext – und wird wohl so selten deshalb erwähnt, weil man *diesen* letzten Kontext eben nicht (mehr) als einen gemeinsamen voraussetzen kann, ein Rekurs auf ihn also eher trennt als verbindet.[39]

b. Zivilreligiöse Sinnressourcen

Einen sinnstiftenden Kontext eher machte denn auch Willy Brandt 1983 Halt, als er auf den „letzten Grund“ der Lebendigkeit und Lebenskraft der Demokratie hinwies: „Es ist ihre Verankerung im gemeinsamen Erbe großer Freiheitsbewegungen und der durch sie formulierten Menschenrechte“ (10/1983, 3D). Von der Prägung bundesdeutschen Politikverständnisses durch das „Erbe der Aufklärung“ sprach Willy Brandt erneut 1987 (11/1987, 5C), und Otto Schily bettete 2002 solches Selbstverständnis obendrein in einen patriotisch-europäischen Kontext ein: Es ist …

38 Siehe hierzu die in Anm. 34 wiedergegebene Präambel des Grundgesetzes.

39 Das unterscheidet übrigens den Rekurs auf Gott in Parlamentsreden von der religiösen Zusatzbeteuerung im Amtseid: Dort geht es zwar *auch* um ein Zeichen für Kollegen und Öffentlichkeit, *vor allem* aber um das Verhältnis zwischen dem Schwörenden und seinem Eidbeglaubiger.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Europa – nach meiner Überzeugung sogar zuallererst – ein gemeinsamer geistig-kultureller Raum […], aus dem die Politik in vielfältiger Weise ihre Antriebskräfte gewinnt. Es ist das Europa der Aufklärung, das Europa der unveräußerlichen Menschenrechte, das Europa der geistigen Freiheit, das Europa der christlich-jüdischen Tradition, in dem aber inzwischen alle Weltreligionen zu Hause und ein willkommener Dialogpartner sind“ (15/2002, 2Bf).

Von daher ist es ein kurzer Schritt zur ausdrücklichen Nennung von Toleranz, Freiheit und Frieden als den letzten Sinnhorizonten richtigen politischen Handelns. Willy Brandt betonte etwa:

„Toleranz ermöglicht es, daß sich Menschen unterschiedlicher Religion und Überzeugung für den Frieden und für die grundlegenden Rechte der Menschen zusammenfinden. Toleranz bedeutet ja nicht das Aufgeben der eigenen Überzeugung und schon gar nicht das Dulden von Feindseligkeit. Toleranz bedeutet, die Glaubensentscheidungen der anderen zu achten und ihre religiösen Gefühle zu respektieren, auch im Gebrauch der Meinungsfreiheit“ (11/1987, 2D).

Und wenn Toleranz selbst im Bereich der existenziell so wichtigen Religion möglich ist, dann gilt das erst recht für die Spannweite profaner politischer Meinungen: „Politische Kultur kann [...] nur gedeihen, wo es Respekt gibt vor der Meinung des Andersdenkenden“ (11/1987, 3C).

Einen weiteren, jahrzehntelang die deutsche Außenpolitik prägenden Sinnhorizont führte – 1953 zu Hochzeiten des Kalten Krieges – die Alterspräsidentin Marie Elisabeth Lüders vor Augen. Sie begann ihre Rede mit einem Nachruf auf den wenige Tage zuvor verstorbenen Berliner Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter und würdigte dessen Ringen …

„gegen die politische Bedrohung Berlins aus dem Osten. Der Kampf Berlins, der nach und nach zu einem Kampf Deutschlands, zu einem *Weltkampf der Geister zwischen Licht und Finsternis* wurde, verlangte Hilfe von allen Seiten. […] Die freie Welt jenseits unserer Grenzen trat an unsere Seite in dem Kampf um die Rückgewinnung der heimatlichen Erde für Millionen Deutscher ‚zu einem freien Leben auf freiem Grund‘“[40].

40 Das ist eine Paraphrase aus dem letzten Monolog Fausts in Faust II. Im Großen Vorhof des Palasts glaubt – während sein eigenes Grab geschaufelt wird – der erblindete Faust sein Dammbau- und Landgewinnungsprojekt am Werk und formuliert: „Solch ein Gewimmel möchte ich sehn, / Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn! / Zum Augenblikke dürft ich sagen: / Verweile doch, du bist so schön! / Es kann die Spur von meinen Erdetagen / Nicht in Äonen untergehn. – / Im Vorgefühl von solchem hohen Glück / Genieß ich jetzt den höchsten Augenblick“. Damit hat er seine Wette mit Mephisto verloren – und stirbt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Höher lässt sich bei Transzendenzrekursen ohne ausdrücklichen Gottesbezug kaum greifen: Mit klar religiösem Beiklang geht es zunächst um den Kampf zwischen Gut und Böse, am Schluss um Faustens – allerdings durchaus doppelbödige – Vision am Ende von „Der Tragödie zweitem Teil".[41] Zugleich wird der Deutschlands inzwischen etablierte Politik prägende Dreiklang angeschlagen: Als Teil der guten, freien, westlichen Welt kämpft man gegen das Böse, die Unfreiheit, die kommunistische Welt – und kann beim Sieg in diesem Kampf für die Bürger der „sowjetischen Besatzungszone" die Freiheit und sodann für Deutschland die Einheit zurückgewinnen. *Wiedervereinigung* und *Friedenspolitik* werden dabei mit der Sicherung (bundes-) deutscher *Freiheit* in ein kohärentes Sinngefüge gebracht, das im Grunde bis heute einen Teil deutscher Außenpolitik prägt und trägt. Die Wiedervereinigung nämlich, so Frau Lüders, „ist nicht nur ein nationalpolitisches Ziel, sondern es ist der wesentliche Beitrag zum Frieden in der Welt überhaupt.[42] Voraussetzung für diesen unseren Friedensbeitrag ist allerdings, daß man uns die Möglichkeit dazu gibt, uns dafür in Freiheit zu betätigen". Prüfstein dessen wiederum sei die Eröffnung des „Wegs zur deutschen Wiedervereinigung" seitens der Siegermächte – und „der letzte Beweis, daß alle dieses guten Willens sind, wird an dem Tage erbracht sein, an dem auch der letzte deutsche Gefangene in seine Heimat zurückgekehrt ist und die Versöhnung der Völker dem Tode von Millionen nachträglich doch noch einen Sinn gibt" (2/1953, 2B). Der Krieg und Deutschlands Rolle in ihm als Katharsis des eigenen Landes, Europas, ja der Welt: Das war ein argumentativ nachgerade heroischer Versuch, dem herrschenden Elend und den übergroßen Herausforderungen einen nachhaltig handlungsmotivierenden Sinn zuzuschreiben. Doch tatsächlich gelang dieser Versuch – bis hin zum Pathos der heutigen Rede von Deutschland als Friedensmacht und seiner Interventionsstreitkräfte als einer Friedenstruppe. Es ist durchaus beeindruckend, wie klar die insgesamt durchgehaltenen Grundlinien bundesdeutscher Politik und die – dank solcher Grundlinien – tatsächliche Entwicklung der damals noch ganz offenen weiteren deutschen Geschichte in diesen Transzendenzrekursen der zweiten Alterspräsidentin zum Ausdruck kommen.

Nicht minder klar rekurriert Marie Elisabeth Lüders auf einen weiteren, für Deutschland nachhaltig sinnstiftenden Kontext: auf die *persönliche* Freiheit, ge-

41 Fünf Jahre später meinte mit ganz anderer Sinngebung Walter Ulbricht auf einer Tagung des Nationalrats der Nationalen Front, wer wissen wolle, wie es mit der DDR weitergehe, solle das Kommunistische Manifest in Verbindung mit Goethes Faust lesen, denn – so Ulbricht im Jahr 1962 – es sei die DDR gleichsam „Faust III". Ihn habe Goethe, weil die Zeit gleichsam „nicht reif" gewesen sei, eben noch nicht schreiben können. Siehe hierzu K.-S. Rehberg 2004, S. 15.

42 So erneut 1957: Angestrebt wird die Wiedervereinigung „nicht nur um Deutschlands, auch nicht nur um Europas willen, sondern weil davon der Friede der ganzen Welt abhängt" (3/1957, 2D).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

formt durch *Gesittung* und gemeinsinnige *Verantwortung*. Das Argument der Alterspräsidentin ging so:

„Eine menschliche Gesellschaftsordnung kann nicht nur mit Gesetzen hergestellt werden. Dem Menschen muß die Möglichkeit gegeben werden, als Mensch in Freiheit und Gesittung zu leben, bereit, in eigener, echter Lebensverantwortung für sich und die Seinen einzustehen. […] Der Mensch muß frei sein, um sich seiner Kräfte zweckmäßig bedienen zu können“[43] (2/1953, 2C).

Am Ende ihrer Rede kam sie noch einmal sehr emphatisch auf diesen Gedanken zurück. Man solle nämlich zu jeder Stunde des Wortes eingedenk sein: „Der Mensch hat immer noch Kraft genug, um das zu tun, was er als recht erkannt hat“; und daraus leitete sie – wiederum mit klar religiösem Ton, doch ohne ausdrücklichen Gottesbezug – die zuversichtliche Feststellung ab: „Leben und arbeiten wir in dieser Gewissheit, so können wir vielleicht hoffen, am Ende unseres Lebens mit dem Apostel Paulus im zweiten Brief an Timotheus sagen zu können: ‚Ich habe den guten Kampf gekämpft‘“ (2/1953, 3C).

Wichtig ist bei alledem die enge, nachgerade als unauflöslich ausgegebene *Verbindung von Freiheit und Frieden*, beides seinerseits – im Lauf der Jahrzehnte aber deutlich weniger – verkoppelt mit dem Gedanken an die *Wiedervereinigung*:

„Wir jagen keinem nationalistischen Ziel, keinem überheblichen Machtstreben nach, sondern wir fühlen uns der Welt verpflichtet, täglich und stündlich mit Geduld, Ruhe und Zähigkeit unseren Beitrag zu leisten, gleichberechtigt und gleichverpflichtet allen Deutschen Freiheit und Frieden zu bringen. Freiheit und Frieden dürfen keine Zonengrenzen kennen“ (3/1957, 2D).[44]

Ausdrücklich wurde Freiheit auch mit *sozialer Gerechtigkeit* zusammengedacht. Im gleichen Jahr sprach Marie Elisabeth Lüders nämlich vom harten und dornigen Weg, „um zu einem Staat sozialer Gerechtigkeit zu gelangen, ohne die Freiheit und Demokratie nur leere Worte sind“ (3/1957, 2C), und knapp zwanzig Jahre später kam Ludwig Erhard genau hierauf zurück:

„Bedenken Sie, daß sich vor jetzt nahezu 30 Jahren alle Fraktionen des Deutschen Bundestages selbst im Widerstreit der Parteien vor die gemeinsame Aufgabe gestellt sahen, aus der geschichtlichen Tragödie unseres Volkes die Lehre zu ziehen, daß es einer neuen und geläuterten Wirtschafts- und Sozialordnung bedarf, um nicht nur in materieller, sondern auch in gei-

43 Hier zitiert die Alterspräsidentin ausdrücklich ein Wort Immanuel Kants.

44 Für genau diese Sinnschichten der deutschen Teilung und westdeutschen Wiedervereinigungspolitik hatte Fred Gebhardt, wie auf S. 174f. gezeigt, bei seinem Narrativ der deutschen Trennungs- und Demokratiegeschichte wenig Gespür.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stig-sittlicher Beziehung unsere gültige Demokratie in uns selbst lebendig sein zu lassen und dazu auch noch nach außen vor der Welt glaubhaft zu machen“ (8/1976, 1D).

Er hätte gewiss auch nicht widersprochen, als ein politisch recht konträrer Nachfolger im Amt des Alterspräsidenten, nämlich Fred Gebhardt, über zwanzig Jahre später hervorhob: „Wirtschaft ist kein Selbstweck“ (14/1998, 3C). Entsprechend betonte Gebhardt auch: „Dieser Bundestag wird sich auch daran messen lassen müssen, ob es ihm gelingt, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und Armut zu überwinden“ (14/1998, 3D). Im Übrigen weitete Gebhardt, ganz von der – politisch insbesondere linken – „Lust am Transzendieren“ getragen, zentrale Gedanken Ludwig Erhards über den letztendlichen Sinn politischer Ordnung auch noch ins Globale:

„Hätten wir eine sozial gerechte Weltordnung, dann gäbe es auch keinen oder kaum Hunger und kein Elend, dann gäbe es viel weniger Ursachen für Kriege, für Gewalt, für die Verletzung von Menschenrechten, für ökologische Zerstörung und für Flucht. Ich bin deshalb davon überzeugt, daß in einer jeden Gesellschaft ebenso wie für die Menschheit überhaupt die soziale Frage die entscheidende im nächsten Jahrhundert sein wird“ (14/1998, 2B) –

und somit jener äußerste (zivilreligiöse) Kontext, von dem her konkrete Politik zu begreifen und zu beurteilen ist.

c. Wiedervereinigung, der Sinn Westdeutschlands und die Vaterlandsliebe

1972 bezog sich Ludwig Erhard auf alle seine Vorgänger, die „den Gedanken von der Einheit der deutschen Nation nicht etwa nur als Erinnerungsposten, sondern als Mahnung und Aufruf angesprochen“ hätten. Er wolle es ähnlich halten:

„Durch alle Wandlungen der auswärtigen und innerdeutschen Politik hindurch bleibt der Gedanke der Einheit unseres Volkes und unserer Nation die unverlierbare Grundlage unseres Handelns, die Erfüllung unseres Verfassungsauftrages und letzte Sinngebung unseres Staates“ (7/1972, 1D).

Solches Pathos hatte seinen Adressaten in jener Entspannungs- und Anerkennungspolitik der sozialliberalen Koalition seit 1969, hinter welcher große Teile der Union wenig Anderes denn die Aufgabe des Ziels der Wiedervereinigung befürchteten. Erhard schob denn auch werbend nach, …

„daß uns trotz der harten Auseinandersetzungen der letzten Monate in unserem Wollen mehr eint, mehr Gemeinsames verpflichtet, als Trennendes zwischen uns steht. Dazu gehört auch der Stolz auf unser Vaterland, auf Deutschland. Die Frage, welche Deutsche sich dabei ange-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sprochen fühlen sollten und ob unser ganzes deutsches Vaterland gemeint ist, wird den 7. Deutschen Bundestag allerdings noch oft beschäftigen“ (7/1972, 2A).

Getragen wurde solcher Patriotismus von einer Vaterlandsliebe, die zwar – wie in so vielen Aussagen Willy Brandts – in den Parlamentseröffnungsreden immer wieder klar erkennbar war, doch kaum einmal ausdrücklich als solche formuliert wurde. Darauf musste man im Grunde bis zur Rede Stefan Heyms warten, der die entsprechenden Worte der –allerdings zu durchaus auch anderen Zwecken zitierten[45] – „Kinderhymne“ Bertolt Brechts aus dem Jahr 1950 entnahm:

„Anmut sparet nicht noch Mühe, / Leidenschaft nicht noch Verstand, / daß ein gutes Deutschland blühe, / wie ein anderes gutes Land. / … / Und weil wir dies Land verbessern, / lieben und beschirmen wir’s. / Und das liebste mag’s uns scheinen / so wie andern Völkern ihr’s“ (13/1994, 2B).

d. Vom Sinn der Opposition, des Parlaments und der Parteien

Auch politische Institutionen haben ihren Sinn. Nicht immer kann er ihnen unmittelbar abgelesen werden; bisweilen wird gar falscher Sinn unterschoben. Sollen Institutionen, wie gerade in einer Demokratie erforderlich, vom Volk richtig verstanden und behandelt werden, müssen also gerade jene immer wieder die den demokratischen Institutionen angemessenen Kontexte ins Bewusstsein rufen, denen diese Institutionen anvertraut sind: die Abgeordneten. Das unternahmen tatsächlich einige Alterspräsidenten.

Gewiss auch inspiriert vom Kampf um den Geist der Republik, wie er anlässlich der Notstandsgesetzgebung der ersten Großen Koalition entbrannte und über die Studentenbewegung bis hin zu den Selbstverständnisdebatten der Grünen ausgetragen wurde, machte sich 1969 zum ersten Mal ein Alterspräsident daran, auf den Sinn einzelner Staatsinstitutionen hinzuweisen. William Borm stellte klar:

45 In den frühen 1990er Jahren gab es eine intensive Debatte darüber, ob weiterhin die dritte Strophe des „Lieds der Deutschen“ von Hoffmann von Fallersleben die Nationalhymne sein solle, oder ob man diese besser ersetze – idealerweise durch Berthold Brechts „Kinderhymne“. Die Stellungnahme zur Hymne ging in der Regel einher mit der Befürwortung oder Ablehnung einer neuen Verfassungsgebung und markierte in der Regel die innere Haltung zum Anspruch der Bundesrepublik Deutschland, immer schon das staatlich bessere Deutschland gewesen zu sein, weswegen sie nun ohne sonderliche Änderungen an sich die DDR als das ehedem staatlich schlechtere Deutschland aufnehmen könne. Das war auch eine ganz angemessene Funktionalisierung der „Kinderhymne“, hatte Brecht seinen Text doch bewusst als Gegenstück zum – im April 1952 wieder als BRD-Nationalhymne eingeführten – „Lied der Deutschen“ geschrieben, und freilich auch als Gegenstück zum von Johannes R. Becher 1949 verfassten Text der DDR-Hymne („Auferstanden aus Ruinen […]“).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Es ist […] ein Unding, daß von unserem Volke noch immer die jeweilige Regierung höher bewertet wird als die Opposition. Auch totalitäre Staaten haben ihre Regierungen. Die Opposition und ihre gewährleisteten Möglichkeiten sind das Kriterium wahrer Demokratie“ (6/1969, 2D).

Drei Jahre später fügte Ludwig Erhard dem als Alterspräsident hinzu, allerdings mit Blick allein auf die parlamentarische Opposition: „Wie eh und je wird dieses Haus von Spannungen erfüllt sein. Das ist gut so; denn nur im offenen Austrag von Konflikten kann das Parlament die öffentliche Meinung führen, den Gesetzen klare Inhalte geben und der Tätigkeit der Regierung deutliche Richtlinien setzen“ (7/1972, 1C). Borm aber, ganz dem Zeitgeist der „1968er“ verpflichtet, meinte *überhaupt* Opposition gegen das Regierungshandeln, wenn nicht ganz allgemein gegen die Inhaber öffentlicher Ämter. Eingebettet in eine Reihe von Ratschlägen an die junge Generation, spitzte er sein Lob der Opposition nämlich wie folgt zu:

„Die geistigen Abhängigkeiten von überkommenen Anschauungen und Institutionen müssen zugunsten eigener Urteilsfähigkeit abgebaut werden. Sie sind mit der modernen pluralistischen Gesellschaft unvereinbar. Anders sind auch die neuen und ungewohnten Probleme einer Wohlstandsgesellschaft nicht zu lösen. […] Bleiben Sie weiterhin jeder behaupteten – von ihr selbst behaupteten – Autorität und Obrigkeit gegenüber kritisch und mißtrauisch! Die Dynamik, die Sie dadurch in unsere Nachkriegsgesellschaft eingebracht haben, ist ihr bemerkenswertes Aktivum geworden“ (6/1969, 2D, 3A).

Das ist freilich nur die eine Seite einer systemkritischen Haltung. Gegen die Folgen ihrer anderen Seite, nämlich gegen die Arroganz selbstzweckhaften Dagegenseins, sollte sich 2005 niemand Anderes als eine Ikone der staatskritischen Opposition des „Deutschen Herbstes“ aussprechen: Otto Schily als Alterspräsident des 16. Deutschen Bundestages.[46] Doch schon kurz nach dem Abebben der „Studentenrevolution“ der späten 1960er Jahre hatte auch Ludwig Erhard als Alterspräsident ausgeführt:

„Die Bundesrepublik Deutschland hat sich […] eine parlamentarische Verfassung gegeben, in der sich der Wille des Volkes durch die Wahl seiner Repräsentanten und in der Folge durch deren Ausübung eines freien Mandats manifestiert. Unser Volk will sich durch das Parlament selbst bestimmen und will nicht von selbsternannten Kadern beherrscht oder dem Diktat von Räten unterworfen werden“ (7/1972, 1C).

46 Otto Schily war in den 1970er Jahren Wahlverteidiger des damaligen RAF-Mitglieds Horst Mahler sowie der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin. – Zum „Deutschen Herbst“, siehe N. Colin 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vier Jahre später, wiederum Alterspräsident, kam Erhard gleich zu Beginn seiner Rede erneut darauf zu sprechen:

„Was das Ansehen und die Würde des Bundestages anbelangt, sollte dieser mit Selbstverständlichkeit und Selbstbewußtsein keinen Zweifel daran lassen, daß ihm der erste Rang im Staate gebührt. Er ist das Organ, das, vom Volke erkoren, den in freier Wahl ermittelten Volkswillen zu vertreten, ihn aber auch überzeugend zu demonstrieren hat. Alle Mitglieder des Hauses haben die Pflicht, sich in ihrer Haltung und Gesinnung dieses hohen Anspruchs würdig zu erweisen" (8/1976, 1Cf).

Knapp dreißig Jahre später wusste sich mit Erhard auch hier Otto Schily einig. Er wies darauf hin, …

„dass Fairness und Respekt vor dem politischen Gegner der Schärfe des Arguments nicht schadet, sondern eher nutzt. Einen nachhaltigen Legitimationsgewinn erreicht das Parlament nur durch einen sachorientierten, möglichst vorurteilsfreien, aufklärerischen und ehrlichen Debattenstil, der eine gehörige Portion Polemik nicht scheuen muss, der sich gewiss nicht in langweiliger Routine und Phrasentausch erschöpfen darf und der die gesellschaftliche Debatte aufnimmt, aber der dieser gesellschaftlichen Debatte seinerseits neue Impulse zu verleihen versucht" (16/2005, 2Bf).

Das hatte früher auch schon Willy Brandt betont: „Vielfalt, […] nicht Uniformität ist Stärke. Ein entschlossenes Handeln, dem das Ringen der Meinungen vorausgegangen ist, wird mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft besser fertig werden als jede Art zubetonierter Rechthaberei" (10/1083, 3D).

Auch zur Rolle von Parteien äußerte sich William Borm, als er 1969 den Ton für eine auf „mehr Demokratie" ausgerichtete Legislaturperiode vorgab. Auf unbestreitbar Richtiges setzte er dabei allerdings einen leicht irreführenden Akzent:

„Nichts widerspricht mehr dem Willen des Grundgesetzes als das Bestreben, die eigene Partei mit dem Staat gleichzusetzen! Da sollte doch wohl die Erinnerung an die unheilvolle Zeit der Diktatur von 1933 bis 1945 einen überzeugenden Anschauungsunterricht geliefert haben, ebenso wie die kongruente totalitäre Parteiherrschaft im anderen Teil unserer Nation. […] [Die Regierungsmitglieder] leisten den feierlichen Eid, daß sie dem Wohle des Volkes dienen werden. Das bedeutet bei unvermeidlichen Interessenkollisionen den Vorrang des Staatswohls vor den Interessen irgendeiner Partei. Sinngemäß gilt das mit gleicher Eindringlichkeit für jeden von uns" (6/1969, 3B).

Damit waren die Parteien, zumal die bis 1969 regierenden, in die Nähe der die beiden deutschen Diktaturen tragenden Parteien gerückt. Auch war, in der langen Tradition des deutschen Anti-Parteien-Affekts, reale Parlamentspolitik als – von Ab-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

geordneten trotz ihres freien Mandats leider mitgetragene – bloße Parteipolitik denunziert. Die Ernte solcher Aussaat, an der sich viele andere viel wirkungsvoller beteiligten als William Borm, ging in Gestalt der seit den 1980er Jahren kultivierten Parteienverdrossenheit[47] selbst politisch interessierter Deutscher auf.

e. Zum Sinn deutscher Außenpolitik

Abgesehen vom Verlangen nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, vom mehrfachen Lob europäischer Einigungspolitik sowie von der Aufzählung außenpolitischer Gestaltungsaufgaben waren außenpolitische Sinnbezüge der deutschen Außenpolitik kaum einmal Thema der Parlamentseröffnungsreden. Doch alles Wichtige zum Sinn deutscher Außenpolitik hatte Paul Löbe ja bereits 1949 gesagt:

„Uns bewegt nicht, wie es früher geschehen ist, der Gedanke an irgendeine Form von Vorherrschaft; wir wollen mit allen anderen gleichberechtigt in den Kreis der europäischen Nationen treten“ (1/1949, S. 1C).

Noch ahnte man nicht, daß auch redlicher guter Wille diese Art nicht jenes Grundproblem der „europäischen Architektur“ lösen könne, das Ludwig Dehio 1948 zum Thema seines einflussreichen Buchs über „Gleichgewicht oder Hegemonie“[48] gemacht hatte: die „ungeschickte Größe“ eines Landes, das – vereint – auch in einem freien und partnerschaftlich integrierten Europa mit seiner Bevölkerung, Wirtschaftskraft und der ihm aus beiden Gründen zufallenden politischen Gestaltungsrolle zu groß ist für ein Gleichgewicht der Kräfte und zu klein für eine selbstverständliche Hegemonie. Gerade im Rahmen der EU und unter dem Druck der Schuldenkrise der Euroländer ist dieses Problem inzwischen wiedergekehrt. Offenbar gibt es auch real- wie geopolitisch Unverfügbares.

3.3 Unverfügbarkeit behauptende Transzdendenzrekurse

a. Der Rekurs auf Unverfügbares und seine politische Brisanz

„Unverfügbar“ heißen solche Sachverhalte, die in der Perspektive von Akteuren den Gestaltungsmöglichkeiten der unmittelbaren, alltäglichen Lebenswelt entzogen erscheinen, gleichwohl aber auf diese einwirken oder den eigenen Situationsdefinitionen Sinn und Geltung verleihen. Dabei kann es sich ebenso um in Rechnung zu stellende Tatsachen handeln wie um unabhängig von eigenen Wünschen bestehende Wirkungszusammenhänge. Manches Unverfügbare ist Menschen dabei vorgegeben

47 Siehe – mit vielen empirischen Befunden und weiteren Verweisen – J. Maier 2000.
48 L. Dehio 1948.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wie ihre Natur, während Anderes sich allein – und bis auf Weiteres – ihren Konventionen und nur bislang nicht in Frage gestellten Selbstverständlichkeiten verdanken mag, etwa die Behandlung eines politischen Konkurrenten als Gegner und nicht als Feind. Das alles wirkt gleichsam von außerhalb eines in der Lebenswelt ablaufenden Prozesses auf diesen ein, also her von dem, was ihn übersteigt.

Mit Rekursen auf in diesem Sinn Transzendentes lässt sich somit der Spielraum des hier und jetzt zu Erwägenden, weil für möglich Gehaltenen, argumentativ verengen oder formen. Dergestalt wird hier mit einer zentralen Ressource der Wirklichkeitskonstruktion umgegangen. Wer den Prozess einer bestimmten Wirklichkeitskonstruktion unterbinden oder ein bestimmtes Ergebnis solcher Prozesse brüchig machen will, muss deshalb an genau solchen Transzendenzrekursen ansetzen und bezüglich ihrer „politics of reality" betreiben. In deren Vollzug ist es besonders vorteilhaft, jene Transzendenzbehauptungen, die hinsichtlich ihrer wirklichkeitskonstruktiven Wirksamkeit beeinträchtigt werden sollen, mit genau zu ihnen *kontrastierenden* Transzendenzbehauptungen zu kontern. Kontrastierende Transzendenzverweise eröffnen nämlich Hoffnungen auf *alternative* Möglichkeiten der Wirklichkeitskonstruktion – und diese kann man sich und anderen dabei so schön ausmalen, wie es einem selbst politisch zupass kommen soll und den Anderen rhetorisch vermittelbar ist. Der Sehnsucht nach einem Transzendieren des bereits Bestehenden – und oft: gleich wohin – sind in der Politik jedenfalls nur selten wirksame Grenzen gesetzt. Wer solche Grenzen umgekehrt befestigen will, weil er alternative Transzendenzbehauptungen für wirklichkeitskonstruktiv nicht tragfähig hält, der wird seine Erfolgschancen vor allem dann steigern, wenn er seine Sicht des „wirklich" Unverfügbaren – und somit sinnvollerweise *gemeinsam zu Vertretenden* – besonders klar zu vermitteln versteht. Darauf auszugehen, mag sogar seine Amtspflicht sein: Es verändern sich doch viele *reale* Möglichkeiten nicht allein schon dadurch (etwa die Möglichkeit einer Havarie in einem Kernkraftwerk), dass man fortan Anderes als bisher für verfügbar bzw. unverfügbar *hält* bzw. *ausgibt* (etwa die Fehlerlosigkeit neuer Technik und die Makellosigkeit des Könnens neuer Mitarbeiter).

Diesen höchst „konstruktionspolitischen" Kern von zumal „affirmativen" und gerade nicht mit Blick auf Alternativen „kritischen" Rekursen auf Unverfügbares hat Willy Brandt in seiner Parlamentseröffnungsrede von 1987 trefflich so auf den Punkt gebracht:

„Zu einer politischen Kultur in der Demokratie gehört es jedoch auch, daß die Partner der parlamentarischen Auseinandersetzung sich dessen vergewissert halten, was ihnen gemeinsam ist. Das Thema ‚demokratischer Grundkonsens' braucht nicht für feierliche Gelegenheiten aufgehoben zu werden" (11/1987, 3C).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ganz im Gegenteil: Dort kann gemeinsam für unverfügbar Gehaltenes zwar symbolisch zum Ausdruck gebracht und bekräftigt werden; seine Geltung aber erlangt, behält oder verliert es allein im alltäglichen Argumentieren und Handeln – denn dort wird in Tausenden von konkreten lebensweltlichen Situation entschieden, was *für alle praktischen Zwecke* als verfügbar bzw. unverfügbar *gilt* und als solches *zu behandeln* ist.

b. Unverfügbare Werte

Als unverfügbar wird man oft – gleich welche – *Werte* behaupten, und zwar unabhängig davon, ob diese nun als göttlich vorgegeben, als uns angeboren[49] oder – aus welchen Gründen auch immer – als ein unabschüttelbarer Teil einer Kultur hingestellt werden. Ohne sich auf entsprechende Begründungslasten einzulassen, verwies Marie Elisabeth Lüders 1957 auf derlei Unverfügbares, als sie von den „ewig gültigen sittlichen Werten für die ganze Menschheit" sprach (3/1957, 3D). Sie verließ sich obendrein auf einen für alle praktischen Zwecke ausreichenden Konsens darüber, welche Werte das wären, weshalb es keiner besonderen Ausführungen dazu bedürfe, *was genau* uns diesbezüglich unverfügbar wäre. Hingegen einen *ganz besonderen* Wert, seinerseits viele andere Werte einschließend, betonte Willy Brandt dreißig Jahre später als unverfügbar, nämlich …

„die Verpflichtung darauf, daß die Würde des Menschen nicht angetastet werden darf. Die Verpflichtung hierauf war die erste und grundlegende Gemeinsamkeit derer, die sich vor 40 Jahren zum staatlichen Neubeginn zusammenfanden" (11/1987, 3C).

Stefan Heym fügte dem ausdrücklich einen weiteren „unverfügbaren" Wert hinzu: die Solidarität, denn „die Menschheit kann nur in Solidarität überleben" (13/1994, 2C) – zumindest dann, wenn ihre Würde gewahrt bleiben soll.

Werte kann man offenbar nicht nur durch positive, und sei es auch nur implizite Benennung, sondern auch über ihre Kontrastierung angeben oder in ein Argument einführen. So machte es Stefan Heym, als er 1994 forderte:

„Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus und stalinsche Verfahrensweisen sollten für immer aus unserem Lande gebannt sein" (13/1994, 3B) –

49 Tatsächlich kann man, mehr oder minder skeptisch, von einer uns vorgegebenen sowie deshalb uns hier und jetzt unverfügbaren „natürlichen Ausstattung" des Menschen ausgehen; siehe hierzu in diesem Band den Beitrag von Christoph Meißelbach sowie W. J. Patzelt 2008. Vielleicht hatte Willy Brandt dergleichen ja auch im Sinn, als er die Frage stellte, „ob die ethisch-moralische Kraft der heute lebenden Menschen mit dem rapiden Anwachsen der auf Zerstörung und Vernichtung angelegten Potentiale Schritt zu halten vermag" (11/1987, 5D).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

denn sie richten sich klar gegen die Würde des Menschen und gegen umfassende Solidarität. Außerdem kann man Werte über die Nennung von „Symbolpersonen" oder von „Symbolorten" ansprechen. Das tat vier Jahre später Fred Gebhardt, als er – erstmals (!) in den bundesdeutschen Parlamentseröffnungsreden – jenen entsetzlichen Ort nannte, der in der bundesdeutschen Ziviltheologie[50] zur Kompaktformel für den „altbösen Feind"[51] geworden ist, welchem es stets zu widerstehen gilt:

„Von Auschwitz waren und sind nicht nur jene betroffen, die dort erniedrigt, gequält und ermordet wurden, sondern wir alle" (14/1998, 2C) –

und zwar in Form unabweisbarer Forderungen nach unserem Wissen-Sollen, In-Erinnerung-Halten, Konsequenzen-Ziehen und einer Verhinderung von Ähnlichem, Letzteres gar wo auch immer und wann auch immer. Otto Schily, Gebhardts Nachfolger als Alterspräsident, kam 2002 genau darauf zurück:

„Die Erinnerung an die Schrecken und abgrundtiefen Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts wird und darf uns jedoch nicht entgleiten. Schuld vererbt sich nicht. Aber Verantwortung bleibt bestehen und entsteht aufs Neue" (15/2002, 2B).

Doch Schily ging über diesen – inhaltlich ganz zutreffenden – Gemeinplatz bundesdeutscher Staatsreden weiter hinaus als jeder andere Alterspräsident zuvor. Er zeigte nämlich, auf welche Weise der Respekt vor der menschlichen Würde gerade des *Gegners* unverfügbar und zum Angelpunkt einer friedlichen politischen Kultur gemacht werden könne. In seiner Rede auf die damals besonders aktuelle Bekämpfung des internationalen Terrorismus gekommen, führte er nämlich weiter aus: Es muss dieser Kampf …

„auch als offensive geistig-kulturelle Auseinandersetzung verstanden werden. Gegenüber einem aggressiven, gotteslästerlichen [sic!], pseudoreligiösen Fanatismus werden wir uns in Europa und in der gesamten Welt nur dann behaupten, wenn wir uns in unserer jeweiligen geistig-seelischen Konstitution als Menschen erkennen und auf diese Weise unsere Verantwortung in Freiheit annehmen. So wird jede und jeder von uns in sein Gewissen gerufen, und zwar unabhängig von der Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen oder weltanschaulichen Gruppierung. Das stiftet in erster und in letzter Instanz den inneren Frieden und die innere Sicherheit, die selbst den teuflischsten [sic!] Terrorismus bezwingen werden. Die Erkenntnis der Entelechie[52] des Menschen wird zum Anerkenntnis der Würde des Mitmenschen. Daraus

50 Vgl. G. E. Kafka 1973.
51 So Martin Luthers Wendung für den Teufel.
52 Entelechie meint, dass ein Lebewesen sein Ziel in sich trägt, sich also aus sich selbst heraus bestimmen und zur Vollendung bringen kann. Dann aber wird man ihm genau dann gerecht, wenn man es bei der Entfaltung dieses bereits angelegten Ziels zumindest nicht

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

folgt eine politische Kultur, die dem Konflikt nicht ausweicht, aber dem Andersdenkenden den Respekt nicht verweigert. Eine Kultur des Respekts und des demokratischen Dialogs kennt keine Feinde, sondern nur politische Gegner“ (15/2002, 2Df).

Ausgedrückt mit schlichteren Worten, sagt Schily: Menschen haben die Möglichkeit, sich zu verrennen und falsch zu handeln; sie sind von ihrer Natur her aber durchaus darauf angelegt, gerade das zu unterlassen; dazu verhilft eine Schärfung des Gewissens dahingehend, dass man durch Nutzung der eigenen Freiheit nicht dem Anderen die seine nimmt; und wer diese innere Haltung gewonnen hat, der besitzt auch jene innere Sicherheit, die Konflikte voller Respekt und deshalb gewaltfrei auszutragen erlaubt. Auf diese Weise zeigt sich, dass die Unverfügbarkeit eines Werts wie der Gewaltfreiheit zwar sehr wohl eine Hervorbringung ist, also das Ergebnis immer wieder erst *aufrechtzuerhaltender* Kultivierung, dass diese Kultivierungsleistungen aber auf ein *reales Fundament* in unserer Natur bauen können, das uns ohnehin unverfügbar ist.[53]

c. Unverfügbare Ziele, unverfügbare Zusammenhänge

In der Regel wird eine politische Klasse danach streben, ihre Ziele an Werten zu verankern, die ihrerseits diese Ziele übersteigen und deshalb von außen rechtfertigen. Doch politische Ziele ergeben sich nicht nur aus Werten, denen eine politische Elite folgt, sondern auch – und oft genug – aus jenen konkreten Problemen, die man zu bewältigen hat. Dabei gibt es keinerlei Gewähr dafür, dass einem Gefüge konkret zu lösender Probleme ein ähnlich aufgebautes Gefüge abstrakt handlungsleitender Werte gegenübersteht. Also wird es ratsam sein, nicht jedes als unverfügbar ausgegebene Ziel analytisch auch schon für einen Wert zu nehmen.

Sehr schön zeigt sich das am jahrzehntelang – und sei es nur als Lippenbekenntnis – für unverfügbar erklärten Ziel der Wiedervereinigung. Es wurde gerade nicht aus abstrakten Werten abgeleitet, sondern als „einfach selbstverständlich“ angesprochen – solange jedenfalls, wie nicht andere Selbstverständlichkeiten („Es gibt nun einmal zwei deutsche Staaten, und zwar aus guten Gründen!“) diese zuvor schon bestehende Selbstverständlichkeit überlagerten oder verdrängten. Für Marie Elisabeth Lüders etwa war noch 1957 die Wiedervereinigung ein schlechterdings selbstverständliches und aufgrund dieser Selbstverständlichkeit auch unverfügbares politisches Ziel. Keinerlei Widerspruch gab es, als sie betonte:

hindert, ja ihm sogar dabei hilft. So wie sich bei manchen Alterspräsidenten ihre christliche Prägung zeigte, wird hier Schilys anthroposophischer Hintergrund sichtbar.

53 Im ersten Kapitel dieses Bandes wurde diese Unterscheidung auf das Begriffspaar von der Unverfügbarkeit „in operibus“ und „in fundamentis“ gebracht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Es lebt in uns allen das unzerstörbare Gefühl für den Auftrag aus den Worten über dem Hauptportal des alten Reichstags ‚Dem Deutschen Volke!' Es lebt in uns die Sehnsucht und der Wille […], dem Wohl des ganzen deutschen Volkes dienen zu dürfen, vornehmlich derer, die heute noch keine frei gewählten und von uns so sehnlich erwarteten Abgeordneten in unsere Versammlung entsenden können, so wie sie früher in großer Zahl aus allen mittel-, nord- und ostdeutschen Gebieten als Kollegen und Freunde unter uns saßen" (3/1957, 2B).

Zwar nicht mehr die Präsenz von Abgeordneten der ehemaligen Ostgebiete sowie der DDR, sehr wohl aber die von Abgeordneten aus Berlin nannte auch der Alterspräsident William Borm unverfügbar: Ich will „in aller Deutlichkeit und sehr scharf zum Ausdruck bringen, dass nach dem Willen aller Berliner im freien Teil dieser Stadt wir unverbrüchlich dem Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland angehören. Für uns gibt es dazu keine Alternative" (6/1969, 1C). Ludwig Erhard nannte eine Wahlperiode später den Gedanken an die Einheit des Volks und der Nation ohnehin die „unverlierbare Grundlage unseres Handelns" (7/1972, 1D) und kam vier weitere Jahre später wie folgt auf das gleiche Thema zu sprechen:

„Das Grundgesetz und unser Gewissen legen uns eine Verantwortung für das ganze Deutschland und für das Zusammenleben aller Deutschen auf. Man mag stehen, wo man will, niemand kann uns vor der Geschichte aus dieser Verantwortung entlassen, es sei denn das deutsche Volk selbst" (8/1976, 3A).

Andere politische Ziele ließen sich hingegen viel leichter an einen – auch abstrakten – Wertediskurs ankoppeln. Dennoch wurde auch deren Unverfügbarkeit kaum einmal durch verallgemeinerbare Argumente, sondern durch Rekurse darauf plausibel gemacht, „was jeder vernünftige Mensch weiß und versteht". Das betraf insbesondere politische Ziele wie die Sicherung der *Freiheit*, des *Friedens* und einer *stabilen Wirtschaft* als Grundlagen eines wünschenswerten *Sozialstaates*.

Auf die Sicherung der *Freiheit* eines Volks als eines unverfügbaren Ziels, das „gesittete Staaten" nicht aufgeben könnten, kam 1961 Robert Pferdmenges zu sprechen. Unter dem Eindruck der Berlin-Krise und mancher Forderung, Westdeutschland möge nun um des Friedens willen seine Wiedervereinigungshoffnungen, seine Streitkräfte, ja vielleicht auch seine Westbindung aufgeben, griff er zu sehr scharfen Worten:

„Eines wird die Welt nicht tun und kann sie nicht tun: von uns verlangen, daß wir – mit unserem Willen – mit der Freiheit eines Teiles unseres Volkes [für den Frieden] bezahlen. Es gibt Untaten [wie die Unterdrückung von Freiheit], die eine gesittete Welt einfach nicht hinnehmen kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. […] Wir sind bereit, über alles zu verhandeln und jede nur erdenkliche Garantie zu geben, aber unsere Freiheit und unsere Sicherheit, sie müssen unangetastet bleiben" (4/1961, 1Df).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Den *Frieden* zählte auch William Borm 1969 unter die unverfügbaren Umstände und Ziele deutschen politischen Handelns:[54]

„Was ist nun unter den heutigen Voraussetzungen unabdingbar, und was ist primär notwendig für das Wohlergehen unseres Volkes, ja für dessen Bestand? […] Es ist die Sicherung des Friedens als unser aller Aufgabe, als umfassende gesellschaftspolitische Aufgabe" (6/1969, 2C).

Den Frieden aber sichere man auf Dauer nicht durch den Notbehelf eines „Gleichgewichts des Schreckens", sondern dazu brauche es auch die …

„wissenschaftlich fundierten Einsichten in die Bedingungen des Friedens, seien sie ökonomischer, soziologischer, psychologischer oder politischer Natur, und dann natürlich auch [durch] die Anwendung des daraus resultierenden Instrumentariums" (6/1969, 2C).

Damit kommt gleichsam neues Blut in die Plausibilisierung von Unverfügbarem. Denn dieses letztere Argument bezieht sich nicht auf ein unverfügbares *Ziel*, sondern auf als real behauptete *funktionelle Zusammenhänge*, die *ihrerseits – weil* und *solange* sie *real bestehen* – uns unverfügbar sind. Also muss man solche Zusammenhänge in Rechnung stellen und praktisch nutzen, wenn man – angesichts ihres Wirkens – sein als unverfügbar angesehenes Ziel erreichen will. Vorab muss man sie aber erst einmal *kennenlernen* – und zwar mit der Bereitschaft, dann auch *als unverfügbar hinzunehmen*, was man erkennt. Falsch wäre es hingegen, solche unverfügbaren funktionellen Zusammenhänge einfach deshalb „voluntaristisch wegzuerklären", weil sie politisch missliebig sind. Borm kam bei diesem Thema auf die Friedensforschung zu sprechen, die es mit staatlichem Geld aufzubauen gelte. Das entsprach zwar vor allem dem Zeitgeist und ignorierte engführend, dass derlei unverfügbare funktionelle Zusammenhänge längst auch auf vielen anderen Politikfeldern von der Politikwissenschaft entdeckt waren. Doch die Erweiterung des Unverfügbarkeitsdenkens von *Zielen* hin auf *funktionelle Zusammenhänge*, welche die Politik prägen, bleibt an Borms Argument natürlich richtig.

Wirklich neu war derlei komplexes Argumentieren zum politisch Unverfügbaren im Bundestag allerdings nicht. Nur hatte es sich bislang vor allem auf die unverfügbaren wirtschaftlichen Voraussetzungen gleich welcher Politik bezogen. 1957, bei der Eröffnung des zweiten Bundestages, hatte etwa Marie Elisabeth Lüders wie folgt auf die unabdingbare *ökonomische Basis* jeglicher Gestaltungswünsche verwiesen:

54 Willy Brandt fügte dem 1987 hinzu, der Frieden sei „wenn auch an unterschiedliche Bedingungen geknüpft, das Ziel aller Religionen, Glaubensrichtungen, philosophischen Grundhaltungen" (11/1987, 2D). Das ist eine Art „Evidenzargument" für die Behauptung, Friede sei unverfügbar.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Die Voraussetzung für weitere Erfolge ist und bleibt aber die Steigerung der Produktivität durch erhöhten Leistungswillen und erhöhter Ertrag, an dem alle teilhaben können“ (2/1953, 2D).

Das erklärte implizit das Doppelziel einer *guten Wirtschaftspolitik* und der Pflege einer entsprechenden *Leistungskultur* für unverfügbar und verwies, beim Nachdenken über die Voraussetzungen für die Erreichung dieses Doppelziels, auf weitere politische Ziele. Diese waren somit ihrerseits nicht mehr *willkürlich* zu setzen, sondern aufgrund ihres unverzichtbaren funktionellen Beitrags *als „unverfügbar“ zu behandeln*. Gerade die Sozialpolitik wurde auf diese *funktionslogische* Weise und nicht – wie später – aus *Werten* wie der Würde des Menschen oder der Solidarität begründet. Für die Alterspräsidentin Lüders war nämlich völlig klar: Solle der Aufbau einer friedens- und freiheitssichernden Demokratie gelingen, so wäre es ganz unverfügbar, das Land dann auch zu einem Sozialstaat ohne Ausgrenzung von wirtschaftlich weniger erfolgreichen Bevölkerungsschichten zu machen. Unverfügbar wäre dann aber auch die Regel, dass Sozialstaatlichkeit nicht ihrerseits die Grundlagen einer starken, wettbewerbsfähigen, erfolgreichen Wirtschaft untergraben dürfe. Entsprechend warnte Marie Elisabeth Lüders schon 1957:

„Es wird nicht leicht sein, begreifliche Wünsche und oft sehr stürmische Forderungen mit den finanziellen Möglichkeiten und der notwendigen Selbstverantwortung der Fordernden in Einklang zu bringen“ (3/1957, 3A).

Knapp zwanzig Jahre später hatte man gerade mit dem Scheitern solcher Versuche die ersten bundesdeutschen Erfahrungen gemacht. Im funktionslogischen Sinn Unverfügbares hatte sich als politisch eben doch verfügbar erwiesen, und die Verwirklichung der einen Ziele, selbst wenn ihrerseits durchaus nicht für unverfügbar erklärt, behinderte oder verunmöglichte die Verwirklichung anderer Ziele – darunter auch solcher, die man jahrelang für unverfügbar erklärt hatte. Es war kein Geringerer als Ludwig Erhard, der es in seiner Rede als Alterspräsident unternahm, die hier selbst für ignoranten politischen Voluntarismus unverfügbaren funktionellen Zusammenhänge vor Augen zu führen. Weil nichts an seinen Argumenten veraltet, sondern von nachgerade evidenter Aktualität ist, sollen Erhards Rekurse auf funktionslogisch Unverfügbares ausführlicher betrachtet werden.

Erhard begann mit der Feststellung: Gleich ob es sich um die Einnahmen oder Ausgaben des Staates handelt, müssen …

„alle Überlegungen über Herkunft und Verwendung der Mittel außer von der unmittelbaren Zwecksetzung nicht zuletzt auch von wirtschaftlicher Vernunft getragen sein […] Jeder Versuch, im Zeichen vermeintlicher Wohlfahrt aus wohltätiger Gesinnung mehr Geld auszugeben, als dem Fiskus aus ordnungsgemäßen und vertretbaren Einnahmen zufließt, verstößt ge-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen gute und bewährte Grundsätze. Der sozialen Fürsorge ist in letzter Konsequenz auch nicht damit gedient, durch immer höhere Steuerbelastungen die Produktivität und die menschliche Arbeitsergiebigkeit zu schmälern oder auch durch fragwürdiges Finanzgebaren die Volkswirtschaft immer stärker zu verschulden, damit aber auch eine verstärkte Inflation anzufachen. Auch diese Schulden müssen einmal zurückgezahlt werden. Aber wiederum werden dann die Bürger für begangene Fehler zu büßen haben und die Leidtragenden sein müssen" (8/1976, 2B).

Beim Blick auf Griechenland und sein Budgetproblem versteht derlei Unverfügbarkeiten heute fast ein jeder. Erhard jedoch – schon als Kanzler oft lächerlich gemacht ob seiner Appelle, nun endlich Maß zu halten – redete gegen den Zeitgeist an. Der aber wollte bislang für unverfügbar gehaltene Wirtschaftsgrundsätze sehr wohl politischer Verfügbarkeit unterstellen, damit nämlich gestalterischer Voluntarismus sein Spielfeld bekäme. So kam es ja auch. Doch heute, die Euro-Transfergemeinschaft vor Augen, klingt wieder ganz zeitgemäß, was Erhard anschließend ausführte:

„Es muß doch Sinn und Zweck einer Gemeinschaft sein, tendenziell wertgleiche Leistungen [in ihren Mitgliedstaaten] zu erbringen. Welches Land diesen Grundsatz nicht anzuerkennen bereit ist oder aus anderen Gründen in bedenklichen Rückstand gerät, sollte nicht automatisch auf fremde Hilfe vertrauen dürfen, sondern müßte vor allem die im eigenen Lande vorhandenen Mängel zu beseitigen suchen. Ich wage sogar die Behauptung, daß, je mehr Unterstützungs- oder Ausgleichsfonds institutionalisiert werden, desto sicherer das schon angeschlagene Ordnungsbewußtsein gar völlig im Chaos wird enden müssen" (8/1976, 2C).

Es kommt sogar, von heutiger Warte aus, noch tagesaktueller. Man solle sich, so Erhard, auch dann, wenn man – wie Deutschland – vergleichsweise besser dastünde, …

„nicht als Tugendbold zuviel Selbstlob spenden […] . Einsicht und Erfahrung lehren uns nämlich, daß diese Art von Tugend wesentlich und im Besonderen oft nur auf der Differenz der Sünden beruht. Das heißt wiederum, daß eine uns und noch anderen zugemutete einseitige Opferbereitschaft mit echter, recht verstandener Solidarität nur noch wenig gemein hat und auf längere Sicht auch moralisch nicht vertretbar ist" (8/1976, 2Cf).

Erhard spricht hier von nichts Anderem als von jenen unverfügbaren funktionellen Zusammenhängen, die aktive Politiker – unter dem Druck ihrer eigenen Agenda – gern ignorieren.[55] Statt dessen halten sie sich lieber, schlimmstenfalls auch noch

55 Willy Brandt, altersweise geworden, erklärte 1987 bei seiner Parlamentseröffnungsrede, warum es auch aus ganz verständlichen Gründen zu solcher Ignoranz komme: „Jüngere

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vom Klang der eigenen Argumente bezaubert, an jene „Unverfügbarkeiten", die sie einfach selbst proklamieren – wie die, Griechenland dürfe keine Staatspleite erleben und der Euro von keinem Land je wieder aufgegeben werden. Einmal zum Glaubenssatz erhoben, lässt sich eine solche Proklamation diskursiv auf mannigfaltige Weise untersetzen und ganz auf die tagespolitischen Argumentationsaufgaben ausrichten. Den Alterspräsidenten Erhard trieb derlei Verblendung, wie er sie empfand, stellenweise nachgerade auf die Palme – etwa dort, wo er beim Blick auf unverfügbare Funktionszusammenhänge bei der Entwicklungspolitik fast schon giftete, es „müßte selbst ein urwüchsiger Naturverstand begreifen, daß eine Überbeanspruchung der modernen Volkswirtschaften diese an Produktivität einbüßen und sie trotz besten Willens immer unfähiger werden ließe, den in Armut verharrenden Völkern beizustehen" (8/1976, 2Df).

Doch Erhard sprach nun einmal in eine Zeit hinein, in der „die Belastbarkeit der Wirtschaft auszutesten" als fortschrittlich galt.[56] Mancher Fortschritt nahm dann auch genau diesen Weg – was wesentlich dazu beitrug, dass im Deutschen Bundestag bis zur Agenda 2010-Politik der Umgang mit *selbsterzeugten* Wirtschafts- und Finanzproblemen besonders oft auf die politische Agenda kam.

d. Unverfügbare Tatsachen

Nicht nur *Zusammenhänge*, die sich aus der Natur einer Sache, einer Institution oder eines noch komplexeren politisch Strukturgefüges ergeben, können unverfügbar sein. Vielmehr kann das ebenso für *Tatsachen* gelten, reichend von der Natur des Menschen, die uns bis auf Weiteres wirklich vorgegeben ist, bis zu jenen tief abgestützten Machtdispositiven, deren Urheber wir zwar letztlich selbst sind, doch mit einem kaum mehr ins Gewicht fallenden Verursachungsanteil jedes Einzelnen.[57] Beides ist in ganz besonderer Hartnäckigkeit dem verändernden Zugriff absichtsvollen Handelns entzogen, zumindest für alle wirklich praktischen Zwecke, und prägt von daher, was *hier und jetzt* als sinnvolle Situationsdefinition gelten kann. Auch derlei Unverfügbarkeit wurde in den Reden der Alterspräsidenten immer wieder thematisiert.

---

geraten in die Gefahr der Resignation, wenn sie sich den komplizierten Zusammenhängen von Technik und Politik ausgesetzt sehen. Solide Erfahrungen im eigenen und im überschaubaren Nahbereich scheinen dann nicht mehr viel wert zu sein. […] Offensichtlich verstärkt sich die Tendenz, daß viele von uns kaum noch das Ganze zu sehen vermögen, sondern nur noch die Teile, daß sie tüchtiger darin sind, Einzelinteressen zu vertreten, als sich eine praktische Vorstellung davon zu machen, was Verantwortung für die Gesamtheit bedeutet" (11/1987, 4B).

56 Derlei forderten in den 1970er Jahren besonders laut die SPD-Politiker Jochen Steffen und Erhard Eppler, ihrerseits Landesvorsitzende ihrer Parteien in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

57 Zur hier nur angedeuteten Institutionentheorie hinter diesen Aussagen siehe W. J. Patzelt 2012a.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auf den *außenpolitischen Ordnungsrahmen* deutscher Politik blickte schon Paul Löbe als erster Alterspräsident des Deutschen Bundestages und verwies auf das „geschichtlich notwendige höhere Staatengebilde" der „Vereinigten Staaten von Europa" (1/1949, 2D). Gut vierzig Jahre später konnte Willy Brandt als nunmehr kulturell erreichte Unverfügbarkeit bilanzieren:

„Nationalismus […] ist der großen Mehrheit unseres Volkes fremd geworden und zuwider. Deutsch und europäisch gehören jetzt und hoffentlich für alle Zukunft zusammen. Europa wird nicht an den Staaten vorbei, sondern nur mit diesen geschaffen werden. Gute und lebendige Traditionen werden dabei nicht untergehen, regionale Zusammenschlüsse neue Chancen erhalten" (12/1990, Af).

Die „Vereinigten Staaten von Europa", einst nicht nur von Paul Löbe ersehnt, waren zwar auch damals noch nicht entstanden. Doch diesem Ziel lagen ohnehin mehr die Wünsche der Deutschen zugrunde, die ihre unglückliche Nation loswerden wollten, als die Hoffnungen von Franzosen, Niederländern oder Italienern, die einfach nach einer stabilen Ordnung Europas suchten. Doch bald schon, von 1990 aus betrachtet, würde aus der EG die EU entstehen, rund ein Jahrzehnt später die Eurozone, und beides sollte von den Deutschen dann erst recht als ganz unverfügbarer Rahmen ihrer Außenpolitik betrachtet werden.

Als unverfügbar kam man auch immer wieder auf die *Führungsrolle und schützende Macht der USA* zurück. Robert Pferdmenges tat dies 1961. Unter dem Eindruck der Krise um den Berliner Mauerbau sowie im Vorfeld der kommenden Kuba-Krise wählte er hierfür besonders dramatische Worte:

„Die ganze Menschheit bangt um die Zukunft, um ihre nahe Zukunft. […] Wir, die Bundesrepublik, sind zu schwach, um uns aus eigenen Kräften zu verteidigen – wir stehen und fallen mit unseren Verbündeten im Westen, letzten Endes mit der Macht der Vereinigten Staaten. […] [Ihnen] verdanken wir […] in erster Linie, daß wir heute noch in Frieden und Freiheit leben" (4/1961, 1C).

Ein Rekurs auf zunächst einmal *funktionslogisch* Unverfügbares lag vor, als William Borm 1969 feststellte, „daß die deutsche Frage unlösbar mit der politischen Gesamtentwicklung der Welt verbunden ist" (6/1969, 2C). Doch damit war zugleich gesagt, dass Zustände und Sachverhalte sich auch ändern, mitunter gar aktiv verändert werden können. Dann ändert sich natürlich ebenfalls, was zwar *zu einem gegebenen Zeitpunkt*, doch nicht „an sich", eine „unverfügbare Tatsache" ist. Der für solche Entwicklungen stets hellsichtige Willy Brandt sprach – faktisch an Borms Feststellung anknüpfend – 1987 denn auch vom tatsächlichen Veränderungspotential dessen, was bislang als unverfügbar stabil galt:

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Wenn die Kraft reicht, in der Sowjetunion neues Denken durchzusetzen und in der Außen- und Sicherheitspolitik zu praktizieren, dann könnten sich geschichtlich neue Perspektiven ergeben. […] daß der gegenwärtige Zustand in unserem Teil der Welt umgewandelt werden könnte in eine dauerhafte europäische Friedensordnung: Dieses Ziel von historischer Dimension könnte in unserer Zeit eine Chance bekommen“ (11/1987, 5B).

Diese Chance nutzte dann tatkräftig, auf der Grundlage der von der Entspannungspolitik seines Vor-Vorgängers geschaffenen Voraussetzungen, der damals seine dritte Amtsperiode antretende Bundeskanzler Helmut Kohl.

e. Unverfügbarkeit als gefährdete Hervorbringung

Seither ist im Europa des wiedervereinigten Deutschlands, der um viele ehemalige Ostblockstaaten erweiterten NATO und EU, des Euro und der durch ihn geschaffenen herausgehobenen Rolle Deutschlands im europäischen Staatenverbund ganz Anderes unverfügbar als im Europa noch des Frühjahrs 1989. Deutlicher kann gar nicht werden, dass Vieles hier und jetzt als unverfügbar Anmutende tatsächlich nichts Anderes ist als eine komplexe, vom – auch zufälligen – Zusammenwirken vieler Umstände begünstigte *Hervorbringung*, um deren Weiterbestand man sich deshalb durchaus sorgen kann.[58] Tatsächlich war auch in etlichen Parlamentseröffnungsreden dem Stolz auf das Erreichte klare Sorge um dessen Weiterbestand beigemischt. Ludwig Erhard etwa rief 1976 zunächst zufrieden in Erinnerung:

„Wir rangen in diesem Hause um eine reifere politische und freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung, und unsere Arbeit daran wird gewiß nicht aufhören. Aber wir wissen zugleich, daß die Ordnung, die wir uns, auf dem Grundgesetz aufbauend, gegeben haben, ein fest gefügtes Fundament unseres Staatswesens ist“ (8/1976, 1Df).

Gleich aber kam er auch darauf zu sprechen, was dieses Fundament – über falsche Wirtschaftspolitik hinaus – erodieren lassen könne, ja das Erreichte für solche politische Gestaltungszugriffe verfügbar mache, die es zum Schlechteren verändern würden. Das wären nicht so sehr „fragwürdige Prognosen“, sondern …

„zuviel Staat, zuviel Skepsis kann zur Sepsis werden und lähmt uns, auch wenn sie in der Kutte eines grauen Realismus oder eines überzeugungsängstlichen Pragmatismus auftritt“ (8/1976, 2A).

58 Zu den hier wirksamen Zusammenhängen siehe das zweite Kapitel dieses Bandes über „Ordnungskonstruktion und ihre ethnomethodologische Analyse“.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Und sei es erst einmal soweit, dass man sich – wie derzeit – um die Stabilität zu sorgen beginne, dann dürfe man die Sorge um sie nicht engführend …

„nur im Hinblick auf den Zustand unserer Wirtschaft und Währung gelten lassen, die moralische Stabilität aber als Mittel einer übergeordneten allgemeinen Verständigung gering achten" (8/1976, 2A).

Aufs Klarste wird hier angesprochen, dass Unverfügbarkeit oft nur das *Ergebnis* eines *selbstverständlichen Umgangs* mit einem Wert, einem Ziel oder einer Institution *als unverfügbar* ist, dass sich solche Selbstverständlichkeit aber nicht durch Alltagsvollzüge einstellt, die einfach *sich selbst überlassen bleiben*, und schon gar nicht dadurch, dass man Materielles für wichtiger nimmt als die *Pflege der moralischen Grundlagen* alltagspraktischer Unverfügbarkeit.

Ähnliches führte 1987 auch Willy Brandt aus: „Pflegebedürftig [sic!] bleibt gewiß, was den meisten mittlerweile selbstverständlich erscheint […], [nämlich] die Verpflichtung darauf, daß die Würde des Menschen nicht angetastet werden darf" (11/1987, 3C). Bereits vier Jahre zuvor hatte Erhard am Fall des Bundestages vor Augen geführt, welcher Anstrengungen es allein schon bedarf, um bereits Bestehendes *weiterhin* unverfügbar zu halten. Nachdem seit 1966 immer mehr antiparlamentarische Positionen aufs Neue populär geworden waren,[59] betonte er 1972: Wir sind …

„aufgerufen, kraft unserer eigenen Haltung und Disziplin es niemals mehr zu dulden und dahin kommen zu lassen, daß das Parlament als höchste Instanz der demokratischen Volksvertretung noch einmal geschmäht und beschimpft werden darf. Eine solche Willenserklärung war in den ersten Jahren der Bundesrepublik in Rückbesinnung auf die *Vergangenheit* angemessen. Inzwischen aber ist es die *Gegenwart*, die es nicht nur wünschenswert, sondern noch einmal notwendig erscheinen läßt, diese alte Überlieferung neu zu bekräftigen" (7/1972, 1C; Hervorhebungen vom Verfasser).

Deutlicher kann man nicht betonen, dass auch die Unverfügbarkeit fraglos stabiler politischer Institutionen gerade keine „Naturtatsache" ist, sondern nichts Anderes als eine immer wieder neuer Anstrengungen bedürfende soziokulturelle *Hervorbringung*. Insgesamt spiegelt sich in den Reden beider – aus Ihresgleichen durch besondere Gedankenfülle herausragenden – Alterspräsidenten der innere Zustand eines Landes, das sowohl seiner bisherigen Grundlagen als auch seines – nach 1966 wie ein Allheilmittel begrüßten – kritischen Umgangs mit ihnen unsicher geworden war. Gleichsam zeugen die erwähnten Passagen von der deutschen Katerstimmung nach jener Party, die den Wiederaufbau des Landes abschloss.

59 Siehe hierzu H. Wasser 1974.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

f. Unverfügbarkeit und Wandel

Erfolgsnarrative, gleich ob sie von den Errungenschaften Deutschlands oder Europas handeln, machen die erreichten *Ziele* typischerweise nicht nur dahingehend zu „unverfügbaren Selbstverständlichkeiten", dass es sich bei ihnen um „immer schon Sinnvolles" gehandelt habe.[60] Sondern als unverfügbar lassen sie oft auch jene *Mittel* erscheinen, mit denen das jeweilige Ziel erreicht wurde, sowie jene *Strukturen*, die mitsamt bzw. aufgrund der Zielverwirklichung entstanden sind. Diese drei Elemente zusammen (erfolgreiche Ziele und Mittel, entstandene stabile Strukturen) verfestigen dann ihrerseits noch mehr den Glauben daran, dass derlei eine unverfügbare Selbstverständlichkeit sei – oder immerhin „selbstverständlich unverfügbar!"

Solcher Unverfügbarkeitsglaube rankte sich insbesondere seit der Wiedervereinigung um das bundesdeutsche Regierungssystem. Nicht nur wurde die Schaffung einer neuen Verfassung, und gar einer solchen mit größeren Systemveränderungen, nach 1990 von einer Mehrheit der Deutschen abgelehnt. Sondern obendrein schuf die Auseinandersetzung mit dem seither gerade in den neuen Bundesländern aufwachsenden Rechtsradikalismus auch auf der Linken eine Schutz- und Abwehrsolidarität mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes, wie man sie sich auf dem Höhepunkt der 1968er-Bewegung sowie während ihrer Nachwirkungen im „Deutschen Herbst" nicht hätte vorstellen können. Ihr Kern ist, dass man heute wirklich mit Stolz auf das Erreichte blicken darf.

Freilich konnte man das auch schon vor Jahrzehnten. Hinsichtlich der Stabilität bundesdeutscher Demokratie tat das etwa 1983 Willy Brandt so:

„Dieser Staat […] hat jetzt schon weit mehr als die zweifache Lebensdauer der Republik von Weimar durchschritten. Und ehe […] die nächste Bundestagswahl ins Haus steht, wird die Bundesrepublik schon um mehr als ein Dreifaches länger bestehen als jenes „Dritte Reich", das tausend Jahre hatte währen sollen. So kurz waren die Fristen gesetzt, in denen deutsche Geschichte sich in diesem Jahrhundert vollzog. Man wird mithin der Bundesrepublik Deutschland eine bemerkenswerte Kontinuität und Stabilität zuschreiben können. Wir haben jetzt mehr als einmal die demokratische Ablösung erlebt – gewaltlos, ohne gefährliche Krise, in der Bewährung unseres Grundgesetzes […] [und gegründet] auf der Zuverlässigkeit unserer demokratischen Institutionen. […] Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland hat sich als gefestigt erwiesen" (10/1983, 3Af).[61]

60 Siehe hierzu oben den Abschnitt 2.

61 Eine Wahlperiode später wollte Stefan Heym als Alterspräsident nicht so lobend von der bundesdeutschen Demokratie sprechen und drückte nur seine – freilich „bestärkte" – Hoffnung aus, „daß unsere heutige Demokratie doch solider gegründet sein möchte als es die Weimarer war und diesem Bundestag wie auch jedem künftigen ein Schicksal wie das

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der deutschen Demokratie gelang dies – wie Brandt vier Jahre später ausführte – nicht zuletzt deshalb, weil im Rahmen ihrer Verfassung …

„alle demokratischen Kräfte ihren Platz [haben] […], in ihm ihre Interessen und Überzeugungen vertreten [können] […], so auch dort, wo sie Dinge und Verhältnisse anders gestaltet haben wollen. Diese Republik, was immer am parlamentarischen Prozess und an der bundesstaatlichen Ordnung schwerfällig erscheinen mag, bietet die Voraussetzungen, nicht nur zu bewahren, sondern auch zu verändern, zu reformieren, zu erneuern" (11/1987, 3D).

Damit war freilich auch gesagt, dass es mit dem Bewahren nie sein Bewenden haben dürfe, sondern man sich schon immer wieder ans Verändern, Reformieren und Erneuern machen müsse – und gewiss ebenfalls in Zeiten wie den unseren, da die Reformlust erloschen ist und gerade auf ehedem Progressive das Konservieren des Erreichten oft wie der Weisheit letzter Schluss wirkt. Brandt sah da klarer, als er 1983 formulierte:

„Das Grundgesetz trägt uns auf, auch und gerade unter immer wieder sich wandelnden Bedingungen die Fundamente des demokratischen und sozialen Bundesstaates zu festigen und diesen Staat bestmöglich auszugestalten" (10/1983, 2A).

Folgerichtig rief er vier Jahre später dazu auf, manche bisherigen Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen und manches bislang als unverfügbar Behandelte vorsichtig dem Zugriff erkundenden Verfügens auszusetzen. Einbezogen wurde dabei ausdrücklich die Vorstellung vom „Fortschritt" selbst, dem durch solches Erkunden gedient werden solle:

„Das von uns Älteren übernommene Fortschrittsverständnis ist durch die ökologische Krise nachhaltig erschüttert worden. […] Es ist also an der Zeit, den Fortschrittsbegriff sozial und ökologisch neu zu definieren" (11/1987, 4C).

Doch gewiss war Brandt nicht für Veränderungen ihrer selbst willen zu haben. Vielmehr gelte:

„Erprobte Verfahrensregeln brauchen nicht bei jeder Gelegenheit in Frage gestellt zu werden. Rücksichtnahmen empfehlen sich aus Klugheit, falls eine andere Motivierung nicht schon ausreichen sollte" (11/1987, 3B).[62]

des letzten Reichstages der Weimarer Republik erspart bleiben mag" (13/1994, 1D). Solch nonchalante Geisterseherei hatten sich alle seine Amtsvorgänger versagt.

62 In eben diesem Sinn meinte Willy Brandt nach der Wiedervereinigung, gewiss habe sich das Grundgesetz „für die alte Bundesrepublik voll bewährt". Gleichwohl solle man bei

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Damit war trefflich formuliert, dass es eine Sache gerade auch der praktischen Vernunft ist, *Bewährtes als unverfügbar zu behandeln*. Doch keineswegs erübrigt dies die Suche nach Besserem oder zieht die Ablehnung von Reformen nach sich. Im Grunde wird hier, ohne es beim Namen zu nennen, nur jenes Muster aller Sozialevolution[63] angesprochen, das einst der Apostel Paulus im ersten Brief an die Thessalonicher (5,21) so formuliert hat: „Prüfet alles, das Gute behaltet" – und macht es vorsichtshalber, bis auf Weiteres, für alle praktischen Zwecke unverfügbar!

4. GEMEINSINNSREKURSE IN DEN PARLAMENTSERÖFFNUNGSREDEN

Eine zentrale Frage der Politikwissenschaft geht dahin, wie politische Ordnung entsteht. Eine von der aristotelischen Vier-Ursachen-Lehre[64] inspirierte Antwort geht dahin, dass sich die *Zweckursachen* einer zu erklärenden politischen Ordnung beim Blick auf jene Transzendenzrekurse ihrer Akteure erschließen, die auf Handlungsmotivation abzielen, desgleichen auch anhand solcher sinnerzeugender Transzendenzrekurse, die jene Handlungsmotivationen plausibel machten. Wichtige *Form-* und *Materialursachen* lassen sich erkennen, wenn man solche Transzendenzrekurse durchgeht, die von – wirklich oder angeblich – Unverfügbarem handeln. Und wo begegnet man den *Antriebsursachen* der Akteure? Deren Findeort sind – neben den sinnerzeugenden Transzendenzrekursen – vor allem die Rekurse auf Gemeinsinn, hier verstanden im engeren Sinn als „Sinn für das Gemeinsame" sowie als „Bereitschaft, sich in dessen Dienst zu stellen"[65].

4.1 Bürgerschaftlicher Gemeinsinn

Tatsächlich spielten Gemeinsinnsrekurse in den Reden der Alterspräsidenten anfangs eine markante Rolle. Angesichts der Not der Gründungsjahre ist das auch verständlich. Paul Löbe nannte zunächst die folgenden, mit durchaus unterschiedlichen Nöten beladenen Gruppen des Volks, die nun zur Erreichung fernster Ziele zusammenwirken müssten: „die Millionen der Heimatvertriebenen von jenseits der Oder-Neiße-Grenze, die Verstümmelten und Verwaisten des Krieges, die ja auch ein Opfer des Nazismus sind, jene, die in den Bombenangriffen Hab und Gut verloren, die andern Opfer des Naziregimes und der mehrfachen Währungsmaßnahmen"

Diskussionen um sinnvolle Ergänzungen nicht auf Erfahrungen der Ostdeutschen verzichten; siehe 12/1990, 3D.

63 Siehe hierzu mit weiteren Verweisen W. J. Patzelt 2012 und 2012a.

64 Siehe oben Anm. 18.

65 Siehe Anm. 3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(1/1949, 1D).[66] Von einem „Wirtschaftswunder“, das deren Not lindern könne, war 1949 noch nichts in Sicht. Entsprechend vorsichtig formulierte Paul Löbe keinen von der Lage gleichsam ungedeckten Appell zum Zusammenstehen beim Wiederaufbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, sondern beließ es bei einem Hinweis, den allein die Zuversicht trug, Gemeinsinn werde nicht ausbleiben:

„Welch mühevolle, beharrliche, wohlüberlegte und welch gutwillige Zusammenarbeit wird notwendig sein, um auch nur der geringsten dieser Aufgaben Herr zu werden!“ (1/1949, 1C).

Obendrein brauche man noch lange die „Beihilfe des Auslandes“, allerdings „nicht in der Form und im Sinne von Almosen“, sondern „damit wir aus eigener Arbeit die Grundlagen unserer Existenz finden“. Diesbezüglich könne man allerdings zuversichtlich sein:

„Unser arbeitsames, tüchtiges, ordnungsliebendes, leider politisch so oft irregeführtes Volk wird es schaffen!“ (1/1949, 2A).

Die Ressourcen entsprechenden Gemeinsinns – und seien sie durch blanke Not abgepresst – waren ja zweifellos da, unter Beweis gestellt durch den Zusammenhalt der Männer im Krieg und der Frauen beim Dienst in der zerbombten Heimat. Doch fraglich war, ob diese Ressourcen auch reichen würden. Man musste ja aufs Engste zusammenrücken für die Ausgebombten, Flüchtlinge und Vertriebenen, und vielerorts wusste man sehr wohl, wer alles Parteigänger jenes Systems gewesen war, mit dessen drückenden Folgen es nun auszukommen galt. Die zu bewältigenden Aufgaben waren also wirklich groß, und sie waren auch nach vier Jahren noch weit davon entfernt, im Griff zu sein. Marie Elisabeth Lüders führte 1953 vor Augen:

„Die große soziale Aufgabe unserer Zeit liegt darin, die Entwurzelten wieder zu verwurzeln, die aus Heim und Heimat Vertriebenen, aus Arbeit und Brot Gerissenen mit menschlicher Wärme und seelischer Hilfe in die neue Heimat, in neue Arbeitsplätze einzugliedern“ (2/1953, 2C).

Den dafür nötigen Gemeinsinn gab es auch durchaus nicht im Überfluss. Entsprechend kritisierte die Alterspräsidentin:

66 An späterer Stelle dieser Rede werden in den Kreis derer, auf die sich Zusammenstehen und Gemeinsinn richten müssten, ausdrücklich auch die Kriegsgefangenen und Verschleppten sowie deren Familien einbezogen (1/1949, 1C). Noch ein wenig später gehen in einer Schweigeminute die Gedanken zu „all den Toten […], die als Opfer des Krieges von allen Völkern gefordert wurden, all denen, die durch die Fortwirkung des Krieges ihr Leben verloren“ (1/1949, 1D).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Noch stehen Hunderttausende, denen es besser geht als jenen, abseits, die mit dem Einsatz der ‚Politik des Herzens' den Alten, Kranken, den familienlosen Jungen viele dunkle Stunden des trüben Alltags erhellen und sie davor bewahren könnten, zu Feinden der Gesellschaft zu werden, mit Gott und der Welt zu hadern" (2/1953, 2D).

Doch zweifellos gab es das nötige Mindestmaß an Gemeinsinn, und wohl auch etwas mehr. Tatsächlich war man schon damals deutlich vorangekommen bei der Behebung nicht nur der materiellen Schäden, sondern auch bei der zumindest oberflächlichen Heilung seelischer Wunden, beim Wiedergewinnen humaner Gesinnung und Betätigung. Und dass dies möglich war, das – so die Alterspräsidentin – „beweist die ungebrochene deutsche Lebenskraft, die aus geistigen Quellen genährt wird und sich auch in der Leistung des letzten Werktätigen umsetzt" (2/1953, 2Df).

Insgesamt aber war es eher eine pragmatische Zweckgemeinschaft als eine auch innerlich verbundene Volksgemeinschaft, die sich da im – durchaus von Misstrauen und Sozialneid geprägten – Miteinander[67] aus den Ruinen emporarbeitete. Vier Jahre später, und angesichts einer alle früheren Hoffnungen weit übertreffenden materiellen Lage, kam Marie Elisabeth Lüders deshalb auf dieses Thema zurück. Wichtig sei doch nicht, so ihre Mahnung, materielle Hilfe allein, …

„sondern die rein menschliche seelische Verfassung der Betroffenen und ihre geistigen Bedürfnisse müssen immer von neuem unsere Sorge sein. Dies gilt vor allem für die übergroße Zahl der immer noch in Lagern und Baracken notdürftig untergebrachten Flüchtlinge, Vertriebenen und Heimatlosen. Die Sorge um das Mitmenschliche muß auch in den ausführenden Organen den sonst allzu spitzen Rechenstift führen; denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Guter Wille vermag viele Gräben zuzuschütten und viele verklemmte Türen zu öffnen, auch ohne ständige Erhöhung der materiellen Leistungen" (3/1957, 3B).

Solcher gute Wille aber schien nach Aufkommen der Möglichkeit, die Sorge um die sozial Zurückbleibenden nun wieder dem recht reich gewordenen Staat zuzuweisen, mehr und mehr zu fehlen. Selbst der durchaus praktizierte Gemeinsinn klang, 1961 beschworen vom Alterspräsidenten Pferdmenges, eher nach Pflicht denn nach Kür:

„Inzwischen lasst uns unsere Pflicht tun und […] der Welt ein Beispiel geben. Lassen wir Einfachheit, Bescheidenheit, Opferbereitschaft, innere Lauterkeit unsere Devisen [sic] sein; aber nicht: mehr verdienen, weniger arbeiten, besser leben, wie man das so laut und hart von so vielen Seiten und Schichten heute hört. Das ist keine Haltung für ein Volk in unserer Lage" (4/1961, 2Af).

67 Vgl. B. Schwelling 2001.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Normativ mochte Pferdmenges damit Recht haben. In der Wirklichkeit traf aber für die Mehrheit gerade das zu, was da kritisiert wurde. Eben dies rückte wiederum der Bundeskanzler Erhard als überaus schwerwiegendes Problem in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärungen von 1963 und 1965. Die nächsten Alterspräsidenten des Bundestages hingegen, und auch hier eigentlich nur Ludwig Erhard und Willy Brandt, benannten Defizite an Gemeinsinn bloß im Rahmen von Krisen- und Herausforderungsnarrativen. Das blieb so, bis 1998 Fred Gebhardt – endlich – scharf auf die Folgen fehlenden Gemeinsinns zu sprechen kam:

„In jeder Gesellschaft gibt es soziale Unterschiede. Unterschiedliche Qualifikationen, unterschiedlicher Fleiß, unterschiedliche Begabung und unterschiedliche Leistung, all das soll sich im Einkommen widerspiegeln. Aber ich habe den Eindruck, daß es bei uns zum Teil maßlos geworden ist. Wachsender Reichtum weniger steht wachsender Armut vieler gegenüber. Ich bin den Kirchen in unserem Lande dafür dankbar, daß sie uns mahnen, diese Entwicklung zu korrigieren. Umverteilung gibt es in jeder Gesellschaft und zu jeder Zeit. Die Frage ist, von wem zu wem umverteilt wird“ – und deshalb müsse sich der Bundestag daran messen lassen, wie gut es ihm gelinge, „mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und Armut zu überwinden“ (14/1998, 3D).

Es ist hilfreich, diese Lücke im Diskurs der Alterspräsidenten zu schließen, nämlich durch einen Auszug aus Erhards Regierungserklärung zum Amtsantritt 1963. Gerade dem Bundeskanzler Adenauer nachgefolgt, betonte Erhard:

„Mehr denn je wird künftig die Zusammengehörigkeit unseres Volkes auf eine hohe Probe gestellt und zur Bewährung aufgerufen sein. Die schöpferischen Energien des deutschen Volkes sind nach dem Kriege in erster Linie dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zugute gekommen. Dank unserer freiheitlichen Politik verfügen alle Schichten unseres Volkes über einen weiten Spielraum zur eigenen Entfaltung. Der wirtschaftliche Wettbewerb hat die Kräfte gewogen und gestärkt. So ist die Bundesrepublik heute zu einer der größten Wirtschaftsmächte auf der Welt geworden. […] Das Werk lobt alle seine Meister.

Aber welches Bild des öffentlichen Lebens stellt sich uns heute dar? Wir laufen Gefahr, daß der produktive Elan unserer Gesellschaft zunehmend dem Genuß des Erreichten weichen will. Eine oft ausschließlich materiell bestimmte Grundhaltung weiter Kreise der Bevölkerung charakterisiert die Lage – 18 Jahre nach Beendigung der größten Katastrophe deutscher Geschichte. Aus diesem Grunde bedeutet es eine wesentliche Aufgabe aller verantwortungsbewußten Kräfte im Lande, jenen Leistungswillen, der uns gerettet hat, für alle Zukunft wachzuhalten.

Wie noch deutlich zu machen sein wird, müssen wir damit aufhören, unsere Kräfte und Mittel jeweils nur an speziellen und individuellen Forderungen auszurichten, sondern wir müssen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das Ganze bedenken und alles Handeln an gemeinsamen Zielen messen. […] Vor allem junge Menschen wollen nach übergeordneten Werten und Maßstäben handeln. Sie erwarten, daß sich auch der Staat an diese Maxime hält. Unsere Jugend will vor Aufgaben gestellt werden! Je bewußter und wahrhaftiger wir sie darauf ansprechen, um so besser wird es uns gelingen, sie vor dem falschen Weg des nur Geld-verdienen- und Versorgt-sein-Wollens abzubringen.

Bemühen wir uns darum auch, jedwede Forderung an den Staat nicht vorschnell mit dem Wort ‚sozial' oder ‚gerecht' zu versehen, wenn es in Wahrheit nur zu oft um partikuläre Wünsche geht! Verschließen wir die Augen nicht vor der Tatsache, daß dem entwickelten Engagement für das Private und für das Gruppeninteresse zunehmend ein Defizit an Bürgersinn gegenübersteht!

Das ist um so gravierender, als die Bundesrepublik ihren Bürgern ein ungewöhnliches Maß an Freizügigkeit in ihren privaten Tätigkeiten zugesteht und ihnen den großen Respekt vor dem Wert individueller Entfaltung bezeugt. Es muß unser unablässiges Bemühen sein, die Werte, die unsere Verfassung setzt, ins Bewußtsein aller Bürger zu rücken und es immer wieder deutlich zu machen, daß Freiheit mit Verantwortung gepaart sein muss, wenn sie nicht chaotisch entarten soll" (4/1963, 4192D-4193C).

Leicht ist im Nachhinein zu erkennen, wie hellsichtig Ludwig Erhard die entstandenen Fehlhaltungen und die besser zu vermeidenden Entwicklungen erkannte. Richtig war auch sein Eindruck, junge Menschen wollten „nach übergeordneten Werten und Maßstäben" handeln. Im Zug des Wertwandels der westlichen Industriegesellschaften wurden das aber zunehmend Werte der Selbstverwirklichung anstelle der gefühlt „veralteten" Pflicht- und Akzeptanzwerte.[68] Während der Renaissance des die Universitäten umprägenden intellektuellen Marxismus wurden es dann Werte des Klassenkampfes bei nur internationaler Solidarität, und unter dem Eindruck, nun erst rechne eine neue Generation mit der von den Eltern getragenen Nazi-Diktatur ab, verblassten „Deutschland" und das „deutsche Volk" als möglicher Bezugsrahmen von Gemeinsinn völlig.

Helmut Kohls Versuch seit dem Bundestagswahlkampf von 1980, solchem Zeitgeist durch Sensibilisierung für die Notwendigkeit einer „geistig-moralischen Wende" entgegenzutreten, scheiterte ebenso wie einst Erhards so oft wiederholter Appell zum Maßhalten und zum Sich-Einbringen in jene – wie er fand – „moderne Ordnung", die er die „formierte Gesellschaft" nannte. Diese, so Erhard, …

„beruht […] auf der Überzeugung, daß Menschen nicht nur durch Gesetze, sondern aus Einsicht das ihrem eigenen Wohle Dienende zu tun bereit sind. […] Diese neue Ordnung ist die gesellschaftspolitische Konsequenz der sozialen Marktwirtschaft. [...] [Sie ist] eine friedliche

68 Siehe – mit weiteren Verweisen – K.-H. Hillmann 2003.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gesellschaft, die auf der dynamischen Kraft des innen- und außenpolitischen Interessenausgleichs beruht. […] Ihre rationale Klarheit und Überschaubarkeit sollen den einzelnen in die Lage versetzen, an den öffentlichen Dingen teilzuhaben“ (5/1965, 19A-D).

Doch Ludwig Erhards Vorstellungen von einer gemeinsinnigen Gesellschaft wurden kunstvoll als eine Art „neuer Autoritarismus“ diffamiert und versanken gemeinsam mit seiner Kanzlerschaft in der Aufbruchsstimmung hin zur sozialliberalen Koalition sowie während deren erster Phase. Helmut Kohls Vorstellung von einer „geistig-moralischen Wende“ wiederum wurde – zutreffend – als Kritik am Geist jener Koalition verstanden und deshalb, gemeinsam mit Kohls Kanzlerschaft, als inakzeptabel wahrgenommen. Ebenso wie Kohl selbst wurde sie, soweit nur möglich, der Lächerlichkeit preisgegeben. Tatsächlich kam es auch gar nicht zu jener „geistig-moralischen Wende“. Die Wiedervereinigung stellte dann neue und anders akzentuierte Anforderungen an den Gemeinsinn, und erst recht bewirkte derlei das Zusammenwachsen der EU unter dem Druck der Globalisierung auf den europäischen Sozialstaat. Während aber deutscher Gemeinsinn zum Tragen der Lasten der Wiedervereinigung sehr wohl ausreichte, erweist sich in der Euro-Krise und angesichts wirtschaftlicher Globalisierung, dass der Kolben des Gemeinsinns wohl den Zylinder des (National-)Staats braucht, wenn der soziomoralische Motor einer *res publica* funktionieren soll.

Auf das alles kamen die Alterspräsidenten des Bundestages durchaus zu sprechen.[69] Besonders markant fielen verständlicherweise die Ausführungen zur Pflege innerdeutschen Gemeinsinns aus. Willy Brandt äußerte sich im wichtigen Jahr 1990 wie folgt: Angesichts „von wundgescheuerten Seelen“ in den neuen Bundesländern gelte es dort „das Selbstbewußtein, das Selbstwertgefühl der Menschen zu festigen“. Zurechtzukommen sei mit nachwirkenden „Demütigungen aus den Jahrzehnten der Diktatur“ sowie dem ostdeutschen „Empfinden, in das gemeinsame Haus weniger eingebracht zu haben“. Bedenken müsse man: „Mauern in den Köpfen stehen manchmal länger als die, die aus Betonklötzen errichtet sind“. Also beschwöre er „unsere Landsleute: Möge das Gefühl, auf der falschen Seite der Geschichte gestanden zu haben, sich nicht in Mutlosigkeit oder gar Aggressivität entladen. Möge es in dem Gefühl aufgehoben sein, daß niemand zu spät kommt, wenn sich das Leben weitet“ (12/1990, 3B). Zu diesem Zweck aber „wollen Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit geweckt sein“ (12/1990, 4A). Im Übrigen gelte:

„Ein in sich ruhendes gemeinschaftliches Selbstwertgefühl erwächst nicht daraus, daß wir von den neuen Bundesbürgern erwarten, sie möchten möglichst widerspruchslos aufgehen im Land des großen Bruders. Ich bleibe bei meinem Rat, zusammenwachsen zu lassen, was

69 Zu den besonderen Herausforderungen von Europäisierung und Globalisierung für deutschen Gemeinsinn siehe oben den Abschnitt 3.3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zusammengehört. Abgeschlossen ist dieser Prozeß erst, wenn wir nicht mehr wissen, wer die neuen und wer die alten Bundesbürger sind“ (12/1990, 4B).[70]

Fast eine Generation später lässt sich auch hier von einer glücklich verlaufenen Geschichte berichten.

4.2 Parlamentarischer Gemeinsinn

Regelrecht ein Topos in den Ausführungen der Alterspräsidenten vor einem neuen Bundestag wurde es, zum parlamentarischen Gemeinsinn und zum lagerübergreifenden Miteinander aufzurufen. Das passt nicht nur bestens zur konkreten Sprechsituation eines Alterspräsidenten und zu den kommunikationshygienischen Notwendigkeiten nach einem erbittert geführten Wahlkampf, sondern wird auch den besonderen Herausforderungen eines freiheitlichen und somit pluralistisch-antagonistischen Parlaments gerecht. Schon 1949 mahnte denn auch Paul Löbe, man solle sich – nach einem heftigen Wahlkampf, „dessen Formen oft das erträgliche Maß weit überschritten haben“ und dessen Ausbrüche dem deutschen Volk nicht dienten – nun endlich, „ob in Koalition oder Opposition, soweit zusammen[zu]finden, daß Ersprießliches für unser Volk daraus erwächst“ (1/1949, 3A). Gerade diese Ausführungen Löbes zitierend, betonte dann Herbert Wehner, höchst streitbarer Parlamentarier seit Weimarer Zeiten, …

„daß parteipolitische Gegensätzlichkeiten sowie die Zugehörigkeit sei es zur Regierungs-, sei es zur Oppositionsseite des jeweiligen Parlaments nicht allein die Maßstäbe für gegen- und wechselseitige Wertschätzung sind“. Diese bestünden vielmehr im Beispiel herausragender Parlamentarier, zumal seiner Vorgänger im Amt des Alterspräsidenten, also von „Persönlichkeiten, die – jede auf ihre Weise – unserem Volke gedient, in ihrem Leben streckenweise Schweres ertragen und das Schwerste zum Wohle unseres gemeinsamen Volkes zu überwinden beigetragen haben“ (9/1980, 1D).

Gleichsam deren Vermächtnis für parlamentarisches und politisches Miteinander in Deutschlands Demokratie führte er anschließend in einer Reihe von Zitaten aus deren Parlamentseröffnungsreden vor Augen, und zwar um aufzuzeigen, „daß es bei allen politischen Gegensätzen vieles gibt, das uns allen gemeinsam ist und das wir hüten und pflegen sollten“ (9/1980, 5A).

Willy Brandt griff eine Wahlperiode später diesen Gedanken auf, indem er aufforderte …

70 Mit nur etwas anderem Zungenschlag sprach von den gleichen Herausforderungen vier Jahre später Stefan Heym; siehe 13/1994, 2Df. Warum man ihnen nicht hinreichend gerecht geworden sei, erörterte dann dessen Nachfolger Fred Gebhardt; siehe 14/1998, 3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„zur Pflege der demokratischen politischen Kultur, die nicht institutionell zu sichern ist, sondern die täglich erfahrbar gemacht werden muß. Für uns hier im Bundestag heißt dies, um einen Wettbewerb zwischen Parteien und Fraktionen bemüht zu sein, der statt ruinös produktiv ist, insoweit er in offenem Austrag unterschiedlicher, auch gegensätzlicher Meinungen das öffentliche Wohl befördert“ (10/1983, 1D).

Und Otto Schily spitzte dies 2002 stilsicher so zu:

„Ich hoffe und wünsche, dass wir alle die Gemeinsamkeit unserer Verpflichtungen nicht aus den Augen verlieren, der Versuchung zu einer destruktiven Politik widerstehen, die Fairness auch im politischen Alltag wahren, den politischen Vorteil im Argument und nicht in der persönlichen Herabsetzung suchen und nicht zuletzt der Maxime Goethes folgen werden, dass die Weisheit in der Wahrheit und nirgendwo sonst zu finden ist“ (15/2002, 2Af).

2005 kam er mit anderen Worten erneut darauf zu sprechen: Wir haben …

„die gemeinsame Verantwortung, zum Besten unseres Landes zu wirken. Wir werden dieser Verantwortung umso eher gerecht werden, wenn wir die Politik einer sowohl geographisch als auch zeitlich weiträumigen Perspektive öffnen, die imstande ist, unsere eigenen Interessen in konstruktiver und solidarischer Weise mit den Interessen anderer zu verbinden“ (16/2005, 2B).

Eine Wahlperiode später behauptete Heinz Riesenhuber sogar: „Eines war uns immer gemeinsam: die Achtung vor jedem Kollegen und seiner Meinung, die Bereitschaft zum sachlichen Argument, die Fähigkeit, Kompromisse zu prüfen, die Entschlossenheit, zu entscheiden und dann voranzuschreiten“ (17/2009, 2A). Tatsächlich gehört die Befolgung solcher Spielregeln zu den unabdingbaren Voraussetzungen für verlässlich praktizierten Gemeinsinn, da sich andernfalls das Parlament gerade einer pluralistischen Demokratie heillos zerstreiten kann und dann nicht mehr gemeinsinnig für das ganze Volk zu wirken vermag. Eben daran erinnerte Willy Brandt in seiner ersten Rede als Alterspräsident, ausdrücklich gestützt auf Autorität, die sich langer parlamentarischer Erfahrung verdankte:

„Wer also wie ich die friedensstiftende Wirkung unserer grundgesetzlichen Ordnung schon in mancherlei unterschiedlichen Interessenlagen hat erfahren können, der darf und sollte wohl auch eine Rede wie diese mit einem Hinweis auf das Selbstverständliche beginnen.“

Im Sinn hatte er dabei die „Regeln der parlamentarischen Auseinandersetzung“, denen sich zu unterwerfen „nach einem harten – manche meinen: überharten – Wahlkampf“ wohl nicht jedem leichtfalle. Zwar lebe die Demokratie gewiss nicht davon, „daß alle einander mögen und Bekundungen gegenseitigen Wohlwollens verbrei-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten“. Sie lebe aber sehr wohl von der akzeptierten „staatspolitischen Gleichwertigkeit“ von Regierungsmehrheit und Opposition. Diesbezüglich liege ihm an der Feststellung:

„Alle Mitglieder dieses Hauses nehmen gleichermaßen wichtige Aufgaben wahr, ob sie nun die Regierung stellen oder diese kritisch begleiten, ob sie Macht verwalten oder diese kontrollieren, ob sich ihre Partei und Fraktion in der Regierungsverantwortung zu bewähren hat oder ob sich ihre Partei und Fraktion hierauf neu vorbereitet. Parlamentarische Verantwortung für unseren Staat obliegt der einen Seite wie der anderen; sie ist keiner Seite Vorrecht. Dies sind die im Grundgesetz verankerten, durch die Verfassung geschützten Vorgegebenheiten und Selbstverständlichkeiten“ (10/1983, 1B-D).[71]

Freilich wurden auch diese Persönlichkeiten zu ihrer aktiven Politikerzeit solchen Maßstäben nicht immer gerecht. 1957 etwa beklagte Marie Elisabeth Lüders unter dem Eindruck der so heftigen Grundsatzdebatten um Westbindung und Marktwirtschaft:

„Wir haben uns alle in der Hitze des Gefechts in Wort und Schrift, in Überbild und Überschall im Lautsprecher auseinandermanövriert. Machen wir doch alle einen Strich unter die sehr gefährliche Verwechslung der Begriffe ‚Gegner‘ und ‚Feind‘. Halten wir auf allen Gebieten Maß […], damit nicht verletzender Übermut im Bewußtsein des Monopols der Macht auf der einen und verbitternder Groll auf der anderen Seite Deutschlands Leben noch schwerer macht, als es […] sowieso schon ist. Nur auf der Grundlage des inneren Friedens im politischen und menschlichen Bereich, nur mit dem Willen zur Toleranz kann es uns gelingen, auch den äußeren Frieden zu erhalten, Brücken zu schlagen, über die wir unser aller höchstes Ziel, die Wiedervereinigung, erreichen können“ (3/1957, 4Df).

Emphatisch endete sie ihre Rede wenig später mit folgenden Versen Johann Gottlieb Fichtes aus den „Reden an die deutsche Nation“: *„Und handeln sollst du so, als hinge / von dir und deinem Tun allein / das Schicksal ab der deutschen Dinge / und die Verantwortung wär‘ dein!“* (3/1957, 4B). Vier Jahre später stieß sie gar noch zu einer viel umfassenderen Schicht von Gemeinsinn vor. Der Blick einesteils auf die

71 Ähnlich äußerte er sich vier Jahre später: „Die demokratische Ordnung lebt von der Gleichwertigkeit derer, denen aufgetragen ist, sich um das Gemeinwohl zu bemühen. Verantwortung für unseren demokratischen Staat obliegt den Angehörigen der Mehrheit wie der Minderheit. Sie ist keiner Gruppe Vorrecht. Wo sich keine Übereinstimmung erzielen lässt, wird in der Demokratie mehrheitlich entschieden. Dem haben sich diejenigen zu beugen, die in der Minderheit geblieben oder die vor Gericht unterlegen sind“ (11/1987, 3B). Den gleichen Gedanken, Willy Brandt sehr am Herzen liegend und für gemeinsinnigen Parlamentarismus grundlegend, formulierte er auch in seiner dritten und letzten Rede als Alterspräsident (12/1990. 1Df).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Chancen und Gefahren der Atomenergie, andernteils die einsetzende Raumfahrt („der neueste atemberaubende Vorstoß in die überirdische Welt") könne …

„vielleicht alle veranlassen, durch die geistige Gemeinschaft auf wissenschaftlichem Gebiet und ihre nie geahnten Resultate, die zum Heil wie zum Übel eines jeden ausschlagen können, die politischen Gegensätze auf unserem ach so kleinen Sternlein zu überwinden. Die Voraussetzung hierfür liegt […] in dem Willen, unsere ganze Kraft der Erhaltung der ewig gültigen sittlichen Werte für die ganze Menschheit zuzuwenden, bevor uns allen das Schicksal des Ikarus bereitet wird" (3/1957, 3D).

Das war nicht falsch – und wies voraus auf die heutige Zeit, da sich das widerwillig auf gar nicht wenigen Politikfeldern zur Führungsmacht Europas aufgestiegene Deutschland seiner neuen Verantwortung in der Welt vergewissert.

5. WAS DEUTSCHLANDS „WELT IM INNERSTEN ZUSAMMENHÄLT"

Was lehren alle diese Befunde darüber, auf welche Gemeinsinnsressourcen unser Land gegründet ist und welche Transzendenzressourcen ihm bei der Hervorbringung, Aufrechterhaltung, Rechtfertigung und generationenübergreifenden Weitergabe[72] seiner politischen Ordnung nützlich sind? Also darüber, was unser Land „im Innersten zusammenhält"?[73] Und darüber, welche Antriebskräfte ihm zugrunde liegen, welche Ziele es sich setzt, welche Form es anstrebt und welche Beschaffenheit der Wirklichkeit, sich selbst von daher prägend, es seinen handlungsleitenden Situationsdefinitionen zugrunde legt?

5.1 Gemeinsinn und sinnerzeugende Transzendenzrekurse

Zunächst einmal zeichnet sich Deutschlands politische Elite durch große Bereitschaft aus, *parlamentarischen Gemeinsinn* zu praktizieren. Das meint: Trotz aller politischen Gegnerschaft und scharfer Konkurrenz in Wahlkämpfen wird immer wieder aufrichtig jene Rollenverteilung akzeptiert sowie konstruktiv gehandhabt, die am Wahltag grundgelegt wird und aus den Koalitionsverhandlungen entsteht.

72 Zu diesem Kernkonzept des Evolutorischen Institutionalismus und seinem erkenntniserschließenden Wert siehe W. J. Patzelt 2012, S. 74-78.

73 Diese Formel entstammt dem Eingangsmonolog Fausts in Goethes Faust I (Vers 380-384), wo Faust von seinem Wunsche spricht „daß ich nicht mehr mit sauerm Schweiß / zu sagen brauche, was ich nicht weiß, / daß ich erkenne, was die Welt / im Innersten zusammenhält, / schau' alle Wirkenskraft und Samen, / und tu nicht mehr in Worten kramen".

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Sollensvorstellungen sind diesbezüglich intakt und werden allgemein geteilt, wenngleich die Praxis – aufgrund der mit Politik stets verbundenen Leidenschaften – immer wieder hinter dem gemeinsam Angestrebten zurückbleibt. Das half dem neuen Staatswesen von Anfang an beim Versuch, seinen Bürgern ein politisches System zu geben, das – anders als die Weimarer Republik – eher mit den zu lösenden Problemen als mit seiner eigenen Funktionsfähigkeit beschäftigt ist. Auch wurde immer wieder thematisiert, dass und worin sich der Bundestag besonders anstrengen müsse, um den Deutschen – sie mitnehmend – jenen Gemeinsinn vorzuleben, der für die Integration und Legitimation gerade einer pluralistischen Demokratie unverzichtbar ist.

Nicht ebenso gut steht es nämlich, auch ausweislich der untersuchten Parlamentsreden, um den *bürgerschaftlichen Gemeinsinn*. Teils als seit dem Kaiserreich geformter Habitus, teils unter dem Druck des Elends der Nachkriegszeit wurde zwar von den Deutschen viel Gemeinsinn praktiziert, auf den sich die politische Elite dann auch zuversichtlich verließ und der dem so rasch gelingenden Neuaufbau tatsächlich zugrunde lag. Doch damals schon zeichnete sich ab, dass sich vieles davon der *Außen*leitung[74] durch die Umstände verdankte und deshalb entfiel, als die Umstände das Ausleben von solchem Individualismus erlaubten, der sich vor allem an äußerlicher Wohlfahrt orientierte. Fehlende gemeinsinnige *Innen*leitung, offensichtlich werdend seit den späten 1950er Jahren, wurde allerdings viel eher vom Bundeskanzler Erhard als von den Alterspräsidenten des Bundestages angesprochen. Robert Pferdmenges widmete sich 1961 eher den außenpolitischen Umständen; Konrad Adenauer – konzentriert auf parlamentarischen Gemeinsinn – fasste sich 1965 äußerst kurz; und William Borm rief 1969 statt zum bürgerschaftlichen Gemeinsinn eher dazu auf, sich mit Kritik gegen die etablierten Autoritäten zu wenden. Im Grunde wurde einfach auf weiterbestehenden, ja durch das „Wagen von mehr Demokratie" erhofftermaßen neu aufblühenden Gemeinsinn gesetzt. Dass diese Hoffnung gerade aber nicht aufging, thematisierte in den 1970er Jahren Ludwig Erhard als Alterspräsident, nachdem er zuvor als Kanzler vergeblich vor mangelnder Gemeinsinnspflege gewarnt hatte.

Insgesamt mündeten vielerlei seit den 1950er Jahren erkennbare Entwicklungen nicht in eine aktive Bürgergesellschaft, sondern in die große Politik- und Politikerverdrossenheit der 1990er Jahre. Gewiss gehörten zu den Gründen dafür auch der Wertewandel der 1970er Jahre, die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten der 1970er und 1980er Jahre, die Überforderung der Leistungsfähigkeit einer sich zeitweise höchst „verantwortungsimperialistisch" gebenden Politik samt dadurch enttäuschten Hoffnungen, obendrein das fühlbare Sicherschöpfen weiterer Ausbaumöglichkeiten des Sozialstaates, an den man nun nicht mehr so leicht mit den Mitteln der Politik

74 Zur Gegenüberstellung von menschlicher Innen- und Außenleitung siehe D. Riesman 1962.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den eigentlich *selbst* zu praktizierenden Gemeinsinn *delegieren* konnte. Also wurde dessen Knappheit nun besonders fühlbar. Willy Brandt sprach das alles in den 1980er Jahren großflächig an. Seine beiden Nachfolger im Amt des Alterspräsidenten aber thematisierten derlei lieber als – westdeutsch verschuldetes – Fremdeln der Ostdeutschen mit dem nunmehr gemeinsamen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Regierungssystem. Otto Schily rief dann 2002 endlich zum Gegenhalten, zur Stiftung von neuem Selbstvertrauen und von neuer Zuversicht auf.

Viel weniger Mangel an Gemeinsinn lässt sich dort erkennen, wo es um den die Bürgerschaft sowie ihre politische Klasse verbindenden *Sinn für das Gemeinsame* gibt. Die entsprechenden *sinnerzeugenden Transzendenzrekurse* zeigen recht klare Konturen bundesdeutscher Zivilreligion auf, die auch noch einige – wenngleich wenige – christliche Kontexte als nächsten Deutungshorizont dieser Zivilreligion erkennen lassen. Unbestritten und gemeinsam wünscht man – in der Tradition der europäischen Aufklärung – Freiheit und Toleranz, Menschenrechte und Frieden. Zumal in den frühen Jahren der Bundesrepublik finden sich dabei Freiheit, Frieden und Wiedervereinigung als gemeinsam zu erreichende Ziele eng verkoppelt, während später die Wiedervereinigung um des Friedens willen in den Hintergrund rückt. Hingegen wird die Freiheit schon sehr früh ausdrücklich mit sozialer Gerechtigkeit verbunden und wirtschaftlicher Erfolg gerade nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck dargestellt. Patriotismus hingegen, die politische Ausdrucksform des Gemeinsinns, fand sich in den Parlamentseröffnungsreden nie beim Namen genannt, wie auch überhaupt mit Bekundungen der Zuneigung zum eigenen Land recht sparsam, eher andeutend verfahren wurde. Doch im so häufigen Rekurs auf die Wiedervereinigung und das auf Weiterbestehen einer gemeinsamen deutschen Kultur erklang dieses Register sehr wohl.

5.2 Handlungsmotivierende Transzendenzrekurse und der Zweck des deutschen Staates

Die Bundesrepublik Deutschland entstand als Notbehelf und Notgemeinschaft. Warum und wohin sie den *status quo* ihres Gründungsjahres überschreiten solle, stand jedem klar vor Augen: Wiederaufbau der Wirtschaft, Gewährleistung normaler Lebensbedingungen, Errichtung eines funktionierenden Gemeinwesens mit allmählich zuwachsender Souveränität, Wiedererlangung der Einheit des Landes in Freiheit und Sicherheit, außerdem Schaffung eines europäischen Umfelds, in dem ein aufs Neue angesehenes Deutschland seinen fortan unbestrittenen Platz erlangen sollte. Das waren die – obendrein als unverfügbar behandelten – Ziele der Bundesrepublik Deutschland. Des Landes „europäischer Beruf" trat im Lauf der Jahrzehnte immer markanter hervor, während sein Selbstverständnis als „Provisorium" immer mehr schwand – und zwar so weit, dass man sich die Wiedervereinigung, als sie

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

möglich wurde, vor allem als Eintreten der DDR ins bereits stabil errichtete und einen Umbau nicht brauchende „deutsche Haus“ wünschte. Allenfalls einen neuen Anstrich sollte die damals vehement geforderte „neue Verfassung“ bringen.

Doch die Grundhaltung, neue Ufer erreichen zu wollen, hielt sich auch dann noch durch, als das Ziel der Wiedervereinigung aus der praktischen Politik geschwunden war, die anderen, anfangs so unerreichbar erscheinenden Ziele aber realisiert waren. Jene Grundhaltung zeigt sich klar in der Entwicklung jener „Geschichtserzählungen“, welche etliche Alterspräsidenten ihren Parlamentseröffnungsreden einfügten. Zu den wichtigsten Elementen dieses „plus ultra“ gehören die Folgenden:

Nicht nur „normal“, sondern ein *Modell* sollte Deutschland werden. Auf den SPD-Wahlkampfplakaten der Bundestagswahl von 1976 wurde das auch genau so genannt. Zu diesem Modell gehörte nicht nur möglichst vorbildliche Sozialstaatlichkeit, sondern bald auch die Vision einer den „überholten Nationalstaat“ ablösenden multikulturellen (Zuwanderer-) Gesellschaft. Und zu diesem Modell gehörte nicht nur das selbstbewusste Wagen von mehr Demokratie, sondern ebenfalls eine vorbildliche Außenpolitik, die – obendrein nicht national, sondern multilateral angelegt – auf Entspannung, Gewaltverzicht, Entwicklungshilfe und Förderung der Menschenrechte setzte, also „eigentlich“ auch für die Hauptverbündeten vorbildlich war. Und weil nun einmal die Ansprüche der Deutschen an sich selbst über die ganze Nachkriegsgeschichte hinweg die Erfahrung des „Gelingen ist möglich – gerade uns!“ prägte, leiden sie und ihre Eliten bis heute stets an jeder Kluft, die den *status quo* von einem schön ausgemalten Zielzustand trennt.

Solche Klüfte aber wurden zumal seit der – wundersamerweise *auch noch* gelungenen – Wiedervereinigung immer fühlbarer. Während der Wirtschaftskrisen der 1970er und 1980er Jahre, unter dem Eindruck der nach Ende des Ost-West-Konflikts einsetzenden Globalisierung sowie im Dauerstress des Doppelversuchs, die EU sowohl zu erweitern als auch enger zu integrieren, wurde wider alles Hoffen deutlich: Auch das wie Phoenix aus der Asche aufgestiegene demokratische Deutschland kommt – so schon Bismarcks Formulierung – an einer „Politik pragmatischer Aushilfen“ nicht vorbei, und auch das erhoffte „Modell Deutschland“ muss ganz einfach „muddling through“ betreiben – und das nicht nur verborgen oder im Kleinen, sondern ganz offensichtlich angesichts gewaltiger internationaler Probleme. Verschlimmert wird diese Lage dadurch, dass die meisten dieser Probleme außerhalb der deutschen Grenzen entstehen, an ihrer Bewältigung Deutschland aber mitzuwirken hat – einesteils aufgrund seiner internationalen Bedeutung, andernteils wegen seiner faktischen Rolle als partieller EU-Führungsmacht. Diese Fülle von komplexen Rollenanforderungen lässt unser Land, dessen Elite in den letzten 60 Jahren ein klares Ziel nach dem anderen verwirklichte, heute immer noch nicht mit sich im Reinen sein. Gerade aufgrund fraglos guten Willens ist dieses Land mitsamt seiner Elite recht ratlos angesichts von Herausforderungen, die keine

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

so klaren Zielprioritäten mehr erlauben, wie sie einst möglich waren: in den Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung, vor der Ausdehnung der EU bis fast an ihre äußersten Grenzen, vor der Durchsetzung der Eurozone. Nun betreibt Deutschland – so 2002 Otto Schily – wieder „Weltpolitik", scheint damit aber, obwohl gutwilliger denn je, auch nicht mehr Glück zu haben als einst Bernhard v. Bülow. Allerdings gibt es auch Anzeichen für eine neue Bescheidenheit deutscher Ansprüche an politisches Gestalten. Vielleicht kommt das Land ja eines Tages aus der für seine Selbstverständigungsdebatten so bezeichnenden Falle des „plus ultra" heraus.

5.3 „Unverfügbares" an und für Deutschland

Die Freiheitsgrade unserer innen- wie außenpolitischen Zielsetzungen beschränkt, dass sich Deutschland selbst vielerlei als „unverfügbar" vorgegeben hat. Auch müssen seine Eliten und Bürger immer wieder einsehen, dass sich viele Tatsachen und noch mehr Wirkungs- oder Funktionszusammenhänge einem voluntaristischen Politikzugriff einfach entziehen, also nicht nur aufgrund einer Entscheidung, sondern auch ganz praktisch unverfügbar sind. Zum *als unverfügbar Gesetzten* gehört neben der Westbindung zumal die Wertbindung des Landes, positiv ausgedrückt durch die Transzendenzformel von der Würde des Menschen, *e contrario* formuliert durch die Ablehnung von Rassismus, Chauvinismus sowie der Herrschaftspraktiken von Nationalsozialismus und Stalinismus. Mit wenigen Ausnahmen liegt solchen Transzendenzrekursen aber nicht viel ihre Stichhaltigkeit begründender intellektueller Aufwand zugrunde. Meist ersetzen plausible Verweise auf eine schlimme Vergangenheit oder auf eine unerfreuliche Gegenwart das Argumentieren.

Viel schwerer tat und tut sich Deutschlands politische Klasse und Bevölkerung bis heute mit der Einsicht, dass manches auch *aufgrund der Natur der Sache unverfügbar* ist. Sofern es sich dabei um Machtstrukturen oder um Interessenlagen handelt, auf die man hinweist wie auf die (schwindende) Führungsrolle der USA oder auf die (wachsenden) Ansprüche Chinas bzw. Russlands, ist freilich klar, dass sich das alles im Prinzip auch ändern ließe, wenngleich nicht hier und jetzt. Derartige Unverfügbarkeitsrekurse weisen die politisch-voluntaristische „Lust am Transzendieren" also nicht schon von vornherein und nachgerade provokativ ab. Deshalb besitzen sie auch noch eine gewisse Chance auf Akzeptanz. Anders verhält es sich mit Rekursen auf gänzlich *politischer Dispositionsfreiheit entzogene Zusammenhänge*, wie sie etwa zwischen wirtschaftlicher Produktivität eines Landes und seiner nachhaltig möglichen Sozialstaatlichkeit bestehen oder zwischen der realen Wirtschaftsordnung und der sich einstellenden wirtschaftlichen Produktivität. Diesbezüglich mochte Ludwig Erhard seine ganze Beredsamkeit aufwenden; sie fruchtete dennoch nichts. Bei Unverfügbarkeit *solcher* Art scheint diskursive Wahrheitsermittlung also an enge gesteckte Grenzen zu kommen. Dann aber können nur schmerzliche Irr-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tümer bei gut gemeinten Versuchen zeigen, was „wirklich unverfügbar" ist – und bleibt nichts als die Hoffnung, dass in situationsdefinierenden Diskursen später hieraus die richtigen Folgerungen gezogen werden.

In solchen Diskursen wird zum Hemmschuh einerseits das Wissen darum, dass manches wirklich erst unverfügbar *gemacht* wird, etwa eine freiheitliche Ordnung durch nachhaltige Ausgrenzung von Extremisten sowie durch eine die freiheitlichen Prinzipien plausibilisierende Geschichtspolitik. Zum Hemmschuh wird andererseits die immer wieder bittere Einsicht, dass es keine schon auf den ersten Blick erkennbaren Kriterien dafür gibt, wie man verlässlich das *gemachte* Unverfügbare vom als unverfügbar zu *Akzeptierenden* unterscheiden könne. Tatsächlich reflektierten etliche Unverfügbarkeitsrekurse die – wie Willy Brandt es ausdrückte – „Pflegebedürftigkeit" normativer Grundlagen sowie die Notwendigkeit, es nie mit dem bloßen Bewahren bewenden zu lassen, sondern gerade die gewünschte *Stabilität des Unverfügbaren* immer wieder neu über *Reformen* anzustreben. Also kommt man an der ebenso intellektuellen wie emotionalen Herausforderung nicht vorbei, auch das Unverfügbare (!) an einer politischen Ordnung zu verstehen als eine „geprägte Form, die lebend sich entwickelt" (Goethe).

5.4 Forschungspraktische Folgerungen

Was lehrt nun diese Studie über ihre inhaltlichen Erträge hinaus? *Erstens* zeigt sie, ein wie großes *heuristisches Potential* für die Doppelanalyse politischer Ideen und der von ihnen geprägten politischen Strukturen der *Begriff der Transzendenz* haben kann, ja auch wirklich entfaltet, wenn man ihn so mehrdimensional benutzt wie hier. Tatsächlich erlaubt er es dann, ansonsten leicht voneinander getrennt bleibende Beobachtungen zu Zivilreligion und Ideologie, zur wirklichkeitskonstruktiven Rolle politischer Kultur, ja überhaupt zu allen „weichen" Grundlagen „harter" politischer Ordnung in einer einheitlichen, integrierenden Perspektive in den Blick zu fassen. Verbunden mit der es einbettenden allgemeinen Theorie der Konstruktion sozialer bzw. politischer Ordnung eröffnet das hier entfaltete Konzept der Transzendenz einen *im Besonderen das Allgemeine erkennenden* Blick in Tiefenschichten bundesdeutscher Geschichte, den andere Analyseinstrumente schwerlich erlaubten.

Zweitens erweist sich, wie *methodisch unaufwendig* dieser Ansatz ist, also ein wie günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag besteht. Es braucht ja nicht mehr geleistet zu werden, als – im einen Fall freilich schwieriger denn in einem anderen – einen für die interessierenden Phänomene erkenntnisträchtigen Textkorpus zusammenzustellen und diesen dann zunächst einmal mit dem etablierten Werkzeug qualitativer Inhaltsanalyse durchzuarbeiten. So einfache Forschungsanforderungen sollten geeignet sein, zu Nachfolgestudien zu motivieren. Unmittelbar wünschens-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wert wären parallele Untersuchungen der Regierungserklärungen der Bundeskanzler, der Weihnachts- und Neujahrsansprachen der Bundeskanzler bzw. Bundespräsidenten sowie der Amtsantrittsreden der Bundespräsidenten – und dergleichen der Parteitagsreden deutscher Parteiführer.

Drittens aber sollten sich weitere Folgestudien der Analyse des tatsächlichen *Ringens um Situationsdefinitionen* bzw. der Untersuchung von deren machtmäßigen Voraussetzungen widmen. Dafür wird es fruchtbar sein, sich den Beifalls- und Unmutsbekundungen, den Zwischenrufen und Erwiderungen in weiteren Reden zuzuwenden, wie sie regelmäßig zumal auf Regierungserklärungen folgen.[75] Das alles ist in den Plenarprotokollen ebenso gut fassbar wie die hier untersuchten Transzendenzrekurse. Den einschlägigen Textkorpus bildeten also die Debatten um die Regierungserklärungen sowie ausgewählte Parlamentsdiskussionen um als „unverfügbar" Behauptetes – reichend von der Würde des Menschen, etwa in den Auseinandersetzungen um den § 218 StGB, bis hin zum Umgang mit Extremisten oder solchen, die in deren Nähe gerückt werden. Über die inhaltsanalytische Feststellung der relevanten Textpassagen hinaus wäre hier diskursanalytisch das gesamte ethnomethodologische Instrumentarium zur Analyse der „politics of reality" anzuwenden.[76]

Viertens ließe sich der ganze Forschungsansatz inhaltlich ausweiten: auf andere – auch nationale – Parlamente als den Deutschen Bundestag, auf die Programmdebatten politischer Parteien und die Zieldiskussionen politischer Zirkel, auf die politischen Kommentare in wichtigen Zeitungen und Zeitschriften, im Hörfunk und im Fernsehen. Es ließe sich sogar ein einschlägiger Textkorpus aus Gruppendiskussionen generieren, womit nicht nur das „Elitenende" solcher Diskurse, sondern auch deren „Bürgerende" mit einem einheitlichen Ansatz analysierbar wird.

Fünftens ist viel zu erwarten von *Vergleichen* der an so unterschiedlichen Textkorpora gewonnenen Befunde über Transzendenzrekurse. Dabei kann sich der Vergleich auf Diskurse im gleichen Land beziehen und auf diese Weise zutage fördern, wie vielfältig, ja umstritten jene Ressourcen sein können, anhand welcher die anschließend fraglos gemeinsame politische Ordnung hervorgebracht wird. Es können aber auch Diskurse aus unterschiedlichen Ländern bzw. aus unterschiedlichen Fällen von Ordnungskonstruktion miteinander verglichen werden. Das alles liefert verallgemeinerbare Aufschlüsse über das Wie-es-gemacht-wird von diskursivem Ordnungsaufbau bzw. Ordnungsabbau und über davon geprägte Prozesse der (De-) Institutionalisierung. Einen solchen Vergleich erlauben in diesem Band die Untersuchungen von Transzendenzrekursen im Bundestag, in und im Umfeld der Friedensbewegung der DDR sowie in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaften. Blickt man auf alle diese Forschungsmöglichkeiten und ihr Potential, so

75 Ein Beispiel für derartige Studien gibt W. J. Patzelt 1990.
76 Siehe hierzu im zweiten Kapitel dieses Bandes den Abschnitt 4.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wird klar: „Transzendenz“ und Rekurse auf sie zu analysieren, ist kein exotisches Unterfangen, sondern höchst fruchtbar für zentrale Erkenntnisanliegen der Politikwissenschaft.

LITERATUR

Abelshauser, Werner (1979): Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27, S. 661-679.

Becker, Manuel (2011): Die Ideokratie als Herrschaftsform. Potentiale eines vergessenen Begriffs in der aktuellen Autokratieforchung, in: Zeitschrift für Politik 58, S. 148-169.

Beyme, Klaus v. (1995): Die politische Klasse im Parteienstaat. 2. Aufl., Frankfurt am Main.

Brunner, Benedikt (2012): Der Alterspräsident. Ein Konstituierungsreglement und seine Alternativen. Wiesbaden (Online-Ressource).

Colin, Nicole (2008): Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst: nationale und internationale Perspektiven. Bielefeld.

Cox, Gary W. (1987): The Efficient Secret. The Cabinet and the Development of Political Parties in Victorian England. Cambridge.

Dehio, Ludwig (1948): Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Krefeld/Zürich.

Hase, Thomas (2001): Zivilreligion. Religionswissenschaftliche Überlegungen zu einem theoretischen Konzept am Beispiel der USA. Würzburg.

Heep, Maria Rita (1991): Grundkonsens in pluralistischen Demokratien. Zur Kontroverse um den "nicht-kontroversen Sektor" in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Diss., Bonn.

Hillmann, Karl-Heinz (2003): Wertwandel. Ursachen, Tendenzen, Folgen. Würzburg.

Kafka, Gustav E. (1973): Ziviltheologie – heute?, in: Zur Kritik der politischen Theologie, S. 25-46.

Kleger, Heinz (2011): Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa. Berlin.

Klopp, Heinrich Wilhelm (2000): Das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag. Historische Entwicklung, Bestellung, Befugnisse und Rechtsstellung einer Institution des deutschen Parlamentarismus. Berlin.

Köhler, Gerd Michael (1991): Die Rechtsstellung des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22, S. 177-188.

Lübbe, Hermann (1982): Staat und Zivilreligion. Wolfenbüttel.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen, Determinanen, Konsequenzen. Opladen.

Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim.

Meinecke, Friedrich (1965 [1946]): Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden.

Merton, Robert (1993): Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. 12. Aufl., Frankfurt am Main, S. 144-160.

Patzelt, Werner J. (1990): Sprengsatz Sprache: die „Nachrüstungsdebatte" des Deutschen Bundestages als Beispiel, in: Politische Studien 41/309, 1990, S. 53-73.

Patzelt, Werner J. (2007): Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, in: ders. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg, S. 287-374

Patzelt, Werner J. (2008): Evolution und Politik, Evolutionsforschung und Politikwissenschaft, in: Klose, Joachim/Oehler, Jochen (Hrsg.): Gott oder Darwin? Vernünftiges Reden über Schöpfung und Evolution. Berlin/Heidelberg, S. 291-307.

Patzelt, Werner J. (2012): Evolutorischer Institutionalismus in der Parlamentarismusforschung. Eine systematische Einführung, in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 47-110.

Patzelt, Werner J. (2012a): Quellen und Entstehung des „Evolutorischen Institutionalismus", in: ders. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden, S. 9-45.

Rehberg, Karl-Siegbert (2004): Zur Konstruktion kollektiver „Lebensläufe". Eigengeschichte als institutioneller Mechanismus, in: Melville, Gert/ders. (Hrsg.): Gründungsmythen – Genealogien – Memorialzeichen. Beiträge zur institutionellen Konstruktion von Kontinuität. Köln, S. 3-18.

Riesman, David (1962): Die einsame Masse. Eine Untersuchung des amerikanischen Charakters. Hamburg.

Schmidt-Jortzig, Edzard (2003): Der umstrittene Alterspräsident im Parlament. Zur Notwendigkeit rechtsgeschichtlicher Analyse im Parlamentsrecht, in: Eckert, Jörn (Hrsg.): Der praktische Nutzen der Rechtsgeschichte. Hans Hattenhauer zum 8. September 2001. Heidelberg, S. 457-464.

Schwelling, Birgit (2001): Wege in die Demokratie. Eine Studie zum Wandel und zur Kontinuität von Mentalitäten nach dem Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik. Opladen.

Smith, Mitchell P. (Hrsg.) (2005): From Modell Deutschland to Model Europa. Europe in Germany and Germany in Europe. Abingdon.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vögele, Wolfgang (1993): Zivilreligion in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg

Wasser, Hartmut (1974): Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Stuttgart u.a.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ANHANG: DIE REDEN DER ALTERSPRÄSIDENTEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Wahlperiode	Datum	Name	Stenogr. Berichte
1	07.09.1949	Paul Löbe, SPD	S. 1-3
2	06.10.1953	Marie Elisabeth Lüders, FDP	S. 1-3
3	15.10.1957	Marie Elisabeth Lüders, FDP	S. 1-5
4	17.10.1961	Robert Pferdmenges, CDU	S. 1-2
5	19.10.1965	Konrad Adenauer, CDU	S. 1
6	20.10.1969	William Borm, FDP	S. 1-3
7	13.12.1972	Ludwig Erhard, CDU	S. 1-2
8	14.12.1974	Ludwig Erhard, CDU	S. 1-3
9	04.11.1980	Herbert Wehner, SPD	S. 1-5
10	29.03.1983	Willy Brandt, SPD	S. 1-3
11	18.02.1987	Willy Brandt, SPD	S. 2-5
12	20.12.1990	Willy Brandt. SPD	S. 1-5
13	10.11.1994	Stefan Heym, PDS	S. 1-3
14	26.10.1998	Fred Gebhardt, PDS	S. 1-4
15	17.10.2002	Otto Schily, SPD	S. 1-3
16	18.10.2005	Otto Schily, SPD	S. 2-3
17	27.10.2009	Heinz Riesenhuber, CDU	S. 1-5

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Sprengkraft der Transzendenz

Die staatsunabhängige Friedensbewegung in der DDR auf ihrem Weg zu politscher Mündigkeit

KATHARINA KERN

1. LEITGEDANKEN DER ANALYSE

Am 1. September 1982 fand in der Dresdner Annenkirche anlässlich des Weltfriedenstages eine Veranstaltung zum Thema „Rettet das Leben vor einer nuklearen Katastrophe“ statt. „Es nahmen ca. 1 000 Personen teil, davon etwa 80 % junge Menschen bis 30 Jahre. [Sie wurden] aufgefordert, auf ausliegenden weißen und gelben Zetteln ‚Klagen‘ und ‚Dank‘ zu formulieren, von denen auswahlweise im abschließenden ‚Friedensgebet‘ vorgetragen werden sollte. […] ‚Beklagt‘ wurden vor allem: die Meinung, je stärker der Sozialismus, desto stärker der Frieden; Maßnahmen der Staatssicherheit gegen ‚Schwerter zu Pflugscharen‘; der Vertrieb militärischen Spielzeugs; die Unmöglichkeit der Einführung von SoFd[1]; die Inhaftierung wegen Wehrdienstverweigerung; die Trennung in ‚Deutschland‘ durch die ‚Mauer‘. Die einzelnen Klagen wurden teilweise durch frenetisches Beifallklopfen unterstrichen.“[2] Dieser Bericht aus dem Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen des Rat des Bezirks Dresden[3] an die DDR-Regierung enthielt zudem die folgende Ein-

1 Seit den 1980er Jahren gab es in der DDR Initiativen zur Einführung eines „Sozialen Friedensdienstes“ (SoFd). Der Aufruf einer Dresdner Initiativgruppe vom 5. Mai 1981 enthielt konkrete Vorschläge für eine von der Volkskammer zu beschließende Regelung, nach welcher der nicht-militärische Ersatzdienst als gleichberechtigte Alternative neben dem Wehrdienst stehen sollte. Der Gedanke eines Sozialen Friedensdienstes scheiterte an der kompromisslos ablehnenden Haltung der SED.

2 Bericht des Rat des Bezirks Dresden, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, an den Staatssekretär für Kirchenfragen (8.9.1982): Veranstaltung zum Weltfriedenstag in der Annenkirche in Dresden am 1.9.1982, BArch DO 4/777, Bl. 414-415, hier: Bl. 414f.

3 Die Räte der Bezirke waren die höchsten Verwaltungseinheiten in den 14 Bezirken. Seine Mitglieder umfassten den Vorsitzenden, fünf Stellvertreter, den Sekretär sowie fünf bis acht weitere Mitglieder. Als Exekutivorgan des Bezirkstages war der Rat für die Durch-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schätzung: „Das anschließende Friedensgebet […] setzte negative Potenzen frei.“[4] In der DDR war viel vom Frieden die Rede – jeden Tag informierte die Parteiführung den „friedliebenden DDR-Bürger“ in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen über deren „Friedenstaten“. Über das in nahezu allen größeren Städten der DDR aufkommende staatsunabhängige Friedensengagement informierten die DDR-Medien freilich nicht, stellte dieses doch das Monopol der SED auf den Friedensbegriff in Frage. Im Gegenteil: Der „Repressionsapparat [der SED] unternahm enorme Anstrengungen, um jede hervorquellende kritische Bewegung sofort stillzulegen und auszutrocknen“[5].

Der folgende Text geht von der Beobachtung aus, dass die ausgehenden 1970er und 1980er Jahre eine Zeit „der Entwicklung pazifistischer Gemeindekreise zu einer Unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, zu Netzen politisch alternativer Gruppen bis hin zu den ‚neuen politischen Vereinigungen‘“[6] waren. Diese „Entstehung von politischer Öffentlichkeit“[7] – welche als Resultat von sich zuspitzenden innergesellschaftlichen Widersprüchen, Wertewandel, Sozialisationsdefiziten der nach 1960 Geborenen sowie von sich wandelnden äußeren Einflüssen in den 1980er Jahren betrachtet wird[8] – stellte für das geschlossene System der DDR eine ernstzunehmende Bedrohung dar. Obwohl zu dieser Zeit wohl niemand an den baldigen Zusammenbruch der politischen Ordnung glaubte, waren bereits „Risse in der Fassade des scheinbar unerschütterlichen Herrschaftsgefüges“[9] erkennbar. Doch woher kamen diese gesellschaftlichen Gegenpotentiale, systemkritischen Teilöffentlichkeiten, politisch alternativen Gruppen und schließlich die Massendemonstrationen im Herbst 1989, die im rasanten Zusammenbruch der DDR endeten? Bisherige Erklärungsansätze beschränken sich oftmals auf ökonomische Schwierigkeiten und Engpässe, Effizienz- und Steuerungsprobleme oder allein auf den repressiven Charakter des sozialistischen Herrschaftssystems und den Reformdruck von außen.[10]

führung von Gesetzen und Beschlüssen sowie für die Leitung des sozialistischen Aufbaus zuständig.

4 Bericht des Rat des Bezirkes Dresden, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, an den Staatssekretär für Kirchenfragen vom 8.9.1982 zur „Veranstaltung zum Weltfriedenstag in der Annenkirche in Dresden am 1.9.1982“, BArch DO 4/777, Bl. 414-415, hier: Bl. 415.

5 D. Pollack/D. Rink 1997, S. 9.

6 T. Klein 2009, S. 248.

7 Zur Herausbildung von politischer Öffentlichkeit in der DDR siehe ausführlich R. Rühle 2003.

8 Zu den Sozialistationsmängeln und dem Wertewandel in der DDR siehe etwa E. Neubert 1998, S. 543f., H. Knabe 1988, v.a. S. 562ff., R. Rühle 2003, S. 53ff., oder auch I. Häuser 1992, S. 213ff., die sogar von einem „Generationenbruch“ spricht. Die Auswertung qualitativer Befunde zu Sozialisationsverläufen über vier Generationen hinweg von D. Geulen 1993 bestätigt die Veränderungen bei den 1960 Geborenen. Zu den Ursachen für politisches Engagement siehe ferner D. Pollack 2000, S. 143ff.

9 W. Thaa et al. 1992, S. 3.

10 Dazu siehe v.a. ebenda, S. 8.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Claude Lefort bemerkt jedoch, dass sich demokratische Revolutionen nur dann voll verstehen lassen, wenn eine weitere Ebene berücksichtigt wird: der „symbolisch-kulturelle Bereich" einer Gesellschaft.[11] Die Frage nach der Bedeutung jener kulturellen Muster, die „Motivation, ‚Sinn' und Identität für den einzelnen wie für die Gesellschaft stiften"[12] und eine politische Ordnung begründen, stabilisieren oder auch destabilisieren können, wurde allerdings bislang vernachlässigt oder gar nicht gestellt. Diese Ressourcen im vorliegenden empirischen Untersuchungsgegenstand in den Blick zu nehmen, könnte zur Erklärung der Destabilisierung der politischen Ordnung einen nützlichen Beitrag leisten.

1.1 Ordnungskonstruktion und Transzendenz

Jede soziale oder politische Ordnung ist ein komplexes Gefüge, das seine Existenz Prozessen gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion verdankt. Allgemein bestehen jene wirklichkeitskonstruktiven Prozesse aus sinngeleiteten Handlungen, welche von gemeinsam geprägten Situationsdefinitionen angeleitet werden, denen wiederum Diskurse vorausgehen. Diese ständig ablaufenden Konstruktionsprozesse sind höchst störanfällig. Dies vor Augen, ist die langandauernde Stabilität der DDR umso erstaunlicher. Deren rasanter Zusammenbruch zeigt jedoch aufs Beste, welche Folgen sich aus der zunehmenden Störung und schließlich dem Stillstand jener Konstruktionsprozesse ergeben. Betrachtet man die Konstruktionsprozesse politischer und sozialer Ordnungen genauer und will man darüber hinaus der Frage nachgehen, wie sich politische Ordnungen begründen, (re-)stabilisieren oder transformieren, dann muss sich der Blick auf die konkreten wirklichkeitskonstruktiven Ressourcen richten. Viele politikwissenschaftliche Arbeiten beschäftigen sich in diesem Zusammenhang mit Macht- oder Herrschaftsmitteln, kaum jedoch mit situationsdefinierenden und sodann handlungsleitenden diskursiven und praktischen Verweisen auf „Unverfügbares". Unseren Studien liegt nun aber die Annahme zugrunde, dass politische Ordnungen gerade auch über Rekurse auf Transzendentes konstruiert, stabilisiert oder auch transformiert werden. Transzendenzen kommt insbesondere bei der Gründung politischer Ordnungen oder in Konflikten eine wichtige Funktion zu. Transzendenz meint dabei jene Vorstellungen, Denkfiguren und übergreifenden Werte, die über Strukturen sowie konkret verhandelte politische Inhalte und Handlungen hinausgehen und ihnen genau dadurch einen Sinn verleihen.[13] Zum konkreten Untersuchungsgegenstand und „Fundort" für transzendierende Sinnverweise werden Diskurse und Praktiken, in denen Bezugnahmen auf jene Transzendenzen situationsdefinierende Kraft entwickeln, Sinn und Geltung stiften

11 Claude Lefort, zitiert nach: W. Thaa et al. 1992, S. 8.
12 W. Thaa et al. 1992, S. 4.
13 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 79.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sowie schließlich Handlungsressourcen mobilisieren. Diskurse werden hier ganz allgemein als sprachlich produzierte Sinnzusammenhänge verstanden.

1.2 Fragestellung und Herangehensweise

Im Folgenden wird am Fall der DDR die Frage beantwortet, welche situationsdefinierenden und schließlich handlungsanleitenden Bezugnahmen auf Transzendentes bei der Entwicklung der staatsunabhängigen Friedensbewegung bis hin zu deren Politisierung diskursiv und praktisch eingesetzt wurden, und welche Auswirkungen dies auf die politische Ordnung der DDR hatte. Es geht also nicht um die Prozesse der *Konstruktion* der politischen Ordnung des SED-Staates, sondern um die Rolle von Transzendenzrekursen bei der Bestreitung, Subversion, Delegitimierung, ja Destruktion jener Ordnung. Die Wirkungen und Grenzen von solchem politischen Protest, Opposition oder Widerstand sowie der Durchsetzung alternativer Ordnungsvorstellungen lassen sich jedoch nur – über eine bloße Beschreibung hinaus – erschließen, wenn zunächst die spezifischen wirklichkeitskonstruktiven Merkmale der DDR ins Blickfeld geraten. Deshalb werden mit Hilfe der *Ethnomethodologie* als forschungsleitender Theorie zunächst einmal die *Prozesse* der Konstruktion und Reproduktion, aber auch der Destruktion oder Transformation sozialer und politischer Wirklichkeit sichtbar gemacht, die sich fortwährend über Interaktionen der Akteure vollziehen und zu keinem Zeitpunkt gleichsam „abgeschlossen" sind. Ethnomethodologie ist nämlich die Analyse dessen, mittels welcher wirklichkeitskonstruktiven *Methoden* die Mitglieder einer Ethnie – verstanden als Gruppe von Menschen, die gemeinsame Wirklichkeit hervorbringen oder daran scheitern – lokal und situativ gerade dies tun. Das Präfix „Ethno" meint also nicht einfach „Volkszugehörigkeit", sondern signalisiert, dass Mitglieder unterschiedlicher Gruppen eben auch unterschiedliche Selbstverständlichkeiten und damit unterschiedliche Wirklichkeit hervorbringen – freilich anhand stets derselben Methoden.[14]

Um als kompetentes Mitglied einer Gemeinschaft oder eines konkreten „sozialen Settings" wahrgenommen zu werden, muss der gemeinsame Sinn der jeweiligen sozialen Struktur bzw. einer konkreten Ordnung über Sozialisationsprozesse anverwandelt und verlässlich beim eigenen Deuten und Handeln Anwendung finden. Gemeinsames Handeln und soziale Interaktion basieren auf einem Bestand an Wissen, den „sich die Gesellschaftsmitglieder gegenseitig als selbstverständlich […] unterstellen müssen, um überhaupt interagieren zu können"[15]. Dabei existieren innerhalb einer bestimmten Ethnie Transzendenzen im Sinn von Wissensbeständen, Normen, Wertvorstellungen oder Mythen, welche die Gemeinschaft zwar eigen-

14 Zur Explikation des Begriffes Ethnomethodologie siehe W. J. Patzelt 1987, S. 9ff., oder auch ders. 1998, S. 250. Siehe dazu auch den Beitrag von Werner J. Patzelt zu Ordnungskonstruktion und ihre ethnomethodologische Analyse in diesem Band.

15 J. Matthes/F. Schütze 1981, S. 20.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ständig hervorbringt, also konstruiert, die sich aber anschließend der Dispositionsfreiheit der Mitglieder entziehen. Genau jene Transzendenzen geben dem gemeinsamen Handeln seinen letzten, alles überwölbenden Sinn, sind darum als „unverfügbar" anzunehmen und dürfen somit nicht nach Belieben ausgestaltet oder gar beseitigt werden. Wer sich nicht daran hält, wird eben dadurch zum Außenseiter oder Störer der gemeinsamen Wirklichkeit. Wenn es gelingt, jene Transzendenzen – von deren Geltung ihrerseits die Geltung konkreter politischer Inhalte und die Stabilität von Strukturen abhängen – stets als unantastbar zu behandeln, dann zeitigt dies positive Wirkungen auf die Stabilisierung des Ordnungsgefüges. Aufrechterhalten werden solche „Unverfügbarkeiten" durch besondere wirklichkeitskonstruktive Praxen, die man zusammenfassend „reality work" oder „politics of reality" nennt, also „Wirklichkeitskonstruktionspolitik".[16] Wichtig für das Folgende sind ferner das Konzept der *Normalform*, welches jenes Denken und Verhalten in Form eines „Normalitätsindex" erfasst, das innerhalb einer Ethnie als „normal" angesehen wird, und das Konzept der *Hintergrunderwartungen*. Diese richten sich auf für alle praktischen Zwecke unhinterfragte, also selbstverständliche und routinemäßig erwartbare Bestandteile der Alltagswelt. Bei stets gleicher formalpragmatischer Struktur sind sie jeweils mit ethniespezifischem Wissen geladen. Solange sie nicht diskreditiert werden, gelingt störungsfrei die Abstimmung von Sinndeutungen und Handlungen und damit die Konstruktion und Reproduktion von sozialen und politischen Strukturen.[17] Totalitarismus und Autoritarismus sind dabei recht besondere Weisen politischer Wirklichkeitskonstruktion, die im nächsten Abschnitt näher erläutert werden.[18] Gerade in ihnen wurden sehr wirkungsvolle Vorkehrungen getroffen, um bestimmte Denk- und Verhaltensweisen für wirklich alle praktischen Zwecke unverfügbar zu machen und alle Wirklichkeitskonstruktionspraktik auf derlei Transzendentes zu gründen. Bereits in der Gründungsphase der DDR versuchte die politische Führung durch weitgehende Kopplung von öffentlich-offiziellen Äußerungen an Werte, Mythen und Leitbilder mit Letztbegründungskraft, die durchgesetzte Transformation der Gesellschaft zu legitimieren und die neuen Ordnungszusammenhänge zu stabilisieren. Seit einiger Zeit beschäftigen sich verschiedene Forschungsarbeiten mit jenen sinnstiftenden Ressourcen, die während der vierzig Jahre

16 Nach W. J. Patzelt 1987 lassen sich „*allgemeine* Merkmale *jeglicher* ethniespezifischer wirklichkeitskonstruktiver Methoden" des „reality work" identifizieren. Diese sind zu gliedern nach *Darstellungstechniken*, welche benötigt werden, um in einer sozialen Interaktion den gemeinten Sinn aufzuzeigen, *Interpretationsverfahren*, die genutzt werden, um einen gemeinten Sinn herauszufinden sowie den *szenischen Praktiken,* also den konkreten situationsspezifischen Handlungen.

17 Vgl. ebenda, S. 59.

18 Zur Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus und Autoritarismus siehe W. J. Patzelt 1998.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SED-Herrschaft durchaus wechselten.[19] *Ein* möglicher Transzendenzbezug, der zur Konstituierung und Stabilisierung der politischen Ordnung eingesetzt wurde, zog sich jedoch durch die ganze DDR-Geschichte: Rekurse auf den Frieden dienten immer als „ultima argumentatio“[20] für alle möglichen Politikinhalte. Jedoch ließen die dauernden Verweise auf den Frieden als zentralen Wert diesen Rekurs bald zum leeren Schlagwort verkommen und führten – aufgrund Unverständnis auslösender Maßnahmen von Seiten der politischen Führung – bald sogar zu Abwehrreaktionen. Es ging um eine Neubesetzung des beim „offiziellen Sprechen“ so verbrauchten Friedensbegriffs. Solche Bemühungen schlugen sich dann in der Gründung alternativer Friedensgruppen und -kreise nieder. Auf diese Weise wurde jener Transzendenzrekurs zum Gegenstand widerstreitender Diskurse und Praktiken, ja es entstand ein Bedürfnis nach auch öffentlicher Auseinandersetzung. Im politischen System der DDR konnte dieses Bedürfnis jedoch nicht gestillt werden, denn hier herrschte die Vorgabe einer „einheitsrepräsentierenden Öffentlichkeit, die nicht einen Raum der Kommunikation und des Konfliktaustrages definiert, sondern in erster Linie darauf ausgerichtet ist, die Gemeinsamkeiten von Führung und Volk ritualhaft zu bestätigen“[21]. Insbesondere die jüngere Generation suchte in den 1970er und 1980er Jahren aber nach neuen Ausdrucksformen und Diskussionsmöglichkeiten und zwar gerade hinsichtlich der fest etablierten ultima argumentatio mit dem Frieden. Transzendenzbezüge, die von Seiten der politischen Führung in Diskursen und Praktiken zur Ordnungsgenerierung und -stabilisierung eingesetzt wurden und deren Geltungskraft *a priori* angenommen oder zumindest verordnet wurde, schienen immer weniger legitimationsstiftende Wirkung zu entfalten.

Empirisches Untersuchungsmaterial dieser Studie sind die verstreuten Aussagen von Akteuren der sich zunächst unter dem Dach der Kirche sammelnden kritischen Kreise und Gruppierungen, und zwar insbesondere jener Friedens- und Menschenrechtsgruppen, aus denen später Bürgerbewegungen der Friedlichen Revolution entstanden. Daraus ergibt sich ein Quellenkorpus, der aus vielen unterschiedlichen Primärtexten wie (offenen) Briefen, Positionspapieren, (illegalen) Zeitschriften, Handreichungen, Losungen, aber auch Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Friedenswerkstätten, Unterschriftenaktionen, Fürbittgottesdiensten bis hin zu Veranstaltungen wie Theaterstücken und Ausstellungen zusammengesetzt ist und zudem Quellen verschiedenster Herkunft wie Kirche, oppositionelle Akteure, Staatliches Amt für Kirchenfragen oder Ministerium für Staatssicherheit (MfS) umschließt. Welche Transzendenzressourcen lassen sich in ihm erkennen, die einen mehr oder minder gemeinsamen Sinnhorizont der politisch alternativen Gruppen zu konstituieren und

19 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Mythen in der DDR-Politik findet sich in R. Zimmering 2000. H. Münkler 2009, P. Monteath 1999 befassen sich insbesondere mit dem antifaschistischen Gründungsmythos.

20 Zum Einsatz des „Friedens-Topos“ in der DDR vgl. K. Siewert 2004, S. 26f.

21 W. Thaa et al. 1992, S. 9.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf Dauer zu stellen vermochten? Welche transzendenten Sinnverweise waren in die alternativen Ordnungsvorstellungen eingelassen und welche Wirkungen hatten diese diskursiven Verweise auf Transzendentes? Gewiss muss berücksichtigt werden, dass eine Überwindung des Sozialismus bis zum Herbst 1989 nicht vorstellbar war, weshalb allen diesen Gruppen zunächst die Reform des Sozialismus in kleinen, realisierbaren Schritten vorschwebte – stets unter dem Druck des mächtigen Repressionsapparats des DDR-Regimes.[22] Doch es waren eben „kleine Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft"[23].

Tatsächlich ging den Massenprotesten und dem rasanten Zusammenbruch der DDR ein langjähriger Prozess von Diskursen und Aktivitäten der politisch alternativen Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen voraus. Er soll Gegenstand der Untersuchung sein.[24] Natürlich zwingt das nicht zur Annahme, dass die Massenproteste und das Ende der DDR ein *unausweichliches* Ergebnis der Arbeit und der Proteste von politisch alternativen Gruppen gewesen wären. Was dazu führte, lässt sich nur aus dem Zusammenspiel innerer und äußerer Faktoren – Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Ausreisewelle, Entwicklungen in Polen, Perestroika in der Sowjetunion – verstehen.[25] Doch Risse in die diskursive Ordnungsstruktur des SED-Staates hatten sehr wohl die hier zu betrachtenden Diskurse gebracht.

2. POLITISCHE WIRKLICHKEITSKONSTRUKTION DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Am 7. Oktober 1949 kam es zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als „erster Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden". An der Spitze dieser politischen Ordnung stand die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, deren Herrschaftsanspruch mit dem historischen Auftrag verbunden war, eine kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Mechanismen der ideologischen Durchdringung und Unterdrückung bestimmten fortan die politische Wirklichkeit; gesellschaftliche Differenzierungsprozesse wurden sogleich in vorgegebene Bahnen gelenkt.[26] „Repression und Gehorsamkeit, Legitimität und Loyalität, Resignation und Apathie, Beschwichtigung und Kompromisse"[27]: Dies sind einige der in der Forschungslite-

22 Vgl. dazu D. Pollack 2000, S. 16ff.
23 Ebenda, S. 17.
24 Die Analyse fokussiert dabei die Friedenskreise als Keimzelle der sich bildenden Menschenrechts-, Ökologie- und Frauengruppen.
25 Vgl. dazu ausführlich D. Pollack 2000, S. 9ff.
26 Vgl. D. Pollack 1990b, S. 14.
27 A. I. Port 2010, S. 22. Zur Erklärung der inneren Stabilität der DDR siehe auch S. Meuschel 1992.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ratur verwendeten Erklärungsmuster dafür, weshalb das politische System der DDR über einen vergleichsweise langen Zeitraum von erstaunlicher Stabilität geprägt war.

Diesem Text liegt obendrein die erkenntnisleitende Annahme zugrunde, dass politische Ordnungen auch über situationsdefinierende und anschließend handlungsleitende diskursive und praktische Bezugnahmen auf Transzendentes konstruiert, stabilisiert oder transformiert werden. Wie vollzieht sich dies genau – zumal unter den Besonderheiten der Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus und Autoritarismus?

2.1 Besonderheiten der Wirklichkeitskonstruktion in totalitären bzw. autoritären Ordnungen

Das Primärphänomen des Totalitarismus besteht nach Martin Draht darin, dass eine mit der „Vision vom neuen Menschen“[28] ausgestattete Gruppe politischer Akteure gegenüber den in der Gesellschaft herrschenden Wertungen ein ganz anderes Wertungssystem durchzusetzen will – und zwar auch gegen Widerstand.[29] In der Perspektive der ethnomethodologischen Theorie beschreibt das Primärphänomen die Destruktion bisheriger Selbstverständlichkeiten sowie die Durchsetzung und das in-Geltung-Halten *neuer* Wirklichkeitsentwürfe, die fortan die gesellschaftlichen und politischen Selbstverständlichkeiten bestimmen. Diese determinierten nicht nur jene politischen und politisch relevanten Rollen, die im neuen Staat oder der neuen Gesellschaft jetzt legitimerweise eingenommen werden können bzw. verboten sind, sondern auch den Aufbau der Institutionen.[30] Und das Ziel des Totalitarismus ist dann erst erreicht, „wenn er sich nicht nur als politisches und gesellschaftliches System durchgesetzt hat, sondern wenn die Menschen sein neues Wertungssystem innerlich übernommen haben“[31]. Der individuelle Übergang der *Konstrukteure* des neuen Wertungssystems steht somit nur am Anfang der Konstruktion neuer Wirklichkeit; angestrebtes Ziel ist ein *kollektiver* Wirklichkeitsübergang und damit die allgemeine gesellschaftliche Rezeption des neuen Wertungssystems.[32] An das beschriebene Primärphänomen schließen sich die Sekundärphänomene totalitärer Herrschaft an, die zwar in Form der für solche Regime kennzeichnenden Gewalttätigkeit besonders leicht sichtbar sind, die ihren Sinn aber erst durch Rekurs auf das Primärphänomen erhalten: Es geht um jene Anschlusshandlungen und institutionellen Arrangements, derer es bedarf, um bisherige Selbstverständlichkeiten wirkungsvoll zu dekonstruieren sowie die neuen Deutungsmuster durchzusetzen. Der

28 Wolfgang-Uwe Friedrich, zitiert nach: W. Rudzio 2003, S. 50.
29 Vgl. M. Drath 1968, S. 337.
30 Vgl. W. J. Patzelt 1998, S. 238.
31 M. Drath 1968, S. 337f.
32 Vgl. dazu ebenda, S. 343.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oberbegriff jener Praktiken vorsätzlicher Wirklichkeitsdestruktion und des gewaltsamen in-Geltung-Haltens des Neuen ist „Terror“.[33]

Auch in der DDR existierten von Anfang an eine umfassende Ideologie „als lehrbare Darstellung und als legitimierender Kontext des neuen Wertungssystems“[34], verbunden mit chiliastischen Zukunftserwartungen,[35] und andererseits eine führende Massenpartei, ein funktionsfähiges Terrorsystem, die umfassende Kontrolle der Massenkommunikation und aller Kampfwaffen, mehr und mehr auch eine Überwachung und Lenkung der gesamten Wirtschaft.[36] Tatsächlich begann die DDR als totalitäre Diktatur und milderte sich, nach abklingendem inneren Widerstand aufgrund erst von Flucht, dann des Mauerbaus, zu einer weitgehend autoritären Diktatur.[37]

Die Unterschiede zwischen totalitären und autoritären Systemen liegen ganz im Primarphänomen: Der Autoritarismus baut auf dem schon bestehenden Wertungssystem der Gesellschaft auf und versucht nicht, ein neues auch gegen Widerstand durchzusetzen. „Die installierte Autorität entscheidet selbstverständlich über alle relevanten Konflikte; aber sie verläßt dabei nicht grundsätzlich den Bereich der Wertungen, die in der Gesellschaft als die herrschenden vorgegeben sind.“[38] Im Gegenteil: Sie stellt sich als der eigentliche Vollstrecker dieses Wertungssystems dar. Die beiden Systemtypen vereint aber, „daß die politische Willensbildung der monopolisierten Kontrolle durch den Regierungsapparat unterliegt und nicht der Konkurrenz frei agierender gesellschaftlicher Akteure anvertraut wird“[39]. Ferner gilt es stets glaubhaft zu demonstrieren, dass das Volk tatsächlich aus Überzeugung folgt und den politischen Maßnahmen bereitwillig zustimmt. Keinesfalls dürfen sich, so Drath, Willensbekundungen gegen das System, die Inhaber der bestehenden Herrschaft oder gegen deren konkrete Entscheidungen richten.[40] Freie diskursive Auseinandersetzung und Urteilsbildung über politische und soziale Problemstellungen sind in der „Öffentlichkeit“ von Autoritarismus und Totalitarismus demnach nicht vorgesehen, und ebenso wenig eine „echte“ Opposition mit offen formulierten alternativen Wirklichkeitsbeschreibungen. Vor genau diesem Hintergrund gilt es, auf die Besonderheiten von Diskursen und Öffentlichkeit in der DDR einzugehen.

33 Vgl. W. J. Patzelt 1998, hier insbesondere S. 256. „La grande terreur“ (1793/94) während der Französischen Revolution bietet das historische und begriffliche Vorbild für solche Maßnahmen, welche die systematische brutale Unterdrückung von Abweichlern mit dem Ziel einer „besseren“ Gesellschaft rechtfertigen.

34 W. J. Patzelt 1998, S. 238.

35 Vgl. Karl Dietrich Bracher, zitiert nach: W. Rudzio 2003, S. 50.

36 Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzesinski, zitiert nach: W. Rudzio 2003, S. 50.

37 Siehe hierzu E. Jesse 1994, der für die DDR unter Walter Ulbricht totalitäre, unter Erich Honecker jedoch autoritäre Züge feststellt.

38 M. Drath 1968, S. 335f.

39 W. J. Patzelt 1998, S. 239.

40 Vgl. M. Drath 1968, S. 333f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bei alledem ist die Aufrechterhaltung oder Erschütterung bestimmter Wissensbestände und Selbstverständlichkeiten immer ein Prozess, den Wirklichkeitskonstrukteure durchführen, die *unterschiedliche Chancen* haben, ihr „reality work" auch im Fall des Widerstandes gegen andere durchzusetzen oder abzusichern. Für die dabei genutzten Methoden der „politics of reality" schlägt Werner J. Patzelt eine Untergliederung in vier Gruppen vor: Methoden zur Sicherung individueller Wirklichkeitsübergänge; Methoden zur Sicherung wirklichkeitskonstruktiver Selbstverständlichkeiten („Vorfeldmethoden"); Methoden zur Entproblematisierung konkurrierender Wirklichkeitsbeschreibungen; und schließlich die – unter totalitärer bzw. autoritärer Herrschaft überaus häufig eingesetzten und hier besonders interessierenden – Methoden der Ausgrenzung wirklichkeitskonstruktiver Störer.[41] Der Anhand dieser Methoden vollzogene Konstruktionsprozess politischer Wirklichkeit in der DDR soll nun mit Blick auf die Rolle von Transzendenzrekursen, zumal auf den Frieden, untersucht werden.

2.2 Die Rolle von Transzendenzrekursen bei der Konstituierung und Stabilisierung der DDR

Eine politische Ordnung, so Raina Zimmering, ist ein komplexes Gebilde, das von allen Akteuren nicht nur nach analytisch nachweisbarem Wissen, sondern auch nach Glaubens- und Wertvorstellungen konstruiert werde.[42] Diese zentralen Werte oder obersten Prinzipien geben jeder Gesellschaft *von sich aus* Sinnorientierung und Identität, leisten eine Integration gesellschaftlicher Gruppen, versorgen politische und soziale Ordnungen auf besondere Weise mit Legitimität und tragen somit zur Stabilisierung komplexer Ordnungsgefüge bei – freilich nur, solange sie auf Anerkennung stoßen und allgemein geteilt werden.[43] Allerdings können politische Akteure auch von dem Anliegen geleitet sein, eine *neue* Ideologie zu verbreiten und „gegenüber den in der Gesellschaft herrschenden Wertungen ein ganz anderes Wertungssystem durchzusetzen"[44] – und zwar gerade *auch gegen Widerstand*. „Das neue Wertungssystem gebiert zunächst nur neue Sollensgebote; es setzt ein System von Werten, die zur Verfolgung oder Verwirklichung aufgegeben werden, entgegen den Wertungen, die real in der Gesellschaft das Verhalten bestimmen."[45]

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte die KPD bzw. SED, stark unterstützt von der Sowjetischen Militäradministration, die Ideologie

41 Zur ausführlichen Darstellung der Methodengruppe der „politics of reality" in totalitären und autoritären Systemen siehe W. J. Patzelt 1998, S. 255ff.
42 Siehe dazu R. Zimmering 2000, S. 17ff.
43 Zur Bedeutung „vorpolitischer Grundlagen" für politische Ordnungen siehe auch H. Münkler 1996, S. 7ff.
44 M. Drath 1968, S. 337.
45 Ebenda, S. 337f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des „Marxismus-Leninismus“ als *unverhandelbare* Grundlage der neuen politischen Wirklichkeit in der SBZ bzw. DDR zu etablieren. Dazu bedurfte es auch in der SBZ/DDR zunächst einer ausreichend großen und mit genügend Machtmitteln ausgestatteten Trägerschicht, die „wirklich daran glaub[te], daß die neu zu schaffende Wirklichkeit realisierbar *ist* und die nötigen Opfer auch *rechtfertigt*“[46]. Der Bildung der SED fiel dabei die entscheidende Rolle zu: In ihr erhielten die neuen Wissensbestände eine institutionalisierte Trägerschicht mit fester Hierarchie, die diese Lehre verwaltete und von deren Mitgliedern erwartet wurde, die gesellschaftliche Umgestaltung voranzutreiben – selbstlos und auch gegen Widerstand, „weil doch die vertretene Sache den sie tragenden Einzelnen transzendiert und ihm überzuordnen ist“[47]. Die sozialistischen Wirklichkeitsentwürfe wurden über die geschichtsphilosophische These von der stufenweisen Abfolge historisch notwendiger Gesellschaftsformationen obendrein an einen weit überwölbenden Sinnhorizont, an ein utopisches Endziel rückgebunden, das es gerade jetzt zu erreichen gelte. Mit der teleologischen Vorstellung, die kommunistische Gesellschaft sei die Krönung menschlicher Geschichte, wurde eine besonders wichtige transzendente Dimension eröffnet: Die „Mission“ von Führern und Gefolgschaft wurde an das besser noch als „nur religiös“ nämlich „wissenschaftlich“ begründete Bewusstsein gebunden, eine ganz unabweisbare historische Aufgabe zu erfüllen, weshalb das eigene Leben einen verlässlich übergeordneten Sinn erhielt.[48] Das Ableiten konkreter Aufgaben aus den „Gesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Fortschritts“, überhaupt die Gewinnung von Einsicht aus der marxistisch-leninistischen Theorie, oblag der Staatspartei. Sie allein war die Trägerin der „reinen Lehre“ und folglich die einzig legitime Führung des Staates. Allerdings nahm die Masse der Bevölkerung die kommunistische Utopie, von der man im Alltag eher die gegenwärtigen Härten als die künftige Erlösung spürte, zu wenig wirklich ernst, als dass sie zu einer wie von selbst fließenden Quelle des Legitimationsglaubens hätte werden können. Das verdeutlicht, dass sich auch sorgfältig ausgearbeitete Transzendenzbehauptungen kaum *beliebig* als allgemein verbindlich und handlungsleitend installieren lassen. Sie müssen vielmehr zu bereits vorhandenen, historisch gewachsenen gesellschaftlichen Wissensbeständen und Sinnstiftungsangeboten passen.

Dass Prozesse vollständiger *innerer Rezeption*[49] nicht kurzfristig zu bewerkstelligen sind, blieb der politischen Führung der DDR nicht verborgen. Auch enorme bildungspolitische Aufwendungen vermochten den Glauben an die „ideologische Verheißung“ nicht ohne weiteres sicherzustellen. Gewiss versuchte die SED glaubhaft zu vermitteln, die Bevölkerung stehe einmütig hinter der Partei und Ideologie.

46 W. J. Patzelt 1998, S. 259. Hervorhebung im Original.
47 Ebenda, S. 249.
48 Zur Relevanz der innerlichen Übernahme eines neuen Wertungssystems siehe M. Drath 1968, S. 339f.
49 Vgl. ebenda, S. 338.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gleichzeitig aber musste die Staatsführung gesellschaftliche Eigendynamik kontrollieren und kanalisieren,[50] indem sie Kritik an der offiziell vorgegebenen Wirklichkeitsbeschreibung sowie deren „falsche Interpretationen" in *allen Lebensbereichen* wirkungsvoll zu verhindert suchte. Aus diesem Grund war die umfassende Kontrolle der öffentlichen Meinung durch strenge Zensureingriffe wichtiger Bestandteil der Herrschaftssicherung. Unbedingt sollte, nicht zuletzt durch ein wissenschaftlich begründbares Erkenntnismonopol der Partei, die Herrschaft der SED jeder Hinterfragbarkeit entzogen werden: „Die marxistisch-leninistische Theorie sowie die Analyse und Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung befähigen die marxistisch-leninistische Partei und die sozialistische Staatsmacht zur Formulierung der Informationserfordernisse der sozialistischen Gesellschaft."[51] Gleich mehrere Institutionen hatten sicherzustellen, dass nur bestimmte – von der Parteiführung vorab festgelegte – politische Leitlinien, Inhalte und Themen vermittelt wurden. Hierfür beschäftigte das Zentralkomitee der SED Abteilungen wie „Propaganda" und „Agitation". Diese stuften abweichende Rede- und Handlungsmuster als „zwangsläufige Nichtübereinstimmung mangelhafter oder überholter individueller Kenntnisse, Anschauungen, Einstellungen, Normen, Wertungen und dergleichen mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse"[52] ein und entfernten sie damit aus dem öffentlichen Kommunikationsraum. „Öffentlichkeit" in der DDR war durchgängig kein allgemein zugänglicher Kommunikationsraum, auf dem tatsächlich freies Deliberieren über politische Problemstellungen möglich war. Vielmehr war sie mit großem Aufwand staatlich inszeniert und kontrolliert. Die Forschungsliteratur verwendet dafür Begriffe wie „simulierte", „gelenkte" oder „ritualisierte Öffentlichkeit".[53] Freie Diskurse, in denen konkurrierende Ordnungsvorstellungen verhandelt wurden, waren jedenfalls nicht vorgesehen.

Bei der Konstruktion und Stabilisierung politischer Wirklichkeit waren unter den wirklichkeitsverfestigenden Methoden der „politics of reality" insbesondere die Ausgrenzungsmethoden fester Bestandteil der Herrschaftspraxis: Kommunikative Deprivation, strategische Kontextbildung, Degradierung und Liquidierung[54] waren

50 Vgl. W. J. Patzelt 1998, S. 247.

51 An diesem Lehrsatz aus dem „Wörterbuch der sozialistischen Journalistik" von W. Böttger 1981, S. 100, hatte sich jede Information auszurichten.

52 Alfred Arnold 1976, zitiert nach: M. Zagatta 1989, S. 68.

53 Siehe dazu R. Rühle 2003, S. 44ff., S. Wolle 1998, S. 135ff., oder auch I.-S. Kowalczuk 2002, S. 29ff.

54 Bei Patzelt 1998, S. 265ff., findet sich eine ausführliche Beschreibung dieser Ausgrenzungsmethoden: *Kommunikative Deprivation* meint, den Betroffenen kommunikativ auszugrenzen und herabzusetzen und ihm gleichzeitig zu verwehren, korrigierende Kontexte zu seinen abweichenden Wirklichkeitsvorstellungen vorzubringen. *Strategische Kontextbildung* bedeutet, aufzuzeigen, dass der Betroffene in einer Weise denkt und handelt, die nicht „normal" ist, dieses Verhalten für ihn jedoch typisch ist und es das gemeinsame, alltägliche „reality work" bedroht. *Degradierung* beschreibt eine Methode, mittels derer der Angeklagte mit einem positiven Gegenbild verglichen wird, anhand dessen gezeigt wird,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

typische machtgeleitete Praktiken, um die Ideologie „zur wirklichkeitskonstruktiv *dominanten* Wirklichkeitsbeschreibung zu machen“[55]. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass Prinzipien, Werte oder Leitideen tatsächlich als außerhalb des Rahmens des Verhandelbaren stehend behandelt wurden. Terrormethoden wie Denunziation, Bespitzelung, Verleumdung, Verfolgung, Verhaftung oder Ausbürgerung gehörten zu den wirklichkeitsverfestigenden Herrschaftsmitteln der SED, die solches Handeln wiederum mit Verweisen auf die Erfüllung eines höheren Auftrags rechtfertigte. Die Anzahl der Staatsfeinde war dabei hoch, beschränkte sie sich doch nicht auf offene Gegner der politischen Ordnung: Auch innerlicher Widerstand, also der Versuch, im Abseits zu bleiben und den Realitätsübergang persönlich nicht mitzuvollziehen, durfte die Staatsführung nicht tolerieren. Für die Betroffenen bedeutete das oftmals ganz konkret, keinen den Leistungen entsprechenden Schulabschluss machen zu dürfen, keine passende Ausbildungsstelle oder Arbeit zu bekommen und unterhalb der beruflichen Qualifikation arbeiten zu müssen. Sei es aufgrund von Strafe, Ausgrenzung, Ausweglosigkeit, gesellschaftlicher Isolation oder Opportunismus sowie echter Überzeugung: erst wenn viele Personen einen Realitätsübergang vollziehen, „also ihnen allen der neue Sinn der sie umgebenden […] Strukturen selbstverständlich [wird], so werden sie anhand seiner jene neue soziale Wirklichkeit *mit*konstruieren und *reproduzieren*“[56]. An dieser Stelle muss auf eine, für die weitere Betrachtung wichtige, Unterscheidung hingewiesen werden. Einerseits gibt es die Martin Drath vor allem interessierenden Wertungen, die als *real bestimmende Kraft für das Verhalten der Menschen* wirklich durchgesetzt werden *sollen* – nötigenfalls auch mit Gewalt. Auf der anderen Seite stehen *programmatische Wertverkündungen*, die um der bloßen Propagandawirkung willen, ja sogar zur bewussten Täuschung instrumentalisiert werden, um politischen Handlungen Legitimität zu verleihen.[57]

Neben den oben beschriebenen Macht- und Herrschaftsmitteln, waren nun auch diskursive und praktische Verweise auf Transzendenzen bei der Konstitution und Stabilisierung der politischen Ordnung der DDR eine wichtige Ressource. Deshalb beschäftigt sich mittlerweile auch die DDR-Forschung mit den – bisweilen gar nicht erfolglosen – Versuchen der DDR-Führung, ihre Ansprüche mit Rekursen auf bestimmte Unverfügbarkeiten zu legitimieren. Gleich mehrere Arbeiten analysieren etwa die Konstruktion und ordnungsstabilisierende Wirkung des (Gründungs-)My-

dass er sich von den „normalen“, „anständigen“ Mitgliedern einer Ethnie unterscheidet und es besser ist, ihn um seinen Status als kompetentes Mitglied zu bringen. Letztgenannte Methode geht meist der *Liquidierung* voraus, welche – als „ultima ratio“ eingesetzt – sich entweder auf die Rolle des „Abweichlers“ oder dessen Persönlichkeit bezieht.

55 W. J. Patzelt 1998, S. 259.

56 Ebenda, S. 258. Hervorhebung im Original.

57 Vgl. M. Drath 1968, S. 338, FN 29.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

thos „Antifaschismus“;[58] wobei „Mythos“ – nach Jan Assmann – eine nicht zu hinterfragende Wahrheit höherer Ordnung darstellt und fundierende Funktion hat.[59] Diskursive und praktische Verweise auf den Antifaschismus, der seine Rechtfertigung aus den „Lehren der Geschichte“ zog, sollten nachgerade flächendeckend die Durchsetzung verschiedenster politischer Ziele legitimieren. Zur „vollständigen Befreiung [vom Faschismus] war es unerläßlich, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten, weil nur so die antifaschistisch-demokratische Umwälzung konsequent zu Ende geführt und in die sozialistische übergeleitet werden kann“[60]. Die gesamte Führungsriege stellte sich zudem in die personelle Kontinuität der „entschlossenen kommunistischen Kämpfer gegen Faschismus und Krieg“.[61] Die Forschung geht heute davon aus, dass – zumindest zeitweise – sinnstiftende Rekurse auf den „Antifaschismus als Staatsdoktrin“ einen äußerst wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Ordnungsgefüges der DDR leisteten.[62] Insbesondere manchen Intellektuellen erschien – nach Erfahrungen der Verfolgung durch die Nationalsozialisten oder ihrer Zeit im Exil – die Gründung der DDR als ein moralisch durchaus überzeugendes Vorhaben, an dem sie gerade als Antifaschisten mitwirken wollten.[63] Dies galt auch für ehemalige BDM- und HJ-Mitglieder, die nach traumatischen Erfahrungen von Krieg, Zerstörung und Besatzung in einem Zustand existenzieller Orientierungslosigkeit waren. Christa Wolf belegt dies eindrucksvoll, indem sie schreibt: „Uns wurde ein verlockendes Angebot gemacht: Ihr könnt, hieß es, eure mögliche, noch nicht verwirklichte Teilhabe an dieser nationalen Schuld loswerden oder abtragen, indem ihr aktiv am Aufbau der neuen Gesellschaft teilnehmt, die das genaue Gegenteil, die einzig radikale Alternative zum verbrecherischen System des Nationalsozialismus darstellt.“[64]

Obwohl man in der DDR zu keinem Zeitpunkt von einer „politisch-moralischen Einheit des Volkes mit der Partei“ sprechen kann, so gab es doch insbesondere in der Gründungsphase vielerlei Kongruenz zwischen verbreiteten Wertorientierungen in der Gesellschaft und jenen Werten, in deren Dienst sich bei ihren Letztbegründungen die SED stellte. Deutlich zeigt sich dies beim legitimatorischen Potential der Bezugnahmen auf „(materielle) Gleichheit“, „soziale Gerechtigkeit“ und „Soli-

58 Siehe etwa: R. Zimmering 2000; R. Jessen 1998, S. 27ff.; S. Meuschel 1992, S. 29ff.; H. Münkler 2009, P. Monteath 1999.

59 Vgl. J. Assmann 2007, S. 76 und 79.

60 R. Brühl et al. 1985, S. 40f. Das Zitat des Autorenkollektivs um Generalmajor Reinhard Brühl ist eingebettet in ein Lehrbuch über die Geschichte der NVA – der „Armee für Frieden und Sozialismus“.

61 Vgl. ebenda, S. 32ff.

62 Zum Antifaschismus als DDR-Staatsdoktrin siehe die Sammelbandbeiträge in M. Agethen et al. 2002.

63 Vgl. B. Schoch 2008, S. 300.

64 C. Wolf 1994, S. 29.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

darität“, die nicht zuletzt deshalb große Akzeptanz fanden, weil sie sich auf „vorpolitisch“ konstruierte gesellschaftliche Gemeinsamkeiten zurückführen ließen.

Auch die Propagierung der Errichtung gerade eines Arbeiter- und Bauernstaats und die damit einhergehende Erhöhung des Wertes „Arbeit“ war vergleichsweise erfolgreich.[65] „Die verbale Hochachtung und die vielfältigen Bemühungen, an bestimmte Basisforderungen der deutschen Arbeiterbewegung anzuknüpfen, konnten Loyalität erzeugen.“[66] Freilich gelang es nie ganz, die Arbeiterschaft von den „überwältigenden Vorzügen des Sozialismus“ und der SED an der Spitze zu überzeugen. Deshalb sei, so Christoph Kleßmann, auch der Aufstand des 17. Juni 1953 als früher Versuch einer Entmythologisierung des Führungsanspruchs der kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse zu werten.[67] Dennoch gab es bei denjenigen, die sich selbst zur Arbeiterklasse zählten, aufgrund der Anerkennung ihrer Arbeitsleitung und im Gemeinschaftsgefühl des Kollektivs, eine durchaus nicht zu unterschätzende Anzahl überzeugter Unterstützer. Deren Honorierung schuf eine „emotionale Bindung“[68], die auch vorgegebene Handlungsgrenzen zu akzeptieren half. Aber auch in Interviews nach der Wiedervereinigung „beharrten die Sprecher auf dem Wert der Arbeit und schrieben ihr eine Bedeutung zu, die über eine bloß alltägliche Zweckmäßigkeit deutlich hinausweist“[69]. Ästhetisierungen des Transzendenten – wie die Installation überlebensgroßer Wandbilder des werktätigen DDR-Bürgers, konzipiert als „realsozialistische Heilsbilder“ – sollten dieses Gefühl festigen und die Mythologisierung der Arbeiterklasse vorantreiben. „Die Wandbilder sollten vor allem eine diesseitsbezogene Paradiesvision vom schon angebrochenen ‚Goldenen Zeitalter des Sozialismus‘ vermitteln. […] Die ‚Paradiesbewohner‘ sind allerdings keine sensiblen Elfen und prächtigen Herolde, sondern meist grob bäuerliche oder proletarische Gestalten, die das einfache Volk symbolisieren und heiligen.“[70] Darüber hinaus waren „z.T. pseudo-religiös verbrämte Handlungen und Inszenierungen“[71] als Konstruktionsmechanismen des Unverfügbaren vor allem für die ersten beiden Jahrzehnte der DDR bezeichnend.

Momente besonderer Zustimmung und Loyalität auf Seiten der Adressaten wurden überdies deutlich, wenn die Staatsführung politische Maßnahmen unter Verweis auf deren Notwendigkeit gerade für den Frieden begründete. Und tatsächlich lassen sich diskursive Bezugnahmen auf den „Frieden“ ununterbrochen in Re-

65 Die „arbeiterliche Zivilreligion“ analysieren aus unterschiedlichen Blickwinkeln T. Schmidt 2003 sowie M. Oppermann 2011.
66 T. Großbölting 2009, S. 16.
67 Vgl. C. Kleßmann 2009, S. 122.
68 Vgl. ebenda, S. 123.
69 M. Wohlrab-Saar et al. 2009, S. 283. Die Autoren sprechen im Hinblick auf die Wertschätzung von Arbeit als eine Form mittlerer Transzendenz.
70 R. Zimmering 2000, S. 153 und 155.
71 R. Jessen 1998, S. 33.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gierungserklärungen, Appellen, Zeitungsartikeln oder Plakaten von der Gründungsphase der DDR bis zu deren Untergang wiederfinden.

2.2.1 Der „friedliebende Bürger" im „Friedensstaat DDR" – Bezugnahmen auf den Frieden bei der Konstituierung und Stabilisierung der DDR

Rekurse auf den Frieden spielten sowohl bei den ideologischen Manifestationen als auch in der alltäglichen politischen Praxis der DDR eine zentrale Rolle.[72] Dass selbst nach der Wiedervereinigung noch 57 Prozent der Ostdeutschen die engagierte Friedenspolitik der DDR als Grund für eine anfängliche Identifizierung mit diesem Staat angaben, unterstreicht die hervorgehobene Stellung dieses Transzendenzrekurses.[73] Nachfolgend sollen die konkret eingesetzten Bezugnahmen auf den Frieden sowie die Mechanismen ihrer Unverfügbarstellung vor Augen geführt werden.

Bereits in der Konstituierungsphase der DDR, zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Staatsgründung im Jahr 1949, wurde der Bevölkerung glaubhaft zu vermitteln versucht, dass die Garantie für dauerhaften Frieden allein in der Errichtung einer politischen Ordnung bestehe, die mit den bisherigen Werthaltungen breche. Konkret erfordere dies beispielsweise „die Beseitigung des junkerlichen Großgrundbesitzes und die Überführung der Betriebe der imperialistischen Großbourgeoisie und anderer Kriegsverbrecher in das Eigentum des Volkes"[74]. Die Gründung der „friedliebenden DDR" am 7. Oktober 1949 propagierte die politische Führung als „Wendepunkt der Geschichte Europas". Von der Vergangenheit belehrt, liege nun dem neuen Gemeinwesen der Frieden als ein in der Verfassung verankertes, unumstößliches Prinzip zugrunde, welches einerseits Handlungsgrenzen aufzeige und andererseits Handlungsoptionen anbiete.[75] So betonte Ministerpräsident Otto Grotewohl in seiner ersten Regierungserklärung: „Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, […] für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die DDR konstituiert und die provisorische Regierung gebildet."[76] Allein der Sozialismus sei in der Lage, langfristig den Frieden zu bewahren: „Sicherheit und Frieden erwachsen zutiefst aus dem Wesen und den Zielen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der es keinerlei Kräfte gibt, die ein Interesse an Aufrüstung, Aggression, Expansion oder

72 Einen interessanten Zugang bietet die Analyse der Verwendung von Frieden im politischen Plakat der DDR durch das Deutsche Historische Museum. Vgl. K. Klotz 1999.
73 Vgl. P. Förster 1999, S. 101.
74 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1959, S. 5.
75 Vgl. dazu die Präambel sowie den Art. 3 der Verfassung der DDR von 1949.
76 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl (12.10.1949), zitiert nach: Deutsches Institut für Zeitgeschichte 1969, S. 4.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Unterdrückung anderer Völker haben."[77] Deshalb müsse die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft weiter vorangetrieben, die Arbeiter-und-Bauern-Macht gefestigt, das Volkseigentum stabilisiert werden, um damit die Kräfte des Friedens zu stärken.[78] Auch die propagierten außenpolitischen Ziele waren von der Friedensrhetorik durchzogen, wie eine Ansprache Wilhelm Piecks aus dem Jahre 1950 exemplarisch belegt: „Am 10. Oktober wurden [die] Verwaltungsfunktionen an die Organe der DDR übergeben. Das war ein wahrhaft großherziger Akt Stalinscher Friedenspolitik, durch den das deutsche Volk im Bereich unserer Republik seine nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit erhielt. […] Die Aufgaben der Außenpolitik unserer DDR [können wir] folgendermaßen zusammenfassen: 1. Kampf für den Frieden, für das Verbot der Atomwaffe […] 2. Kampf für den schnellen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland […] 3. Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf demokratischen und friedlichen Grundlagen. 4. Enge und unzerstörbare Freundschaft mit der großen Sowjetunion, dem Bollwerk des Friedens und der Demokratie in der ganzen Welt."[79] Entgegen den „friedlichen Absichten" der DDR und der Sowjetunion betrieben „die USA […] gemeinsam mit der westdeutschen Großbourgeoisie eine aktive Politik der Restauration des Imperialismus und des Militarismus"[80]. Um diese Gefahr abzuwehren, rief „die Regierung der DDR […] das ganze deutsche Volk […] auf, den nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression zu entfalten, in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Demokratie und Freiheit zu verteidigen, um dem deutschen Volk Frieden und Einheit zu sichern"[81].

Nachdem eine Wiedervereinigung – unter den Bedingungen der DDR – auch propagandistisch in weite Ferne gerückt war, begründete die Staatsführung nun den kaum zu überwindenden „Graben durch Deutschland" wiederum mit Verweisen auf die Friedensliebe der DDR: „Die Regierung […] erachtet es für notwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten weiter vertieft und verhindert, daß die Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat wiederhergestellt wird. Sie unterstreicht nachdrücklich, daß eine Vereinigung zwischen der friedlie-

77 Deutsches Institut für Zeitgeschichte 1969, ohne Seitenangabe; siehe auch: Neues Deutschland 16.1.1969, ohne Seitenangabe.
78 Vgl. R. Brühl 1985, S. 47.
79 Ausschnitt aus der Rede Wilhelm Piecks auf dem III. Parteitag der SED in Berlin, 20.-24. Juli 1950, abgedruckt in: Aufbau 9/1950, S. 807-811; siehe auch: M. Judt 1998, S. 511f.
80 Deutsches Institut für Zeitgeschichte 1969, ohne Seitenangabe.
81 Stellungnahme des Ministerrates der DDR zu den Beschlüssen der Konferenz der drei Westmächte in New York vom 12.-14. und 18.09.1950, zitiert nach: Deutsches Institut für Zeitgeschichte 1964, S. 12.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

benden [DDR] und der in den atomar gerüsteten Brückenkopf der NATO verwandelten Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist."[82]

Auch in den folgenden Jahren sollten Verweise auf den Frieden die unterschiedlichsten politischen Maßnahmen der Hinterfragbarkeit entziehen. Beispielsweise gehe es beim ersten Fünfjahresplan um viel mehr als den Aufbau der Volkswirtschaft: „Der […] erste Fünfjahresplan […] beruht auf der Entwicklung einer Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, die dem ganzen Volk zeigt, wie es aus eigener Kraft, ohne Schulden zu machen, eine planmäßige Friedenswirtschaft entwickeln kann, die keine Arbeitslosigkeit und keine Krisen kennt und eine ständige Verbesserung des Wohlstands der Volksmassen garantiert. […] Der volkseigene Sektor ist weiterzuentwickeln, da er die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft und der Wirtschaftsplanung darstellt."[83] Die Aufzählung jener transzendierenden Sinnverweise ließe sich nahezu endlos fortführen und verdeutlicht, dass die Staatsführung den Frieden nicht nur als unverfügbaren Bestandteil des sozialistischen Wertekanons präsentierte, sondern sich selbst als dessen unzweifelhafte Vollstreckerin innerhalb der Gesellschaft betrachtete. Aus der Zukunftsvision eines lang ersehnten Friedens auf deutschem Boden wurden bei alledem enorme Sinnkredite zu ziehen versucht. Freilich erkannten die einen derlei Bezugnahmen auf den Frieden als bloße Propaganda und „leere Phrasen". Für andere jedoch war das Angebot eines „ewigen Friedens" durchaus attraktiv. Und nicht wenige von ihnen nahmen die Einladung der SED-Führung an, sich kollektiv von der Sünde des Nationalsozialismus freisprechen zu lassen, wenn sie sich nur einfach am Aufbau eines sozialistischen Friedensstaates beteiligten.[84]

Freilich führte bereits die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1962 zu Konflikten über eine fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft. Die Parole vom „bewaffneten Frieden" sollte die Wichtigkeit der Streitkräfte als Bestandteil des Klassenkampfes unterstreichen: Es „[bedarf] des mutigen und entschlossenen Kampfes aller Friedenskräfte ebenso wie der Bereitschaft der Bürger der DDR, ihr friedliches Aufbauwerk erforderlichenfalls auch mit der Waffe zu verteidigen"[85]. Den Propagandisten kam die Aufgabe zu, jene politischen Maßnahmen zu vermitteln sowie die „Entwicklung des Menschen der sozialistischen Epoche"[86] voranzutreiben, jenes Menschen nämlich, der die grundlegenden Werte des neuen Gemeinwesens ehre, diese mit Überzeugung verträte und seinem Handeln zugrunde lege.

82 Noten der Regierung der DDR gegen westdeutsche Atomrüstung, zitiert nach: Deutsches Institut für Zeitgeschichte 1969, S. 93.

83 Beschluss des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: Manifest an das deutsche Volk (1951), in: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in Berlin, S. 243f.

84 Auch K. Klotz 1999, D. Geulen 1993 u.a. weisen auf die Aufbruchsstimmung und ehrliche Überzeugung insbesondere in den 1950er Jahren hin.

85 R. Brühl 1985, S. 52.

86 M. Gibas 1997, S. 219.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sie sollten den Menschen „die Augen für das Neue, Zukunftsträchtige“ öffnen und sie lehren, „den Sozialismus, die Welt des Friedens und der Menschlichkeit zu lieben – und den Imperialismus, die Welt der Barbarei und des Krieges, zu hassen und zu bekämpfen“[87]. Jedoch ließ sich solche Ausprägung neuer ideologischer Einstellungen und darauf basierender Mentalitätsstrukturen „nicht auf rein rationalem, argumentativem Weg erreichen […], dessen waren sich die deutschen kommunistischen ‚Ingenieure der Seele‘, wie Stalin einmal Künstler und Propagandisten bezeichnete, durchaus bewußt“[88]. Sondern auch durch Rituale, Mythen und symbolische Darstellungen wollten sie alle Sinne ansprechen und damit jeden Bürger ganzheitlich, geistig und physisch in die visionäre Vorstellung vom „Friedensstaat DDR“ einbeziehen.

2.2.2 Die rituelle und symbolische Vermittlung des Friedensverständnisses

Zunächst sollten die in der SBZ bereits vorhandenen Friedensambitionen genutzt und durch Implementierung linientreuer Institutionen möglichst rasch in feste Bahnen gelenkt werden. Bereits 1949 schuf die Staatsführung hierzu ein „Deutsches Komitee der Kämpfer für den Frieden“. Dafür konnten sie mit Arnold Zweig oder Johannes R. Becher auch prominente Vorsitzende gewinnen, die aufgrund ihrer Biografien jenen Wert in besonderer Weise verkörperten. Ziel des organisierten Aufbaus einer solchen Friedensbewegung war es, eine DDR-weite Friedenskampagne zu entfalten, welche nicht nur innerhalb der heterogenen Gruppe friedenspolitisch engagierter Personen, sondern in der gesamten Bevölkerung großes Zugehörigkeitsgefühl stiften könne. Im November 1950 hatten bereits 25 000 Friedenskomitees in Verwaltungsstellen, Betrieben oder Schulen ihre Arbeit aufgenommen.[89] Das Aufgabenprofil blieb trotz der mehrmaligen Umbenennung der Institution in „Deutsches Friedenskomitee“, „Deutscher Friedensrat“ und später in „Friedensrat der DDR“ gleich: Die Bevölkerung sollte für die Politik der Regierung gewonnen werden, ebnete doch allein diese vorgeblich den Weg in eine friedliche Zukunft. Innerhalb des Friedensrates zeigten sich aber recht schnell Konfliktlinien, die sich unmittelbar aus der Propagandaarbeit ergaben: Die Vermittlung mancher Politikinhalte stand den Vorstellungen namhafter Mitglieder des Friedensrates entgegen, die sich als Vertreter einer gerade *überstaatlichen* Friedensbewegung begriffen und eine Kollision der Ideale letzterer mit jenen des Friedensrates ausmachten. So kriti-

87 Die Presse – Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 28. April 1959, zitiert nach: M. Gibas 1997, S. 219f.

88 M. Gibas 1997, S. 221.

89 Vgl. Die neuen Aufgaben um die Verwirklichung der Stockholmer Beschlüsse. Arbeitsplan des deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden zur Vorbereitung 1950, BArch DZ 9/vorl. 1920.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sierte beispielsweise Robert Havemann bald die „uniformierten und bewaffneten Aufmärsche [der] FDJ-Kampfgruppen“[90]. Diese Auseinandersetzungen führten zu einem Kompetenzverlust des Friedensrates in inhaltlichen Belangen.[91] Im Übrigen konnten Institutionen oder Organisationen solcher Art in der DDR ohnehin niemals mehr sein als „Verbündete auf Widerruf durch die Staatspartei“[92].

Für die Inszenierung der Zusammengehörigkeit einer Friedensbewegung, in welche die SED alle DDR-Bürger als „Gemeinschaft der Friedfertigen“[93] einbinden wollte, waren Feste, Symbole, Bilder, Narrationen und Rituale bedeutsam; sie stellten konkrete *Mechanismen* der Unverfügbarstellung und Vermittlung des Transzendenten dar. Vom christlichen Verständnis gelöst, übernahm die Partei die Friedenstaube in ihren Symbolvorrat. Sie zierte Abzeichen, Briefmarken, Plakate und Häuserfassaden; die Taube war Stadtwappen von Eisenhüttenstadt, Inhalt von Kinderliedern, Symbol für die Friedensfahrt oder die Weltfestspiele der Jugend. Überdies wurde die Friedenstaube scheinbar willkürlich auch ganz anderen Symbolen beigefügt. Etwa zeigt jene Maiplakette, die 1951 anlässlich des ersten Fünfjahrplans entworfen wurde, inmitten von Ähren einen Hammer als Symbol der Arbeiter, einen Zirkel als Symbol der werktätigen Intelligenz und im Vordergrund die Ziffer „5“, welche für die Verabschiedung des Fünfjahresplans steht. Auf einem Ährenkranz, der der Plakette einen Rahmen gibt, befindet sich dann auch noch eine Taube vor einer aus dem Hintergrund herausragenden Hand, welche die rote Flagge emporstreckt.[94] Ziel dieser „Symbolakkumulation“ war es, „den Gedanken des Friedens mit dem Gedanken des Aufbaus durch den Fünfjahrplan zu vereinigen“[95]. Auch in der rituellen Ausrichtung von Kundgebungen, Festakten und Feiern zeigten sich solche Mechanismen des Transzendierens: „Alljährlich wird in der DDR in mahnender Erinnerung an den Ausbruch des Ersten und des Zweiten Weltkrieges der 1. September als Tag des Friedens begangen. Aus diesem politischen Anlaß finden in Städten und Dörfern politische und kulturelle Veranstaltungen unter dem Motto ‚Deutschland muss ein Land des Friedens werden‘ statt. […] Alle in der DDR erscheinenden Zeitungen veröffentlichen an hervorragender Stelle Beiträge und Leitartikel […]. Der Tag des Friedens hat in der DDR auch volkstümlichen Charakter. So fanden neben den politischen Veranstaltungen tausende Volks- und Heimatfeste sowie kulturelle Veranstaltungen statt, an denen Künstler und Sportgruppen mitwirkten. Das neue Schuljahr wurde in der DDR mit Feiern eröffnet, die im Zeichen

90 Robert Havemann, in: Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Berliner Vorstandes mit den Kreisvorständen am 11. Oktober 1956, BArch DZ 9/vorl. 1322.
91 Vgl. dazu U. Rathje/C. Stamm 2004, S. 63f.
92 M. Drath 1968, S. 353.
93 Der Sozialismus siegt. Ausstellung 10 Jahre DDR, zitiert nach: M. Gibas 1997, S. 233.
94 Vgl. Abbildung der Maiplakette (Entwurf: Rolf Ehmer) in: K. Protte 1997, S. 125.
95 Protokoll der Sekretariatssitzung des FDGB-Bundesvorstands am 27.2.1951, zitiert nach: K. Protte 1997, S. 125.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

des Tages des Friedens standen."[96] Auch bei thematisch anders ausgerichteten Veranstaltungen wurden oftmals friedenspolitische Botschaften sowie die Friedenssymbolik in die Inszenierung eingeflochten, um über jene Ressourcen Gemeinschaft zu stiften und für gemeinsame Ziele zu mobilisieren. Besonders deutlich wird dies bei den Feiern zum 1. Mai und der aufwendigen Inszenierung eines „Festzuges des Friedens" anlässlich des „Kampf- und Feiertages der Arbeiterklasse". Die überlebensgroße historische Darstellung des Friedenskampfes Karl Liebknechts, stellte man oft aktuellen Beispielen gegenüber – etwa dem zum Märtyrer erhobenen „aufrechten Neuköllner Friedenskämpfer Dr. Pawloff", den im März 1951 angeblich „gedungene Subjekte, beauftragt von den USA-Kriegshetzern" überfielen.[97] Solche Demonstrationen hatten neben dem offenkundigen Ziel, die Bürger ideologisch einzuschwören, noch eine weitere Dimension: es galt, „die Sinnlosigkeit jedes Entziehungsversuches zu demonstrieren"[98]; denn natürlich waren derartige Veranstaltungen keine auf freiwilliger Teilnahme basierenden Angebote. Insbesondere die Heranwachsenden sollten über die sinnstiftenden Verweise auf den Frieden zu verlässlichen Trägern des Sozialismus reifen. Im Jahr 1951 fanden die „III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden" in Berlin statt. Das Festivalprogramm selbst wird als eine „zwanglose Aneinanderreihung von Chorgesängen, Rezitationen und Tänzen", aber natürlich auch von zahlreichen Sportveranstaltungen beschrieben, welches seinen propagandistischen Höhepunkt in einer „Demonstration der jungen Friedenskämpfer Deutschlands gegen Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages" fand.[99] Nach den Weltfestspielen legte das Amt des „HICOG"[100] in Berlin eine Studie mit zahlreichen Interviews sowie eine detaillierte Einschätzung der Haltung der Jugendlichen vor. Zwar seien jene, welche positive Gefühle zum Regime hegten, in der Minderheit; deren absolute Zahl sei jedoch alarmierend hoch.[101] Die Motivation der Jugendlichen, den Sozialismus zu unterstützen, reiche von echter ideologischer Überzeugung bis zu reinem Opportunismus – denn das System bot vielfältige Auszeichnungen und Belohnungen für konformes Verhalten und Engagement.

96 Sekretariat des Deutschen Friedensrats über den Tag des Friedens in der DDR 1957, BArch DZ 9/vorl. 1324, S. 1f.

97 Mordversuch an Dr. Pawloff (1951), in: Neues Deutschland, Nr. 67 vom 30.3.1951, S. 2.

98 M. Drath 1968, S. 343.

99 H. Lüdecke 1951, S. 20. Der Bericht wurde in einer reich bebilderten Broschüre über die dritten Weltfestspiele der Jugend veröffentlicht.

100 „High Commissioner of Germany" war die Amtsbezeichnung des jeweils höchsten Vertreters der westlichen alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. C.L. Grant (HICOG) attestierte 1951: „Nearly all East German youth […] show in reactions to certain ideas, in their modes of expression, and in their mental images the effects of communist propaganda and indoctrination." Zitiert nach: A. Buckow 2003, S. 359.

101 Vgl. A. Buckow 2003, S. 358.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frieden als Transzendenzrekurs war allgegenwärtig: Bauten für den Frieden, Friedensstraßen und -plätze, Ausstellungen für den Frieden, Friedensfahrten, Banner und Plakate, welche die Bedeutungsvielfalt des Friedensbegriffes mittels ikonischer Verdichtung für die kollektive Erfahrung verfügbar machen sollten.

„Es besteht kein Zweifel daran, dass ‚positive Friedenspolitik' der DDR über Jahrzehnte hinweg wesentlich zur Legitimation des DDR-Systems beigetragen hat."[102] Dennoch standen Verweise auf den Frieden – ähnlich wie auf Antifaschismus oder soziale Gleichheit – zumeist „ohne nähere inhaltliche Bestimmung in einem vagen und deklamatorischen Bezug zum konkreten Anliegen"[103]. Allmählich ließen die beliebig eingesetzten Verweise auf den Frieden diesen zum bedeutungsentleerten Schlagwort verkommen, was „nicht nur in der tagespolitischen Propaganda, sondern auch in der Kommunikation innerhalb sowie zwischen Führung und Bevölkerung zu einem Leistungsverlust [führte] und […] zu dem gegen Ende offensichtlich werdenden Schwund der politischen und moralischen Legitimation [beitrug], um die sich die SED in der Frühphase der DDR so vehement bemüht hatte"[104].

3. URSPRÜNGE EINER DDR-OPPOSITION: ORDNUNGSVORSTELLUNGEN UND LEGITIMITÄTSGRUNDLAGEN DER STAATSUNABHÄNGIGEN FRIEDENSBEWEGUNG

Seit dem Ende der 1970er Jahre formierten sich – vornehmlich unter dem Dach der Kirche – vermehrt Gruppen, innerhalb welcher die Friedensthematik Gegenstand kritischer Auseinandersetzung wurde. Als „Gruppen" lassen sich Assoziationen definieren, in denen mehr als zwei Teilnehmer an der Kommunikation beteiligt sind und die sich wiederholt treffen, um sich mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen, das eine Öffentlichkeit sucht.[105]

Aufgrund der bloßen „*Vorspiegelung kommunikativer Beziehungen*"[106] im öffentlichen Raum, wie sie nach Habermas für bürokratisch-sozialistische Gesellschaften symptomatisch ist, gewann die Kirche durch ihre weitgehend unabhängige Stellung im politischen System der DDR eine „Stellvertreterrolle für die nicht vorhandene gesellschaftliche Öffentlichkeit"[107], in welcher sich kommunikative Struk-

102 P. Förster 1999, S. 97.
103 H. Stoecker 1997, S. 404.
104 Ebenda, S. 404.
105 Vgl. D. Pollack 2000, S. 49ff. Die Definition wird auch von R. Rühle 2003, S. 56, übernommen.
106 J. Habermas 1981, S. 567, Hervorhebung im Original.
107 D. Pollack 1990a, S. 298.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

turen bilden und alternative Wirklichkeitsentwürfe diskutiert werden konnten. Anlass zur Auseinandersetzung gaben vor allem die nachfolgend erörterten „diskursiven Ereignisse". Nach Siegfried Jäger sind „diskursive Ereignisse" solche Geschehnisse, die politisch und medial besonders herausgestellt werden und somit die *Richtung* eines Diskurses und dessen *Qualität* beeinflussen können.[108] Entscheidend ist, dass diese Ereignisse Aufmerksamkeit erwecken, diskursive Prozesse anstoßen und intensivieren. Damit bilden sie wichtige *Orientierungsmarken* der Analyse, weil sie – in nunmehr gut abgrenzbaren Untersuchungszeiträumen – die sprachlich produzierten Sinnzusammenhänge der Beforschten strukturieren.[109] Deshalb sollen nachfolgend jene diskursiven Ereignisse beschrieben werden, die den friedenspolitischen Diskurs in der DDR konturierten. Ferner rücken die Besonderheiten von Diskursen in einer Gesellschaft ins Blickfeld, die sich unter totalitärer bzw. autoritärer Herrschaft befindet.

3.1 Diskursive Ereignisse als Wegmarken im Untersuchungszeitraum

Seit Mitte der 1970er Jahre verfolgte die UdSSR ein Programm zur militärischen Aufrüstung, in dessen Folge sie in hohen Stückzahlen SS-20-Mittelstreckenraketen auf mobilen Abschussrampen in Stellung brachte. Der 1979 im Gegenzug erfolgte NATO-Doppelbeschluss sah die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa für 1983 vor, sollte die UdSSR nicht ihrerseits auf jene Raketen verzichten. Dieser Aufrüstungsschub und die damit einhergehende Verschlechterung des Klimas zwischen den Supermächten hatte auch Folgen für die DDR-Politik. Zunächst wurde für die DDR-Bürger eine fortschreitende Militarisierung durch die Einführung des *Pflicht*fachs Wehrunterricht konkret erfahrbar. Es brachte für die Schüler der 9. und 10. Klasse der allgemeinbildenden Schulen ab dem 1. September 1978 zusätzlich zum bisherigen Stundenplan vier obligatorische Doppelstunden theoretischen Unterrichts pro Jahr. Des Weiteren war die Durchführung eines zweiwöchigen geschlossenen Lehrgangs der Zivilverteidigung am Ende des Schuljahres Pflicht. Parallel dazu wurde für die Jungen eine Durchführung vormilitärischer Lager auf „freiwilliger Grundlage" zur Übung des Umgangs mit Waffen eingeführt. In der 10. Klasse folgte eine dreitägige Abschlussprüfung.[110] Zum Jahreswechsel 1979/80 verschärfte sich die weltpolitische Lage zunehmend. Ende 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Damit rückte die ausstehende Ratifizierung von SALT II in weite Ferne. Die USA betrachtete die Entspannungspolitik als gescheitert, und über die Medien zog die Möglichkeit eines Krieges zwi-

108 Vgl. S. Jäger 2006, S. 100.
109 Vgl. zur diskursanalytischen Strukturierung von Textmaterial A. Mikler 2005, S. 80f.
110 Vgl. „Anlage zum Brief an die Gemeinden", abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 71.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen den Supermächten ins Alltagsdenken der Bevölkerung ein.[111] Im Herbst 1980 sorgten zudem die Ereignisse in Polen für Aufmerksamkeit: Streikende Arbeiter erstritten mit dem Danziger Abkommen unter anderem die Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft, das Streikrecht sowie soziale Verbesserungen. Die SED erkannte sofort die Gefahr, welche von den politischen Veränderungen im Nachbarland ausging. Honecker äußerte gegenüber dem polnischen Botschafter in der DDR: „Wir sind nicht für Blutvergießen. Es ist das letzte Mittel. Aber auch dieses letzte Mittel muß angewandt werden, wenn die Arbeiter-und-Bauern-Macht verteidigt werden muß. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahre 1953."[112] Über die Medien sollte die DDR-Bevölkerung auch auf eine gewaltsame Option vorbereitet werden. Fast zeitgleich erhöhte die DDR-Führung den Mindestumtausch für in die DDR reisende Bundesbürger auf 25 DM. Ende Oktober 1980 hob sie zudem den 1971 beschlossenen visafreien Reiseverkehr nach Polen wieder auf. Insbesondere Jugendliche waren aufgrund der Aussichtslosigkeit, überhaupt Auslandsreisen unternehmen zu können, frustriert. Im März 1982 wurde in der DDR ein neues Wehrdienstgesetz verabschiedet, welches folgende Änderungen enthielt: die gesetzliche Verankerung des Wehrunterrichts an Schulen; die Einführung des Wehrdienstes für Frauen im Mobilmachungsfall; sowie die Verpflichtung von Betrieben, Genossenschaften, Einrichtungen etc. dazu, die Bürger auf den Wehrdienst vorzubereiten.[113] Die Widersprüche zwischen den täglichen Friedensbekenntnissen in allen Medien auf der einen Seite und der Militarisierung des Alltags auf der anderen Seite gaben genügend Anlass für eigenständiges Nachdenken und Sprechen über den Frieden. Das alles bildete geradezu den Nährboden für eine staatsunabhängige Friedensbewegung. Deren Diskurse sollen nachfolgend analysiert werden.

3.2 Die Herausbildung einer „zweiten Öffentlichkeit" und die Rolle der Kirchen

In freiheitlichen-demokratischen Ordnungen könnte man sicher mühelos öffentliche Aussagen finden, in denen diskursive Ereignisse dieser Art aufgegriffen werden und „in denen die Diskursteilnehmer Deutungen für soziale und politische Handlungszusammenhänge entwerfen und um die kollektive Geltung dieser Deutungen ringen"[114]. In diese Diskurse, so die forschungsleitende Hypothese, sind eine Vielzahl von teils konkurrierenden, teils nebeneinander bestehenden situationsdefinierenden und anschließend handlungsleitenden Verweisen auf Transzendentes einge-

111 Vgl. W. Büscher et al. 1982, S. 111.
112 Vermerk über ein Gespräch Erich Honeckers mit Stefan Olszowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, am 20. November 1980, zitiert nach: M. Kubina/M. Wilke 1994, S. 151.
113 Vgl. dazu H. Zander 1989, S. 246.
114 M. Schwab-Trapp 2006, S. 266.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lassen. Öffentliches „Deliberieren“ der Bürger war in der DDR jedoch kaum möglich, und ebenso wenig waren das offen formulierte Alternativen zu den herrschenden Selbstverständlichkeiten. Die öffentliche Kommunikation war auf diese Weise gestört. Jede Form von Selbstorganisation oder der Versuch, unabhängig mit Konzepten an die Öffentlichkeit zu gehen, ließ vielmehr die Staatssicherheitsbehörden aktiv werden. Freilich war die Existenz einer „echten“ Opposition im politischen System der DDR ohnehin nicht vorgesehen; sie war mit dem Meinungsbildungsmonopol des Regierungsapparates auch kaum vereinbar und wurde deshalb – nötigenfalls gewaltsam – unterdrückt. Die oben aufgeführten Sekundärphänomene dienten dazu, gesellschaftliche Eigendynamik zu stören und autopoietische Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion zu unterbinden.[115]

Zensureingriffe, in Verbindung mit eingeübten Denk- und Argumentationstabus, waren typische Methoden des in-Geltung-Haltens der bestehenden Wirklichkeit.[116] Mit dem umfassenden Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ging zudem eine Änderung der öffentlichen Sprache bis hin zu „kanonisierten“, sich ständig wiederholenden Wortkombinationen einher. „[Das] große Gefängnis der totalitären Macht war aus Worten und Begriffen gemauert. Staatsgewalt war deswegen nicht zuletzt Herrschaft über die Sprache“[117]. Weil Sprechakte die Konstruktionsprozesse sozialer Wirklichkeit in besonderem Maße prägen und steuern,[118] wurde es notwendig, sprachliche Abweichungen von der ideologischen und begrifflichen Normalform unmittelbar zu unterbinden. Über die totalitären „politics of reality“ wurde deshalb die öffentliche Entfaltung von Diskursen gestört, denn diese konnten selbst zu einem Machtfaktor werden, da „sie geeignet sind, Verhalten und (andere) Diskurse zu induzieren“, indem sie „Wissen transportieren, das kollektives und individuelles Bewusstsein speist“[119]. In einem Umfeld, in dem jede öffentliche Äußerung, zumal jedes gedruckte Wort der staatlichen Kontrolle unterlag, kann man natürlich nicht von den gleichen diskursiven Voraussetzungen gesamtgesellschaftlicher Kommunikation ausgehen, wie sie in demokratisch verfassten Gesellschaften bestehen. Aber auch die Arbeiten Foucaults und sein Diskursbegriff waren nicht an das Vorhandensein einer kritisch-bürgerlichen Öffentlichkeit gebunden, sondern davon geprägt, die Gegenstände der Analyse in verschiedenen „Öffentlichkeiten“ zu verfolgen.[120] Ray Rühle nimmt an, dass sich in der DDR eine vom politischen System abgegrenzte „zweite Öffentlichkeit“ herausgebildet habe. Diese beschreibe

115 Vgl. W. J. Patzelt 1998, S. 247.
116 Zur Sicherung wirklichkeitskonstruktiver Selbstverständlichkeiten siehe ebenda, S. 260ff.
117 S. Wolle 2006, S. 334.
118 Zur ethnomethodologischen Analyse des (politischen) Sprechens siehe W. J. Patzelt 1989.
119 S. Jäger 2006, S. 89f.
120 Überlegungen zur Analyse der Diskurse in einer Diktatur finden sich bei S. Schneider 2006, S. 123ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eine organisierte, von der „simulierten politischen Öffentlichkeit“ abgekoppelte Kommunikationssphäre, die sich aus dem Bedürfnis der Akteure gebildet habe, intersubjektive Verständigung zu ermöglichen und von dort aus handeln zu können. Deren Entstehung sieht Rühle durch die Umstände befördert, dass in der DDR das öffentliche Austragen von Interessenkonflikten nicht vorgesehen und zudem eine allgemeine Verformung der Sprache wahrnehmbar gewesen sei, die Wirklichkeit simulierte, wo keine Wirklichkeit existierte; also eine Sprache ohne Botschaft, ja Signifikanten ohne Signifikat.[121] Zu einem wichtigen Ort (friedens-)politischer Diskussionen wurde unter solchen Umständen die Kirche, stellte sie doch als einzige nichtgleichgeschaltete Institution in der DDR Raum für „freiere“[122] Diskurse zur Verfügung. Sie hatte sich überdies ihre grundlegenden Deutungsmuster sowie ihre eigene Sprache bewahren können und bot auch dadurch einen gewissen Schutz in der direkten Konfrontation mit dem Staat.[123] Gerade diese „Schutzfunktion“ war bei einigen Akteuren ausschlaggebend dafür, die kirchlichen Strukturen zu nutzen. „In ihrem Raum wurden die Probleme der Gesellschaft, die ansonsten tabuisiert waren, benannt und diskutiert; in ihrem Raum gab es jenen öffentlichen kritischen Dialog, dessen Zulassung die Bürger vom Staat erwarteten.“[124] Obwohl von kirchlicher Seite betont wurde, nicht die Rolle einer politischen Opposition einnehmen zu *wollen*, bot die Kirche doch – nicht zuletzt aufgrund ihrer Gemeindestrukturen, innerkirchlichen Kommunikationssysteme und der Möglichkeit, eigene Druckerzeugnisse herzustellen – als einzige den Raum, in dem sich politisch alternative Gruppen bilden und einer begrenzten Öffentlichkeit mitteilen konnten. „Die Fragen, die unsere evangelischen Kirchen […] in den letzten Monaten bewegt haben, sind Fragen, die aus dem gesellschaftspolitischen Bereich kommen. Sie haben keinen Ursprung im Dienst unserer Kirchen. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen mußten wir stellvertretend für Staat und Gesellschaft wahrnehmen. Wir haben uns diese Rolle nicht ausgesucht. Die eigentlichen Adressaten haben keine Bereitschaft zum Dialog

121 Vgl. R. Rühle 2003, S. 59ff.

122 Zu Einschränkungen der freien Kommunikation unter dem Dach der Kirche siehe R. Rühle 2003, S. 65ff.

123 Diese Position ist auf die besondere Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der DDR zurückzuführen. Nachdem die SED wesentliche Ziele des Sozialismus als verwirklicht betrachtete und das Vorhaben, die Kirchen umfassend aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen, nicht realisierbar schien, fand in den sechziger Jahren eine Annäherung statt. Die Kirchenleitung signalisierte ihrerseits in den siebziger Jahren die Bereitschaft, an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben mitzuwirken und „[…] Christen zu helfen, den Platz in ihrem Staat zu finden“; siehe hierzu: Bericht der Konferenz der ev. Kirchenleitungen vor der Synode des Bundes in Eisenach, zitiert nach: R. Bodenstein 1981, S. 172.

124 D. Pollack 1990b, S. 17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gezeigt. Uns begegnen Menschen, die sich wundgerieben haben und Veränderungen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft suchen."[125]

Freilich unterlagen auch Kirchenzeitungen Zensureingriffen. Zu inhaltlichen Konflikten kam es immer dann, wenn die Kirche den ihr zugedachten religiösen Rahmen verließ und in den Bereich des Meinungsmonopols der Partei vorstieß. Darunter fielen beispielsweise Äußerungen zum Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan oder Berichte über die Einschränkung der Reisemöglichkeiten.[126] Um offene Kritik an ihrer Politik zu verhindern, ließ die Parteiführung Druckerzeugnisse anhand eines „Tabukatalogs" kontrollieren, welcher heikle Themen wie Umweltschutz, Menschenrechte oder Wehrdienst von vornherein ausklammerte. Friedensthemen wurden nur dann toleriert, wenn sie mit dem staatlichen Verständnis von Frieden und Friedenspolitik übereinstimmten.[127] Letztlich wurde jede Aussage und jede Handlung darauf überprüft, ob sich in ihr „Zustimmung oder Ablehnung zum Sozialismus, zum Führungsanspruch der Partei und ihren führenden Repräsentanten ausdrückte"[128].

Allein 1983 existierten, so Erhart Neubert, in nahezu allen Städten der DDR etwa hundert konsolidierte und eigenständig arbeitende Friedensgruppen in den kirchlichen Strukturen, deren Mitglieder vornehmlich junge Erwachsene waren.[129] Ihnen bot der „Schutzraum Kirche" jedenfalls die Möglichkeit, sich relativ offen darüber auszutauschen, ob jene Wirklichkeit „da draußen" tatsächlich die einzig mögliche Wirklichkeit darstelle, an der man seine Deutungen und Handlungen zu orientieren habe.[130] Und tatsächlich lag es nahe, dies zu bestreiten – etwa aufgrund der Widersprüche zwischen der alltäglich *erlebten* Wirklichkeit und dem offiziell *behaupteten* „Wie". Besonders folgenreich waren in dieser Hinsicht die selbst erfahrene Militarisierung des Alltags auf der einen Seite, in Verbindung mit den Friedensbekenntnissen der Staats- und Parteiführung auf der anderen Seite.

Als „Ferment des sozialen Wandels"[131] konnten die neuen Gruppen jedoch nur dann wirken, wenn sich deren alternative Ordnungsvorstellungen aus der zweiten Öffentlichkeit hinaus in die *allgemeine* DDR-Öffentlichkeit bewegten. Der Wille dazu war alsbald auch in der staatsunabhängigen Friedensbewegung erkennbar: Offene Briefe, Eingaben, Flugblätter, Friedensgebete und -dekaden sind die nachfolgend betrachteten Belege und zeigen einen Querschnitt solchen Engagements.

125 Ansprache des Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Werner Leich, während eines Gesprächs mit Erich Honecker am 4.3.1988, zitiert nach: M. Zagatta 1989, S. 74.
126 Vgl. M. Zagatta 1989, S. 70.
127 Vgl. ebenda, S. 71f.
128 D. Pollack 1990b, S. 14.
129 Vgl. E. Neubert 1998, S. 464.
130 Vgl. W. J. Patzelt 1998, S. 263.
131 D. Pollack 1990b, S. 17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.3 Die abweichenden Wirklichkeitsentwürfe in den Dokumenten der unabhängigen Friedensbewegung

Soll das Phänomen der staatsunabhängigen DDR-Friedensbewegung verstanden werden, sind zunächst die Auseinandersetzungen anlässlich der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1962 zu erwähnen: Die Kirchen forderten damals die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung und den gesetzlichen Schutz von ethisch oder religiös motivierten Wehrdienstverweigerern. Allein die Einführung von „Bausoldaten" konnte diesen Grundkonflikt nicht auflösen, weil die Bausoldaten mit dem Aufbau militärischer Infrastruktur doch ebenfalls einen Beitrag zur militärischen Stärke der NVA leisten sollten. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) setzte daraufhin einen Arbeitskreis ein, aus dessen Feder 1965 eine „Handreiche für die Seelsorge an Wehrpflichtigen" veröffentlicht wurde. Diese versicherte den Bausoldaten, bereits jetzt „ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn"[132] zu geben. Mit der Unwilligkeit der Parteiführung, einen Kompromiss bezüglich des Bausoldateneinsatzes auszuarbeiten, wurde der Grundstein für die Auseinandersetzung zwischen kommunistischer Friedensideologie und den Ordnungsvorstellungen der späteren Friedensbewegung gelegt.[133]

3.3.1 Die Anfänge einer staatsunabhängigen Friedensbewegung: Handeln aus dem christlichen Friedensverständnis der Kirchen

Auf die Einführung des „Wehrunterrichts" im Jahr 1978 folgten insbesondere von Seiten der evangelischen Kirche kritische Reaktionen, und zwar verbunden mit dem Wunsch, alternative Handlungsoptionen aufzuzeigen, um eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft zu verhindern. Schnell zeigte sich, dass der nur kurz zuvor vereinbarte „Dialog" zwischen Kirche und Staat keinesfalls so zu verstehen war, dass sich die Staatsführung künftig durch Bedenken der Kirchenleitung in ihrer Politik beeinflussen ließe. Das höchste Organ des Bundes der acht Landeskirchen, die KKL, reagierte dennoch im Juni 1978 mit dem „Brief an die Gemeinden", mit einer „Orientierungshilfe" zum Wehrunterricht sowie mit einem Schreiben an die Regierung. Im letzteren verwiesen die Verfasser unter anderem auf die verfassungsrechtlich geschützte Gewissensfreiheit.[134] Zudem verlange der im Evangelium begründete Friedensauftrag eine nüchterne Prüfung dessen, was in der gegenwärtigen

132 „Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtige" (1965), zitiert nach: K. Ehring/M. Dallwitz 1982, S. 35.

133 Vgl. T. Widera 2004, S. 153.

134 Vgl. „Brief an die Regierung zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichts" vom 15.6.1978, zitiert nach C. Demke et al. 1995, S. 282.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Weltsituation tatsächlich Spannungen abbaue.[135] „Wir verkennen nicht die Verpflichtung des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu schützen", so das Scheiben an die Regierung, doch „[ein] von Angst und Bedrohung bestimmtes Sicherheitsdenken stellt nach unserer Überzeugung keinen Schritt auf mehr Frieden dar, weil es zu Handlungen führt, die auf der Gegenseite ebenfalls Angst erzeugen […]. Weil der beabsichtigte Unterricht ein Teil dieses gefährlichen Mechanismus zu werden droht, erscheint er uns als Mittel der Friedenssicherung wenig geeignet."[136] Paul Verner, zuständiger ZK-Sekretär für Kirchenfragen, entgegnete daraufhin, es sei empörend, dass die Kirchenleitung die Glaubwürdigkeit der DDR-Friedenspolitik in Zweifel ziehe.[137] Eben diese Absicht zeige sich im „Brief an die Gemeinden" mehr als deutlich, der überdies den westlichen Medien zugänglich gemacht worden sei.[138] Vor allem den folgenden Abschnitt kritisierte Verner scharf: „Die Konferenz befürchtet, daß durch die Einführung von obligatorischem Wehrunterricht die Erziehung zum Frieden im Bewußtsein gerade von Jugendlichen ernsten Schaden leidet und die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR in Frage gestellt wird. Wir haben uns zu mühen, daß […] von uns Vertrauen und Offenheit spürbar praktiziert werden, daß bei der Lösung von Konflikten nicht die Macht das letzte Wort behält."[139]

In der Anlage zum „Brief an die Gemeinden" wurde Verner im Gespräch mit der Kirchenleitung wie folgt zitiert: „Wehrunterricht und Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik hingen zusammen. Stabilität und Verteidigungsbereitschaft der DDR hätten entscheidend zur Erhaltung der Sicherung des Friedens in der Mitte Europas beigetragen. Die Einführung des Wehrunterrichts befinde sich in völliger Übereinstimmung mit den Gesetzen der DDR. […] Der geplante Wehrunterricht befähige die Christen [überdies] zur praktischen Ausübung der Nächstenliebe im Katastrophenfall."[140] Gegenüber dieser Darstellung machten die am Gespräch beteiligten Vertreter der Kirche folgende – ebenfalls in der Anlage aufgelisteten – Einwände geltend, um die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts zu verhindern: Die Wirksamkeit des Friedenszeugnisses der Christen aus der DDR sei durch den beabsichtigten Unterricht beeinträchtigt, weshalb die Kirchenführung Eltern beistehe, die ihre Kinder aus Glaubens- und Gewissensgründen nicht am Unterricht teilnehmen ließen – wobei dies von Seiten des Staates leider als Zeichen politischer Unzu-

135 Vgl. „Brief an die Regierung zu Fragen der Einführung des Wehrunterrichts" vom 15.6.1978, zitiert nach C. Demke et al. 1995, S. 281.
136 Ebenda, S. 281.
137 Vgl. Paul Verner, zitiert nach: T. Klein 2007, S. 83f.
138 Paul Verner, zitiert nach: T. Klein 2007, S. 84.
139 „Brief an die Gemeinden" vom 14.6.1978, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 69-70, hier: S. 70.
140 „Anlage zum Brief an die Gemeinden" vom 14.06.1978, abgedruckt in: W. Büscher et al., S. 70-77, hier: S. 72.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verlässigkeit gewertet werde.[141] Der Wehrunterricht, als Teil des aus Angst und Bedrohung bestehenden Sicherheitsdenkens, beinhalte jedenfalls die Gefahr, dass es zu einer Gewöhnung der Minderjährigen an gewaltsame Mittel der Konfliktlösung komme und Chancen friedlicher, gewaltloser Konfliktbewältigung nicht mehr erkannt würden. Erziehung zum Frieden in den Gemeinden solle demgegenüber die Kenntnisse, Werte und Überzeugungen vermitteln, die den Einzelnen in die Lage versetzten, sich eine ausgewogene Meinung darüber zu bilden, was heute Frieden fördere oder was Friedlosigkeit vermehre.[142]

Bereits an dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass die Grenzen der staatstragenden Friedenspropaganda durch die Bezugnahmen auf Gewissensfreiheit, Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Meinungsfreiheit weit überschritten wurden. Erwartungsgemäß konnte die Kirche die Einführung des Wehrunterrichts nicht verhindern. Die zahlreichen Eingaben aus der Bevölkerung, mit denen innerhalb der gesetzlichen Grenzen versucht wurde, Anliegen an staatliche Organe heranzutragen, bewiesen jedoch, dass die Forderungen nach Alternativen – befeuert durch den Militäreinsatz der Sowjetunion in Afghanistan – immer lauter wurden.[143] „Die DDR-Regierung sah sich zum ersten Mal einer Flut von Protesten zunächst einzelner DDR-Eltern, dann kirchlicher Gruppen, schließlich sogar der evangelischen und katholischen Kirche als Gesamtheit gegenüber. Dieser vielfältige Protest konnte nicht unterdrückt werden, sondern erreichte in der DDR selbst, in der Bundesrepublik sowie im Ausland sehr große Publizität.“[144]

Ein 1979 entstandenes Arbeitspapier aus dem Friedensreferat der Theologischen Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund mit dem Titel „Erziehung zum Frieden“ bildete zunächst die Grundlage für umfangreiche Sachgespräche in den Gemeinden, Friedenskreisen und Kirchenleitungen. Fortschreitendes Wettrüsten, nicht durchschaubare Prozeduren der Abrüstungsverhandlungen und eine zunehmende Durchdringung der Gesellschaft mit militärischem Gedankengut führe, so das Papier, häufig zu Resignation und Fatalismus.[145] Dennoch werde vom Staat die Notwendigkeit und Legitimität eines kirchlichen Engagements für Abrüstung nicht eingesehen.[146] Dabei sei es doch gerade aufgrund des Glaubens an Gott und der Friedensverheißung des Evangeliums unerlässlich, sich mit derlei Fragen auseinanderzusetzen.

141 Vgl. „Anlage zum Brief an die Gemeinden“ vom 14.06.1978, abgedruckt in: W. Büscher et al., S. 70-77, hier: S. 73.
142 Vgl. ebenda, hier: S. 74.
143 Siehe exemplarisch die „Beschwerde über die Beantwortung meiner Eingabe zur Einführung des Faches Wehrunterricht“ vom 29.6.1978, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 79-80, hier: S. 79.
144 Friedrich-Ebert-Stiftung 1982, S. 22.
145 Vgl. Friedensreferat der Theologischen Studienabteilung (1979): Erziehung zum Frieden. Möglichkeiten der Kirchen in der DDR im Bereich des Eintretens für Abrüstung, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 81-96, hier: S. 83.
146 Vgl. ebenda, hier: S. 84.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aus dieser Verpflichtung heraus erwachse die spezifische Identität und Legitimation des kirchlichen Handelns für Abrüstung.[147] Die Kirche müsse darüber aufklären, welche abrüstungshemmenden Strukturen und Faktoren in der Gesellschaft vielleicht unbewusst wirksam seien, an welchen Stellen eine Erziehung zum Abrüstungsbewusstsein in der Gesellschaft positiv anknüpfen könne, und wie deutlich gemacht werden müsse, dass Hass und Gewalt in seinen Wirkungen inhuman seien.[148] Nicht nur bei Fragen des Wehrunterrichtes versuchte die Kirche Einfluss auf die Politik zu nehmen. Vielmehr beabsichtigte sie auch dann ihre Meinung kundzutun, als die NATO-Staaten letztlich ihre Entschlossenheit demonstrierten, neue atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Die Parteiführung reagierte auf dieses Ereignis so: Sie rief die gesamte DDR-Bevölkerung dazu auf, in einer Unterschriftenaktion eine Erklärung gegen die Stationierung der NATO-Raketen zu unterstützen. In dieser hieß es: „Wenn es um die Sicherung des Friedens geht, darf es kein Zögern geben. Wir haben unser Land nicht aus Ruinen aufgebaut, damit noch einmal alles in Trümmer sinkt. Was unser Fleiß schuf, darf nicht wieder zerstört werden. Wir unterstützen die Friedensinitiative Leonid Breshnews.“[149] Nahezu täglich wurden zahlreiche Bekenntnisse von DDR-Bürgern zur Unterstützung dieser Erklärung in den Medien veröffentlicht.[150] Letztendlich meldete das „Neue Deutschland“ – das Zentralorgan der SED-Führung – Unterstützungswerte von 96 Prozent. Dies löste in der Bevölkerung einigen Unmut aus, wirkte die Kampagne doch viel zu aufgesetzt und taktisch.[151] Die Kirche hegte in einem „Wort an die Gemeinden“ ebenfalls Zweifel daran, „daß eine Unterschriftenaktion das Vertrauen schaffen hilft, durch das allein ein stabiler Frieden erreicht werden kann“[152]. Kurz darauf verschärfte sich die außenpolitische Lage nochmals: Sowjetische Truppen marschierten in Afghanistan ein, und die Gespräche zwischen den Supermächten brachen ab. Die Kirchen beurteilten die außenpolitischen Ereignisse und die Politik der Staatsführung kritisch; sie beabsichtigten, den Lernprozess im eigenen Land weiter voranzutreiben. Eine konkrete Handlungsanleitung bot deshalb das – in der Nachfolge des oben genannten Studien- und Aktionsprogramms „Erziehung zum Frieden“ entstandene und von der KKL gebilligte – „Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden“ aus dem Jahr 1980. Grundgedanke war, dass der tätige Einsatz für den Frieden im Zusammenleben der Menschen eine vordringliche Aufgabe jedes

147 Vgl. Friedensreferat der Theologischen Studienabteilung (1979): Erziehung zum Frieden. Möglichkeiten der Kirchen in der DDR im Bereich des Eintretens für Abrüstung, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 81-96, hier: S. 93.

148 Vgl. ebenda, hier: S. 93.

149 Willenserklärung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neues Deutschland, Jg. 34, Nr. 255, 27./28.8.1979.

150 Vgl. W. Büscher et al. 1982, S. 100.

151 Vgl. ebenda, S. 101.

152 „Wort des Bundes der Evangelischen Kirchen an die Gemeinden“ vom 1.11.1979, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 101-103, hier: S. 102.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Christen sei.[153] Die christliche Gemeinde, so das Konzept, müsse die Aufgabe wahrnehmen, zu prüfen, was unter den gegebenen Bedingungen dem Frieden diene und wie dies erreicht werden könne.[154] Die „Erziehung zum Frieden" sei „im Blick auf die gesellschaftliche Ebene vor allem Erziehung zu Mündigkeit und Verantwortung"[155]. Sie befähige „zur kritischen Gewaltkontrolle und zum Gewaltverzicht (Druck, Zwang, körperliche Züchtigung) im zwischenmenschlichen Bereich; zur Selbständigkeit im Denken, Fühlen und Urteilen (‚Mündigkeit'); zum kritischen Hinterfragen vorgegebener, mit dem Anspruch der Alleingültigkeit auftretender Überzeugungen, Werturteile und Ansichten; zum sachlichen und argumentativen Aussprechen der eigenen Meinung; zur Mitverantwortung für öffentliche [….] Angelegenheiten (‚gesellschaftliche Strukturen') […] bis hin zum Annehmen persönlicher Nachteile"[156]. Misstrauen erwachse vor allem aus dem inflationären Gebrauch des Wortes „Frieden" oder aus dem Bewusstsein, nicht genügend und wahrhaftig informiert zu werden.[157]

Kennzeichnend war, dass das Konzept weder allein die zwischenmenschliche noch allein die globale Ebene ansprach, sondern einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch verfolgte: „Friedenserziehung setzt sich auseinander mit allen Formen von Unfrieden, Ungerechtigkeit, Gewalt und Unfreiheit in der Gesellschaft. Sie findet in der eigenen Gesellschaft einen bevorzugten Ort des Lernens und der Veränderung, weil Frieden hier auf vielfältige Weise als Aufgabe erlebt werden kann und die Folgen von Friedlosigkeit nicht überwiegend anonym bleiben wie auf der globalen Ebene."[158] All diese Überlegungen stellten mit ihren Verweisen auf den Frieden das DDR-Dogma vom „bewaffneten Frieden" in Frage und beinhalteten – freilich ohne explizit den Staat selbst kritisch zu hinterfragen – die Forderung an die Staatsführung, ihre Politik zu ändern. Diese deutliche Kritik der Kirche veranlasste die SED, besonders sensibilisiert durch die Ereignisse in Polen, ihre Maßnahmen gegenüber „abweichender Berichterstattung" zu verschärfen: Kirchenzeitungen, die Berichte zur Friedensarbeit gedruckt hatten, fielen der Zensur zum Opfer, ebenso einige Stellungnahmen der Synode. An die Kirche erging von Seiten der Staatsführung zudem der Vorwurf, sie wolle ihrerseits mit diesen Äußerungen „polnische Verhältnisse" heraufbeschwören.

153 Vgl. H. Zander 1989, S. 256.
154 Vgl. „Rahmenkonzept Erziehung zum Frieden" vom 13.9.1980, abgedruckt in: M. Falkenau 1995, S. 362.
155 Ebenda, S. 363.
156 Ebenda, S. 368.
157 Vgl. ebenda, S. 361.
158 Ebenda, S. 363.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.3.2 Blues-Messen, Friedensdekaden, Appelle und Eingaben: Ausdrucksformen politisch alternativer Friedensarbeit

1979 wurde mit den Ost-Berliner „Blues-Messen" eine neue Form oppositionellen Handelns in der DDR begründet, die insbesondere Jugendliche anzog. Die Aufzeichnungen eines internen Gespräches zwischen Günter Hoffmann, dem Stellvertreter des Ostberliner Oberbürgermeisters für Inneres, dem Superintendenten Grünbaum und dem Stadtjugendpfarrer Passauer im August 1980 zeigen, dass auch diese Veranstaltungsart sofort das Misstrauen der Staatsmacht erregte: Man müsse sich im Klaren sein, so Hoffmann, dass hier gewollt oder ungewollt ein paralleles Wirken mit den Feinden der DDR stattfinde.[159] Ehrliches Vertrauen werde gestört, weil in den Messen abwertend vom Sozialismus und der Politik der DDR gehandelt würde.[160] Die eindeutige Aufforderung, Bausoldat zu werden – vor einem Publikum von rund 1000 Menschen vorgetragen – sei, so Hoffmann weiter, als eine öffentliche Aufforderung zur Wehrdienstverweigerung zu werten. Und wenn man von Vertrauen spreche, sei dies doch eine zweiseitige Sache: Dann müsse auch jenen vertraut werden, die als Kommunisten Erfahrungen im Klassenkampf mit dem deutschen Imperialismus gesammelt hätten. Superintendent Grünbaum entgegnete, dass die DDR-Kirchen *in der Welt* Verdächtigungen ausgesetzt seien, wenn sie ihr Friedensengagement übereinstimmend mit der Staatspolitik zum Ausdruck brächten.[161] Er bemühe sich zwar, die künftigen Messen konstruktiv und nicht destruktiv zu gestalten, doch er bitte auch um Verständnis dafür, dass die Einflussmöglichkeiten der Kirche begrenzt seien, weil in ihrem Bereich solche Strukturen vorhanden wären, die Einfluss überhaupt nur auf der Grundlage überzeugender Argumente ermöglichten.[162] Ähnliche Bedenken der SED lösten die – für die Sichtbarkeit einer unabhängigen Friedensbewegung äußerst wichtigen – „Friedensdekaden" aus. Im November 1980 fand die erste Dekade statt und zwar unter dem vom sächsischen Landesjugendpfarrer Bretschneider angeregten Leitmotiv „Frieden schaffen – ohne Waffen". Im Vorfeld entstanden – geprägt von den politischen Veränderungen in Polen und den darauf reagierenden Maßnahmen der DDR Führung – zahlreiche Arbeitsmaterialien. An die Gemeinden übermittelt, sollten sie die Gemeindemitglieder dazu ermutigen, ihre „Erkenntnisse auch [zu] artikulieren"[163] – und zwar sowohl gegenüber der Kirche als auch direkt gegenüber dem Staat, zumal in Form eines Briefes an die Volkskammer. Eigentlich als einmalige Aktion geplant, verstetigte

159 Vgl. „Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen Gen. Gysi" vom 17.7.1980, BArch DO4/766, Bl. 28-34, hier: Bl. 29.
160 Vgl. ebenda, hier: Bl. 30.
161 Vgl. ebenda, hier: Bl. 31.
162 Vgl. ebenda, hier: Bl. 34.
163 Arbeitsmaterialien für die Friedensdekade vom 9.-19. November 1980, zitiert nach: W. Büscher et al. 1982, S. 122.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich dieses Format und wurde zu einem wichtigen Mittel staatsunabhängiger Friedensarbeit.

Ein weiterer Markstein dieser Entwicklung war die Forderung nach Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes (SoFd) als Alternative zum Wehrdienst. Damit traten Mitarbeiter der sächsischen Landeskirche an die Öffentlichkeit, und diese Initiative stieß innerhalb der Bevölkerung auf große Resonanz. Binnen weniger Monate unterstützten mehr als 5000 Bürger den Aufruf und schickten ihn – formuliert als Eingabe an die Volkskammer – an die jeweiligen Landeskirchen. Weil die Initiative nicht unmittelbar von der Kirchen*leitung* ausging, wurde in den westdeutschen Medien von einer „Basisbewegung“[164] und „ungewöhnlichen Worten in einer nach wie vor nach außen abgeschotteten ‚DDR‘-Gesellschaft“[165] gesprochen. So heißt es in einem Aufruf, der auf den 9.5.1981 datiert ist, einleitend: „Die Ehrfurcht vor dem Leben gebietet uns, Frieden zu schaffen […]. Uns bedrängt das immer mehr zunehmende Gewicht des Militärischen in unserer Gesellschaft. Uns bedrängen auf der anderen Seite ebenso die sozialen Mangelerscheinungen, dort wo es um die Kranken, und die Alten […] geht.“ Die Volkskammer möge deshalb, so das Papier weiter, folgendes beschließen: „1. Als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehrersatzdienst wird ein Sozialer Friedensdienst (SoFd) eingerichtet. […] 3. Der SoFd-Leistende genießt die gleichen Rechte wie der Wehrdienstleistende.“[166] Damit setzten die Friedensbewegten der offiziellen Politik tatsächlich konkrete Alternativen entgegen, welche ihren Geltungsanspruch mit klaren, ja sogar plausiblen Transzendenzrekursen legitimierten. Eine 1982 erschienene Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung betont zudem, „wie stark die DDR-Bevölkerung hier auf die kirchlichen Strukturen Einfluss hatte“[167]. Die regionalen Gliederungen der Kirche seien mit Eingaben förmlich überflutet worden – durchaus auch aus der Feder von DDR-Bürgern, die keiner Konfession angehörten. Dies zeige, so die Studie, dass die Kirchen über den Kreis ihrer Gläubigen hinweg als Sachwalter des Friedensgedankens Anerkennungen fanden.[168] Die Herbstsynoden der Landeskirchen mussten sich daraufhin des Themas annehmen. Obwohl ihre Reaktionen eher verhalten waren, stellten sie sich hinter das Anliegen. Erwartungsgemäß lehnte die SED-Führung diese Initiative strikt ab: Mielke sprach sich sogar für ein besonders hartes Auftreten aus, „weil er glaubte, ein Nachgeben in dieser Frage würde zu weitergehenden Forderungen führen und die Staatsräson erschüttern“[169]. Seit September 1981 lag zudem eine Einschätzung des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Klaus Gysi, vor, der im

164 Siehe dazu exemplarisch: Die Zeit vom 4.6.1982, S. 12.
165 ‚DDR‘-Christen fordern ein Friedenskorps, in: Die Welt vom 11.8.1981, BArch DO 4/771, Bl. 204.
166 „Aufruf der Initiative Sozialer Friedensdienst“ vom 9.5.1981, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 169-171, hier: S. 171f.
167 Friedrich-Ebert-Stiftung 1982, S. 25.
168 Vgl. ebenda, S. 25.
169 Ebenda, S. 26.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Anschluss an einen Vortrag vor der Sektion Theologie der Ostberliner Humboldt-Universität Folgendes geltend machte: „Wenn man also der Meinung ist, daß man trotz dieser sehr klaren Stellungnahme des Staates in dieser Frage eine Kampagne betreiben muß, dann heißt das offensichtlich, daß es einem nicht um die Lösung der Frage, sondern um die Konfrontation geht.“[170] „Wir haben (nach §23 der Verfassung) die allgemeine Wehrpflicht und können von dem nicht abgehen. […] Außerdem haben wir Verpflichtungen im Warschauer Pakt […] und militärische Stärke [ist] der größte Beitrag zur Sicherung des Friedens. ‚Sozialer Friedensdienst‘ – das Wort würde bedeuten, daß der Dienst mit der Waffe in der NVA ‚antisozialer Kriegsdienst‘ wäre, und die ganz überwiegende Mehrheit leistet den Dienst mit der Waffe in der NVA – diese können nicht diffamiert werden. Die Bischöfe sehen das auch ganz klar, auch, daß das ein Eingriff in das ureigenste Recht des Staates wäre.“[171] Zudem, so Gysi weiter, habe sich die Regelung mit den Bausoldaten bewährt.[172] Auch das Plenum des ZK der SED sollte sich mit dem SoFd befassen, veröffentlichte allerdings anschließend keine Beschlüsse[173]; lediglich Ausschnitte aus der Rede Werner Waldes, des Cottbusser SED-Bezirkschefs, waren nachträglich im „Neuen Deutschland“ zu lesen. Darin verurteilte er den Einsatz für den „sogenannten sozialen ‚Friedensdienst‘“ mit Verweis auf dessen Friedens-, Sozialismus- und Verfassungsfeindlichkeit.[174] Normalerweise, so Walde, sei das Vertrauen in die Stärke des Sozialismus groß genug, und ein jeder wolle seinen Beitrag zur Stärkung des Sozialismus, der wichtigsten Friedenskraft, leisten. Doch „diese Leute [vergessen], daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist“[175]. Solche Hinweise auf die „Verfassungsfeindlichkeit“ des SoFd sollten dessen Unterstützer einschüchtern, denn sie meinten nichts anderes, als dass weitere Bemühungen strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würden. Hans-Jochen Tschiche, wichtiger Vertreter der neuen unabhängigen Friedensbewegung, verfasste daraufhin den folgenden offenen Brief an Werner Walde: „Es wird sich als fataler Irrtum herausstellen, daß militärische Stärke […] wirklich Sicherheit verspricht, wenn nur kommunistische Parteien die politischen Entscheidungsträger sind. […] Es ist der Feind in uns selbst, die Angst um unseren Einfluß, um unsere Macht, unsere menschliche Unduldsamkeit und unsere ideologische Rechthaberei, die uns zerstören wird. […] Ich sehe hier keine Friedensfeinde, keine Feinde des Sozialismus, keine Verfas-

170 Klaus Gysi, zitiert nach: Kirche in der DDR: "Wie Noah während der Flut" (1981), in: Der Spiegel, Jg. 35, Ausgabe 47, 16.11.1981, S. 67.

171 DDR-Staatssekretär Klaus Gysi äußert sich im Anschluss an einen Vortrag vor der Sektion Theologie der Ost-Berliner Humboldt-Universität zum „Sozialen Friedensdienst“ (12.9.1981), abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 174-175, hier: S. 174f.

172 Vgl. ebenda, hier: S. 175.

173 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 1982, S. 26.

174 Vgl. Walde, Werner (1981): Mit neuen Ideen und Initiativen für hohen Leistungsanstieg, in: Neues Deutschland, 21./22.11.1981, S. 3.

175 Ebenda, S. 3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sungsfeinde. Ich sehe hier vielmehr junge Menschen, die […] nicht mehr mittun wollen, die Saat des Hasses und der Gewalt auszustreuen."[176] Dennoch sah sich die Kirchenleitung nach dem strikten Nein der Parteiführung dazu veranlasst, ihre Richtung anzupassen und sich zunächst auf die Forderung nach einem nichtmilitärischen Einsatz der Bausoldaten zu beschränken.

Im Jahr 1981 wurde der Name des Ost-Berliner Jugendpfarrers Rainer Eppelmann nicht nur in der DDR, sondern über deren Grenzen hinaus bekannt: Er sandte im Juli dieses Jahres einen offenen Brief an Erich Honecker, in dem er 17 Forderungen an die zukünftige Politik der SED erhob. Darin heißt es: „Politiker, die die militärische Auseinandersetzung als Mittel der Politik mit einkalkulieren […] handeln darum nicht im Interesse und Auftrag der Menschen. […] Unterstützen Sie durch konkrete Maßnahmen den Wunsch der Völker nach Frieden. Lassen Sie Vertrauen zwischen den Völkern Europas wachsen."[177] Als vertrauensbildende Maßnahmen schlug Eppelmann die Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens, Friedenskunde statt Wehrkunde in den Schulen, Freiheit für die Verkündigung pazifistischer Ideen, Abzug aller fremden Stationierungstruppen aus allen europäischen Staaten und ein klares Nein zu Atomwaffen in Mitteleuropa vor.[178] Mit diesen Vorschlägen ging Eppelmann bereits über die kirchenoffiziellen Forderungen hinaus.

Der Name Eppelmann stand auch in enger Verbindung zu den bereits angesprochenen, meist friedenspolitisch angeregten Blues-Messen sowie mit ähnlich konzipierten Jugendgottesdiensten. Mehr als tausend junge Menschen folgten beispielsweise im Januar 1980 einem Aufruf des Jugendpfarrers zu einer Veranstaltung, welche unter dem Motto „Ihr seid heute zur Freiheit berufen" die Einschränkungen der persönlichen Freiheit, insbesondere der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Redefreiheit sowie der Freizügigkeit tadelte.[179] Sollen diese Rechte verwirklicht werden, so Eppelmann, dann müsse ein jeder auch den Mut haben, entgegen seiner Erziehung, entgegen gesellschaftlicher Vorstellungen und Normen den eigenen Weg zu gehen. Bezüglich einer Blues-Messe in der Ostberliner Erlöserkirche im April 1982 wurde an das Amt für Kirchenfragen folgende „politische Wertung" geschickt: „Es kann eingeschätzt werden, daß der Inhalt der Veranstaltung darauf zielte, eine Aufforderung zu sein, bestehende gesellschaftliche Normen nicht zu akzeptieren. […] Die Veranstaltungen waren psychologisch gut auf die Jugendlichen abgestimmt und hatten große Resonanz bei dem anwesenden Publikum, wie das der ständige Beifall bewies. Damit muß die Veranstaltung, die fast keinen gottesdienst-

176 Offener Brief von Hans Tschiche an Werner Walde vom 21.12.1981, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 231-232, hier: S. 231f.

177 Brief von Rainer Eppelmann an Erich Honecker vom 24.09.1981, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 178-180, hier: S. 179.

178 Vgl. ebenda, hier: S. 179f.

179 Vgl. „Beispiele für politisch-negative Aktivitäten im Kirchenkreis Berlin-Friedrichshain – insbesondere durch Jugendpfarrer Eppelmann" (1980), DO 4/766, Bl. 304ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lichen Charakter trug, als gefährlich eingeschätzt werden."[180] Die Staatsführung sah sich abermals veranlasst, Gespräche mit den Kirchenvertretern zu führen, um diese auf ihre „volle Verantwortung" für den Inhalt solcher Zusammenkünfte hinzuweisen. Erhard Krack, Oberbürgermeister von Ostberlin, erklärte in einem Gespräch mit Generalsuperintendent Grünbaum und Stadtjugendpfarrer Passauer, dass alle bisherigen Blues-Messen – entgegen den Zusicherungen der Kirche – von bestimmten Kreisen im kirchlichen Umfeld genutzt worden seien, um die sozialistische Staatsmacht und die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu diskreditieren. Der Oberbürgermeister wies die Veranstalter zudem darauf hin, dass eine erneute Verletzung der sozialistischen Gesetze nicht hingenommen werde.[181] Ungeachtet dessen erfreuten sich die Messen gerade aufgrund ihrer relativ offenen Kritik an der sozialistischen Gesellschaft wachsender Beliebtheit. In einer Aktennotiz des Amtes für Kirchenfragen wurde hierzu folgende Meldung des evangelischen Pressedienstes zitiert: „Blues-Messe in Ost-Berlin zog über 7 000 Jugendliche an. Der Gottesdienst musste drei Mal wiederholt werden, Pfarrer Rainer Eppelmann rief zu einem sinnvollen Leben, zu Mitmenschlichkeit und Verzicht auf."[182]

Aber auch außerhalb des Schutzraums Kirche wurde das ethisch oder politisch motivierte Bedürfnis sichtbar, sich friedenspolitisch zu engagieren – freilich oft um den Preis, der Existenzgrundlage beraubt, gesellschaftlich isoliert oder strafrechtlich verfolgt zu werden. Das Schicksal Robert Havemanns ist hierfür beispielgebend: Er hatte bereits 1964 die SED für deren Rüstungs- und Militärpolitik kritisiert und daraufhin sämtliche Ämter und Funktionen verloren. Bekannt wurde Havemann zunächst für seine Konzeptionen zur Veränderung des DDR-Sozialismus, die jedoch in den Hintergrund gerieten, seit er sich Anfang der 1980er Jahre zunehmend in der Friedensbewegung engagierte. Anlässlich des geplanten Bonn-Besuchs Leonid Breschnews im September 1981 schrieb Havemann einen offenen Brief, in dem er friedenspolitische Probleme mit der „nationalen Frage" des geteilten Deutschlands verknüpfte: „Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hatte. Jede Bombe […] sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Untergang näher."[183] Deshalb bräuchte man sowohl die Abrüstung als auch den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland. „Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen

180 Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi vom 20.4.1982 zur „Information über eine Kontrolle von sogenannten Blues-Messen in der Erlöserkirche Berlin-Lichterberg", BArch DO 4/766, Bl. 80-83, hier: Bl. 83.

181 Vgl. „Information über ein Gespräch des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der DDR, Berlin, Genossen Erhard Krack mit dem Generalsuperintendenten Grünbaum und dem Stadtjugendpfarrer Passauer" vom 1.7.1982, BArch, DO 4/766, Bl. 170-174, hier: Bl. 170ff.

182 Aktennotiz des Amtes für Kirchenfragen (ohne Datum), BArch DO 4/766, Bl. 165.

183 Offener Brief von Robert Havemann an Leonid Breschnew vom 20.9.1981, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 181-184, hier: S. 183.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werden, muß man uns schon selbst überlassen.“[184] Über die Unterschriftensammlung, welche sein Vorhaben unterstützen sollte, berichtete Havemann: „Die Schwierigkeit besteht darin, daß man in der DDR tatsächlich nicht öffentlich mit einer Unterschriftensammlung in Erscheinung treten kann, ohne sofort die größten Schwierigkeiten mit der Polizei zu bekommen.“[185] Aufgrund dessen, so Havemann weiter, müsse man die Möglichkeiten nutzen, die sich im privaten Kreis darböten; dort habe er stets von allen Anwesenden Unterschriften erhalten.[186] „Und so kann man sagen, […] daß diese relativ wenigen Unterschriften doch repräsentativ sind, wahrscheinlich beinah kann man sagen, für eine Mehrheit der Bevölkerung.“[187] Gewiss ist die letztgenannte Einschätzung Havemanns kritisch zu hinterfragen. Doch zweifelsohne sprach er für die „Oppositionellen“, wenn er jene Probleme und Gefahren benannte, die Aktionen aus der Mitte der Gesellschaft nach sich zogen.

Zwischen Havemann und dem Theologen Eppelmann entstand eine enge Verbindung, aufgrund welcher dann auch kirchliche und außerkirchliche Friedensgruppen näher zusammenrückten. In einem gemeinsamen Interview, dessen Abschrift in der DDR kursierte und die auch westlichen Medien zugespielt wurde, betonten beide bereits den Glauben an eine Wiedervereinigung Deutschlands. Havemann antwortete auf die Frage, wie er sich das wiedervereinigte Deutschland vorstelle, folgendermaßen: „Ich finde, beide deutschen Staaten haben Eigenschaften, die mir ganz und gar mißfallen. Bei der DDR mißfällt mir [das] völlige Fehlen der Freiheit des einzelnen gegenüber der Willkür des Staates. Das ist das, was ich diesem Lande und diesem System vorwerfe, was mich empört.“[188] Er halte zwar grundsätzlich an der sozialistischen Gesellschaftsordnung fest, würde diesen Anspruch jedoch zugunsten der Wiedervereinigung einschränken.[189] Dies zeigt eindrucksvoll die Wende, die Havemann – und mit ihm viele Andere – in ihrer Einstellung gegenüber dem Sozialismus vollzogen hatten.

Im Januar 1982 versuchten Eppelmann und Havemann, den „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ in Umlauf zu bringen, zu dessen Erstunterzeichnern auch Hans-Jochen Tschiche gehörte. Dieser Appell avancierte zu einem grundlegenden Dokument der staatsunabhängigen Friedensbewegung in der DDR: „Wenn wir leben wollen“, so der Appell, „fort mit den Waffen! […] Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen.“[190]

184 Offener Brief von Robert Havemann an Leonid Breschnew vom 20.9.1981, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 181-184, hier: S. 183.
185 Abschrift eines Interviews mit Robert Havemann und Rainer Eppelmann (ohne Datum), abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 185-194, hier: S. 186.
186 Vgl. ebenda, hier: S. 186.
187 Ebenda, hier: S. 186.
188 Ebenda, hier: S. 192.
189 Vgl. ebenda, hier: S. 193.
190 „Berliner Appell“, abgedruckt in: R. Eppelmann 2007, S. 123-124, hier: S. 123.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nicht nur die politische Führung, sondern auch die Bevölkerung sollte über folgende Punkte befinden können: „a) Sollten wir nicht auf die Produktion, den Verkauf und die Einfuhr von sogenanntem Kriegsspielzeug verzichten? b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichts an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen? c) Sollten wir nicht anstelle des Wehrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen sozialen Friedensdienst zulassen? d) Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern stattdessen dazu benutzen, den Friedenswille des Volkes kundzutun?“[191] Unmittelbar nach Veröffentlichung des Berliner Appells verhaftete das MfS Eppelmann für zwei Tage. Die Unterschriftenaktion zur Unterstützung des Aufrufs wurde dennoch fortgeführt. Mit Verweis auf das internationale Ansehen und die Glaubwürdigkeit der DDR-Friedenspolitik appellierte Havemann an die politische Führung, die Sammlung nicht weiter zu behindern.[192]

Nur einen Monat später reisten tausende junger Menschen nach Dresden, um sich anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt über Konzepte wie die „Erziehung zum Frieden“, den Wehrersatzdienst oder die vormilitärische Ausbildung auszutauschen. Außergewöhnlich war bei dieser Veranstaltung, dass die anwesende Polizei nicht eingriff, wodurch sich bisher einzigartige Diskussionsmöglichkeiten ergaben. Bischof Hempel wandte sich an die Jugendlichen, um ihnen als Christen beim Umgang mit den „Neins des Staates“ – wie beispielsweise das „Nein zum Wehrersatzdienst im sozialen Bereich“[193] – zu helfen. Die gewichtigsten Argumente des Staates seien, so der Bischof, die folgenden: „die verschärfte allgemeine Weltlage, die Verpflichtung unseres Landes innerhalb des Warschauer Paktes, die Verfassung der DDR und die Existenz von Bausoldaten, die Gewissensbedenken von Christen u.a. Rechnung trägt.“[194] Es müsse jedoch auf die Stimme der Andersdenkenden gehört, ja diese in die Zukunftsplanung einbezogen werden. Jugendpfarrer Harald Bretschneider fügte – begleitet von starkem Beifall – hinzu, dass es selbstverständlich die Gemüter bewege, weshalb in unserem Land so viel von Frieden gesprochen werde, aber zum Beispiel das Tragen der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ zu Schwierigkeiten führe.[195] In der anschließenden Diskussionsrunde wurden Fragen erörtert, welche die Teilnehmer vorab an ein Podium – bestehend aus Jugendpfarrer Bretschneider, Bischof Hempel, Superintendent Ziemer und anderen – richten konnten. So wurde beispielsweise um eine Stellungnahme der Kirche bezüglich der Frage gebeten, ob gewaltfreier Widerstand bzw. soziale Verteidigung

191 „Berliner Appell“, abgedruckt in: R. Eppelmann 2007, S. 123-124, hier: S. 123.
192 Vgl. Brief von Robert Havemann vom 25.3.1982, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 285-289, hier: S. 287.
193 Aus der Ansprache von Bischof Johannes Hempel auf dem Dresdner Friedensforum vom 13.2.1982, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 265-267, hier: S. 266f.
194 Ebenda, hier: S. 266.
195 Vgl. Ansprache von Jugendpfarrer Harald Bretschneider auf dem Dresdner Friedensforum vom 13.2.1982, abgedruckt in: W. Büscher 1982, S. 268-269, hier: S. 268.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

generell reale Alternativen zur Verteidigung durch Rüstung seien. Dies setze, so das Podium unter starkem Beifall des Auditoriums, eine sehr große demokratische Reife und politische Mündigkeit voraus – beides Dinge, die wünschenswert seien, die man jedoch in der DDR derzeit nicht erfolgreich praktizieren könnte. Demgegenüber wurde die Aussage, das Podium halte die Unterzeichnung des „Berliner Appells" nicht für zielführend, mit Pfiffen und Buhrufen abgelehnt. Bischof Hempel verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Grenzen kirchlicher Arbeit, die im Willen des Herrn begründet seien. Politische Freiheit sei zwar ein großes Gut, für das man werben solle; dennoch müsse jeder bedenken, dass es für die Kirche hier Grenzen gebe.[196] Weitere kritische Diskussionspunkte waren die anhaltenden Forderungen nach Einführung eines Schulfaches „Friedenserziehung" als Alternative zum obligatorischen Wehrunterricht sowie die Stellungnahme der Kirche zur Rede Werner Waldes über das Thema „Sozialer Friedensdienst". Kirchenpräsident Domsch äußerte sich zum letztgenannten Punkt folgendermaßen: „[Wir] verstehen es nicht, wie man solche Vorwürfe der Friedensfeindlichkeit, Verfassungsfeindlichkeit oder Sozialismusfeindlichkeit machen kann. Wenn man die Initiative der jungen Leute und die Initiative der Kirche kennt, kann man diese Vorwürfe eigentlich nicht machen."[197] Die Veranstaltung in der Kreuzkirche endete mit der Feststellung, Gott allein könne bewirken, dass die Menschen nicht mehr solche furchtbaren Zerstörungen erleiden müssten wie einst die Stadt Dresden. Gott allein bedeutete auf der zweiten Ebene: der „Friedensstaat DDR" jedenfalls nicht.[198] Die Teilnehmerzahl dieser Veranstaltung stieg jährlich; immer offener wurde dabei die Formel „je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden" in Frage gestellt und somit die Schwäche der staatstragenden Friedenspropaganda aufgedeckt.

3.3.3 „Schwerter zu Pflugscharen": einendes Symbol der Friedensbewegten

Über das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen" gelang es der staatsunabhängigen DDR-Friedensbewegung, ein nachhaltiges Wir-Gefühl zu erzeugen. In Vorbereitung der Friedensdekade 1980 wurde es zunächst über Lesezeichen und Plakate in Umlauf gebracht und anlässlich der im Folgejahr stattfindenden Dekade auch auf Vliesstoff gedruckt. Der bei den Jugendlichen immer beliebter werdende Textilaufnäher zeigt einen Schmied, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet, und orientierte sich dabei klug an einem Denkmal, welches die Sowjetunion der UNO in New York geschenkt hatte. Umso unverständlicher wirkten die Reaktionen der staatlichen Organe auf die Verbreitung des Symbols, nahm es doch auf gerade

196 Fragen und Antworten beim Dresdner Friedensforum vom 13.2.1982, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 270- 281, hier: S. 272ff.
197 Ebenda, S. 280.
198 Vgl. K. Wolschner 1982, S. 37.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

solche Werte Bezug, an welchen die DDR-Führung schon immer – vielleicht ja nur vorgeblich – ihr Handeln orientierte: „Niemand rechnete damit, daß das Symbol Anstoß bei staatlichen Stellen erregen würde. Das Bild des Denkmals war in der DDR schon mehrfach publiziert worden und war in dem damals aktuellen Geschenkbuch zur Jugendweihe enthalten.“[199] Als sich die enorme Verbreitung abzuzeichnen begann, sah sich die DDR-Führung veranlasst, dagegen gezielt vorzugehen. Drohungen staatlicher Organe vermochten jedoch die steigende Nachfrage – auch kirchenfremder Jugendlicher – nach den Textilaufnähern nicht zu stoppen. „Überall nähten oder klebten Jugendliche sie sich auf ihre Parkas, brachten sie an Taschen und Mützen an.“[200] Das Symbol wurde – nicht zuletzt aufgrund der Berichterstattung westlicher Medien – zu einem weit verbreiteten, verbindenden Zeichen friedensbewegter Menschen in der DDR. Aus dem Umstand, dass das gewählte Symbol einerseits formal-inhaltlich an den Anspruch sozialistischer Friedenspolitik angeknüpfte, andererseits jedoch eine christlich-biblische Vision und das aus ihr begründete Friedensverständnis ansprach, ergaben sich für die Staatsführung etliche Konflikte. Die „SED-Friedenskämpfer“ kamen durch das Verbot des – von ihnen selbst verwendeten – Symbols immer wieder in höchste Begründungsnot, enthielt es doch mit dem Hinweis auf ein Prophetenwort für die Anhänger einer staatsunabhängigen Friedensbewegung eigentlich „eine schlichte und rationale Handlungsanweisung und war mit dem Pathos alternativloser Wahrheit ausgestattet“[201]. Dies veranlasste die SED-Führung dazu, das Symbol auch ohne ideologische Begründung, allein durch den Einsatz von Machtmitteln, aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Lehrer, Schuldirektoren oder Polizisten zwangen die Träger des Aufnähers – nötigenfalls gewaltsam – zum Abtrennen desselben.[202] Der Erfolg solcher Gegenaktionen war jedoch begrenzt, zumal einige Jugendliche damit begannen, sich Löcher in Größe des abgetrennten Symbols in ihre Kleidung zu schneiden. Auch Versuche der FDJ, alternative Sinnstiftungsangebote wie beispielsweise „Der Frieden muss verteidigt werden – der Frieden muss bewaffnet sein“ zu installieren, schlugen fehl.

Im Frühjahr 1982 erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen mit der Parteiführung verkündete die sächsische Landeskirche folgende Anordnung der Staatsführung: „Wegen Mißbrauchs dürfen diese Aufnäher in Schulen und Öffentlichkeit nicht mehr getragen werden. Es wurde behauptet, sie seien jetzt zum Zeichen einer unabhängigen Friedensbewegung geworden; diese könne nicht geduldet werden. Sie beeinträchtigte die staatliche und gesell-

199 E. Neubert 1998, S. 399.
200 R. Henkys 1982, S. 17.
201 E. Neubert 1998, S. 400.
202 Vgl. dazu exemplarisch: Informationen über Maßnahmen gegenüber Trägern des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“ des Rat des Bezirks Dresden vom 7.4.1982, BArch, DO 4/771, Bl. 365.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schaftliche Tätigkeit zum Schutze des Friedens; daran werde deutlich, daß in Wirklichkeit der Frieden gar nicht gewollt werde."[203] Wer dem nicht Folge leiste, so die Anordnung weiter, müsse konkrete Konsequenzen wie die Entlassung aus Hochschulen und Erweiterten Oberschulen, die Versetzung von einer Polytechnischen Oberschule in eine andere, die Nichtzulassung zum Abitur, die Verweigerung einer Lehrstelle, Schulverbot und die Hinderung am Betreten des Betriebs befürchten, vor denen auch die Kirche keinen Schutz mehr bieten könne.[204] Die Mahnung der sächsischen Landeskirchenleitung, dass in den staatlichen Maßnahmen eine Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit gesehen werde, verhallte ungehört.[205] Auch ein Brief des Landeskirchenrates an die thüringischen Gemeinden gab zu verstehen, dass die Kirche nun nicht mehr in der Lage sei, mehr zu tun, als an alle Gemeindemitglieder zu appellieren, die jungen Menschen nicht allein zu lassen und gemeinsam Wege zu suchen, um miteinander das Anliegen von Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit darzutun.[206] Dabei sei gerade für Christen, aufgrund ihres Glaubens, die aktive Mitwirkung an der Erhaltung des Friedens notwendig, so das Schreiben des Landeskirchenrates mit Verweis auf eine Stellungnahme der KKL.[207] Die KKL versuchte in dieser Auseinandersetzung eine vermittelnde Rolle einzunehmen und den *politischen* Stellenwert des Bibelwortes argumentativ abzuschwächen. Dafür musste sich die Kirchenleitung allerdings von der Basis, und auch von einigen Pfarrern, heftige Kritik mit der Begründung gefallen lassen, sie lasse die von ihr selbst angestoßene Bewegung nun allein.

Trotz der offenen Konfliktlinien versammelten sich jedenfalls weiterhin Jugendliche, welche die Symbole der Friedensbewegung offen zur Schau stellten und damit die Konfrontation mit der Staatsführung bewusst in Kauf nahmen. So trafen sich beispielsweise im Sommer 1982 „über 10 000 junge Menschen bei Eisenach, 3 500 in Potsdam-Hermannswerder, 2 000 bei Burg" unter dem Motto „Frieden schaffen – ohne Waffen".[208]

3.3.4 Verstetigung, Vernetzung und Professionalisierung der politisch alternativen Friedensarbeit

Viele „unangepasste" Jugendliche waren zu dieser Zeit auch in den sogenannten „Friedenswerkstätten" engagiert, in denen sie unter anderem die kursierenden Positionspapiere diskutierten. Im Rahmen einer solchen Veranstaltung in der Erlöserkir-

203 Brief der Synode an die Jugendlichen der sächsischen Landeskirche vom 24.3.1982, abgedruckt in: W. Büscher et al. 1982, S. 290-292, hier: S. 290.
204 Vgl. ebenda, hier: S. 290.
205 Vgl. ebenda, hier: S. 291.
206 Vgl. Brief des Landeskirchenrats der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen an die Pfarrämter vom 27.3.1982, in: BArch DO 4/771, Bl. 302-308, hier: Bl. 305.
207 Vgl. ebenda, hier: Bl. 308.
208 Vgl. ebenda, hier: Bl. 308.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

che in Berlin-Lichtenberg im Sommer 1982 setzten sich die mehr als 3 000 Teilnehmer mit den Themen Wehrerziehung, wehrpolitische Propaganda und deren Einfluss auf Kinder sowie mit dem Inhalt des „Berliner Appells" auseinander, welcher mit Unterschriften unterstützt werden sollte.

Zunehmend verfestigte sich die Einschätzung der Staatsführung, derartige Veranstaltungen würden dazu instrumentalisiert, „konterrevolutionäre Ideen"[209] zu verbreiten. Im März 1984 wies die Parteiführung Generalsuperintendent Krusche vor der nächsten Friedenswerkstatt im Sommer desselben Jahres darauf hin, dass man keinesfalls von den politischen Bedingungen eines sozialistischen Staates absehen dürfe, wolle man die Wege zur Sicherung des Friedens festlegen. Eine „unabhängige" Friedensbewegung sei also nicht möglich. Gleichwohl könne christliche Friedensarbeit, die ihre Grundlage im Glauben habe, Verantwortung innerhalb der vorgegebenen Grenzen übernehmen. Krusche entgegnete, dass die dargelegten friedenspolitischen Positionen des Staates nicht ohne weiteres übernommen werden könnten, denn sie seien einzig vom Gedanken des Klassenkampfes getragen.[210] Grundlage und Streitobjekt des Gesprächs war dabei das von Krusche verfasste Positionspapier „Frieden schaffen – aber wie? – Plädoyer für eine politikfähige kirchliche Friedensarbeit", welches auch im Kontext der kommenden Friedenswerkstatt besprochen werden sollte. Darin heißt es: „Gerade weil es uns ernst mit der Sache des Friedens ist, müssen wir uns auf Politik einlassen – um des Bekenntnisses willen. Dabei können wir von den politischen Bedingungen unserer gesellschaftlichen Situation in der DDR nicht absehen. Das bedeutet nicht kritiklose Festschreibung der gegebenen Verhältnisse, aber ein Ernstnehmen der Realität. […] Kirchliche Friedensverantwortung nimmt teil an dem umfassenden ‚Prozeß der Verringerung von Gewalt, Not und Unfreiheit'."[211] Kirchliche Friedensarbeit unterstütze, so das Papier weiter, folgende Punkte: „alle vertrauensbildenden Maßnahmen, wie sie in der Schlußakte von Helsinki enthalten sind, mit dem Ziel, militärische Aktivitäten zu reduzieren, […] die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa, den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen durch alle Nuklearmächte."[212] Besonders interessant sind die folgenden Ausführungen zur gesellschaftlichen Relevanz des Friedens: „Kirchliche Friedensverantwortung wirkt auch bewußtseinsverändernd durch Betonung von Sachverhalten, die im gesellschaftlichen Umfeld (noch) nicht nachdrücklich genug bekanntgemacht werden, z.B.: […] Frieden kann nicht auf unge-

209 „Informationen über ein Gespräch mit Generalsuperintendenten Krusche und Stadtjugendpfarrer Passauer beim Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, Genosse Hoffmann, am 7.7.1983" vom 7.7.1983, BArch DO 4/766, Bl. 198-204, hier: Bl. 200.

210 Vgl. „Information über ein Gespräch des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres, Genosse Hoffmann, mit Generalsuperintendent G. Krusche am 26.3.1984" vom 27.3.1984, DO 4/766, Bl. 188-192, hier: Bl. 189f.

211 Abschrift von: „Frieden schaffen aber wie? Plädoyer für eine politikfähige kirchliche Friedensarbeit" vom 11.3.1984, BArch DO 4/766, Bl. 193-196, hier: Bl. 193ff.

212 Ebenda, hier: Bl. 195.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rechten Strukturen aufgebaut werden, Frieden setzt eine neue Weltordnung voraus, […] Verwirklichung der Menschenrechte ist ein Beitrag zur Friedenssicherung, denn Frieden nach außen und Frieden im Inneren eines Staates bedingen einander, der Umgang mit Minderheiten ist ein Test unserer Toleranz und Friedfertigkeit.“[213] Neben der Friedensproblematik standen also zunehmend auch Fragen eines „demokratischen Sozialismus“, der Menschenrechte und der individuellen Freiheit im Vordergrund. Im Rahmen der Friedenswerkstatt der Berliner Erlöserkirche im Juni 1986 stellte beispielsweise ein Theaterstück spielerisch dar, dass man erst die Mauer überfliegen müsse, wolle man die persönliche Freiheit finden.[214]

Neben diesen öffentlichen Veranstaltungen muss auch die Arbeit der zahlreichen Friedenskreise, -gruppen und -gemeinschaften erwähnt werden, beispielsweise des „Friedenskreises der ESG Naumburg“, des „Altenberger Friedenskreises“, des „Friedenskreises Pankow“, des Berliner Friedenskreises „Anstiftung zum Frieden“, des „Friedenskreises Friedrichsfelde“, des „Friedenskreises Vipperow“ oder der „Jenaer Friedensgemeinschaft“. Letztere setzte sich stark für den Sozialen Friedensdienst ein, entwarf mehrere Arbeitspapiere und erlangte nicht zuletzt deshalb einige Bekanntheit, weil sie bewusst aus dem Schutzraum der Kirche heraustrat. Nicht ohne Grund galt Jena als „heimliche Hauptstadt der DDR-Friedensbewegung“[215]. Roland Jahn, Mitbegründer der Jenaer Friedensgemeinschaft, wurde 1983, nachdem er bereits zuvor mehrfach verhört und auch verhaftet wurde, gewaltsam in die Bundesrepublik abgeschoben. Diese und ähnliche Fälle verdeutlichten immer wieder die Gefahr, in die sich die Oppositionellen selbst und ihre Familien brachten.

Für eine effiziente Arbeit der unterschiedlichen Gruppen und Kreise war es jedoch hinderlich, dass es an Vernetzung und stetigem Austausch untereinander mangelte. Sicherlich gab es enge persönliche Kontakte zwischen Einzelpersonen; doch allein damit war verlässliche Kommunikation und Koordination nicht möglich.[216] Der Versuch, insbesondere Hans-Jochen Tschiches, das Netzwerk „Frieden konkret“ aufzubauen, sollte diesem Zustand entgegenwirken. Im März 1983 fand in Ostberlin das erste Treffen unter der Überschrift „Konkret für den Frieden“ statt, an dem Repräsentanten von 37 Friedensgruppen teilnahmen. Auch die Staatssicherheit war alarmiert, da sie erkannte, welche Gefahren sich aus der Herausbildung fester Strukturen ergaben. In den folgenden Jahren sollte ein Fortsetzungsausschuss die Initiativen auch im Zeitraum zwischen den Seminaren weiterverfolgen.[217] Nach

213 Abschrift von: „Frieden schaffen aber wie? Plädoyer für eine politikfähige kirchliche Friedensarbeit“ vom 11.3.1984, BArch DO 4/766, Bl. 193-196, hier: Bl. 195.
214 Vgl. Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi mit „Informationen über den Verlauf der Friedenswerkstatt in der Berliner Erlöserkirche am 29.6.1986“ vom 30.6.1986, BArch DO 4/766, Bl. 387-393, hier: Bl. 391.
215 „Entwicklung in Jena“ (1986), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 15.
216 Vgl. E. Neubert 1998, S. 473.
217 Ebenda, S. 477.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Konkret für den Frieden II“ 1984 in Eisenach trafen sich 1985 abermals etwa 200 Vertreter der Basisgruppen in Schwerin. Neu gegenüber den vorangegangenen Zusammenkünften war die Beteiligung von Ökologie- und Entwicklungsarbeitsgruppen. Die sechste „Frieden konkret“-Veranstaltung fand 1988 in Cottbus statt. Eine der Arbeitsgruppen, überschrieben mit „Ziele und Forderungen für die nationale und internationale Politik“, formulierte stichpunktartig folgende Leitideen, die sie zukünftig in der DDR-Gesellschaft verwirklicht sehen wollten: „die politische Glaubwürdigkeit durch strukturell vorgesehene Partizipationen an Gestaltungsprozessen der Gesellschaft [herstellen] (Verwirklichung des Dialogs und der Offenheit nach innen und außen; die Ausreiseproblematik ist die Spitze eines Eisberges gesellschaftlicher Probleme); die Besinnung auf vorhandene und Entwicklung neuer Wertvorstellungen in der Gesellschaft […], die Berücksichtigung des Neuen Denkens in unserer Gesellschaft, wenn innenpolitische Probleme gelöst werden sollen.“[218] Zudem forderten die Gruppen offen „die pluralistische, demokratische und dezentralisierte Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR“[219]. Tschiche stellte in einem Schreiben, welches den Arbeitsgruppen vorab ausgehändigt wurde, in aller Klarheit fest, dass in diesem Umfeld nun eine neue Kultur heranwachse, die dem Hang zur Gewalttätigkeit widerstehe, menschenwürdige gesellschaftliche Strukturen entwickle, ausprobiere und durchsetze. Dieser Aufbruch rufe erwartungsgemäß den Widerspruch der Etablierten hervor und führe immer wieder zu staatlichem Vorgehen gegen diese Gruppen und zu deren gesellschaftlicher Verunglimpfung.[220] Auch wenn der politische Einfluss der Gruppen noch nicht ausreiche, um gesamtgesellschaftliche Veränderungen *durchzusetzen,* bekräftigte Tschiche folgenden Punkt: „Durch unsere Gruppen wird moralisch legitimiert eine kritische Öffentlichkeitsarbeit in der DDR hergestellt, die das Gespräch über notwendige Veränderungen in das gesellschaftliche Bewusstsein heben.“[221]

Für die kritische Öffentlichkeitsarbeit wurde auch weiterhin auf das Mittel der offenen Briefe bzw. Eingaben an die DDR-Regierung zurückgegriffen. Im UNO-Jahr des Friedens 1986 richteten Rainer Eppelmann, Wolfgang Templin, Peter Grimm und Ralf Hirsch einen solchen öffentlichen Brief an die DDR-Regierung, der unter anderem in der illegalen Zeitschrift „Grenzfall“ veröffentlicht wurde. Darin findet sich die Aussage, dass „nur ein innenpolitisch friedlicher Staat auch nach außen wirklich überzeugend für den Frieden wirken kann“[222]. Innerer Frieden bedeute, so die Verfasser, „die Garantie und praktische Durchsetzung der in der All-

218 „Information über die in Cottbus vom 26.-28.2.1988 stattgefundene Veranstaltung ‚Frieden konkret VI‘“ vom 1.2.1988, BArch, DO 4/777, Bl. 513-532, hier: Bl. 523.
219 Ebenda, hier: Bl. 531.
220 Vgl. ebenda, Bl. 529.
221 Ebenda, Bl. 529.
222 „Appell zum UNO-Jahr des Friedens“ (1986), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 1. Siehe auch: Der Spiegel vom 3.3.1986, S. 78 und BArch DO 4/766, Bl. 440.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegten Grundrechte zu vervollkommnen“[223]. Aus dieser Forderung leiteten sie überdies sehr konkrete Folgerungen ab: „1. Die Einschränkung der Reisefreiheit empfinden wir als Mißtrauen der Regierung gegenüber den Bürgern. […] Zur Vertrauensbildung erachten wir hierbei unter anderem als notwendig: a) Die uneingeschränkte Reisefreiheit aller Bürger. […] 2. Die Paragraphen 99 (Landesverräterische Nachrichtenübermittlung), 106 (Staatsfeindliche Hetze), 107 (Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß) und 218 (Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzeswidriger Ziele) usw. können so ausgelegt werden, daß sie elementare Menschenrechte einschränken. […] Daher ist unumgänglich: a) eine Amnestie aller nach Paragraphen 99, 106, 107 und 218 Verurteilten sowie die Einstellung aller aufgrund dieser Paragraphen laufenden Ermittlungsverfahren.“[224] Die Grundvoraussetzung für inneren Frieden sei zudem die Bereitschaft zum Dialog mit Andersdenkenden; daher solle die DDR-Regierung in Zukunft öffentlich auf deren Vorstellungen und Vorschläge eingehen. Als vertrauensbildende Maßnahme sowie als Schritt zur Erweiterung der realen Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung werde die Aufstellung unabhängiger Kandidaten bei Kommunal- und Volkskammerwahlen für unerlässlich gehalten. Die genannten Punkte seien, so die Verfasser, allesamt Vorschläge, die in der *öffentlichen und gesellschaftlichen* Diskussion behandelt und geprüft werden müssten.[225]

Im gleichen Jahr richteten auch Stephan Bickhardt, Bärbel Bohley und andere eine Eingabe an das Politbüro des ZK der SED, an Erich Honecker persönlich und an die Chefredaktion des Neuen Deutschland. Darin beanstandeten die Verfasser, dass zahllose Vorschläge aus der Friedensbewegung nicht zur Kenntnis genommen worden seien, so z.B. zum Verbot von Kriegsspielzeug oder zur Abschaffung des Wehrunterrichts.[226] Überdies mahnten sie an: „Friedens- und Sicherheitspolitik kann nicht allein eine Angelegenheit von Partei und Regierung sein. Denn Frieden ist Menschenrecht und folglich muß alles, was dieses Recht berührt, von jedem Mitglied der Gesellschaft diskutiert und mitbestimmt werden können. […] In der DDR existieren zur Zeit etwa 200 Friedensgruppen mit einigen tausend Mitgliedern, die sich innerhalb und außerhalb der Kirche friedenspolitisch engagieren. Die Diskussionen innerhalb dieser Gruppen spiegeln größtenteils die Meinungen weiter gesellschaftlicher Kreise wider.“[227] Das Schreiben betont, dass eine Veränderung nur durch den – bisher nicht stattfindenden – öffentlichen Dialog zu erreichen sei. Stattdessen aber würden gegen die Engagierten Repressalien wie die Verweigerung

223 Appell von Peter Grimm, Ralf Hirsch, Wolfgang Templin und Pfarrer Rainer Eppelmann an die Regierung der DDR, abgedruckt in: Der Spiegel vom 3.3.1986, S. 78-80, hier: S. 78.
224 Ebenda, hier: S. 78.
225 Vgl. ebenda, hier: S. 78ff.
226 Vgl. Eingabe von Uwe Bastian, Stephan Bickhardt und Bärbel Bohley vom 2.4.1986, SAPMO-BArch DY/30/IV 2/2.039, Bl. 3-18, hier: Bl. 15.
227 Vgl. ebenda, hier: Bl. 15.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Ausreise zu Besuchs- oder Urlaubszwecken, das Verbot an bestimmten Veranstaltungen teilzunehmen, der Verlust der Arbeitsstelle, Ermittlungsverfahren oder Verhaftungen ausgeübt.[228]

Wirksame Öffentlichkeitsarbeit musste zudem über die Herstellung und die Verbreitung eigener Druckerzeugnisse erfolgen. In einem Interview mit dem „RIAS" aus dem Jahr 1989 berichtet Rainer Schult, Mitglied des „Friedenskreises Friedrichsfelde", über den enormen Aufwand, Informationsmaterial zu publizieren.[229] Es gäbe eine Gruppe, so Schult, welche die eingereichten Texte bespreche; produziert werde aufwendig mit Wachsmatritzen. Dieses Verfahren wurde auch bei der Herstellung des „Friedrichsfelder Feuermelders" angewandt, eines 15-20 Seiten starken Blatts, welches sich – dem eigenen Anspruch nach – Weltthemen und Fragen nach Veränderungen innerhalb der DDR vornehme. Obwohl man in Berlin bisher einigermaßen schreiben könne, was man wolle, so Schult weiter, sei von staatlichen Stellen immer wieder durch Verhängung von Ordnungsstrafen – beispielsweise für den „Aufbruch" im Raum Forst oder den „Nachdruck" in Merseburg – eingegriffen worden. Die Verbreitung des „Friedrichsfelder Feuermelders" sei DDR-weit und erfolge über ein inzwischen erarbeitetes Verteilernetz aus verschiedenen Gruppen, innerhalb welchem die Blätter weitergegeben würden. Alles in allem könne man derzeit einen Kreis von 10 bis 20 000 Lesern ansprechen.[230] Darüber hinaus mussten die entstandenen Gruppen auf ihre Themen und Veranstaltungen phantasievoll aufmerksam machen. Das Anmieten von Räumen war ja ausgeschlossen, Werbung mit Plakaten ebenso und das Verteilen von Flugblättern war äußerst gefährlich. Stattdessen richtete man in einigen Städten „Lesecafés" bzw. „Lesebibliotheken" ein. Für große Empörung sorgte 1987 ein Überfall der Staatssicherheit auf die „Umwelt-Bibliothek" in Ostberlin: In zahlreichen Veranstaltungen wurde die Einstellung der Ermittlungsverfahren sowie die Rückgabe der beschlagnahmten Druckgeräte und anderer Arbeitsmaterialien gefordert.

Eng mit den Ereignissen um die „Umwelt-Bibliothek" ist auch die „Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)" verbunden, denn bei dieser MfS-Aktion sollten die Drucker eigentlich auf frischer Tat bei der Herstellung ihrer illegalen Zeitschrift „Grenzfall" ertappt werden. Die IFM formierte sich einst über den Wunsch, ein Menschenrechtsseminar zu veranstalten. In einem Dokument aus der Vorbereitungsgruppe zum Seminar heißt es: „In der Friedensbewegung wächst das Bewußtsein für den engen Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten. Viele Erfahrungen der letzten Jahre belegen, daß die Ziele von Friedensarbeit von der Durch-

228 Vgl. Eingabe von Uwe Bastian, Stephan Bickhardt und Bärbel Bohley vom 2.4.1986, SAPMO-BArch DY/30/IV 2/2.039, Bl. 3-18, hier: Bl. 16.

229 Vgl. Staatliches Komitee für Rundfunk: Mitschrift des Beitrages „Opposition in der DDR" des Radiosenders RIAS vom 25.7.1989, 19:00 Uhr, BArch DO 4/1386, Bl. 1007-1010, hier: Bl. 1007ff.

230 Vgl. ebenda, hier: Bl. 1008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

setzung demokratischer Grundrechte und -freiheiten abhängig sind."[231] Nach inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen den Seminarteilnehmern entstand dann aus einer kleineren Gruppe die IFM, welche sich alsbald mit folgenden Worten an die Öffentlichkeit wandte: „Friedensarbeit ist für uns auch immer ein Prozess notwendiger gesellschaftspolitischer Veränderungen. Diese innergesellschaftlichen Veränderungen sind nicht Bedrohung, sondern Vorbedingung für einen stabilen Frieden. Es muß eine breite Öffentlichkeit entstehen, die eine wirksame Kontrolle ausüben kann. Die Entstehung einer solchen kritischen Öffentlichkeit ist abhängig von der Garantie der Menschen- und Bürgerrechte. […] Die Garantie politischer Freiheitsrechte, die wir als unveräußerlich ansehen, kann […] nicht von den Herrschenden erwartet werden, sondern muss gegen sie durchgesetzt werden."[232] Gerade die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit – also politische Grundrechte für alle – sei der wesentliche Schritt auf dem Weg zur Demokratie. Es entspreche zudem, so die Schlussbemerkungen, dem Selbstverständnis der IFM, noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als seien sie bereits zugestanden.[233] Schon im Sommer 1986 erschien die erste Ausgabe des „Grenzfalls", die sich nicht zuletzt aufgrund ihrer stets betonten inhaltlichen Unabhängigkeit von den Kirchen in Oppositionskreisen großer Beliebtheit erfreute. Ziel der Herausgeber war es, ein DDR-weites Informationsnetz auf- und auszubauen und dazu Beiträge verschiedener Arbeitskreise, Berichte über die eigene Arbeit sowie Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen zu veröffentlichen. Etwa wurden in der zweiten Ausgabe die zahlreichen Ungereimtheiten bei der Wahl von 1986 angesprochen.[234] Ebenso wurde in dem Blatt offen über die Konflikte zwischen Basis und Kirchenleitung geschrieben: Die Basis kritisiere das zu undemokratische Vorgehen der Kirchenleitungen bei der Auswahl der Vortragenden sowie bei der inhaltlichen Gestaltung der Friedenswerkstatt 1986 und die Kirchenleitung werfe der Basis umgekehrt Arroganz und Aggressivität vor.[235] Doch, so die Frage des Grenzfalls, „[wie] sollen sich Menschen glaubhaft und erfolgreich für demokratische Verhältnisse im Lande und für den Weltfrieden einsetzen, wenn sie selbst Tag für Tag ihre Unfähigkeit, demokratisch und friedlich zu leben, beweisen?"[236] Mitglieder der IFM hätten überdies versucht, die Parteiführung mittels Eingaben auf Fehler und Probleme in den ver-

231 Dokument III der Vorbereitungsgruppe des Menschenrechtsseminars, zitiert nach: E. Neubert 1998, S. 598.

232 „Vorstellung der Initiative Frieden und Menschenrechte zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche", abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. VII.

233 Vgl. ebenda, S. VIII.

234 Vgl. „Wahl `86. Ein kurzer Rückblick" (29.6.1986), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 2.

235 Vgl. „Hausrecht durchgesetzt. Eindrücke von der Friedenswerkstatt `86" (1986), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 8.

236 Ebenda, S. 8. Der Grenzfall informierte zudem eingehend über die Anstrengungen Gorbatschows, einen Demokratisierungsprozess in der Sowjetunion einzuleiten.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schiedenen Bereichen von Staat und Gesellschaft hinzuweisen. „Die Lösungen können allerdings nur gefunden werden durch die Herstellung von Demokratie, die Schaffung von Transparenz auf allen Ebenen, der Kontrolle von unten nach oben und der öffentlichen Auseinandersetzung.“[237] Die IFM zeigte in ihren im „Grenzfall“ veröffentlichten Texten auch immer wieder ihre Solidarität mit den Verfassern der „Charta 77“, einer Petition gegen Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei. Pluralismus sei, so die Meinung der Autoren, ein übergreifender Wert, an dem sich auch die Diskussion über Menschenrechte auszurichten habe.[238] Der „Grenzfall“ aus dem Jahr 1987 berichtete kritisch über eine Rede des DDR-Volksbildungsministers Parr, der sich zum „Geschrei über angeblich fehlende Menschenrechte“ äußerte: „Diese Leute“, wird Parr zitiert, „hegen den Wunsch, damit Kräfte auf den Plan rufen zu können, die unter der Forderung nach mehr Demokratie die Untergrabung der Volksmacht verstünden, die unter Freiheit und Menschlichkeit die Beseitigung der Führung durch die Partei meinten und unter der Flagge der individuellen Freiheit im Sinne bürgerlicher Propaganda den Kampf gegen den Sozialismus führen wollen. Gewisse Leute hätten nie die Absicht aufgegeben, unter Mißbrauch der uns Kommunisten heiligen Werte wie Menschlichkeit und Freiheit Konterrevolution in Szene zu setzen.“[239] Wer jedoch damit liebäugle, unter dem Vorwand der Freiheit an den Grundfesten der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu rütteln, so Parr drohend, dem setze Partei und Staat auch künftig Grenzen.[240] Die IFM und der „Grenzfall“, der im Gegensatz zu anderen Erzeugnissen nicht das Label einer kirchen*internen* Publikation trug, erlangten bald großen Einfluss innerhalb der DDR-Opposition.

Das zum Teil komplizierte Verhältnis zwischen der Kirchenleitung und den Basisgruppen spiegelt sich auch in der Gründungsgeschichte der „Kirche von Unten (KvU)“. Diese konstituierte sich – nach der Absage der traditionellen Friedenswerkstatt durch die Kirchenleitung im Jahr 1987 – als eine Art Gegenveranstaltung zum Evangelischen Kirchentag. Grund hierfür sei, dass die Gruppen durch das offizielle Kirchentagsprogramm ihre Interessen nicht vertreten sehen.[241]

Für die Wahrnehmung der Gruppen war jedoch neben ihren schriftlichen Erzeugnissen auch regelmäßige Präsenz im öffentlichen Raum notwendig. Dafür ließen sich durchaus auch offizielle Veranstaltungen „mitbenutzen“. Exemplarisch sind hierfür die Begebenheiten während des Olof-Palme-Friedensmarsches im September 1987: Eigentlich von staatlicher Seite inszeniert, bot er den kirchlichen Kreisen und den oppositionellen Friedensgruppen ein unerwartet großes Publikum.

237 Werner Fischer (1986): SU – DDR, abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 29.
238 Vgl. „Brief an die Charta 77“ (1987), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 29.
239 „Geschrei von den Menschenrechten“ (1987), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 65.
240 Vgl. ebenda, S. 65.
241 „Kirchentag von Unten“ (1987), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 46.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die SED-Führung konnte deren Teilnahme nämlich nur schwer verhindern, da der Friedensmarsch über die DDR hinaus Beachtung fand und die Selbstdarstellung als Friedensstaat nicht gefährdet werden sollte. Somit stellte die Staatsführung den unabhängigen Friedensgruppen ungewollt eine Plattform zur Verfügung, auf der sich ihren Meinungen auf mitgeführten Plakaten Ausdruck verleihen ließ. Zur Abschlusskundgebung in Dresden verteilten sich etwa Mitglieder der Friedensgruppen auf dem Kundgebungsplatz mit Plakaten und Transparenten, auf denen für jedermann folgende Losungen zu lesen waren: „Frieden nach innen – Vertrauen nach außen", „Freizügigkeit zwischen Ost und West", „Eine Kultur des politischen Streits: 1. überhaupt, 2. bei uns", „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen – Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit".[242] Die Hoffnung, dass nach dem weitgehend friedlichen Verlauf der Veranstaltung nun eine Phase der Entspannung eingeleitet sei, erfüllte sich jedoch nicht.

Das zeigte sich schon bei der „Kampfdemonstration zum 69. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg" im Januar 1988. Bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung war dem ZK bekannt, dass 150 Antragsteller zu dieser Veranstaltung „mit Zitaten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu Fragen der Menschenrechte in Erscheinung treten wollen"[243]. Deshalb wurden unverzüglich Maßnahmen zur Sicherung des störungsfreien Verlaufs eingeleitet. Beispielsweise richtete man „entlang der Marschstrecke […] fünf Filtrierpunkte ein mit dem Ziel, Personen mit provokatorischen Sichtelementen herauszulösen und zuzuführen"[244]. Vera Wollenberger, eine der bedeutenden Kräfte der DDR-Friedensbewegung und Mitinitiatorin der KvU, wurde wegen der Beteiligung an dieser Demonstration zu sechs Monaten Haft wegen „Zusammenrottung" verurteilt.

Die kirchenunabhängigen Basisgruppen, aber auch die kirchlichen Gruppen setzten ihre Arbeit dennoch fort. Vom 26. bis 30. April 1989 fand in Dresden die dritte Vollversammlung der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" statt, bei der ein seit 1988 erarbeiteter Forderungskatalog angenommen wurde, an dem sich die christlichen Kirchen – aber auch viele Bürger – mit zahlreichen Zuschriften, Fragen, Erfahrungsberichten und Erwartungen beteiligten. Die Delegiertenversammlung sichtete mehr als 10 000 Vorschläge aus der Bevölkerung zu ihren drei Themenbereichen.[245] Das MfS stufte bereits deren erste Textentwürfe als „aktuellsten komplexen Forderungskatalog hinsichtlich gesellschaftspolitischer Veränderungen in der DDR"[246] ein. Wolle man

242 Siehe dazu „Olof-Palme-Marsch: Ergänzung" (1987), abgedruckt in: R. Hirsch/L. Kopelew 1989, S. 128f.

243 „Information über beabsichtigte Provokationen von Antragstellern in Berlin an die Abteilung Parteiorgane des ZK" vom 14.1.1988, SAPMO-BArch DY/30/IV 2/2.039, Bl. 40-43, hier: Bl. 40.

244 Ebenda, hier: Bl. 43.

245 Vgl. epd ZA Nr. 31 vom 15.2.1988, BArch DO 4/768, Bl. 74-78, hier: Bl. 76.

246 H. Falcke 2008, S. 107.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mehr Gerechtigkeit in der DDR, so der erarbeitete Katalog, seien viel mehr Formen der Teilnahme, Mitverantwortung und Mitwirkung der Vielen nötig.[247] Die fehlende Rechtssicherheit und das Eingabewesen machten den Bürger aber zum Bittsteller, der mit Rückwirkungen in ganz anderen Lebensbereichen rechnen müsse. Es fehle zudem an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Vom Bürger werde erwartet, dass er gerade das sage, was man hören wolle. Gerechtigkeit und auch Frieden ließen sich jedoch ohne einen öffentlichen Meinungsstreit mit den Bürgern in mündlicher und schriftlicher Form nicht durchsetzen.[248] In das Papier wurden aber auch offene und umstrittene Fragen aufgenommen: „Einige unter uns erkennen die soziale Sicherheit und die Sicherung der materiellen Grundbedürfnisse in der DDR als wesentlichen Erfolg auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit an. Andere betonen jedoch stärker die damit verbundenen Probleme."[249] Im Inneren eines jeden Staates seien Dialogbereitschaft und die Beteiligung der Bürger nötig, wolle man den Mangel an Vertrauen in die Regierung überwinden und gemeinsam den Frieden bewahren.[250] Zudem forderten die Friedensbewegten auch weiterhin die Anerkennung eines zivilen Ersatzdienstes im sozialen Bereich sowie das Recht auf Wehrdienstverweigerung.[251] Die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung war auch deshalb so bedeutsam, weil sie sowohl die Konfessionen untereinander als auch die Kirchenleitungen mit den oppositionellen Gruppen zusammenbrachte und deren weitere Arbeit maßgeblich beeinflusste. Gerade der verabschiedete Forderungskatalog inspirierte viele neue Parteien und Gruppen, die sich im Spätsommer bildeten und die Friedliche Revolution einleiteten.[252]

Auch in den Positionspapieren der kirchlichen Gruppen und der unabhängigen Basisgruppen wurden immer deutlichere Worte gesprochen. Mitarbeiter der „Kirche von Unten" richteten folgende Forderungen an die Regierung: „Freiheitsrechte wie Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit sind sofort zu gewähren, ohne den Gesamtzusammenhang einer wirklichen Neuordnung aus den Augen zu verlieren. […] Reformen kann uns niemand ‚von oben' zum Geschenk machen – wir müssen sie in Wahrheit und Solidarität erringen. Der Frieden, den Gott gibt, steht auf der Grundlage von Wahrheit, Buße, Gerechtigkeit und Liebe."[253] Ebenso fordere, nach Meinung der KvU-Mitglieder, eine wahre Gerechtigkeit, nämlich Gottes Gerechtig-

247 „Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. 3. Vollversammlung, 26.-30.4.1989, Dresden", BArch DO 4/1290, Bl. 1779-1862, hier: Bl. 1838ff.
248 Vgl. ebenda, hier: Bl. 1838ff.
249 Ebenda, hier: Bl. 1842.
250 Vgl. ebenda, hier: Bl. 1849.
251 Vgl. epd ZA Nr. 31 vom 15.2.1988, BArch DO 4/768, Bl. 74-78, hier: Bl. 77.
252 Vgl. H. Falcke 2008, S. 107.
253 Mitarbeiter der Berliner „Kirche von Unten": „Zu notwendigen Reformen in der DDR. Gerechtigkeit, Partizipation und Überlebensfähigkeit als alternatives Modell" (ohne Datum), SAPMO-BArch DY/30/IV 2/2.039, Arch. Nr.: 326, Bl. 20-26, hier: Bl. 20.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

keit, eine radikale Veränderung der Strukturen; diese könne nur von den Unterdrückten selbst kommen. Mit Bezug auf Gerechtigkeit könnten aber keinesfalls solche Reformen begründet werden, die von den Politikern selbst – und quasi als Zugeständnis – angeboten würden.[254] Gerade der Mangel an Partizipation sei ja die Ursache und das Ergebnis der heutigen Ungerechtigkeit. „Authentische Partizipation", so das Papier, „zielt auf die Macht des Volkes ab, eigenständig zu handeln, um sich von allen Formen der Verknechtung und Unterdrückung zu befreien und eine Gemeinschaft der Gerechtigkeit und der Menschenwürde, der Eigenständigkeit und Identität, der Freiheit und des Mitgefühls […] zu schaffen."[255] Der Wunsch nach Gerechtigkeit und Partizipation müsse sich auch in der Ausgestaltung der Wirtschaft widerspiegeln; weder die freie Marktwirtschaft, noch das sozialistische Modell seien hier sinnvoll. Diesen Grundsätzen folgt eine Aufzählung von über dreißig Forderungen dazu, wie die politische Ordnung zu gestalten sei: vom Wunsch nach freien und alternativen Wahlmöglichkeiten über die Verantwortlichkeit der Gewählten bis zur Mandatsentziehung durch den Wähler. Die friedlichen Massendemonstrationen in vielen Städten der DDR sowie der Zulauf, den die neuen Oppositionsgruppen verzeichnete, zeigten nach Meinung der KvU, dass die Passivität einiger Teile der Bevölkerung endlich aufgebrochen sei.[256]

Bald darauf nahmen die uns heute als Friedliche Revolution bekannten Ereignisse ihren Lauf. Ganz ohne Zweifel war an die Schaffung ihrer Voraussetzungen, ja auch noch an ihren frühen Phasen, die DDR-Friedensbewegung maßgeblich beteiligt. Die Analyse der Positionspapiere verdeutlicht, warum gerade der Frieden für das Aufbrechen von SED-Selbstverständlichkeiten und eine Neugründung der politischen Ordnung eine so große Rolle spielen konnte.

4. TRANSZENDENZ ALS RESSOURCE DER (DE-)STABILISIERUNG POLITISCHER ORDNUNG

Die Begründung, Verstetigung oder Transformation sozialer und politischer Ordnungen nutzt vielerlei Rekurse auf Transzendentes.[257] Die dabei ablaufenden wirklichkeitskonstruktiven Prozesse bestehen aus sinngeleiteten Handlungen, die über gemeinsame Situationsdefinitionen geprägt werden, welchen ihrerseits sprachlich

254 Vgl. Mitarbeiter der Berliner „Kirche von Unten": „Zu notwendigen Reformen in der DDR. Gerechtigkeit, Partizipation und Überlebensfähigkeit als alternatives Modell" (ohne Datum), SAPMO-BArch DY/30/IV 2/2.039, Arch. Nr.: 326, Bl. 20-26, hier: Bl. 22.
255 ebenda, hier: Bl. 23.
256 Vgl. ebenda, hier: Bl. 20ff.
257 Vgl. H. Vorländer 2011, S. 6ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

produzierte Sinnzuweisungen vorausgehen.[258] Für die DDR wurde oben exemplarisch gezeigt, dass die politische Führungsriege „durch eine weitgehend versuchte Kopplung von öffentlich-offiziellen Äußerungen an allgemein geteilte Werte und Bedürfnisse in der Bevölkerung“[259], ihre Transformation der ostdeutschen Gesellschaft zu legitimieren und die neue politische Ordnung zu stabilisieren suchte. Durch eine Reihe unterschiedlicher, propagandistisch aufbereiteter Transzendenzbehauptungen, welche weit über die konkreten politischen Strukturen hinaus auf höhere Sinnhorizonte verwiesen, versuchte die politische Führung die von ihr gewünschten Ordnungszusammenhänge auf Dauer zu stellen. „Solidarität“, „soziale Gerechtigkeit“, „materielle Gleichheit“, „sozialstaatliche Sicherheit“, „kollektive Arbeit“ und „Antifaschismus“ wurden als zentrale konstitutive Grundprinzipien der sozialistischen Gesellschaft herausgestellt; diese prägten vorgeblich die Handlungen und Maßnahmen der politischen Führung und gaben den neuen Strukturen Orientierung und Sinn. Die entsprechenden Transzendenzrekurse schienen vielfach geeignet, wertbegründeten Konsens zwischen der Partei und der Bevölkerung herbeizuführen und stellten zum Teil wirklich überzeugende Angebote gesellschaftlicher Sinngebung dar. Dies zeigt sich besonders sinnfällig bei der Transzendierung des Wertes „Arbeit“ und dessen Bedeutung für die bislang ein Gefühl der sozialen Unterlegenheit hegende Arbeiterschaft.

Aus der *Geschichtsteleologie* als übergeordneter „gegenwartstranszendierender Zukunftsorientierung“[260] wurden weitere Sinnvorgaben abgeleitet. Allgemein könne, so Michael Schenkel und Winfried Thaa, der wirkungsvolle Fortschrittsglaube in den Gesellschaften sowjetischen Typs durchaus als eine quasi-jenseitige Vorgabe für die Konstitution und Legitimation politischer Herrschaft gesehen werden; jenseitig zwar nicht im Sinne von göttlich, aber – der Verfügung der Individuen deshalb nicht weniger entzogen – im Sinne einer determinierten Zukunft.[261] Der gemeinsame Sinn- und Verhaltenshorizont stützte sich damit auf einen übergeordneten Rahmen von Transzendenzen, deren Inhalte allerdings *voluntaristisch* festgelegt wurden, nämlich durch die hegemoniale SED. Gewiss lässt sich nur schwer bestimmen, in welchem Maße wirklichkeitskonstruktive Prozesse in einem totalitären bzw. autoritären System tatsächlich durch Transzendenzrekurse Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen und zum *innen*geleiteten Handeln mobilisieren. In der SBZ/DDR war jedenfalls auch ein wirkungsvolles Terror- und Repressionssystem als Sekundärphänomen des Totalitarismus in der Aufbauphase entscheidend für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung der neuen Ordnungszusammenhänge.[262] Dennoch gilt auch für die SBZ/DDR: „Fehlt […] eine Teillegitimität […], so bleibt

258 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 76f.
259 R. Rühle 2003, S. 41.
260 W. Thaa/M. Scherrmann/I. Häuser 1992, S. 67.
261 Vgl. M. Schenkel/W. Thaa 1992, S. 253.
262 Vgl. W. J. Patzelt 1998, S. 256f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

beim geringsten Anstoß nur noch die Alternative zwischen Implosion und Repression“[263]. Denn freilich lassen sich handlungsleitende Situationsdefinitionen leichter durchsetzen, wenn sich zu den repressiven Methoden der „politics of reality“ auch transzendente Legitimitätsressourcen gesellen und die Vorfeldmethoden auf den „Reiz der Transzendenz“ setzen können. Transzendenzrekurse waren deshalb auch in der DDR eine wichtige wirklichkeitskonstruktive Ressource, derer sich die Akteure nachweislich bedienten. Vor allem diskursive und praktische Bezugnahmen auf den „Frieden“ waren dabei wichtig: Mit der Transzendenzkonstruktion eines „Friedensstaats-DDR“ gelang es der politischen Führung, an überwölbende Gemeinsamkeiten anzudocken und Handlungsressourcen innerhalb der Gesellschaft zu mobilisieren. Besonders für jene, die Verfolgung, Unterdrückung und Gewalt während der NS-Zeit erfahren hatten, erwies sich dieser Transzendenzrekurs als geeignet, eine Bindung an das neue Gemeinwesen herzustellen.

Insgesamt unterstützten vielerlei Symbole und Rituale, Narrationen und Bilder den Reiz des Friedens als eines transzendenten Wertes, der wie ein „Baldachin“[264] das gesamte Gemeinwesen überspannte. Praktisch-politisch wurden Rekurse auf den Frieden als „ultima argumentatio“ für die verschiedensten Ziele der Parteiführung eingesetzt und sollten akzeptanzstiftende Funktionen erfüllen. „Es wird jede Diskussion damit abgebrochen und überflüssig gemacht“, so Hans Schreiber, „indem es heißt: Bist du nun für den Frieden oder nicht?“[265] Dies allerdings ließ den – vormals gewisse Überzeugungskraft besitzenden – Friedens-Topos gegen Ende der 1970er Jahre nicht nur zu einem recht leeren (Tod-)Schlagwort verkommen, sondern rief jene (Abwehr-)Reaktionen hervor, die sich in den aufgeführten Schriftstücken und Aktionen widerspiegeln. Etwa löste die inhaltliche Konkretion des parteiideologischen Friedensbegriffes als „bewaffnete Verteidigung des Sozialismus“ vielerlei Unverständnis aus. Zumal in einem Staat, dessen wichtigste Legitimitätsressource anfänglich im propagandistisch aufbereiteten und symbolisch stark aufgeladenen Kampf gegen alle Erscheinungen des Militarismus lag, war – nicht nur aus Sicht der christlichen Bevölkerungskreise – die Kopplung faktischer Militarisierung mit dem Friedensanliegen nur schwer zu vermitteln.[266] Also sahen viele DDR-Bürger das überwölbende „Prinzip Frieden“ im Handeln der politischen Führung – insbesondere seit dem Ende der siebziger Jahre – nicht mehr eingelöst. Dies ist *eine* Antwort auf die von Wolfgang Pohrt aufgeworfene Frage danach, wie die Men-

263 W. Thaa 1992, S. 25.
264 Damit wird das sprachliche Bild Peter L. Bergers aufgegriffen, dessen Werk im Original den Titel „The Sacred Canopy“ trägt: P. L. Berger 1967.
265 Hans Schreiber, zitiert nach: W. Büscher et al. 1982, S. 315.
266 Vgl. S. Richter 2007, S. 49.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen in der DDR dazu kämen, ausgerechnet den Frieden zu wollen, obwohl man doch denken könnte, dass sie davon eigentlich genug hätten.[267]

Zu solchen widersprüchlichen Handlungen der Staats- und Parteiführung zählte gerade die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1962, in deren Folge die Kirche ihren eigenen Friedensbegriff zu sichern suchte. Später waren es die Einführung des Wehrunterrichts, die wachsenden außenpolitischen Risiken und nicht zuletzt die ständige Repression, denen sich von der Norm abweichende DDR-Bürger ausgesetzt sahen, was die Erfahrungen vieler junger Menschen prägte und deren Sinne für die wachsenden Widersprüche zwischen der Selbstdarstellung des Regimes und den „tatsächlichen Merkmalen der ‚außen' bestehenden Wirklichkeit"[268] schärften.

In Frage zu stellen, dass das Handeln der SED-Führung am vorgeblich das Gemeinwesen fundierenden Wert des Friedens ausgerichtet sei, war im Grunde von Anfang an eine Auseinandersetzung über nichts weniger als die Legitimität der SED-Herrschaft selbst. Kein Wunder also, dass allein „theoretisch" unverfängliche Diskussionen über die Art der staatlichen Friedensrekurse in der Öffentlichkeit gerade nicht geführt werden durften. Überall dort, wo Friedensbewegte die Bezugnahmen der Staatsführung auf den „Frieden" als Leerformel zur Machtsicherung erkannten und auf ihre politisch-praktisch beliebige Inanspruchnahme hinterfragten, zeigten sich dann auch die durch solche Widersprüche verursachten Störungen bisheriger Hintergrunderwartungen. Das aber, tausendfach erlebt und einander mitgeteilt, machte die alltagspraktische Basis des SED-Staates brüchig. Ferner wird deutlich, dass auch ein so allgemeines Prinzip wie Frieden der endlosen Variation für praktische Zwecke entzogen ist, also nicht beliebig instrumentalisiert werden kann. Seit Ende der 1970er Jahre waren jedenfalls Bezugnahmen auf das bislang eifrig proklamierte Ziel eines „Friedensstaates" der Stabilität politischer Ordnung kaum mehr dienlich.

4.1 Der Zerfall von Gemeinsamkeiten zwischen Herrschenden und Beherrschten

Winfried Thaa beschreibt für die 1980er Jahre ganz allgemein das Phänomen eines erst allmählichen und dann galoppierenden Zerfalls der Gemeinsamkeiten zwischen Herrschenden und Beherrschten.[269] Auch Siegrid Meuschel bemerkt für denselben Zeitraum einen – zunächst unauffälligen – Legitimitätsverfall. Als Ursache hierfür wird unter anderem ein tiefgreifender Wandel der Bedürfnis- und Wertstrukturen

267 Vgl. Wolfgang Pohrt: „Was geht uns Dresden an?", abgedruckt in: W. Büscher 1982, S. 302.
268 W. J. Patzelt 1987, S. 103.
269 Vgl. W. Thaa et al. 1992, S. 11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

seit den 1980er Jahren aufgeführt.[270] Dieser Wertewandel vollzog sich in direkter Abgrenzung zum SED-System und dessen ideologischen Fundamenten; insbesondere bei den Jugendlichen zeigte sich eine Abwehr gegen unglaubwürdig gewordene Gemeinschaftswerte.[271] Obendrein war die SED-Führung nicht in der Lage, auf die Realität solchen kulturellen Wandels zu reagieren und ihre legitimierenden Transzendenzbehauptungen diesen Veränderungen anzupassen. Bisherige Transzendenzrekurse, allzu starr und unbeweglich, vermochten es deshalb nicht, sich weiterhin gegen *alternative* Transzendenzrekurse und Ordnungsentwürfe zu behaupten. Die Folge war fortschreitender „Transzendenzverlust". Bisherige Letztbegründungen wurden nicht mehr geglaubt, neue nicht zugelassen. Also sank die Bereitschaft zur „Fügsamkeit in das Gewohnte, Eingelebte, Anerzogene"[272] und zur stillschweigenden Akzeptanz Anfang der 1980er Jahre unaufhaltsam. Ulrike Poppe führt diese Entwicklung auf die Sozialisationsmängel der nach 1960 Geborenen zurück: Sie seien unter anderen Bedingungen aufgewachsen als ihre Vorgängergeneration und stellten andere – kommunikative – Ansprüche an das System.[273] Sie hatten überdies ein gesteigertes Bedürfnis, auch Fragen zur gesellschaftlichen Sinnorientierung zu stellen. Offenbar wurden die für die Aufrechterhaltung bisheriger Wirklichkeit ausschlaggebenden Bestände an Wissen und Hinnahmebereitschaften von vorgeblich „Unverfügbarem" nicht erfolgreich im Sozialisationsprozess an nachfolgende Generationen weitergegeben. Gelingt das aber nicht, so beginnt eine neue Generation über bisherige „Unverfügbarkeiten" eben doch zu verfügen – zunächst durch Hinterfragen, und am Ende durch bewusstes Umdeuten und Verändern.

Zwar versuchte die Parteiführung auch weiterhin, Widersprüchliches dem öffentlichen Diskurs zu entziehen und alternative Wirklichkeitsbeschreibungen abzuwerten. Überhaupt bedeute jede Art „oppositionellen Verhaltens", so Karl Eduard von Schnitzler, gegen die sozialistische Friedenspolitik zu opponieren; das aber sei ein Verbrechen, weshalb man sich mit solcherlei Menschen weder im Parlament noch an der Wahlurne auseinandersetzen dürfe.[274] Die Grunderfahrung derer, die sich friedenspolitisch engagieren wollten war somit, aus der Mitgestaltung an der eigenen Wirklichkeit ausgegrenzt zu sein. Die fortschreitende innerliche Abkehr der diese Wirklichkeit in tausenden von Alltagssituationen reproduzierenden DDR-Bürger war somit kaum mehr aufzuhalten. Allein der alle gesellschaftlichen Berei-

270 Vgl. Befragung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, zitiert nach: I. Häuser 1992, S. 210.
271 Vgl. I. Häuser 1992, S. 213.
272 Max Weber, zitiert nach: S. Meuschel 1992, S. 24. Nach Max Weber ruht die empirische Geltung gerade einer rationalen Ordnung in der Fügung in das Gewohnte.
273 Vgl. U. Poppe 1995, S. 244ff.
274 Vgl. Karl Eduard von Schnitzler in der Fernsehsendung „Schwarzer Kanal" (1968), zitiert nach: U. Poppe et al. 1995, S. 15.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

che umfassende Unterdrückungs- und Disziplinierungsapparat begrenzte die Möglichkeiten politisch alternativen Handelns in unberechenbarer Weise.

Nach Thaa befördern gesellschaftliche Differenzierungsprozesse auch die Entstehung neuartiger Öffentlichkeiten; und eben damit seien neue, im eigentlichen Sinne erst politische Vergesellschaftungs- und Legitimationsformen auf die Tagesordnung gesetzt worden.[275] Die Kirche, als Ersatz für die vom Staat verweigerte Öffentlichkeit, war nicht nur wegen ihrer besonderen Stellung im System und aufgrund ihrer „Infrastruktur" wichtig, sondern auch aufgrund ihrer Anerkennung als Sachwalterin von Transzendenzformeln wie „Frieden" oder „Gerechtigkeit". Zudem konnte auf die im – zwar begrenzten, aber gleichwohl geschützten – öffentlichen Raum der Kirchen bewahrten Potentiale alternativer Denk-, Verhaltens- und Begründungsmuster zurückgegriffen werden, wenn man sich von den vorgegebenen Sprachregeln im öffentlichen Raum befreien wollte. Lose strukturierte, aber dennoch kontinuierliche Kommunikationszusammenhänge entstanden auf diese Weise, in denen sich „die Beteiligten der Gemeinsamkeit ihrer gesellschaftlichen Randständigkeit bewußt wurden und über die Produktion gemeinsamer Problemdeutungen eine kollektive Identität als Angehörige eines besonderen einheitlichen sozialen Zusammenhangs auszubilden begannen"[276]. Bald sah sich die SED „einer aus der Friedensbewegung entstehenden und von der evangelischen Kirche geschützten Gruppenszene gegenüber, die, direkter Kontrolle entzogen, Diskussionszusammenhänge aufbaute und oppositionelle politische Forderungen entwickelte"[277]. In diesen Teilöffentlichkeiten – zu denen auch die alternative Kunst- und Literaturszene gehörte – konnte man eine Wiederbelebung kritisch-bürgerlicher Öffentlichkeit entdecken, in deren Diskurse eine Vielzahl solcher Transzendenzbehauptungen eingebettet waren, die letztlich „‚alte' Ordnungen sprengen bzw. ‚neue' Ordnungen etablieren [sollten]"[278].

4.2 Diskursive Transzendenzrekurse innerhalb der Friedensbewegung

Welche transzendenten Ressourcen aber haben konkret jenen Sinn- und Verhaltenshorizont erzeugt, der die neuen sozialen Gruppen zu konstituieren und neu entstandene Ordnungszusammenhänge zu stabilisieren in der Lage war? Auf welche zentralen Werte, Letztbegründungen oder moralischen Ideale stützten die Akteure ihre Ordnungsvorstellungen? Wie wurde alternativen Wirklichkeitsbeschreibungen durch Transzendenzrekurse der Weg geebnet? Auf der Suche nach den Ressourcen der Selbstlegitimation der friedensbewegten Gruppen und Kreise im oben dargeleg-

275 W. Thaa 1992, S. 38f.
276 J. Wielgohs/C. Johnson 1997, S. 344.
277 W. Thaa/M. Scherrmann/I. Häuser 1992, S. 62.
278 H. Vorländer 2011, S. 14.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten Material geraten zunächst natürlich Verweise auf den „Frieden“ in den Blick. „Frieden“ war eine übergreifende Bezugnahme, die deshalb einiges Protestpotential in sich trug, weil sich hierin die Legitimitätsressourcen sowohl der sozialistischen Partei als auch der politisch alternativen Gruppen überschnitten. Die Intentionen beider Akteursgruppen waren freilich völlig verschieden.

Frieden, so Sebastian Richter, sei ein Topos, vor dem man sich in Acht nehmen solle: „Für die verschiedensten Menschen hat er seit jeher die allerverschiedensten Sachen bedeutet. Sonst könnten sie sich nicht alle so bereitwillig und allgemein auf den Frieden einigen.“[279] Jedoch bargen die unterschiedlichen inhaltlichen Konkretisierungen im vorliegenden Fall großes Konfliktpotential. Bereits mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1962 und der Bausoldatenregelung standen einander christlich-pazifistische Deutungsmuster des Friedensbegriffes und staatliche Parolen vom „bewaffneten Frieden“ gegenüber. Tatsächlich wurde dieses diskursive Ereignis zum Ausgangspunkt für ein – freilich asymmetrisches – Ringen um Deutungsmacht. Ebenso gab die Einführung des Wehrunterrichts im Jahr 1978 der Gründung von Friedensgruppen innerhalb der Kirche neuen Auftrieb, deren Materialien wie Informationsblätter, Handreichungen oder Eingaben oben vorgestellt wurden. Die Analyse dieser Primärquellen zeigt, dass neben diskursiven Bezugnahmen auf die „Gewissensfreiheit“ insbesondere von Seiten der Kirchenleitung dabei zunächst auf den „Glauben an Gott“, auf den im „Evangelium begründeten Friedensauftrag“ oder auf das „Friedenszeugnis der Christen“ als Konstituenten jenes noch höherrangigen und gänzlich unverfügbaren Sinnhorizonts hingewiesen wurde, der alle Situationsdefinitionen präge und aus welchen sich konkrete Handlungsanweisungen für Christen ableiten ließen. Die friedenspolitisch Engagierten leiteten somit die Notwendigkeit ihres Einsatzes aus einer übergeordneten religiösen bzw. moralischen Ordnung ab, die natürlich ganz andere Kontexte des Friedensgedankens wichtig machte als jene, die der SED am Herzen lagen. Gruppen und Arbeitskreise entstanden, deren letzte Motivation sich aus der „Friedensverheißung des Evangeliums“ ergab – einem Ziel, das erst recht jedem Einzelnen übergeordnet war und dem eigenen Handeln einen höheren, mit säkularen Argumenten schlechterdings nicht zu überbietenden Sinn verlieh.

Nun verhalfen die Kirchen aufgrund ihrer Stellung nicht nur religiösen oder kirchlichen Bestrebungen Ausdruck.[280] Konstitutives Merkmal gerade der Friedensgruppen war vielmehr ihre heterogene Zusammensetzung aus Jugendlichen, aber auch älteren Erwachsenen, die bereits in unterschiedlichen oppositionellen Zusammenhängen aktiv waren, sowie kirchlichen Mitarbeitern und Gemeindemitgliedern, die den sozialistischen Überzeugungen kritisch gegenüber standen.[281] Diskursive

279 C. Wright Mills, zitiert nach: S. Richter 2007, S. 47.
280 Vgl. H. Knabe 1988, S. 533.
281 Zur Zusammensetzung des politisch alternativen Milieus siehe J. Wiegohls/C. Johnson 1997, S. 332, FN 17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und praktische Bezugnahmen auf sinnstiftende Ressourcen beschränkten sich somit keinesfalls auf *religiöse* Unverfügbarkeiten. Doch eben diese umgaben die rein ethischen oder politischen Argumentationsmuster mit einer noch viel weiteren und sie gleichsam schützenden Hülle. Im Übrigen war die Verbindlichkeit speziell religiöser Transzendenzbehauptungen und die Bereitwilligkeit, sich für sie aufzuopfern nicht groß genug, um friedenspolitisches Engagement über das christliche Milieu hinaus zu mobilisieren und konzertiertes Handeln anzuleiten. Das wiederum bewahrte den kirchlichen Bereich zunächst vor Angriffsflächen, die einer rein politisch motivierten Überdehnung geschuldet sein konnten.

Die Analyse der Dokumente zeigt deutlich, dass pazifistische Konkretisierungen zum *äußeren Frieden* – beispielsweise die Verurteilung des nuklearen Wettrüstens, mit der an die weltweit erstarkende Friedensbewegung angeschlossen wurde – stets eng an Konkretisierungen zum *inneren Frieden* gekoppelt waren: „Hass und Gewalt" wurden allgemein in ihren Wirkungen als „inhuman" dargestellt. Viele auch nicht-christliche Akteure gaben dabei ihrem persönlichen Gefühl der Angst und Bedrohung den Vorrang vor der systematisch weltanschaulichen Deutung.[282] „Glaubwürdigkeit", „ehrliches Vertrauen" und „Verantwortung" gehörten zu jenem ultimativen Horizont, an dem sie selbst ihr Handeln ausrichten wollten, wodurch allein ein stabiler Frieden zu erreichen sei – und was man deshalb auch vom „Friedensstaat" fordere.

Mit der diskursiven Koppelung des „Friedens" an die für die Friedensbewegten unumstößlichen innerweltlichen Transzendenzrekurse auf „Gewissensfreiheit" und „Vertrauen" wurden die Grenzen der staatstragenden Friedensrhetorik schon weit überschritten. Deutlich wies man so über die bestehende Ordnung von Politik und Gesellschaft hinaus. Gleiches galt für die zur Begründung des Konzeptes „Erziehung zum Frieden" eingesetzten Bezugnahmen auf „Mündigkeit und Verantwortung". Zudem sollten die von der Parteiführung vorgegebenen und mit Anspruch auf Alleingültigkeit auftretenden Überzeugungen, Werturteile und Ansichten kritisch hinterfragt werden. Damit rüttelte man bereits am Glauben, es existierten gemeinsame Situationsdefinitionen zwischen den Trägern und den Opponenten des SED-Staates. Frieden verbanden die Friedensgruppen – gerade aber nicht die SED – mit der Aufgabe, „Gewalt", „Ungerechtigkeit" und „Unfreiheit" zu verhindern, wie sie die meisten Akteure der Friedensgruppen inzwischen auch persönlich erfahren hatten. Über diese sinnkonstitutiven, jedoch nicht vornehmlich christlich-religiösen Transzendenzbehauptungen konnte ein größerer Personenkreis erreicht und mobilisiert sowie in stabile Gruppenstrukturen gebracht werden.

Mit dem „Sozialen Friedensdienst" 1981 versuchten die Friedensbewegten dann auch ganz konkret, eigene Entwürfe in den Ordnungsdiskurs einzubringen. Dieser Diskurs innerhalb der zweiten Öffentlichkeit, der durch die Friedensthematik ange-

282 Vgl. dazu S. Richter 2007, S. 61.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

regt war, sich aber keineswegs in ihr erschöpfte, entwickelte sich dann zu einer nicht mehr versiegenden Quelle kritischen Bewusstseins, offenbarte „Orientierungsbedürfnisse“[283] und wurde zum wichtigen Mittel einer Selbstvergewisserung darüber, welchen Werten absolute Geltungskraft zukomme solle, welche also wirklich als „unverfügbar“ zu behandeln wären – unverfügbar gerade auch für einen Staat, der in der Praxis auf ganz andere Unverfügbarkeiten setzte. In allen größeren Städten, aber auch einigen ländlichen Gemeinden, bildeten sich nun Friedensgruppen, die zwar noch relativ unabhängig voneinander arbeiteten, deren Handlungen jedoch die bislang wirklichkeitskonstruktiven Prozesse irritierten.

Aufgrund der zutreffend erkannten Gefahr einer Aushöhlung ihres Orientierungsmonopols versuchte die SED-Führung, ihre schwindende Deutungsautorität über den Friedensbegriff mit Verweisen auf das notwendige „Vertrauen in den Sozialismus“, auf die „Staatsräson“ oder auf die „Vorgaben der Verfassung“ zu kompensieren, welche nun einmal eine allgemeine Wehrpflicht vorsehe. Aber nicht nur mittels solcher Verweise auf die „ureigensten Rechte des Staates“ wollten die politischen Akteure bestehende Situationsdefinitionen absichern. Vielmehr wurden die Vertreter alternativer Unverfügbarstellungen als „wirklichkeitskonstruktive Störer“ identifiziert, so gut es ging ihrer Kommunikationsmöglichkeiten beraubt, öffentlich als Feinde der bestehenden, vorgeblich guten Ordnung etikettiert, entsprechenden öffentlichen, auch gerichtlichen Anklagen unterzogen und – gestützt auf solche, seitens des MfS auch ganz methodisch betriebenen Vorarbeiten – zudem physisch ausgegrenzt: Inhaftierung und faktischem Verkauf nach Westdeutschland. Denn Hinweise auf die „Verfassungsfeindlichkeit“ der Aktionen solcher Friedensgruppen meinten ja nichts anderes, als dass weitere Aktivitäten strafrechtliche Konsequenzen nach sich zögen.

Der zunehmende Funktionsverlust eigener Transzendenzressourcen des SED-Staates war so jedoch nicht aufzuhalten und überdies nur schwer zu kompensieren. Die Friedensrhetorik – obwohl immer noch eingesetzt – hatte jedenfalls ihr sinnstiftendes und geltungsbegründendes Potential eingebüßt. Seit Beginn der 1980er Jahre fiel es dann der SED-Führung immer schwerer, ihre außen- und innenpolitischen Positionen ideologisch überzeugend zu begründen: Zunehmende Widersprüche nicht nur zwischen Sein und Schein, sondern auch zwischen gleichzeitig verwendeten Argumentationsketten waren die Folge. Die Anerkennung der Ordnung der DDR aufgrund ihrer Letztbegründungen sank deshalb weiter. Thaa et al. beschreiben, dass zu dieser Zeit auch die eschatologische Dimension der kommunistischen Zielkultur, das Beschwören utopischer Visionen, in den Hintergrund trat.[284] Dieser Bedeutungsverlust „gegenwartstranszendierender Zukunftsvisionen“[285] – den quasi-

283 R. Rühle 2003, S. 54.
284 Vgl. W. Thaa/M. Scherrmann/I. Häuser 1992, S. 64.
285 Ebenda, S. 67.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

jenseitigen Vorgaben zur Konstitution der politischen Herrschaft – blieb natürlich nicht ohne gravierende Folgen, denn es lief auf den Wegfall überhaupt sinnstiftender und geltungsbegründender Ressourcen hinaus.

Die zu Beginn der 1980er Jahre aktiven alternativen Gruppen und Kreise handelten, so Ulrike Poppe, zwar nicht im Bewusstsein, die politische Wirklichkeit und die Macht der SED anzufechten.[286] Doch faktisch bargen jene übergeordneten Prinzipien und Werte, mit denen deren Akteure ihre Ordnungsvorstellungen und Handlungen legitimierten, genügend destruktives Potential hinsichtlich der Wirklichkeitskonstruktion des SED-Staates. „Indem sie […] der moralischen Depravierung die Entwicklung und Gültigkeit authentischer und moralischer Wertsetzungen entgegenstellten, trafen sie den Nerv des politischen Systems: die auf der vorgestellten Einheit von Gesellschaft und politischer Macht basierende Legitimität des SED-Regimes."[287] „Vertrauen" und „Wahrheit" gehörten somit zuvorderst zu jenen transzendenten Sinnverweisen, mittels derer die Situationsdefinitionen der politischen Führung in Frage gestellt wurden und sie taten es umso wuchtvoller, als sie Teil des die ganze DDR legitimierenden Friedensdiskurses waren. Der vorn aufgeführte „Berliner Appell" gründete seine Forderungen auf ein „Recht auf freie Meinungsäußerung"; etwa darauf, nur unter solchen Bedingungen könne überhaupt über „Frieden" geredet werden. Auch im Kontext der Friedensgespräche in Dresden wurde – begleitet von großem Beifall – auf „politische Mündigkeit", „demokratische Reife" und „Freiheit" als jene wichtigen Konstituenten einer Gemeinschaft und des Friedens verwiesen, die in der DDR bislang verdrängt und unterdrückt wurden. Auf diese Weise konnte man die Friedensthematik auch nicht länger losgelöst von der realen gesellschaftlichen Situation und den persönlichen Erfahrungen der DDR-Bürger verhandeln. Also konnte es schwerlich ausbleiben, dass der Friedensbegriff bald auch an die Gewährung individueller Menschen- und Freiheitsrechte geknüpft wurde. Und auf diese Weise zeigten sich mehr und mehr die Konstituenten einer wünschenswerten neuen politischen Ordnung – weit entfernt von dem, was in der DDR erlebbar war.

Die anlässlich des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen" geführten Auseinandersetzungen belegen, dass über symbolische Sinnproduktion auch die Deutungsmacht der politischen Führung auf der SED höchst peinliche Weise in Frage gestellt wurde. Die „SED-Friedenskämpfer" kamen nämlich durch das Verbot des Symbols immer wieder in höchste Begründungsnot. Denn einerseits verwendeten sie es selbst und andererseits enthielt es mit dem darin angesprochenen Bibelwort einen Kernbestandteil des gegnerischen Diskurses. Das Friedenssymbol vermittelte jedoch in seiner einfachsten Interpretation nicht mehr als eine gegen die offiziellen Deutungsweisen gerichtete Ablehnung einer Militarisierung des gesellschaftlichen

286 Vgl. U. Poppe 1995, S. 247.
287 I. Häuser 1992, S. 151.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lebens, für viele Friedensbewegte hatte diese Symbolisierung des Transzendenten zudem eine gemeinschaftsstiftende Funktion über ihr aktuelles Handeln hinaus, erkannten die „Hüter der Friedensnorm" hier doch einen gemeinsamen, nicht überbietbaren Horizont ihres Handelns. Die Entproblematisierungsmethode der Parteiführung, nach der eine Unterscheidung zu treffen sei zwischen der „eschatologischen Hoffnung auf Frieden" und der Notwendigkeit, die „sozialistischen Errungenschaften hier und jetzt zu verteidigen", scheiterte.[288] Also musste sie auf Repressionsmaßnahmen zurückgreifen. Diese erschwerten sehr wohl eine Erweiterung des Friedensdiskurses über die Grenzen der nun unter Verfolgungsdruck geratenen Gruppen hinaus. Obendrein zeigte sich in ihm immer deutlicher, dass auch hier eine überstrapazierte, weil zu oft abgerufene, Norm wie „Frieden" eine für weitere Zwecke unzureichende Berufungsgrundlage ihres *politischen* Protests war.[289] Die Friedensnorm eröffnete einfach zu viele Handlungsmöglichkeiten, als dass sie – über die Kritik am SED-Staat hinaus – ein nachhaltig konzertiertes Handeln sowie das Bündeln der gesellschaftlichen Kräfte alleine ermöglicht hätte.

Mit der Gründung des Netzwerks „Konkret für den Frieden" im Jahr 1983 wurde versucht, der bestehenden Fragmentierung der Gruppen entgegenzusteuern. Es galt ja immer noch: Auch wenn die politisch alternativen Gruppen von relativer Heterogenität geprägt waren, so einte sie doch die gemeinsame Erfahrung der Ausgrenzung und dass sie über ein alternatives Wertgefüge den offiziellen parteilichen Setzungen gesellschaftspolitische Gegenentwürfe entgegensetzten.[290] Doch angeregt von innen- und außenpolitischen Ereignissen sahen sich einige Gruppen veranlasst, ihr Engagement über die Friedenspolitik hinaus zu erweitern. Natürlich führte eben das immer wieder zu Auseinandersetzungen mit einer Kirchenleitung, welche zwar Gruppen schützen konnte, die das – auch religiös begründbare – Werk des Friedens tun wollten, schwerlich aber solche, die einfach als politische Opposition agieren wollten. Ab Mitte der 1980er Jahre kann man jedenfalls einen auffälligen Wandel in den bearbeiteten Themen feststellen: Nun gerieten nicht mehr nur einzelne Phänomene der DDR, sondern ihr gesamtes Gesellschaftsmodell in den Fokus.[291] Kontinuierlich wurden dabei die Grenzen des Diskurses erweitert und neue Ordnungsvorstellungen über den Verweis auf „alternative Unverfügbarkeiten" begründet.

Wenn die Annahme stimmt, dass die Stabilität einer Ordnung im Wesentlichen von ihrer störungsfrei ablaufenden Reproduktion in Tausenden von Alltagssituationen abhängt, also von der handlungsleitenden Nutzung von Selbstverständlichkeiten, die – zumindest öffentlich – nicht hinterfragt werden, so zeigt sich aufs Klarste das destabilisierende Potential, welches aus der Arbeit jener Gruppen hervorging

288 Vgl. S. Richter 2007, S. 63.
289 Vgl. ebenda 2007, S. 71.
290 Vgl. I. Häuser 1992, S. 228.
291 Vgl. dazu S. Richter 2007, S. 33.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und das die politische Führung, trotz aller Repressionen, nicht zu unterdrücken vermochte. Im Diskursverlauf der Gruppen setzte sich zudem die Einsicht durch, dass die Frage nach den Vorbedingungen von Frieden keineswegs von der Frage nach der Garantie von Menschenrechten zu trennen sei. Verweise auf den Frieden blieben dann zwar weiterhin wichtige transzendente Legitimationsgrundlagen, doch Rekurse auf Menschenrechte standen bald im Vordergrund. Durch Heraustreten aus dem geschlossenen Diskursraum der Kirche, versuchten einige Gruppen, sich von ihren inhaltlichen Begrenzungen zu lösen, die ein Verbleiben im kirchlichen Schutzraum nun einmal mit sich brächte. Ziel war es, einen viel breiteren Diskurs in die Öffentlichkeit zu tragen, damit die gesellschaftliche Relevanz des eigenen Handelns zu erhöhen und „auf neuer Wertgrundlage die Öffnung der Gesellschaft zu suchen“[292]. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ war eine der Gruppen, die diesen Weg gingen; ihre Samisdat-Zeitschrift „Grenzfall“ erwies sich hierfür als geeignetes Instrument. In den dort veröffentlichten Texten lassen sich klar der Sinn ihrer Handlungen sowie die Geltungsgründe ihrer Situationsdefinitionen ablesen: Innenpolitischer Frieden sei das übergeordnete Ziel, welches jedoch allein durch die „Garantie und Umsetzung der Menschen- und Bürgerrechte“ herbeizuführen sei. Mit dem argumentativen Verweis auf die Menschenrechte wurde zugleich eine weitere transzendente Berufungsebene für die Begründung der eigenen Ordnungsvorstellungen herangezogen – im Übrigen bestens verkoppelbar mit religiösen Transzendenzrekursen. Die Geltung der „Menschenrechte“ sollte wiederum durch „Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung“ gesichert werden. Das alles verdeutlicht, dass es innerhalb der IFM bereits konkrete Vorstellungen davon gab, was die Konstituenten einer pluralistischen Gesellschaft sein sollten. „Frieden“ blieb zwar feste Bezugsgröße; aber für die weitere Argumentation und für die Handlungsebene verlor sie an praktischer Bedeutung.[293] „Aus der Situation realer Handlungsohnmacht sollten jeweils ein theoretisches und ein praktisches Leitmotiv herausführen. Auf der theoretischen Ebene war dies die Formulierung wirklich neuer Werte […]. Die sich aus diesen Werten ergebende Distanz zum Staat sollte […] in Aktionen gegen ihn münden.“[294] Tatsächlich war, angesichts der real existierenden DDR, die Garantie politischer Menschen- und Freiheitsrechte nicht von den Herrschenden zu erwarten, sondern nur gegen sie durchzusetzen. Diesen Vorsatz zu fassen, zeugte von einiger Verwegenheit, wie sie sich nicht selten der gänzlichen Unattraktivität alternativer Entscheidungen verdankt. Und – bei aller taktischen Vorsicht – verwegen agierte man tatsächlich, im intellektuellen nicht weniger als im politischen Bereich. Die Geltung der unveräußerlichen Menschenwürde als Fundamentalnorm und die daraus abgeleiteten Menschenrechte wurden etwa einfach behauptet. Mehr

292 W. Thaa 1992, S. 421.
293 Vgl. M. Schenkel/W. Thaa 1992, S. 422.
294 Ebenda, S. 423.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

noch: Solche Menschenrechte sollten, nach der IFM, einfach so wahrgenommen werden, als seien sie bereits zugestanden bzw. respektiert; staatlichem Zuwiderhandeln wurde die Legitimation abgesprochen und nun galten nicht mehr die Transzendenzrekurse des sozialistischen Staates als unverfügbar, sondern eben jene Menschen- und Bürgerrechte, die ihm seine Funktionsfähigkeit entzogen. Sie galten als dem Zugriff jedes Einzelnen und erst recht der politischen Führung entzogen und beanspruchten umfassende Gültigkeit für die gesamte Gemeinschaft. Die Akteure der IFM machten – ganz im Duktus materialen Rechtsstaatsdenkens – geltend, dass jene Rechte über jede konkrete politische Ordnung hinauswiesen und somit überall und für alle Zeit als unantastbar zu behandeln seien. „Damit nahm die IFM für ihr Handeln nicht nur eine übergesetzliche Legitimität in Anspruch. Ihre Orientierungsweise an Menschenrechtsnormen beinhaltete zugleich einen dauerhaften politischen Kompass."[295]

Die praktische Geltungsbehauptung der Menschenrechte wurde damit begründet, dass auch die DDR 1975 im „Korb III" der Schlussakte von Helsinki zugesichert habe, Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten. Tatsächlich unterschätzten die Führungen aller realsozialistischer Staaten damals den Inhalt des „Korbs III" – zu sehr waren sie fixiert auf die, wie es schien, endgültige Absicherung des sowjetischen Herrschaftsbereichs („Korb I") sowie die Ansicht, nun leichter Zugang zu westlicher Technologie zu erhalten („Korb II"). Doch über Verweise auf die Letztbegründungskraft unveräußerlicher Menschenrechte, formell akzeptiert von den sozialistischen Staaten selbst, konnten Anschlussnormen wie die Freizügigkeit begründet werden. Das Ergebnis, für etliche Beobachter auch nicht unerwartet, war das folgende: „Im Namen der Menschenrechte […] strebten die Autoren die praktische Überwindung des DDR-Sozialismus an."[296] Und einmal mehr ergab sich großes kritisch-diskursives Potential aus dem erlebten Gegensatz zwischen den eigenen Erfahrungen und den Verlautbarungen der SED.[297] Diese nämlich versuchte unverdrossen, alternative Ordnungsentwürfe mit dem – wenig glaubwürdigen – Argument des Missbrauchs von Werten des Sozialismus wie „Menschlichkeit" und „Freiheit" zu diskreditieren. Gesellschaftliche Probleme oder Widersprüche wurden also weiterhin geleugnet, die eigenen Verdienste zwar ausführlich, doch immer weniger überzeugend gelobt, Störungen des alltäglichen „reality work" durch Repression unterbunden. Auf diese Weise wurde den Mitgliedern der alternativen Gruppen ihre oppositionelle Rolle zunehmend bewusster, ja auch aufgezwungen. Öffentliche Solidarisierungsaktionen mit denjenigen, die beim Überfall auf die Ostberliner „Umwelt-Bibliothek" verhaftet wurden, erwiesen dann die Meinungsfreiheit als ein derart hohes Gut, dass selbst geringe Erfolgschancen eigenen Handelns – bei hohem

295 S. Richter 2007, S. 87.
296 M. Schenkel/W. Thaa 1992, S. 422.
297 Vgl. S. Richter 2007, S. 117.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

persönlichen Risiko – vor offener politischer Opposition nicht mehr zurückschrecken ließen. Und obwohl politische Reformen in sozialistischen Nachbarländern immer weiter voranschritten, propagierte die Staats- und Parteiführung weiterhin den „Sozialismus in den Farben der DDR". Das zeigt erst recht, dass sie nicht mehr in der Lage war, neue sinnstiftende Deutungsmuster und Zielvorgaben zu entwickeln.[298] Obwohl nach außen immer noch stabil erscheinend, ließ dies die alltagspraktische Reproduktion der Ordnung der DDR über die Jahre so brüchig werden, dass sie im Herbst 1989 leicht kollabieren konnte.

Die Analyse der Rekurse auf Transzendentes in den Diskursen um die Ordnungsvorstellungen der politisch alternativen Akteure zeigt überdies, dass nun auch „Demokratie" – freilich in unterschiedlicher Ausprägung – immer mehr zum Gegenstand von Transzendenzrekursen erwuchs. Gerade die Kommunalwahlen 1989 erwiesen sich als wichtiger Katalysator der Entwicklung einer Demokratiebewegung – und zwar wegen ihrer nicht so wie üblich offenkundigen, sondern in der veränderten Situation aufs Äußerste provozierenden Fälschung. Die umsichtig organisierte Beobachtung von Wahlgeschehen und Auszählung konnte nun zweifelsfrei Wahlfälschungen aufdecken und mit den Bewertungsmaßstäben „Vertrauen" und „Ehrlichkeit" koppeln. Auf diese Weise erlangte die Empörung über die SED-Herrschaft einen neuen Höhepunkt. Weitere Gruppen und Parteien wurden gegründet, in denen viele der bisher schon politisch Aktiven den Diskurs dominierten. Die ersten freien Volkskammerwahlen waren der Abschluss dieses Entwicklungsstrangs der Friedlichen Revolution.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Mehrere Jahrzehnte schien es so, als seien die politischen Strukturen der DDR – einmal gefestigt – nicht mehr zu ändern. Ein Aufbegehren gegen sie war höchst gefährlich. Indem jedoch immer mehr Menschen im Protest auf die Straße gingen, zeigte sich, dass auch diese Strukturen nicht für alle Zeit erstarrt waren, sondern sich umstürzen ließen.[299] Politische Wirklichkeit ist nämlich nur etwas Konstruiertes, die jeweilige politische Ordnung ein *bewirkter* Bestand an Wirklichkeitselementen, der auch immer wieder neu bewirkt werden muss. Dem dienen die „politics of reality", die in Diktaturen besonders leicht jenen ideologisch repressiven Charakter annehmen, der den Zeitgenossen alsbald wie eine Selbstverständlichkeit erscheint. Was geschieht, wenn es nicht mehr gelingt, die kontinuierliche (Re-)konstruktion bestehender politischer Wirklichkeit mit allen

298 Vgl. W. Thaa/I. Häuser/M. Schenkel/G. Meyer 1992, S. 437.

299 Zur Fragilität auch ganz festgefügt erscheinender sozialer Wirklichkeit siehe W. J. Patzelt 1987, insbesondere S. 110ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ihren Wissensbeständen und Transzendenzbehauptungen gegen Störungen abzusichern, zeigt jener Zerfallsprozess, der im rasanten Zusammenbruch der DDR mündete. Jener Anteil, der den politisch alternativen Gruppen – beispielsweise denen, die in der Friedensbewegung ihre Wurzeln hatten – und deren alternativen Wirklichkeitsentwürfen an jenem Umsturz zugeschrieben werden kann, ist zwar nicht unumstritten. Doch unstrittig ist ebenfalls, dass Erklärungen, die allein auf die ökonomischen Probleme der DDR oder den von außen auf ihr lastenden Reformdruck abheben, zu kurz greifen.

Freilich wäre es falsch, die Ereignisse 1989 von ihrem nicht intendierten Ende her zu erklären. Den Zusammenbruch als zwangsläufige Folge jahrelanger Oppositionsarbeit zu betrachten, übertreibt gewiss eine seiner Ursachen.[300] Es hat sich aber gezeigt, dass der äußerlich immer noch stabil wirkenden Herrschaft insbesondere seit den 1980er Jahren in vielen kleinen Schritten eine qualitativ neuartige Opposition entgegenwuchs, in der wesentliche Bausteine pluralistischer Gesellschaften erarbeitet wurden.[301] Am Anfang dieser Entwicklung stand allerdings nicht der Ruf nach Freiheit oder Demokratie, sondern ganz einfach das Infragestellen bisher gültiger, als unverfügbar präsentierter Sinndeutungen des SED-Staates – also jener transzendenten kulturellen Muster, von welchen die politische Führung behauptete, sie seien die konstitutiven Grundprinzipien des Gemeinwesens und wären von jedem als Selbstverständlichkeiten zu akzeptieren. Ein wichtiger Befund, der sich mit jenem Wolfgang Büschers deckt, ist in diesem Zusammenhang, dass der Dissens (friedens-)politisch engagierter Bürger mit ihrem Staat nicht mit dem grundsätzlichen Infragestellen der Prinzipien der DDR begonnen hat, sondern mit Zweifeln daran, ob der Staat aus seiner transzendenten Friedensverheißung wirklich die richtigen Handlungen ableite. Pointiert kann man das so formulieren: „Erst mit der Friedensbewegung begann die sozialistische Gesellschaft ihren Nimbus zu verlieren […] Mit der Zerstörung dieses, für die Bewältigung der Naziverbrechen […] kaum zu überschätzenden Mythos, legte die kirchliche Gruppenszene die Lebenslüge der DDR bloß und schuf, indem sie Moral wieder zum Gegenstand der Verständigung machte, einen neuen und schließlich über sie hinaus weisenden Öffentlichkeitsbedarf.“[302] Den Schutz der Kirche nutzend, konnten sich innerhalb der neuen Gruppen Vorformen einer diskursiven Öffentlichkeit entwickeln, in welcher abweichende Meinungen artikuliert, sozial bestätigt und am Ende auch genuin politische Kommunikationsformen eingeübt werden konnten. Die Gruppen befreiten sich dabei

300 Auch D. Pollack/D. Rink 1997, S. 9ff., kritisiert die Tendenz innerhalb der Forschung, die Relevanz langandauernder Oppositionsarbeit für den Untergang der DDR einfach anzunehmen, ohne den Zusammenhang zwischen Widerspruch und Zusammenbruch aufzuspüren oder sich genauer mit den Konstruktionsmerkmalen dieses – über viele Jahre sehr stabilen – Systems eingehend zu befassen.

301 Vgl. S. Richter 2007, S. 160.

302 M. Schenkel/W. Thaa 1992, S. 257.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nach und nach von der *vorgegebenen* Verpflichtung auf einen ganz bestimmten, den Einzelnen übergeordneten und allein im Sozialismus begründeten Sinn der sie umgebenden und allem legitimen Handeln vorgegebenen sozialen und politischen Strukturen. Dies galt insbesondere für die neu geschaffenen Diskursräume einer stark *moralisch* legitimierten Öffentlichkeit in der evangelischen Kirche, sowie in den Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen.[303] Bald wurden aus diesem, anfangs zudem nicht politisch aufgeladenen, Raum heraus neue Legitimitätsanforderungen formuliert. Der sich in dieser „zweiten Öffentlichkeit" entspinnende Diskurs erwuchs zur wichtigen Quelle für die Entwicklung divergenter Wirklichkeitskonzeptionen und ging einher mit Bezugnahmen auf jene größeren Zusammenhänge, derentwegen man es beim bestehenden Zustand nicht belassen dürfe. Der Sozialismus wurde zwar nicht offen in Frage gestellt; dennoch standen die überwölbenden Prinzipien, auf die sich die politisch alternativen Gruppierungen bezogen, ihm entgegen und regten in dieser mehr und mehr empfundenen Spannung eigenständige Denk- und Verhaltensweisen an. Die anschließend von der SED unabhängige Artikulation abweichender Ordnungsvorstellungen untergrub dann die Legitimität der politischen Ordnung, und die Rückbindung jener alternativen Ordnungsentwürfe an über die bestehende Ordnung hinausweisenden Transzendenzressourcen bedrohte das politische System erst recht in seinen Grundfesten. Gleichzeitig nahmen die „desintegrativen Auswirkungen mißlungener oder zerfallender symbolisch-kultureller Orientierungen und Identitäten"[304] für die DDR-Führung immer problematischere Züge an.

Kennzeichnend für die neuen Gruppen war ihre Selbstlegitimation über ein zwar nicht vom Ansatz, sehr wohl aber von seiner Ausgestaltung her alternatives, Wertgefüge: „Frieden", „Wahrheit", „Vertrauen", „Gerechtigkeit" und – im weiteren Verlauf auch – „individuelle Menschen- und Freiheitsrechte", „Rechtsstaatlichkeit" und schließlich „Demokratie" wurden zu nun ihrerseits unverfügbaren Konstituenten einer Gemeinschaft erklärt von denen her alles politische Handeln zu deuten und an welchen es auszurichten sei. Die Überzeugung, dass die „herrschenden Verhältnisse bestimmten Werten nicht genügten und diese Werte für die ganze Gesellschaft verbindlich seien, konnte politischen Protest generieren"[305] – und tat es auch. Besondere politische Brisanz ergab sich zumal aus den an jene allgemeinen Kontexte geknüpften *konkreten* Gestaltungsvorschlägen. Verweise auf die richtige Ausgestaltung von „Frieden" standen nur am Anfang und waren geeignet, Protestpotential zu generieren. Bald aber schloss sich das Potential von Verweisen auf die „Menschenrechte" mobilisierend an, zumal sich hier besonders konkrete Forderungen erheben ließen. Am Ende mündete das alles in den Ruf nach Öffentlichkeit,

303 Vgl. M. Schenkel/W. Thaa 1992, S. 241.
304 W. Thaa/I. Häuser/M. Schenkel/G. Meyer 1992, S. 9.
305 S. Richter 2007, S. 193.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nach echter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. „Die IfM hatte diese Werte aus ihren Primärnormen Frieden und Menschenrechte funktionell abgeleitet und sie zu absoluten Werten im Bereich des Politischen erklärt. […] Die Geltungsbehauptung der eigenen Berufungsgrundlagen existierte unabhängig davon, ob sie von der SED Herrschaft anerkannt wurde oder nicht.“[306] Auf genau diese Weise stellten die politisch alternativen Gruppen – von denen viele ihren Ausgangspunkt eben in der Friedensbewegung hatten – samt ihren alternativen Wirklichkeitskonzeptionen gewichtiges Veränderungspotential bereit. Noch vor den ersten Montagsdemonstrationen versuchten dann auch Akteure dieses politisch alternativen Milieus, unabhängige oppositionelle Vereinigungen und Bewegungen ins Leben zu rufen und politische Einflusschancen wahrzunehmen: „Zwischen Anfang September und Anfang Oktober 1989 gaben sie die Bildung entsprechender Initiativgruppen bekannt und verabschiedeten Aufrufe an die Bürger/innen und Bürger, sich durch Unterschriften, Stellungnahmen zu den Gründungsplattformen […] an der Bildung von Basisgruppen […] zu beteiligen.“[307] Begonnen aber hat alles mit Rissen im für unverfügbar Gehaltenen, mit Verblassen der Überzeugungskraft früherer Transzendenzrekurse und mit der Fähigkeit mutiger Menschen, gesellschaftliche Konstruktionen nicht für Naturtatsachen zu nehmen.

LITERATUR

Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Erhart (2002): Der Missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg i. B.: Herder.

Assmann, Jan (2007): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. 6. Auflage, München: Beck.

Berger, Peter L. (1967): The sacred canopy. Elements of a sociological theory of religion. New York: Anchor Books.

Bodenstein, Roswitha (1981): Kirche als Lerngemeinschaft: Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Berlin: Evangelische Verlagsanstalt.

Böttger, Wolfgang (1981): Wörterbuch der sozialistischen Journalistik. 2. Auflage, Leipzig: Karl-Marx-Universität.

Brühl, Reinhard (1985): Armee für Frieden und Sozialismus. Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR. Berlin: Militärverlag der DDR.

Buckow, Anjana (2003): Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945-1955. Stuttgart: Steiner.

306 S. Richter 2007, S. 196.
307 J. Wielgohs/C. Johnson 1997, S. 334.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus (1982): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982. Hattingen: Scandica-Verlag.

Demke, Christoph/Zeddies, Helmut (1995): Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. 2. Auflage, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

Deutsches Institut für Zeitgeschichte (1964): 15 Jahre DDR. 15 Jahre Kampf um Frieden und Lösung der Nationalen Frage. Eine Chronik. Berlin: Eigenverlag.

Deutsches Institut für Zeitgeschichte (1969): 20 Jahre DDR. 20 Jahre Kampf um Frieden und europäische Einheit. Eine Chronik. Berlin: Eigenverlag.

Drath, Martin (1968): Totalitarismus in der Volksdemokratie (1958), in: Seidel, Bruno/Jenkner, Siegfried (Hrsg.): Wege der Totalitarismus-Forschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 310-358.

Falcke, Heino (2008): Über die Mauer hinweg miteinander unterwegs. Die ökumenische Bewegung und die Kirchen in der DDR, in: Link, Hans-Georg/ Müller-Fahrenholz, Geiko (Hrsg.): Hoffnungswege. Wegweisende Impulse des Ökumenischen Rates der Kirchen aus sechs Jahrzehnten. Frankfurt am Main: Lembeck, S. 88-109.

Förster, Peter (1999): Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1989. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: edition ost, S. 70-165.

Ehring, Klaus/Dallwitz Martin (1982): Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Falcke, Heino (2008): Über die Mauer hinweg miteinander unterwegs. Die ökumenische Bewegung und die Kirchen in der DDR, in: Link, Hans-Georg/Müller-Fahrenholz, Geiko (Hrsg.): Hoffnungswege. Wegweisende Impulse des Ökumenischen Rates der Kirchen aus sechs Jahrzehnten. Frankfurt am Main: Lembeck, S. 88–109.

Falkenau, Manfred (1995): Kundgebungen. Worte Erklärungen und Dokumente des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR, Bd.1. Hannover: Verlag Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Friedrich-Ebert-Stiftung (1982): Die Friedensbewegung in der DDR. Bonn: Neue Gesellschaft.

Geulen, Dieter (1993): Typische Sozialisationsverläufe in der DDR. Einige qualitative Befunde über vier Generationen, in: APuZ, B 26-27, S. 37-44.

Gibas, Monika (1997): „Die Republik, das sind wir!“ Das propagandistische ‚Gesamtkunstwerk‘ Zehnter Jahrestag der DDR als nachholendes Initiationsritual, in: Vorsteher, Dieter (Hrsg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. Analysen zur Wende. Berlin: Wichern.

Großbölting, Thomas (2009): DDR-Legenden in der Erinnerungskultur und in der Wissenschaft. Eine Einleitung, in: Großbölting, Thomas (Hrsg.): Friedensstaat,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Magdeburg: Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt, S. 9-21.

Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns II. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Häuser, Iris: Lebensstile und politische Kultur in der DDR-Gesellschaft der achtziger Jahre, in: Winfried Thaa et al. (Hrsg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke, S. 123-240.

Henkys, Reinhard (1982): Zwischen Militarismus und Pazifismus. Friedensarbeit der evangelischen Kirchen, in: Büscher, Wolfgang (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982. Hattingen: Scandica-Verlag, S. 14-28.

Hirsch, Ralf/Kopelew, Lew (Hrsg.) (1989): Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Ein unabhängiges Periodikum. 2. Auflage, Berlin: Selbstverlag.

Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, Bd. 1, S. 83-114.

Jesse, Eckhard (1994): War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40, S. 12-23.

Jessen, Ralph (1998): Partei, Staat und Bündnispartner: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. 2. Auflage, Berlin: Links, S. 27-86.

Judt, Matthias (1998): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. 2. Auflage, Berlin: Links.

Klein, Thomas (2009): Gegenöffentlichkeit. Oppositionelle Wirkungsformen und staatliche Abwehrstrategien in der DDR, in: Ansorg, Leonore/Gehrke, Bernd/Klein, Thomas/Kneipp, Danuta (Hrsg.): „Das Land ist still – noch!" Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971-1989). Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 227-248.

Klein, Thomas (2007): „Frieden und Gerechtigkeit!". Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre. Köln: Böhlau.

Kleßmann, Christoph (2009): Missmutige Loyalität und schöner Schein. Arbeiter im Arbeiterstaat, in: Großbölting, Thomas (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Lizenzausgabe Magdeburg: LzpB Sachsen-Anhalt, S. 113-133.

Klotz, Katharina (1999): „Schluß damit!" – Frieden, Solidarität und Antiimperialismus im Plakat der DDR, in: Mitteilungen des Deutschen Historischen Museums, Jg. 9, H. 24, S. 33-47.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Knabe, Hubertus (1988): Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 40, S. 551-569.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2002): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989. Lizenzausgabe Bonn: BzpB.

Kubina, Michael/Wilke, Manfred (1994): Das Mosaiksteinchen Polen 1980/81. Verantwortungsgemeinschaften in Deutschland, in: Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Berlin: Akad.-Verl., S. 149-165.

Lüdecke, Heinz (1951): Das Nationalprogramm der deutschen Jugend, in: Neues Deutschland (Hrsg.): III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden, Nr. 54, Berlin.

Matthes, Joachim/Schütze, Fritz (1981): Zur Einführung: Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.11-53.

Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mikler, Anja (2005): Migrationsdiskurse politischer Eliten: Identitätspolitik durch einen Diskurs der Ungleichheit? Online verfügbar unter: http://eldorado.tu-dortmund.de:8080/handle/2003/22523, letzter Zugriff am 29.11.2011.

Monteath, Peter (1999): Narratives of fascism in the GDR: Buchenwald and the „Myth of Antifascism“, in: The European Legacy, Jg. 4, H. 1, S. 99-112.

Münkler, Herfried (2009): Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Manfred Agethen et al. (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002, S. 79-99.

Münkler, Herfried (1996): Einleitung, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Bürgerreligion und Bürgertugend. Debatten über die vorpolitischen Grundlagen politischer Ordnung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 7-11.

Neubert, Ehrhart (1998): Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. 2. Auflage, Berlin: Links.

Oppermann, Matthias (2011): Zur Eschatologie des Sozialismus. Hendrik de Mans Beitrag zum Konzept der „säkularen Religion“, in: Historische Zeitschrift, Bd. 292, H. 1, S. 61-93.

Patzelt, Werner J. (1987): Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. 1984. München: Fink.

Patzelt, Werner J. (1989): Methoden politischen Sprechens: Die ethnomethodologische Perspektive, in: Forum für interdisziplinäre Forschung, Jg. 2, H. 2, S. 58-68.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Patzelt, Werner J. (2011): Transzendenz und Gemeinsinn als Ressourcen politischer Ordnungskonstruktion, in: Vorländer, Hans (Hrsg.): Transzendenz und Gemeinsinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804, Dresden, S. 76-81.

Patzelt, Werner J. (1998): Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath, in: Siegel, Achim (Hrsg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln: Böhlau, S. 235-271.

Pollack, Detlef (1990a): Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, H. 4, S. 292-307.

Pollack, Detlef (2000): Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen: Leske & Budrich.

Pollack, Detlef/Rink, Dieter (1997): Einleitung, in: Pollack, Detlef/Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Pollack, Detlef (1990b): Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive, in: Grabner, Wolf-Jürgen (Hrsg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR – Analysen zur Wende. Berlin: Wichern, S. 12-23.

Poppe, Ulrike (1995): Der Weg ist das Ziel. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hrsg): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin: Links, S. 244-272.

Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczuk, Ilko-Sascha (1995): Opposition, Widerstand und widerständiges Verhalten in der DDR. Forschungsstand – Grundlinien – Probleme, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hrsg): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin: Links, S. 9-26.

Port, Andrew I. (2010): Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland. Berlin: Links.

Protte, Katja (1997): Zum Beispiel … der 1. Mai 1951 in Ost-Berlin. Agitation, staatliche Selbstdarstellung und Utopie. In: Vorsteher, Dieter (Hrsg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. München / Berlin: Koehler und Amelang, S. 118-135.

Rathje, Ulf/Stamm, Christoph (2004): „Einheit von Sozialismus und Frieden". Zur Entstehung und Entwicklung des Friedensrates der DDR, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 4, S. 62-71. Online verfügbar unter: http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/bundesarchiv_de/oeffentlichkeitsarbeit/fach-publikationen/mitteilungenausdembundesarchiv/heft_2-2004__12._jahrgang.pdf, letzter Zugriff am 18.07.2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Richter, Sebastian (2007): Norm und Eigensinn. Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985-1989. Berlin: Metropol.

Rudzio, Wolfgang (2003): Die Aufarbeitung des Totalitarismus – Eine politikwissenschaftliche Kontroverse, in: Kevenhörster, Paul/ Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Demokratische Ordnungen nach den Erfahrungen von Totalitarismus und Diktatur. Eine international vergleichende Bilanz. Münster: LIT-Verlag, S. 47-61.

Rühle, Ray (2003): Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig. Münster: LIT-Verlag.

Schenkel, Michael/Thaa, Winfried (1992): Die Erosion der Zielkultur am Beispiel der Fortschrittsdiskussion in einzelnen Teilöffentlichkeiten der DDR, in: Winfried Thaa et al. (Hrsg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke, S. 241-430.

Schmidt, Thomas (2003): Vom Bürger zum Werktätigen. Die arbeiterliche Zivilreligion der DDR, in: Gärtner, Christel (Hrsg.): Atheismus und religiöse Indifferenz. Opladen: Leske & Budrich, S. 315-338.

Schneider, Silke (2006): Diskurse in der Diktatur? Überlegungen zu einer Analyse des Nationalsozialismus mit Foucault, in: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 123-144.

Schoch, Bruno (2008): Mit Ideologie allein war kein Staat zu machen. Vom Scheitern des sozialistischen deutschen Nationalbewusstseins in der DDR, in: Jahn, Egbert (Hrsg.): Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 299-321.

Schwab-Trapp, Michael (2006): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse, in: Keller, Reiner (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Bd. 1, S. 263-287.

Siewert, Klaus (2004): Vor dem Karren der Ideologie. DDR-Deutsch und Deutsch in der DDR. Münster: Waxmann.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (1959): 10 Jahre Politik für Frieden und Wiedervereinigung. Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin.

Stoecker, Holger (1997): „Stalin, das ist der Frieden!" – Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die friedenspolitische Propaganda im ersten Jahr des ‚Nationalen Aufbauprogramms 1952', in: Vorsteher, Dieter (Hrsg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. München/Berlin: Koehler und Amelang, S. 395-405.

Thaa, Winfried/Häuser, Iris/Schenkel, Michael/Meyer, Gerhard (1992): Fazit: Der Umbruch in der DDR als Revolution in der Moderne, in: Winfried Thaa et al. (Hrsg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke, S. 431-442.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Thaa, Winfried/Scherrmann, Michael/Häuser, Iris (1992): Zur Entwicklung gesellschaftlicher Zielvorstellungen und Leitbilder in der DDR, in: Winfried Thaa et al. (Hrsg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke, S. 41-72.

Thaa, Winfried/Häuser, Iris/Schenkel, Michael/Meyer, Gerhard (1992): Einleitung, in: Winfried Thaa et al. (Hrsg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke, S. 3-18.

Thaa, Winfried (1992): Zum Stellenwert konkretisierter offizieller Zielvorgaben in sozialistischen Gesellschaften, in: Winfried Thaa et al. (Hrsg.): Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke, S. 19-40.

Vorländer, Hans (2011), Einleitung. Wie sich soziale und politische Ordnungen begründen und stabilisieren: Das Forschungsprogramm, in: Transzendenz und Gemeinsinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804, hg. v. ders., Dresden, S. 6-15.

Widera, Thomas (2004): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964-1989. Göttingen: V&R Unipress.

Wielgohs, Jan/Johnson, Carsten (1997): Entstehungsgründe, Handlungsbedingungen, Situationsdeutungen. Analytische Perspektive auf die DDR-Opposition der 80er Jahre, in: Pollack, Detlef (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 332-363.

Wohlrab-Sahr, Monika/Karstein, Uta/Schmidt-Lux, Thomas (2009): Forcierte Säkularität. Religiöser Wandel und Generationendynamik im Osten Deutschlands. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Wolf, Christa (1994): Unerledigte Widersprüche. Gespräch mit Therese Hörnigk (Juni 1987/Oktober 1988; Auszug), in: Wolf, Christa (Hrsg.): Im Dialog. Aktuelle Texte. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, S. 24-67.

Wolle, Stefan (1998): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. 2. Auflage, Berlin: Links.

Wolle, Stefan (2006): Die Welt der verlorenen Bilder. Die DDR im visuellen Gedächtnis, in: Gerhard, Paul (Hrsg.): Visual History. Ein Studienbuch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 333-352.

Wolschner, Klaus (1982): Was bewegt die Friedensbewegung in der DDR? Unfertige Vorbemerkung zu einer unfertigen Realität, in: Büscher, Wolfgang et al. (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982. Hattingen: Scandica-Verlag, S. 29-41.

Zagatta, Martin (1989): Kirche als Ersatzöffentlichkeit, in: Wehling, Hans-Georg/Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Politische Kultur in der DDR. Stuttgart: Kohlhammer, S. 66-80.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zander, Helmut (1989): Die Christen und die Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten. Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978-1987, in: Beiträge zur politischen Wissenschaft. Berlin: Duncker & Humblot.

Zimmering, Raina (2000): Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen. Opladen: Leske + Budrich.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ressourcen europäischer Ordnungskonstruktion

Die Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl[1]

STEPHAN DREISCHER

„Zwar weiß keiner genau, wohin die Gemeinschaft führen wird,
aber wir wissen genau, woher sie kommt:
aus dem Nichts;…“
FRANÇOIS FONTAINE, 1975

1. LEITGEDANKEN DER ANALYSE

In den vergangenen Jahren wurde einige Forschung mit dem Ziel betrieben, über die tatsächlichen Hintergründe und Motive der Gründungsphase europäischer Integration aufzuklären.[2] Bislang scheint sich trotzdem zu bewahrheiten, dass die Worte François Fontaines, die Gemeinschaft sei aus dem Nichts entstanden, kaum an Plausibilität eingebüßt haben. Anders als beispielsweise bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland oder bei der Wiederherstellung einer freiheitlich demokratischen Ordnung in Ostdeutschland nach 1990 konnte die sich formierende Europäische Gemeinschaft nämlich auf keine geglückten oder missglückten Vorläufer politischer Ordnungskonstruktion zurückblicken.[3] Es handelt sich also um eine – zumindest in dieser Form – neue Idee. Daran ändert auch nichts, dass unterschiedliche ‚Europakonzeptionen‘ unter anderem bereits von Dante Alighieri, Maximilien de

1 Für hilfreiche Kommentare und Korrekturarbeiten danke ich Antje Buchholz.

2 Siehe dazu etwa M. J. Dedman 2010; W. Lipgens 1972; W. Loth 1996, 2000, 2007.

3 Manch einer wird an dieser Stelle einwenden wollen, dass es doch durch Karl den Großen eine europäische Einigung gegeben habe. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass es sich bei diesem ‚historischen Vorläufer‘ weder um eine demokratische noch um eine freiheitliche Ordnung handelte und sie obendrein auch nicht all jene Teile Europas umfasste, welche die heutige Europäische Union integriert.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sully oder Claude-Henri de Saint-Simon entwickelt wurden.[4] Bei diesen Autoren, aber auch andernorts,[5] finden sich zwar unterschiedlich detaillierte Ideen einer europäischen Ordnungskonstruktion. Aber diese waren weder in Bezug auf die konkrete institutionelle Ausgestaltung noch hinsichtlich deren spezifischer Umsetzung von einer solchen Reichweite, wie es der – die europäische Integration seit Anfang der 1950er Jahre befeuernde – Schuman-Plan war. Allein dieser entfaltete eine bis heute nachwirkende, ordnungsgenerierende Kraft.

Seit Beginn der 1950er Jahre ist die europäische Einigung eine Erfolgsgeschichte geworden, und zwar trotz aller Schwierigkeiten, wie sie etwa durch die „Politik des leeren Stuhls" in den 1960er Jahren, die vom Beginn der 1970er bis in die Mitte der 1980er Jahre reichende Zeit der „Eurosklerose"[6] oder zuletzt durch die „EURO-Krise"[7] offenbar wurden. Seit mehr als sechzig Jahren gibt es zwischen Frankreich und Deutschland keine militärischen Auseinandersetzungen; die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wohlhabender als viele andere Länder; zwischen einer Vielzahl von Staaten ist das Reisen ohne Passkontrolle möglich; und in weiten Teilen Europas gehört das Bezahlen mit derselben Währung seit 2002 zum Alltag. All dies, und noch eine Fülle weiterer Errungenschaften, sind Ergebnisse eines inzwischen Jahrzehnte andauernden Prozesses europäischer Einigung. Er ist durch eine stetige Erweiterung um neue Mitgliedstaaten ebenso gekennzeichnet wie durch einen permanenten institutionellen Umbau bei gleichzeitiger Kompetenzausweitung auf europäischer Ebene.[8] Was einstmals als eine Absprache über den Montanbereich begann, wurde zu einer sowohl die wirtschaftlichen als auch die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereiche umfassenden Union. Bei einem solch offensichtlichen Erfolg stellt sich die Frage, wie es zu dieser Prosperität und Stabilität bei einer recht überschaubaren Anzahl ‚großer' Krisen kommen konnte, was also die tatsächlichen Garanten dieser politischen Ordnung und ihrer weiteren Entwicklung sind.

4 Siehe ausführlich dazu Rat der EU 2009.
5 Ebd.
6 Siehe H. Giersch 1985.
7 Allerdings kann man nur schwer von einer Krise des EURO sprechen, sondern allenfalls von einer Krise in manchen Mitgliedstaaten der EU, die den EURO eingeführt haben; denn dessen Binnenstabilität ist hoch und auch dessen Wechselkurs gegenüber anderen wichtigen Währungen, wie etwa US-Dollar oder Yen, unterliegt im Wesentlichen nur den üblichen Schwankungen, die zwischen den Währungen immer wieder auftreten.
8 Zur institutionellen Entwicklung des Rats siehe J. Lempp 2009, 2012; zur Evolution des Europäischen Parlaments siehe S. Dreischer 2006, 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. WIRKLICHKEITSKONSTRUKTION UND EUROPÄISCHE INTEGRATION

2.1 Diskursive Ordnungskonstruktion

Politische Ordnungen, so die analyseleitende Hypothese dieses Bandes, lassen sich durch Rekurse auf einesteils Transzendentes, andernteils Gemeinsinniges konstruieren, stabilisieren und transformieren, womit es gelingt, diese drei Aggregatzustände sozialer Wirklichkeit auch durch Rückgriff auf derlei transzendente und gemeinsinnige Ressourcen zu erklären. Dabei handelt es sich bei Transzendenz und Gemeinsinn keinesfalls um Gegenbegriffe, sondern um sich wechselseitig ergänzende Erklärungsvariablen mit konstitutiver Bedeutung für die Legitimität und Stabilität sozialer Ordnungen.[9] Transzendentes soll dabei als Unverfügbares verstanden werden, das der Dispositionsfreiheit des Einzelnen soweit entzogen ist, dass es üblicherweise nicht in Frage gestellt wird. Folglich ist der Bezug auf Unverfügbares möglich, ohne dass es weiterer Erklärungen überhaupt nur bedürfte. Bei der Untersuchung dessen, wie anhand solcher Ressourcen Wirklichkeit konstruiert und stabilisiert wird, müssen in einem ersten Schritt jene potentiell unverfügbaren und gemeinsinnigen Ressourcen in Reden, Dokumenten und anderen Texten ebenso wie in vielerlei inszenatorischen und symbolischen Handlungen sowie Praktiken entschlüsselt werden. Sodann müssen diskursive Bezugnahmen, in welchen Transzendentes und Gemeinsinniges argumentativ eingesetzt wird, daraufhin untersucht werden, inwiefern es dabei zu solchen sinngeleiteten Situationsdefinitionen kommt, die schließlich gemeinsames Handeln anleiten und damit zu Stabilitätsankern der europäischen politischen Ordnung werden.

Dieser Text behandelt allerdings weniger Gemeinsinn als Ressource der Ordnungskonstruktion, sondern konzentriert sich auf Transzendenz bzw. Transzendenzrepertoires, darunter vor allem auf solche Formen von Transzendenz, die als soziale beziehungsweise sozial konstruierte Unverfügbarkeit gelten müssen. Weitgehend unberücksichtigt bleibt somit, dass es auch Unverfügbares, also der Dispositionsfreiheit des Einzelnen Entzogenes[10] gibt, das nicht erst der sozialen Konstruktion bedarf, weil es bereits genetisch angelegt, mithin in der *conditio humana* verankert ist. Die Aufklärung über diesen Teil des Transzendenten zunächst Neurobiologen, Neuropsychologen oder anderen Professionen zu überlassen, ignoriert somit diese nicht, sondern verlässt sich nur arbeitsteilig auf die dafür zuständigen Disziplinen. Ohnehin muss es im Folgenden nur um die soziale, ja eigentlich nur um die politische Konstruktion von Wirklichkeit gehen. Im Übrigen wird es nicht überraschen,

9 Siehe dazu Sonderforschungsbereich 804 (2008), S. 28.

10 So die Definition des SFB 804, in dessen Rahmen diese Arbeit entstanden ist. Siehe dazu H. Vorländer 2011, S. 10.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dass es zwar Elemente gibt, die einer aus der *conditio humana* resultierenden Unverfügbarkeit unterliegen, doch trotzdem diskursiv und gerade *sozial* folgenreich zur Wirklichkeitskonstruktion eingesetzt werden: Nur die Unvorhersehbarkeit der Zukunft oder die Endlichkeit irdischen Daseins seien hier genannt. Unterschiedlich ist allerdings, dass solche Ressourcen nicht erst diskursiv in Geltung gebracht werden müssen, sondern *tatsächlich unverfügbar* sind, wenn auch ihre Qualität und Rolle als Geltungs- bzw. Legitimitätsgrundlage für die spezifische Ausgestaltung einer politischen Ordnung umstritten sein mögen.

Strikt von einem Vergewissern, Ausdifferenzieren und sukzessiven Verankern[11] der sinnstiftenden Ressourcen diskursiver Ordnungskonstruktion ist freilich die philosophisch-ontologische Frage zu trennen, ob das Transzendente, wie es Thomas Rentsch formuliert, vorgängig, also grundsätzlich schon immer vorhanden sein muss[12] und zum ‚natürlichen Inventar' eines jeden Individuums gehört. Zuzustimmen ist Rentsch zwar, sofern er sich auf jene basalen Transzendenzen wie Leiblichkeit, Endlichkeit des Lebens oder Sprachfähigkeit bezieht; diese sind dem Einzelnen tatsächlich unverfügbar. Vor dem Hintergrund solcher ‚unhintergehbaren' Transzendenz kommt es aber zur Ausprägung einer Vielzahl von Vergegenwärtigungsmodi des Transzendenten, die ihrerseits Produkte der Konstruktion sozialer Wirklichkeit sind.[13] Diese sind dann natürlich nicht in der Weise vorgängig, dass sie sich bereits aus dem für alle Menschen indisponiblen Lebensrepertoire erschlössen. Vielmehr werden sie in bestimmten kulturellen Kontexten als unverfügbar akzeptiert, in anderen freilich nicht, und sind deshalb keine ‚Universalien' im philosophischen Sinne. Die Analyse diskursiver Wirklichkeitskonstruktion geht somit von der Annahme aus, dass vieles Transzendente – doch nicht alles – *nicht grundsätzlich* unverfügbar ist, sondern seine Unverfügbarkeit für alle praktischen Zwecke überhaupt erst in jenen diskursiven Bezugnahmen geschaffen wird, durch welche etwas für nicht verhandelbar, unsagbar oder der persönlichen Dispositionsfreiheit entzogen erklärt wird.

Das Augenmerk liegt nun empirisch auf der Konstituierungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Es wird deshalb nur ein Teil der Diskurse über den europäischen Integrationsprozess in den Blick genommen, um folgende Fragen zu beantworten: Welche Unverfügbarkeiten waren in der Gründungsphase der supranationalen Ordnung bereits als Ressourcen der Ordnungsgenerierung implizit oder explizit vorhanden? Wie differenzierten sich diese ggf. weiter aus, taug-

11 Hier darf nun keinesfalls der Eindruck entstehen, es handele sich um einen durchweg aktiven Prozess der absichtsvollen Hervorbringung solcher gemeinsam geteilten Sinnressourcen; es ist vielmehr so, dass sich handlungsleitende Selbstverständlichkeiten in sozialen Ordnungen ‚wie von allein' immer weiter verfestigen, weil sich *Gewohnheiten* im Umgang mit den sinnstiftenden Ressourcen unter den Mitgliedern einstellen.

12 Siehe dazu ausführlich Th. Rentsch 2010, S. 292f.

13 Vgl. Th. Rentsch 2010, S. 294ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten somit als diskursive Bezugnahmen zur Situationsdefinition und, daraus folgend, auch zur Handlungsanleitung? Und wie wurden sie schließlich tatsächlich eingesetzt? Eine Beschränkung auf die Transzendenzrekurse, also die Ausklammerung von Gemeinsinnsrekursen, scheint deshalb unproblematisch zu sein, weil eine weitere forschungsleitende Hypothese lautet, dass die ordnungsstiftende Kraft von Transzendenzressourcen gerade in Phasen der Ordnungs*konstruktion* besonders wichtig ist.

Es ist offenkundig, dass solche Fragen nach den inneren Kohäsionskräften der europäischen politischen Ordnung angesichts immer wieder geführter Diskurse um die Grenzen, die Finalität oder die tatsächlichen Solidaritätsgebote in der Gemeinschaft auch für deren aktuellen Zusammenhalt wichtig sind. Ebenso unbestreitbar ist, dass es auch für Zwecke einer allgemeinen Erklärung geschichtlicher Werdeprozesse von großer Bedeutung ist, die geistigen Grundlagen gerade der europäischen Ordnungskonstruktion zu kennen.

Einiges spricht dafür, dass die *Entstehung* eines grundlegenden Repertoires von Transzendenz- und Gemeinsinnsbezügen ohnehin ähnlichen Mustern folgt, wie sie an Institutionalisierungsprozessen überhaupt abzulesen sind. Institutionsgründungen, und wohl auch Prozesse der Ordnungskonstitution, können nämlich entweder durch eine *schleichende Herausbildung* oder aber durch einen *Akt der Setzung* gelingen.[14] Im Zug allmählicher Herausbildung einer politischen Ordnung wird es meist so sein, dass sich deren sinnstiftenden und handlungsleitenden Grundlagen mehr und mehr verfestigen, es also zu einem nahezu ‚urwüchsigen' Entstehen von Transzendenz- und Gemeinsinnsbezügen auf der Grundlage individueller, freilich bereits in den Köpfen vieler Menschen bestehender Vorstellungen während des eigentlichen Gründungsaktes kommt. Den potentiellen Mitgliedern einer neu zu schaffenden Ordnung obliegt es ja selbst, ein solches handlungsleitendes Sinnsystem immer weiter auszudifferenzieren, wozu sie auf *ex ante* geteilte sinnstiftende Ressourcen zugreifen, von denen obendrein bekannt sein mag, dass man sich halbwegs auf ihre wechselseitige Akzeptanz verlassen kann. Bei der Gründung durch Setzung hingegen ist es eher so, dass diese gemeinsamen Repertoires erst im eigentlichen Gründungsakt sichtbar werden. Zuweilen werden diese sogar erst *ex post* als sinnstiftende und damit handlungsleitende Geltungsgrundlagen angegeben, obwohl von ihnen – zu Recht oder zu Unrecht – behauptet wird, es habe sie *von jeher* in dieser Form gegeben. Dies entspricht dem begleitenden oder nacheilenden Mythologisieren, etwa so, wie dies an der Stilisierung des ‚Wirtschaftswunders' zur ordnungsstabilisierenden Ressource der Bundesrepublik Deutschland sichtbar wird.[15]

14 Siehe dazu bereits im Erstantrag des Sonderforschungsbereichs 537 (TU Dresden 1996), S. 19f., sehr viel ausführlicher finden sich Institutionalisierungsprozesse in evolutionstheoretischer Perspektive dargestellt in W. J. Patzelt 2007b, S. 288ff.

15 Siehe dazu den Beitrag von S. Heer zu Mythos und kollektiver Selbstdeutung in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nachher kann man dann leicht behaupten, diese Mythen seien schon immer die Basis der Ordnungskonstruktion gewesen, ja sogar dazu neigen, den Versuch einer Entzauberung solcher Mythen als abwegig hinzustellen und mit Sanktionen zu belegen. Derlei geschieht etwa, wenn in Zweifel gezogen wird, die europäische Einigung sei primär und von Anfang an ein Friedensprojekt gewesen.

2.2 Besonderheiten europäischer Integration

Die europäische Integration ist kein Produkt schleichender Herausbildung, sondern das Ergebnis gezielter Planung. Dies hat für die Untersuchung der Entstehungsgeschichte einesteils Vorteile, andernteils aber auch Nachteile. Besonders vorteilhaft wirkt sich aus, dass es sich um einen für die Analyse recht gut eingrenzbaren Diskurszeitraum handelt. Zum Nachteil gereicht indes, dass die Untersuchung europäischer Ordnungskonstruktion auf die Analyse der politischen Akteurselite beschränkt bleibt, da allein die Elite für die Errichtung dieser politischen Ordnung verantwortlich war. Zwar ist dies kein Manko für die empirische Arbeit; aber der auch theoretisch zu durchdringende Teil sozialer Wirklichkeitskonstruktion beschränkt sich hier eben auf ein kleines Teilsegment der Gesellschaft.[16] Es mangelte in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft sowohl an gemeinsam geteilten Wissensbeständen in bezug auf die zu schaffende Ordnung und an entsprechenden Blaupausen, die als Grundlage oder Vorbild der Gemeinschaftsbildung dienen konnten, als auch an einem echten Prozess gemeinsamer Enkulturation und Sozialisation, der sich abseits eines fragilen, von allen geteilten Erbes ‚europäischer Kultur' bewegt hätte. Mitnichten war es so, dass die sich im Jahr 1951 zur Montanunion vereinigenden Staaten deshalb enger kooperierten, weil sie einander nun mehr und mehr vertrauten und sich deshalb entschlossen, einen gemeinschaftlichen Ordnungsrahmen einer über viele Jahre angebahnten Kooperation zu schaffen. Vielmehr war es notwendig, sich der gemeinsamen Ressourcen überhaupt erst einmal zu vergewissern, bevor auf diese in ordnungskonstruierender Absicht zugegriffen werden konnte.

Weitgehend unstrittig ist auch, dass es sich bei der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts um eine dergestalt gefestigte politische Ordnung handelt, dass ihr Fortbestand – trotz der EURO-Krise – nicht ernsthaft gefährdet ist. Dennoch müssen die handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten, also jener Bestand an kulturel-

16 Dass es sich bei politischen Akteuren nur um eine kleinere Elite handelt, ist solange ziemlich unschädlich, wie Repräsentanten aufgrund des stetigen Wirkens eines Wiederwahlmechanismus responsiv sein müssen. Das heißt, dass sie nicht allzu weit und allzu lange vom Willen der Repräsentierten abweichen können, sondern deren Wünsche, Anliegen und Vorstellungen aufnehmen und in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einbringen müssen. Andernfalls gefährden sie ihre Chancen, bei der nächsten Wahl erneut gewählt zu werden.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

len Mustern, der als Basiskonsens dient, zuverlässig reproduziert werden, um die politische Ordnung aufrechtzuerhalten. Und ganz frei von Konfliktlinien ist das europäische politische System natürlich auch nach vielen Jahren seiner Existenz nicht. Etwa gibt es noch immer Unsicherheit über die spezifische staatliche oder staatsähnliche Qualität oder die demokratische Legitimität der Europäischen Union, was sich an den einschlägigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts ebensogut ablesen lässt[17] wie an der Fülle von Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen, die sich diesen Themenfeldern widmen.[18] Eine Besonderheit besteht freilich darin, dass die EU die einzige supranationale Ordnung ist, deren Leitidee[19] nicht auf die Verwirklichung allein singulärer Ziele angelegt ist, etwa auf ökonomisches Wachstum, den Austausch von Gütern oder Ähnliches zielt, wie das sehr wohl die wirtschaftlichen Kooperationen in Asien (ASEAN), Südamerika (MERCOSUR) oder Nordamerika (NAFTA) tun.

2.3 Rahmenbedingungen europäischer Integrationsdiskurse

Die Anfänge der europäischen Integration waren durch vollkommen andere Umstände gekennzeichnet als jene, die heute in den Blick geraten, wenn über die Europäische Union nachgedacht wird. Im Nachkriegseuropa ging es zunächst einmal darum, Versorgungsengpässe zu beseitigen, die nationalen Volkswirtschaften wieder aufzubauen oder die Architektur einer Nachkriegsordnung angesichts aufkeimender Bipolarität zu schaffen. In genau diesen Kontext bettet sich die Entstehungsgeschichte der Montanunion ein, also jenes Vertragswerks, das den Grundstein für alle weitere europäische Integration legte. Die Gründungsphase wird zu Recht als Fundament einer dauerhaften Friedensordnung in Europa gesehen, und der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird sogar als ein „de-facto-Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland“[20] gewertet. Auf der Faktenebene findet dies seine Entsprechung darin, dass es zwischen den EG/EU-Mitgliedstaaten während der Zeit ihrer Mitgliedschaft zu keinerlei kriegerischen Auseinandersetzungen kam, ja nicht einmal zu Spannungen, die in deren Nähe hätten führen können. Es liegt somit nahe, dass es sich bei *Frieden* um eine jener ganz zentralen Unverfügbarkeiten handeln könnte, die als diskursive Ressourcen zur Konstruktion und Aufrechterhaltung der europäischen politischen Ordnung eingesetzt wurden. Dies wird beim Lesen der Worte Walter Hallsteins besonders deutlich, wenn dieser sich zum früheren politischen Ordnungssystem äußert. Dies be-

17 Siehe dazu die Solange I- und Solange II-Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 37, 271 sowie BVerfGE 73, 339).
18 Siehe u.a. W. Kluth 1995; U. Schliesky 2004; B. Thalmeier 2005, S. 54ff.; G. Strohmeier 2007.
19 Siehe zum Begriff der Leitidee M. Hauriou 1965.
20 W. Loth 2010, S. 355.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stand seines Erachtens nach dem Ersten Weltkrieg darin, dass im Konzert der Großmächte und der englischen Diplomatie fallweise der eine oder andere kontinentale Staat unterstützt wurde, allerdings mit der Folge, dass diese „Ordnung […] ihre Gültigkeit verloren [hatte], weil sie die einzige Prüfung nicht bestanden hatte, die im 20. Jahrhundert wahrhaft verbindlich ist: sie hatte sich als unfähig erwiesen, den Frieden zu wahren. Das ‚Konzert' war verstummt."[21] Bezugnahmen auf Frieden als wesentliche Triebkraft der Ordnungsgenerierung haben jedoch nicht immer eine solche Eindeutigkeit, sondern nehmen vielfältige Gestalten an und reichen von Plädoyers, Krieg für immer vermeiden zu wollen, über Aussagen, Frieden in jedem Fall als Aufgabe und Ziel in Europa begreifen zu müssen, bis hin zu Äußerungen, in denen festgehalten wird, dass es notwendig sei, eine dauerhafte und stabile Friedensordnung herzustellen. Auch ist es plausibel, dass es gar nicht immer zu einer expliziten Ausformulierung solcher Bezugnahmen dergestalt kommen muss, dass der Begriff ‚Frieden' – in gleich welcher semantischen Einkleidung – erwähnt wird. Manches Mal reicht es aus, diesen Begriff stillschweigend vorauszusetzen oder zu paraphrasieren.

Insgesamt ist es so, dass die potentielle Kraft einer Ressource nur wenig darüber besagt, ob sie tatsächlich zur Sinnstiftung genutzt wurde, also in einer bestimmten Situation ganz konkret ein diskursiver Rückgriff auf sie zur Situationsdefinition und zur daraus folgenden Handlungsanleitung erfolgte. Auch ist zu klären, ob allein ein *Verweis* auf ‚Frieden' als Ziel ordnungskonstruktiv wirken konnte. Es ist doch so, dass sich nahezu jede nachkriegerische oder nachrevolutionäre Ordnung auf Frieden als zentrales Gründungselement berufen wird. Vermutlich sind es deshalb unterschiedliche Beweggründe und, damit einhergehend, verschiedene Transzendenzannahmen, die in der Gründungsphase europäischer Integration eine Rolle spielten. Etwa kann man bei zwei wichtigen Architekten europäischer Einigung eine gewisse Ambivalenz ihrer Einstellungen feststellen. Constantin Goschler u.a. zeigen am Beispiel der Positionsschwankungen Robert Schumans, dass dieser „im Verlauf der Zeit von einer zunächst gleichgewichtigen Bewertung der wirtschaftlichen und politischen Beweggründe zu einer vorrangig politischen Rechtfertigung des Unternehmens [gemeint ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, SD] überging".[22] Wilfried Loth wiederum attestiert Konrad Adenauer, dem zentralen Weichensteller in Deutschland und damit Mit- bzw. Gegenspieler Robert Schumans, eine hohe Effektivität seiner Europapolitik, die freilich auf einer wenig präzisen Vision gründete und durch taktisches Handeln bei gleichzeitiger Flexibilität gekennzeichnet war.[23]

21 W. Hallstein 1974 [1973], S. 17.
22 Siehe C. Goschler u.a. 1989, S. 171.
23 W. Loth 2010, S. 354.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese ersten Befunde überraschen indes kaum. In der Aufbauphase politischer Ordnungen können die sie tragenden Unverfügbarkeiten nach außen hin sehr wohl in manchen Fällen zunächst einmal verborgen bleiben, einerseits, weil sie eben selbstverständlich sind, andererseits, weil man potentiell Strittiges besser nicht thematisiert. Ohne einen solchen flexiblen Umgang mit Unverfügbarkeiten wäre eine gemeinsame, nicht auf Zwang gegründete Ordnungsbildung zwischen freiheitlich-demokratischen Systemen wohl auch gar nicht denkbar. Folgendes Prinzip wird dabei im Übrigen gelten: Je mehr Übereinstimmung es zwischen den ordnungsschaffenden Akteuren in fundamentalen – sinnstiftenden und folglich die Handlungen anleitenden – Grundlagen gibt, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Konstituierungsprozess auch zu einem Erfolg wird. Schwankungen in der Akzentuierung der Beweggründe, wie sie im Fall Robert Schumans beschrieben werden, zeigen also im Grunde nichts anderes, als dass das *gemeinsame* sinnstiftende Bezugssystem noch nicht ausreichend ‚vermessen' war. Dieses existierte bestimmt im Kopf mancher Akteure, die – jeder für sich – mit ihrer eigenen Vorstellung in Bezug auf die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft ausgestattet waren. Aber offenkundig bewegten sich die Vorstellungen speziell dieser beiden politischen Akteure in genau jener Spannweite, die Wilfried Loth als zwei Traditionslinien beschreibt: „die Tradition der Bemühungen um eine Wiedervereinigung des schwerindustriellen Komplexes von der Ruhr bis nach Lothringen, der in der Zeit des deutschen Kaiserreichs entstanden war, und die Tradition der Bemühungen um eine europäische Einigung, die in Reaktion auf die Katastrophen des Zweiten Weltkriegs wieder aufgenommen und verstärkt worden war".[24] Zweifelsohne wird eine Antwort auf die Frage, welche Beweggründe und welche Ressourcen für die Konstituierung der europäischen Ordnung tragend waren, durch diese beiden Linien eingerahmt.

Daneben und dazwischen ist jedoch Platz für vielfältige Anreize, deren Wirksamwerden den tatsächlichen Verlauf der Ordnungskonstitution und die sie tragenden Akteure beeinflusst haben. Diskursive Wirklichkeitskonstruktion ist nämlich stets von einer Vielzahl mehr oder minder stark wirkender Kontextbedingungen beeinflusst.[25] Dass diese recht zahlreich sind, weil es unter verschiedenen Akteuren auch ziemlich andere Sozialisations-, Lebens- oder Diskurserfahrungen gibt, überrascht kaum. Daneben spielen aber auch jene Faktoren eine wichtige Rolle, die als intervenierende Variablen den Gesamtkontext des Diskurses für alle daran Beteiligten prägen. Der Beginn der europäischen Integration kann deshalb sinnvollerweise

24 W. Loth 2010, S. 351f.

25 Im Sinne Michel Foucaults wäre an dieser Stelle wohl von den Dispositiven zu schreiben, welche sich als Netz des Diskurses um den Diskurs spinnen. Diskursive Wirklichkeitskonstruktion findet ja niemals isoliert und abseits intervenierender Einflüsse statt, sondern ist stets in eine Reihe anderer Diskursstränge, -positionen und -ebenen eingebettet (siehe S. Jäger 2006, S. 98ff.).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht von wichtigen Umwelt- bzw. Nischenbedingungen[26] isoliert betrachtet werden, die jene politischen Diskurse prägten, welche zum Abschluss des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl führten und damit die Basis weiterer Integration legten. Alldem liegt die Annahme zugrunde, dass es sich bei politischen Ordnungen, ebenso wie bei Institutionen oder Organisationen, um evolvierende Systeme handelt, deren Errichtung, Stabilisierung und Veränderung ein Prozess der Nischenanpassung ist. Somit ist auch die Gründung der EGKS als eine Adaption an sich verändernde Umweltbedingungen zu begreifen. Zumindest die folgenden sieben Punkte sind als nischenrelevante Faktoren mit prägendem Einfluss auf die Gründungsdiskurse einer europäischen politischen Ordnung zu nennen:

- Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, den beiden später die europäischen Integrationsbemühungen tragenden Säulen, wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ganz wesentlich durch die *Saar-Frage* bestimmt, welche zu Beginn der Verhandlungen über die Schaffung einer Montanunion noch ungeklärt war. Zwar bestand insofern Sicherheit, als es sich um französisches Besatzungsgebiet handelte, das seit 1947 auch über eine eigene Verfassung verfügte. Aber diese war so beschaffen, dass sie durch den in der Präambel verankerten Passus die Verbindung des Saargebiets mit Frankreich zementierte:

  „Das Volk an der Saar […] gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich, die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die französische Republik, die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland, die Bestellung eines Vertreters der Regierung der französischen Republik mit Verordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbefugnis, um die Beobachtung des Statuts zu garantieren, eine Organisation des Justizwesens, die die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im Rahmen des Statuts gewährleistet.“[27]

  Da es zuvor bereits zu wirtschaftlichen Vereinbarungen gekommen war, die das Saarland auf Jahre hinaus an Frankreich banden, überrascht es kaum, dass auf

26 Als Nischenbedingungen werden jene Umweltbedingungen bezeichnet, welche für die Generierung, Stabilisierung oder Transformation einer politischen Ordnung relevant sind, weil die politische Ordnung ihrerseits Ressourcen aus dieser Umwelt bezieht, die zu deren Funktionieren notwendig sind. Siehe zum Nischenbegriff im Rahmen der institutionellen Analyse ausführlich J. Lempp 2007, S. 380ff.

27 Präambel der Verfassung des Saarlandes i. d. F. vom 15. Dezember 1947.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deutscher Seite alsbald der Verdacht aufkam, das Saargebiet solle zu einem französischen Protektorat gemacht werden.[28]

- Eng mit dem Saar-Problem verwoben war die grundsätzliche Frage von Kontrolle und Preisgestaltung bei der Kohleförderung. Recht bald zeichnete sich nämlich im Rahmen der Wiederaufbaubemühungen der europäischen Staaten ab, dass es insbesondere in Frankreich einen nicht aus eigener Kraft zu kompensierenden Mangel an Kokskohle gab, also jenes Rohstoffes, der wiederum für den Prozess der Stahlerzeugung zwingend erforderlich ist. Daraus ergaben sich zwei zentrale Nachteile: Einesteils verursachte der Wiederaufbau im eigenen Land vergleichsweise höhere Kosten als in Deutschland, denn neben der – durch Importe von Kokskohle – teuren Herstellung von Stahl waren auch die Löhne in Frankreich höher; andernteils bedeutete dies, dass französische Stahlerzeugnisse auch auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig waren als etwa deutsche.
- Zweifelsohne spielte auch eine wichtige Rolle, dass Frankreich zu Beginn der 1950er Jahre unter den Westalliierten eine relativ schwache Position einnahm. Offensichtlich wird dies beispielsweise darin, dass sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung darauf drängten, eine Lösung für die noch stark reglementierte deutsche Stahlproduktion zu finden. Dies wurde von französischer Seite zunächst jedoch abgelehnt, weil damit eine stärkere Stellung der deutschen Stahlindustrie ohne Kontrollmöglichkeiten verbunden gewesen wäre. Freilich geriet die französische Administration deshalb unter akuten Handlungsdruck, weil bei einem für den 11. Mai 1950 geplanten Treffen der Außenminister der drei Westalliierten in London eine Aufhebung der Begrenzung deutscher Stahlproduktion ebenso auf der Tagesordnung stand wie eine Abschwächung des Besatzungsstatuts.[29] Dieser Handlungsdruck prägte ganz entscheidend das weitere französische Vorgehen.
- Neben wirtschaftlich begründeten Ressentiments waren aber auch solche Aspekte von Bedeutung, die sich eher im Bereich der – in den emotionalen Tiefenschichten zu verortenden – Abwehr eines französisch-deutschen Aussöhnungsprozesses finden lassen. Dies zeigte sich beispielsweise daran, dass es auf französischer Seite vielfach grundsätzliche Vorbehalte gegen jede Form eines Bündnisses zwischen Deutschland und Frankreich gab, wobei die Begründungen sich vor allem auf drei Aspekte konzentrierten: Deutschland strebe nicht aus gemeinsinnigem, sondern aus eigensinnigem Antrieb nach einer Aussöhnung mit Frankreich; dies wiederum habe zur Folge, dass Kontrolle über Deutschland nur schwer möglich sei, sobald dessen staatliche Souveränität wiederhergestellt sei; und letztlich führe all dies zu einer erneut starken

28 Siehe dazu etwa die Erinnerungen von A. Blind 1996, S. 74f.
29 Siehe W. Loth 2007, S. 40.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Patriotisierung des östlichen Nachbarn, die mit altbekannten Problemen deutschen Hegemonialstrebens verbunden wäre.[30]

- Ebenso sind jene Nischenbedingungen zu berücksichtigen, die sich aus der spezifisch deutschen Lage ergaben. So waren eine Westbindung der Bundesrepublik Deutschland und das forcierte Streben nach einer stärkeren Kooperation mit Frankreich innerhalb Deutschlands keineswegs unumstritten. Die Gründe für die Ablehnung waren recht heterogen und reichten von einer grundsätzlichen Forderung nach Neutralität über die Meinung, eine gesamtdeutsche Lösung sei durch die Westausrichtung gefährdet, bis hin zum – freilich nur von wenigen geäußerten – Wunsch, Westdeutschland solle eine stärkere Anbindung an die Sowjetunion anstreben. Dazu gesellten sich unterschiedliche Interessen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, insbesondere in der Montanindustrie. Und auch auf deutscher Seite gab es, allerdings aus anderen Gründen als in Frankreich, ausweislich der – durch das Allensbacher Institut für Demoskopie bereits ab den späten 1940er Jahren durchgeführten – Bevölkerungsumfragen zunächst durchaus grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich.[31]
- Auf deutscher Seite war neben dem reglementierend eingreifenden Besatzungsrecht vor allem die seit 1949 über die Schwerindustrie bestimmende internationale Ruhrbehörde von größter Bedeutung, da sie die gesamte Montanindustrie des Ruhrgebiets kontrollierte und damit der zentrale Dreh- und Angelpunkt eines wirtschaftlichen Aufstiegs von Nachkriegsdeutschland war. Dies wiederum vertrug sich nur schwer mit jeder Form der Kooperation auf supranationaler Ebene, so dass eine Zustimmung Deutschlands zu einer engeren europäischen Kooperation stets an die Abschaffung des Ruhrstatuts gebunden war. Karl Arnold, seinerzeit Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, sagte in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar 1949 sehr deutlich, dass die Schaffung der Ruhrbehörde und damit eine einseitige Regelung, die ohne Beteiligung Deutschlands zustande gekommen war, nicht besonders förderlich für eine europäische Friedensordnung sein könne. Eine Reorganisation Europas beruhe nämlich auf der Abkehr vom alten Denken des Reaktionismus und nationaler Egoismen.[32]
- Neben solchen spezifisch deutschen und französischen Nischenbedingungen beeinflussten natürlich auch internationale Prozesse den Fortgang europäischer Integrationsbemühungen. Vor allem kam es – nicht zuletzt durch den Korea-

30 Siehe zu alldem ausführlicher R. Poidevin 1985, S. 409ff.

31 So antworteten beispielsweise noch im Jahr 1954 mehr als zwei Drittel der befragten Deutschen, dass eine gute Zusammenarbeit mit Amerika (69%) wichtiger sei als eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich (17%). Anders stellte sich hingegen das Ergebnis dar, wenn nach Adenauers Bestreben, zu einem guten Verhältnis mit Frankreich zu kommen, gefragt wurde. Bereits 1952 hielten dies fast zwei Drittel der Befragten für richtig (48%) bzw. richtig mit Einschränkungen (17%). Siehe E. Noelle/E. P. Neumann 1956, S. 345.

32 Siehe K. Arnold 1949.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

krieg – zu einer zunehmenden Spaltung der Alliierten und folglich zur Verschärfung der Bipolarität. Dies wiederum nährte ein Interesse insbesondere der USA daran, die „Deutsche Frage" zu lösen, demzufolge also auch die Möglichkeiten deutscher Wiederbewaffnung und der Eingliederung Deutschlands in das westliche Bündnissystem zu klären. Maurice Duverger warnte in einem bereits am 9. September 1947 in *Le Monde* erschienen Artikel vor der Gefahr, dass Deutschland, wenn es keine andere Chance der Anbindung in Europa gäbe, sich auch Russland zuwenden könne.[33]

Diese, hier nur überblicksartig dargestellten, Nischenfaktoren lassen sich leicht in drei Gruppen zusammenfassen: *innerstaatliche* (und zwar sowohl französische als auch deutsche) Einstellungen und Vorbehalte auf der einen, *wirtschaftliche* sowie aus der *internationalen* politischen Konstellation geborene Rahmenbedingungen auf der anderen Seite, wobei es zweifelsohne Wechsel- und Verstärkerwirkungen zwischen diesen Teilbereichen gab. Natürlich lässt sich der spezifische Anteil der einzelnen Faktoren am Integrationsverlauf und an den jeweils stattfindenden Diskursen in der ersten Phase europäischer Ordnungskonstruktion nicht exakt bestimmen. Im Grunde ist das auch gar nicht erforderlich, denn unbestreitbar *beeinflussen* die Nischenbedingungen die jeweiligen Diskurse und prägen dadurch mehr oder minder stark die *Situationsdefinitionen* und somit das tatsächliche *Handeln*. Diskurse finden ja stets in sozialen Situationen statt, die ihrerseits nie von externen – und anderen machtvollen – Einflüssen frei sein können. Allerdings sind viele Situationen dadurch gekennzeichnet, dass es zu einem Ausgleich von Durchsetzungs-, Deutungs- und Verhinderungsmacht einzelner Akteure kommt.[34] Zumal in pluralistischen, freiheitlich-demokratischen Gesellschaften ist von der Existenz solcher Freiheitsgrade auszugehen. In totalitären oder autoritären Regimen ist das gewiss anders, weshalb dort die wirklichkeitskonstruktive Kraft von Diskursen geringer sein kann beziehungsweise das fragile Konstrukt des ‚richtigen Diskurses', also des von den Machthabern erwünschten Diskurses, stets durch die entsprechenden Mittel der *politics of reality*[35] abgesichert werden muss – und zwar durch den Einsatz jener wirklichkeitskonstruktiven Methoden, welche die Geltung bestimmter Situationsdefinitionen garantieren sollen.[36]

Es wäre verfehlt, bei jenen ordnungskonstituierenden Diskursen, die zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geführt haben, davon zu schreiben, dass sie unter Bedingungen von autoritärer Herrschaft stattgefunden hätten. Zwar gab es ein Machtungleichgewicht zu Lasten Deutschlands. Doch keines-

33 M. Duverger 1947.
34 Zu den entsprechenden Formen der Macht siehe W. J. Patzelt u.a. 2005, S. 37.
35 Siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 115ff.
36 Siehe zur Wirklichkeitskonstruktion speziell im Totalitarismus den gleichnamigen Aufsatz von W. J. Patzelt 1998.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wegs waren jene Diskurse dergestalt geprägt, dass eine ‚richtige' Sinndeutung von vornherein bestimmt gewesen wäre. Aber zweifelsohne waren die Freiheitsgrade des Handelns unter den Bedingungen der Nachkriegszeit und speziell unter den gerade genannten Rahmenbedingungen andere als beispielsweise bei jenen Diskursen, die – mehr als 50 Jahre später – zur Verabschiedung des Lissaboner Vertrags führten.

3. ORDNUNGSGENERIERENDE DISKURSE ZENTRALER AKTEURE

3.1 Diskursives Repertoire und zeitlicher Rahmen

Bei der Wirkung der geschilderten Umstände, Einflussnahmen und Hemmnisse nimmt es fast wunder, dass es überhaupt zu einer europäischen Einigung kam. Dass dies trotzdem gelang, lässt vermuten, dass es abseits der vielen ‚Sachzwänge' tatsächlich darüber hinaus wirkende geistige Grundlagen gab, die als diskursives Repertoire des Transzendenten dienten und in der Gründungsphase sinnstiftende Wirkung entfalten konnten.

Folgt man den Gedankenlinien Wilfried Loths, so lassen sich letztlich vier Themenbereiche identifizieren, deren Wirken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zum Erstarken supranationaler Ordnungsgedanken führte. Zunächst war dies die zwischenstaatliche Anarchie, die zu vielen Kriegen mit Millionen von Toten in Europa geführt hatte, was sich nur durch ein *friedliches* Zusammengehen der Völker Europas überwinden lassen konnte. Sodann war es die „Deutsche Frage", also die Suche nach einer Antwort darauf, wie man Deutschland Entfaltungsmöglichkeiten bieten konnte, ohne ihm Hegemonie zu ermöglichen oder zuzuweisen. Des weiteren waren da national nicht zu bewältigende marktwirtschaftliche Probleme, die sich deshalb einstellten, weil die nationalen Märkte für eine effiziente Produktionsweise zu eng wurden. Und letztlich spielte eine Rolle, dass sich Europa unter den Bedingungen der sich verschärfenden Bipolarität zweier Weltmächte zu behaupten hatte, um weder zwischen diesen beiden Polen aufgerieben noch von einer Seite dominiert zu werden.[37]

Gabriele Clemens hat im Rahmen ihrer Analysen von für ein einheitliches Europa werbenden Filmen festgestellt, dass sich darin sechs wesentliche Motive identifizieren lassen, die den Zuschauern positive Einstellungen zum europäischen Einigungsgedanken nahebringen sollten. Dies waren: Abgrenzung von der Vergangenheit; Abgrenzung von anderen Kontinenten und Systemen; das positive Europabild bzw. der europäische Mensch, der überall dieselben Sorgen und Nöte hatte; sowie

37 W. Loth 2007, S. 37f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das kulturelle, wirtschaftliche und politische Europa, wobei der politische Aspekt eine dem wirtschaftlichen Aspekt eher nachgeordnete Rolle spielte.[38]

Versucht man nun, aus dieser Gemengelage auf mögliche Diskursrepertoires für den Aufbau einer europäischen Ordnung zu schließen, so lassen sich im Wesentlichen drei Komplexe identifizieren, aus denen Rückgriffe auf Unverfügbares gespeist werden könnten:

- Vergangenheitsbewältigung
- Schicksalsgemeinschaft
- gemeinsame europäische Identität im weitesten Sinne.

Es ließen sich im Grunde aus allen drei Themenkomplexen geeignete Transzendenzbezüge ‚generieren'. Doch wie findet sich all das in die ordnungsbegründenden Vorstellungen der Akteure eingelassen? Um dies zu ergründen, sind die diskursiven Bezugnahmen auf Unverfügbares in drei Stadien der europäischen Integration zu beobachten: im engen zeitlichen Rahmen *vor*, *während* und *nach* der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Diese diachrone Betrachtungsweise, einsetzend mit den während der Kriegs- und Nachkriegszeit formulierten Europavorstellungen über jene, die im weiteren Kontext der Verabschiedung des Montanvertrags vorgebracht wurden, bis hin zu daran anschließenden kommunikativen Rechtfertigungspraktiken der diskursiv hervorgebrachten Ideen, hat mindestens zwei Vorteile. Einesteils kann die Prozesshaftigkeit der Ordnungskonstruktion auch in den diskursiven Bezugnahmen nachvollzogen werden; andernteils werden Effekte, die sich aufgrund der oben genannten ‚Sachzwänge' einstellen, besser in ihrem tatsächlichen Wirksamwerden entschlüsselt, da sie im diskursiven Prozess der Ordnungsbegründung ihre Rolle spielen, in welchem aber nicht alle diese Zwänge jederzeit gleichermaßen wirken. Es ist eben ein Unterschied, ob sich die politischen Akteure noch im Stadium der Beschreibung einer Ordnungskonzeption, schon in der direkten Gründungsphase oder dann in der Phase des nacheilenden Beurteilens befinden. Vollkommen unterschiedlich sind deshalb in den einzelnen Phasen die diskursiven Rechtfertigungsnotwendigkeiten gegenüber anderen politischen Akteuren, aber auch gegenüber der jeweils repräsentierten Bevölkerung. Folglich werden die Sinndeutungen politischer Akteure entsprechend unterschiedlich ausfallen können.

3.2 Ordnungskonzeptionen

Die entscheidenden ordnungsgenerierenden Bezugnahmen lassen sich in situationsdefinierenden und damit auch tatsächlich handlungsanleitend werdenden Diskursen

38 G. Clemens 2007, S. 54ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

finden. Also wird man besonders ergiebige Fundorte dort vermuten, wo zentrale politische Akteure verschiedener europäischer Staaten in Texten oder Reden ihre – später auch tatsächlich ordnungswirksam werdenden – Gedanken zum Ausdruck gebracht haben. Gemäß dem Motto Jean Monnets, wonach nichts ohne die Mitwirkung von Menschen möglich, aber auch nichts ohne die Entstehung von Institutionen dauerhaft ist,[39] können als zentraler Ausgangspunkt solcher Betrachtungen jene Schriften dienen, die bereits vor dem 9. Mai 1950 und damit vor der Ausrufung des Schuman-Plans von unterschiedlichen Akteuren verfasst wurden. Auch wenn darin die später handlungsleitend werdenden Ideen ‚nur' als Ordnungs*fiktionen*[40] vorhanden sind, entfalteten sie doch insofern ordnungsgenerierenden Charakter, als sie etwas über eine imaginierte, ja *ex ante* konzipierte Ordnung aussagen, die in der Folge dann in dieser oder eben auch abgewandelter Form tatsächlich hervorgebracht wird. So schrieb etwa Jean Monnet im algerischen Exil bereits 1943:

„Es wird keinen *Frieden* in Europa geben, wenn der Wiederaufbau der Staaten erneut auf der nationalen Souveränität beruht, die zwangsläufig mit einer auf Ansehen ausgerichteten Politik und wirtschaftlichem Protektionismus einhergeht. Wenn die europäischen Staaten sich erneut gegeneinander abschirmen, wird es wieder riesiger Armeen bedürfen. Einige Länder werden dies laut zukünftigem *Friedensvertrag* können, anderen wird es verboten sein. Bereits 1919 haben wir Erfahrungen mit dieser Methode gemacht und kennen ihre Folgen. Intereuropäische Bündnisse werden geschlossen werden. Wir wissen, wie viel sie wert sind. Soziale Reformen werden durch das Gewicht der Militärhaushalte verhindert oder verzögert werden. Europa wird *ein weiteres Mal in Angst erbaut* werden (alle Hervorhebungen von SD)."[41]

In dieser Aussage wird recht deutlich, was als zentrales Argument für die Schaffung einer neuen – europäischen – politischen Ordnung dient: einesteils die Notwendigkeit, Frieden in Europa herzustellen, andernteils die Erkenntnis, dass es sich – ganz so, wie in Gabriele Clemens' Analyse von Werbefilmen gezeigt – bei Europa um eine Schicksalsgemeinschaft handelt, in der die einzelnen Staaten einander ‚ausgeliefert' sind. In diesen Kontext passt dann auch die Sichtweise von Pierre-Henri Teitgen, einem der führenden Akteure bei der späteren Ausarbeitung der europäischen Menschenrechtskonvention. Dieser sagte in einer Debatte über die Ratifikation der Statuten für den Europarat in der französischen *Assemblée nationale*, dass

39 Siehe J. Monnet 1978 [1976], S. 387.

40 Dennoch können auch diskursive Ordnungsfiktionen natürlich dann eine prägende und handlungsanleitende Kraft entwickeln, wenn sie – einstmals als Idee in die Welt gesetzt – durch sich verändernde Umweltzustände aus dem Fiktionalen in den tatsächlich situationsdefinierenden und dann auch handlungsanleitenden Diskursrahmen überführt werden. Dies geschieht dadurch, dass das, was zuvor Fiktion war, von mehr und mehr Personen als geeignetes Argument der Interaktion akzeptiert wird und es als ‚normal' gilt, genau darauf Bezug zu nehmen, um sein Handeln zu begründen.

41 J. Monnet 1943.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

es eine evidente Notwendigkeit sei, Deutschland in Europa zu integrieren, da dies nicht nur die einzige Lösung für die europäische, sondern auch die richtige Lösung für die deutsche Frage sei. Nur so sei es überhaupt möglich, das deutsch-französische „Duell" zu beenden.[42] Zwar wird hier die Frage einer Schicksalsgemeinschaft auf das deutsch-französische Verhältnis reduziert: Doch natürlich ist dies auch der Nukleus des Gedankens einer europäischen Schicksalsgemeinschaft, weil diese beiden Nationen eben jene Staaten waren, zwischen denen in weniger als 80 Jahren drei Kriege stattgefunden hatten, die ihrerseits erhebliche Auswirkungen auf viele europäische Staaten und damit auf die Verfasstheit Europas insgesamt zeitigten.

Der Italiener Altiero Spinelli, später Abgeordneter des Europäischen Parlaments und einer der ‚Ziehväter' des vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs von 1984, schrieb bereits im Jahr 1945 über seine Idee eines Nachkriegs-Europa:

„Having reached the end of the war, if we turn our attention to the past events and consider once again what is the sole rational solution for the many problems of European civilization, we must again conclude that Europe can become an element of order in the world and a bastion of law, liberty and well-being, only if there is an effective limitation of the sovereignty of its component states and if they are united in a federation."[43]

Altiero Spinelli, im Übrigen ein überzeugter Kommunist, weist also darauf hin, dass jede Form der europäischen Integration, jeder Versuch, die Probleme der europäischen Zivilisation zu lösen, nur über den Verzicht auf nationale Souveränität und mittels der Gründung einer Föderation gelingen könne. Jene Probleme sind offenkundig in den vormals vom souveränen *jus ad bellum* geprägten kriegerischen Zuständen zu finden, die es nun für immer zu beseitigen gilt. Auch wenn hier die tatsächliche Ressource der Ordnungsbegründung zunächst verschleiert bleibt, ist doch evident, dass es um eine ‚gerechte' Ordnung geht, in welcher die grundlegenden Rechte aller freiheitlichen und demokratischen Staaten weitergelten.

Hier bahnt sich ein weiteres, ganz zentrales Motiv des europäischen Ordnungsdenkens nach dem Zweiten Weltkrieg an, das freilich weniger von Altiero Spinelli, durchaus aber von anderen politischen Akteuren genannt wurde. Es geht nämlich nicht mehr allein darum, eine bestimmte politische Ordnung mit Verweis auf deren friedenserhaltende Qualität zu begründen, sondern zunehmend auch darum, sich von der Gefahr einer kommunistischen Gesellschaftsordnung abzugrenzen, die wie ein Damoklesschwert über den westeuropäischen Staaten schwebte. Was durch solche Aussagen unverfügbar gemacht werden soll, lässt sich recht leicht dekuvrieren

42 P.-H. Teitgen 1949, S. 102.
43 A. Spinelli 1945, S. 145ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

– nämlich eine freie pluralistische Gesellschaft, die es gegen äußere Einflüsse abzusichern gilt. So formulierte etwa der langjährige (1948-55) italienische Staatspräsident Luigi Einaudi:

„It is a task that requires deeds, not merely words. It is vain to preach peace and concord when Hanibal is at the gates, when nationalist passions are reviving in the breasts of all too many Europeans. It is not enough to preach the United States of Europe and convene parliamentary conferences. The important thing is that the parliaments of these minute states that compose divided Europe should give up part of their sovereignty to a parliament comprising a chamber elected directly by the population of Europe as a whole, in proportion to their numbers and regardless of the state they belong to, and also a chamber in which the states should each be presented by an equal number of members."[44]

Eine der einflussreichen und damit ‚ordnungsbegründenden' Reden hielt Winston Churchill, der zwar Großbritannien aus einem Projekt der europäischen Ordnungskonstruktion explizit ausklammert, doch eine klare Vorstellung davon entwickelt hatte, was die Triebkräfte des Krieges waren und folglich die handlungsmotivierenden Kräfte europäischen Friedens sein müssten. In seiner Züricher Rede sagte er zunächst: „If Europe is to be saved from the infinite misery, and indeed from the final doom, there must be this act of faith in the European family, this act of oblivion against all crimes and follies of the past."[45]

Mit diesen Worten ist ziemlich deutlich umrissen, dass es aus Churchills Sicht schon deshalb eine neue politische Ordnung in Europa brauchte, weil es den europäischen Untergang zu verhindern galt. Folglich erstaunt es auch wenig, dass auf die europäische Schicksalsgemeinschaft Bezug genommen wird, der jeder europäische Staat unweigerlich angehöre. Somit ist auch die hier angeführte Unverfügbarkeit leicht zu entdecken, nämlich die Tatsache, dass sich die europäische Geographie nicht ändern lässt und somit die Staaten entweder gemeinsam prosperieren oder gemeinsam untergehen. Der praktische Vorschlag Churchills ist deshalb auch, dies lieber eher als später einzusehen und dementsprechend eine Gemeinschaft zu gründen:

„Under and within this world concept (der Vereinten Nationen, SD) we must re-create the European family in a regional structure called, it may be, the United States of Europe, and the first practical step will be to form a Council of Europe. […] The *salvation of the common people of every race and every land from war and servitude* (Hervorhebung SD) must be es-

44 L. Einuadi 1947, S. 171.
45 W. Churchill 1946.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tablished on solid foundations, and must be created by the readiness of all men and women to die rather than to submit to tyranny."[46]

In ähnlicher Weise argumentierte – freilich schon angesichts der sich anbahnenden Entwicklungen zwischen Frankreich und Deutschland – der ehemalige italienische Staats- und spätere Ministerpräsident Alcide de Gasperi,[47] als er im Februar 1950 über das Projekt einer Europäischen Union schrieb:

„Our American friends must not consider European union as a new creation – one of the many international institutions that sprang up at particular historical moments on the initiative of men of good will who desire to consolidate peace, harmonize discordant views and eliminate disputes. Although such institutions are new, they are indispensable and can easily be constructed in perfect accordance with the schemes of their inventors.
European union, on the one hand, is based on *an existing reality* (Hervorhebung, SD) – it is not a new creation, still less it can become a superstructure. This is its strength, and the basis of our secure confidence. Europe exists, and therefore we can never set up a superfluous institution with no basis in reality."[48]

Alcide de Gasperi betont hier nicht nur, dass der überwölbende Gedanke eines europäischen Zusammenschlusses auf der Friedensnotwendigkeit gründet, sondern er stellt die zu schaffende Gemeinschaft gleichsam als eine bereits bestehende Realität dar, welche zwar noch institutionell, nicht aber hinsichtlich ihrer tatsächlichen geistigen Grundlagen zu konstituieren sei. Nun gründen sich politische Ordnungen aber nicht allein auf die bereits erreichten oder zumindest als verbindlich angenommenen Grundlagen, sondern auch auf als realistisch angegebene Versprechen zukünftiger Entwicklung. Paul-Henri Spaak, später erster Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und zum Zeitpunkt der Rede Vorsitzender der parlamentarischen Versammlung des Europarats, beschrieb in einer am 17. November 1949 gehaltenen Rede, was seiner Meinung nach die Schaffung eines gemeinsamen Europas bedeute:

„Making Europe means realizing that we shall certainly have to sacrifice a number of things, perhaps even some legitimate interests, with the intention or, better, the certainty that in time the whole European community to which we belong will find in the new system greater prosperity, happiness and well-being."[49]

46 Ebd.
47 Alcide de Gasperi war kurzzeitig – von Mitte Juni bis Anfang Juli 1946 – provisorisches italienisches Staatsoberhaupt, bevor dieses Amt von Enrico de Nicola bis zur ersten Wahl eines Präsidenten der Republik im Mai 1948 übernommen wurde.
48 A. de Gasperi 1950, S. 251.
49 P.-H. Spaak 1949, S. 331.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Aufgabe einer europäischen Ordnung besteht demnach auch darin, für ein höheres Maß an Glückseligkeit zu sorgen, wobei die Konkretisierung dieses – etwa auch in der US-Unabhängigkeitserklärung beschworenen – Ziels noch unausgedeutet blieb, eine friedliche Gemeinschaft aber eine selbstverständliche Voraussetzung war, um diesem Ziel näherzukommen.

Eine europäische Ordnung sollte also eine gute Ordnung sein – eine, die den Frieden in Europa garantiert, für Prosperität des europäischen Raums sorgt und zudem in ihren geistigen Grundlagen ohnehin schon bestand. Koos Vorrink, einer der charismatischsten Politiker der Niederlande in der Nachkriegszeit und zeitweilig Vorsitzender der *Partij van de Arbeid*, schrieb in einem Leitartikel für die Parteizeitung *Paraat* am 5. November 1948:

„No – those who advocate European unity, and even those who aim at West European union as a step towards it, have not abandoned the lofty ideal on which the United Nations organization is based.
They know that *peace* (Hervorhebung, SD), the supreme objective of all mankind, can only be achieved in a truly united world. But they also know that for many reasons that supreme objective cannot be attained at once. There must first be regional associations of countries and people whose economic and social conditions and political structure make such association possible.“[50]

An späterer Stelle griff Vorrink, der vor einer zu großen Euphorie warnte und gleichzeitig für eine Lösung auf globaler Ebene zur Friedenssicherung plädierte, auch das Motiv des Kampfes gegen den Kommunismus als zentrales Antriebselement für eine europäische Ordnung auf. So berichtete er beispielsweise darüber, es sei das erklärte Ziel des Kominform, den Marshall-Plan zu sabotieren, was es zu verhindern gelte. Dazu jedoch sei eine stärkere – nämlich föderale – europäische Zusammenarbeit notwendig.[51] Dieser argumentative Bezug baute indes darauf, dass eine weithin akzeptierte Gültigkeit für die Überzeugung existierte, beim Kommunismus handele es sich um eine eindeutig abzulehnende Gesellschaftsordnung. Nur dann kann daraus nämlich Legitimation für das Gegenmodell eines freien und föderalen Zusammenschlusses erwachsen. Allgemeiner lässt sich ein ähnlicher, aber nicht auf den Kommunismus bezogener Rekurs in den Worten Pieter J. Ouds finden, der schrieb, es gelte mit einem föderalen Europa die christliche Zivilisation gegen jede Form des Totalitarismus zu verteidigen, da Humanismus und Christentum eng miteinander verwoben seien.[52] Hier gesellt sich ein Appell zur Aufrecht-

50 K. Vorrink 1948, S. 395.
51 Ebd. S. 396f.
52 P. J. Oud 1949, S. 426.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erhaltung christlich humanistischer Ideale[53] zur generellen Bezugnahme auf die Abkehr von jeder Art des Extremismus und einer Bezugnahme auf den notwendigerweise herzustellenden Frieden. An dieser Stelle wird also eine weitere Form des die menschliche Dispositionsfreiheit Übersteigenden greifbar, mit welcher die Herstellung einer europäischen Ordnung begründet werden soll: die Verteidigung der europäischen Ideale, die – so zumindest vielfach die Meinung niederländischer politischer Akteure – nur in einer föderalen Gemeinschaft gelingen könne. Das Unverfügbare ist hier im europäischen Humanismus oder in einem ‚europäischen Geist' zu finden. Folglich dient der Verweis darauf, dass dieser in Gefahr sei, als Begründung für eine neu zu schaffende Ordnung, die eben genau dessen Erhaltung dient.

Eine besondere Rolle spielt bei der Ausgestaltung europäischer Ordnungskonzeptionen natürlich die deutsche Haltung. Dabei überrascht wenig, dass der Aufbau einer europäischen Ordnung zwar im Grunde begrüßt wurde, die Positionen Adenauers und Schumachers, der beiden zentralen Akteure von CDU und SPD, aber deutlich voneinander abwichen. Folglich sind gerade die Bezugnahmen Adenauers auf Unverfügbares zur Ordnungskonstruktion von Relevanz. Dieser musste die Westbindung ja sowohl gegen Teile der parlamentarischen Opposition als auch gegen Widerstände in nennenswerten Teilen der Bevölkerung durchsetzen, und obendrein musste er auch die übrigen europäischen Staaten von der Ernsthaftigkeit des deutschen Integrationswillens überzeugen. Also brauchte es recht durchschlagskräftige Argumente, um eine überstaatliche Ordnungskonstruktion in und mit einem Staat durchzusetzen, dem es überhaupt noch an staatlicher Souveränität mangelte. Freilich war dann auch nichts fraglos Besessenes aufzugeben – sondern, ganz im Gegenteil, durch Linderung unmittelbarer Siegerkontrolle neuer Freiraum für Deutschland zu gewinnen. Zwar findet sich vor der Zeit des Schuman-Plans wenig Konkretes von Konrad Adenauer zur Frage einer europäischen Ordnungskonstruktion. In seinen „Erinnerungen" schrieb er jedoch über die ihn bewegenden Europaideen während des Haager Kongresses von 1948, dass die

„CDU seit ihrem Bestehen aus tiefer Überzeugung für eine europäische Föderation ein[trat]. Wir sahen und sehen in ihrer Schaffung die alleinige Möglichkeit, den Bestand, die Tradition und den Einfluß Europas zu retten."[54]

Und bereits 1946 hatte Adenauer in einer Radioansprache gesagt:

53 Ähnlich auch bei Hans Ehard (1948), der schreibt, dass alle Anstrengungen zur Formung einer westlichen Kultur auf christlichen Einstellungen beruhen.

54 K. Adenauer 1987 [1965], S. 211.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Ich hoffe, daß in nicht zu ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden, und daß dann Europa, dieser so oft von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird.“[55]

Kurt Schumacher, wichtigster Gegenspieler Adenauers in Deutschland, schrieb in einem Artikel in der *Zeit* vom 4. April 1946, dass Frieden, Freiheit und Sozialismus jene zentralen Werte seien, die eben größer als die Nazi-Propaganda und deshalb auch die beste Reparation [sic!] wären, welche die Deutschen zahlen könnten.[56] Eine weitere wichtige, nur auf den ersten Blick eher randständige Dokumentenquelle findet sich in dem Brief der „Europäischen Gemeinschaft“[57] an den Generalsekretär der „Europeesche Actie“ Hans Dieter Salinger. Dieses von einer Gruppe um Clemens R. Amelunxen, dem Sohn des ersten nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten, verfertigte Schriftstück ist ein Plädoyer für einen europäischen Zusammenschluss, der mit der natürlichen und kulturellen Einheit Europas begründet wird, welche sich wiederum in der physischen und psychischen Verwandtschaft der europäischen Bevölkerung verankert finde.[58] Ähnlich argumentierte auch der erste Ministerpräsident des Freistaats Bayern, der von einer geistigen und psychologischen Haltung der Europäer sprach, welche sie eine.[59]

Anders als in Deutschland zeigt sich am Beispiel Dänemarks, dass es auch nicht zu übersehende Ressentiments hinsichtlich einer europäischen Einigung gab und stattdessen auf die Vereinten Nationen als Regulator europäischer Probleme gesetzt wurde. Dies mag einer der Gründe sein, warum Dänemark nicht zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft gehörte, ihr erst später beitrat und auch danach eine eher europaskeptische Haltung bewahrte. Deutlich wird dies vor allem in den kritischen Reaktionen auf die Rede Churchills in Zürich, denn die Bedeutung der europäischen Einigung als Fundament einer neuen – friedlichen – politischen Ordnung wurde erst später akzeptiert. Ein Beispiel für solchen Sinneswandel gibt der Journalist Eigil Steinmetz, der sich vom Saulus zum Paulus gewandelt zeigte, als er 1947 schrieb: „The nations of Europe must stand together to ensure peace and preserve their cultural inheritance and freedom. The object must be to unite all European nations.“[60]

55 K. Adenauer 1946 (zitiert nach W. Weidenfeld 1994, S. 97).
56 K. Schumacher 1948 [1946], S. 145.
57 Hierbei handelt es sich natürlich nicht um jene Europäische Gemeinschaft(en) (EG), die erst Jahre später gegründet wurden, sondern um eine Gruppe, die sich in verschiedenen westdeutschen Städten weitgehend informell zusammengefunden hatte, um über die Zukunft Europas zu diskutieren. Freilich ergibt sich daraus sogleich, dass diese auf den Ordnungsdiskurs einen nur begrenzten Einfluss hatten. Dennoch sind derlei Ordnungsvorstellungen insofern wichtig, als sie Ordnungskonzeptionen abseits der Vorstellungen der politischen Akteurselite zeigen.
58 Siehe „Europäische Gemeinschaft“ 1946, S. 473.
59 H. Ehard 1948.
60 E. Steinmetz 1947, S. 578.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine eher reservierte Argumentationslinie fand sich auch beim damaligen Sprecher der dänischen Konservativen, Ole Bjørn Kraft, der nicht die europäische Einigung, sondern die Unterstützung durch die USA in den Mittelpunkt rückte, weil nämlich die Teilung in Ost und West eine unumstößliche Realität sei. Deshalb, und hier finden sich viele der Zentralargumente zahlreicher anderer europäischer Akteure, wären nur durch europäische Zusammenarbeit mit den USA Frieden, ökonomische Gesundung und Demokratie möglich.[61]

Insgesamt lässt sich an diesen Diskursfragmenten aus Reden und Zeitungsbeiträgen unterschiedlicher europäischer Akteure ablesen, dass sich eine Fülle von möglichen Bezugnahmen auf Transzendentes in solchen Texten findet, in denen es um die Frage einer zukünftigen europäischen Ordnungskonstruktion geht. Folgende Liste potentieller Transzendenzressourcen lässt sich aus den Diskursfragmenten ableiten:

- Die *Friedensnotwendigkeit* und der *Frieden* im Allgemeinen sind stets und von allen politischen Akteuren bemühte Kategorien zur Begründung einer neuen europäischen Ordnung. Die Ubiquität der Rekurse hierauf zeigt, dass es sich um gemeinsam geteilte Wissens- und Deutungsbestände handelt, die auch nicht in Frage gestellt werden.
- Die europäische *Zivilisation* und die europäische *Kulturgemeinschaft* sind weitere Bezugnahmen auf Unverfügbares, wobei sie nicht gleichermaßen oft wie die Friedensthematik als Ressource genutzt werden.
- Ferner sind da Bezugnahmen auf eine *Schicksalsgemeinschaft* Europa, die sowohl eine *geographische* als auch eine *kulturelle* Komponente enthalten. Dabei ist die geographische Zugehörigkeit in der Tat unverfügbar, weil diese nun wirklich nicht veränderbar ist, während die Zugehörigkeit zur kulturellen Schicksalsgemeinschaft durchaus fragwürdig ist und seltener als Begründung genutzt wird – ebenso selten wie der Rekurs auf Europas *christliche Wurzeln*, der nur vereinzelt – wie etwa bei Pieter J. Oud,[62] Hans Ehard[63] oder Martin Niemöller – als Argumentation für ein vereinigtes Europa vorgenommen wird.
- Anders ist es mit Bezugnahmen auf die Sicherung europäischer *Autonomie und Unabhängigkeit.* In einer Zeit immer stärkerer Bipolarität wird diese Argumentation natürlich zu einer tragfähigen Ressource für den westlichen Teil Europas. Mit beiden Ressourcen ist dabei eine doppelte Konnotation verbunden: Es geht – wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen – um eine Unabhängigkeit gleichermaßen gegenüber den USA und der UdSSR. Eben sie könne durch Gemeinschaftsbildung erweitert werden.

61 O. B. Kraft 1948, S. 591.
62 P. J. Oud a.a.O.
63 H. Ehard a.a.O.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

- Zwar selten, aber durchaus schon in den Diskursen präsent ist der Bezug auf das europäische *Wohlergehen*, allerdings zumeist bezogen auf die ökonomische Ebene und weniger auf die soziale.
- Eine ebenfalls nicht selten bemühte Ressource ist die Referenz auf europäische *Sicherheit,* wobei diese in zwei Richtungen diskursiv eingekleidet wird: Einesteils geht es um die Sicherheit vor der Sowjetunion und damit um die Sicherung der Freiheitsrechte der Staaten, andernteils um Sicherheit vor einem wiedererstarkenden Deutschland.

Aus diesen Versatzstücken europäischer Ordnungskonzeptionen scheint eine ganze Reihe von potentiellen Argumentationsressourcen auf, die geeignet wären, als diskursive Referenzen für eine europäische Ordnungskonstruktion zu dienen. Offenkundig haben nicht all diese Bezugnahmen gleichermaßen ordnungskonstruktiv gewirkt. Das ist aber nicht überraschend, gibt es doch in jedem Diskurs unterschiedliche Diskursstränge[64] und Diskursfelder, auf welche sich die einzelnen Akteure unterschiedlich gern einlassen und die sie, aufgrund ihrer persönlichen und politischen Sozialisation, überhaupt nutzen. Welche dieser möglichen Bezugnahmen nun aber tatsächlich eingesetzt wurden und auf welche Weise sie im Rahmen wirklichkeitskonstruktiven Aufbaus einer sinnhaften Ordnung ihre Wirkungen zeitigten, ist nun für die Phase voranschreitender Integration zu prüfen.

3.3 Diskursive Geltungsbegründung in der Anbahnungsphase europäischer Gemeinschaftsordnung

Als Anbahnungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird hier jener Zeitraum gefasst, der mit der Verkündung des Schuman-Plans beginnt und bis zur tatsächlichen Aufnahme der Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der Montanunion reicht. Der Reigen möglicher Bezugnahmen auf Unverfügbares ist dabei zwar recht umfangreich, nicht aber ist jede potentielle Ressource gleichermaßen geeignet, sich im Diskurs auch tatsächlich als ordnungskonstruktiv zu erweisen. Das hat mit der *Position des Sprechers* ebenso zu tun wie mit der *memetischen Fitness*[65] bestimmter Bezugnahmen sowie mit den *Umständen*, unter denen die Äußerungen zustande kommen. Tatsächliche Durchschlagskraft erweist

64 Siehe dazu S. Jäger 2006.

65 Memetische Fitness bezeichnet hier folgendes: Ein Mem ist ein kulturelles Muster, das repliziert, variiert und selektiert werden kann. Die Fitness hängt von der Eignung dieses kulturellen Musters ab, in einer bestimmten Umweltsituation auch tatsächlich zu bestehen sowie weitervererbt zu werden, also positiv selektiert zu werden. Das heißt für die hier vorliegende Fragestellung, dass eine bestimmte Bezugnahme auch tatsächlich in einem lokal-situativen Kontext eingesetzt und dann durchschlagskräftig sein muss. Ist sie dies, dann ist sie als memetisch fit zu werten. Siehe zu memetischer Fitness ausführlich J. Lempp 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich dann, wenn es in Diskursen zwischen einzelnen Akteuren kontrovers zugeht oder aufgrund der Sprech- oder Schreibsituation eine Umstrittenheit der Situationsdefinition erkennbar wird, also nicht eindeutig für jeden Diskursteilnehmer erkennbar ist, wie genau das Gesagte, Geschriebene oder Symbolisierte zu entschlüsseln ist.[66] Denn hier zeigt sich ganz besonders die wirklichkeitskonstruktive und damit ordnungsgenerierende Kraft bestimmter diskursiver Ressourcen, die sich in genau solchen Situationen entweder durchsetzen oder wirklichkeitskonstruktiv folgenlos bleiben. Somit ist zu prüfen, auf welche der genannten Unverfügbarkeiten in den Gründungsdiskursen ganz konkret Bezug genommen wurde und welch unterschiedliche Folgewirkungen sie entfalteten.

Ansatzpunkte sind Untersuchungen der innerfranzösischen Diskurse, vor allem geführt zwischen Jean Monnet und Robert Schuman, der innerdeutschen Diskurse und obendrein jener deutsch-französischen Diskurse, die den Weg zu den Verhandlungen ebneten. Immerhin war diese Beziehung der Dreh- und Angelpunkt bei der Aussöhnung Europas, wobei sich die Positionen der einzelnen Akteure aber durchaus unterschieden.

Am 3. Mai 1950, also knapp eine Woche vor Bekanntgabe des Schuman-Plans, verfasste Jean Monnet ein Memorandum, in welchem er noch einmal bekräftigte, warum eine europäische Einigung unverzichtbar sei:

„Für den Frieden in der Zukunft ist ein dynamisches Europa unverzichtbar. Ein Bund der ‚freien' Völker, an dem die USA teilnehmen, schließt nicht die Schaffung eines Europas aus; ganz im Gegenteil: weil dieser Bund sich auf Freiheit und damit auf Vielfalt gründet, wird Europa, wenn es sich den neuen Gegebenheiten der Welt angepasst hat, seine schöpferischen Fähigkeiten entwickeln, und so würde nach und nach eine ausgleichende Kraft entstehen."[67]

Spielte bei Monnets Gedanken neben der Frage der Freiheit auch die Ausbalancierung der politischen Kräfteverhältnisse eine Rolle, so fanden sich im von Robert Schuman am 7. Mai 1950 verfassten Brief an den deutschen Bundeskanzler andere Akzente. Hier dient als ordnungsbegründende Ressource vor allem der Friedensbezug:

„…bevor ich der französischen Regierung am morgigen Tage vorschlagen werde, eine wichtige Entscheidung für die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, Europas und des Friedens zu treffen, möchte ich Ihnen die Erklärung erläutern, die die Regierung auf meine Bitte hin akzeptieren und am Abend des 9. Mai veröffentlichen soll. Ich möchte Ihnen gleichzeitig darlegen, in welchem Geist ich diese Erklärung verfasst habe.

66 Zu Situationsdefinitionen als prägende Elemente von Handeln siehe insbesondere W. J. Patzelt 1987, S. 171ff.

67 J. Monnet 1950.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Der Weltfriede kann nur erhalten bleiben, wenn man den Gefahren, die ihn bedrohen, mit schöpferischen Leistungen begegnet. Friedliche Beziehungen sind ohne ein geordnetes, lebensvolles Europa mit seinen Beiträgen zur Menschheitskultur undenkbar. Als Vorkämpfer für ein vereinigtes Europa war das Hauptziel Frankreichs über zwanzig Jahre lang stets der Dienst am Frieden. Europa ist nicht entstanden, dafür kam der Krieg.“[68]

An kaum einer Stelle lässt sich so genau wie hier die Verbindung von Ordnungskonstruktion und der diese ‚Ordnungsnotwendigkeit‘ begründenden Ressource ablesen. Frieden – und zwar nicht nur allein der europäische, sondern der Weltfrieden – dient als zentrale Begründung für die Integration der Staaten Europas, welches überdies nur dann seine – wie auch immer gearteten – kulturellen Errungenschaften weitertragen könne, wenn ein konfliktfreier Zustand erreicht werde. Die offizielle Antwort Konrad Adenauers auf den Brief Schumans fiel, was nicht überrascht, positiv aus, wenngleich Adenauer weder in diesem Schreiben noch in dem an Schuman persönlich adressierten Brief Hinweise auf die Beweggründe für die Unterstützung zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaftsordnung erkennen ließ, also keinerlei Transzendenzrekurs vornahm. Auch in Herbert Blankenhorns[69] Tagebuchaufzeichnungen[70] finden sich zwar Zielsetzungen, die der deutsche Kanzler laut Blankenhorn mit dem Schuman-Plan verband, wie etwa die Lösung der deutschen Frage oder die Aussöhnung mit Frankreich. Es finden sich aber keine Begründungen, warum diese Einigung und vor allem eine weitergehende Ordnungskonstruktion notwendig seien.

Transzendenzrekurse sucht man womöglich ganz besonders dort, wo es um *Umstrittenes* geht. Während nämlich Schuman mit seinem Brief – sowohl innerstaatlich, da dessen Inhalt mit der französischen Regierung abgestimmt war, als auch gegenüber der deutschen Seite – überzeugen musste, war das bei Adenauer in seinem Antwortbrief gerade nicht der Fall. Der Kanzler war mit der Initiative sehr einverstanden und hatte keinen Grund, das Einverständnis auch noch argumentativ aufwendig zu untermauern. Auch wäre es unklug gewesen, eine seiner Ordnungskonzeptionen hier auszudrücken: Durch Aufbau einer *europäischen* Ordnung wurde Deutschland ein Stück weit dem Zugriff der *Alliierten* entzogen.

Jedenfalls liest sich auch die von Robert Schuman am 9. Mai 1950 verlesene offizielle Erklärung in ihren Anfangspassagen genauso wie der zuvor an Konrad Adenauer adressierte Brief. Es heißt:

68 R. Schuman 1950a.

69 Herbert Blankenhorn (1904-1991) war persönlicher Referent Konrad Adenauers, bevor er 1951 zum Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts wurde.

70 H. Blankenhorn 1980, S. 102.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Der Weltfriede kann nur erhalten bleiben, wenn man den Gefahren, die ihn bedrohen, mit schöpferischen Leistungen begegnet. Friedliche Beziehungen sind ohne ein geordnetes, lebensvolles Europa mit seinen Beiträgen zur Menschheitskultur undenkbar.“[71]

Ebenso wie im Brief an Adenauer galt es für Schuman, in der an die Öffentlichkeit gerichteten Erklärung, zunächst die französischen Bürger, aufgrund der Tragweite des Vorschlags aber natürlich auch die politischen Akteure und die Bürger in den übrigen Ländern Europas, von der ordnungskonstruierenden Idee einer Montanunion zu überzeugen. Folglich war der Bezug auf Frieden als Ressource schon deshalb nützlich, weil Frieden eine universell einsetzbare Ressource zur Ordnungsbegründung ist, mit Bezug auf welche sich – wenige Jahre nach einem verheerenden Krieg – ordnungsgenerierende Gedankenspiele am leichtesten plausibilisieren ließen. Reaktionen in der Presse, wie etwa dem *Luxemburger Wort*[72], der *Zeit*[73] oder der *Freien Presse* (Bielefeld),[74] zeigen dann auch, dass diese Wirkung nicht verfehlt wurde.

Anders hingegen stellte sich dies in jenen innerdeutschen Diskursen dar, welche sich nach dem Bekanntwerden des Vorschlags entspannen und deren Stoßrichtung man aufs Klarste in der Bundestagsdebatte vom 13. Juni 1950 ablesen kann. Genau dort musste sich nämlich erweisen, welche transzendenten Ressourcen im europäischen Ordnungsdiskurs besondere Durchschlagskraft entfalten konnten. Die Debatte wurde um die Frage geführt, ob die Bundesrepublik Deutschland dem Europarat als assoziiertes Mitglied beitreten solle; gleichzeitig wurde sie zur Aussprache über den Schuman-Plan. Es spielten dabei vor allem praktische Fragen, etwa der Besetzung der deutschen Verhandlungskommission, eine wichtige Rolle. Doch natürlich finden sich über die gesamte Debatte verstreut immer wieder Passagen, in denen Verweise auf Transzendentes sichtbar werden und die einer Befürwortung oder Ablehnung der neuen politischen Ordnung dienten. So spricht etwa Konrad Adenauer in seiner Erläuterung des Schuman-Plans davon, dass es…

„keine bessere Möglichkeit [gebe], dem französischen Volk die Zweifel an der *Friedensliebe* (Hervorhebung, SD) des deutschen Volkes zu nehmen, als wenn man diejenigen Produkte – Eisen und Stahl –, die nach wie vor die Hauptträger einer jeden Aufrüstung sein würden, so zusammenbringt, daß eben der französische Partner dieses Paktes über alles unterrichtet ist, was auf dem Gebiete von Eisen, Stahl und Kohle vor sich geht.“[75]

71 R. Schuman 1950b.
72 „Luxemburger Wort“ vom 10. Mai 1950, S. 1.
73 „Die Zeit“ vom 18. Mai 1950, S. 1.
74 „Freie Presse“ (Bielefeld) vom 13. Mai 1950, S. 2.
75 Deutscher Bundestag 1950, S. 2460.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch hier findet sich zuvörderst die Bezugnahme auf Frieden, um die Notwendigkeit eines deutschen Engagements bei der Herstellung einer europäischen Ordnung zu begründen; ähnlich übrigens auch beim damaligen Außenminister Heinrich von Brentano, der formulierte, dass „dieser schreckliche Krieg mit einem echten europäischen Frieden seinen konstruktiven Abschluß finden muß“.[76] Aber nicht nur auf Seiten der damals regierenden Koalitionsvertreter, sondern auch bei der Opposition lassen sich Bezugnahmen finden, mit denen die Haltung zur in Aussicht gestellten Schaffung einer neuen politischen Ordnung begründet wird. Dabei wird auf Seiten der Sozialdemokratie recht unverhohlen eine ablehnende Einstellung gegenüber einer solchen Idee vorgetragen. Vor allem die ‚nationale Souveränität‘[77] dient zur Argumentation gegen die Errichtung eines europäischen politischen Ordnungssystems, etwa in der Form von Kurt Schumachers Aussage, es gehe bei der Frage eines engeren Zusammengehens von Frankreich und Deutschland in der Montanpolitik um die „Freiheit der Entscheidung unseres Volkes über das Eigentum an seiner großen Wirtschaft“[78]. Abgerundet wird solche Skepsis durch das Argument, es dürfe nicht nur um ein „Kleinsteuropa des äußersten Westens“[79] gehen, sondern um ein gesamteuropäisches Projekt, da es sich nur dann um ein tatsächlich *europäisches* Werk handele, an dem sich auch die Sozialdemokraten beteiligen könnten. Mit dem Vorwurf der ‚Kleinstlösung‘ wird auf die ‚Schicksalsgemeinschaft Europa‘ Bezug genommen, welche sich eben nicht nur aus Deutschland und Frankreich konstituierte, sondern aus der geographisch evidenten Tatsache, dass die Staaten auf diesem Kontinent allesamt eng verwoben sind. Folglich müsse eine europäische Ordnungskonstruktion stets die Gesamtheit dieser Staaten umfassen.

Es regte sich aber nicht nur in Deutschland Widerstand gegen den Schuman-Plan, sondern auch in Frankreich. So erschienen kurz nach Bekanntgabe des Vorhabens im Quai d’Orsay Zeitungsartikel, die sich mit der Begründung gegen eine europäische Ordnungskonstruktion wandten, dass diese – ganz im Gegenteil zur Behauptung der Befürworter – den Frieden in Europa gefährde, weil die Deutschen nach wie vor eine Gefahr darstellten, und zwar sowohl wirtschaftlich wie auch militärisch.[80] Dabei spielte eine nicht unwichtige Rolle, dass Deutschland durch den Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung zwar einesteils in einem größeren Verbund eingehegt wäre, gleichzeitig aber Anerkennung als gleichberechtigter Partner in der europäischen Staatengemeinschaft fände. Dem war schlecht zu widersprechen. Zur Verteidigung des diesbezüglich mit französischen Interessen

76 Deutscher Bundestag 1950, S. 2469.
77 Mit ‚nationaler Souveränität‘ ist hier die Bezugnahme auf eben jenen für Nationalstaaten prinzipiell als unverfügbar geltenden Status gemeint, welcher im Falle der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Besatzungsstatuts noch gar nicht wiederhergestellt war.
78 Deutscher Bundestag 1950, S. 2476.
79 Ebd., S. 2476.
80 Siehe dazu bspw. R. Humbert 1950.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ambivalent umgehenden Schuman-Plans fanden sich in der französischen Presse auch einige Texte, welche die geplante Ordnungskonstruktion argumentativ unterstützten, etwa jener des einflussreichen amerikanischen Journalisten Walter Lippmann. Der schrieb in *Le Figaro*:

„Ainsi le gouvernement français a radicalement modifié son attitude à l'égard de l'Allemagne. Au lieu d'un démembrement et d'une inégalité prolongés, M. Bidault et M. Schuman offrent à l'Allemagne une entière association franco-allemande, sur un pied d'égalité, dans les affaires européennes. En réalité, il s'agit de la plus audacieuse, de la plus constructive des initiatives gouvernementales depuis la fin de la guerre.
Le chancelier Adenauer n'a pas tardé à comprendre l'immense portée de la proposition française. La matérialisation de cette proposition permettrait la naissance de cette puissance européenne — ‚la troisième force' — qui est indispensable à la stabilisation de l'Europe et à la paix du monde."[81]

Nicht nur handelt es sich laut Lippmann um eine konstruktive Idee, die auf der *Gleichheit* der beiden Staaten beruht, sondern obendrein wird dadurch eine dritte Kraft etabliert, wie sie für die Stabilisierung des Friedens in der Welt unverzichtbar sei. Die Friedensbegründung wird hier also ganz gezielt eingesetzt – überdies von einem französisch sprechenden und schreibenden Amerikaner, der so als ‚glaubwürdiger Advokat' in einer der einflussreichsten französischen Tageszeitungen für die Richtigkeit der Idee des Schuman-Plans fungieren konnte.

Den Grundgedanken einer auf Gleichberechtigung beruhenden Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland griff auch René Pleven auf, als er schrieb:

„Nous allons gagner la guerre comme nous l'avons gagnée en 1918. Mais, en 1919, nous avons perdu la paix. Nous l'avons perdue parce que nous avons traité les Allemands en vaincus. Si nous voulons prévenir la répétition de cette faute, nous devons imaginer en Europe une communauté de partenaires égaux."[82]

81 „Und so veränderte die französische Regierung radikal ihr Verhalten gegenüber Deutschland. Anstatt anhaltender Zergliederung und Ungleichheit boten Bidault und Schuman Deutschland eine ungeteilte und auf Gleichheit fußende deutsch-französische Partnerschaft in europäischen Angelegenheiten an. Seit dem Ende des Krieges ist dies wohl die mutigste und konstruktivste Regierungsinitiative.
Bundeskanzler Konrad Adenauer verstand sofort die immense Tragweite des französischen Vorschlags. Die Realisierung dieses Vorschlags würde die Geburt einer europäischen Macht – ‚der dritten Kraft' – sein, die unverzichtbar für die Stabilisierung Europas und den Frieden in der Welt ist." W. Lippmann 1950.

82 „Wir werden den Krieg wie schon 1918 gewinnen. Aber 1919 haben wir den Frieden verloren. Wir haben ihn verloren, weil wir die Deutschen wie Verlierer behandelt haben. Wenn wir diesen Fehler vermeiden wollen, sollten wir uns Europa als Gemeinschaft gleicher Partner vorstellen können." R. Pleven 1984, S. 24.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Pleven erkannte in der politisch herbeigeführten Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich einen wesentlichen Grund für das Scheitern Europas nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Ungleichheit als Sieger und Besiegte zugunsten eines gleichberechtigten Miteinanders aufzugeben, wäre also eine unhintergehbare Notwendigkeit zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung. Eine gleichberechtigte Partnerschaft der Staaten hat natürlich, und hier schließt sich der Kreis zu den Äußerungen Kurt Schumachers, viel mit der Frage nationaler Souveränität zu tun. Von Gleichberechtigung selbst in einem weiteren Sinne zu schreiben, ohne die wechselseitige staatliche Autonomie anzuerkennen, ist einfach unmöglich. Und somit bekommt die Frage, wie sich diese beiden Unverfügbarkeiten – Frieden und gleichberechtigte Partnerschaft (Souveränität) – zueinander verhalten und welche Prägekraft sie für den Ordnungsdiskurs haben, großen Stellenwert bei der Suche nach den tatsächlich ordnungsgenerierenden Ressourcen. Es zeigt sich, dass die Ressource der gleichberechtigten Partnerschaft, die für Pleven als unhintergehbar galt, durchaus umstrittener als die des Friedens war, so dass jene nur im Strahlglanz der Ressource Frieden überhaupt als diskursive Begründung für die Schaffung einer europäischen Ordnung eingesetzt werden konnte. Nicht ohne Grund zweifelte Schumacher ja genau daran, dass es gleichberechtigte Partnerschaft geben könne, solange es Deutschland aufgrund des Besatzungsstatuts und des Agierens der Ruhrbehörde verwehrt sei, über seine eigenen natürlichen Ressourcen zu verfügen.

Staatliche Gleichheit, so zeigt sich hier, ist ebenfalls nicht unbedingt und immer unverfügbar. Die Geltungskraft dieser Forderung zeigt sich erst im Diskurs selbst, also in jenem Moment, in dem es um die situationsdefinierende Kraft der jeweiligen Bezugnahme geht. Zweierlei Folgen sind nämlich zu beobachten. Entweder verfehlt der Rekurs auf Gleichheit seine handlungsanleitende Wirkung dergestalt, dass es zwischen unterschiedlichen Diskursteilnehmern zu verschiedenen Situationsdefinitionen ob der Frage einer auf staatlicher Gleichheit begründeten europäischen Ordnung kommt. Dieser Fall liegt vor, wenn die eingesetzte Ressource weithin nicht akzeptiert wird, wie das bezüglich Deutschlands in weiten Teilen der französischen Bevölkerung damals war. Oder Gleichheit wird als situationsdefinierende Ressource akzeptiert, deren Geltungskraft den Aufbau einer europäischen Ordnung prägt. Dann wäre Gleichheit fragloser Teil jenes Repertoires, aus dem Diskursbeteiligte schöpfen können. So verhielt es sich damals aber vor allem im Elitendiskurs, also nur in einem – freilich ausschlaggebenden – Teilsegment des Gesamtdiskurses. Dass Gleichheit und Souveränität damals gerade nicht unumstritten waren, erweist ihre beschränkte Leistungskraft als Ressourcen einer europäischen Ordnungsbegründung. Besonders wirkmächtig sind diskursive Bezugnahmen nämlich gerade dann, wenn sie von allen akzeptiert werden, ohne dass es intensiver Reflexion bedürfte.

An diesem Beispiel lässt sich somit ablesen, dass das Transzendenzrepertoire zwar im Prinzip aus deutlich mehr als nur einer Bezugnahme auf Frieden bestand.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aber die überwölbende und besonders leicht verfügbare, diskursive Ressource war eben jene des Friedens. Dies überrascht kaum, konnte bei der diskursiven Bezugnahme auf Frieden ja seitens der politischen Elite zu Recht angenommen werden, dass gerade diese Ressource zum gemeinsamen Wissensbestand der europäischen Bürger gehörte und, wenige Jahre nach einem verheerenden Krieg, wirkmächtig einzusetzen war. Gleichheit oder Freiheit waren hingegen Bestandteile des Transzendenzrepertoires, die nur innerhalb von Teilsegmenten der Gesellschaft zu überzeugen vermochten, nicht aber bei einer breiten Adressatenschaft. Da die politische Elite in pluralistischen repräsentativen Demokratien aber stets an die Wählerschaft rückgekoppelt ist, braucht es gegenüber den Adressaten von Politik natürlich den Rückgriff auf weithin akzeptierte Transzendenzressourcen. Nur unter deren Nutzung kann kommunikative Führung gelingen und lassen sich getroffene Entscheidungen plausibilisieren. Da die jüngere Geschichte in Deutschland, Frankreich und den übrigen europäischen Staaten aber zu recht unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen geführt hatte, war das Repertoire an gemeinsamen Wissensbeständen und Deutungsmustern gering. Frieden war hier der kleinste gemeinsame Nenner – und auf ihn brachte man dann den europäischen Ordnungsdiskurs.

3.4 Begleitende und nacheilende Ordnungsbegründung

Aus den erwähnten Gründen war es nicht möglich, während der *Anbahnungsphase* aus dem gesamten Repertoire möglicher Transzendenzbezüge zu schöpfen. Wie aber stellten sich Bezugnahmen auf der Dispositionsfreiheit des einzelnen Entzogenes in der *nacheilenden* Begründung dar, also nachdem die neue politische Ordnung durch die Ansprache Schumans und das im vorhinein eingeholte Einverständnis Adenauers initiiert war und es für ihre institutionelle Konstituierung und ihren Bestand zu werben galt? Auf welche Transzendenzrepertoires wurde in dieser Phase zurückgegriffen, und wie konnten sie diskursiv in Geltung gehalten werden? Auch bei der Beantwortung dieser Fragen zeigt sich das Grundmerkmal europäischer Ordnungskonstruktion: Europa war von Beginn an ein Elitenprojekt – und blieb das in weiten Teilen bis heute. Georges Bidault[83] schreibt in seiner 1965 unter dem Titel „D'une résistance à l'autre" erschienenen politischen Biographie, dass es in der Bevölkerung an einer revolutionären Stimmung für Europa mangelte:

„Die Massen sind durchaus einverstanden mit einer Einigung Europas, aber sie bleiben passiv. Die europäische Revolution bleibt an den Regierungen hängen. Nun ist aber der Eifer

83 Georges Bidault (1899-1983) war zwischen 1944 und 1954 Ministerpräsident (1949/50), Verteidigungsminister (1951/52) und mehrfacher Außenminister Frankreichs.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dieser Regierungen verschieden stark, je nach Land, Partei, Persönlichkeiten oder Umständen.“[84]

Dass die Massen eher träge am Aufbau einer europäischen politischen Ordnung mitwirkten, überrascht kaum; zu sehr war die Bevölkerung in den einzelnen Staaten Europas noch mit der eigenen Existenzsicherung und der Wiederherstellung der jeweiligen staatlichen Ordnung beschäftigt.[85] Folglich lässt sich Aufschluss über die ordnungsbegründenden Ressourcen vor allem in den Eigendarstellungen politischer Elitenangehöriger finden. Adenauer etwa schrieb dazu in seinen „Erinnerungen“:

„Das Chaos in Europa, das der Zweite Weltkrieg hinterließ, gab eine wichtige Lehre: Wollten wir Europäer in der völlig veränderten Welt nicht untergehen, so mußten wir aus der veränderten Situation die notwendige Schlußfolgerung ziehen: Der Zusammenschluß Europas war absolut zwingend. Ohne die politische Einigung würden die einzelnen Völker Europas Untergebene der Supermächte.“[86]

Adenauer nennt jedoch nicht nur eine praktisch politische Begründung durch Verweis auf einen ansonsten drohenden Untergang, der aber keineswegs zum gemeinsamen Wissensbestand aller Europäer gehörte. Vielmehr beschreibt er auch jene Gemeinsamkeiten Europas, auf welche sich nun der gemeinschaftliche Zusammenschluss stützen könne:

„Bei fast allen Völkern Europas beruht ihre Kultur auf einer gemeinsamen Grundlage: dem Geiste der Griechen und Römer und dem Christentum. Vielfalt in der Eigenart, und trotzdem Gemeinsamkeit in der Grundlage sind die entscheidenden Wesenszüge Europas.“[87]

Aus der Sicht Adenauers ist die Einheit Europas in der Vielfalt der jeweiligen nationalen Ausprägungen eine der Ressourcen europäischer Ordnungskonstitution.[88] Die Unverfügbarkeit dieser Ressource – nicht zu verstehen als ‚Unzugänglichkeit‘,

84 G. Bidault 1966, S. 215.

85 Im Übrigen wäre es verfehlt, heutzutage von einer großen Begeisterung für Europa zu sprechen, da die Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit weniger als 50 Prozent nach wie vor niedrig und auch die aktive Beteiligung in europäischen Organisationen, wie etwa der Paneuropa-Union, gering ist. So waren im Jahr 2011 nur etwa 18.000 Deutsche Mitglieder dieser Organisation, während der Allgemeine Deutsche Automobilclub nahezu 18 Mill. Mitglieder zählte – und das, obwohl es mehr als 80 Millionen Europäer, aber ‚nur‘ ca. 34 Mill. private PKW in Deutschland gibt.

86 K. Adenauer 1989 [1967], S. 13.

87 Ebd., S. 17.

88 Bei einer solch langen Tradition nimmt es nicht wunder, dass genau dieser Gedanke mit dem Motto „In Vielfalt geeint“ zur Leitidee des Verfassungsentwurfs (VVE) geworden ist, aufgrund nationaler Vorbehalte gegenüber einer gemeinsamen Symbolik später jedoch nicht in den Lissaboner Vertrag aufgenommen wurde.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sondern als ‚Unveränderbarkeit' – ist nicht zu bestreiten, denn das geschichtlich Gewordene kann zwar unterschiedlich interpretiert, nicht aber dahingehend ignoriert werden, als ob es die genannten Wurzeln überhaupt nicht gäbe.[89] Inwieweit diese unverfügbaren kulturellen Grundlagen allerdings wirklich als Begründungen für eine europäische Ordnung wirkmächtig werden konnten, hing davon ab, ob sie sich auch in wirklichkeitskonstruktiven Diskursen in Konkurrenz mit anderen Legitimierungen der europäischen Ordnungskonstruktion als durchschlagskräftig erwiesen. Walter Hallstein, einer der einflussreichsten Deutschen in der Gründungsphase der europäischen Montanunion,[90] wählte beispielsweise einen anderen Referenzrahmen, um zu argumentieren, warum die Gründung einer europäischen Gemeinschaftsordnung unvermeidlich sei:

„Die Gründe für die Nützlichkeit, die Notwendigkeit, die *Unabwendbarkeit* (Hervorhebung, SD) der europäischen Einheit sind schnell aufgezählt. Es sind vor allem psychologische Gegebenheiten: auf der einen Seite ein neues Raumgefühl, das die Menschen veranlaßt, auch die öffentlichen Angelegenheiten auf größere Räume zu beziehen, ob es sich nun um Bekämpfung der Armut handelt oder die Atomgefahr, um den Kommunismus oder die Wirtschaft und ihre Ordnung usw.; auf der anderen Seite der Schaden, den das Nationalgefühl genommen hat, seine Schwäche als Folge des furchtbaren Mißbrauchs, der damit in dem orgiastischen Abenteuer des Zweiten Weltkriegs getrieben wurde. Der Blick ist freigelegt auf eine Landschaft, in der Mächte kontinentalen Umfangs die Weltpolitik machen, und man sieht, daß diese Landschaft auch für die Europäer zugänglich ist, wenn sie sich nur entschließen, sich zusammenzutun."[91]

Die zunächst etwas kryptisch anmutende Formulierung, dass es sich um „psychologische Gegebenheiten" handele, welche die „Unabwendbarkeit der europäischen Einheit" garantierten, umfasst ein ganzes Potpourri von Referenzen, die als Begründung für die Gemeinschaftsbildung dienen. Hierbei zeigt sich, dass derlei Letztbegründungen auch *ex negativo*, etwa aus dem *Verlust* des Nationalgefühls gespeist werden können, aber auch aus dem positiven Gefühl, etwas Nützliches hinzuzugewinnen. Letzteres zeigt, dass Bezugnahmen auf Unverfügbares sich – neben dem Rekurs auf Vergangenes und deshalb Unverfügbares – ebenso auf in Aussicht gestellte, von ihrem Nutzen her gleichsam unabweisbare Wirkungen beziehen können. Beiderlei Bezüge sind gleichermaßen zur Legitimierung der Ordnungs-

89 Ähnlich argumentiert auch Heinz Kleger aus analytischer Perspektive, wenn er drei prägende Traditionslinien in Europa ausmacht: die griechisch-römische, die jüdisch-christliche und die der Aufklärung. Siehe H. Kleger 2008, S. 7.

90 Walter Hallstein war sowohl der von Konrad Adenauer bestimmte deutsche Verhandlungsführer bei der Aushandlung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als auch später der erste Kommissionspräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

91 W. Hallstein 1965, S. 4.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

konstruktion geeignet. Das erstaunt nicht: Auch in der Alltagswirklichkeit sind Menschen beide Referenzformen gegenwärtig, indem sie Verweise verwenden, die sowohl auf Erfahrenes als auch auf Zukünftiges ausgerichtet sind. Ein besonders deutlicher Hinweis findet sich diesbezüglich bei Jean Monnet, der als ‚geistiger Vater' des Schuman-Plans in seinen „Erinnerungen" die Phase nach dessen Verkündung beschreibt. Er berichtet aus einer Begegnung mit Geoffrey Crowther, dem damaligen Herausgeber des *Economist*, bei der besonders deutlich sichtbar wird, dass der Verweis auf historisch Unverfügbares gerade nicht bei allen Europäern gleichermaßen als Legitimationsgrundlage für die Schaffung einer europäischen Ordnung dienen konnte:

„Letzterer stand einer englischen Beteiligung an der Hohen Behörde positiv gegenüber, verbarg mir jedoch nicht die Schwierigkeiten des Kampfes, den er mit seiner Zeitung zu führen hatte. England war nicht besiegt worden, es hatte keine Invasion erlebt. Es fühlte sich nicht gezwungen, die Geschichte zu beschwören. Noch war das Empire nicht am Ende, und es hatte die ersten Erfahrungen mit dem allgemeinen Wohlstand gemacht."[92]

Zwei wichtige Transzendenzrekurse für die Schaffung einer politischen Ordnung zeigen sich hier als ‚nicht machbar': das gemeinsame Geschichtserlebnis und die – durch eine Montanunion – in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung. Beides war für den innerbritischen Diskurs viel weniger attraktiv als für den Diskurs in vielen kontinentaleuropäischen Staaten. Also entfalteten hierauf gegründete Argumente keine Zugkraft und lehnte das Vereinigte Königreich eine Beteiligung an der Konstituierung einer europäischen Gemeinschaftsordnung ab.[93] Da der Plan Schumans auch von Beginn an vorsah, eine „Hohe Behörde" zu gründen, antizipierten britische Politiker damit – völlig zu Recht – föderalistische Tendenzen. Gerade die ‚Ablehnung des Föderalismus' ist nun aber eine der Unverfügbarkeiten des innerbritischen Diskurses. In ihm reichte es völlig aus, allein schon die Gefahr der Einbindung in eine föderale Ordnung zu beschwören, um von der Beteiligung am Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung abzuraten. Und nach der klaren Absage britischerseits zur Teilnahme an Verhandlungen über eine „Hohe Behörde"[94] war

92 J. Monnet 1978 [1976], S. 390.

93 Keinesfalls waren das aber die einzigen Gründe für die ablehnende Haltung des Vereinigten Königreichs. Daneben spielte das eigene Selbstverständnis als bedeutende Weltmacht ebenso eine Rolle wie die enge Verbindung mit den USA. Siehe zur Haltung Großbritanniens bspw. M. Rosengarten 1997 sowie C. A. Wurm 1988, S. 628ff. oder auch die Analyse von M. Müller-Härlin 2007, S. 232ff.

94 Siehe Conclusions of a Meeting of the Cabinet on the Refusal to Participate in the Negotiations on the Schuman Plan (London, 2 June 1950), abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Conclusions_of_a_meeting_of_the_cabinet_on_the_refusal_to_participate_in_the_negotiations_on_the_Schuman_Plan_London_2_June_1950-en-8737a230-6924-4905-8004-dee4385ad38e.html (letzter Zugriff: 12. September 2011).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

klar, dass die neue europäische Ordnung zunächst ohne Beteiligung des Vereinigten Königreichs entstehen musste.

Im folgenden Verhandlungsprozess spielten transzendente Ressourcen dann eine eher untergeordnete Rolle. In erster Linie ging es um technische Fragen, wobei das Ausscheiden der Briten als Verhandlungspartner aufgrund der ihnen unterstellten Verhandlungseffizienz durchaus bedauert wurde:

„An Stelle der Begeisterung über den Schuman-Plan tritt nun die nüchterne Abwägung des Wünschenswerten und Möglichen. Hier bedeutet es ein schweres Handicap, daß sich das englische Pferd an diesem Rennen um den Europapreis nicht beteiligt."[95]

Zwar mochte das Ausscheren Großbritanniens von mancher Seite als nachteilig empfunden worden sein. Es hatte für manche Verhandlungspartner aber auch Vorteile. So heißt es im selben Text an späterer Stelle, dass die deutsche Position bei den Besprechungen deshalb gut sei, weil der Plan zum Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung von den Deutschen mehrheitlich getragen werde, so dass dem deutschen Verhandlungsführer, Walter Hallstein, der Rücken gestärkt sei. Gleichwohl zeigt sich auch am deutschen Fall, dass die technischen Aspekte der Verhandlungen zu einer gewissen Abnutzung der Begeisterung für das Projekt führten. Ausweislich eines Berichts der niederländischen Gesandtschaft in Deutschland aus dem Frühjahr 1951 wandelte sich die Einstellung der Deutschen zum Schuman-Plan um so mehr, je länger die Verhandlungen dauerten und je stärker solche Fragen in den Mittelpunkt rückten, die sich um konkrete Zahlen bei der Kohleförderung und Stahlproduktion drehten:

„Diese anfängliche Vorstellung ist allerdings vom zähen Verlauf der Pariser Verhandlungen nicht unbeeinträchtigt geblieben. Vor allem das visionäre Element, das an die Gefühle appellierte, wurde weitgehend ausgehöhlt."[96]

An solchen Aussagen zeigt sich der durchschlagende Nutzen von diskursiven Rückgriffen auf Transzendentes nun besonders deutlich. Durch derlei Transzendenzrekurse gelingt es nämlich, an das affektuelle, in emotionalen Tiefenschichten gelagerte Potential von Menschen zu appellieren. Wird dabei der Nerv getroffen, so sind solche Appelle deshalb erfolgreich, weil es zu ihrem Wirksamwerden keiner weiteren Begründung bedarf. Allein der Emotionen oder ‚Evidenzen' auslösende argumentative Bezug überzeugt dann. Oft wird er auch gar nicht mehr durch Reflexion dergestalt in Frage gestellt, dass man wirklich gründlich über die Plausibilität des ‚spontan Einleuchtenden' nachdächte. Ein Verzicht auf solche intuitiv eingän-

95 Hamburger Abendblatt vom 4. Juli 1950.
96 Niederländische Mission 1951.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gigen Ressourcen der Wirklichkeitskonstruktion und deren versuchte Substitution durch rationales Kalkül gibt somit wichtige Mittel wirklichkeitskonstruktiver Politik aus der Hand. Rein rationales Kalkulieren und Reflektieren ist deshalb ergebnisoffener, als es Prozesse des Werbens um wenig reflektierte Anerkennung von ‚schlagend evidenten' Transzendenzrekursen sind. In diesem Sinn hatte Marion Gräfin Dönhoff völlig recht mit ihrer Bemerkung, dass „alles Mystisch-Irrationale sehr wahrscheinlich und alles Vernünftige und Notwendige äußerst unglaubwürdig erscheint."[97] Unglaubwürdig erscheint ja bis heute die europäische Ordnung viel eher denen, welche sie nur als vernünftig akzeptieren wollen, nicht aber denen, für welche sie auch plausible Transzendenzbezüge besitzt. Es braucht also nicht ‚das Transzendente' oder ‚das Vernünftige', sondern das Vernünftige muss durch Transzendentes untersetzt sein, wenn es dauerhafte Geltungskraft haben soll.

Folglich wurden auch nacheilende Begründungen, wie sie etwa Walter Hallstein nach Abschluss der Verhandlungen über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anlässlich eines Vortrags an der Frankfurter Universität vornahm, plausiblerweise mit Bezügen auf Transzendentes versehen. Hierbei zeigt sich einmal mehr, dass das transzendente und zur Ordnungsbegründung genutzte Repertoire nicht ‚einfach vorhanden' und ‚beliebig nutzbar' ist, sondern auch selbst diskursiv in Geltung gehalten werden muss. Es werden nämlich Bezugnahmen auf die Friedensbegründung mit der ausdrücklichen Mahnung verbunden, dass diese jedem und unmittelbar eingängig sein müssten, etwa dergestalt, dass doch die „Sicherung des Friedens jede Bilanz überwiege" und dass es

> „das Bedürfnis aller europäischen Völker ist, Frieden zu halten, Frieden in einer Lebensordnung, die jedem Staat seine Würde beläßt, die aber gleichzeitig die Sicherheit gewährt, auf die nun einmal ein zivilisierter Staat so wenig wie ein zivilisiertes Individuum verzichten kann, um in Anstand existieren zu können."[98]

Der Argumentationsgang schichtet hier folgende Kontexte auf: Wer nicht als unzivilisiert gelten möchte, sondern als zivilisiert, wer der Gemeinschaft zugehören und nicht ein Außenseiter sein will, der tut gut daran zu akzeptieren, dass die neugeschaffene politische Ordnung dem Frieden dient. Und weil Frieden selbst ein unumstößliches Ziel jeglicher Zivilisation und damit unverfügbar ist, kann es keinen Zweifel daran geben, dass diese neue Ordnung legitim ist. An der Gültigkeit dieser Ordnung können also nur jene überhaupt Zweifel haben, die das nicht verstanden haben oder ‚niedere Motive', wie etwa die Wirtschaftlichkeit, an die erste Stelle plazieren. In einer solchen Kontextaufschichtung zeigt sich nicht nur, dass das Prinzip, auf welches Bezug genommen wird, diskursiv in Geltung gehalten wird, son-

97 M. G. Dönhoff 1950.
98 W. Hallstein 1951, S. 27.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dern dass es nach der Konstituierung einer politischen Ordnung erst recht zu engen Verzahnungen zwischen Bezugnahmen auf Unverfügbares und jenen Attributen kommt, die der entstandenen politischen Ordnung nun als ‚stimmige' Konsequenz aus dem Unverfügbaren zugeschrieben werden. Zunächst nämlich diente die Bezugnahme auf den Frieden als zentrale Begründung zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaftsordnung; sobald diese existierte, konnte die Geltungskraft dieser Legitimationsgrundlage wiederum durch den Verweis auf die entstandene Ordnung begründet werden.[99] Das permanente In-Geltung-Halten einer Ordnung basiert also nicht nur auf der Sicherstellung des sie reproduzierenden Handelns, sondern ebenfalls darauf, dass zugleich die jenes Handeln sinngebend anleitenden Unverfügbarkeiten ihrerseits in Geltung gehalten werden.[100] Dazu können sich Akteure dann auch der politischen Ordnung selbst als Garantien dieser Geltungsgrundlage bedienen.[101] Die Kurzformel lautet also: Um des Friedens willen brauchen wir diese politische Ordnung; ist sie erst einmal entstanden, dient sie selbst als Garant des Friedens. Meist geschieht derlei In-Geltung-Halten vollkommen unbemerkt durch stets mantragleiches Wiederholen und selbstverständliche Referenzen in der Alltagskommunikation, die man routinemäßig nicht hinterfragt. So ging es jedenfalls dem Friedensbezug zu Beginn der europäischen Integration, und später gesellten sich jenem Bezug mit ‚Wohlstand' und ‚Solidarität' andere Transzendenzressourcen hinzu, die jedoch anfänglich noch kaum eine Rolle spielten.

Alles in allem lässt sich festhalten, dass in der Anfangsphase europäischer Integration nicht nur eine politische Ordnung selbst geboren wurde, sondern es auch zur ‚Mythologisierung' einer Transzendenzressource kam. Unter politischen Elitegruppen war deren tatsächliche Wirkung wesentlich weniger durchschlagend als rational-funktionale Erwägungen. Anders aber verhielt es sich mit den Völkern der werdenden europäischen Gemeinschaft. Ersteres jedoch legen Presseberichte nahe, in denen die Wichtigkeit der neuen politischen Ordnung nicht politisch, sondern wirtschaftlich begründet wurde – und dies auch nicht durchweg positiv, sondern abwartend und mit einer Tendenz zur Ablehnung.[102] Eine solche Haltung zeigt sich beispielsweise in den Äußerungen Joseph Bechs, des damaligen luxemburgischen Außenministers. Er sagte in einer Rede vor dem Luxemburger Abgeordnetenhaus:

99 In der ethnomethodologischen Theorie der Wirklichkeitskonstruktion wird derlei ein „Reflexivitätsprozess" genannt und als Kernstück aller Ordnungskonstruktion empirisch untersucht. Siehe W. J. Patzelt 1987, S. 69ff.

100 Dies erfasst die ethnomethodologische Theorie als „politics of reality", zumal über das Konzept der Vorfeldmethoden der Sicherung sozialer Ordnung; siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 116ff.

101 Hier geht es ethnomethodologisch um die Ausgrenzungsmethoden der „politics of reality".

102 Siehe u.a. den Bericht in der belgischen „La Libre Belgique" vom 15. Dezember 1951, S. 1.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Si nous avons applaudi dès le premier jour à la grandeur et à la générosité des conceptions politiques du Plan Schuman, nous nous sommes d'autre part rendu compte de la répercussion du Plan dans le domaine qui forme l'armature même de notre économie nationale et que de l'évolution que prendra dans ce Plan nouveau notre industrie sidérurgique, dépendra l'avenir même du pays, son développement économique et son progrès social."[103]

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die luxemburgische Zustimmung zum Aufbau der Montanunion, anders als in Frankreich und Deutschland, vor allem von rationalen Überlegungen eines wirtschaftlichen und industriellen Aufbaus geprägt war. Dies gilt auch, mit einigen Nuancen bei der Bewertung des vermutlichen Nutzens und der abzusehenden Gefahren für die heimische Wirtschaft, für die beiden anderen BeNeLux-Staaten[104] sowie für Italien.[105] In diesen Ländern musste – oder sollte – offenbar gar nicht erst auf Transzendentes zur Ordnungsbegründung zurückgegriffen werden. Jedenfalls waren die Diskurse dort von vornherein eher rational-ökonomisch geprägt und thematisierten die Gründung der neuen europäischen Ordnung weniger als ein politisches, sondern vielmehr als ein wirtschaftliches Projekt. Das ist indes nicht erstaunlich, handelte es sich doch bei Frankreich und Deutschland nach dem Krieg um die weitaus größeren Volkswirtschaften mit einem großen ökonomischen Potential, die – anders als die übrigen vier Staaten – gerade nicht die Hegemonie anderer kontinentaleuropäischer Staaten fürchten mussten. Deutschland und Frankreich hingegen mussten sich vor der ohne europäischen Ordnungsrahmen weiterhin bestehenden Gefahr fürchten, erneut in einem Krieg zu enden, der wirtschaftlicher Prosperität und wachsendem Wohlstand ein jähes Ende bereitet hätte. Eine solche Lage aber spricht nicht nur den Verstand an, sondern auch den Sinn für Transzendenz.

4. FOLGEN UND LEHREN AUS DER AUFBAUPHASE EINER EUROPÄISCHEN POLITISCHEN ORDNUNG

Die Gründung einer politischen Ordnung ist offenbar kein einfaches Unterfangen – zumal dann nicht, wenn es sich um eine supranationale Ordnung handelt, der be-

103 „Auch wenn wir uns von Anfang an vor den großartigen und großzügigen politischen Ideen des Schuman-Plans verneigt haben, wurden uns doch die Auswirkungen des Plans auf unsere Stahlindustrie – das Herzstück unserer nationalen Wirtschaft – bewusst. Die Entwicklung, die sie laut diesem Plan nehmen würde, würde die Zukunft des Landes selbst, seine wirtschaftliche Entwicklung und seinen sozialen Fortschritt bestimmen." J. Bech 1952.

104 Siehe für die Niederlande etwa J. v. d. Brink 1952 sowie für Belgien einen nach der Ratifikation erschienen Zeitungsartikel in „La Libre Belgique" vom 7. Februar 1952, S. 1.

105 Siehe Niederländischer Botschaftsattaché 1951.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

währte „Blaupausen“ fehlen.[106] Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gab es obendrein nur wenige Transzendenzressourcen, auf die diskursiv Bezug genommen werden konnte. Das hat vor allem damit zu tun, dass es der spezifische Kontext der Gründungsphase kaum erlaubte, auf drei wesentliche Pfeiler europäischer Zusammengehörigkeit zu verweisen: auf die gemeinsame Kultur, das christlich-jüdische Erbe und die römische Rechtstradition. Ein gerade erst beendeter Krieg, in dem alle drei Transzendenzressourcen nicht ausgereicht hatten, verheerende Schlachten und den Holocaust zu verhindern, ‚überstieg‘ sogar *deren* potentielle Wirksamkeit. Folglich war der Rahmen für Transzendenzrekurse nach dem Zweiten Weltkrieg so eng, dass es kaum Wahlfreiheiten gab. Hier zeigt sich dann, dass in solchen Notlagen tatsächlich die Geschichte als *magistra vitae* fungieren kann, und zwar zumindest dergestalt, dass sowohl die Geschichte als auch die aus ihr nahegelegten Lehren aus der Geschichte mancherlei Pfade verbauen und Bezugnahmen auf vielerlei Vergangenes unmöglich machen, eben dadurch aber auch neue Horizonte eröffnen.

Dass der *historische* Kontext der Gründung einer europäischen Gemeinschaftsordnung manchen Pfad unbegehbar machte, zeigt sich besonders dort, wo es um den Einsatz konkreter Ressourcen im Hinblick auf *Zukünftiges* ging. Etwa war es im deutschen Diskurs zunächst kaum möglich, die Freiheit der europäischen Staaten gegenüber der durch den Kommunismus drohenden Unfreiheit als Legitimationsressource für den Aufbau der neuen europäischen Ordnung einzusetzen. Es war nämlich für jeden unübersehbar, dass Deutschland aufgrund des Besatzungsstatuts zu Beginn der 1950er Jahre nun einmal unfrei in dem Sinne war, dass es nicht souverän agieren durfte. Auch konnte die Verheißung von Freiheit als durch die neue Ordnung zu erreichendes Ziel schon deshalb nicht überzeugen, weil sich der hinter der Ordnungsgründung stehende Plan doch offenkundig auf eine Eindämmung nationaler Souveränität richtete – und zwar gerade der vielleicht eines Tages wiederzugewinnenden Souveränität Deutschlands. Bereits an diesem Beispiel lässt sich Wichtiges ablesen: Transzendentes als wirklichkeitskonstruktive Ressource ist ihrerseits ein Produkt sozialer Wirklichkeitskonstruktion. Die tatsächliche Nutzbarkeit von Transzendenz als Ressource zur Begründung, Stabilisierung und Transformation sozialer und politischer Ordnung muss in Diskursen überhaupt erst einmal sichergestellt werden. Und dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei Transzendentem um nichts anderes als um annehmbare und weitergebbare kulturelle Muster[107] handelt, die in Diskursen eingesetzt werden und, falls sie ausreichend viel Attraktivität entfalten und viele Träger finden, gemeinsamer Sinnstiftung, gemeinsamer Situationsdefinition und darauf gegründetem gemeinsamen Handeln dienen.

106 Zum ganz anders gearteten Fall einer Ordnungsgründung anhand von bewährten „Blaupausen“ siehe W. J. Patzelt 2011.

107 In der Theorie des Evolutorischen Institutionalismus wäre hier von Memen und Memplexen die Rede; siehe W. J. Patzelt 2007a, S. 138ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Es können also nur solche Elemente Teil eines sich alltagspraktisch bewährenden Transzendenzrepertoires sein, die auch tatsächlich zur jeweiligen Gesellschaft und Kultur passen, sich deshalb in den Diskursen als passfähig und wirkungsvoll erweisen und obendrein auch *in Geltung gehalten* werden. Andernfalls verpuffen Bezugnahmen auf Transzendentes wirkungslos. Neben einem solchen Angebot an ultimate Kontexte liefernden kulturellen Mustern braucht es freilich auch Nachfrage nach ihnen, die ihrerseits wiederum zeit- und umstandsabhängig ist. Umbruchzeiten generieren üblicherweise andere Transzendenznachfrage als Zeiten der Stabilität. „Not lehrt Beten" – an wechselnde Instanzen und an wechselnde Dinge. Dabei sind Verweise auf solche Unverfügbarkeiten außerordentlich wirkungsvoll, die besonders viele für unverfügbar und nicht für leicht auch änderbares ‚Menschenwerk' halten. Gibt es diesbezüglich nur kleine Schnittmengen im Wissen sowie den Hoffnungen der Beteiligten, so reduzieren sich die möglichen Transzendenzressourcen. Im Grenzfall werden Minima durch repressive Machtmittel bereitgestellt.

Letzteres kommt in totalitären Systemen häufig, in pluralistischen Systemen nur selten vor. Freilich gibt es auch in pluralistischen Systemen Möglichkeiten der Durchsetzung bestimmter Inhalte als ‚unverfügbar' und anderer als eben freier Veränderung zugänglich. Stigmatisierung und Ausgrenzung Andersdenkender sind dafür die gängigsten Methoden. Die erste zeigt sich in der oben zitierten Rede Hallsteins: Andersdenkende werden für minderwertig erklärt.

Tatsächlich müssen ordnungsgenerierende Transzendenzbezüge immer wieder diskursiv in Geltung gehalten werden, und zwar unter Hinnahme der Tatsache, dass es für bestimmte Transzendenzbezüge Konjunkturen gibt. Gerade in der Phase größter Unsicherheit über die Etablierung der europäischen politischen Ordnung greift beispielsweise mit dem ‚Frieden' ein Transzendenzbezug, der so umfassend einsetzbar ist, dass man sich seines tatsächlich ordnungsgenerierenden Charakters überhaupt nicht grundsätzlich und von vornherein sicher sein kann – birgt doch so große Deutungsoffenheit und Vagheit stets auch die Gefahr von Beliebigkeit. Und wirklich konnte der Verweis auf Frieden auch von den Gegnern der europäischen Ordnungsgründung eingesetzt werden – ihrerseits mit dem Ziel, diese zu verhindern. Es sind also Transzendenzbezüge nicht nur konjunkturabhängig, sondern können auch zu vollkommen unterschiedlichen Zwecken genutzt werden.[108] Rekurse auf Freiheit sind bspw. sowohl geeignet, eine Einengung der individuellen Freiheitsrechte zum Zwecke der Gefahrenabwehr als auch deren Ausweitung im Sinne von ‚Liberalisierung' zu rechtfertigen. Beides aber hätte ganz unterschiedliche Implikationen für die politische Ordnung, und zwar bei genau gleichem Transzendenz-

108 Ethnomethodologisch wäre hier von „Indexikalität" die Rede; siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 61ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rekurs. Es kommt also stets darauf an, welche ‚Lesart' innerhalb eines Diskurses obsiegt, welch andere aber unterliegt.[109]

Letztlich stellt sich die Frage, ob es wirklich Transzendenzrekurse waren, die den Aufbau der europäischen politischen Ordnung vorangetrieben haben, oder ob nicht vor allem Sachzwänge die entscheidenden Impulse gaben. Doch auch Sachzwänge entfalten – außerhalb von ‚regulativen Katastrophen' – wirklichkeitskonstruktive Kraft nur über Situationsdefinitionen, denen ihrerseits Diskurse vorangehen. Und im nachhinein ist erst recht entscheidend, ob *geglaubt* wird, eine bestimmte Situationsdefinition sei richtig gewesen. Auch das aber ist dann eine Sache von Diskursen und diskursiver Mythenverwendung. Ein Analytiker wird deshalb zwar nicht am wirklichkeitskonstruktiven Nutzen von Transzendenzrekursen zweifeln, sehr oft aber an der ‚Richtigkeit' der Behandlung eines überwölbenden Zusammenhangs als ‚unverfügbar'. Das zeigt sich angesichts solcher Einschätzungen, wie etwa jener des französischen Historikers Raymond Poidevin, der die seinerzeitige Haltung Frankreichs wie folgt charakterisierte:

„So entsprangen die beiden französischen Initiativen (EGKS und EVG, Anmerkung SD) des Jahres 1950 nicht einer mächtigen proeuropäischen Strömung; vielmehr scheinen sie aus einer durch die internationale Entwicklung erzeugten Zwangslage geboren."[110]

Transzendenzrekurse waren also schon im Spiel, als es galt, die europäische Gemeinschaftsordnung zu konstituieren. Aber sie allein bewirkten nicht, was sie sehr motivierten und rechtfertigten. Am Ende ist es also doch nicht ‚Transzendenz', was die Welt strukturiert, sondern diese strukturiert sich selbst – mit Transzendenzkonstruktionen und Transzendenzrekursen als Teil dieses Strukturierungsprozesses.

LITERATUR

Adenauer, Konrad (1987 [1967]): Erinnerungen 1945-1953. 6. Auflage, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Adenauer, Konrad (1989 [1967]): Erinnerungen 1955-1959. 4. Auflage, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Arnold, Karl (1949): Radio-Ansprache, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 519-521.

109 Ethnomethodologisch wäre hier von „Entindexikalisierung" über Darstellungstechniken („accounts") und „Interpretationsverfahren" zu handeln; siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 83ff.

110 R. Poidevin 1990, S. 262.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bech, Joseph (1952): Discours de Joseph Bech sur la Ratification du Traité CECA (Luxembourg, 8 mai 1952). (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Discours _de_Joseph_Bech_sur_la_ratification_du_traite_CECA_Luxembourg _8_mai_ 1952-fr-1972b2b3-d9aa-45ae-819b-9802a57b117b.html, letzter Zugriff: 26.9. 2011).

Bidault, Georges (1966 [1965]): Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere. Berlin: Propyläen Verlag.

Blankenhorn, Herbert (1980): Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949-1979. Frankfurt am Main: Propyläen Verlag.

Blind, Adolf (1996): Unruhige Jahre an der Saar 1947 bis 1955. Ein Zeitzeuge erinnert sich. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.

Brink, Jan v. d. (1952): Les Pays-Bas et le Plan Schuman, in: Notre Europe. Revue Européenne 3, Nr. 11-12. Strasbourg: Société Européenne d'Éditions et de Publications (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Jan_van_den_Brink_Les _Pays _Bas_et_le_plan_Schuman_1952-fr-e8308151-00bc-4808-98e2bdfc73 af6541. html; letzter Zugriff: 26. September 2011).

Churchill, Winston (1946): Zurich Speech, 19 September 1946, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 662-666.

Clemens, Gabriele (2007): Europa – nur ein gemeinsamer Markt? Die Öffentlichkeitsarbeit für den europäischen Integrationsprozess am Beispiel der Europafilme zwischen Marschallplan und Römischen Verträgen 1947-1957, in: Gehler, Michael (Hrsg.): Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957-2007. From Common Market to European Union Building. 50 Years of the Rome Treaties 1957-2007. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, S. 45-61.

Dedman, Martin J. (2010): Origins and Development of the European Union 1945-2008. A History of European Integration. London/New York: Routledge.

Deutscher Bundestag (1950): Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode 1949. Stenographische Berichte Band 4. 68. Sitzung vom 13. Juni 1950, S. 2459-2497.

Dönhoff, Marion Gräfin (1950): Europa kommt durch den Lieferanten-Eingang, in: Die Zeit vom 14. September 1950.

Dreischer, Stephan (2006): Das Europäische Parlament und seine Funktionen. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten. Baden-Baden: Nomos.

Dreischer, Stephan (2012): Vom parlamentarischen Forum zum parlamentarischen Mitgestalter. Verlaufsformen europaparlamentarischer Entwicklung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S. 211-248.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Duverger, Maurice (1947): Pas d'Europe sans l'Allemagne, in: Le Monde vom 9. September 1947.

Ehard, Hans (1948): Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus. Vortrag gehalten an der 2. Studientagung des internationalen Instituts für Sozialwissenschaft und Politik am 3. April 1948 in Regensburg. München: Pflaum.

Einaudi, Luigi (1947): War and European Union, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 167-171.

„Europäische Gemeinschaft" (1946): Basic Thoughts, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 472-473.

Fontaine, François (1975): Les 30 Jours qui Ébranlèrent l'Europe, in: 30 Jours d'Europe, Nr. 202, S. 9.

Gasperi, Alcide de (1950): European Union, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 250-251.

Giersch, Herbert (1985): Eurosclerosis. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 112. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

Goschler, Constantin/Buchheim, Christoph/Bührer, Werner (1989): Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2, S. 171-206.

Hallstein, Walter (1951): Der Schuman-Plan. Nachschrift des am 28. April 1951 in der Aula der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main gehaltenen Vortrags (= Frankfurter Universitätsreden, Heft 5). Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

Hallstein, Walter (1965): Die echten Probleme der europäischen Integration. Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Neue Folge 37. Kiel: Schmidt & Klaunig.

Hallstein, Walter (1974 [1973]): Die Europäische Gemeinschaft. Düsseldorf/Wien: Econ Verlag.

Hauriou, Maurice (1965): Die Theorie der Institution. Berlin: Duncker & Humblot.

Humbert, Raymond (1959): Non M. Schuman, in: „Le Patriote mosellan" vom 10. Juni 1950, S. 1.

Jäger, Siegfried (2006): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner u.a.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

(Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1. Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag, S. 83-114.

Kleger, Heinz (2008): Gibt es eine europäische Zivilreligion? Pariser Vorlesung über die Werte Europas, in: WeltTrends, Papiere, Band 8. Potsdam: Universitätsverlag.

Kluth, Winfried (1995): Die demokratische Legitimation der EU. Eine Analyse der These vom Demokratiedefizit der Europäischen Union aus gemeineuropäischer Verfassungsperspektive. Berlin: Duncker & Humblot.

Kraft, Ole Bjørn (1948): The Marshall Plan and Nordic Cooperation (Excerpts from the Speech in the Folketing), abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 589-592.

Lempp, Jakob, unter Mitarbeit von Werner J. Patzelt (2007): Evolutionäre Institutionentheorie, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon Verlag, S. 375-413.

Lempp, Jakob (2009): Die Evolution des Rats der Europäischen Union. Institutionenevolution zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus. Baden-Baden: Nomos.

Lempp, Jakob (2012): Vom intergouvernementalen Forum zum europäischen Akteur. Leitideenwandel und Institutionenevolution im Rat der Europäischen Union, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S. 249-297.

Lipgens, Walter (1972): Die europäische Integration. Stuttgart: Klett.

Lippmann, Walter (1950): Un Événement Capital, in: „Le Figaro“ vom 16. Juni 1950.

Loth, Wilfried (1996): Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Loth, Wilfried (2000): Der Prozess der europäischen Integration. Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: Jahrbuch für europäische Geschichte. Band 1. München: Oldenbourg, S. 17-30.

Loth, Wilfried (2007): Der Weg nach Rom – Entstehung und Bedeutung der Römischen Verträge, in: integration 1, S. 36-43.

Loth, Wilfried (2010): Der Schuman-Plan und die Zukunft der Europäischen Union, in: integration 4, S. 350-357.

Monnet, Jean (1943): Denkschrift von Jean Monnet (Algier, 5. August 1943). (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/denkschrift_jean_monnet_algier_august_1943-3-3092, letzter Zugriff: 14. Februar 2011).

Monnet, Jean (1950): Memorandum vom 3. Mai 1950. (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/memorandum_jean_monnet_mai_1950-3-950, letzter Zugriff: 14. Februar 2011).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Monnet Jean (1978 [1976]): Erinnerungen eines Europäers. München/Wien: Carl Hanser Verlag.

Müller-Härlin, Maximilian (2008): Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur Europäischen Integration. Identifikationsmuster in Deutschland, Frankreich und Großbritannien nach 1950. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Niederländische Mission in Deutschland (1951): Vermerk der niederländischen Mission in Deutschland vom 3. Februar 1951. (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Vermerk_der_niederlandischen_Mission_in_Deutschland_3_Februar_1951-de-4bab866dd79a-4203-8320-b54be5cc93b3.html, letzter Zugriff: 26. September 2011).

Niederländischer Botschaftsattaché in Italien (1951): Vermerk des niederländischen Botschaftsattachés in Rom vom 3. Februar 1951. (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Vermerk_des_niederlandischen_Botschaftsattaches_in_Rom_3_Februar_1951-dec3cd1e4c-c289-437c-a81a-54e0f7496e19.html, letzter Zugriff: 5. Juni 2011).

Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (1956): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955. Allensbach: Verlag für Demoskopie.

Oud, Pieter J. (1949): Hasty Innovations Are always Unfortunate, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 423-426.

Patzelt, Werner J. (1987): Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. München: Fink.

Patzelt, Werner J. (1998): Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath, in: Siegel, Achim (Hrsg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 235-271.

Patzelt, Werner J./Demuth, Christian/Dreischer, Stephan/Messerschmidt, Romy/Schirmer, Roland (2005): Institutionelle Macht. Kategorien ihrer Analyse und Erklärung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Macht. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 9-46.

Patzelt, Werner J. (2007a): Kulturwissenschaftliche Evolutionstheorie und Evolutorischer Institutionalismus, in: ders. (Hrsg.) (2007): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S. 121-182.

Patzelt, Werner J. (2007b): Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, in: ders. (Hrsg.) (2007): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S. 287-374.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Patzelt, Werner J. (2011): Institutionenbildung anhand von „Blaupausen“: Die Neuentstehung des ostdeutschen Parlamentarismus als Beispiel, in: Lorenz, Astrid (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 261-292.

Pleven, René (1984): L’Union Européenne: Une Construction Continue et Irreversible (hgg. v Fondation Jean Monnet pour l’Europe et Centre de Recherches Européennes). Lausanne.

Poidevin, Raymond (1985): Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans 1948/49, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3, S. 406-419.

Poidevin, Raymond (1990): Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 – aus einer Zwangslage geboren?, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hrsg.): Vom Marschallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München: R. Oldenbourg Verlag, S. 257-262.

Rat der Europäischen Union. Generalsekretariat (2009): Europa – eine Idee nimmt Gestalt an. Baden-Baden: Nomos.

Rentsch, Thomas (2010): Aufklärung über Transzendenz – Anspruch der Philosophie, in: Philosophisches Jahrbuch. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft, herausgegeben von Thomas Buchheim, Volker Gerhardt, Matthias Lutz-Bachmann, Pirmin Stekeler-Weithöfer, 117. Jahrgang, 2. Halbband. Freiburg/München: Verlag Karl Alber, S. 287-298.

Rosengarten, Monika (1997): Großbritannien und der Schuman-Plan. Politische und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Haltung zum Schuman-Plan und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950 – 1954. Frankfurt am Main u.a.: Verlag Peter Lang.

Schliesky, Utz (2004): Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatsrechtslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem. Tübingen: Mohr Siebeck.

Schumacher, Kurt (1948 [1946]): Europa und die Demokratie, in: ders.: Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus. Hamburg: Phönix, S. 140-145.

Schuman, Robert (1950a): Brief von Robert Schuman an Konrad Adenauer (Paris 7. Mai 1950). (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/brief_robert_schuman_konrad_adenauer_paris_mai_1950-3-615, letzter Zugriff: 7. März 2011).

Schuman, Robert (1950b): Erklärung von Robert Schuman (Paris, 9. Mai 1950). (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/erklaerung_robert_schuman_paris_mai_1950-3-613, letzter Zugriff 4. März 2011).

Sonderforschungsbereich 804 (2008): Finanzierungsantrag (Band 1). Dresden.

Spaak, Paul-Henri (1949): The Council of Europe, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 330-333.

Spinelli, Altiero (1945): The State of Federalism in June 1945, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 145-148.

Steinmetz, Eigil (1947): A United Europe?, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 578-580.

Strohmeier, Gerd (2007): Die EU zwischen Legitimität und Effektivität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2007, S. 24-30.

Teitgen, Pierre-Henri (1949): Between Britain and Germany, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 102-104. (Original: Journal Officiel de la République Française. Assemblée Nationale, Débats, 9. Juli 1949, S. 4483ff.).

Thalmeier, Bettina (2005): Die zukünftige Gestalt der Europäischen Union. Integrationstheoretische Hintergründe und Perspektiven einer Reform. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

TU Dresden (1996): Antrag auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs „Institutionalität und Geschichtlichkeit“. Dresden.

Vorländer, Hans (2011): Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Transzendenz und Gemeinsinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804. Dresden, S. 6-15.

Vorrink, Koos (1948): One Europe in a United World, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 394-397.

Weidenfeld, Werner (1994): Konrad Adenauer und Europa, in: Langguth, Gerd (Hrsg.): Macht bedeutet Verantwortung. Adenauers Weichenstellungen für die heutige Politik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 95-113.

Wurm, Clemens A. (1988): Great Britain: Political Parties and Pressure Groups in the Discussion European Union, in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 628-643.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das Scheitern politischer Ordnungskonstruktion

Der Fall Afghanistan

CATHLEEN BOCHMANN

1. LEITGEDANKEN DER ANALYSE

Schaut man auf eine Landkarte, so zeigt sich ein Bild, welches suggeriert, die ganze Welt wäre von Staaten durchdrungen. Säuberlich mit schwarzen Linien abgegrenzt und verschiedenfarbig gekennzeichnet, markieren mal größere, mal kleinere Flecken dieser Erde jenes zentrale Ordnungskonzept, auf dem unser Verständnis der Welt aufbaut. Staaten sind Dreh- und Angelpunkt all jener komplexen Prozesse menschlichen Handelns, in denen allgemein verbindliche Entscheidungen fallen und damit Politik gestaltet wird.[1] Der Gedanke, dass Herrschaft innerhalb staatlicher Strukturen auszuüben sei, begann in den antiken griechischen Stadtstaaten, verfestigte sich im 16. und 17. Jahrhundert in Folge blutiger Religionskriege und bildet heute eine basale Grundüberzeugung, sowohl des Großteils der Politikwissenschaft als auch der politischen Klasse.

Und in der Tat, das universelle Aufkommen von Staaten ermöglichte es, menschliches Zusammenleben berechenbarer zu gestalten, indem Staatlichkeit politische Aushandlungsprozesse in formelle Bahnen klarer Strukturen lenkte, Waffensysteme einer zentralen Kontrolle unterwarf und die eigene Ordnung gegen (potentiell feindliche) Gruppen von außen verteidigte.[2] Über den Gedanken eines legitimen Gewaltmonopols in einem Territorium vermochte Staatlichkeit die ständige Gefahr eines Bürgerkrieges zu bannen, wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand zu fördern und am Ende einer langen Entwicklung sogar den Inhabern der politischen Gewalt die Grenzen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufzuerlegen. Dieser Weg verlief freilich nicht immer problemlos. Staaten bekämpften sich gegenseitig

1 Siehe W. J. Patzelt 2007a, S. 22.
2 Siehe dazu ausführlich C. Tilly 1975.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit immer ausgefeilteren Waffentechnologien, politische Systeme zerbrachen an der Frage der Legitimierung von Herrschaft, und nicht selten richtete sich die staatliche Gewalt gegen Teile der eigenen Bevölkerung. Die Bewältigung jener mit Staatlichkeit verbundenen Probleme bietet damit seit über zweitausend Jahren Politikern und politischen Denkern ein anspruchsvolles und faszinierendes Aufgabenfeld.

In den letzten Jahrzehnten, spätestens nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, veränderte sich unsere Wahrnehmung der politischen Bedrohungsszenarien zunehmend. Galt die Staatenwelt einer sowjetisch-amerikanischen Abschreckungs- und Gleichgewichtssituation noch als einigermaßen berechenbar, so sah sich die politische Klasse des Westens nicht mit einem friedlichen ‚Ende der Geschichte', sondern vielmehr mit Bürgerkriegen, asymmetrischen Bedrohungslagen und weltweiten terroristischen Aktivitäten konfrontiert, die unter Anderem gerade von jenen Staaten ihren Ausgang nahmen, die durch solche Institutionenarrangements gekennzeichnet sind, die man gemeinhin als schwache oder ‚failed states' bezeichnet.[3]

Nach dem Ende der so solide erscheinenden Staatenblöcke auf Basis zweier konträrer Weltanschauungen wurde damit wieder ins Bewusstsein gerufen, auf welch fragilen Voraussetzungen jene zivilisatorische Leistung fußt, die wir ‚moderne Staatlichkeit' nennen. Spätestens der Zerfall Jugoslawiens machte den westlichen Staaten schmerzhaft klar, wie schnell auch eine scheinbar gelungene politische Ordnungskonstruktion wieder zerfallen kann. Das anhaltende Scheitern der Statebuilding-Versuche auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent zwingt uns, genauer jene Ursachen des Scheiterns zu konzeptualisieren sowie uns – gerade in der praktischen Anwendung – der Möglichkeiten und Grenzen voluntaristischer Wirklichkeitskonstruktionen bewusst zu werden.[4] Ohne ein Verständnis für die wirklichkeitskonstruktiven Grundlagen stabiler politischer Ordnungen werden wir hier nicht weiterkommen. Dabei stellt sich einerseits die Frage nach der Machbarkeit einer bestimmten – zumal freiheitlich-pluralistisch verfassten – Form von Staatlichkeit, und andererseits sind wir letztlich auch genötigt zu hinterfragen, ob Staatlichkeit tatsächlich jene alternativlose Ordnungsform menschlichen Zusammenlebens darstellt, als die sie so oft gehandelt wird.

3 Siehe beispielsweise R. Rotberg 2002, J. Miliken/K. Krause 2002; für die deutsche Debatte besonders U. Schneckener 2003, 2005 und 2007.

4 Siehe hierzu den Beitrag „Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion" von W. J. Patzelt in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. WARUM SICH STAATLICHKEIT NUR SCHWER EXPORTIEREN LÄSST

2.1 Staatlichkeit als Exportschlager

Staaten sind eine Form der Ausgestaltung politischer Systeme, die spätestens seit 1648 auf einem allgemein anerkannten Konzept aufbaut: über ein Staatsvolk in einem Staatsgebiet herrscht einheitliche Staatsgewalt.[5] Jene verfügt über ein Monopol auf legitime Zwangsgewalt, welches ihr erlaubt, die primäre Staatsaufgabe der Herstellung von Sicherheit zu erfüllen. Dies ermöglicht es, aus jenem beklagenswerten Zustand der Nichtstaatlichkeit zu entkommen, über den Thomas Hobbes im ‚Leviathan' feststellte:

„Da findet sich kein Fleiß […], es gibt keinen Ackerbau, keine Schiffahrt, keine bequemen Wohnungen, keine Werkzeuge höherer Art, keine Länderkenntnis, keine Zeitrechnung, keine Künste, keine gesellschaftlichen Verbindungen; statt dessen ein tausendfaches Elend; Furcht, gemordet zu werden, stündliche Gefahr, ein einsames, kümmerliches, rohes und kurz dauerndes Leben."[6]

Staatlichkeit, so die Quintessenz, führt mittelbar zu Wohlstandssteigerung und Wachstum. Als weitere Staatsaufgabe kam sodann im Laufe der westlichen Geschichte die Schaffung von – zumindest ansatzweiser – formaler, später auch materieller Rechtsstaatlichkeit sowie politischer Repräsentation[7] hinzu, so dass die Zentralregierung nunmehr ihre Legitimität aus ‚Volkssouveränität' bezieht. Die Trias aus Sicherheit, Wohlfahrt und Rechtstaatlichkeit[8] umfasst die gängigen Kernaufgaben staatlicher Institutionen und kennzeichnet in ihrer gelungenen Herstellung bis heute die sogenannte ‚starke Staatlichkeit'.[9]

Nun vermochten die westlichen Staaten es in der Tat sehr erfolgreich, die Früchte des Staatskonzepts zu ernten und obendrein diese Form politischer Ordnung auch noch ideell und in Gestalt des Nationalstaats emotional hochgradig anknüpfungsfähig zu besetzen. So „gründet das Konstrukt Nationalstaat auf gemein-

5 Vgl. G. Jellinek 1960 und H. Gärtner 2005, S. 134.
6 T. Hobbes 1998, S. 115f.
7 Siehe U. Schneckener 2007, S. 104-106.
8 Tobias Debiel und Dieter Reinhardt verweisen zusätzlich noch auf eine vierte Funktion, nämlich die Fähigkeit administrativer Umsetzung politscher Entscheidungen. Es ließe sich allerdings argumentieren, dass dies keine eigenständige Staatsaufgabe darstellt, sondern vielmehr ein Merkmal von Stärke bzw. Schwäche des Staates. Siehe T. Debiel/D. Reinhardt 2004, S. 526, vgl. auch F. Fukuyama 2004.
9 Dies spiegelt sich auch in den gängigen Indizes wider, z.B. Failed States Index, State Fragility Index, Human Development Index, Freedom House, BTI, World Bank Governance Indicators oder Transparency International Corruption Perception Index.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

samen Symbolen und damit auch auf einem kommunikativ-diskursiven Kontext“,[10] welcher für konkretes politisches Handeln nutzbar gemacht werden kann. Das abstrakte Konzept ‚Staat‘ wird hierbei ganz konkret erfahrbar, sei es in nationalen Gründungsmythen,[11] mitreißenden Nationalhymnen wie der Marseillaise, in Treuegelöbnissen wie dem amerikanischen *Pledge of Allegiance*, in der Verehrung von Nationalhelden wie beispielsweise Atatürk oder dem Schotten William Wallace, in Gedenktagen und Feierlichkeiten wie jenen zum *4th of July*, in bedeutenden Gebäuden und Stätten wie dem Brandenburger Tor oder allegorischen Figuren wie der Helvetia. Resultat dieser Erfolgsgeschichte war wiederum, dass die Idee, Staatlichkeit sei die zu präferierende Form der Gestaltung politischer Wirklichkeit, zunehmend evident erschien und unhinterfragt blieb, das heißt im in diesem Buch dargelegten Sinne *transzendent* wurde.[12] Im europäischen und im nordamerikanischen Kontext stellt die Existenz von Staaten heute eine quasi-natürliche Tatsache dar.[13] Die Fälle erfolgreicher Staatenbildung überlebten die Zeit und prägen die aktuelle Debatte, während diejenigen Fälle, in denen Staatlichkeit misslang, aus dem Bewusstsein verschwanden. Oder wie Charles Tilly darlegt:

„The majority of the political units which were around to bid for autonomy and strength disappeared in the next few centuries, smashed or absorbed by other states-in-the-making […]. The disproportionate distribution of success and failure puts us in the unpleasant situation of dealing with an experience in which most of the cases are negative, while only the positive cases are well-documented.“[14]

Der Staat nach westlichem Muster wurde zum Schlussstein des Nachdenkens über politische Strukturen und breitete sich als ‚Bauplan‘ politischer Ordnungsformen spätestens mit der Kolonialisierung auch auf andere Weltregionen aus.[15] Die kulturell konstruierte und im westfälischen Frieden von l648 völkerrechtlich als europäischer Normallfall akzeptierte ‚Unverfügbarkeit‘ von Staatlichkeit mitsamt ihren positiven Folgen bildet damit eine äußerst wirkmächtige Ressource politischen Handelns. Konnte das, was sich in Europa und Nordamerika unter freilich je besonderen Bedingungen jeweils von innen entwickelt hatte, nicht auch in anderen Weltregionen als Vorbild dienen?

Natürlich konnte es das, zumal entsprechender ‚Bauplanexport‘ unter den Bedingungen von Kolonialismus und Imperialismus machtgestützt erfolgte. So lieferte das ‚westfälische Modell‘ von Staatlichkeit Jahrhunderte lang in verschiedenen Be-

10 J. Troy 2007, S. 25.
11 Siehe hierzu die Beiträge von S. Dreischer, K. Kern und S. Heer in diesem Band.
12 Siehe W. J. Patzelt in diesem Band.
13 Siehe L. Klemp/R. Poeschke 2005, S. 22f.
14 C. Tilly 1975, S. 38f.
15 Siehe P. Bilgin/A. D. Morton 2002, S. 57ff. sowie P. Englebert/D. Tull 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gründungszusammenhängen den strukturellen Bezugspunkt für staatenbildende Interventionen von außen. Verwiesen im 19. Jahrhundert die Kolonialherren auf die segensreiche Wirkung einer bürokratischen Verwaltung[16] und auf den zivilisierenden Einfluss westlicher Kultur auf einheimische Bevölkerungen, so galt ab den 1940er und 1950er Jahren vor allem die Kombination aus Modernisierung, Stärkung staatlicher Steuerungskapazitäten, und möglichst auch Demokratisierung als die bestmögliche Lösung gesellschaftlicher Probleme in allen Winkeln dieser Welt. Das Motto war gleichsam: „Do it my way, what is good for General Motors is good for the country, and what is good for the United States is good for the world, and especially for those who wish to develop like we did."[17] Ein Abweichen von westlicher Staatlichkeit wurde hingegen als zu therapierender Mangel aufgefasst[18] und angesichts schwacher, zerfallener oder kollabierender Staaten entsprechend thematisiert.

2.2 Merkmale schwacher Staaten

Schwache und zerfallende Staaten sind jene, die in den drei zentralen Leistungsmerkmalen Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität Performanzschwierigkeiten aufweisen. Robert Rotberg, dessen konzeptionelle Arbeit hierzu im letzten Jahrzehnt bedeutenden Einfluss ausübte, beschreibt das Phänomen so:

„Nation-States fail, when they are consumed by internal violence and cease delivering positive political goods to their inhabitants. Their governments lose credibility, and the continuing nature of the particular nation-state itself becomes questionable and illegitimate in the hearts and minds of its citizens."[19]

Schwache Staatlichkeit und Staatszerfall äußern sich also typischerweise in niedriger Effektivität des politischen Systems aufgrund defekter Institutionen, einer geringen Bereitstellung politischer Güter[20] und schlechter Infrastruktur, weitreichendem Wahlbetrug, Korruption und Gewalt gegen Bevölkerungsgruppen bis hin zum völligen Verlust der Bereitstellungskapazität staatlicher Güter, inklusive der Sicherheit nach außen und innen. Dabei ist umstritten, inwieweit die drei Staatsfunktionen gleichwertig sind, oder ob dem Sicherheitsaspekt nicht ein höherer Stellenwert eingeräumt werden müsste, denn „nur wenn ein Staat das Monopol über die

16 Welche in der Regel allerdings nicht Vorteile für die einheimische Bevölkerung im Auge hatte, sondern eine möglichst effiziente Nutzbarmachung verfügbarer Ressourcen durch das ‚Mutterland'.
17 André Gunder Frank in P. Bilgin/A. D. Morton 2002, S. 61.
18 Siehe vor allem F. Fukuyama 2004, wie Politikwissenschaft Staaten stärken und aufbauen kann und sollte.
19 R. Rotberg 2004, S. 1.
20 Siehe R. Rotberg 2002, S. 87.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gewaltausübung in seinem Territorium durchsetzen kann, ist er ein funktionierender Staat."[21] Auch ist die von Milliken und Krause aufgeworfene Problematik, ob Staatszerfall primär institutionell oder funktional erfasst werden soll, nicht abschließend geklärt. Im Folgenden wird jedenfalls für eine Integration beider Komponenten plädiert.[22]

Ferner kann trotz Rotbergs sehr hilfreichen Systematisierungen der Grundtypen von Staatszerfall[23] in der Realität kaum von klar abgrenzbaren Kategorien der verschiedenen *Typen* schwacher, zerfallender und zerfallener Staaten ausgegangen werden, sondern vielmehr von einem *Kontinuum der Schwäche*, wobei die Entwicklung keinesfalls einen linearen Verlauf vom schwachen über den zerfallenden bis hin zum kollabierten Staat oder – bei erfolgreichem Statebuilding – den umgekehrten Weg nehmen muss. Stattdessen verharren die meisten Staaten längere Zeit durchaus relativ stabil im Zustand der Schwäche, sind jedoch bei internen oder externen Krisen und Störungen[24] extrem empfindlich für einen Zerfall. Eine weitere hilfreiche Konzeptualisierung, welche diesen fließenden Übergang von schwacher zu zerfallender zu kollabierter Staatlichkeit berücksichtigt, bietet Jakob Lempp in einem dreidimensionalen Merkmalsraum an, welcher den Grad der Machtkonzentration, den Grad der Gestaltungsfähigkeit und den Grad gesellschaftlicher Partizipation umfasst und darin sowohl die Rotberg'schen Idealtypen als auch die Variationen der empirisch erfassbaren Realtypen abbilden kann.[25]

Konzentriert sich die Betrachtung nun auf die konkreten Prozesse der Konstruktion und Aufrechterhaltung politischer Ordnung innerhalb der staatlichen Institutionen von Parlament, Regierung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit, so fallen ferner zwei Zusammenhänge auf:

- In schwachen Staaten gelingt es nur schlecht, dass sich die Mitglieder staatlicher Institutionen, d.h. die politischen Eliten, entlang gemeinsamer Sinnstrukturen koordiniert zueinander verhalten und dabei jene Regeln, Routinen, Einstellungen und Verhaltensmuster reproduzieren, die für Stabilität und erfolgreiches Funktionieren der jeweiligen Institutionen notwendig sind. Dies drückt sich praktisch im Missmanagement von Verwaltung aus, in umstrittenem und erratischem Regierungshandeln, in selbstzweckhaften Verfassungsrevisionen oder in immer wiederkehrenden und lähmenden Geschäftsordnungsdebatten im nationalen Parlament. Weiterhin gelingt es nur schlecht, jene Wissensbestände und Praxen, die ein erfolgreiches Zusammenwirken in staatlichen Institutionen er-

21 S. Mair 2009, S. 8.
22 J. Milliken/K. Krause 2002.
23 Siehe R. Rotberg 2003, S. 1-10.
24 Für eine gute Übersicht möglicher Auslösefaktoren siehe U. Schneckener 2002, S. 112.
25 J. Lempp 2008, S. 81-82.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

möglichen, bei personellen Umbrüchen von einer Generation von Rollenträgern auf die nächste zu übertragen. In schwachen und zerfallenden Staaten misslingt somit oftmals die grundlegende innere Reproduktionsleistung von Institutionen.

- Des Weiteren gelingt es dem zentralen politischen Entscheidungssystem in schwachen oder zerfallenden Staaten nur schlecht oder gar nicht, jene Ressourcen zu akquirieren, die es benötigt, um Leistungen für das Staatsvolk zu erbringen. Die staatlichen Institutionen sind in solchen Fällen nur unzureichend an ihre jeweilige soziale Umwelt angepasst. Dies zeigt sich darin, dass die zentralstaatlichen Institutionen nur mangelhaft in der Lage oder bloß widerstrebend gewillt sind, alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen, deren Erwartungen und Ansprüche zu identifizieren und den eigenen institutionellen Output auf diese auszurichten. Da staatliche Institutionen nicht die einzigen potentiellen Leistungserbringer von Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität sind, konkurrieren sie mit traditionalen Führern, Militärs, religiösen Gruppen, Milizen und Söldnergruppen, organisierter Kriminalität, Clans, Warlords[26] oder auch mit ausländischen Hilfsorganisationen um Ressourcen, öffentliche Aufmerksamkeit, zukünftige Mitglieder und Anerkennung. Dies lässt sich teilweise in harten Zahlen, wie der Fähigkeit zur Steuererhebung oder dem verfügbaren Zugang zu Waffen, erfassen. Teilweise drückt sich derlei auch subtiler aus, etwa in der Frage, welche Karrierewege die jungen talentierten Menschen eines Landes einschlagen. Das Vorhandensein starker funktionsäquivalenter[27] Strukturen zu staatlichen Strukturen gefährdet allerdings durch permanente Ressourcenkonkurrenz und -knappheit die Existenz der staatlichen Institutionen, weswegen deren Funktionserfüllung, also die Produktion erstrebenswerter politischer Güter, durchaus eingeschränkt ist. In schwachen und zerfallenden Staaten misslingt somit oft auch schon die äußere, die funktionelle Reproduktionsleistung von Institutionen.

Besonders virulent tritt das Phänomen schwacher und zerfallender Staaten im subsaharischen Afrika auf, beispielsweise in Somalia, im Kongo, im Sudan oder im Tschad. Aber auch Asien ist betroffen, unter anderem mit Pakistan, Burma und dem hier exemplarisch thematisierten Afghanistan, desgleichen die in der öffentlichen Debatte weniger thematisierten Fälle von Kambodscha und Tadschikistan.[28] Auf

26 Siehe H. Münkler 2002, S. 13-23 und S. 239-243.

27 Zu einer äquivalenzfunktionalistischen Betrachtung schwacher Staatlichkeit siehe A. Draude 2007. Wichtig ist, zu betonen, dass das Vorhandensein funktionsäquivalenter Strukturen nicht normativ aufgeladen werden sollte. Die Bereitstellung von Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität durch staatliche Akteure ist den Alternativen nicht per se überlegen.

28 Die Kategorie des kompletten Staatenkollaps stellt hingegen die deutliche Ausnahme im internationalen System dar. Somalia, Afghanistan, Angola, Burundi, DR Kongo, Liberia,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

diese Nationen konzentriert sich dann auch der Diskurs über die Möglichkeiten und die Grenzen der ‚Reparatur' solcher Staaten.

So lange jedoch die Ursachen und Erscheinungsweisen dieses Phänomens nicht klar voneinander abgegrenzt werden, so lange die Funktionslogik hinter dem Staats- bzw. Institutionenzerfall unklar bleiben und die kulturellen, ökonomischen, historischen und gesellschaftlichen Kontextfaktoren unterschätzt sowie die Möglichkeiten des Reparierens der ‚Mega-Maschine Staat' überschätzt werden, so lange werden auch die Versuche der Stabilisierung und des Staatsaufbaus frustrierende Ergebnisse zeitigen.

Da stabile Ordnungsarchitekturen eher nicht beliebig, also durch bloße Implementation einer staatlichen Blaupause, geschaffen werden können, sondern sich in längeren historischen Prozessen bewähren und ihren relevanten Umwelten anpassen müssen, lohnt es sich, eben jene Konstruktionsprozesse daraufhin zu untersuchen, wo im Allgemeinen die Ursachen dafür liegen, dass Statebuilding bisweilen missglückt, und worin im Besonderen die Rolle von Transzendenzrekursen bei der jeweiligen Wirklichkeitskonstruktion besteht. Da für eine solche Analyse keine universell gültigen Rezepte[29] existieren, ist es ratsam, dies entlang eines konkreten Falls zu tun, und zwar Afghanistan.

Dieses Land bietet sich als fruchtbarer Untersuchungsgegenstand vor allem deshalb an, weil hier besonders vielschichtig das Verhältnis von Transzendenz und Konstruktion politischer Ordnung – bzw. deren Scheitern – beobachtet werden kann. Zudem gibt es in Afghanistan seit Jahrzehnten eine gravierende institutionelle Schwäche, während externe Interventionen dem Land viel Aufmerksamkeit sowie finanzielle Mittel zur Beseitigung jener Schwächen widmeten. Auch handelt es sich um einen Fall, in dem das angesprochene Paradigma des Exportschlagers westlicher Staatlichkeit im Verbund mit – scheiternden – Demokratisierungsversuchen besonders auffällig vorzufinden ist und die öffentlichen Diskurse sowie politischen Bekundungen in Europa und Nordamerika ein großes Interesse am Erfolg des Statebuildings aufzeigen. Etwa schrieb die deutsche Bundesregierung im Juli 2012:

„Die verheerenden Terrorangriffe vom 11. September 2001 in New York und Washington haben gezeigt, wie leicht Fanatiker aus entfernten Regionen der Welt unsere Sicherheit bedrohen können. Al Qaida stand unter dem Schutz der Taliban-Regierung in Afghanistan. Deutschland erklärte sich damals bereit, im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) und der Staatengemeinschaft einen Beitrag zu Befriedung und Wiederaufbau Afghanistans nach der Vertreibung der Taliban zu leisten. […] Indem man Al Qaida und den Taliban durch die Strukturen eines funktionierenden Staates den Nährboden entzieht, wird auch

Sierra Leone und Sudan waren in den letzten zehn Jahren zumindest zeitweise in dieser Kategorie zu finden. Siehe J. Troy 2007, S. 42.

29 J. Lempp 2008, S. 98. Lempp bietet hierfür einen Katalog möglicher, aber eben nicht universelle Gültigkeit beanspruchender Lösungsstrategien an.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Gefahr internationaler Terroranschläge verringert. Deutschland will Afghanistan in die Lage versetzen, sich in Frieden entwickeln zu können. Denn die internationale Gemeinschaft hat gegenüber der breiten Mehrheit von Afghaninnen und Afghanen, die kein Zurück in die Zeit vor 2001 wollen, Verantwortung übernommen. Auf Dauer kann nur ein stabiler afghanischer Staat dafür sorgen, dass von seinem Boden keine Gefahr mehr ausgeht. Es geht um unsere eigene Sicherheit und um die Zukunft Afghanistans."[30]

3. URSACHEN DES SCHEITERNS POLITISCHER ORDNUNGSKONSTRUKTION IN AFGHANISTAN

Gelungene Ordnungskonstruktionen in Staaten beruhen in wesentlichem Maße darauf, dass in routinemäßigen Prozessen menschlichen Handelns jene zentralen Wissensbestände, Deutungsmuster und Handlungen reproduziert werden, die zur Aufrechterhaltung der zentralen staatlichen Institutionen notwendig sind. Dies berührt drei Ebenen,[31] die analytisch sinnvollerweise zu unterscheiden sind: die Grundstrukturen von Staatlichkeit im jeweiligen Gebiet; die jeweiligen Institutionen des zentralen politischen Entscheidungssystems, konkret ihr Verhältnis zur Gesellschaft, ihre Stärken und Schwächen sowie ihre jeweilige institutionelle Architektur; ferner die individuellen Akteure, die ja letztlich, und jeder mit eigenem Beitrag, die politische Ordnung mitkonstruieren.

3.1 Einen Staat aufbauen – nur welchen?

Politische Ordnungen entstehen nicht im geschichts- oder kulturfreien Raum, sondern bauen stets auf Erfahrungen und Wissensbestände von Vorgängergenerationen auf. Bevor also die Frage anzugehen ist, wie Staatlichkeit in Afghanistan aufzubauen sein könnte und wo wichtige Probleme der aktuellen Versuche des Statebuildings liegen, lohnt es, sich den historischen Pfad zu vergegenwärtigen, der in die aktuelle Situation führte. Welche Prägefaktoren beeinflussten also die nationale Identität und das Verständnis politischer Ordnung in Afghanistan?

Dieses Land war in seiner Geschichte immer wieder Spielball anderer Mächte und gleichzeitig erheblichen inneren Zerwürfnissen ausgesetzt. Es war sowohl Durchgangsland als auch Ziel für wandernde Völker, Missionare, Eroberer und Händler. Berühmte Routen wie der Khyber-Pass und die alte Seidenstraße verbanden das Gebiet mit den Nachbarregionen und sorgten für eine anhaltende geostrate-

30 Bundesregierung 2012, S. 1.

31 Zum Schichtenbau der Wirklichkeit siehe den Beitrag von C. Meißelbach in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gische Bedeutung des Gebiets.[32] So wechselten die Einflusssphären immerzu von achämenidisch über griechisch zu neupersisch, von den frühislamischen Kalifaten zu mongolisch und den berühmten indischen Moghulreichen.[33] Über all diese Jahrhunderte erhielt sich stets eine schwer kontrollierbare Vielfalt autonomer Bevölkerungsgruppen. Dies änderte sich erst 1747, als Ahmed Shah Durrani die Stadt Kandahar eroberte, das Land einte und damit zum Gründer Afghanistans wurde.[34] In den Folgejahren entwickelte sich Afghanistan zwar zum größten muslimischen Reich; jedoch schon zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurde es wieder von inneren Machtkämpfen zerrissen, woraufhin ab den 1840er Jahren im ersten britisch-afghanischen Krieg das ‚Große Spiel' um die zentralasiatische Vorherrschaft begann.[35] Dann verblieb das Land als britisches Protektorat bis 1919. Wichtig war die Zeit der Jahrhundertwende, als unter Abdur Rahman eine Zentralregierung errichtet, Rebellengruppen unterworfen und ein effektives System von Provinzgouverneuren unabhängig der alten Stammeslinien etabliert wurde.[36] Zu diesem Zeitpunkt herrschte erstmals moderne Staatlichkeit in Afghanistan, freilich unter britischer Schutzherrschaft und nicht flächendeckend stabil – und „es ist eine historische Tatsache, dass keine afghanische Regierung jemals in der Lage war, das ganze Staatsgebiet zu kontrollieren."[37]

Auch die Phase nach der Unabhängigkeit als konstitutionelle Monarchie unter Herrschaft von Zahir Khan, dem ‚Vater der Nation', gilt als Periode des Friedens und der Sicherheit, während gleichzeitig die staatlichen Institutionen und die Kontrolle der Regierung über ihr Territorium schwächelten. Als 1979 die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, wurde der bereits begonnene Zerfall deutlich befördert.[38] Zwar verblieb nach dem Ende des Afghanistankriegs und nach dem Kollaps des Ostblocks noch bis 1992 eine afghanische Regierung nominell im Amt. Doch es zeigte sich rasch, dass die von den USA, Saudi-Arabien sowie dem Nachbarland Pakistan militärisch und ideologisch gut ausgestatteten, siegreichen Mudschaheddin nun versuchten, sich den afghanischen Staat zur Beute zu machen.

Die andauernde Instabilität sowie die Unfähigkeit der Zentralregierung zerrütteten das Land weiter. Dann „schafften die Taliban ab 1994 Ordnung – auch wenn

32 Siehe P. Blood (2007) für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Afghanistans bis zur Machtübernahme durch die Taliban.

33 Bereits 522 vor Christus eroberte Darius der Große weite Teile des heutigen Afghanistans. Alexander der Große unterwirft später Persien, scheitert jedoch daran, Afghanistan zu befrieden. 550 n. Chr. erobert Persien das Land unter heftigen Unruhen zurück. Im Jahre 652 führen die Araber dann den Islam ein, eine kulturelle Prägung, der selbst Dschingis Khans Invasion im frühen dreizehnten Jahrhundert nichts anhaben konnte und die bis heute anhält.

34 C. Baxter 2007, S. 9-14.

35 C. Baxter 2007, S. 14-20.

36 C. Baxter 2007, S. 21-23.

37 M. Bareki 2007, S. 11.

38 Siehe A. Büttner 2004, S. 14-17.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich diese Ordnung zunehmend als Grabesruhe erwies.“[39] Die Taliban herrschten über ein abgewirtschaftetes Land, das von der restlichen Welt aufgrund der desolaten Frauen- und Menschenrechtssituation, der Trainingscamps für Terroristen aller Herren Länder und der Weigerung, Al Qaida Chef Osama Bin Laden[40] auszuliefern, weitgehend ausgegrenzt[41] wurde. Die Anschläge vom 11. September 2001 und der darauffolgende Einmarsch der USA in der Operation Enduring Freedom (OEF) setzten all dem dann ein Ende.

Das Land war aufgrund dieser historischen Vorerfahrungen schon immer ein extrem schwieriges Territorium für externe Interventionen. Das veranlasste 2001 Paul Wolfowitz, damals stellvertretender Verteidigungsminister der Bush-Administration, zu einer Bemerkung, deren Wahrheit sich in den folgenden Jahren für die am Afghanistaneinsatz beteiligten Nationen schmerzhaft bestätigen sollte: „If you’re a foreigner, try not to go in. If you go in, don’t stay too long, because they don’t tend to like any foreigners who stay too long.“[42] Die aktuellen Versuche des Statebuilding im Nachgang der Anschläge vom 11. September 2001 stellen somit nur eine weitere Wegmarke einer langen Reihe problematischer Eingriffe von außen dar.

Ein Kernproblem des gegenwärtigen afghanischen Staatbildungsprojektes ist bis heute die Tatsache, dass es sich um einen Prozess handelt, der sehr weit von der afghanischen Realität abgekoppelt konzipiert wurde. Auf dem Bonner Petersberg, nicht in Kabul, wurden die grundlegenden Leitgedanken der Nach-Invasions-Ära formuliert. Es handelt sich bei ihnen um ein Kunstprodukt westlicher Politiker und ausgewählter afghanischer Eliten. Nun hat Gero Erdmann sicher Recht, wenn er schreibt:

„Künstlichkeit von Staaten ist per se kein Grund, dass die Staaten zerfallen. Auch die europäischen Staatsgrenzen sind künstlich geschaffen, beziehungsweise mit politischem Willen, mit Zwang und Gewalt hergestellt worden. Erst in diesen nationalstaatlichen Gehäusen haben sich die nationalstaatlichen Identitäten der Bevölkerung und die nationale Legitimität der politischen Gemeinschaft entwickelt.“[43]

Genau der letzte Gedanke verweist aber auf eine grundlegende Problematik des Petersberg-Prozesses. Es waren eben nicht die legitimen Vertreter der ganzen afghanischen Gemeinschaft an der Planung des Wiederaufbaus beteiligt. Stattdessen trafen

39 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 117.
40 Bin Laden sollte wegen diverser Anschläge in Afrika und der arabischen Halbinsel vor Gericht gestellt werden.
41 Die Ausnahme bildeten Pakistan, dessen berüchtigter Geheimdienst ISI traditionell gute Kontakte zu islamistischen Truppen pflegte, Saudi-Arabien und die VAE.
42 Paul Wolfowitz zitiert in A. Roberts 2009, S. 29.
43 G. Erdmann 2003, S. 273.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich die zusammengewürfelten Kämpfer der Nordallianz, Exilafghanen und alte Monarchisten. Wer von der afghanischen Seite an den Friedensgesprächen teilnehmen konnte, wurde von der politischen Klasse Amerikas und Europas bestimmt. All jene Gruppen, die nicht an den Verhandlungen beteiligt waren, konnten daher die neue politische Ordnung als illegitim in Frage stellen. Der Wiederaufbau entwickelte sich deshalb nicht zu einem einigenden, Gemeinschaft stiftenden Prozess, sondern spaltete das Land in jene, die als Handlanger der – je nach Perspektive – Besatzer bzw. Befreier wahrgenommen wurden, und in jene, die auf Seite der Aufständischen bzw. der nationalen Widerstandskämpfer standen. Speziell der Ausschluss der Taliban von den Gesprächen wird heute nicht nur von Lakhdar Brahimi, Petersberger Konferenzleiter und UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan, als ein entscheidender Geburtsfehler – als die „original sin“[44] – des neuen afghanischen Staates betrachtet.

Ein zweiter Faktor, der delegitimierend und destabilisierend wirkt, ist die Änderung und Ausweitung der Zielsetzung des Afghanistaneinsatzes. Jenes höhere Ziel, das anfangs als Rechtfertigung des Einsatzes zur Geltung gebracht wurde, war die Ergreifung von Al Qaida Kämpfern sowie die Bekämpfung von Terrorismus durch Hilfe bei der Umstrukturierung der Streitkräfte und bei der Schaffung einer Interimsregierung nach dem Sturz der Taliban. Die Vereinten Nationen sollten die Einberufung der Ratsversammlung Loya Jirga sowie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung unterstützend begleiten. So früh wie möglich wurde mit der Türkei ein muslimisches Land unter die Einsatztruppen geholt, damit nicht der Verdacht aufkäme, der christlich geprägte Westen wolle seine Werte exportieren. Insgesamt wurde der internationalen Gemeinschaft eine relativ kleine Rolle zugedacht und die Verantwortung der afghanischen Akteure betont:

„Die Teilnehmer an den Gesprächen der VN über Afghanistan erkennen an, dass die Afghanen selbst die Verantwortung dafür tragen, Sicherheit, Recht und Ordnung im gesamten Land zu gewährleisten. […] Die Teilnehmer der Gespräche der VN über Afghanistan ersuchen hiermit die Vereinten Nationen, so rasch wie möglich in Vorbereitung der allgemeinen Wahlen, die nach Annahme der neuen Verfassung durch eine verfassunggebende Loya Jirga abgehalten werden, i) eine Wählerregistrierung und ii) eine Zählung der afghanischen Bevölkerung vorzunehmen; bitten hiermit die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft dringend, in Anerkennung der heldenhaften Rolle, welche die Mudschaheddin bei der Bewahrung der Unabhängigkeit Afghanistans und der Würde seines Volkes gespielt haben, und in Abstimmung mit der Interimsverwaltung die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Wiedereingliederung der Mudschaheddin in die neuen afghanischen Sicherheits- und bewaffneten Streitkräfte zu unterstützen.“[45]

44 B. Bliesemann de Guevara /F. Kühn 2010, S. 122.
45 Internationale Konferenz über Afghanistan Petersberg 2001, S. 10f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bereits dieses Konzept entpuppte sich in der Umsetzung als nicht unproblematisch. Einerseits stellt Sicherheit nach innen und nach außen stets eine wirkmächtige Transzendenzressource von Staaten überall auf der Welt dar. Beides ist ihr Zweck. Andererseits wurde jedoch die Situation in Afghanistan primär aus dem Blickwinkel der westlichen Nationen definiert und einseitig die Ausschaltung der terroristischen Bedrohung ins Zentrum des Angestrebten gerückt. Andere mögliche Transzendenzressourcen neben der Sicherheit vor dem islamischen Fundamentalismus vernachlässigte man hingegen. Berit Bliesemann de Guevara und Florian Kühn bemerkten hierzu: „Indem die Intervention, bestehend aus westlichen Ländern, paradoxerweise die Verantwortung für ihre eigene Sicherheit – also die Sicherheit vor Terroristen – der afghanischen Regierung übertrug, schuf sie einen Staatsmythos, dem sie seither nachrennt.“[46] In der Folgezeit sollte es jedoch nicht beim Mythos der Sicherheit vor Terrorismus bleiben, sondern der Anspruch an das ‚Staatbauprojekt Afghanistan‘ noch deutlich ausgebaut werden. Dass sich die Begründungszusammenhänge, welche für die Rechtfertigung des Einsatzes herangezogen wurden, in den Folgejahren immer weiter aufschichteten, lässt sich durch eine Kombination verschiedener Faktoren erklären. Einerseits drängten die europäischen Staaten auf Demokratisierung, um die Militäreinsätze vor den eigenen Bevölkerungen rechtfertigen zu können. Andererseits wechselte die US-Regierung von George W. Bush zu Barack Obama, der in seinem Wahlkampf mit Wandel, unter anderem des außenpolitischen Auftretens seines Landes, geworben hatte.[47] Es zeigte sich als Ergebnis, dass die ISAF-Mission[48] einer starken militärischen Präsenz im gesamten Land bedurfte. Dieser Herausforderung aber waren nur die Steuerungskapazitäten der westlichen NATO-Staaten wirklich gewachsen, so dass letzten Endes doch die ‚christlichen Nationen‘ dominierten. Und schließlich machte der jahrelange Erfolg führender Al Qaida Kämpfer, allen voran Bin Ladens, sich einer Gefangennahme zu entziehen, eine Bezugnahme auf andere Ziele des Einsatzes als das der Terroristenjagd notwendig.

Statt einer raschen Übergabe der politischen Macht an die neue afghanische Regierung nach dem Ende der Taliban wurden aus all diesen Gründen umfangreiche und langfristige infrastrukturelle und gesellschaftliche Aufbauarbeiten in Angriff genommen, an deren Ende ein stabiles, demokratisches, modernes Afghanistan stehen sollte, welches dem islamischen Fundamentalismus ein für alle Mal den Boden entziehen würde. Diese Ausweitung der Zielsetzung von der ursprünglichen Terrorismusbekämpfung hin zu Statebuilding und Demokratisierung formulierte Präsident Obama in einer Rede im Jahre 2010 so:

46 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 129.
47 Siehe A. Etzioni 2011, S. 3.
48 International Security Assistance Force.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Disrupt, dismantle, and defeat al-Qaeda and its extremist allies in Afghanistan and Pakistan, and to prevent its capacity to threaten America and our allies in the future. […] a civilian effort to promote good governance and development… in addition to open the door to Taliban who cut their ties to al-Qaeda, abandon violence, and accept the Afghan constitution, including respect for human rights."[49]

Auch auf der Internationalen Kabuler Konferenz über Afghanistan im Jahr 2010 bestätigten die Delegierten in einer Art Zielvereinbarung[50] das den bestehenden Zustand so weit übersteigende Verlangen nach Sicherheit, Frieden sowie Demokratisierung und verwiesen auf einen zweiteiligen Ansatz, dies alles umzusetzen:

„Die Regierung der Islamischen Republik Afghanistan und die internationale Gemeinschaft[…] sind heute in Kabul zu einer historischen Begegnung zusammengekommen, um ihr Bekenntnis für das afghanische Volk zu bekräftigen. Die Konferenz markierte den Beginn einer neuen Phase der Partnerschaft, des Prozesses von Kabul, und eines stärkeren Engagements für ein sicheres, wohlhabendes und demokratisches Afghanistan. […] Der nationale Konsens wird über ein konkretes Aktionsprogramm für die Erneuerung des Staates zur Zukunftsvision. Die beratende Friedens-Jirga im Juni 2010 war Ausdruck dieses nationalen Konsenses und erteilte das Mandat zur Annahme eines ‚Gesamtstaat'-Ansatzes und eines ‚Gesamtregierungs'-Wegs der nationalen Erneuerung. Das Konzept ‚Gesamtstaat' beruht auf der verfassungsrechtlichen Ordnung: die Festigung der drei Regierungsinstanzen und die Stärkung der Instrumente der Gewaltenteilung, mit deren Hilfe die Rechte und Pflichten der Bürger gewährleistet und durchgesetzt werden können. Das Konzept ‚Gesamtregierung' beruht auf der strukturellen Reform mit dem Ziel der Schaffung einer handlungsfähigen, rechenschaftspflichtigen und transparenten Regierung, die in der Lage ist, Dienste für die Bevölkerung zu erbringen und nationale Interessen zu wahren. Gemeinsam sind diese einander ergänzenden Ansätze, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, der Schlüssel zu Stabilität und Wohlstand."[51]

Die Einsatzkontingente und westlichen Helfer waren also nicht mehr nur *Begleiter* des politischen Entwicklungsprozesses, sondern sollten ihn, freilich in Kooperation mit der afghanischen politischen Klasse, *direkt mitgestalten* – und gleichzeitig die Aufständischen bekämpfen (COIN-Doktrin).[52] Dieser Auftrag führte nunmehr einerseits zu einer massiven Überforderung der ausländischen Truppen, die ange-

49 Barack Obama „Remarks by President Obama and President Karzai of Afghanistan in joint press availability", 12. Mai 2010, zit. in A. Etzioni 2011, S. 4.
50 F. Tettweiler 2010, S. 3.
51 Internationale Kabuler Konferenz über Afghanistan 2010, S. 1.
52 COIN - Counterinsurgancy - bedeutet komplexe zivil-militärische Aufstandsbekämpfung über die NATO und die ISAF, wie sie 2006 in den US-Streitkräften im Counterinsurgancy Field Manual und dem US Government Counterinsurgancy Guide kodifiziert wurde. Siehe P. Rudolf 2011, S. 7.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sichts der Verhältnisse gar nicht in der Lage sein konnten, eine moderne Demokratie zu etablieren, gesamtstaatliche Kontrolle zu gewährleisten oder den Wirkungskreis der Regierung Karzai nennenswert über die Stadtgrenzen Kabuls hinaus auszuweiten. Andererseits sahen sich die neuen Machthaber unrealistischen Erwartungen und der gar nicht mehr zu vermeidenden Enttäuschung sowohl im eigenen Land, als auch auf Seiten der Intervenierenden ausgesetzt. Die Messlatte für Erfolg war so hoch gelegt, die sinnstiftenden Kontexte für die durchzuführenden Maßnahmen so anspruchsvoll geworden, dass jedes konkrete Tun nur noch als unzulänglich erscheinen konnte und die das Mögliche so weit übersteigenden Ziele seinerseits unglaubwürdig machen musste.

Dem Land fehlen nämlich weitgehend jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die für eine demokratisch-freiheitliche Staatsform notwendig wären. Dieses Manko konnte auch durch die massive finanzielle Unterstützung aufgeklärter, zum Teil im Ausland ausgebildeter Eliten und durch den Bau von Schulen oder die Errichtung von Kultureinrichtungen nicht beseitigen werden. Afghanistan besitzt einfach keine demokratischen Vorerfahrungen, auf die sich aufbauen ließe. Die Gesellschaft ist durch geringen Bildungsstand und Analphabetentum gekennzeichnet, und – ganz entscheidend – die politischen Eliten des Landes teilen die Sinnarchitektur der westlichen Helfer allenfalls als Lippenbekenntnis. Das, was die Europäer und Amerikaner sich von Afghanistan nach dem Sturz der Taliban versprachen, und das, was die Afghanen wollten, passte also nicht zusammen.

Das propagierte Wertemuster wurde aus all diesen Gründen als künstlich aufgestülpt empfunden. Je länger die fremden Mächte in Afghanistan verweilten, desto stärker regten sich deshalb die von Wolfowitz prognostizierten Abwehrbewegungen.[53] Gerade jene Anliegen, die der politischen Klasse des Westens besonders wichtig waren, etwa der Schutz der Rechte von Frauen und Minderheiten, die Bildungschancen der Kinder sowie die Gewährleistung von Sicherheit und rationale Rechtsprechung durch staatliche Einrichtungen statt über traditionale Strukturen, stießen auf Widerstand. Und anstelle den Aufständischen den Boden zu entziehen, nährten gerade die den Interventionsmächten so plausiblen Transzendenzverweise auf Demokratie und moderne Staatlichkeit das Misstrauen und die Abneigung gegen sie – zumal im Land der Misserfolg auf sie ausgerichteter Politik allenthalben weitere Konflikte bewirkte. Jenes Bündel an Leitideen, auf die im Staatsaufbauprozess immer wieder Bezug genommen wurde und die kulturelle Selbstverständlichkeiten für die demokratisch sozialisierten externen Berater und Einsatzkräfte waren, konnte für die Gegner des neuen Afghanistans als Leitdifferenz einigend handlungsleitend und legitimierend wirksam werden.

Die Ausweitung des Einsatzes bedeutete aber nicht nur eine Überforderung der dafür schlecht vorbereiteten Truppen sowie der politischen Akteure des Landes,

53 Siehe A. Etzioni 2011.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sondern führte auch zu einer problematischen Vermischung ziviler und militärischer Aspekte mit der Operation Enduring Freedom als Einsatz gegen internationalen Terrorismus, der ISAF als Stabilität erhaltende Absicherungsmission und den Einsätzen der überaus zahlreichen Hilfswerke. Deren Arbeit wurde nun nicht mehr unabhängig und apolitisch wahrgenommen, sondern als Teil einer politischen Agenda des Westens skeptisch betrachtet und zum Teil mit Gewalt bekämpft.[54] Gleichzeitig führt das Wiederauftauchen des ursprünglichen Ziels des Afghanistaneinsatzes regelmäßig zu politischen Störungen nicht nur in Afghanistan, sondern auch im benachbarten Pakistan, zum Beispiel immer dann, wenn die USA mit Hilfe hochtechnisierter Systeme und ohne Absprache mit Politik und Militär der Region Terroristen gefangennehmen.[55]

Die zivil-militärische Zusammenarbeit verursacht dabei nicht nur in ihrer Umsetzung Probleme, sondern – so Peter Rudolf – basiert bereits auf fragwürdigen Prämissen, auf einem ungerechtfertigten sozialtechnokratischen Optimismus und auf einem Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Anteilen. Bei COIN handelt es sich deshalb um ein…

„politisches Denksystem, das in den Erfahrungen und Interessen militärischer Organisationen wurzelt und der strategisch notwendigen Reduzierung von Komplexität dient, einen weit über das Militärische hinausgehenden Gestaltungsanspruch hat. Doch dieser dürfte nicht nur in der afghanischen Realität jede politische Steuerungsfähigkeit auf das Äußerste strapazieren, wenn nicht gar völlig überfordern."[56]

Letztlich zeigt sich also auch hier, dass gruppenspezifische Wissensbestände Grundlage politischer Ordnungskonstruktion sind und – entsprechend dem Thomas-Theorem[57] – auch irreale und unvollständige Annahmen bzw. Weltbilder ganz erhebliche, reale Folgen zeitigen. Im Fall Afghanistan ist es das Misslingen der Neukonstruktion von politischer Ordnung. Deshalb lässt sich abschließend feststellen, dass sich der Westen in Afghanistan in der Frage, welche Werte den Aufbau des neuen Staates prägen sollen, verrannt hat. Sowohl der Westen als auch die Afghanen selbst zeigen sich nun desillusioniert; einige Staaten haben ihre Truppenkontingente bereits abgezogen, die anderen werden in Kürze folgen. Und das, obwohl Frieden, stabile staatliche Institutionen oder gar Demokratie nicht in Sicht sind. Und ganz offen bleibt, welche Transzendenzressourcen überhaupt für eine politi-

54 Zu einer ausführlichen Problematisierung siehe H.-J. Preuß 2008.

55 Siehe beispielhaft die Pressemitteilung des Pakistanischen Außenministeriums vom 23. August 2012 über einen US Einsatz in Waziristan, dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet: „drone strikes were unlawful, against international law and a violation of Pakistan's sovereignty. It was emphatically stated that such attacks were unacceptable". Siehe Außenminsterium Pakistan 2012.

56 P. Rudolf 2011, S. 20.

57 W. J. Patzelt 2007a, S. 42.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sche Ordnung herangezogen werden könnten, die sowohl die afghanischen Befindlichkeiten und kulturellen Eigenheiten berücksichtigt als auch das Bedürfnis der internationalen Staatengemeinschaft nach Sicherheit befriedigt.[58] Vermutlich führt einmal mehr kein Weg an der Einsicht vorbei, dass es nicht für jedes Problem eine Lösung gibt – und schon gar nicht für die Herausforderungen beim Staatsaufbau.

3.2 Staatliche Institutionen und ihr Umfeld

Staatsgewalt lässt sich dort konkret fassen, wo Menschen mit Institutionen interagieren. Institutionen als feste Sozialstrukturen steuern politische Prozesse, akquirieren Ressourcen, um diese in Leistungen gegenüber ihren Umwelten umzuwandeln, und sie prägen ihren Mitgliedern und Adressaten im Wechselspiel von Amt und Person, Rollen und Rollengefüge auf. Es ist bekannt, „dass Staaten vor allem dann Gefahr laufen zu scheitern, wenn etatistische Form und deren gesellschaftliche Grundlage nicht übereinstimmen".[59] Schwache staatliche Institutionen findet man daher oft dort, wohin Regierung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit als ‚Ordnungsexporte' einer Kolonialmacht verpflanzt wurden. Zumal wenn auch noch traditionelle alternative Formen politischer Ordnung fortbestehen, wird es wenig Akzeptanz für derlei ‚Institutionenimport' geben. Erst recht gilt das, wenn sich die neuen staatlichen Einrichtungen im Praxistest als wenig leistungs- und anpassungsfähig erweisen, oder wenn die Umwelt, in der sich eine Institution behaupten muss, so turbulent ist, dass der Institution entsprechende Anpassungsleistungen, selbst unter großen Anstrengungen schwerlich gelingen.[60] Es stellt sich daher die Frage, wie es in Afghanistan um die staatlichen Institutionen und um die Einstellungen ihnen gegenüber bestellt ist.

Das Umfeld, in dem staatliche Institutionen arbeiten, wird in wesentlichem Maße davon geprägt, welche Wissensbestände und Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber dem Staat tradiert werden. Ohne ein Mindestmaß an staatsbürgerlichem Selbstverständnis, zumal dem In-Geltung-Halten grundlegender Loyalität gegenüber der Zentralregierung, den Gerichten und der Verwaltung, lässt sich ohnehin kein stabiles staatliches Ordnungsgefüge errichten. In Afghanistan kann allerdings, was die Masse der Bevölkerung angeht, weder von einem wirkkräftigen gesellschaftlichen Bewusstsein für einen afghanischen Nationalstaat gesprochen werden noch von einem demokratischen Bewusstsein, wie es das erweiterte Einsatzkonzept freilich als Voraussetzung seines Gelingens unterstellt: „Family and tribal affiliations outweigh all others and tribal elders are not willing to place a united Afghanistan over advancement of their particular tribe."[61]

58 Siehe ausführlicher zu diesem Dilemma L. Brahimi/T. Pickering 2011.
59 H.-J. Spranger 2002, S. 11.
60 Zur Stabilität von Institutionen siehe ausführlich C. Demuth 2007.
61 A. Etzioni 2011, S. 8.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dabei lässt sich ein deutlicher Unterschied der auf den Staat gerichteten kulturellen Muster zwischen jenen Gegenden feststellen, in denen mehrheitlich Paschtunen leben und jenen Gegenden – vor allem im Nordosten – in denen tadschikische, turkmenische oder uzbekische Volksgruppen siedeln. In einem 2005 durchgeführten Forschungsprojekt von Conrad Schetter und Tobias Debiel fanden sich in der Region Kunduz beispielsweise folgende kulturelle Muster:

„Because of its complex migration patterns, there are no generally accepted rules of the game between social groups. Under these circumstances, warlords and local ‚big men' have gained influence who derive their legitimacy not from traditional sources but from their occupation of official state positions. Local commanders enjoy good relations with state agents and the international community. The state, indeed, is of crucial importance for local elites, as its offices represent symbolic capital which provides legitimacy and leverage and allows them to pursue their own agenda."[62]

Staatliche Institutionen – ihrerseits wie schwach auch immer – etablieren sich also als tragende Teile einer Ordnungsarchitektur, die aus mehreren Machthabern besteht, die – jeder für sich – ihre Einflusssphären zusätzlich durch Privatmilizen und mehr oder weniger legale Wirtschaftsunternehmen absichern. Eben das stabilisiert für alle praktischen Zwecke und pro tempore jene staatlichen Institutionen, von denen die jeweiligen lokalen Machthaber profitieren. Doch keinesfalls werden, wie es der Auftrag des Mandats doch eigentlich vorsieht, staatliche Institutionen eigenständig in die Lage versetzt, Sicherheit und Wohlfahrt zu generieren. Auf diese Weise sind die staatlichen Institutionen nicht neutral, sondern an den jeweiligen Warlord und seine Interessen bzw. Macht gekoppelt.

Im Gegensatz dazu fand sich im paschtunischen Paktia, das südlich von Kabul, hin zur pakistanischen Grenze liegt, ein Muster traditioneller Stammesstrukturen, die ohne Warlords auskommen:

„The province is governed by horizontal networks that are deeply embedded in society and are remarkably able to control violence and regulate conflict. A crucial factor is the existence of a powerful shared mental model: the Pashtunwali. The state is ‚outside' of this system. Since local power-holders are not dependent on official positions, the state is not regarded as a crucial resource and rather seen as an intruder that has to be kept at a distance."[63]

Die Tradition des Pashtunwali achtet dabei das Konzept der familiären und tribalen Autonomie als ein überaus hohes Gut, als etwas ganz Unverfügbares, das in Diskursen machtvoll auf Situationsdefinitionen einwirkt und handlungsleitende Kraft ent-

62 T. Debiel/D. Lambach 2010, S. 7.
63 T. Debiel/D. Lambach 2010, S. 7.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

faltet. Staatliche Strukturen, ihrerseits auf ganz andere Transzendenzressourcen bauend, bedrohen diese Autonomie und werden nur insofern genutzt, als eine Kooperation mit ihnen neue Freiheitsräume oder Ressourcen für die eigene Gruppe erschließt.[64] Sobald sich aber der Nutzen für die eigene Gemeinschaft in das Gegenteil umkehrt, indem etwa wirtschaftliche Ressourcen des Opiumanbaus entzogen oder Waffen, die dem Schutz der Familie dienen, abgegeben werden sollen, endet die Loyalität zum Staat, und ‚notfalls' wendet man sich als Aufständischer aktiv gegen ihn sowie seine Repräsentanten. Auch entspricht das Konzept von Zentralregierung und zentraler politischer Steuerung, die dann lokal implementiert wird, nicht im Geringsten dem traditionellen Wertekodex der Pashtunen:

„In the context of customary and tribal law in Afghanistan, legislation occurs where adjudication takes place (by the person who judges or arbitrates), since there are no codified laws and there is only a vague sense of precedence. While there are specific laws that comprise part of the overarching concepts in Pashtunwali, they are few in number and they differ from region to region and among social classes; they are thus hard to pin down."[65]

Solche Abwehrhaltung gegen den Staat spiegelt sich auch in den Gefährdungsberichten des Militäreinsatzes wider, nach denen gerade Paktia unter den für die westlichen Truppen gefährlichsten Gebieten ist.[66] Institutionelle Baupläne können also nicht beliebig implementiert werden, sondern sind hochgradig umweltabhängig. Im konkreten Falle heißt das: Staatliche Institutionen haben in Afghanistan überall dort größere Penetrationskraft, wo Paschtunen *nicht* die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Deutungs- und Einstellungsmuster, die eine Abwehr staatlicher Institutionen begünstigen, finden sich zwar bei den anderen Volksgruppen ebenfalls.[67] Doch es sind diese anti-staatlichen Ressentiments in viel geringerem Maße im Kern des eigenen kulturellen Selbstverständnisses verankert.

Allerdings spielen nicht nur die tiefliegenden Traditionen der Bevölkerung eine Rolle, sondern auch die tieferen Sinnschichten staatlicher Institutionen. Im Rahmen von Statebuildingprozessen exportierte Institutionen unterliegen zwar Anpassungs- und Wandlungsprozessen und können – einmal ‚gone native' – beispielsweise von afghanischen Warlords ‚usurpiert' werden, doch die für das Funktionieren und die Aufrechterhaltung des eigenen Geltungsanspruches zumindest symbolisch notwendigen Bestandteile einer Institution besitzen nur wenige Freiheitsgrade – und umso weniger, wenn sie auch noch, wie in Afghanistan, extern stabilisiert werden. Die

64 Siehe C. Schetter 2007, S. 238ff.
65 P. Kakar 2005, S. 2.
66 Siehe Geoinformationsdienst der Bundeswehr 2010.
67 Diese beruhen beispielsweise auf der andauernden Erfahrung desaströser staatlicher Performanz. Es besteht damit immerhin Potential zum Wandel des Verhältnisses gegenüber staatlichen Institutionen durch verbesserte Leistungserbringung.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Leitidee einer Institution – sei es ein konkurrenzorientiertes Parteiensystem, sei es eine unabhängige Gerichtsbarkeit – braucht genau sie plausibilisierende Kontexte und Sinnhorizonte, die obendrein so selbstverständlich (geworden) sein müssen, dass routinemäßige gesellschaftliche Praxen diese Leitidee als nicht nur ‚abstrakt sinnvoll' sondern als ‚konkret nützlich' beglaubigen. Anders gewendet: Die in Institutionen verankerten Transzendenzen bedürfen einer gesellschaftlichen und kulturellen Basis. Fehlt diese, wie bei den – nach dem westlichen Modell eines freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaats angelegten – Institutionen des heutigen Afghanistans, so werden institutionelle und gesellschaftliche Sinnstrukturen, institutionell erwartete und gesellschaftlich bereitgestellte Sozialstrukturen einander blockieren. Dann aber wird allenfalls eine Staatsfassade entstehen, nämlich das, was Bliesemann de Guevara und Kühn als Potemkin'sche Staatlichkeit bezeichnen. Diese bedeutet „dass staatliche oder gesellschaftliche Strukturen parallel oder bestenfalls lose und punktuell verknüpft verlaufen, jedoch nicht ineinander verflochten sind."[68]

Eine solche reale Verflechtung lässt sich nicht *voluntaristisch* konstruieren, sondern entsteht – wenn überhaupt – durch Aufschichtung von Ordnungsarchitekturen über längere Zeiträume hinweg. Eine *gelungene* Ordnungsarchitektur, in der staatliche Institutionen in der Lage sind, die Gesellschaft zu durchdringen, und in der die Gesellschaft wiederum den Staat legitimitätssteigernd nutzt, ist somit nichts anderes als das Produkt eines äußerst kontingenten, pfadabhängigen Prozesses.[69] Die erfolgreichen Beispiele eines solchen Verhältnisses von Staatlichkeit kennzeichnen sich in der westlichen Welt durch abstrakte, formale Verfahren, hohe Performanzlegitimität und eine umfassende Kontrolle der Staatsinstitutionen in einer hochgradig differenzierten Gesellschaft.

„The state is defined in a neo-Weberian ‚ideal-type' manner as an organisation composed of numerous agencies led and coordinated by the state's leadership (executive authority) that has the ability or authority to make and implement the binding rules for all people as well as the parameters of rule making for other social organisations in a given territory, using force if necessary to have its way."[70]

Statebuilding, welches von den handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten des Westens ausgeht, läuft somit in anders geprägten Kulturen ins Leere. Schlimmstenfalls aber, wenn nämlich versuchsweise aufgezwungen und deshalb mit einer militärischen Durchsetzung der neuen Ordnungsvorstellungen verbunden, führt es zu Terrorismus, der – die Werte der staatlich zu transformierenden Gesellschaft vertei-

68 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 12.
69 Siehe dazu auch den Beitrag „Transzendenz, politische Ordnung und beider Konstruktion" von W. J. Patzelt in diesem Band.
70 P. Bilgin/A. D. Morton 2002, S. 62.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

digend – genau das ist, was man durch solche Staatsbildung eigentlich zu unterbinden hofft. Afghanistan aber zeichnet sich gerade nicht durch eine hohe gesellschaftliche Differenzierung aus, welche für rationale bürokratische Herrschaft besonders anknüpfungsfähig wäre. So entsteht allenfalls eine Fassade von Staatlichkeit, während die dahinterliegenden Muster sozialen Miteinanders traditionell geprägt sind – oder ganz einfach in Unordnung oder Zerrüttung geraten. Der geschichtliche Pfad Afghanistans baut nämlich auf informelle Arrangements, auf Klientelbeziehungen und auf Begünstigungsstrukturen auf, in welchen „das Ideal einer Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre nicht existiert (bzw. nur oberflächlich kopiert wurde).“[71] Damit aber, so Hans-Joachim Spranger, mutiert der Staat zu einem der „am weitesten privatisierten Sektoren der Gesellschaft“:[72]

„Gouverneure kaufen sich ihre Posten und lassen, um diese Kosten wieder hereinzuholen, ihrerseits Polizeichefs bezahlen. Die Polizeichefs können wiederum Posten als Dorfpolizisten verhökern, die dann die Bevölkerung erpressen können, um ihre Kosten zu decken.“[73]

Derlei ist auch aus den Zeiten sich erst verfestigender Staatlichkeit in Europa bekannt. Jedenfalls funktionieren staatliche Institutionen unter solchen Umständen eben nicht nach dem Muster einer Leistungserfüllung für die gesamte Gesellschaft im Austausch gegen Ressourcen. Speziell die finanziellen Ressourcen, welche aus der afghanischen Gesellschaft in die staatlichen Institutionen fließen, sind nur minderwichtig. Im Grunde handelt es sich bei Afghanistan um einen Rentierstaat, dessen Haushalt aus politischen Gründen von den westlichen Nationen im Wesentlichen bezahlt wird. Im Haushaltsjahr 2009/10 betrug etwa der Anteil der Steuergelder am Budget gerade einmal 30 Prozent.[74] Institutionelle Mechanismen, die eine wie auch immer geartete Verantwortlichkeit des politischen Systems gegenüber den Bürgern des Landes etablieren, können sich unter solchen Umständen nur schlecht entfalten. Nicht nur fehlt es an anschlussfähigen Einstellungsmustern, die solche Verantwortlichkeit einfordern würden; es ist bisher auch zu wenig Zeit vergangen, als dass sich Antizipationsschleifen hätten etablieren können, die Verantwortlichkeit auf Seite des Staates generieren könnten. Stattdessen konzentriert sich der institutionelle Output des afghanischen Staates darauf, die ausländischen Geldgeber zufriedenzustellen und die Staatsfassade aufrechtzuerhalten. Begünstigt wird dies dadurch, dass die politische Klasse der geldgebenden Länder wenig Interesse daran hat, aufrichtig zu evaluieren, ob die in der Kabuler Konferenz im Jahr 2010 formulierten ‚Benchmarks‘ guten Regierens, zumindest in Ansätzen, auch eingehalten

71 A. Draude 2007, S. 7.
72 H.-J. Spranger 2002, S. 14.
73 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 128.
74 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 132.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werden.[75] Zu sehr scheut man das Eingeständnis des Scheiterns angesichts so viel fehlgeleiteten guten Willens und so großer Verluste an Menschenleben, Lebensqualität und Geld.

Ein Schritt hin zu einer stabileren Einbindung staatlicher Institutionen in ihr gesellschaftliches Umfeld könnte immerhin eine konsequente *Dezentralisierung* von Macht sein, dazu die Akzeptanz und Förderung politischer Parteien sowie die stärkere Verbindung innerparteilicher Ordnungsstrukturen mit vorhandenen funktionsäquivalenten Strukturen der afghanischen Gesellschaft. Solche bestehen etwa im traditionellen tribalen Gerichtswesen oder im traditionellen Parlamentarismus der Ratsversammlungen. Durch Dezentralisierung ließen sich nämlich die regionalen Unterschiede und Besonderheiten leichter berücksichtigen und müsste nicht die schädliche Illusion aufrechterhalten werden, das Land würde von Kabul aus regiert:

„If in 2001 the West was afraid that the absence of a strong centralized government in Kabul would prompt Afghanistan's dissolution, by 2011 the West has come to fear that a dysfunctional centralized government could cause this same outcome." [76]

Ein Ausbau der Parteienstrukturen würde wiederum den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eine verbesserte organisatorische Basis für ihre Interessenvertretung geben und damit das Problem des bislang bewusst völlig machtlosen Parlamentarismus lösen helfen, auf welchen sich ja auch keine handlungsfähige Regierung gründen lässt. Eine Reform des die Parteien fragmentierenden Wahlsystems wäre hierzu ein erster, indes vielversprechender Ansatz. Eine stärkere Nutzung funktionsäquivalenter Strukturen, wie das etablierte Jirga System, hätte den Vorteil, dass sich hier bereits tradierte Rollenbilder, Wissensbestände und handlungsleitende Selbstverständlichkeiten finden, die geeignet sein können, politische Lösungen für Probleme hervorzubringen. Freilich wäre die Kehrseite eines solchen Vorgehens, dass die propagierten Ideale moderner Staatlichkeit und Demokratie zumindest teilweise aufgegeben werden müssten – also, dass westliche Transzendenzrekurse zugunsten traditioneller zurückgenommen werden.

3.3 Politische Eliten

„Human agency rather than structural flaws or institutional insufficiencies are almost invariably at the root of slides from weakness (or strength) toward failure or collapse",[77] schreibt Robert Rotberg. In der Tat: Geht es um die Sicherung von Wissensbeständen, Deutungsweisen und Praxen als unverfügbar, wie das für eine

75 Siehe F. Tettweiler 2010, S. 3ff.
76 T. Barfield 2011, S. 54.
77 R. Rotberg 2003, S. 10.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erfolgreiche Konstruktion politischer Ordnung erforderlich ist, kommt man nicht umher, sich mit den Selbstbildern, den Rekrutierungsmustern, den biografischen Hintergründen und dem Wertesystem der Akteure und zumal der Eliten auseinanderzusetzen. Die Durchdringungskraft des Statebuilding-Projekts in Afghanistan krankt ja ganz wesentlich daran, dass dessen zentrale Leitideen von den Eliten nicht mitgetragen werden und sich deshalb in den breiten Volksschichten keine Multiplikatoren finden. Was der Westen als vernünftige letzte Sinnhorizonte ansieht und was die afghanischen Eliten als solche behandeln, ist jedenfalls sehr unterschiedlich.

Ein wesentlicher Bestandteil des zivilen Wiederaufbaus in Afghanistan besteht demnach darin, jene Eliten der unteren und mittleren Ebene zu schulen, die künftig die Verantwortung in Polizei, Militär und Verwaltung, aber auch im Bildungssystem des erhofften modernen, demokratischen afghanischen Staates übernehmen sollen. Jene Regeln, Routinen und Einstellungen rationaler bürokratischer Herrschaft, welche durch die westlichen Ausbilder propagiert werden, haben indes nur geringe Attraktivität und Anschlussfähigkeit in einer Kultur, die auf personale Loyalität und reziproke Begünstigung aufbaut. Korruption in Politik, Verwaltung und Polizei wird jedenfalls trotz häufiger öffentlicher Kritik als gängige, ja auch nötige Praxis gesellschaftlicher Interaktion verstanden, weshalb die Versuche, Korruption zu unterbinden, ins Leere laufen. Etablierte Situationsdeutungen sowie langjährig sozialisierte Handlungspraxen einerseits und neue Handlungsanweisungen andererseits kollidieren also, wobei Erstere soziokulturell viel anschlussfähiger und tiefer verwurzelt sind und deshalb die Letzteren überlagern.

„The bargaining processes between international actors, domestic elites and societal groups in Afghanistan are mediated by informal patterns of authority and social regulation. Afghan elites will continue playing an old game, by exploiting international interventions for a range of reasons including for cash and resources, recognition and legitimacy and power by association. The crux of the game is to show outward conformity to the formal and informal conditions attached, but in practice to comply minimally with these conditions. Afghans have played this game extremely astutely for many years.“[78]

Im Lichte all dessen, ist es aus Sicht afghanischer Träger politischer Ämter auch hochgradig vernünftig, ihr Handeln weniger auf die Bevölkerung auszurichten, als sich vielmehr um gute Kontakte zu westlichen Geldgebern und jenen einflussreichen Männern zu bemühen, die diese Geldströme kontrollieren. Individuelle Mentalitäten und institutionelle Mechanismen finden sich auf diese Weise in einer sich verstärkenden Wechselwirkung. Das neopatrimoniale Staatskonzept wird solchermaßen bis auf die untersten Ebenen der politischen Ordnung transportiert, so dass

78 J. Godhand/M. Sedra 2007, S. 43.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Logik der persönlichen Bindungen allenthalben dominiert.[79] Dieses Muster wird durch die schlechte Bezahlung und Ausbildungslage der afghanischen Staatsbediensteten noch verstärkt. So schreibt etwa Matin Baraki über das afghanische Rechtssystem:

„Keine Institution in Afghanistan gilt als so korrupt wie die Justiz. Richter und Staatsanwälte verdienen im Monat zwischen 35 und 60 US-Dollar. Damit können sie ihre Familien nicht ernähren, und von Unabhängigkeit kann keine Rede sein. Nur 60 Prozent der Richter haben eine juristische Ausbildung, davon kennt die Mehrzahl nur die Sharia (Islamisches Recht). Mehr als ein Drittel von ihnen hat nie studiert, während etwa 30 Prozent der Staatsanwälte ein Rechtsstudium absolviert haben. Es handelt sich also größtenteils um Laien."[80]

Solche Mitglieder erbringen natürlich nicht einmal ansatzweise die erforderlichen Aufbau- und Reproduktionsleistungen der intendierten Form von Rechtsstaatlichkeit, weshalb sich auch keine stabile praktizierte Ordnung entsprechend dem vorgegebenen Bauplan guten Regierens entwickeln kann. Persönliche Eignung, verfügbare Kenntnisse und erfahrene Sozialisation passen also nicht zu den formulierten Anforderungen der Institutionen. Eine Veränderung dieser Situation bedürfte sowohl finanzieller Ressourcen als auch geeigneten Personals als Ausbilder. Ersteres wird zwar in ausreichendem Maße aus dem Ausland zur Verfügung gestellt. An Letzterem mangelt es aber massiv, nachdem Jahrzehnte des Bürgerkriegs das Land intellektuell haben ausbluten lassen. Ausländische Instrukteure, wie die Bundeswehr in der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte oder die Weiterbildungen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (vormals Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)),[81] können hier nur bedingt Abhilfe schaffen. Folgender Bericht schildert anschaulich die widrigen Bedingungen von Polizeischulungen im Lande:

„Training is one example of the knowledge gap. It is largely developed and delivered by operational police. They know their metier, functional roles and responsibilities but are not experienced trainers and have received little or no guidance from a professional trainer. The achievement of training objectives, such as knowledge transfer and competency development, are thus sabotaged by ineffective training methods, poor learning materials, bad examples and sometimes outdated information. It takes extraordinary motivation for an Afghan police officer to learn anything from sitting on a hard seat in a classroom that is too hot in the summer and too cold in the winter, listening for several hours a day to an instructor speaking an unintelligible language, which has to be translated by, often untrained, interpreters uncertain of

79 Ähnliche Beobachtungen legt Spranger bezogen auf die subsaharischen Staaten dar. Siehe H.-J. Spranger 2002, S. 15.
80 M. Baraki 2007, S. 15.
81 Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit 2010, S. 7.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

police terminology, without the support of words written in the local language on the board, good training materials or any sort of audio-visual support."[82]

Doch nicht nur auf den unteren Ebenen des afghanischen Staats finden sich Probleme. Die Schwäche des neuen Staats wird auch dadurch gefördert, dass, geschützt durch die Interventionstruppen, Personen in hohen politischen Ämtern sitzen, die in der Öffentlichkeit hochgradig umstritten sind und zudem kaum jene grundlegenden Werte teilen, nach denen der Staat aufgebaut werden soll. Afghanistan bekam seine ‚offiziellen' politischen Eliten nämlich größtenteils aus dem Ausland vorgesetzt, weshalb es ihnen massiv an Legitimität mangelt. „US-Botschafter Zalmay Khalilzad galt schon bald als mächtigster Mann Afghanistans, weil er mit der ganzen Macht der USA […] politische Verhandlungen entscheidend prägte."[83] Auch Präsident Hamid Karzai unterhielt lange vor seiner Ernennung zum Präsidenten Kontakte zur CIA, konnte deshalb auf die öffentliche Unterstützung der Amerikaner zurückgreifen und bekam letztlich ein Budget von 10 Millionen US-Dollar für den Kauf von Stimmen.[84] Zu seiner Wahl auf der Loya Jirga im Jahre 2002 wurden dann 24 Stimmen mehr abgegeben, als *möglich* gewesen wären, und derartige Phänomene wiederholen sich seitdem in anderen Wahlen bei weiteren hochrangigen Politikern des Landes mit einiger Regelmäßigkeit.[85]

Gerade die Vertreter der Nordallianz wurden für ihre Unterstützungsleistung im Kampf gegen die Taliban mit lukrativen Positionen im ‚neuen Staat' belohnt. Dazu machten sie sich geschickt die westlichen Transzendenzrekurse zunutze: „Indem die afghanischen Eliten auf das überwölbende Ziel der Terrorismusbekämpfung verwiesen, konnten sie ihren eigenen Nutzen suchen, ohne auf die Belange der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen."[86] So gelangten genau jene Gruppen ins Amt, die Anfang der 1990er Jahre an der Erosion staatlicher Stabilität mitgewirkt hatten. Die gezielt geförderte Einbindung der Warlords ins politische System vermochte es zwar, diese Gruppen von der Opposition fernzuhalten. Zu den Folgen gehört aber auch, dass Personen wie Rashid Dostum, Ismael Khan oder Mohammed Fahim in öffentlichen Ämtern sitzen, die Kriegsverbrechen und wiederholt Menschenrechtsverletzungen begangen hatten.[87] Zudem wurden die in der Nordallianz versammelten ethnischen Minderheiten, vor allem die Tadschiken, vergleichsweise stark begünstigt. Resultat dessen ist, dass politische Konflikte in Afghanistan fast alle auch eine ethnische Aufladung erfahren: „Mit dem parallel dazu verlaufenden Prozess der Stigmatisierung der Paschtunen als Taliban wurden auch die traditionel-

82 T. Murray 2007, S. 115.
83 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 173.
84 M. Bareki 2007, S. 12.
85 M. Bareki 2007, S. 11.
86 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 14.
87 C. Schetter/R. Glassner/M. Karokhail 2007, S. 137.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

len Stammeseliten vom politischen Prozess ausgeschlossen."[88] Dies verstärkte wiederum deren kulturell bereits vorgeprägte Skepsis gegenüber dem Staat bzw. seinen Vertretern und förderte die Arbeit der Aufständischen.

So sehen sich die westlichen Staatenbauer mit Kooperationspartnern zusammengezwungen, die wenig geeignet sind, ein so anspruchsvolles Staatbauprojekt umzusetzen, wie es die Interventionsnationen zum Zweck innenpolitischer Legitimation ihrer Afghanistanpolitik meinten in Angriff nehmen zu sollen. Doch auch die Wissensbestände der westlichen Eliten reichen meist nicht aus, um sich auf die afghanischen Partner und ihre kulturellen Befindlichkeiten so recht einstellen zu können. „Die simple Unterscheidung zwischen guten Afghanen und Taliban/al-Qaida, die oft noch heute das Handeln bestimmt und sich auch in der Diskussion um moderate Taliban zeigt, war der Realität überhaupt nicht angemessen."[89] Die Zeit ist also reif für eine westliche „Ent-Täuschung"[90]. Sie wird ein schwieriger, frustrierender Lernprozess werden.

4. FOLGERUNGEN UND LEHREN

Was lehren nun die afghanischen Befunde für die Machbarkeit politischer Ordnung? Es zeigte sich, wie auf allen Ebenen – angefangen bei den Transzendenzbehauptungen, mit denen militärische Interventionen gerechtfertigt werden, über in Institutionen geronnene Leitideen bis hinunter zu den individuellen Wertemustern politischer Eliten –, dass *gemeinsam verfügbare Ressourcen* den Grundstein gelungener Ordnungskonstruktion legen müssen, weshalb ein Fehlen jener Transzendenzressourcen staatliche Schwäche verursachen muss. Daran lassen sich wiederum, bei aller gebotenen Vorsicht, einige Entfaltungen für solches Statebuilding ableiten, das gewisse Chancen auf Erfolg haben kann. Diese Empfehlungen erheben zwar keinen universellen Anspruch, weisen den Blick aber doch auf solche Aspekte, die allzuoft vernachlässigt werden. [91]

- Zurückhaltende Staatsaufbauprojekte sind zu bevorzugen, die nicht durch normative Aufladungen überfrachtet werden.
- Bereits existierende Symbole und kulturelle Muster sollten in den aufzubauenden Staat integriert werden, um die Identifikation der politischen Eliten und der Bevölkerung mit den staatlichen Institutionen zu fördern.
- Es sollten nur solche politischen Ordnungen angestrebt werden, die auch von den lokalen gesellschaftlichen Voraussetzungen getragen werden können.

88 B. Khalatbari 2007, S. 20.
89 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 125.
90 B. Bliesemann de Guevara/F. Kühn 2010, S. 198.
91 Siehe auch J. Lempp 2008, auf dessen Vorarbeit diese Gedanken aufbauen.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

- Der Transfer institutioneller Blaupausen sollte sich auf kleinteilige Einheiten beschränken, zum Beispiel in der Verwaltung und an vorhandene Leitideen anknüpfen.
- Lokale funktionsäquivalente Strukturen, die in der Lage sind, politische Güter zu produzieren, sollten umfangreich genutzt werden.
- Statt die alten Strukturen durch neue zu ersetzen, sollte auf Vorhandenes aufgeschichtet, und sollten alte Strukturen für die Erfüllung neuer funktionaler Anforderungen konvertiert werden.[92]
- Frühes Handeln mit rechtzeitig bereitgestellten massiven Kräften ist vorzuziehen, da Staaten in den frühen Phasen staatlicher Schwäche leichter zu stabilisieren sind, als nach jahrzehntelangen Störungen, die ihrerseits sehr unerwünschte Entwicklungspfade vorzeichnen.
- Alle gesellschaftlich relevanten Akteure müssen integriert werden.
- Die Reproduktion staatlicher Institutionen, speziell die Prozesse der Rekrutierung und Sozialisation ihrer Mitglieder, muss zu den genannten Anforderungen passen.[93]

Die Gründung und Stabilisierung einer politischen Ordnung ist also kein einfaches Unterfangen. Sie wird zu einer wirklich schweren Aufgabe dann, wenn institutionelle Baupläne in eine Umwelt exportiert werden, in der sie kaum Anknüpfungspunkte vorfinden. Der Westen, allzu lange auf seine Machtüberlegenheit bei der Ausgestaltung weltweiter politischer Ordnungsformen setzend, muss sich mit den Blindstellen seines Staatsverständnisses ehrlich auseinandersetzen und funktionale Äquivalente zu seinen traditionellen Steuerungsvorstellungen respektieren. Die Lehren aus Afghanistan brauchen gewiss keine plumpen anti-westlichen, anti-staatenbildnerischen oder gar anti-demokratischen Reflexe auslösen. Doch ratsam ist ein Überdenken der gängigen Paradigmen von Intervention und Statebuilding; ein Aufbrechen der für unverfügbar gehaltenen Denkschemata über Staatlichkeit als alternativloses Ordnungsmuster internationaler Politik; und letztlich ein tieferes Verständnis für die *Wurzeln* der Probleme schwacher Staatlichkeit im fragilen Wechselspiel von Transzendenzressourcen und politischer Ordnungskonstruktion.

92 Siehe dazu K. Thelen 2004.

93 Diese Empfehlungen sind abgeleitet von der Theorie des Evolutorischen Institutionalismus und entsprechenden Fallstudien zu Staatszerfallsprozessen in Afghanistan und in anderen Staaten. Siehe dazu allgemein W. J. Patzelt 2007, insbesondere jedoch W. J. Patzelt 2007c, C. Demuth 2007 und J. Lempp 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

LITERATUR

Außenministerium Pakistan (2012): US Embassy Conveyed Protests against Drone Strikes, Presserklärung vom 23. August 2012. (Abrufbar unter: http://www.mofa.gov.pk/mfa/pages/article.aspx?id=1270&type=1, letzter Zugriff: 23.8.2012).

Bareki, Matin (2007): Nation-Building in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39, S. 11-17.

Barfield, Thomas (2011): Afghanistan's Ethnic Puzzle - Decentralizing Power before the U.S. Withdrawal, in: Foreign Affairs 90 (5), S. 54-65.

Baxter, Craig (2007): Historical Setting, in: Blood, Peter (Hrsg.): Afghanistan: Past and Present. Los Angeles: IndoEuropean Publishers, S. 1-200.

Bilgin, Pinar/Morton, Adam D. (2002): Historicizing Representations of Failed States, in: Third World Quarterly 23 (1), S. 55-80.

Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian (2010): Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt. Hamburg: Körber.

Blood, Peter (2007): Afghanistan: Past and Present. Los Angeles: IndoEuropean Publishers.

Brahimi, Lakhdar/Pickering Thomas R. (2011): Afghanistan: Negotiating Peace. The Report of the Century Foundation International Task Force on Afghanistan and its Regional and Multilateral Dimensions. New York: Century Foundation.

Bundesregierung (2012): Fragen zu Afghanistan. Berlin: Presse- und Informationsamt.

Büttner, Annette (2004): Staatszerfall als neues Phänomen der internationalen Politik. Marburg: Tectum.

Debiel, Tobias/Lambach, Daniel (2010): Global Governance meets Local Politics. On Western State-Building and the Resilience of Hybrid Political Orders. Paper presented at the ipra 2010 conference (International Peace Research Association) in Sydney, Australia, 6-10 July 2010. (Abrufbar unter http://www.peacebuilding.de/files/td_dl_irpa-2010d.pdf, letzter Zugriff: 23.8.2012).

Debiel, Tobias/Reinhardt, Dieter (2004): Staatszerfall und Weltordnungspolitik: Analytische Zugänge und politische Strategien zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Nord-Süd aktuell 3/04, S. 525-538.

Demuth, Christian (2007): Institutionen und ihre Stabilität, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S. 449-482.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2010). Von der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Die deutsch-afghanische Zusammenarbeit. Eschborn: GTZ.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Draude, Anke (2007): Wer regiert wie? Für eine äquivalenzfunktionalistische Beobachtung von Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. SFB 700 Working Paper. Berlin.

Englebert, Pierre T./Tull, Dennis (2008): Postconflict Reconstruction in Africa. Flawed Ideas about Failed States, in: International Security 32 (4), S. 106-139.

Erdmann, Gero (2003): Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika, in: Bendel, Petra/Rüb, Friedbert (Hrsg.): Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatlichkeit und Staatskollaps. Opladen: Leske+Budrich, S. 267-294.

Etzioni, Amitai (2011): The Afghanistan Conflict – Mission Creep and its Discontents, in: Middle Easter Quarterly 18 (2), S. 3-15.

Fukuyama, Francis (2004): Staaten bauen. Berlin: Propyläen.

Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit. Baden-Baden: Nomos.

Geoinformationsdienst der Bundeswehr (2010): Militärische Landesinformationen für Einsatzkontingente Afghanistan 06/2010. Euskirchen: Amt für Geoinformationsdienste der Bundeswehr.

Goodhand, Jonathan/Sedra, Mark (2007): Bribes or Bargains? Peace Conditionalities and 'Post-Conflict' Reconstruction in Afghanistan, in: International Peacekeeping 14 (1), S. 41-61.

Hobbes, Thomas (1998 [1651]): Leviathan. Stuttgart: Reclam.

Internationale Kabuler Konferenz über Afghanistan (2010): Kommuniqué – Bekräftigung des Engagements der afghanischen Regierung für das afghanische Volk, Bekräftigung des Engagements der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan. (Abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/343830/publicationFile/48481/100720-Kommunique-Kabul.pdf, letzter Zugriff: 23.8.2012).

Internationale Konferenz über Afghanistan Petersberg (2001): Übereinkommen über vorläufige Regelungen in Afghanistan bis zur Wiederherstellung dauerhafter staatlicher Institutionen. (Abrufbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/400792/publicationFile/4538/VereinbarungAfg.pdf, letzter Zugriff: 23.8.2012).

Jellinek, Georg (1960 [1900]): Allgemeine Staatslehre. 7. Neudruck. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Kakar, Palwasha (2005): Tribal Law of Pashtunwali and Women's Legislative Authority. Afghan Legal History Project. Harvard University. (Abrufbar unter: http://www.law.harvard.edu/programs/ilsp/research/kakar.pdf, letzter Zugriff: 23.8.2012).

Khalatbari, Babak (2007): Afghanistan unter dem Terror der Taliban, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39, S.18-24.

Klemp, Ludgera/Poeschke, Roman (2005): Good Governance gegen Armut und Staatsversagen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29, S. 18-25.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lempp, Jakob (2007): Ein evolutionstheoretisches Modell zur Analyse institutioneller Reformen. Fallanalyse: Die Reform des Auswärtigen Amts, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S. 599-639.

Lempp, Jakob (2008): Staatszerfall und Staatsaufbau aus der Perspektive des Evolutorischen Institutionalismus, in: Brand, Alexander/Robel, Stefan (Hrsg.): Internationale Beziehungen. Dresden: TUDpress, S. 77-100.

Mair, Stefan (2009): Staatsversagen und Staatszerfall, in: Informationen zur politischen Bildung 303, S. 8-10.

Milliken, Jennifer/Krause, Keith (2002): State Failure, State Collapse, and State Reconstruction – Concepts, Lessons and Strategies, in: Development and Change 33 (5), S. 753-774.

Murray, Tonita (2007): Police-Building in Afghanistan: A Case Study of Civil Security Reform, in: International Peacekeeping 14 (1), S. 108-126.

Münkler, Herfried (2003): Die neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Ottaway, Marina (2002): Rebuilding State Institutions in Collapsed States, in: Development and Change 33 (5), S. 1001-1023.

Patzelt, Werner J. (2007a): Einführung in die Politikwissenschaft. Passau: Rothe.

Patzelt, Werner J. (2007b) (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon.

Patzelt, Werner J. (2007c): Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S.287-374.

Preuß, Hans-Joachim (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan. Eine Zwischenbilanz, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 08 (1), S. 26-35.

Roberts, Adam (2009): Doctrine and Reality in Afghanistan, in: Survival 51 (1), S. 29-60.

Rotberg, Robert (2002): The new Nature of Nation-State Failure, in: Washington Quarterly 25 (3), S. 85-96.

Rotberg, Robert (2003): State Failure and State Weakness in a Time of Terror. Washington: Brookings.

Rotberg, Robert (2004): When States Fail. Causes and Consequences. Princeton: Princeton University Press.

Rudolf, Peter (2011): Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgancy-Doktrin. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Schetter, Conrad (2007): Talibanistan – Der Anti-Staat, in: Internationales Asienforum 38 (03/04), S. 233-257.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Schetter, Conrad/Glassner, Rainer/Karokhail, Masood (2007): Beyond Warlordism. The Local Security Architecture in Afghanistan, in: Internationale Politik und Gesellschaft 07 (2), S. 136-152.

Schneckener, Ulrich (2003): Staatszerfall als globale Bedrohung, in: Internationale Politik 11, S. 11-19.

Schneckener, Ulrich (2005): Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29, S. 26-31.

Schneckener, Ulrich (2007): Fragile Staatlichkeit und State – Building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen, in: Beisheim, Marianne/Gunnar Folke, Schuppert (2007): Staatszerfall und Governance. Baden-Baden: Nomos, S. 98-120.

Spanger, Hans-Joachim (2002): Die Wiederkehr des Staates. Staatszerfall als wissenschaftliches und entwicklungspolitisches Problem. HSFK-Report 1/2002. Frankfurt: HSFK.

Tettweiler, Falk (2010): Afghanistanstrategie auf dem Prüfstand. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Thelen, Kathleen (2004): How Institutions Evolve. Cambridge: Cambridge University Press.

Tilly, Charles (1975): Reflection on the History of European State Making, in: Tilly, Charles (Hrsg.): The Formation of National States in Western Europe. Princeton: Princeton University Press, S. 3-83.

Troy, Jodok (2007): Staatszerfall. Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. Münster/Wien: Lit.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

‚Heimat' als gelingende Ordnungskonstruktion

JOACHIM KLOSE

1. HEIMAT ALS ‚SOZIALE UNVERFÜGBARKEIT' UND RESSOURCE VON ORDNUNGSKONSTRUKTION

Unverfügbar ist uns die Materie, aus der wir bestehen, desgleichen jener Körper, in dem – bzw. als welcher – wir leben.[1] Unverfügbar, vielleicht aber unbekannt, sind uns auch die Eltern, von denen wir abstammen. Und unverfügbar, wenn auch nicht jedem in gleicher Eindeutigkeit oder Selbstverständlichkeit gegeben, ist uns ebenfalls das, was man ‚Heimat' nennt. Wer dergleichen besitzt, nimmt ‚Heimat' in vielerlei Hinsicht als Grenzmarkierung für das, was ihm einesteils vertraut und zu eigen ist – und andernteils fremd und erst durch Verlassen früherer Grenzen zugänglich.

Was genau aber erlebt man ‚als Heimat'? Und auf welche Weise erlebt man dies als Kontext seines Handelns – und zwar nicht nur im Hier und Jetzt, sondern auch beim Vorausblick auf erst noch zu übersteigende Grenzen sowie in der Rückschau auf das, was einen womöglich so sehr prägte, dass man seine lebensgeschichtlichen Verfügungen eben doch in dessen Bannkreis traf? Das sind die Fragen, auf die im Folgenden Antworten gesucht werden. Diese werden zeigen, dass gerade ‚Heimat' *nichts von Natur aus Unverfügbares* ist, sondern eine *Ordnungskonstruktion*, die ihre scheinbare ‚Natürlichkeit' dem Gelingen vieler alltagspraktischer Hervorbringungsprozesse verdankt, die dem einen so ‚selbstverständlich' und dem anderen so ‚uninteressant' sind, dass sie oft im toten Winkel analytischer Aufmerksamkeit liegen.

Die Vorläufer unseres Heimatbegriffes sind mittelhochdeutsch ‚heimout(e)' und althochdeutsch ‚heimuoti' bzw. ‚heimoti'. In ihnen steckt etymologisch die indogermanische Wurzel ‚kei' mit ihrer Bedeutung: ‚liegen; Ort, an dem man sich niederlässt'. Das Wort ‚Heimat' hat dergestalt von Beginn an eine anthropologische

1 Siehe hierzu auch den Beitrag von C. Meißelbach zur politischen Ordnungskonstruktion und der Natur des Menschen in diesem Band.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bedeutung. In der Literatur wird Heimat erstmals bei Adelung als „der Ort, das Land, wo jemand daheim ist“ definiert.[2] So enthält der Heimatbegriff in semantischer Hinsicht auch Tönungen von Sicherheit und Ruhe. Nicht also Jurisprudenz, Geographie oder ideologische Engführungen waren das bestimmende Medium des Heimatbegriffes, sondern die individuell erlebte Lebenserfahrung. Diese bestimmt auch die Heimatsuche in der Gegenwart und wurde sichtbar in der Neubestimmung des Begriffs während der industriellen Revolution oder der Verwendung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Vom 16. Jahrhundert an bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts besaß Heimat eher eine rein wirtschaftliche Bedeutung.[3] Begriffe wie ‚Heimatrecht‘ und ‚Heimatbesitz‘ verweisen darauf, dass ‚Heimat‘ lange Zeit direkt an den persönlichen Besitz von Haus und Hof gebunden war. Im 19. Jahrhundert wurden dann sehr verschiedene Heimatbegriffe durchgespielt.[4] Gemeinsam war ihnen einesteils ihr Abgrenzungscharakter zum jeweils Anderen mit dessen Heimat und andernteils ihr nationaler Rahmen, innerhalb dessen sich dann recht unterschiedliche Heimatbezüge als eigenständige Phänomene entwickelten.[5]

In den 1960er Jahren diagnostizierte die Kulturanthropologie drei Basisbedürfnisse, welche die Territorialität des Menschen ausmachen: das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Stimulation und nach Identität.[6] Heimat wurde dabei als das vom Subjekt von innen heraus entworfene Weltverhältnis betrachtet und bedarf in diesem Sinn der subjektiven Aneignung, des ‚Sich-heimisch-Machens‘. Heimat ist dann nicht nur eine Umgebung, an die man sich anpasst, sondern etwas, das es erst sich anzuverwandeln, ja zu schaffen gilt. Einerseits also ‚widerfährt‘ Heimat einem, denn sie bildet sich aus den Wirklichkeiten, in denen man sich befindet, und lässt dann das Gegebene als ‚naturhaft‘ empfinden. Andererseits wird Heimat als menschlich oder kulturell erlebt, durchforscht, angeeignet und dadurch überhaupt erst geprägt.

Im Heimatbegriff treffen dergestalt die Unverfügbarkeiten von Material und Natur, von Kultur und Gesellschaft, von Alltag und politischer Ordnung aufeinander. Sie alle verlangen einerseits nach individueller Akzeptanz und Anpassung, werden andererseits aber vom sie sich aneignenden Einzelnen immer wieder modifiziert und transzendiert, sind also Ergebnis menschlicher Aktivitäten, ja Wirklichkeitskonstruktion.[7] Heimat ist folglich immer Heimat *für jemanden*, also *daseinsrelativ*[8] – etwa so, wie das Farben im Verhältnis zur Farbwahrnehmung sind. Im Hei-

2 Vgl. A. Lobensommer 2010, S. 67.
3 Duden 2006, S. 277.
4 Vgl. M. Seifert 2010, S. 12.
5 Vgl. A. Lobensommer 2010, S. 68.
6 M. Seifert 2010, S. 11.
7 Siehe hierzu den Beitrag von W. J. Patzelt zur ethnomethodologischen Analyse von Ordnungskonstruktion in diesem Band.
8 Vgl. M. Scheler 1977, S. 70ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

matbegriff verschränken sich solchermaßen innere und äußere Wirklichkeit. Und nach keiner Seite lässt sich solche Verschränkung inhaltlich auflösen: Heimat ist eben nicht nur ein Ergebnis subjektiver Konstruktionen, sondern bereits die geographische und situative Verortung personaler Ereignisse und lebensgeschichtlicher Prozesse. Eine besondere Schwierigkeit wissenschaftlicher Erfassung von ‚Heimat' liegt also darin, dass viele verobjektivierende Wissenschaften zum Ziel haben, „ein Wissen zu gewinnen, dessen Gegenstände nicht mehr daseinsrelativ auf das Leben sind und nicht relativ auf seine möglichen Werte"[9]. ‚Heimat' aber ist von anderer Art. Ihre anthropologische Erforschung fokussiert gerade auf den innersten Kern von Individuen – und fragt *zugleich* nach dessen Relevanz für die Bildung kollektiver Identität.

Untersuchungen von Ethnologie und Anthropologie zur ‚Heimat' blicken denn auch keineswegs nur auf Individuen, sondern gerade auf deren Gesellschaften, als deren Teil die Einzelnen identifiziert werden – etwa so:

„Der Melanesier ist nicht nur deshalb ‚total', weil wir ihn in seinen verschiedenen individuellen Aspekten, den ‚physischen und physiologischen, den psychischen und soziologischen' Dimensionen wahrnehmen, sondern weil er eine synthetische Individualität und Ausdruck einer Kultur ist, die gleichfalls als ein Ganzes wahrgenommen wird."[10]

Die Anthropologie interessiert sich für die *Vorstellungen* von Individuen nicht nur deshalb, weil in ihnen soziale Konstruktionen sichtbar werden, sondern gerade auch, weil die Vorstellungen von Individuen in der Regel auch Vorstellungen ihrer *Verbindungen zu Anderen* beinhalten, also jenes ‚sozialen Bandes', das aus Einzelnen eine Gemeinschaft oder Gesellschaft macht.[11] Soziale Bindungen sind aber stets solche in Raum und Zeit. Also lenkt die Beschäftigung mit ‚Heimat' die Aufmerksamkeit auch auf die Beschäftigung mit jenen konkreten Orten, an denen Individuen beheimatet sind, präzise: auf das Verhältnis von Ort und Verortung. So gesehen erweist sich Heimat als eine Art ‚organische Ganzheit' aus vorgegebener Natur und nachträglich geschaffener menschlicher Ordnung, einer Ordnung, die allein durch das – entlang natürlicher Fähigkeiten – von je spezifischer Kultur geprägte Handeln des Menschen hervorgebracht und aufrechterhalten wird. Ein solcher sozialer Konstruktionsprozess von Heimat startet also auf der Grundlage unverfügbarer materieller und biologischer Voraussetzungen, arbeitet mit – nach Zeit und Raum kulturspezifischen – Wissensbeständen, ist geprägt von den bereits bestehenden sozialen, rechtlichen und politischen Ordnungsstrukturen, kann diese aber überschreiten

9 M. Scheler 1977, S. 23.
10 M. Augé 2010, S. 31.
11 Vgl. M. Augé 2010, S. 29ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und verändern, weshalb auch Visionen und Potentialitäten schon hier-und-jetzt Bestandteile dessen werden können, was als ‚Heimat' hervorgebracht wird.

So gesehen lässt sich formulieren: ‚Heimat' ist jener Ort der Herkunft, der unverfügbar und existentielle Vorgabe ist, in den man hineingeboren ist. Heimat umschließt jene Bilder und Mythen, mit denen man groß geworden ist; sie wird unmittelbar fassbar in einer gemeinsamen Sprache, in gebräuchlichen Riten und Verhaltensmustern, in den Bildern der gewohnten Landschaft, ja selbst in nur noch erinnerten Speisen und Gerüchen. In alledem ist Heimat ein Ort der Vertrautheit und Sicherheit, den man versteht und in dem man sich verstanden fühlt. Auf gerade diese Weise wird das Heimatempfinden ganz wesentlich von *sozialen* und gerade nicht von vor allem geographischen Gegebenheiten (mit)bestimmt, denn eben die Ersteren vermitteln das für Heimat so typische Gefühl von Geborgenheit und Angenommensein. Ihm stehen allerdings immer wieder auch Empfindungen der Entfremdung oder des Ausgegrenztseins aus dem eigentlich Vertrauten gegenüber. Das schafft dann problematische Gemengelagen, ist doch gerade ein ‚positiver Heimatbezug' eine wertvolle, vielleicht gar unverzichtbare Voraussetzung für Stabilität und Ordnung eines Gemeinwesens und für gemeinsame Orientierung im Erleben und Handeln. Gewiss wird Heimat, aufgrund der dynamischen Struktur der Wirklichkeit, auch immer wieder überschritten. Dann lagern sich neue Schichten des Empfindens, Wissens, Könnens und realer Beheimatung über das, was anfangs Heimat war. Eben das lädt anschließend viele dazu ein, sich gerade dieser Herkunft neu zu vergewissern und deren Sinnschichten sich aus neuer Perspektive anzueignen

Wie auch immer sich solche Gemengelagen im Einzelnen darstellen: Eine räumlich, vielleicht auch zeitlich abgegrenzte Heimat ist jedenfalls Voraussetzung für die *freie Wahl differenzierterer Beheimatung* sowie für nicht nur zugeschriebene, sondern auch selbst gewählte Identität. Wird Heimat hingegen funktional eingegrenzt, sei es als Rechtsbegriff in der Neuzeit oder als Territorial-, Rassen- und Utopiebegriff in den Ideologien des Nationalsozialismus und Sozialismus des 20. Jahrhunderts, so wird ihr Begriff zu einem Machtinstrument, dessen Intention nicht die Überwindung von Grenzen ist, sondern gerade deren Errichtung. Heimat ermöglicht dann nicht Freiheit, sondern schränkt sie im Gegenteil ein und wird zum Gefängnis. Auf diese Weise führten Nationalsozialismus und Sozialismus mit ihren je besonderen Verständnissen von Heimat vor allem zum Heimatraub und zum Heimatentzug: im einen Fall zunächst der jüdischen Deutschen, dann der ganz konkret Heimatvertriebenen, im anderen Fall zunächst des ausgegrenzten Klassenfeindes und sodann der ‚Republikflüchtlinge'. Das alles verhindert eine konstruktive Auseinandersetzung mit bzw. die Aneignung von Heimat.

Gewiss kann man versuchen, Heimat als Rechtsgut politisch zur Disposition zu stellen. Doch Empfindungen von und Wissen um Zugehörigkeit lösen sich nicht allein schon durch politischen Voluntarismus auf. Das zeigt sich auch in den Verwer-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fungen gegenwärtiger Globalisierungsprozesse und den mit ihnen einhergehenden Migrationsbewegungen: Es ist einfach ein Unterschied, wo man lebt – und wie man sich zu diesem Unterschied verhält. Man kann sogar sagen: „Die Aufdringlichkeit und damit Politisierbarkeit dieses Unterschieds wird in modernen Lebensverhältnissen größer."[12] In der Konsequenz kann man zur Ansicht kommen, jeder Mensch sollte gerade wegen der Unverfügbarkeit seiner Herkunft das Recht haben, seine künftige Beheimatung frei wählen zu dürfen – und kann daraus wiederum Bemühungen ableiten, dieses Recht als allgemeines Menschenrecht festzuschreiben.[13]

Allgemein wird also mit ‚Heimat' die letztendliche soziokulturelle Grundlage individuellen Handelns bezeichnet. Doch gerade in dieser Rolle ist ‚Heimat' nichts Statisches, sondern ein sozialer Konstruktionsprozess, in den auch künftige und außerhalb der Heimat liegende Zustände eingehen. ‚Heimat' wird dabei, aufgrund solcher interagierender Zeitstrukturen, immer wieder überwunden bzw. neu angeeignet. Was die individuelle Beheimatung als Ganzes ausmacht, setzt sich somit aus den sozialen Auswirkungen verschiedener Zeitschichten zusammen. Mit ihnen gehen oft auch Grenzüberschreitungen von Sinnschichten einher. Diese lassen sich so beschreiben: Der im Schichtungsprozess von ‚Heimat' jeweils angestrebte nächste Kontext ist die sich anzueignende und zu erarbeitende neue Heimat; sie wird zur ‚unverfügbaren Heimat', sobald der Aneignungsprozess abgeschlossen ist. Jene Handlungsmotivierung, die zur Überwindung der alten Heimat und zur Ausbildung neuer Heimaten führt, hat ihren Ursprung in der schöpferischen Kreativität des Einzelnen, vor allem in seiner allgemeinen Neugierde, seiner Öffnung für Andere, seiner Fähigkeit zur Integration von Neuem und seinem Bedürfnis nach Austausch und Kontakt. Weil der Mensch in der Natur gleichsam ‚exzentrisch positioniert' ist sowie viele Ziele seines Strebens nicht in ihm selbst liegen, wird Heimat gerade in der Praxis ständig transzendiert.

Eine *gemeinsame* Kultur und das, was dann *gesellschaftlich* als ‚Heimat' empfunden bzw. bezeichnet wird, ist somit ein durchaus störanfälliges Ergebnis der Synchronisation und Abstimmung vieler individueller Beheimatungen. Einmal vorhanden, führt dann ein positiv bestimmtes Heimatbewusstsein zu gleichartigen, stabil aufeinander bezogenen Aktionsmustern, die in verschiedenen gesellschaftlichen Orten sichtbar und in Organisationen, Institutionen und sozialen bzw. politischen Ordnungsgefügen aktiv werden. Gemeinsame kulturelle Muster bilden dann womöglich auch gemeinsame Zukunftsbilder aus, die ihrerseits zum Ausgangspunkt dauerhaft wechselseitig aufeinander bezogener Handlungen werden, aus denen im gemeinsamen Einvernehmen Neues auf den Bahnen des Alten entsteht. Solche Heimat ist dabei sowohl Ausgangspunkt für die weitere Konstruktion kultureller,

12 Vgl. H. Lübbe 2006, S. 41.
13 B. Schlink 2000, S. 47.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rechtlicher und politischer Ordnung als auch deren hier-und-jetzt unverfügbarer Rahmen:

„[…] moral and political judgment will depend on the language of reasons and the interpretative framework within which agents view their world, hence that it makes no sense to begin the political enterprise by abstracting from the interpretive dimensions of human beliefs, practices, and institutions."[14]

Dies löst sich dann auch rasch vom geographischen, ja vielleicht auch vom kulturellen Rahmen, in dem die Beheimatung einst entstand – und nicht selten auch von je besonderen biographischen, geschichtlichen und kulturellen Begründungen eines solchen Ordnungsrahmens:

„We would agree on the norms while disagreeing on why they were the right norms, and we should be content to live in this consensus, undisturbed by the differences of profound underlying belief."[15]

Den Grund dafür kann man wie folgt angeben:

„One´s social world […] provides more than non-moral social practices like table manners and pronunciation norms, it also provides some sort of orientation in moral space. We cannot make sense of our moral experience unless we situate ourselves within this given moral space, within the authoritative moral horizon."[16]

Ein solcher Horizont macht dann – über die je besondere *geographische* und *soziokulturelle* Heimat hinaus – dasjenige aus, was Menschen mit ansonsten sehr verschiedener Beheimatung als ihre gemeinsame *geistige* oder *religiöse* Heimat miteinander verbindet. Man sollte aber nicht glauben, dass diese Art der Beheimatung die ihr vorgelagerten Arten einfach ersetzen könnte: Stets sind Menschen in konkrete Situationen gestellt und handeln aus je besonderen soziokulturellen Hintergründen heraus. Das ist auch leicht zu verstehen:

„[...] it is impossible for an Inuit person from Canada´s far north to suddenly decide to stop being an Inuit and that the only sensible response is to recognize and accept this constitutive feature of his identity."[17]

14 Stanford Encyclopedia of Philosophy, Communitarianism, S. 2.
15 Ch. Taylor 1999, S. 124.
16 Stanford Encyclopedia of Philosophy, Communitarianism, S. 10.
17 Stanford Encyclopedia of Philosophy, Communitarianism, S. 12.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wenn freilich im Verhältnis von Freiheit und Gemeinschaft die Gemeinschaft stärker gewichtet wird,[18] richtet sich der Aufmerksamkeitsfokus auch klarer auf die *situative* Einbettung und Verortung der Glieder einer Gemeinschaft. Gerade der Kommunitarismus mit seinem Bestreben, eine Gesellschaft *konstruktiv* zu gestalten, setzt deshalb einen positiv bestimmten Heimatbegriff voraus: „Communitarians begin by positing a need to experience our lives as bound up with the good of the communities out of which our identity has been constituted."[19] Dabei wird zwischen örtlichen, zeitlichen und sozialen Elementen solcher Beheimatung unterschieden: den ‚communities of *place*', den ‚communities of *memory*' und den ‚*psychological* communities'. Alle drei sind offenbar grundlegend für die Bestimmung der anthropologischen Dimension von Heimat und zeigen, wie eng die Reflexion auf Heimat mit den Leitgedanken des Kommunitarismus verbunden ist.

Sind Synchronisation und Abstimmung zwischen innerer Beheimatung und äußerer Heimat allerdings gestört – etwa aufgrund ideologischer Überformungen, in Folge der Trennung von Funktions- und Herkunftsräumen oder wegen mancherlei Asynchronizität zwischen persönlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Modernisierung – so kommt es zum Vertrautheitsschwund im größeren Ganzen einer eher abstrakt und umfassend verstandenen Heimat sowie zur Rückbesinnung auf regionale Wurzeln und soziokulturell ausgebildete Identität.[20] Zur Erfahrung von Fortschritt gehört deshalb beides: sowohl Enttäuschung über dessen Langsamkeit als auch Sorge ob seiner Umgestaltungskraft.[21] Selbst ein notwendiger Systemwandel sollte deshalb weder zu schnell noch zu langsam ablaufen, wenn am Ende wiederum Stabilität stehen soll. Gesellschaftlicher Fortschritt wird nämlich gerade solange als positiv erfahren und unterstützt, wie der Einzelne sich seiner Basis sicher ist. Wird diese aber fragil, wird Beheimatung in Frage gestellt, so geht man auf Distanz zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, ja beginnt mit Versuchen ihrer Blokkade. Fern davon, eine Ressource allein von Konservatismus zu sein, erweist sich ein positives Verhältnis zur Heimat und deren Bewahrung somit als Grundvoraussetzung nachhaltiger gesellschaftlicher Weiterentwicklung und lernwilliger Öffnung für Neues.

18 Vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy, Communitarianism, S. 13.
19 Stanford Encyclopedia of Philosophy, Communitarianism, S. 15.
20 H. Lübbe 2006, S. 38.
21 H. Lübbe 2006, S. 39, sowie auch ders. 2005, S. 60, wo es heißt: „Der Fortschritt ist eine vergangenheitserzeugende Kraft, Herkunft und Zukunft treten auseinander, und das historische Bewusstsein ist das nötige Medium ihrer Verknüpfung."

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. DIE NEUE SEHNSUCHT NACH ‚HEIMAT'

Warum spielt in Deutschlands gegenwärtigen politischen Diskursen ‚Heimat' wieder eine Rolle? Wurde der Begriff nach den deutschen Diktaturerfahrungen denn nicht ausreichend diskutiert, abgelehnt und abgelegt? Eine Erklärung lautet:

„Die wichtigste Zäsur ist der Terroranschlag in den USA vom 9. September 2001, dazu kommen globale Krisen, die die Menschen ganz persönlich berühren, auch ein Sozialstaat, der zunehmend als brüchig wahrgenommen wird. Die Menschen erleben eine Krisenpermanenz."[22]

In dieser Lage scheint die heimische Region der letzte überschaubare Zufluchtsort zu sein. So beobachtet das Rheingold Institut für quantitative Markt- und Medienanalysen in Deutschland eine Rückkehr zum Traditionellen, Authentischen und Ursprünglichen und spricht von einer neu erwachten Sehnsucht nach Heimat. Die Gründe dafür sind vielfältig. Mit dem Tempo der Änderung der Lebensverhältnisse und regionalen Bezüge verfremden sich die Herkunftswelten:

„Die großräumige Ausbreitung der modernen Zivilisation vollzieht sich organisatorisch und politisch nicht in Formen der Herausbildung staatlich verfasster oder kontrollierter Großräume. Ganz im Gegenteil scheint eine anhaltende Pluralisierung der Staatenwelt den Modernisierungsprozess zu begleiten."[23]

Hinzu kommen Identitätsverluste aufgrund gesellschaftlicher Beschleunigungsvorgänge. Heute ist nicht das überzeitlich Gültige normativ, sondern die Veränderlichkeit an sich. Dieses neue Zeitgefühl erreicht die Gesellschaft besonders über ‚Wissen' und ‚Kommunikation'. Die Erfahrung, dass Lebenszeit und Weltzeit – so Hans Blumenberg – auf dramatische Weise ungleich groß sind, generiert das Gefühl, möglichst zeitökonomisch leben zu sollen und viel in der je eigenen Lebensspanne erleben zu müssen. Mit der Erfindung des Computers scheinen nun wichtige Zeit- und Raumdistanzen überwunden und scheint sämtliches Wissen an jedem Punkt der Erde verfügbar zu sein. Zum Ungleichgewicht von Welt- und Lebenszeit tritt so die unüberwindbare Differenz von Welt- und Lebenswissen. Wissen ist dabei nicht nur ‚überall verfügbar', sondern Informationen können auch noch ohne Zeitverzug ausgetauscht werden. Derartige Zeitverdichtung erzeugt dann ein Gefühl von persönlicher Ohnmacht und den Wusch nach einem Innehalten. Denn: „Die ungeheure Verdichtung von Information in den vergangenen zwanzig Jahren hat nur noch größere Verwirrung gestiftet. Die Panik, die früher lokal war (z.B. bei Naturkatastrophen),

22 O. Hamel, 2012.
23 H. Lübbe 2005, S. 99.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

droht jetzt global zu werden."[24] Dieser Vorgang wird noch durch die Medien verstärkt, die vieles lieber übertreiben als nicht zur Kenntnis nehmen. Übertreibung aber zieht weitere Übertreibung nach sich. Die Folge: „Zurück bleiben einzig und allein Bilder, die Angst machen."[25] Die Krise der Moderne hat somit nicht nur im Zusammenbruch der Fortschrittsidee ihren Ursprung, sondern auch in einem Übermaß an Zeit und Raum.[26] Die Beschleunigung der Geschichte durch schnellere Ereignisfolgen und höhere Kommunikationsgeschwindigkeiten führt außerdem dazu, dass es immer schwerer wird, der Welt Sinn zu geben. Zwar scheint die Rede von einem ‚Übermaß an Raum' auf den ersten Blick paradox zu sein, denn seit es Fotografien von unserem Planeten gibt, wirkt er doch kleiner, verwundbarer und damit lokal begrenzt. Schon mit der bescheiden beginnenden Eroberung des Kosmos eröffnet sich aber eine Unendlichkeit von Raum und Zeit, die nicht mehr abstrakt bleibt. Zudem führen Mobilität, Flexibilität und schnelle Kommunikation zur Verdichtung von Ereignissen, wodurch Raum und Zeit zugleich verfügbarer und nicht mehr wirklich ‚abdeckbar' geworden sind.

Vor dem Hintergrund solch raum-zeitlicher Entwurzelung entsteht nun vielerlei Bürgerprotest, der sich gegen jede regionale Veränderung wendet. Da sind Initiativen, die um die Erhaltung eines Bahnhofs kämpfen oder gegen Brücken demonstrieren. Da sind Songgruppen, die sich in Mundart artikulieren und absichtlich den größeren Kommunikationsraum der Hochsprache ablehnen. Und da ist eine prosperierende Mittelschicht, die sich zunehmend nach einer ‚Landfluchtidylle' sehnt, wie sie von zahlreichen Hochglanzprospekten propagiert wird. Sie alle sind auf der Suche nach Heimat. So wird die Notwendigkeit sichtbar, „dem Menschen in einer immer anonymer werdenden Gesellschaft jene ‚Heimaten' zu geben, in denen er sich erkennt und erkannt wird".[27] Bei der Einführung neuer technologischer Entwicklungen oder Infrastrukturmaßnahmen wird es deshalb nicht ausreichen, die politische Kommunikation zu verbessern oder neue Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, um möglichen Protesten vorzubeugen. Die Gründe solcher Ablehnung des – zumindest früher so genannten – Fortschritts liegen nämlich viel tiefer: Sie haben mehr mit Wünschen nach Beheimatung und Verortung zu tun als mit ungenügender Aufklärung oder mit Mitwirkungsdefiziten.

Die hinter alledem stehende Sorge, an seinem Fleck der Welt mit den diesen weit überschreitenden Problemen der Welt allein gelassen zu werden, wird durch bereits fühlbare demografische Entwicklungen verstärkt – und zwar sowohl dort, wo sich eine rasch wachsende Bevölkerung zusammendrängt, als auch dort, wo die Bevölkerung altert und schrumpft. Auch als Gegenmittel hierzu plädiert etwa Rüdi-

24 R. Wagner 2011.
25 R. Wagner 2011.
26 Vgl. M. Augé 2010, S. 38ff.
27 I.-M. Greverus 1979, Einband.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ger Safranski in seinem Essay „Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch?“[28] wieder für eine neue Nutzung des Heimatbegriffes: Nach dessen nationalsozialistischem und – oft eher unterstellt – revanchistischem und revisionistischem Missbrauch sei, gerade angesichts der Globalisierung, eine erneuerte Positivbewertung von Heimat notwendig. Insbesondere ist die Ausbalancierung von Mobilität und Weltoffenheit durch Ortsfestigkeit eine anthropologische Grundbedingung.[29] Beides also wird benötigt: Global agierende Eliten – und eine *stabilitas loci* eines Großteils der Bevölkerung durch feste Sozialräume und Ortsbindung. Und sogar auf der Individualebene lässt sich feststellen: ‚Je mehr emotional gesättigte Ortsbindung, desto größer die Fähigkeit und Bereitschaft zur Weltoffenheit. In diesem Sinn ist ‚Heimat‘ global überwölbt.

3. HEIMAT UND TRANSZENDENZ: EINE PHÄNOMENOLOGIE

3.1 Heimat als Ort und Bewegung

‚Heimat‘ besitzt eine semantische Doppelstruktur, die sprachlich in der Wendung vom ‚Heim-weg‘ zum Ausdruck kommt. Denn während ‚Heim‘ auf jene Seite des Menschen verweist, die es ihm ermöglicht, Bindungen einzugehen und in sich zu wohnen, verweist der Bestandteil ‚Weg‘ eben auf die ‚weghafte Seite‘ des Menschen, also darauf, dass er – von der Geburt bis zum Tod – *in der Zeit unterwegs* ist und bei kaum einer eingenommenen Haltung oder Verortung stehenbleiben kann.[30] Das lässt sich auch so ausformulieren:

„Beim Menschen als Heim-Weg ist das Heim das Primärphänomen. Es steht am Anfang und verweist durch ihn hindurch auf Transzendenz, in dem ein ursprüngliches Einssein und sein wahres Zuhausesein ist. Es verweist folglich auf den Ort, wo eine ursprüngliche Einung geschieht und die Struktur des Heim-Wegs ihre volle Bestimmung erhält.“[31]

Auch in der griechischen Mythologie gehören Ort und Bewegung zusammen, verkörpert etwa in Hestia und Hermes.[32] Der Kulturhistoriker und Anthropologe Jean-Pierre Vernant stellte etwa die Frage, warum auf der großen Zeus-Statue in Olympia die Göttin des Herdes und der Gott der Reisenden als Paar dargestellt seien, obwohl sie weder verwandt noch verschwägert waren und deshalb dort eigentlich nicht als Paar hingehören. Er kommt zum Schluss, sie wirkten Seite an Seite an

28 R. Safranski 2003.
29 E. Beutner 2008, S. 23.
30 K. Joisten 2003.
31 K. Joisten 2003, S. 41.
32 M. Augé 2010, S. 64ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

denselben Orten und entfalteten komplementäre Tätigkeiten, insofern sie nämlich gegensätzliche Raumaspekte verkörperten: Hestia (griechisch εστία für ‚Herd') repräsentiere den kreisförmigen Herd in der Mitte des Hauses, den in sich geschlossenen Raum, der die Beziehung zu sich selbst symbolisiert; Hermes hingegen sei der Gott der Schwelle und der Tür, aber auch der Wegkreuzungen und der Stadttore. Er steht somit für die Bewegung und das Verhältnis zum anderen.[33] Der Bewegung kann man im Leben nicht entgehen – und umso wichtiger wird die Suche nach Einhausung und Heimat. Selbst ‚Wohnen' erscheint dann als ein relationaler Prozess, der im Entdecken, Aneignen, Binden und Identifizieren seine Wurzel und sein Ziel hat.[34] Und gerade aus der Erfahrung seines tätigen Lebens erinnert sich ein Erwachsener oft gern „an die mehr oder weniger glücklichen Räume seiner Kindheit, an die Gerüche und Atmosphären in den Zimmern, auf der Straße, im Wald etc. Er sucht nach Spuren des Wohlseins."[35] Für Christoph Türcke ist schon der mütterliche Uterus jene erste Heimat, die ein Mensch verlassen muss. Er ist allerdings ein tatsächlicher Nicht-Ort: Solche Heimat „entsteht postum, wenn sie verloren und der Rückweg in sie versperrt ist."[36] Auch in die Kindheit, den folgenden Ort ursprünglicher Beheimatung, können wir nicht mehr zurückkehren. Ernst Bloch sieht denn auch nicht in der ‚Sehnsucht nach der Kindheit' das Anzeichen einer gelungenen Vermittlung von Subjektivität und Welt, sondern im Tätigsein eines Menschen, der ein Stück Welt aktiv in eine Heimat umbaut und damit einen Ort wie die Kindheit neu erscheinen lässt:

„Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in der Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat."[37]

So erscheint „das Prinzip Heimat als Inbegriff des Prinzips Hoffnung", wie es Ernst Bloch in einem seiner letzten Interviews ausgedrückt hat.[38] Heimat bezeichnet in diesem Sinne den Aneignungsprozess eines Sich-ständig-heimisch-Machens. Zugleich zeigt sich, dass das Bedürfnis ‚zu wohnen' und die ‚Suche nach Heimat' eng verwandt sind mit den Bedürfnissen nach Anerkennung und Teilhabe. Das aber

33 J. P. Vernant o.J.
34 Vgl. M. Schneider 2011, S. 289.
35 Ebd., S. 283f.
36 C. Türcke 2006, S. 12.
37 E. Bloch 1959, S. 489.
38 Zitiert nach K. Köstlin/H. Bausinger 1980, S. 10.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weist Heimatsuche als eine zutiefst politische Haltung aus – und sehr wohl auch als die eines Demokraten.

3.2 Schichten von Heimat

Heimat ist – wie überhaupt die soziale Wirklichkeit[39] – ein dynamisch geschichtetes Gefüge, bei dem die jeweils höhere Stufe der jeweils niedrigeren zeitlich und sachlich nachgeordnet ist.[40] Es ist die erste Schicht, auf der ein Mensch beheimatet ist, nichts anderes als sein Körper. Primordiale Heimat ist also dessen Leiblichkeit. Der Leib ist jener Eigenraum, dem er mit all seinen Stimmungen, Gefühlen und Fähigkeiten, von den elementaren bis zu den hochspezialisierten, einwohnt. Anders gewendet: Im Leib ist der Mensch bei sich selbst zu Hause, „ist sich selbst ein Heim und kann das ihm Eigene als seine Heimat deuten."[41] Auch hört der Mensch nicht an seiner Oberfläche auf, denn durch seinen Leib *ist er in der Welt*. Mehr noch: Nur mittels des Leibes gelingt es ihm, sich auf Dinge, auf sich selbst und auf andere zu beziehen.[42] In wieder anderer Formulierung: „Die Zyklik des Leibes schließt alles ein, was zweifellos mit mir zu tun hat, ohne dass es durch mich zustande gebracht wird."[43]

Die nächste Schicht von Heimat ist der Raum, konkret die Wohnung, das Heim als Mittelpunkt menschlichen Wohnens. Von dort geht der Mensch aus und dorthin kehrt er zurück. Auf sein Heim bezieht er sich immer wieder, und Verfassungsordnungen geben diesem besonderen Schutz. Als nächste Schichten von Heimat bauen aufeinander auf: die erlebten Straßen, das sie umgebende Dorf oder die umgebende Stadt, die das alles bergende Region – und dann das umbettende Land oder die überwölbende Nation.[44] Schicht für Schicht vom Kleinen ins Größere aufsteigend erfährt – oder erarbeitet sich – der Mensch so seine Um-Welt. Das hat freilich auch seine zeitliche Dimension: In dieser Schichtenfolge transzendiert der Mensch vom Kleinkindalter über die Kindergarten- und Schulzeit, über Pubertät und Studienzeit usw. bis hin zu seiner unmittelbaren Gegenwart und deren jeweiliger Beheimatung. Jeder Zeitschnitt und jede Ortsbezogenheit sind bei alledem die Basis einer durch beides abgegrenzten Heimatschicht.

Will man die jeweils handlungsrelevante Heimatschicht überschreiten, so braucht es Vertrauen in die Existenz und erwartbares Wohlwollen der Handlungs-

39 Siehe hierzu den Beitrag von W. J. Patzelt zu Ordnungskonstruktion und ihrer ethnomethodologischen Analyse in diesem Band.
40 K. Joisten 2003, S. 75.
41 K. Joisten 2003, S. 75. Siehe hierzu auch die naturalistische Auffüllung dieser philosophischen Denkfigur im Beitrag von C. Meißelbach zur politischen Ordnungskonstruktion und der Natur des Menschen in diesem Band.
42 Vgl. B. Waldenfels 2006, S. 69.
43 B. Waldenfels 2006, S. 74.
44 Vgl. K. Joisten 2003, S. 75.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

partner auf der nächstzugänglichen Schicht. Natürlich muss man mit solchem Vertrauen erst einmal in Vorleistung gehen: mit Vertrauen in eine neue Schule, in die Familie, in die man einheiratet, in eine Firma oder eine Partei, in die man eintritt. Ist solches (Vorschuss-)Vertrauen aber einmal gebrochen, so verfällt auch, was immer einst an Beheimatung da war. Jean Améry macht derlei am Extrembeispiel der Folter deutlich: Vollkommen auf den Körper reduziert, verliert der Gefolterte sämtliche Beheimatungen, denn:

„[w]er der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt. Die Schmach der Vernichtung lässt sich nicht austilgen. Das zum Teil schon mit dem ersten Schlag, in vollem Umfang aber schließlich in der Tortur eingestürzte Weltvertrauen wird nicht wiedergewonnen. Dass der Mitmensch als Gegenmensch erfahren wurde, bleibt als gestauter Schrecken im Gefolterten liegen: Darüber hinaus blickt keiner hinaus in eine Welt, in der das Prinzip Hoffnung herrscht."[45]

Heimat wird von einer Ressource der Lebensführung zum – oft sogar existentiellen – Problem, wenn sie jemandem genommen wurde, gleich ob durch Folter oder durch Vertreibung oder durch Vertrauensbruch. Im Grunde erst durch solche Verlusterfahrung wird nämlich bewusst, wie sehr man Beheimatung braucht. Jean Améry antwortete denn auch auf die Frage, wie viel Heimat der Mensch brauche: „umso mehr, je weniger davon er mit sich tragen kann."[46] Eichendorffs Gedicht „In der Fremde" bringt dasselbe in anderer Weise zum Ausdruck: Der Dichter reiht sich dort ein in eine lange geistige Traditionslinie, die von der Babylonischen Gefangenschaft, dem Auszug der Israeliten aus Ägypten über Goethes Bemerkungen zu Eckermann, in denen dieser die durch technische Neuerungen erzeugte menschliche Entfremdung im Maschinenzeitalter reflektierte, bis in seine Gegenwart führt. Gegenwärtig wird solche ‚Sehnsucht nach Heimat', nach tragenden Schichten in einer so anders gewordenen Welt, etwa im Phänomen der ‚Ostalgie' sichtbar.

3.3 Heimat und ihre Ränder

‚Heimat' wird im allgemeinen Sprachgebrauch häufig auf einen ‚Ort' reduziert, etwa den Ort der Herkunft, der Geburt oder des Wohnens, und damit auf eine Position im Raum. Dies entspricht auch der Verwendung des Ortsbegriffs im Neuhochdeutschen. Doch ursprünglich waren dessen Referenten umfangreicher: Im Althochdeutschen meinte ‚Ort' noch den örtlichen oder zeitlichen Anfangs- oder Endpunkt, im engeren Sinne das vordere oder hintere Ende, die Grenze, den Rand oder

45 J. Améry 1996, S. 70.
46 J. Améry 1996, S. 76.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Seite,[47] bevor der Begriff dann im Mittelhochdeutschen nur noch einen Standpunkt, einen Platz, eine Stelle oder Stätte bezeichnete. ‚Heimat als Ort' ist aus guten Gründen freilich eher mit der althochdeutschen Bedeutung jenes Worts zu erfassen, welche ebenfalls raum-zeitliche Dimensionen abdeckt, mit Ereignissen in Verbindung bringt und deren Grenzen reflektiert.

Konstitutiv für ‚Orte' ist in diesem Sinn, dass sie ‚offene Ränder' haben, an denen es zu Auseinandersetzungen mit dem Anderen, dem Fremden kommt. Gleichsam wird an seinen Rändern verhandelt und von dorther bestimmt, was zu einem ‚Ort' wird und wie es sich dann auch mit dessen Kern verhält. Für diesen Gedanken ist es hilfreich, begrifflich ‚Grenzen' von ‚Rändern' zu unterscheiden. ‚Ränder' sind durchlässige und überwindbare Trennlinien, während unter ‚Grenzen' abgeschlossene und undurchlässige Trennlinien vorgestellt werden. Letztere werden kulturell und gesellschaftspolitisch gesetzt – wie Landesgrenzen, religiöse Markierungen oder rechtliche Tabuisierungen. Grenzen schneiden Heimat von ihrer Umwelt ab und verriegeln den Weg zu weiteren Schichten von Beheimatung. Ränder hingegen sichern eine prinzipielle Offenheit von Orten und von Heimat. Sie erlauben das Transzendieren auf neue Schichten von je gegebener Beheimatung aus, ja legen ihrerseits schon nahe, dass zur Heimat auch gehört, transzendiert zu werden. Deren Begrenzungen sind dann gleichsam nur Schwellen, die es zu überwinden gilt. Und im Grunde sind dann alle ‚Orte' nur geschichtete Beheimatungen aktueller und vergangener Generationen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Entwicklung von Städten. Diese waren und sind Ausgangspunkt und Motor vielfältiger Modernisierungsbewegungen, wuchsen über lange Zeiten am Umgang mit dem Fremden und lassen einen pulsierenden Wechsel von Sammeln, Abschluss und Öffnung erkennen. Darin sind sie einer ähnlichen Dynamik von Beheimatungsprozessen unterworfen wie Menschen und deren Handeln selbst. Und auch ihn ihnen suchen Menschen als Grundlagen ihrer jetzigen Beheimatung tiefere Schichten von Kontinuität und Stabilität.

Wie spielen dabei Kreativität und Stabilität, Transzendenz und Gemeinsinn zusammen? Einerseits gestaltet praktizierter Gemeinsinn selbst schon Orte: Er baut sie auf, sammelt ihnen Neues und integriert es, erweitert sie. So wird im Selbstaufbau von Orten deren Ist immer wieder hin zum Neuen transzendiert. Doch Transzendenz und Gemeinsinn arbeiten auch gegeneinander: Gemeinsinn begrenzt den gemeinsamen Sinn auf jene, die sich einen Ort als – gleich wie komplexe – Heimat teilen, und er setzt Grenzen, die allenfalls um den Preis der Ent-Heimatung transzendiert werden können. Auf diese Weise kanalisiert Gemeinsinn Transzendierungsprozesse und führt zu deren (vorläufigem) Abschluss. Gewiss lässt die prinzipielle Offenheit von Orten für neue Artefakt-, Sinn- und soziale Strukturschichten

47 Vgl. Grimmsches Wörterbuch, Lemma ‚Ort'. (Abrufbar unter: http://www. woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=ort, letzter Zugriff 21.11.2012).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nachgerade sämtliche mögliche Ereignisse potentiell zu ihrem Teil werden. Doch Gemeinsinn – freilich nicht er allein – selektiert jene Elemente, die aktiv zum Selbstaufbau von Orten verwendet werden. Und immer wieder kommt die heimatbildende Aufschichtung eines Ortes, der Prozess einer Integration von Neuem, solange zum Abschluss, wie eine befriedigende Übereinstimmung zwischen dem praktizierten Gemeinsinn und der Aufschichtung von Transzendierendem gelungen ist. An solchen Orten ist dann Heimat für alle praktischen Zwecke sozial konstruiert.

3.4 Heimat und das Fremde

Drei verschiedenen Formen von Transzendentem werden an der ‚Heimat' sichtbar. Erstens *ist* Heimat unverfügbar. Sie ist eine Vorgabe, in die man hineingeboren wird, und jener ‚Uterus', in dem man unbeseitigbar gewesen ist, bevor man ihn verlassen hat. Immer schon liegt also eine Ordnung vor, die es entweder zu verlassen oder sich als nachwirkender Habitus anzuverwandeln gilt.[48] Denn – zweitens – wird Heimat Schicht für Schicht unverfügbar *gemacht*. Dies geschieht dadurch, dass man sich Heimat immer wieder neu aneignet. „Das Transzendieren wird in dieser Auslegung nicht als der punktuelle Vorgang gefasst, in dem sich der Mensch auf ein Ziel hin entwirft, vielmehr wird der Mensch als solcher als ein Wesen des Überstiegs angesehen."[49] Und in diesem Sinne gilt:

„Subjektsein heißt Transzendieren. D.h.: das Dasein existiert nicht etwa und vollzieht dann gelegentlich einen Überschritt, sondern Existieren besagt ursprünglich Überschreiten. Das Dasein selbst ist der Überschritt."[50]

Die dritte Weise von Transzendentem, die für den Heimatbegriff relevant ist, betrifft ‚das Andere', nämlich jenes ‚Fremde', das ‚in die Heimat einbricht'. Tatsächlich ist Heimat ohne Fremde nicht zu denken. ‚Fremdes' ist dabei etwas, „das sich inmitten aller Ermöglichungen, seien sie persönlich-dispositioneller, historisch-kultureller oder auch transzendentaler Art, als Un-mögliches erweist, als Erschütterung oder Infragestellung vorhandener Möglichkeiten."[51] Jedes Neue ist auf diese Weise ein Einbruch ‚fremder Wirklichkeit' in eine Heimat, und „insofern hat jede Geburt, in der sich eine neue Welt auftut, Züge einer Wiedergeburt, da das Neue nur im Nachhinein fassbar ist."[52] Traditionell wurde in archaischen Gesellschafts-

48 B. Waldenfels 2006, S. 65, formuliert das so: „Die Stiftung einer Ordnung ist ein Ereignis, das nicht Teil der Ordnung ist, die sie ermöglicht."
49 K. Joisten 2003, S. 49.
50 M. Heidegger 2007, S. 211.
51 B. Waldenfels 2006, S. 55.
52 B. Waldenfels 2006, S. 65.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

formen beim Eintreten neuer Situationen auf Schöpfungsmythen Bezug genommen, um dem Neuen Sinn zu verleihen, es in die bekannte Ordnung einzugliedern und ihm sein Bedrohungspotential zu nehmen.[53] Letzteres kann wirklich groß sein und dann nicht nur seelisches, sondern nachgerade physisches Leid auslösen. Bernhard Waldenfels bezeichnet denn auch das Fremde, das dem Einzelnen oder der Gemeinschaft plötzlich zustößt, mit ‚Pathos':

„Pathos bedeutet, dass wir von etwas getroffen sind, und zwar derart, dass dieses Wovon weder in einem vorgängigen Was fundiert, noch in einem nachträglich erzielten Wozu aufgehoben ist."[54]

Solches – oft schmerzhafte – Konfrontiertwerden mit dem (bislang noch) Fremden gehört nun freilich zu den unumgänglichen Voraussetzungen unserer Existenz. Dergestalt ist alle Beheimatung und Heimat dem – oft ganz unvorhersehbar – eindringenden Stachel des Anderen, des noch Unbekannten ausgesetzt. Eben das macht sie verletzlich – und stattet Reaktionen auf ihre Bedrohung mit so tief empfundenen Reaktionen aus. Dabei erwächst doch aus den ersten beiden Transzendenzen zunächst einmal innere Aufgeschlossenheit und Offenheit für Neues. Aufgeschlossenheit und Offenheit aber treffen auf die Veränderungswirkungen des Fremden in all seiner Ambivalenz. Derlei Ambivalenz des Fremden für Heimat kommt übrigens aufs Klarste im griechischen Wort „xenos" zum Ausdruck, das zugleich ‚Gast' und ‚Fremder' bedeutet sowie ihm gegenüber Aufnahme- und Fürsorgepflichten assoziiert. Heimat ist dann gerade bei der Begegnung mit dem Fremden nicht exklusiv, sondern inklusiv. Umgekehrt führt Heimatverlust, der zu unbezähmbarem Heimweh führt, oft zu fehlender Gastfreundschaft.[55] Diese Beobachtung hat unmittelbare Wichtigkeit für die gesellschaftliche Integration einer Einwanderungsgesellschaft wie der unseren: Migranten werden wohl vor allem dann gut aufgenommen werden, wenn die schon ansässige Bevölkerung ihre Heimat(en) nicht bedroht fühlt – und sie wird das um so weniger tun, je gewisser sie sich der Stabilität des Schichtenbaus ihrer Beheimatung ist. Umgekehrt werden Migranten ihrer mitgebrachten Beheimatung schon auch die Schicht einer Beheimatung in der ‚neuen Welt' hinzufügen müssen, sich also eine ‚doppelte Heimat' anzuverwandeln haben, wenn sie vom Gast, der ein Fremder bleibt, zum Dazugehörenden werden wollen – deren Nachfahren irgendwann nur noch eine einzige Heimat haben werden, wenn auch ein enges inneres Verhältnis zu einer früheren Heimat.

Anders als vorschnell befürchtet, grenzt die Neusensibilisierung für Heimat also Zuwanderer nicht aus. Vielmehr kann die Heimatdiskussion einen konstruktiven

53 J. Klose/J. Oehler 2008, S. 4.
54 B. Waldenfels 2006, S. 43.
55 H.-H. Uslucan 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Beitrag zur Integrationsdebatte leisten. Denn gerade ein Verhalten, das vom hier entwickelten offenen Heimatbegriff geprägt wird, ermöglicht Eingewanderten sowohl die Beibehaltung der Bindung an ihre Herkunftsländer als auch eine neue Bindung an eine neue Heimat. Umgekehrt wird das Nachdenken über Fremde und darüber, wie diese Teil einer gemeinsamen Heimat werden können, auch zum Katalysator der Selbstvergewisserung einer aufnehmenden Gesellschaft. Etwas überstark formuliert: Migranten – doch auch Heimkehrer – können sogar (mit-)konstitutiv für ein Gemeinwesen sein, sofern an ihrem Lebensweg grundlegende Fragen der Selbstdeutung und Kultur eines politischen Systems abgehandelt werden. Gleichsam schaffen sie dann als ‚Grenzgänger', d.h. als diejenigen, die die Ränder zwischen dem ‚Anderen' und der Heimat überwinden, eine Ahnung, ein Wissen von ‚der Fremde' als einer Alternative, auf die hin fortan die Heimat relativierbar ist.[56] Zur typischen Form solchen Relativierens werden Stereotypisierungen des Fremden, die dieses – oft auch nur als Projektionsraum innerheimatlicher Ängste genommen – in Beziehung ‚zum Eigenen' setzen. Grenzgänger lenken so als Schwellenfiguren die Aufmerksamkeit auf genau jene Ränder von Heimat, an denen verhandelt wird, was zur Beheimatung gehört und was nicht – ja letztlich: was das Eigentümliche an der Heimat ist.

Auf diese Weise wird gerade der Rand von Heimat zum Reflexionsort eigener Identität. Dort, „wo das Innere mit dem Äußeren konfrontiert wird, wo Sprachen und Tradition miteinander kritisch zusammenwirken, wird ein ‚Grenzdenken' möglich, ein kritisch ergänzendes Denken, das die Normen, die Ordnung und die Selbstbilder der jeweiligen Zentren herausfordert und deren Widersprüche zu Tage fördert."[57] Und eben dort zeigt sich, dass es zu einer gelungenen Integration des Fremden nur dann kommt, wenn dieses als Bereicherung erfahren und mit dem Eigenen verschmolzen wird – und wenn sich das Erleben der Fremde im Eigenen zum neugierigen eigenen Erleben in der Fremde gesellt. Anderenfalls verstärken Fremdheitserfahrungen nur Abgrenzung und Abschließung. Aus den Rändern um die Heimat werden dann Grenzen, die sowohl das Transzendieren von Heimat als auch deren weitere Schichtenbildung verhindern. Dann erstarrt Heimat und verliert ihre Zukunftsfähigkeit.

56 Vgl. S. Juterczenka/K. M. Sicks 2011, S. 24.
57 S. Juterczenka/K. M. Sicks 2011, S. 278.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

4. KONSTRUKTIONSRESSOURCEN: NARRATIONEN UND SINNDEUTUNGEN

Eine wichtige Rolle für Beheimatung spielen Narrationen. Bei ihnen geht es nicht um die detailgetreue Replikation historischer Vorgänge in Erzählungen, sondern um die Deutung und Bewertung der erlebten Ereignisse aus der Perspektive des Erzählers, um deren Anverwandlung und Sinndeutung von einem gesuchten oder gefundenen ‚Heimatort' aus.[58] Solcher Sinn wird durch authentisches Erzählen bezeugt, ja im Grunde erzeugt.[59] Erzählen schließt dabei das Reflektieren über die erzählten Ereignisse ein: „Positiv gewendet eröffnet der Erzähler folglich durch seine Geschichte hindurch einen Einblick in die Weise, wie er sein Leben deutet und mit welcher leitenden Idee er es bewältigt."[60] Und die andere Seite der Medaille sieht so aus: „Das Verschwinden des in der Tradition liegenden Erfahrungswissens, der Lebensweisheit, bedeutet ein Verschwinden der erzählten Welt"[61] – und damit der großen Sinnzusammenhänge einschließlich jener, die Heimat reflexiv machen können und hieraus in einer nicht-naiven Weise konstituieren. Doch die Postmoderne ist, so Lyotard, nun einmal dadurch geprägt, dass man den ‚großen Meta-Erzählungen' keinen Glauben mehr schenkt.[62] Auch die jahrzehntelang so attraktive Metaerzählung des Sozialismus, die Utopie einer egalitären Gesellschaft, ist mit den Revolutionen des *annus mirabilis* von 1989 zusammengebrochen – und damit eine Chance auf nicht-geographische Beheimatung, hier: im Sozialismus.[63] Geblieben ist aber der Konstruktionsmechanismus nicht-geographischer Beheimatung, nämlich die Nutzung von Narrationen und Sinndeutungen als Ressourcen zunächst vorgestellter und dann – erhofftermaßen – realer Ordnungskonstruktion. Zumal politische Utopien sind Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften, die sich – als erhoffte Heimat – zu einem Wunschbild, als das bedrohlich Fremde aber zu einem Furchtbild verdichten. Vor allem sind solche Narrationen dadurch charakterisiert, dass sie bestehende Institutionen und politische Verhältnisse kritisieren, also von einer Beheimatung in ihnen abraten, indem sie ihnen eine – so die übliche Behauptung – rational nachvollziehbare Alternative als ‚bessere', als endlich zu erringende ‚neue Heimat' gegenüberstellen.[64] Das wiederum transzendiert oft die in rein irdischer Raumzeitlichkeit mögliche Beheimatung. Zumal die profanen Epiphanien der

58 Zur wirklichkeits- und institutionenkonstruktiven Rolle von ‚Geltungsgeschichten' siehe W. J. Patzelt 2002.
59 Zur Sinnproduktion durch ‚accounting', d.h. die methodisch geschickte Verwendung von Darstellungstechniken, siehe das Kapitel über ethnomethodologische Analyse von Ordnungskonstruktion in diesem Band.
60 K. Joisten 2003, S. 338.
61 K. Joisten 2003, S. 331.
62 So K. Joisten 2003, S. 328.
63 Vgl. A. Lobensommer 2010, S. 102.
64 Vgl. J. Klose 2010, S. 19f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sozialismusutopien liefen darauf hinaus, religiöses Verlangen zugleich emotional zu erfüllen wie auch als ein Verlangen des Glaubens zu verdecken:

„Sie verlegten alles, wofür bis dahin, ‚Gott' und das ‚Jenseits' gestanden hatten, in diese Welt und setzten an deren Stelle Begriffe wie die ‚Vernunft', die ‚Geschichte', die ‚Gesellschaft' oder die ‚Vorsehung', nicht ohne sie freilich mit einem spirituellen oder doch metapolitischen Gehalt auszustatten".[65]

Solche massiven Erlösungs- und Beheimatungsversprechen, attraktiv bis zum Ende des Sozialismus und mitunter darüber hinaus, hatten dann zur Folge, dass viele Menschen den Zusammenbruch des Sozialismus nicht nur als realen Lebensweltverlust, sondern auch noch als metaphysischen Verlust ohne Aussicht auf eine ‚neue Heimat' erlebten.[66] Abgesehen vom Fortbestand der großen Religionen mit ihren (heils-)geschichtlichen Narrationen, scheiterte mit dem Ende des Sozialismus das letzte der großen Deutungssysteme, die den Anspruch erhoben hatten, politikanleitend – und nicht nur analytisch – ein Gesamtbild menschlicher Entwicklung zu zeichnen.[67] Damit aber findet sich auch – im Grunde ein befreiender Schritt – ‚die Geschichte' als Trägerin von Sinn in Frage gestellt:

„Wenn die Historiker heute [...] an der Geschichte zweifeln, so nicht aus technischen oder methodologischen Gründen (als Wissenschaft hat die Geschichte durchaus Fortschritte gemacht), sondern weil sie spüren, wie schwer es geworden ist, die Zeit als intelligibles Prinzip zu begreifen, und vor allem, wie schwierig es ist, ein Identitätsprinzip darin unterzubringen."[68]

In der Tat ist es problematisch, es nicht bei der Suche nach Strukturen und Mustern in der Geschichte zu belassen,[69] sondern die Geschichte auch noch als ‚Trägerin von Sinn' zu betrachten. Eines der dagegen sprechenden Argumente lautet: „Sofern die Lebenswelt konkret-geschichtlich ist, ist sie kein universales Fundament, und insofern sie ein solches ist, ist sie nicht konkret geschichtlich."[70] Geschichte – hier freilich verstanden als Historiographie und nicht als reale Ereignisfolge – beziehe sich dann zwar auf konkrete Anlässe. Doch es gäbe kein „wie es wirklich gewesen ist", sondern (erzählte) Geschichte sei vor allem Projektion und gemeinschaftlicher Konsens über die Vergangenheit. Gerade dahingehend ‚verarbeitete Geschichte' schaffe aber Identität und – über geeignete Narrationen – eben auch reflexive Be-

65 J. Fest 1993, S. 52.
66 J. Klose 2010, S. 20.
67 Vgl. M. Augé 2010, S. 34.
68 M. Augé 2010, S. 34.
69 Hierzu siehe aber W. J. Patzelt 2010.
70 B. Waldenfels 1985, S. 20.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

heimatung. Anders gewendet: In der Erzählung bringt der Erzähler die Deutung seiner Welt hervor und integriert im Akt des Erzählens den Zuhörer.[71] Erzählungen – und zumal heimatstiftende – sind also keine Aufzählungen von Fakten; vielmehr führt der Erzähler ausgewählte Fakten aus seiner Perspektive zu einer neuen Einheit zusammen, misst ihnen Bedeutung bei und integriert sie – so gut wie möglich – in einen *sensus communis*. Die reale, auf diese Weise narrativ funktionalisierte Ereignisgeschichte ist aber im Gegensatz zu derlei ‚Geltungsgeschichten' zentral für die ‚Interpretation von Fakten und Chronologie im Dienst oder zum Wohl der Gemeinschaft'. Auf genau diese Weise bietet in perspektivischer, selektiver und normativer Interpretation erzählte Geschichte Raum und ‚Grund' für Heimat, nämlich: Positives hervorhebend, narrative Alterität verhindernd, Zusammengehörigkeit mitsamt dem Fremden konstruierend.[72]

5. DIE NÄCHSTE SCHICHT DES TRANSZENDENTEN: VON DER GEMEINSCHAFT ZUM PATRIOTISMUS

Beheimatung allein durch Narration, unverknüpft mit einem konkreten Sozialraum, scheint dennoch schwer möglich zu sein. Zwar scheint Heimat aufgrund der Mobilität, Flexibilität und Kommunikativität der modernen Gesellschaft aus ihrer lokalen Verortung gelöst zu sein. Der ganze ‚blaue Planet', die ganze Menschheit ist dann – so wenigstens die Behauptung – unsere Heimat. Wie weit aber können beispielsweise Kommunikationsmedien und soziale Netzwerke im Internet wirklich zur Heimat werden? Braucht es zur Beheimatung nicht auch Netzwerke mit physischer Präsenzkultur? So fragend gelangt man zum *Sozialraum der Gemeinschaft* als unverzichtbarem Ort von Heimat. Deren jenseits subjektiver Empfindungen *sozial* wirklichkeitskonstruktive Rolle beschreibt etwa Robert Spaemann so:

„Mir scheint, dass die Pluralität von Personen mindestens drei Personen erreichen muss, damit die Subjektivität objektiv, dass heißt Person wird. Im Gespräch zu dritt kann jeder jederzeit überwechseln vom Partner zum Gegenstand des Gesprächs. Und er kann selbst wieder Stellung nehmen zu dem, was die beiden anderen über ihn gesagt haben. Jeder aber ist sich bewusst, dass er selbst etwas jenseits dessen ist, was die beiden anderen über ihn meinen. Ich mag mir einbilden, der andere sei nur mein Traum. Ich kann von mir nicht denken, ich sei nur der Traum eines anderen. Dieses Bewusstsein liegt jeder Anerkennung von Wirklichkeit jenseits der Gegenständlichkeit zugrunde."[73]

71 Vgl. K. Joisten 2003, S. 343, wo sich auch die folgende Formulierung findet: „Im Akt des Erzählens gibt er sich selbst Bedeutung, indem er seiner tiefen Erzählung Bedeutung gibt."

72 A. Lobensommer 2010, S. 195.

73 R. Spaemann 2012, S. 3f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In eben dieser Weise ist die reale Gegenwart von Personen notwendig für die Hervorbringung sozialer Wirklichkeit. In rein virtuellen Welten sind nämlich eine Konfrontation mit dem Faktischen sowie konkrete Verantwortungsübernahme in ihm nicht möglich. Somit ist nichts anderes als der heimatliche Sozialraum jener Grund, auf dem sich Halt und Orientierung in existentiellen Krisen finden lassen. Virtuelle Welten mit ihrem Fehlen sozialer Verbindlichkeit können ihn nicht ersetzen. Wie aber sieht dieser Sozialraum aus, und wie weit mag er reichen?

Der Gemeinschaftsbegriff entstand an der Wende zum 20. Jahrhundert, nicht zuletzt aus Kritik an der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Noch bis ins 18. Jahrhundert ist ‚Gemeinschaft' mit ‚Gesellschaft' weitgehend synonym. Erst mit dem immer mehr fühlbaren Gegensatz zwischen der neuen ökonomisch begründeten bürgerlichen Gesellschaft und den innerlichen sozialen Beziehungen in Personenverbünden erhält der Begriff der Gemeinschaft am Ende des 19. Jahrhunderts seine bleibende Prägung. Vor allem Tönnies unterschied folgenreich die *Gemeinschaft* als innig verbundenen Organismus von der *Gesellschaft*, die auf Tausch und Kontrakt beruhe.[74] Entstehung der Moderne meint somit (auch) den Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft, vom Kollektiv zum Individuum.

Ganz offensichtlich vollzog sich dieser Übergang zu Lasten von Beheimatung und Verortung. Das rief verständlicherweise Gegenbewegungen hervor – nicht zuletzt solche, deren Überschießen Vorbehalte gegen den Zusammengehörigkeitstyp der Gemeinschaft überhaupt nach sich zogen. So kulminierte der Gemeinschaftsbegriff alsbald in der Vorstellung von einer Volksgemeinschaft und verband sich darin mit einem antiindividualistischen, normativ-politischen Holismus. Als solcher wurde er in der politischen Rhetorik dann häufig mit Heimat in Verbindung gebracht, ja gleichgesetzt:

„Die Heimat-Metaphysik und Kultur-Ideologie der deutschen neoromantischen Denker tendiert also dazu, das tiefempfundene Problem der ‚entzauberten Moderne' durch eine ästhetische Re-Mythisierung der Welt und eine symbolische Rückgewinnung der kultischen Komponente von Kultur innerhalb einer imaginären ‚geschlossenen' Gemeinschaft zu lösen."[75]

Am Ende der 1920er Jahre war jedenfalls ‚Gemeinschaft' und das mit ihr verkoppelte Heimatkonzept zum motivierenden Gegenbegriff gegen die moderne bürgerliche Ordnung geworden. In unterschiedlichen Akzentuierungen ließ er sich dann sowohl von Nationalsozialisten als auch von Sozialisten vereinnahmen: „Der Individualist hebt die Gesellschaft zugunsten des großen einzelnen, der Sozialist zugunsten der Gemeinschaft auf."[76] Alle derartigen Utopien zielten auf eine als wün-

74 Vgl. F. Tönnies 1991.
75 S. Juterczenka/K. M. Sicks 2011, S. 295.
76 H. Plessner 2001, S. 34.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schenswert hingestellte Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft. Auf diese Weise wurde ‚Heimat' durch die antimodernistische Inanspruchnahme des Gemeinschaftsbegriffs deformiert, wurde einer positiven Sinndeutung von ‚Heimat' die Basis entzogen, und zwar sowohl durch die Blut-und-Boden-Ideologie des Nationalsozialismus als auch durch die Gleichheitsutopie des Sozialismus. Theodor W. Adorno stellte dann einem vom Ansatz her neoromantischen Verständnis von Heimat, das ‚schicksalshaft' Natur mit Kultur verbindet und einen gleichsam mythischen Zugehörigkeitsraum zeichnet, ein Heimatkonzept gegenüber, das als transzendenter Horizont intersubjektiver Erzählungen im Kontext des historischen Zivilisationsprozesses zu begreifen ist.[77] Dieses passt dann wieder zu einer offenen Gesellschaft: Ist die Gesellschaft eine Gemeinschaft von Erzählern und Zuhörern, so ist ‚moderne Heimat' ein Sozialraum, den Kommunikation und Information anfüllen.

Gemeinschaft und Heimat sind freilich zunächst nur Blankettbegriffe – zumal dann, wenn es um Beheimatung in einer Demokratie geht. Es leuchtet ein, dass Heimatbewusstsein, seinerseits eine Voraussetzung für bereitwillige Verantwortungsübernahme, gerade für eine Demokratie nötig ist. Doch zu den tragenden Sinnschichten solcher ‚Beheimatung in der Demokratie' müssen dann noch Republikanismus und Patriotismus kommen.[78] ‚Heimat' ist politischem Handeln nämlich vorgelagert, umschließt es aber noch nicht, und Gemeinsinn ist nur eine Ressource freiheitlicher Politik, doch noch nicht diese selbst. Heimat und auf sie bezogener Gemeinsinn müssen deshalb ihrerseits transzendiert werden, wenn es um die Konstruktion einer freiheitlichen Ordnung geht. Was da als nächste Schicht herangezogen wird, etwa der ‚Verfassungspatriotismus', wird seinen ‚Sitz im Leben' freilich erst dann finden, wenn eine feste Verbindung zur Wirklichkeitsschicht der ‚Heimat' gelingt. Fehlt sie, so tritt der große Mangel offener Gesellschaften zutage, gleichsam der Preis für die in ihnen mögliche Freiheit: Sie vermitteln keinen greifbaren, die Leiden und Ängste der Menschen rechtfertigenden Lebenssinn. Die Institutionen einer Demokratie sind zwar wirksame Mittel zur Ermöglichung von Freiheit, verdanken ihre Stabilität aber weder dieser Funktion noch sich selbst. Hinzukommen muss auch ein Fächer gemeinsamer gesellschaftlicher Überzeugungen, verbreitetes Bewusstsein für Formen und Institutionen, belastbare Vernunft und Weitsicht, ebenso Verlässlichkeit, Mut, Toleranz und Gesetzestreue. Lebensweltlicher Ort all dessen aber ist ‚Heimat', denn was nicht Wurzeln schlägt, hat auch keine. Und deshalb ist es so wichtig, dass die soziale (Re-)Konstruktion von Heimat immer wieder gelingt.

77 Vgl. S. Juterczenka/K. M. Sicks 2011, S. 297.
78 Siehe hierzu auch W. J. Patzelt 2012.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

LITERATUR

Agamben, Giorgio (2001): Kindheit und Geschichte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Améry, Jean (1980): Wie viel Heimat braucht der Mensch? in: ders.: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 74-101.

Améry, Jean (1996): Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. München: Szczesny Verlag.

Augé, Marc (2010): Nicht-Orte. München: Beck.

Belschner, Wilfried/Grubitzsch, Siegfried/Lesczczynski, Christian/Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.) (1995): Wem gehört die Heimat? Beiträge der politischen Psychologie zu einem umstrittenen Phänomen. Hemsbach: Leske + Budrich.

Beutner, Eduard (2008): Allerlei Heimat, in: ders./Rossbacher, Karlheinz (Hrsg.): Ferne Heimat – Nahe Fremde bei Dichtern und Nachdenkern. Würzburg: Verlag Könighausen & Neumann, S. 15-32.

Bloch, Ernst (1959): Prinzip Hoffnung. Berlin: Aufbau-Verlag.

Duden (2006): Das Herkunftswörterbuch: Etymologie der deutschen Sprache. Band 7. 4. Auflage, Mannheim: Bibliographisches Institut.

Fest, Joachim (1993): Die schwierige Freiheit – Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft. Berlin: Siedler.

Greverus, Ina-Maria (1979): Auf der Suche nach Heimat. München: Beck.

Hamel, Oliver (2012): Den Menschen wächst die Welt über den Kopf. Interview mit Judith Behmer, Mitglied der Geschäftsführung des Rheingold Instituts für quantitative Markt- und Medienanalysen, in: „Kieler Nachrichten" vom 6. August 2012.

Heidegger, Martin (2007): Gesamtausgabe II. Abteilung: Vorlesungen 1923-1944. Band 26 „Metaphysische Anfangsgründe der Logik". Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

Joisten, Karen (2003): Philosophie der Heimat – Heimat der Philosophie. Berlin: Akademie Verlag.

Juterczenka, Sünne/Sicks, Kai Marcel (2011): Figurationen der Heimkehr. Die Passage vom Fremden zum Eigenen in Geschichte und Literatur der Neuzeit. Göttingen: Wallstein Verlag.

Klose, Joachim (2010): Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

Klose, Joachim/Oehler, Jochen (Hrsg.) (2008): Gott oder Darwin? Vernünftiges Reden über Schöpfung und Evolution. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.

Köstlin, Konrad/Bausinger, Hermann (Hrsg.) (1980): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur. Neumünster: Karl-Wachholtz-Verlag.

Lobensommer, Andrea (2010): Die Suche nach „Heimat" – Heimatkonzeptionsversuche in Prosatexten zwischen 1989 und 2001. Frankfurt am Main: Peter Lang.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lübbe, Hermann (2006): Moderne Heimat: Über kulturelle und politische Geltungsgewinne eines alten Gutes, in: Mut 464, S. 38-43.

Lübbe, Hermann (2005): Die Zivilisationsökumene – Globalisierung kulturell, technisch und politisch. München: Wilhelm Fink Verlag.

Patzelt, Werner J. (2002): Parlamentarische Geltungsgeschichten, in: Melville, Gert/Vorländer, Hans (Hrsg.): Geltungsgeschichten. Über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen. Köln u.a.: Böhlau, S. 285-318.

Patzelt, Werner J. (2010): Evolutionstheorie als Geschichtstheorie. Ein neuer Ansatz historischer Institutionenforschung, in: Oehler, Jochen (Hrsg.): Der Mensch – Evolution, Natur und Kultur. Beiträge zu unserem heutigen Menschenbild. Heidelberg u.a.: Springer, S. 175-212.

Patzelt, Werner J. (2012): Heimat, Heimatliebe und deutscher Patriotismus, in: Die Politische Meinung 57, Juli/August 2012, S. 9-16.

Plessner, Helmuth (2001): Grenzen der Gemeinschaft – Eine Kritik des sozialen Radikalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Reitz, Edgar (2004): Interview, in: „Die Zeit" vom 16.12.2004.

Safranski, Rüdiger (2003): Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch. München: Carl Hanser Verlag.

Seifert, Manfred (Hrsg.) (2010): Zwischen Emotion und Kalkül – „Heimat" als Argument im Prozess der Moderne. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Scheler, Max (1977): Erkenntnis und Arbeit. Eine Studie über Wert und Grenzen des pragmatischen Motivs in der Erkenntnis der Welt. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

Schlink, Bernhard (2000): Heimat als Utopie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schneider, Martin (2011): Raum – Mensch – Gerechtigkeit. Sozialethische Reflexionen zur Kategorie des Raumes. Paderborn: Ferdinand Schöningh.

Spaemann, Robert (2012): Wirklichkeit als Anthropomorphismus. (Abrufbar unter: http://www.kath-info.de/wirklichkeit.html, letzter Zugriff: 21.11.2012).

Spaemann Robert/Löw, Reinhard (1996): Die Frage Wozu? München: Piper.

Stanford Encyclopedia of Philosophy: Communitarianism. (Abrufbar unter: http://plato.stanford.edu/entries/communitarianism/, letzter Zugriff: 21.11. 2012).

Taylor, Charles (1999): Conditions of an Unforced Consensus on Human Rights, in: Bauer, Joanne/Bell, Daniel A. (Hrsg.): The East Asian Challenge of Human Rights. New York: Cambridge University Press.

Tönnies, Ferdinand (1991): Gemeinschaft und Gesellschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Türcke, Christoph (2006): Heimat. Eine Rehabilitierung. Springe: zu Klampen Verlag.

Uslucan, Haci-Halil (2012): Heimat, Heimweh. Cadenabbia: Unveröffentlichter Vortrag.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vernant, Jean-Pierre (o. J.): Hestia und Hermes. (Abrufbar unter: http://ouroboros-forum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=250%3Adiestadt&catid=45%3Athema-kosmologie&Itemid=70&limitstart=1, letzter Zugriff: 21.11.2012).

Wagner, Richard (2011): Säkulares Katastrophenfieber, in: „Die Tagespost" vom 22.03.2011.

Waldenfels, Bernhard (1985): In den Netzen der Lebenswelt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Waldenfels, Bernhard (2006): Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politische Ordnungskonstruktion und die Natur des Menschen

Zur Rolle von biologischen Unverfügbarkeiten

CHRISTOPH MEISSELBACH

> „Human nature is a phrase so richly overloaded with distracting connotations that we would, if we could, discard it. We cannot, and so we must work with it and even reintroduce a meaning which an unfortunate experimental cultural impoverishment has caused us to forget."
> ROBERT MCSHEA, 1978

1. DIE NATUR DES MENSCHEN UND TRANSZENDENZ

Sowohl sozialwissenschaftliche als auch alltagsweltliche Konflikte funktionieren oft nach einem ähnlichen Muster. Um die eigene Position als richtig zu markieren und die gegnerische als falsch auszuweisen, wird Argument auf Argument, Begründungszusammenhang auf Begründungszusammenhang geschichtet. Mit solchen Bezügen auf höhere Kontexte wird ebenso individuelle Wirklichkeitskonstruktion aufrecht- wie kollektive Ordnungskonstruktion in Geltung gehalten. Gerade bei grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen wissenschaftlichen Schulen, politischen Ideologien oder Religionen gehören *Annahmen zur Natur des Menschen* stets zu den letzten Begründungszusammenhängen. So ist das Menschenbild des Sozialismus ebenso wenig verhandelbar wie das des Liberalismus. Bedingungsloses Grundeinkommen wird ebenso mit menschlicher Natur letztbegründet wie anreizbasierte Arbeitsmarktpolitik. Und der *homo oeconomicus* ist für den Rational-Choice-Forscher ein ‚statisch' (d.h.: argumentativ) so stark bebürdeter Träger seines Denkgebäudes, dass über Sinn und Unsinn dieser Annahme mit ihm in Diskurs zu treten in der Regel schwer möglich ist. Ebenso wird ein methodologischer Kollektivist schwerlich vom Postulat des Menschen als *tabula rasa*, als ‚leere Tafel' oder ‚unbeschriebenes Blatt' abrücken können. Zu folgenreich wäre das Entfernen

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

oder Abschleifen eines so wichtigen Schlusssteins für die intellektuelle Architektur seiner Theorie.[1]

Die ‚Natur des Menschen' zählt also zu den gesellschaftlich und wissenschaftlich wirkmächtigsten sozial konstruierten Letztbegründungen. *Konstruiert* wohlgemerkt, denn in allen Beispielen muss offenbar mindestens eine der beiden einander logisch ausschließenden Positionen empirisch falsch sein – und damit eben auf einen empirisch nicht vorliegenden Sachverhalt verweisen. Es werden also konstruierte Sinnzusammenhänge entwickelt, die entweder auf wissenschaftlichen Evidenzen, auf Erfahrungswerten oder einfach auf Setzungen, jedenfalls aber auf ihren nächsten bzw. letzten Kontexten beruhen.

Der im Rahmen unseres Forschungsprojektes entwickelte Ansatz hilft zu verstehen, welche Funktionen solche Bezüge auf die Natur des Menschen und die *Setzung* dieser (wie auch immer im konkreten Fall konstruierten) Natur als unverfügbar für gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Ordnungen erbringen – und wie solche Bezüge in Geltung gehalten werden. Die forschungsleitende Theorie ermöglicht es aber nicht nur, sozial konstruierte Transzendenzen (und vor allem diskursive Bezugnahmen auf jene) als Variablen zur Erklärung der Konstruktion, Stabilität und Transformation politischer Ordnung heranzuziehen.[2] Sie geht nämlich von einem *zweiwertigen* Transzendenzbegriff aus, bei dem – ganz allgemein gesprochen – das als „transzendent" verstanden wird, was gesellschaftlich unverfügbar *ist* oder als unverfügbar *gilt*.[3]

Einerseits werden eben solche *konstruierten Transzendenzen* erfasst, die Ergebnisse sozialer Wirklichkeitskonstruktion sind und als „Letztbegründungen" fungieren, die also als Schlusssteine von Begründungsketten (wie Ideologien, wissenschaftlichen Theorien u.v.m.) nicht verhandelbar, in Diskursen „der Dispositionsfreiheit des Einzelnen entzogen"[4] und mithin den Diskursteilnehmern unverfügbar sind.[5] Andererseits weist das Modell uns auf eine zweite Sorte von Transzendenzen hin. Solche *inhärenten Transzendenzen* – hier konkret: die Baumaterialien des Körpers (und damit auch unseres Nervensystems) – stellen schon aus biologischen oder gar physikalischen Gründen den letzten Kontext menschlichen Handelns und Denkens dar.[6] Das in der Einleitung vorgestellte Erklärungsmodell zur Stabilisierung

1 Siehe dazu Kapitel 2.

2 Dafür wurde der Transzendenzbegriff von allerlei ideengeschichtlichem und ideologischem Ballast befreit und in ein operationalisierbares Modell überführt, das – wie die empirischen Beiträge in diesem Band zeigen – Relevantes erfasst und erklärbar macht.

3 Siehe den Text zum Transzendenzbegriff von Werner J. Patzelt in diesem Band.

4 H. Vorländer 2011.

5 Von jenen handeln die empirischen Beiträge in diesem Band.

6 Der Begriff der ‚inhärenten Transzendenz' ist dem der ‚biologischen Transzendenz' wegen der größeren Begriffsextension bei gleicher Begriffsintension überlegen. Er umfasst auch chemische und physikalische Unverfügbarkeiten. Im Kontext dieser Arbeit, in der es letztlich nur um die biologischen Grundlagen geht, werden beide Begriffe aber synonym verwendet.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

politischer Ordnungskonstruktionen verortet solche Vorbedingungen sozialen Handelns (und damit auch aller politischen Ordnung) als Hintergrundvariablen, die auf alle anderen Variablen und Kausalbeziehungen einwirken. Auch wurden die beiden Arten von Transzendenz als analytisch zu trennende, empirisch aber wechselwirkende Phänomene beschrieben.

In diesem Text wird nach einer Antwort auf die folgende Frage gesucht: Welche Rolle spielen biologische Vorbedingungen, verstanden als inhärente Transzendenzen, bei der Konstruktion von politischer Ordnung? Es steht folglich auch die metatheoretische Frage im Raum, wie ein der Erforschung von politischer Ordnung zugrunde liegendes Menschenbild aussehen sollte, d.h. welche *anthropologischen Annahmen* forschungsleitend sein sollten. Für die Beantwortung der Forschungsfrage ist es deshalb wichtig, die Wechselwirkungen zwischen konstruierten und inhärenten Transzendenzen zu beleuchten, zu verstehen und für sozialwissenschaftliche Theoriebildung fruchtbar zu modellieren.

Den folgenden Überlegungen liegt die Prämisse zugrunde, dass es solche inhärenten Transzendenzen *gibt*, dass also menschliches Handeln *auf biologischen Grundlagen fußt*. Die Richtigkeit der Grundannahmen der von Charles Darwin entworfenen biologischen Evolutionstheorie wird also vorausgesetzt. Auch wird die Annahme vertreten, dass eine Berücksichtigung der natürlichen Vorbedingungen sozialen Handelns entscheidend zur Verbesserung sozialwissenschaftlicher Theorien beitragen kann. Deshalb wird anthropologischen Erkenntnissen aus den *life sciences*, vor allem aus der Evolutionsbiologie, der Evolutionspsychologie und der Evolutionären Erkenntnistheorie, besondere Beachtung geschenkt.

Im zweiten Teil soll sich aber zuerst der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Anthropologie kritisch genähert werden. So wird auch klarer, welchen Mehrwert naturwissenschaftliche Erkenntnisse für sozialwissenschaftliche Theorien erbringen können. Der dritte Abschnitt dient dann der Gewinnung eines erkenntnisleitenden Modells. Nachdem das Verhältnis von Natur und Kultur allgemein beleuchtet wurde, soll ein Modell des Schichtenbaus sozialer Wirklichkeit eine analytische Perspektive auf die Fragestellung einrasten. Als Kernstück des Textes werden im vierten Kapitel dann empirische Evidenzen aus den *life sciences* vorgestellt und im Hinblick auf die Fragestellung ausgewertet. Das Schlusskapitel dient dem Rückbezug der Ergebnisse auf den größeren Erkenntnisrahmen dieses Bandes.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. ZUR SITUATION DER SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN ANTHROPOLOGIE

Natürlich gibt es konkurrierende sozialwissenschaftliche Menschenbilder aus (für lange Zeiten) guten analytischen und forschungspraktischen Gründen. Denn schließlich ist es die Aufgabe sozialwissenschaftlicher Modellannahmen, die Komplexität der sozialen Wirklichkeit für analytische Zwecke zu reduzieren und erfassbar zu machen. Nicht zuletzt wirken auch schlicht Pfadabhängigkeiten: mehrere ideengeschichtliche Entwicklungsstränge haben eine plurale und subsidiäre Theorielandschaft entstehen lassen, welche die ausdifferenzierte Komplexität heutiger Sozialwissenschaften überhaupt erst möglich gemacht hat.[7]

Grundsätzlich teilt sich fast die gesamte sozialwissenschaftliche Theorielandschaft in zwei methodologische Grundpositionen, die jeweils in enger Verbindung mit basalen anthropologischen Annahmen stehen.[8] Der *methodologische Individualismus*, wie er wegweisend etwa von John Stuart Mill, Jeremy Bentham oder auch Joseph Schumpeter exemplifiziert wurde, geht davon aus, dass sich soziale Phänomene aus dem sozialen Handeln von Individuen ableiten und erklären lassen.[9] Die Erklärungsrichtung verläuft also von der sozialen Mikro- hin zur Makroebene. In solchen Theorien werden Individuen als ökonomisch handelnde Akteure aufgefasst, die auf Basis von rationalen Kosten-/Nutzen-Kalkülen Handlungsentscheidungen treffen. Diese Annahme des *homo oeconomicus*, des rationalen Nutzenmaximierers, ist Grundlage der Rational-Choice-Theorie und dominierte lange Zeit nicht nur die Wirtschaftswissenschaften, sondern auch weite Teile der empirischen Sozialwissenschaften.[10] Dieses ‚Aushängeschild' des methodologischen Individualismus geriet nach anfänglicher Euphorie aber in die Kritik, als sich zeigte, dass das allerorten beobachtete irrationale Verhalten von Menschen durch die stark vereinfachenden anthropologischen Annahmen nicht erfasst werden konnte – jene also offenkundig nicht wahr sein konnten.[11] Nicht nur unzählige Alltagsbeobachtungen, sondern auch viele leicht reproduzierbare wissenschaftliche Experimente haben gezeigt, dass Menschen eben nicht (immer) rationale Entscheidungen treffen.[12] Der methodologische Individualismus leidet damit unter einem substantiellen Problem:

7 Siehe H. Abels 2009, S. 73ff., H. Popitz 2010, S. 21ff., O. Dimbath 2011.
8 Siehe H. Esser 1993, S. 232ff., H. Abels 2009, S. 77f.
9 Kritisch und mit weiteren Literaturhinweisen dazu siehe C. Kroneberg, 2008, S. 224.
10 Zur Rational-Choice-Theorie siehe S. Lindenberg 1985, J. Coleman 1990, H. Esser 1999.
11 Zur Kritik an der Rational-Choice-Theorie siehe D. Green/I. Shapiro 1999 und J. Friedman 1995.
12 Siehe dazu die in Kapitel 4 vorgestellten Befunde, zum Ultimatum- und zum Diktator-Spiel auch M. A. Nowak/K. M. Page/K. Sigmund 2000 und H. Gintis u.a. 2007, S. 608f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

„Auch wenn das Attribut ‚wahr' in einem nicht-naiven Wissenschaftsverständnis natürlich äußerst prekär ist, so ist es doch als *regulative Idee* einer empirisch-analytischen Wissenschaft unabdingbar. Entsprechend kann ein Explanandum nicht als hinreichend erklärt gelten, wenn als Teil der Erklärung eine Handlungstheorie verwendet wird, deren zentrale Annahmen der empirischen Evidenz im Anwendungsfall zu widersprechen scheinen."[13]

Der paradigmatische Gegenentwurf dazu ist der *methodologische Kollektivismus* in der Tradition von Emile Durkheim, Talcott Parsons und Niklas Luhmann. Er steht für die grundlegende Prämisse, dass soziale Makrostrukturen eigenständige Phänomene sind, die eben als *faits sociaux* zu behandeln sind und eigene kausale Wirkung entfalten.[14] Es sollen also soziale Phänomene mit anderen sozialen Phänomenen erklärt werden. Individuen spielen hier nur eine untergeordnete Rolle. Sie werden in soziale Umwelten hineingeboren und durch die Einwirkung vielfältiger ‚sozialer Tatsachen' so sozialisiert und enkulturiert, dass sich ihre Eigenschaften letztlich restlos auf diese kulturellen Einflüsse zurückführen lassen. Diese Annahme eines *homo sociologicus* sieht den Menschen also als *tabula rasa* (‚leere Tafel') bzw. *blank slate* (‚unbeschriebenes Blatt'), dessen Handeln allein gesellschaftlich determiniert ist.[15]

Auch der methodologische Kollektivismus war und ist als „*oversocialized concept of man*"[16] harscher Kritik ausgesetzt. Erstens wird häufig darauf verwiesen, dass „bislang kein einziger allgemeiner Gesetzeszusammenhang auf der Makro-Ebene gefunden wurde".[17] Zweitens mangelt es solchen Erklärungen eben an „Sinn", also an sozialem Handeln – nach Max Weber verstanden als von Individuen sinnhaft vollzogenes Verhalten.[18] Es fehlen konkrete theoretische Annahmen über die Regeln, nach denen sich Menschen in einer spezifischen Situation für die eine und gegen eine andere Handlungsoption entscheiden – und damit (zum Beispiel im Falle von herausgehobenen Führungspersönlichkeiten in militärischer oder politischer Bedrängnis) durchaus gravierende Auswirkungen auf soziale Phänomene zeitigen können.[19]

Die Forschungspraxis hat also gezeigt, dass die jeweiligen anthropologischen Grundannahmen der beiden Paradigmen keinen universellen Geltungsanspruch erheben können. Beide Theorieschulen versuchten, diesem Problem Rechnung zu tragen, indem sie neue Konzepte einführten. Methodologische Individualisten inkor-

13 C. Kroneberg 2008, S. 238, Hervorhebung im Original.
14 C. Kroneberg 2008, S. 225; H. Esser 1993, S. 231ff.
15 S. Pinker 2002, R. Dahrendorf 2006.
16 D. Wrong 1961.
17 C. Kroneberg 2008, S. 224.
18 Vgl. M. Weber 1980, S. 11.
19 Siehe dazu K. Gilgenmann/B. Schweitzer 2006, S. 351; H. Esser 1993, S. 235f., im breiteren Kontext erörtert auch bei D. Tingley 2007.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

porierten Zugeständnisse an die Kollektivisten (wie z.B. das RREEMM-Modell[20] und das Framing-Konzept[21]); und die methodischen Kollektivisten öffneten sich für die Relevanz interdependenten individuellen Verhaltens.[22] Allerdings führte das nicht dazu, dass sich eine theoretische Synthese durchsetzte. Vielmehr wird sich seitdem mit dem Verweis auf die Notwendigkeit von ‚Multiperspektivität' und ‚sparsamen Erklärungen' beholfen, um einerseits die Prämissen der inzwischen sehr elaborierten Theoriegebäude nicht infrage stellen zu müssen, und um andererseits einem fruchtlosen ‚*Methodenstreit*' aus dem Weg zu gehen.[23]

„Sowohl *homo sociologicus* als auch der freie Einzelne sind Teile unserer praktischen Welt und ihres Verständnisses. Die erste Forderung an den Soziologen ist daher die, dass er das Dilemma erkennt und seine Dringlichkeit in keinem Augenblick vergisst. Wer die Melancholie der Unzulänglichkeit einer soziologischen Wissenschaft vom Menschen nicht zu ertragen vermag, sollte dieser Disziplin den Rücken kehren; denn der Dogmatismus der Soziologie ist schlimmer als gar keine Soziologie."[24]

Leider lassen sich beide Theorieschulen auch gar nicht verbinden, ohne fast unweigerlich im Eklektizismus zu enden. Denn beider argumentative Schlusssteine sind nun einmal einander diametral gegenüberstehende Postulate zur Natur des Menschen. Zudem haben sich mit diesen wissenschaftlichen Paradigmen auch weltanschauliche Positionen verbunden: methodologischer Individualismus ist nützlich, um liberale Positionen zu legitimieren, während methodologischer Kollektivismus eher dazu geeignet ist, ein „linkes" Weltbild zu stützen.[25] Zudem entsteht und verfestigt sich wissenschaftlicher (ebenso wie alltäglicher) Konflikt immer wieder entlang von Dichotomien wie Realismus/Idealismus, Natur/Kultur und eben auch Individuum/Gesellschaft. Solche griffigen, zweipoligen Denkfiguren sind anschaulich, kognitiv leicht erfassbar und erfordern eine so klare Positionierung, dass sich entlang dieser Konfliktlinien oft wissenschaftliche Lager und Denkschulen verfestigen.[26] Sachliche Argumente für die Aufrechterhaltung dieses Dualismus sind dies freilich nicht, und derzeit drängen metatheoretische Diskussionen (etwa um den sozialwissenschaftlichen ‚Dauerbrenner' des Mikro-Makro-Problems) durchaus in Richtung einer konstruktiven Verbindung beider Positionen.[27] Nur wurde noch kein beide Positionen ganz konsistent verbindendes Element gefunden – bzw. von der

20 „Resourceful-Restricted-Evaluating-Expecting-Maximizing-Man", siehe S. Lindenberg 1992, S. 8.
21 H. Esser 1999, S. 358.
22 K. Gilgenmann/B. Schweitzer 2006, 351ff.
23 Zu den Wurzeln und der Entwicklung des sog. Methodenstreits siehe M. Louzek 2011.
24 R. Dahrendorf 2006, S. 100.
25 Vgl. M. Zafirovski 2000, S. 567f.
26 Ebd., S. 566.
27 Siehe dazu die Beiträge in J. Greve/A. Schnabel/R. Schützeichel 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sozialwissenschaftlichen Community als gefunden anerkannt, wenngleich etwa die Ethnomethodologie ein solches theoretisches Bindeglied darstellt.[28]

Auffällig ist allerdings, dass in all diesen Diskussionen die eigentliche ‚Natur des Menschen', dessen biologische Ausstattung, keine ernstzunehmende Rolle spielt. Seit Herbert Spencer und George Herbert Mead, die noch sehr offen für die damals revolutionären Erkenntnisse von Charles Darwin waren, ist es – teils aus nachvollziehbaren historischen Gründen, teils als Abgrenzungsreflex gegenüber den Naturwissenschaften – aus der Mode gekommen, die biologischen Vorbedingungen menschlichen Handelns systematisch in die sozialwissenschaftliche Theoriebildung einzubeziehen.[29] Das belegt schon die Tatsache, dass Lehrbücher der Sozialwissenschaft in der Regel über neuere naturwissenschaftliche Erkenntnisse zur Natur des Menschen schweigen, sie zumindest aber nicht systematisch als Arbeitsgrundlage der Disziplin aufarbeiten.[30] Wenn überhaupt, so wird Anthropologie nur (kurz) als ein ideengeschichtlich relevantes Themengebiet behandelt.[31] Das „Lexikon der Politikwissenschaft" von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze führt die Begriffe „Anthropologie" und „Menschenbild" ohnehin nicht.[32]

Diese Situation ist aber nicht (mehr) hinnehmbar.[33] Immerhin wurden mit Darwins „*The Origin of Species*" [34] und spätestens mit der Ausdifferenzierung der modernen, naturwissenschaftlichen Humanwissenschaften (‚*life sciences*') enorme Fortschritte bei der Erforschung der Natur des Menschen gemacht. Inzwischen kann man zum Beispiel messen, welche Hirnregionen bei Entscheidungsprozessen involviert sind. Man kann experimentell testen, wie weit der Mensch etwa ein rationales oder soziales Wesen ist. Auch fördert die Befassung mit unserem evolutionären Erbe sowie mit Spezies, die uns biologisch mehr oder weniger verwandt sind, stichhaltige plausible Erklärungen für individuelles Verhalten und soziales Handeln zutage. Während solche Ergebnisse in der Gesellschaft und vor allem in der Werbe- und Konsumwirtschaft zunehmend Interesse genießen,[35] können sich Soziologen und Politikwissenschaftler nur sehr langsam damit abfinden, dass ihnen ihr einst so

28 Zur Ethnomethodologie siehe W. Patzelt 1987 und seinen Text dazu in diesem Band.

29 Zur Anthropologie von George Herbert Mead siehe prägnant H. Esser 1993, S. 173ff. Zu Herbert Spencers Anthropologie siehe U. Krähnke 2007.

30 Exemplarisch seien angeführt: H. Abels 2001, H. Popitz 2010, O. Dimbath 2011, H. Rattinger 2009, H. Lauth/C. Wagner 2009 und H. Naßmacher 2010. Ausnahmen sind W. Patzelt 2007 und vor allem H. Esser 1999, der den biologischen Grundlagen sozialen Handelns ein eigenes, systematisches Kapitel widmet.

31 Vgl. M. Mols 2009, 34ff.

32 Vgl. D. Nohlen/R. Schultz 2010.

33 Für eine treffende Kondensierung des Problems und den auch hier verfolgten Lösungsweg siehe P. Meyer 1996, S. 200ff.

34 C. Darwin 1859.

35 So wird etwa im ‚*Neuromarketing*' versucht, aus Erkenntnissen zur Natur des Menschen Kapital zu schlagen, und auch PR-Berater nutzen vermehrt Befunde der *life science*s.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hart erkämpfter Gegenstandsbereich – und damit schlimmstenfalls vermeintlich die eigene Existenzberechtigung – scheinbar streitig gemacht wird.[36]

Genau diese naturwissenschaftlichen Erkenntnisse könnten es aber sein, welche die geschilderten methodologischen Engführungen und die damit verknüpften Probleme auflösen könnten. Moderne *life sciences* wie Neurowissenschaften, Evolutionsbiologie, Evolutionäre Erkenntnistheorie und – den Sozialwissenschaften inhaltlich am nächsten stehend – Evolutionspsychologie haben umfangreiches Wissen über die menschliche Natur, über unsere Abstammung und über die sich daraus ergebenden Spezifika unserer Spezies zusammengetragen. Deren Mehrwert für sozialwissenschaftliche Theorien wird am deutlichsten, wenn man sich jene Kritik vor Augen führt, die prominente Vertreter der *life sciences* gegen die sozialwissenschaftliche Anthropologie ins Feld führen. Denn ‚von außen' erscheint vor allem das Gemeinsame von *homo oeconomicus* und *homo sociologicus* kritikwürdig: Das „*standard social science model*" (SSSM) blendet systematisch wichtige biologische Erklärungsfaktoren für menschliches Verhalten aus – und ist deshalb unzulässig reduktionistisch.[37] John Tooby und Leda Cosmides fassen die Prämissen des SSSM wie folgt zusammen:[38]

- Menschliche Gehirne sind unspezifische Universalwerkzeuge zur Informationsverarbeitung.
- Menschen werden von Sozialisation und kulturellem Umfeld ‚programmiert'.
- Deshalb gibt es keinerlei objektive Einschränkungen für die Vielgestaltigkeit von Kulturen über Zeit und Raum.
- Biologie ist deshalb insgesamt relativ unwichtig für die Erklärung menschlichen Verhaltens, sozialen Handelns und sozialer Makrophänomene.

Der derzeitige Kenntnisstand der Evolutionswissenschaften legt aber salomonisch nahe, was intuitiv ohnehin jeder weiß: Dass nämlich sowohl der *homo oeconomicus* als auch der *homo sociologicus* Bestandteile der Natur des Menschen sind – wie es ja auch Ralf Dahrendorf im oben genannten Zitat nahelegt. Beide Menschenbilder lassen sich aber nicht nur mit der zitierten Melancholie gegenüberstellen, sondern mit einem dritten Glied, dem biologischen nämlich, sinnvoll verknüpfen. Auf Basis eines solchen dreigliedrigen Erklärungsmodells sind dann aber wirklich reichhaltige Antworten auf die Frage nach den Gründen für gelingende (oder scheiternde) politische Ordnungskonstruktion möglich. Das soll im Folgenden gezeigt werden.

36 Eine Ausnahme im Bereich der Politikwissenschaft stellt das Feld der ‚*biopolitics*' dar, das aber – sofern unter ihm nicht die politischen Kontroversen um die Gentechnik verstanden werden – seit Jahrzehnten ein vom politikwissenschaftlichen Mainstream weitgehend unbeachtetes oder gar missbilligtes Dasein fristet.

37 Siehe J. Tooby/L. Cosmides 1992 und 1994.

38 Vgl. J. Tooby/L. Cosmides 1992, S. 23ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3. ZUR ROLLE VON BIOLOGISCHEN TRANSZENDENZEN

Zur systematischen Beantwortung der Forschungsfrage nach der Rolle inhärenter Transzendenzen bei der politischen Ordnungskonstruktion braucht es ein Modell der Natur des Menschen, das nicht nur die beiden sozialwissenschaftlich wohl bekanntesten Komponenten der individuellen Rationalität einerseits und der Wirkmacht kultureller Muster andererseits beinhaltet, sondern eben auch biologischen Unverfügbarkeiten Rechnung trägt, die bei der Konstruktion politischer Ordnung eine Rolle spielen (können). Der erste Schritt zu einem so komplexen Modell besteht darin, basale Einsichten aus der Evolutionstheorie einfach zur Kenntnis zu nehmen. Diese lassen sich wie folgt kondensieren:[39]

- Menschen sind das Produkt der biologischen Evolution. Der Algorithmus der Evolution besteht aus drei Mechanismen: Variation, Selektion und Retention.
- *Variation*: Im Zuge der Reproduktion kommt es einerseits zu (zufälligen) Mutationen des Erbguts und andererseits, im Falle der Fortpflanzung zweigeschlechtlicher Spezies, immer wieder zu Rekombinationen des genetischen Materials – und damit zu unterschiedlichen Merkmalen ihrer Träger.
- *Selektion*: Es haben nun jene Entitäten eine höhere Chance, sich zu reproduzieren und ihre Merkmale weiterzugeben, die relativ besser als andere an ihre Umgebung und die sich darin stellenden Probleme angepasst sind.
- *Retention*: Die Varianz der Merkmale verengt sich aufgrund dieser Selektion über Generationen hinweg hin zu einem (vorläufigen) Optimum der Anpassung an die (dynamische) Umwelt. Erfolgreiche Merkmale setzen sich durch.

Evolution ist also kein *struggle for life*, nicht nur ein Wettbewerb um das *survival of the fittest*. Vielmehr ist sie ein Prozess der Lösung von Anpassungsproblemen (‚*adaptive Probleme*'). Ein Problem – zum Beispiel das Beziehen von genügend Nahrung unter sich wandelnden Klimabedingungen – wird eben von einem in dieser Hinsicht zufällig besser an das neue Klima angepassten Individuum ‚besser' gelöst als von anderen. Es hat deshalb auch eine höhere Chance als andere, sich erfolgreich fortzupflanzen und das ‚Spiel der Evolution' eine weitere Runde bzw. Generation lang zu spielen.[40]

39 Siehe L. Workman/W. Reader 2010, S. 31ff., und G. Schurz 2011, S. 131ff.

40 „Besser Probleme lösen" und „sich erfolgreich reproduzieren" beziehen sich hier ausschließlich auf die Logik der Evolution. Besser löst etwa jenes Individuum das Ressourcenproblem, das unter den Bedingungen der Knappheit mehr Nahrung beschafft; erfolgreicher pflanzt sich jenes fort, das mehr reproduktionsfähige Nachkommen hervorbringt. Der hier zugrunde liegende, biologisch begründete Beurteilungsmaßstab ist also ‚Reproduktionserfolg', denn schlussendlich geht es in der Evolution um differentielle Reproduktion, also um Fortbestand.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Heute lebende Spezies haben in der Vergangenheit erfolgreich die sich ihnen stellende adaptiven Problemen gelöst. Sie sind also *nicht zufällig so, wie sie sind*. Sie haben Stoffwechsel, um Nährstoffe aufnehmen zu können. Sie haben sensorische Fähigkeiten, um diese Ressourcen, aber auch Feinde zu erkennen. Und viele haben motorische Fähigkeiten, um sich auf Ersteres zu oder von Letzterem weg zu bewegen. Die Charakteristika ihrer Körper lösen Probleme – bzw. wurden im Laufe der Evolution erfolgreich vererbt, weil sie *in vergangenen Zeiten* Probleme lösten und später zumindest keine andere Problemlösung entscheidend behinderten.[41]

Diese basalen Aussagen der Evolutionstheorie sind heute im seriösen Wissenschaftsbetrieb unwidersprochen. Und doch werden deren Konsequenzen in den Sozialwissenschaften noch nicht systematisch berücksichtigt:

- Menschen sind wie alle anderen Spezies an jenes Habitat angepasst, in dem sie die längste Zeit ihrer Existenz lebten.
- Dieses *environment of evolutionary adaptedness* (EEA) ist die Welt des Pleistozäns, beginnend vor etwa 1,8 Mio. Jahren und endend mit der Neolithischen Revolution vor etwa 12.000 Jahren, mit der sich die menschliche Umwelt immer stärker hin zu einer kulturell geformten wandelte.
- Da aber eine evolutionäre Anpassung in so kurzer Zeit noch kaum Spuren hinterlassen haben kann, ist es plausibel anzunehmen, dass heutige, allen Menschen gemeinsame biologische Merkmale in erster Linie Ergebnis der Anpassung an die Herausforderungen des EEA (und vorgelagerter Zeitalter) sind.[42]

Zudem sind viele dieser Merkmale eben nicht typisch menschlich. So sind zum Beispiel Extremitäten, sensorische Organe und Reflexe einesteils auch in anderen Verzweigungen im *Stammbaum des Lebens* entstanden (‚Analogien', funktional äquivalente Strukturen) und gehen andernteils auf gemeinsame genetische Vorgänger zurück (‚Homologien', artverwandte Strukturen).[43] Dieser Befund erinnert daran, dass sich unsere Spezies kontingent pfadabhängig entlang des evolutionären Erbes aller vorherigen Entwicklungsstufen entwickelt und somit gemeinsame Vorfahren mit allen Säugetieren und auch mit Reptilien, möglicherweise gar mit allem Leben auf diesem Planeten hat. Dass also einige Bauteile unseres Körpers (auch des Gehirns!) etwa denen von Echsen ähneln, ist eine unverfügbare, all unser Hier-und-Jetzt übersteigende und somit transzendente Vorbedingung unserer Existenz.

Bis hierhin wird die Argumentation noch die meisten Sozialwissenschaftler überzeugen können. Schließlich klingt diese Anwendung der biologischen Evoluti-

41 Basale Informationen zum Algorithmus der Evolution finden sich zum Beispiel bei R. Dawkins 1996 und D. Dennett 1997. Die klassische Arbeit ist natürlich C. Darwin 1859.

42 Siehe L. Workman/W. Reader 2010, S. 25, S. Hampton 2010, S. 29-31, desweiteren J. Tooby/L. Cosmides 1990, 1992.

43 G. Schurz 2011, S. 81.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

onstheorie auf die Spezies Mensch noch nicht allzu folgenreich für die eigene Disziplin. Allerdings ist in Rechnung zu stellen, dass eben *alle* physiologischen Eigenschaften heute lebender Menschen auf diese evolutionäre Entwicklung zurückgehen: nicht nur Extremitäten und Stoffwechsel, sondern auch die Struktur des Gehirns, die darin ablaufenden biochemischen Prozesse und unsere daraus resultierenden kognitiven Fähigkeiten. Nicht nur die „Bauweise" der Sinnesorgane, sondern auch der daraus resultierende „Informationsfilter", durch den wir die Welt erfahren, sind unserer Dispositionsfreiheit entzogen.[44] Wir nehmen nur einen kleinen Teil des optischen und akustischen Spektrums wahr; und unser Gehirn interpretiert verschiedene Wellenlängen des Lichts als Farben, ohne dass es diese Farben *als solche* gäbe.[45] Die Art, wie wir Informationen aus unserer Umgebung prozessieren, wie wir denken, Schlussfolgerungen und Entscheidungen treffen, ist also – nicht im jeweiligen Ergebnis unter spezifischen Umständen, aber in der *Bandbreite der Möglichkeiten* – determiniert von unserer biologischen Bauweise: von den Sinnesorganen, der Architektur unseres Gehirns, von Hormonen, Botenstoffen und von vielem mehr. Das ist der argumentative Ausgangspunkt einer theoretischen Würdigung biologischer Transzendenzen im Rahmen einer umfassenden sozialwissenschaftlichen Anthropologie.

3.1 Zum (vermeintlichen) Gegensatz von Natur und Kultur

Die sogenannte *Nature/Nurture-Debatte* ist ein echtes Hindernis auf dem Weg zu einer wirklich holistischen Befassung mit Fragen nach der Natur des Menschen.[46] Jener nicht nur akademisch geführte Diskurs darüber, in welchem Verhältnis Natur und Kultur stehen, erschwert oft eine zielführende Diskussion unter und mit Sozialwissenschaftlern. Ein in vielerlei Hinsicht alles bisher Gesagte infrage stellendes, leider wenig elaboriertes und dennoch verbreitetes Argument lautet in etwa so: ‚Heute, da der Mensch sich seine Lebenswelt selbst geformt hat, seine Umwelt also hauptsächlich aus eigenen Kulturleistungen besteht, sind Reflexionen über das natürliche Erbe hinfällig. Der Mensch hat ja gezeigt, dass er sich kraft seines Geistes aus dem Tierreich und aus der Natur erheben kann. Er ist nicht länger abhängig von natürlichen Restriktionen. Die Ursachen menschlichen Handelns sind deshalb rein kulturelle.'

44 Freilich gibt es inzwischen menschliche Kulturleistungen, die für uns unhörbare Frequenzbereiche und unsichtbare Wellenlängen erfahrbar machen. Das ändert aber nichts daran, dass unsere „Bauweise" dies ohne Werkzeuggebrauch nicht möglich macht.

45 Siehe P. Meyer 1996, S. 200ff., und L. Workman/W. Reader 2010, S. 115-128. Eine Einführung in die Evolutionäre Erkenntnistheorie bietet G. Vollmer 2002.

46 Vgl. E. Voland 2009, S.10f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Diese Position blockiert interdisziplinäres Weiterdenken ebenso, wie das allein auf biologischen Variablen beruhende und somit gleichermaßen reduktionistische Argumentationen tun. Die Nature/Nurture-Debatte bleibt deshalb auch genau so lange fruchtlos, wie Kultur und Natur als einander gegenüberstehende, unvereinbare Alternativen gedacht werden. Diese Perspektive kann in einem argumentativen Dreischritt aufgebrochen werden. Er führt vor, dass eine kulturelle *und* biologische Faktoren einbeziehende Sichtweise weder synkretistisch noch reduktionistisch sein muss, sondern im Gegenteil konsistente Theoriebildung in Aussicht stellt.

- *Natürlich beeinflusst Kultur menschliches Handeln!*
  Die Sozialwissenschaften kennen viele gut bewährte Theorien, die aufzeigen, dass Menschen in kulturelle Umwelten hineinwachsen, soziale Normen erst lernen und dann antizipieren, Anreizstrukturen wahrnehmen – und ihre Entscheidungen dann von alldem abhängig machen. Zudem haben soziale Meso- und Makrostrukturen gut erkennbare emergente Eigenschaften, entwickeln also Eigendynamiken, die sich nicht nur aus der Summe der sie bildenden Entitäten der unteren Ebenen ergeben.[47] So evolvieren Institutionen etwa in einer Weise, die sich nicht mit einer reduktionistischen, genetisch zentrierten biologischen Evolutionstheorie erklären lässt. Auch wissen wir viel über die Wirkung von Staaten, Medien, Normen und vielen weiteren sozialen Phänomenen auf menschliches Handeln. Ganz ohne Zweifel müssen deshalb *kulturelle Muster* (hier: ein Oberbegriff für die Gesamtheit all jener sozialen Meso- und Makrostrukturen) in einem kausalen Modell menschlichen Handelns als eigenständiger Faktor behandelt werden.
- *Die Natur spielt freilich auch eine Rolle!*
  Trotzdem muss dieses Modell die Kreatürlichkeit des Menschen in Rechnung stellen: Biologische Voraussetzungen stecken den Spielraum menschlicher Wahrnehmung, Informationsverarbeitung, Kommunikation und Handlungen ab. Sie bilden eine elementare Voraussetzung für alles Verhalten – und damit für soziale (‚kulturelle') Phänomene auf jenen höheren Ebenen, die zwar eigenständige Effekte haben, aber letztlich im Wege sozialen Handelns konstruiert und stabilisiert werden. Offenbar bildet die genetische Konfiguration der Spezies Mensch das ‚Flussbett' für soziales Handeln: Unser biologisches Erbe, unsere ‚Natur', ermöglicht soziale Phänomene – und begrenzt sie zugleich.
- *Keine Kultur ohne Natur!*
  Letztendlich ist es diese Faustformel, die den Zusammenhang von Natur und Kultur am prägnantesten erfasst. Sie meint nun nicht, dass Kultur nicht auch umgekehrt Einfluss auf die menschliche Natur nehmen kann. Man denke etwa an Geburtenkontrolle und künstliche Befruchtung inklusive PID, an Zivilisati-

47 Zum Konzept der Emergenz siehe auch Kapitel 3.2.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

onskrankheiten und an anthropomorphen Klimawandel, nicht zuletzt auch an Genozid und ethnische Säuberungen. Man denke auch an alle Arten von gesellschaftlich konstruierten Normen, die Anreize für Partnerwahl und Reproduktion prägen. Alle jene Strukturen verbessern die Überlebens- und/oder Fortpflanzungschancen für die Einen und verringern sie für die Anderen – und haben deshalb einen Langzeiteffekt auf den Genpool unserer Spezies. Die treibenden Kräfte und Fähigkeiten, all jene genannten Phänomene hervorzurufen, basieren aber auf evolvierten biologischen Eigenschaften; und die kulturellen Makro-Phänomene, die zu solchen Effekten führen, entfalten ihre Wirkung in Interaktion mit natürlichen Vorbedingungen.

Als Zwischenergebnis sei also festgehalten, dass die Interaktion zwischen Natur und Kultur am besten als eine reziproke aufzufassen ist – mit der ‚Natur' als dem historischen und somit auch ultimat kausalen Ausgangspunkt. Die dichotome Vorstellung zweier sich gegenüberstehender, unabhängig voneinander wirkender Pole scheint hingegen nicht sonderlich erkenntnisträchtig zu sein.

Es ist deshalb notwendig, die Polarisierung der Debatte und die daraus resultierende, sich nicht zuletzt schon im Begriff ‚Nature/Nurture-Debatte' niederschlagende Dichotomisierung des Denkens aufzubrechen. Solange ‚die Natur' und ‚die Kultur' als einander monolithisch gegenüberstehende Antagonismen gedacht werden, bleibt die Debatte der alten Logik eines Gegensatzes von Natur- und Geisteswissenschaften verhaftet. Dergestalt sagt sie viel über die Wirklichkeit des Wissenschaftsbetriebes – und zu wenig über die Beschaffenheit seines empirischen Referenten. In der Wirklichkeit scheinen Natur und Kultur nämlich auf das Engste miteinander verwoben zu sein, einander gegenseitig zu prägen und zu bedingen. Kultur scheint dabei immer wieder – doch nicht immer – passgenau auf biologischen Bedingungen aufzuruhen und dabei als Schicht mit emergenten, aber vom Fundament her *bedingten* Eigenschaften die darunter liegenden Ebenen zu transzendieren – und in der Folge auch zu prägen.[48]

3.2 Der Schichtenbau sozialer Wirklichkeit

Diese Einsichten in das Verhältnis von Natur und Kultur müssen nun in einem präzisen Modell kompiliert werden, das es als theoretische Schnittstelle erlaubt, anth-

48 An der Schnittstelle von Natur und Kultur nehmen auch die in der Einleitung dieses Bandes von Werner Patzelt vorgestellten drei Dimensionen von Transzendenz ganz konkret Gestalt an. Natürliche Vorbedingungen sind nicht einfach Kontexte menschlichen Handelns, sondern eben *unverfügbare Bedingungen*. Das Entstehen von Kultur erwächst dann aus der menschlichen Motivation, *Bestehendes zu übersteigen* und in die Richtung von Zukunftsentwürfen zu verändern. Um so entstehende soziale Strukturen und kulturelle Muster zu legitimieren und in Geltung zu halten, ist wiederum das *hermeneutische Verweisen* auf – wie auch immer geartete – natürliche oder kultürliche Kontexte nötig.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ropologisch relevante Erkenntnisse verschiedener Disziplinen systematisch aufeinander und schließlich auf sozialwissenschaftliche Theorien zu beziehen. Ein solches Modell muss einige Anforderungen erfüllen:

Erstens muss es ganz klar hinsichtlich der Hierarchie und der möglichen Interaktionen der einzelnen Komponenten sein. Es sollte aber – zweitens – gleichzeitig abstrakt genug bleiben, um als theoretischer Bezugsrahmen Raum zu lassen für die präzise Modellierung jener Interaktionen im Falle spezifischer Gegenstandsbereiche. Drittens sollte es mit dem Konzept der Emergenz vereinbar sein.[49] Es muss also der bereits erarbeiteten Vorstellung Rechnung tragen, dass einzelne Entitäten (etwa: Atome, Menschen, Institutionen) miteinander in Beziehung treten und dabei Phänomene auf einer höheren Ebene hervorbringen (also: Moleküle, Kleingruppen, politischen Systeme usw.), deren Eigenschaften nicht einfach von den einzelnen Elementen ‚ererbt', sondern Merkmale *sui generis* sind. Jene ergeben sich aus der Verbindung der Entitäten selbst, aber auch aus den Effekten der Interaktion zwischen ihnen. Ohne dieses Konzept ist es schon in der Sphäre des genuin Naturwissenschaftlichen kaum möglich, die Eigenschaften von Wasser anhand seiner atomaren Zusammensetzung zu erklären,[50] geschweige denn die eines Lebewesens, das doch letztlich ‚nur' aus Kohlenstoff-Verbindungen besteht. Aber auch in der sozialwissenschaftlichen Theoriedebatte wird der Emergentismus zunehmend als Chance gesehen, das Mikro-Makro-Problem in den Griff zu bekommen.[51] Damit einher geht die Anforderung, das hier wichtige (und ohnehin in den Sozialwissenschaften verbreitete) Denken in Ebenen oder „Schichten" systematisch im Modell abbilden zu können.

Mit dem *Schichtenbau sozialer Wirklichkeit* liegt ein solches Modell vor. Es wurde von Rupert Riedl vorgestellt und von Werner Patzelt weiterentwickelt.[52] Das Modell erfasst alle für sozialwissenschaftliche Theorien relevanten Ebenen der Wirklichkeit und bezieht sie aufeinander. Grundannahme des Modells ist einesteils, dass die jeweils niedrigere Ebene Baustoff der nächsthöheren Ebene ist und dass „Merkmale der jeweils unteren Schicht in die jeweils höheren Schichten hinaufreichen, auf den jeweils höheren Schichten aber auch eigentümliche Merkmale nur und gerade dieser Schicht festzustellen sind".[53] Andernteils wird davon ausgegangen, dass prinzipiell zwischen allen Ebenen und in alle Richtungen Wechselwir-

49 Eine kurze Einführung in das Konzept der Emergenz findet sich bei U. Goodenough/T. Deacon 2006, S. 855. Detaillierter sind H. Morowitz 2004 und R. Laughlin 2007. Eine Diskussion im sozialwissenschaftlichen Kontext bietet B. Heintz 2004.

50 Siehe U. Goodenough/T. Deacon 2006, S. 854ff., Voland 2009, S. 23.

51 Einführende Texte mit weiteren Literaturhinweisen sind Hartig-Perschke 2009, S. 11ff. und C. Kroneberg 2009.

52 Vgl. R. Riedl 1985, S. 66ff., W. Patzelt 2007a, S. 46ff. und W. Patzelt 2007b, S. 184f.

53 W. Patzelt 2007, S. 46.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kungen möglich sind. Das Modell gliedert sich dann in acht übereinander liegende Ebenen:[54]

- Die unterste Schicht ist die der *genetisch verankerten Repertoires* von Wahrnehmung, Informationsverarbeitung, Empfindung und Verhaltensoptionen. Hier ist also der Sitz jener „Natur des Menschen", um deren Wirkung auf die anderen Ebenen sozialer Wirklichkeit es geht.
- Die nächsthöhere Ebene besteht aus *kulturspezifischen Wissensbeständen, Deutungsroutinen und Normen*, denen Individuen ausgesetzt sind, und die sie sich teils bewusst, vorrangig aber unbewusst, über Enkulturation und Sozialisation anverwandeln – und die sie zu Teilnehmern einer spezifischen sozialen Wirklichkeit werden lassen (z.B.: religiöse Weltdeutung, politische Ideologien, gesellschaftliche Tabus und Ideen wie Menschenwürde, Naturschutz oder das Auserwähltsein der eigenen Ethnie).[55]
- Auf der dritten Schicht finden sich dann *hier und jetzt lebende Einzelmenschen*, die ganz konkrete soziale Handlungen vollziehen – und die vor allem ihre ganz spezifische Persönlichkeit in Interaktion mit der Umwelt und auf Basis ihrer Gene sowie ihrer Sozialisation ausbilden.[56]
- Mit diesen Persönlichkeitsprofilen prägen Individuen die Beschaffenheit der nächsten Schicht: *Rollen, Rollengefüge und Kleingruppen*. Ebenso wirken enkulturierende, sozialisierende und sozial kontrollierende Kräfte aus diesen sozialen Mikrostrukturen nach ‚unten'. Zudem ist diese soziale Mikroebene Baustoff und Vorbedingungen komplexer sozialer Makrostrukturen.
- Bleiben Rollengefüge dauerhaft stabil aufeinander bezogen, können auf der nächsthöheren Schicht *Organisationen und Institutionen* entstehen; jene sozialen Makrostrukturen also, die sich im Zuge gesellschaftlicher Arbeitsteilung ausdifferenzieren. Sie kommen in der Wirklichkeit sehr vielgestaltig vor: tribale Führungsstrukturen, Gilden, Wirtschaftsunternehmen, Partei(ung)en, moderne politische Institutionen und viele mehr. Sie erscheinen den meisten Individuen unabänderlich und mithin unverfügbar – und wirken so auf vielfältige Weise handlungsleitend.
- Auf der nächsten Schicht finden sich relativ stabile Institutionengefüge in Form von *politischen Systemen* wie etwa der modernen Nationalstaaten, die für alle auf den unteren Schichten liegenden Entitäten auf einem bestimmten Gebiet allgemein verbindliche Entscheidungen produzieren und durchsetzen können.
- Wenn sich politische Systeme zu *supranationalen Systemen* integrieren, bilden auch jene eine eigenständige Schicht sozialer Wirklichkeit, wie etwa am Bei-

54 Siehe ebd.

55 Die Transzendenzrekurse in den in diesem Band untersuchten Diskursen verweisen genau auf diese Ebene.

56 Siehe Kapitel 4.3.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

spiel der EU und deren Relevanz für nationale Diskurse und Gesetze leicht zu sehen ist.[57]

- Die oberste Schicht ist die des *internationalen Systems* und der *transnationalen Beziehungen*. Offenkundig ‚besteht' diese oberste Schicht ebenfalls aus dem „Baustoff" der unteren Schichten, ohne komplett in ihnen aufzugehen. Vielmehr entstehen auch hier emergente Phänomene wie die der globalen Ökonomie oder diverser Sicherheitsdilemmata.

Dieses Modell ist an beiden Enden offen. Während wir oberhalb der internationalen Ebene befindliche Schichten sozialer Wirklichkeit bisher nicht kennen, sind unterhalb der genetischen Ebene angesiedelte, durchaus wirkmächtige Schichten wohlbekannt: molekulare, atomare und subatomare Schichten, deren Behandlung hier aber kaum Mehrwert generieren dürfte und auch nicht zum Aufgabenbereich der Sozialwissenschaften gehört. Allerdings ist es schon so, dass diese biologischen, chemischen und physikalischen Grundlagen die Rahmenbedingungen für die Wirklichkeit ‚darüber' setzen. Es würde wohl kaum jemand behaupten, seine Existenz hänge nicht von Molekülbindungen ab, geschweige denn, er könne eine Existenz ohne diese oder an ihnen vorbei führen.[58]

Dieses Beispiel unterstreicht noch einmal die Prämisse: Die jeweils untere Schicht bildet (kausal, aber auch historisch) die Grundlage, die *inhärent transzendente Vorbedingung* für die jeweils konkrete Ausformung der aufsetzenden Schicht. So wird sich aus spezifischen Einzelindividuen etwa eine so-und-nicht-anders beschaffene Kleingruppe bilden. Gibt es in einer Gesellschaft spezifische, historisch gewachsene Organisations- und Institutionalisierungsformen, wird dies das sich aus der Summe dieser Teile ergebende politische System eben widerspiegeln. Und die Summe der zu einem gegebenen Zeitpunkt existierenden politischen Systeme und Suprasysteme konstituiert eben das sich daraus ergebende internationale System.

Umgekehrt entfalten die einmal entstandenen oberen Schichten auch ihrerseits eigenständige Wirkungen auf die darunter liegenden Ebenen. Existiert nämlich erst einmal ein – als solches auch wahrgenommenes – anarchisches internationales System, prägt das natürlich auch die Anreizstrukturen von Staaten. Genauso entfaltet ein politisches System Kausalwirkung „nach unten", indem es Entscheidungen darüber produziert, welche Institutionen und Regeln sich verstetigen sollen oder gerade nicht, was die Spielregeln der Interaktion von Individuen sind – und ob es zum Bei-

57 Vgl. den Text von Stephan Dreischer in diesem Band.

58 Auch ist – in theologischer Perspektive – durchaus ein Zusammenlaufen des oberen und unteren Endes in einer transzendenten ‚göttlichen' Schicht der Wirklichkeit denkbar. Es besteht zunächst aus naturalistischer Perspektive aber keine Notwendigkeit, auch noch diese Ebene in das Modell zu inkorporieren. Es ist mit der Existenz solcher ‚großen Transzendenzen' aber zweifellos vereinbar (vgl. den Text von Werner J. Patzelt zur Transzendenz politischer Ordnung in diesem Band).

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

spiel erlaubt ist, Stammzellenforschung zu betreiben und so auch die unterste Ebene sozialer Wirklichkeit absichtsvoll zu gestalten.

Das Modell des Schichtenbaus hält also dreierlei fest: Erstens lässt sich soziale Wirklichkeit als *Schichtung* von Ebenen sozialer Wirklichkeit begreifen. Zweitens sind die jeweils unteren Schichten gleichzeitig *transzendente Vorbedingung* und *Baustoff* der (nächst-)höheren Schicht. Drittens können im Grunde alle Schichten miteinander wechselwirken. Für viele der Schichtenbeziehungen haben die Sozialwissenschaften bereits elaborierte Theorien entwickelt. Für uns ist aber besonders interessant, wie die Wechselwirkungen zwischen den „biologischen" und den „kulturellen" Schichten *genau* beschaffen sind. Und dieses Modell liefert dafür eine wichtige grundlegende Einsicht: Jene Ebenen sind nicht nur kontingent pfadabhängige Ergebnisse einer historischen Entwicklung, die auf den unteren Ebenen begann und nach und nach höhere Schichten hervorbrachte, sondern sie sind auch kausale und emergente ‚Produkte' der unteren Ebenen. Der *Möglichkeitsraum* ihrer Ausgestaltung ist damit zunächst festgelegt durch die Spielräume, die sich aus der Beschaffenheit der *unteren* Schichten ergeben. Zwar können höhere Schichten rückwirken, können Menschen auf ihre genetischen Eigenschaften und Staaten auf Menschen Einfluss nehmen. Solche Änderungen, sollen sie Bestand haben, müssen aber immer auf der *untersten betroffenen* Schicht ansetzen. So kann etwa unsere Wahrnehmung auf höheren Ebenen nur technisch erweitert oder verändert werden; das Wahrnehmungssensorium selbst aber kann nur durch Eingriff in biochemische Prozesse umgestaltet werden. Die Funktionsweise und Eigentümlichkeit gerade des letzteren sind gute Beispiele dafür, dass ‚biologische Schichten' uns als *inhärente Transzendenzen* begegnen. Sie bleiben uns Menschen ‚im Hier und Jetzt' unverfügbar und waren unseren Dispositionsmöglichkeiten bis zur Gegenwart ohnehin entzogen. Bei einem – vielleicht auch nur antizipierten – Überschreiten oder Durchbrechen solcher Grenzen (etwa durch Eugenik oder Manipulation des Erbguts) sind gewaltige gesellschaftliche Erschütterungen zu erwarten, die bis hin zur Umstrukturierung kultureller, gesellschaftlicher oder politischer Ordnung reichen können.

4. TRANSZENDENZ, ORDNUNGSKONSTRUKTION UND DIE NATUR DES MENSCHEN

4.1 Annäherung an ein holistisches Modell

Das allgemeine Modell des Schichtenbaus sozialer Wirklichkeit enthält offenkundig alle aus einer nicht-reduktionistischen Perspektive für unsere Fragestellung relevanten Kategorien. Sie in einem kausalen Modell zu kompilieren, muss nun der nächste Schritt sein.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die dabei abhängige Variable findet sich auf der Mikro-Ebene sozialer Wirklichkeit: *Menschliches Verhalten und soziales Handeln* sind zum einen auf der Ebene der Individuen (Verhalten) und zum anderen auf der Schicht der Kleingruppen (soziales Handeln)[59] lokalisiert.

Auf diese wirken nun erstens jene ganz konkreten sozialen Strukturen ein, die auf den höheren Schichten vorzufinden sind und im Folgenden *manifeste kulturelle Muster* genannt werden: Institutionen, Organisationen, politische Systeme und dergleichen mehr. Zweitens haben natürlich all jene kulturspezifischen Deutungsroutinen, Normen und Wissensbestände, denen Individuen von Geburt an permanent ausgesetzt sind, Auswirkungen auf Verhalten und Handeln. Diese *latenten kulturellen Muster* sind als zweite Variable in das Modell einzubeziehen. Und drittens sind es eben jene – hier besonders im Fokus stehenden – *biologischen Vorbedingungen*, die menschliches Verhalten und soziales Handeln prägen.

Die Konstruktion sozialer und politischer Wirklichkeit vollzieht sich, wie in ethnomethodologischer Perspektive deutlich wird, als stets andauernder Prozess von Verhalten und sozialem Handeln in (mehr oder weniger alltäglichen) Einzelsituationen. Soziale Wirklichkeitskonstruktion ist also ein der abhängigen Variable zuzuordnendes Phänomen.[60] Die Hypothese, dass sowohl *konstruierte* Transzendenzen (als Formen latenter und manifester kultureller Muster) als auch *inhärente* Transzendenzen (verstanden als biologische, letztlich aber physikalische Vorbedingungen) politische Ordnung zu stabilisieren helfen, wird also in diesem abstrakten Erklärungsmodell erfasst.

Die zugrunde liegende Annahme der Emergenz gibt nun vor, jeder dieser Variablen einen *unabhängigen Effekt* auf das Explanandum zu unterstellen. Weiterhin ist im Rahmen dieses Modells anzunehmen, dass biologische Vorbedingungen Auswirkungen auf alle anderen Variablen dergestalt haben, dass sie die mögliche Varianz der Phänomene auf höheren Ebenen begrenzen, nicht aber ganz deren spezifische Erscheinungsformen vorbestimmen. Es gibt tatsächlich keinen Grund anzunehmen, dass konkrete Baupläne von Institutionen, konkrete gesellschaftliche Organisationsprinzipien oder gar politische Kulturen und Ideologien genetisch ‚hart codiert'[61] seien, dass also biologische Vorbedingungen einen direkten Effekt auf kulturelle Muster hätten. Dagegen spricht allein schon die große Varianz der genannten Beispiele. Da aber all diese kulturellen Muster von Individuen prozessiert werden müssen, um als soziale Wirklichkeit in Geltung gehalten zu werden (oder

59 Siehe Kapitel 2.2.

60 Vgl. den Text zur Ethnomethodologie von Werner J. Patzelt in diesem Band, weiterführend W. Patzelt 1987.

61 Der Begriff stammt aus der Informatik und gibt an, dass Prozesse nicht dynamisch modelliert sind und somit kontextabhängig ablaufen, sondern im Programmcode ganz detailliert festgeschrieben sind. In der evolutionspsychologischen Literatur wird synonym dazu ‚hard wired' (‚fest verdrahtet') benutzt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

eben nicht), erfolgt deren Verarbeitung über die biologische ‚Hardware' und erlangt jene so stets intervenierenden Einfluss. Und da eben diese Hardware – nämlich Wahrnehmung, Informationsverarbeitung, Emotionen und der Einfluss all dessen auf die Interaktion mit der Umwelt – in der Regel der individuellen und auch kollektiven Dispositionsfreiheit entzogen ist, bildet sie jenes *‚Nadelöhr' sozialer Wirklichkeit*, durch das – auf der Ebene von Individuen – jede Information, jeder Kommunikationsversuch und jede soziale Handlung hindurchmuss, um für das Sozialverhalten der Spezies *homo sapiens* eine Rolle zu spielen. *Biologische Vorbedingungen sind also Transzendenzen par excellence*, die – vermittelt über die Ebene der Individuen – stets einen indirekten Effekt auch auf latente und manifeste kulturelle Muster haben.

All diese Schlussfolgerungen ergeben sich zwingend aus der biologischen Evolutionstheorie, den basalen Erkenntnissen der biologischen Anthropologie und dem Modell des Schichtenbaus der Wirklichkeit. Jeweils bezogen auf konkrete Fragestellung und unter Hinzunahme einschlägiger Fachliteratur aus den beteiligten Disziplinen liefert dieses Modell somit weitreichende Hypothesen, die allesamt empirisch getestet werden können.[62] Auch im Hinblick auf unsere Forschungsfrage wirft es Anschlussfragen auf. Welche inhärenten Transzendenzen sind es genau, die politische Ordnungskonstruktion (mit-)bedingen? Wie funktionieren sie, und in welcher Weise trägt ihre Funktionslogik zur Machbarkeit politischer Ordnung bei? Welche Wechselwirkungen zeitigen sie mit einschlägigen kulturellen Mustern, mit gesellschaftlichen Normen, Religionen, politischen Kulturen? Wie prägen sie entlang von sozialen Makrophänomenen entstehende individuelle Anreizstrukturen? Gibt es biologische Vorbedingungen, welche die Funktionserfüllung von konstruierten Transzendenzen bei der Stabilisierung politischer Ordnung begünstigen?

Auf diese Fragen wird im Folgenden eingegangen, indem exemplarisch aktuelle Befunde der relevanten Disziplinen zusammengetragen werden. Viele ebenfalls wichtige Faktoren müssen allerdings ausgeblendet werden, um das in diesem Rahmen Wesentliche herauszuarbeiten. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, dass hier nur ein Ausschnitt aus der Wirklichkeit der Interaktionen zwischen den genannten Variablen behandelt werden kann. Das ändert aber nichts an der Relevanz der zu präsentierenden empirischen Evidenzen.

Zu betonen ist an dieser Stelle auch, dass es *nicht* darum geht, den Einfluss genetischer *Unterschiede* zwischen Menschen zu beleuchten. Zwar gibt es – radikalkonstruktivistischen Positionen zum Trotz – ganz offensichtliche und zweifellos genetisch begründete Unterschiede zwischen Männern und Frauen, zwischen Blonden und Schwarzhaarigen, zwischen Blau- und Grünäugigen, zwischen Afrikanern und Asiaten. Hier wird aber davon ausgegangen, dass diese Unterschiede im Rah-

62 Siehe Abbildung 3 im Kapitel 5.1.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men unserer Fragestellung von sehr nachrangiger Relevanz sind.[63] Schließlich gleichen sich *alle* Menschen genetisch zu 99,9%.[64] Dabei sind gerade die hier wichtigen menschlichen Eigenschaften – Wahrnehmung, Kognition, Emotionen[65] – über Raum und Zeit hinweg relativ invariant. Der Anspruch bleibt also, ein Modell einer Natur *des* Menschen zu entwerfen, das die *für die gesamte Spezies typischen* Merkmale so abbildet, dass sie sozialwissenschaftliche Wissensbestände flankieren und bereichern, ungeklärte Fragen vielleicht sogar erhellen und manchen anthropologisch begründeten Theoriestreit schlichten oder entscheiden können. Und gleichzeitig erweist sich ganz konkret, was menschlicher Dispositionsfreiheit *entzogen* ist, was also jene inhärent unverfügbaren Elemente der *conditio humana* und damit jene Teile sozialer Wirklichkeit sind, deren Unverfügbarkeit *nicht* sozial konstruiert, sondern kausal und historisch *in der Entwicklungsgeschichte des Menschen begründet* ist. Übrigens ist, entgegen anderslautender Unterstellungen, genau das auch der die Soziobiologie und Evolutionspsychologie dominierende Forschungsansatz: Nicht um genetische Unterschiede geht es diesen Disziplinen, sondern um das evolutionäre Erbe der Spezies Mensch insgesamt.[66]

4.2 Transzendente Universalien und kulturelle Variabilität

Letztlich kommt der Architektur des Gehirns im Zusammenhang mit unserer Fragestellung eine ganz zentrale Bedeutung als inhärente Transzendenz zu. Schließlich prozessiert es alle für Verhalten und soziales Handeln relevanten Informationen und Entscheidungen.

In Evolutionspsychologie und -biologie wird von einer *Modularität des Gehirns* ausgegangen.[67] Danach besteht unser Hirn aus vielen spezialisierten Mechanismen, die jeweils spezifische Lösungen für Anpassungsprobleme darstellen. Es lässt sich evolutionstheoretisch auch gar nicht anders plausibel machen, wie sich ein solch leistungsfähiges und so viel Energie verbrauchendes Organ entwickelt haben sollte, ohne dass ihm von Anfang an eine (oder mehrere) spezifische Aufgabe(n) oder Problemlösung(en) zugekommen wäre(n). Das ist allerdings eine der Vorstellung vom Gehirn als ‚Universalwerkzeug' oder ‚Allzweckwaffe' zuwiderlaufende Per-

63 Zwar würde die Betrachtung der (im Vergleich zu den anderen Beispielen doch tiefer verwurzelten) Unterschiedlichkeit von Männern und Frauen sehr wohl Mehrwert für diese Analyse generieren. Allerdings wird sie hier zunächst vernachlässigt, um den Text nicht mit Perspektiven zu überfrachten, die ethisch brisant sind. Allerdings ist aus biologischer Perspektive die Behauptung, Männer und Frauen seien *nicht* schon genetisch verschieden, absolut nicht haltbar. Vgl. dazu einführend E. Voland 2009, S. 136ff. und L. Workman/W. Reader 2008, S. 58ff., mit weiteren Literaturhinweisen zu den Schlagworten *male competition* und *female selection*.

64 Siehe H. Chial 2008.

65 Zur Universalität von Emotionen siehe P. Ekman/W. Friesen 1971 und P. Ekman 1980.

66 Vgl. E. Voland 2009, S. 2ff.

67 Vgl. L. Workman/W. Reader 2008, S. 21f., S. Hampton 2010, S. 33f.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

spektive. Und so sind die von Tooby und Cosmides aufgestellten fünf Prinzipien zur Verbindung von Modularität und evolutionärer Adaption auch als eine anthropologische Gegenposition zum SSSM zu verstehen:[68]

- Das Gehirn ist ein physisches System, das wie ein Computer arbeitet. Es erbringt für den Organismus die Funktion, den jeweiligen Umständen angemessenes Verhalten zu produzieren.
- Es wurde und wird im Lauf der Evolution geformt und ist somit dafür optimiert, Probleme zu lösen, denen Menschen und deren Vorfahren ausgesetzt waren.
- „Consciousness is only the tip of the iceberg“:[69] Ein großer Teil der neuralen Prozesse läuft unterhalb der Ebene des Bewusstseins ab.[70]
- Verschiedene neurale Schaltkreise (die allerdings nicht notwendigerweise auch räumlich getrennt im Hirn aufzufinden sein müssen) sind spezialisiert auf die Lösung verschiedener adaptiver Probleme.
- Diese Problemlösungsmechanismen sind angepasst an die Herausforderungen, denen sich Menschen in Jäger- und Sammler-Gesellschaften des Pleistozäns stellen mussten – eben an das *environment of evolutionary adaptedness*.[71]

Natürlich ist das Gehirn nicht nur ein ‚Sammelsurium‘ voneinander unabhängiger Module. Vielmehr sind jene in vielfältiger Weise miteinander verschaltet. Einige von ihnen sind *Meta-Module*, die basale Schaltkreise verbinden und so emergente Funktionen hervorbringen. Auch das Gehirn ist anatomisch und funktional in Ebenen aufgebaut, die sich im Laufe der Zeit pfadabhängig übereinander geschichtet haben.[72]

68 Siehe L. Workman/W. Reader 2008, S. 22, im Original bei J. Tooby/L. Cosmides 1997. Siehe auch Kapitel 2.

69 L. Workman/W. Reader 2008, S. 22.

70 Unsere bewusste Wahrnehmung führt uns also in die Irre, indem sie den Eindruck erweckt, Menschen gelänge auch sehr komplexe Informationsverarbeitung ganz „mühelos“. Immer wieder scheiternde Versuche, künstliche Intelligenz zu erzeugen oder wenigstens zu simulieren, zeigen vielmehr, dass dem gerade nicht so ist. Denn die unterbewusst ablaufenden Prozesse der Informationsaufnahme, -filterung und -aufarbeitung sind überaus komplex und noch längst nicht restlos verstanden.

71 Zum EEA siehe Kapitel 3.

72 So wird das für basale Prozesse wie Atmung, Herzschlag und Reflexe zuständige Stammhirn auch „Reptilienhirn“ genannt, weil es entwicklungsgeschichtlich so alt ist, dass es auf gemeinsame Vorfahren mit Echsen zurückgeht: etwa 500 Millionen Jahre. Darüber schichtete sich vor etwa 200 bis 300 Millionen Jahren das limbische System, das zum Beispiel für Emotionen, Lernen und Gedächtnis zuständig ist. Erst das nur 50 Millionen Jahre alte Großhirn, das ‚Denkhirn‘, macht dann – in Verbindung mit den anderen Teilen – jene komplexen kognitiven Leistungen möglich, die uns subjektiv so ‚natürlich‘ erscheinen. Zu Aufbau und Entwicklung des Gehirns siehe einführend und mit weiteren Literaturhinweisen M. Pritzel/M. Brand/H. Markowitsch 2009.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

All diese Argumente sprechen nun augenscheinlich dafür, dass es einen großen Fundus inhärenter Transzendenzen gibt, die unserer gesamten Spezies im Hier und Jetzt vorgegeben sind. Zeigen aber nicht Erfahrung und wissenschaftliche Evidenzen, dass Menschen und kulturelle Muster so verschieden sind, dass von angeborenen neuralen oder gar psychischen Vorbedingungen politischer Ordnungskonstruktion zu sprechen absurd wäre oder keine konkrete Bedeutung hätte? Zeigt nicht eben die Varianz an Charakteren und Persönlichkeiten, an Kulturen, Religionen, ethischen Kodizes und institutionellen Ausgestaltungsmöglichkeiten, dass *nichts sozialwissenschaftlich Relevantes* angeboren sein kann?

Die Auflösung dieses scheinbaren Widerspruchs zwischen zwingender evolutionstheoretischer Plausibilität sowie genetischer Evidenz für universelle menschliche Eigenschaften einerseits und der Empirie der Unterschiedlichkeit andererseits lässt sich nicht sinnvoll vorantreiben, wenn in einander ausschließenden Kategorien *angeborener* und *erworbener* Eigenschaften gedacht wird.[73] Wie bereits gezeigt wurde, liegt die Lösung darin, die intellektuelle Aufmerksamkeit nicht auf einen Gegensatz zu fokussieren.[74] Viel fruchtbringender ist es, solch antagonistisches Denken aufzugeben und zu erkennen, wie Gene und Umwelt miteinander *wechselwirken*. Mindestens drei Arten von Wechselwirkungen sind dabei zu unterscheiden.

Erstens ist uns eben tatsächlich vieles angeboren und damit auf biologischer Ebene zunächst ganz ohne Wenn und Aber unverfügbar. Viele Beispiele wurden schon genannt. Wir hängen von unserer Wahrnehmung und von körperlichen Restriktionen ab. Der Notwendigkeit der Nährstoffaufnahme kann man sich ebenso wenig entziehen wie der starken audiovisuellen Fokussierung unserer Wahrnehmung und deren zusätzlicher Limitierung auf gewisse Ausschnitte des jeweiligen Wellenspektrums.[75] Solche inhärenten Transzendenzen sind ‚hart kodiert' und unausweichlich. Zwar können wir Infrarotlicht inzwischen sichtbar machen – aber nur, indem es technisch in für menschliche Augen wahrnehmbare Wellenlängen ‚übersetzt' wird. Allerdings machen uns solche Einschränkungen nicht schon zu ‚Mängelwesen':[76] Es war genau diese sensorische Fokussierung evolutionär sehr erfolgreich. Schließlich honoriert der Prozess der Evolution jene Individuen, die besser als andere Probleme lösen – und folglich wahrnehmen können. Neben solchen hart kodierten Input-Restriktionen gibt es zudem auf der Output-Seite *geschlossene Verhaltensprogramme* wie Panikreaktionen und Fluchtreflexe, deren Ablaufen unserem individuellen Einfluss entzogen und deren evolutionäre Sinnhaftigkeit ganz offensichtlich ist.[77]

73 Vgl. L. Workman/W. Reader 2008, S. 112ff., E. Voland 2009, S. 10ff.
74 Siehe zum Verhältnis von Natur und Kultur Kapitel 3.1.
75 Zu den menschlichen Erkenntnisgrenzen siehe Kapitel 3.
76 A. Gehlen 1997.
77 E. Mayr 1974.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zweitens sind aber viele menschliche Eigenschaften gerade nicht hart kodiert. Menschliches Denken, Verhalten oder gar soziales Handeln sind keinesfalls zum Zeitpunkt der Geburt genetisch vollständig determiniert. Aber das Wirken inhärenter Transzendenzen in Form von ‚*offenen Verhaltensprogrammen*' erlaubt nur eine *spezifische Varianz* vieler psychischer und sozialer Charakteristiken.[78] So fallen einige der wichtigsten ‚Entscheidungen' in der Entwicklung von Menschen ganz unbewusst zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der kindlichen Entwicklung. Die *Attachment-Theorie* zeigt, dass Kinder abhängig vom Verhalten der Eltern unterschiedliche Strategien entwickeln, deren Aufmerksamkeit zu erlangen. Unter der Annahme des methodischen Kollektivismus, dass menschliches Verhalten nur von Kultur abhängt, und den Fakt ernst nehmend, dass alle Kinder unter ganz spezifischen Bedingungen aufwachsen, müsste deshalb eine riesige Menge unterschiedlicher Verhaltensstrategien zu beobachten sein. Jay Belsky fand aber derer nur drei.[79] Es ist weiterhin bekannt, dass diese *Attachment-Typen* (neben anderen Faktoren) großen Einfluss auf die Entwicklung der späteren Persönlichkeitsstrukturen haben.[80] Das spricht sehr für die Existenz von flexiblen Verhaltensprogrammen: Individuelle menschliche Entwicklung läuft hochgradig umweltsensitiv ab, bleibt dabei aber in genetisch angelegten Bahnen.

Welche Persönlichkeit ein Mensch im Erwachsenenalter haben wird, ist also in keiner Weise zum Zeitpunkt seiner Geburt bereits entschieden. Das Gegenteil ist der Fall: Zwillingsstudien zeigen, dass sich eineiige Zwillinge in verschiedenen Umgebungen sehr unterschiedlich entwickeln können, während genetisch nicht verwandte Adoptivgeschwister unter ähnlichen Bedingungen auch sehr ähnliche Merkmale entwickeln.[81] Ganz offensichtlich ist die gesamte Persönlichkeit eines Individuums also sehr stark von Umwelteinflüssen abhängig. Die Befunde der differentiellen Psychologie zeigen aber, dass auch die relativ geringe Spannweite möglicher Persönlichkeitsmerkmale in krassem Gegensatz zur großen Varianz der Umwelteinflüsse steht. Im Großen und Ganzen hat man sich auf fünf bis acht Dimensionen geeinigt, um Persönlichkeiten sinnvoll zu klassifizieren.[82] Die jeweilige Gewichtung und Konstellation dieser Dimensionen weist zwar aufgrund der hochspezifischen Umweltbedingungen jedes Einzelmenschen eine riesige Varianz zwischen den Individuen auf. Dieser Befund darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass sich Persönlichkeiten eben durchaus entlang dieser Dimensionen typisieren lassen – und dass diese Typen sich jeweils funktional zumindest auf ähnliche Ursachen in

78 Ebd.
79 Siehe L. Workman/W. Reader 2008, S. 152ff., klassisch dazu J. Belsky 1997.
80 Siehe J. Bowlby 1951 und 1969.
81 Siehe L. Workman/W. Reader 2008, S. 161ff., basierend auf J. Harris 1995 und 1998.
82 Vgl. J. Asendorpf 2005, S. 151ff. und P. Fiedler 2007, 79ff. und 100ff.; zu den evolutionspsychologischen Hintergründen siehe L. Workman/W. Reader 2008, S. 363ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Persönlichkeitsentwicklung zurückführen lassen.[83] All das spricht, zusammengenommen, sehr dafür, dass inhärent transzendente, doch offene Verhaltensprogramme eine angebbare Menge von Entwicklungsoptionen zur Verfügung stellen, aus denen auf Basis von Umweltinformationen ausgewählt wird.[84]

Diese Auswahl erfolgt im Wege der *Prägung menschlichen Verhaltens*. Entlang spezifischer Umweltinformationen, die auch biologisch bedingt ganz selektiv wahrgenommen werden (wie etwa Sprache, Gesichtsausdrücke, elterliches Bindungsverhalten, Signale von Belohnung und Bestrafung uvm.), entwickeln sich Persönlichkeitsmerkmale, Weltdeutungsroutinen und individuelle Fähigkeiten. Solche Prozesse sind dem betroffenen Individuum schon deshalb unverfügbar, weil sie in sehr frühen Phasen seiner Entwicklung ablaufen. Auch ein planvolles Prägen durch Eltern, Erzieher und Lehrer ist nur sehr eingeschränkt möglich, weil viele der relevanten Trigger auch von ihnen nicht bewusst prozessiert werden. In der Summe senden also einerseits psychologische Charakteristika von Bezugspersonen und andererseits kulturelle Muster sowie natürliche Zusammenhänge, in die all das eingebettet ist, in der frühen Kindheitsentwicklung Signale, die im Zuge einer genotypisch fixierten *gerichteten Entwicklung* entscheidende Impulse für eine phänotypisch ganz individuelle Entwicklung liefern.[85] Hier liegt offenkundig die theoretische Schnittstelle zum methodologischen Kollektivismus. Denn tatsächlich lernen Kinder entlang von Informationen aus der (heute eben vorrangig kulturellen) Umwelt, welche der möglichen Verhaltensstrategien angemessen scheinen. *Welche* aber zur Wahl stehen und *wie* die Auswahl getroffen wird, bleibt aufgrund der genetischen Kodierung inhärent unverfügbar.

Viele solcher *transzendenten verhaltenssteuernden Mechanismen* sind – drittens – sogar situativ höchst sensitiv gegenüber Umwelteinflüssen. Sogenannte *konditionale Strategien* sind „evolvierte Regelsammlung[en], die festleg[en], mit welcher Wahrscheinlichkeit welches Verhalten unter welchen Bedingungen gezeigt wird."[86] Sie funktionieren nach folgendem Muster: ‚Wenn Du in der Umwelt mehr X als Y vorfindest, tue mehr A als B – und umgekehrt'. Die grundlegende Funktionslogik ist stets die gleiche: „Wir haben es [...] mit strategischer Flexibilität zu tun. Ändern

83 Siehe S. Freud 1924, P. Miller 2009.

84 Ein weiteres ebenso basal wichtiges wie instruktives Beispiel ist das des Spracherwerbs. Während die Muttersprache von gesunden Kindern ganz leicht und spielerisch verinnerlicht wird, erweist sich das Lernen von Fremdsprachen schon in späteren Kindertagen als herausforderndes und strapaziöses Unterfangen. Übrigens wird all das wiederum erst von einer hart kodierten, inhärenten Transzendenz ermöglicht: der physiologischen Fähigkeit derart differenzierter Lautbildung. Ähnliches gilt für die Entwicklung von Religiosität; siehe hierzu W. Schiefenhövel/E. Voland 2009.

85 Unter dem *Genotyp* versteht man den genetischen Bauplan eines Organismus (also etwa: eines Säugetiers der Spezies Mensch). Hingegen ist der *Phänotyp* dessen ganz konkrete, unter spezifischen Umweltbedingungen und Lebenserfahrungen zustande gekommene Ausprägung in einem Individuum.

86 E. Voland 2009, S. 11.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich die Bedingungen, ändert sich das Verhalten – jedoch nicht im Sinne einer kontingenten Zufälligkeit, sondern nach biologisch evolvierten Regeln."[87] Hier wiederum liegt die theoretische Schnittstelle zum methodologischen Individualismus. Jene ist allerdings – nicht zuletzt durch die Arbeiten auf dem Feld der Verhaltensökonomie – schon viel besser kultiviert, als die zwischen den *life sciences* und den methodologischen Kollektivisten.[88]

Da psychologische und kulturelle Unterschiedlichkeit für unsere Fragestellung nicht von vorrangiger Relevanz sind, wird es im Folgenden vor allem um ganz hart kodierte, geschlossene Verhaltensprogramme und um ebensolche konditionalen Strategien gehen. Für Beispiele und Belege sei deshalb auf die nächsten Abschnitte verwiesen. Es sollte aber auch klar geworden sein, wie inhärente Transzendenzen kulturelle Phänomene einesteils bedingen und andernteils von ihnen geprägt werden, also: warum Menschen trotz – oder gerade wegen – einer gemeinsamen Natur eine so unüberschaubare kulturelle Vielfalt (re)produzieren konnten und können.

„Eine im Kern selbe ‚menschliche Natur' kann sich phänotypisch äußerst variabel präsentieren. Kulturelle Variabilität zu studieren, bedeutet unter evolutionärer Perspektive, die adaptive Funktionslogik der verhaltenssteuernden Prozesse zu studieren. Im Unterschied zu evolutionär agnostischen Ansätzen, die kulturelle Vielfalt als etwas im Zuge historischer Kontingenzen zufällig Entstandenes interpretieren, verstehen Soziobiologen kulturelle Unterschiede u.a. als entstanden durch adaptive Lösungen des biologisch evolvierten Gehirns vor dem Hintergrund ökologisch und historisch besonderer Anpassungsprobleme. Hinter der Idee von der menschlichen Natur steckt zwar letztlich eine genetische Theorie menschlichen Verhaltens, gleichwohl lässt diese viel Raum für die Möglichkeit, kulturelle Unterschiede ohne die Annahme genetischer Unterschiede interpretieren zu können."[89]

Menschliche Eigenschaften sind eben nicht *einerseits* erworben und *andererseits* ererbt. Sie sind vielmehr die Resultanten von *Gen-Umwelt-Beziehungen*. Ganz offenkundig haben kulturelle Arrangements großen Einfluss auf die Prägung von Menschen. Dass, wie und wann sie geprägt werden, ist aber inhärent transzendent. Nicht biologisch determiniert ist zwar das *Verhalten* des Individuums selbst, vollkommen determiniert aber die *Spannweite* seiner möglichen Verhaltensweisen.

4.3 Die natürlichen Vorbedingungen politischer Ordnung

Nachdem nun die Wechselbeziehungen von kulturellen und biologischen Faktoren abstrakt beschrieben wurden, sollen im nächsten Schritt einschlägige Befunde aus

87 Ebd.
88 Siehe dazu einführend E. Voland 2009, S. 23f. und einschlägige Literatur aus der Verhaltensökonomik, zum Beispiel N. Wilkinson 2007.
89 E. Voland 2009, S. 22.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den *life sciences* herangezogen werden, um konkret zu zeigen, wie solche Interaktionen ordnungskonstruktiv wirksam werden. Anspruch auf Vollständigkeit wird dabei natürlich nicht erhoben. Um aber keine aus politikwissenschaftlicher Sicht ganz zentralen Phänomenbereiche auszuklammern, soll eine ebenso allgemeine wie allgemein akzeptierte Definition von Politik die Analyse leiten. Sie lenkt unsere Aufmerksamkeit auf jene Themenbereiche, die für die Konstruktion politischer Ordnung besonders wichtig sind.

„Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen (d.h. von ‚allgemeiner Verbindlichkeit') in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt."[90]

Allgemeine Verbindlichkeit als Ziel von Politik zeigt einerseits an, dass das Aufstellen und Befolgen von Regeln das zentrale Element politischer Ordnung ist. Naturwissenschaftliche Befunde zu Regelbefolgung und -verstößen sind in diesem Zusammenhang also hochinteressant. Zudem geht es bei diesen allgemeinen Regeln immer auch um *Ressourcenverteilung* und um die Produktion und Aufrechterhaltung von *öffentlichen Gütern*. Aktuelle Experimente mit spieltheoretischem und evolutionsbiologischem Hintergrund halten dazu spannende Ergebnisse bereit. Auch werden Erkenntnisse darüber höchst einschlägig sein, welchen biologischen Vorbedingungen *Integration und Abgrenzung* in und zwischen Gruppen unterliegen. Wie sich zeigen wird, spielen – anders als von den Sozialwissenschaften bisher angenommen – *Intuitionen und Emotionen* bei alldem eine wichtige Rolle.

4.3.1 Devianz und Trittbrettfahrer-Erkennung

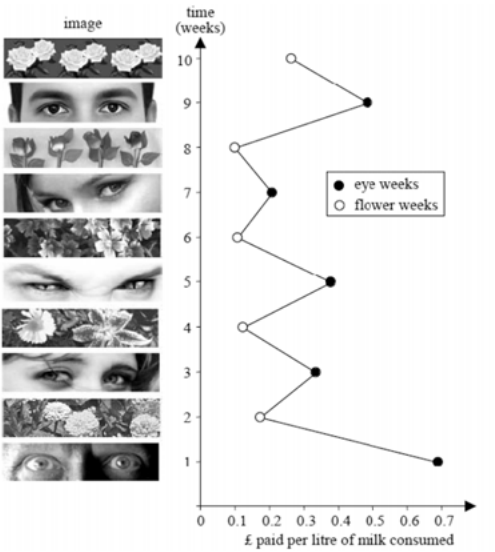
An einem Institut der Universität von Newcastle wurde im Jahr 2006 folgender Versuch gemacht:[91] Bereits seit Jahren gab es in der dortigen Teeküche eine Kasse des Vertrauens; Informationen zu den Preisen für Kaffee, Tee und Milch waren gut sichtbar angebracht und wurden auch halbjährlich über eine Rundmail allgemein bekannt gemacht. Dieses Szenario blieb für die Dauer des Versuchs unverändert. Die Teeküche war so eingerichtet und platziert, dass sich deren Besucher absolut unbeobachtet und damit auch frei vom Einfluss Dritter bei der Entscheidung darüber fühlen konnten, ob sie bezahlen wollten (‚kooperieren') oder nicht (‚defektieren'). Jeder durstige Mitarbeiter konnte also frei von zu erwartenden Sanktionen wählen, ob er seinen Beitrag zum Kollektivgut „Teeküche" leisten oder von ihm profitieren wollte, ohne die Kosten für dessen Aufrechterhaltung mitzutragen.[92]

90 W. Patzelt 2007a, S. 22.
91 Die folgende Schilderung basiert auf M. Bateson/D. Nettle/G. Roberts 2006.
92 Zu Kollektivgütern, Trittbrettfahrern und den Dilemmata kollektiven Handelns allgemein siehe E. Ostrom 1999 und M. Olson 2004.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das Setting bildete also das klassische ‚*Trittbrettfahrerproblem*'[93] mit einem entscheidenden Akzent ab: Während der zweimonatigen Versuchsphase wurde wöchentlich ein anderes Poster in diese Küche gehängt, und zwar jeweils abwechselnd mit neutralen Blumen-Motiven und einem Bild Augenpaaren, die den Betrachter genau ansahen. Nach jeder Woche machten die Wissenschaftler Kassensturz und setzten das bezahlte Geld ins Verhältnis zur Menge der verbrauchten Milch, die Briten ja sowohl mit Tee als auch mit Kaffee kombinieren. Die in Abb. 1 visualisierten Ergebnisse sprechen für sich: Das ‚Gefühl', beobachtet zu werden, erhöhte die Bereitschaft zur Kooperation. Dieses ‚Gefühl' basierte *gerade nicht* auf bewusst prozessierten Informationen, denn ‚rational betrachtet' hatte sich die Anreizstruktur zwischen Blumen- und Augen-Wochen ja nicht geändert. Dieser sogenannte *Observer-Effekt* wurde in vielen anderen Studien reproduziert und gilt inzwischen als robuster, von automatischen und unterbewussten psychologischen Prozessen produzierter Effekt.[94]

Abbildung 1: Der Observer-Effekt



Quelle: M. Bateson/D. Nettle/G. Roberts 2006, S. 413.

Offenbar verfügen Menschen über das Kooperationsverhalten steuernde, inhärent transzendente konditionale Strategien, die dem menschlichen Bewusstsein, der rationalen Dispositionsfreiheit entzogen sind. Diese Strategien arbeiten mit ‚quasi-rationalen' Entscheidungsregeln von der Art: „Verhalte Dich nicht unkooperativ, wenn Du dabei beobachtet wirst!" (vulgo: „Lass Dich beim Betrügen nicht erwischen!"). Sie wirken *handlungsleitend*, obwohl sie auf Informationen basieren, die *vorbewusst* (und damit nicht ‚rational' im eigentlichen Sinne des Wortes) prozessiert werden. Sie produzieren trotzdem für das Individuum nur genau solange vernünftiges Verhalten, wie sie in eine ‚natürliche' Umgebung eingebettet sind. Dysfunktional im Sinne irrationaler Ergebnisse werden diese unterbewussten Entscheidungsregeln erst, wenn

93 Vgl. ebd.

94 Zu den Ergebnissen von Replikationsstudien siehe M. Ernest-Jones/D. Nettle/M. Bateson 2011. Auch bei K. Tane/M. Takezawa 2011 findet sich eine Übersicht. Zudem fanden sie heraus, dass der Observer-Effekt bei Dunkelheit abnimmt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sie auf Kulturphänomene wie Fotos treffen, auf die sie nicht angelegt sind. Die Tiefenstrukturen unseres Gehirns prozessieren die Abbildungen, solchermaßen ‚getäuscht', als Hinweise auf ‚echte Beobachter'.

Dieser irrationale Effekt wird kulturell schon lange ausgebeutet. Ob Totempfähle, das ‚Auge der Vorsehung' oder der ‚Große Bruder' in Orwells ‚1984': In Kunst und Kultur, aber auch in der Sphäre handfester Realpolitik wird der Observer-Effekt genutzt, um Menschen von deviantem Verhalten abzuhalten,[95] wird also auch unter (oft ebenfalls vorreflexiver, zumindest aber vorwissenschaftlicher) Ausnutzung einer inhärenten Transzendenz Ordnung stabilisiert.

Solcherlei Anwendungsbeispiele des Observer-Effekts lassen erkennen, dass dem Wunsch, sich nicht erwischen zu lassen, das Bedürfnis gegenübersteht, Trittbrettfahrer zu erkennen und zu sanktionieren. Der Grund dafür ist ein unterbewusst arbeitendes *Betrüger-Entdeckungs-Modul*, das wir in Grundzügen mit vielen anderen Spezies teilen: „Betrüger zu entlarven, gelingt uns leichter, als logisch zu denken, und ein differenziertes sozio-emotionales Gegenseitigkeitsempfinden gehört zu unserer evolvierten psychischen Grundausstattung."[96] Auch erinnern wir dank eines experimentell nachgewiesenen *attention bias* Regelbrecher leichter als andere Personen.[97] Dies ist somit allem Anschein nach ein wirklich hart kodiertes Merkmal unserer Kognition.

Erst wenn beide inhärenten Transzendenzen – Betrüger-Erkennung und Angst genau davor – ineinandergreifen, wird freilich deren immense ordnungskonstruktive Kraft wirksam. Dann nämlich kann davon ausgegangen werden, dass in Geltung befindliche Regelwerke antizipiert und dadurch reproduziert werden, dass Abweichler damit rechnen müssen, erkannt und sanktioniert zu werden – was diese deshalb tunlichst vermeiden. Und genau das ist es, was die den Texten dieses Bandes zugrunde liegende Theorie der Ethnomethodologie erwarten lässt – und eben auch in empirischen Studien auffindbar ist.[98] Genau dieser Mechanismus ist ebenfalls der Quell der Vorauswirkung von Macht, die so manche verhaltenssteuernde Antizipationsschleife entfaltet.[99] Ganz offensichtlich bedarf es dafür nicht unbedingt bewusst-rationaler Informationsverarbeitung. Den handelnden Individuen *unverfügbare biologische Vorbedingungen* sorgen dafür, dass Regeln und sich daraus ergebende Sanktionsgefahr ganz ‚natürlich' antizipiert und schon in ganz unreflektiertem Alltagshandeln reproduziert werden.

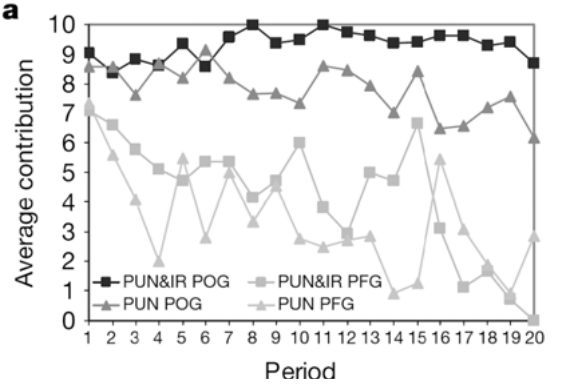
95 Vgl. M. Anhäuser 2007, S. 43.
96 E. Voland 2009, S. 82, dort auch weitere Befunde und Literaturhinweise.
97 Vgl. S. Vanneste et al. 2007. Die klassische Studie ist J. Tooby/L. Cosmides 1992, knapp vorgestellt bei L. Workman/W. Reader 2008, S. 256f.
98 Vgl. a.a.O.
99 Zur Vorauswirkung von Macht über Antizipationsschleifen siehe Kapitel 5.2.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

4.3.2 Kollektivgüter, Belohnung und Strafe

Manfred Milinski und seine Kollegen führen seit einigen Jahren sehr umfangreiche Versuche mit ihren Studienanfängern durch. Die Forscher lassen sie in streng kontrollierten Laborsituationen sogenannte *public goods games* spielen, in denen die „Tragödie der Allmende" effektiv simuliert wird.[100] Dabei werden alle Spieler einer Runde (im klassischen Modell vier) aufgefordert, jeweils eine gewisse Summe (z.B. einen Euro) in einen gemeinsamen Topf zu zahlen. Dessen Inhalt wird dann verdoppelt und *allen* Spielern zu gleichen Teilen ausgezahlt – ganz unabhängig davon, ob und in welcher Höhe sie den Beitrag tatsächlich geleistet haben. Bezahlen also alle vier Spielteilnehmer einen Euro, bekommt jeder zwei zurück. Verweigert aber ein Spieler seinen Beitrag, ergibt sich eine Gesamtsumme von nur noch drei Euro. Von den verdoppelten sechs Euro gehen dann 1,50 Euro an jeden Spieler zurück. Für den Trittbrettfahrer ist das ein Reingewinn, die kooperativen Spieler verdienen hingegen nur 50 Cent. Sie profitieren also viel weniger vom Gemeingut als der Trittbrettfahrer, der nicht bereit ist, die Herstellungskosten des Gemeinguts mitzutragen. Ganz folgerichtig driften solche Spiele, über mehrere Runden gespielt, von einer kooperativen Ausgangssituation stets schnell in ein Blockade-Patt ab, in dem die Spieler nicht mehr bereit sind, in den Topf einzuzahlen – und folglich auch keine Gewinne mehr machen können.[101]

Abbildung 2: Kooperation in public goods games



Quelle: B. Rockenbach/M. Milinski 2006.

Beim *public goods game* lassen sich nun vielerlei Parameter verändern. Die beiden für unsere Fragestellung wichtigsten seien hier genannt. Es kann – erstens – die *Sanktionsregel* des ‚teuren Bestrafens' eingeführt werden, bei der die Spieler sich Geldstrafen gegen Trittbrettfahrer kaufen können.[102] Jene disziplinieren zwar den Abweichler durch monetäre Nachteile, zehren aber auch Teile des Gewinns der kooperativen Akteure auf. Den Spielern kann – zweitens – ein *Reputationsindex*

100 Zu den Experimenten von Manfred Milinski und seinen Kollegen siehe einführend und für weitere Literaturhinweise B. Rockenbach/M. Milinski 2006. Zur „Tragödie der Allmende": G. Hardin 1968 und Ostrom 1999.

101 Vgl. B. Rockenbach/M. Milinski 2006, S. 718ff.

102 Vgl. ebd., zudem Ö. Gürek/B. Irlenbusch/B. Rockenbach 2006.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zugewiesen werden, der die Kooperationsbereitschaft der Spieler anzeigt.[103] Bestrafungs- und Reputationsmechanismus können auch miteinander kombiniert werden.

Abb. 2 zeigt die durchschnittlichen Einzahlungen bei derart variierten Spielsituationen und macht deutlich, *dass sowohl Bestrafung als auch Reputation die Kooperation verbessern*. Am schlechtesten schneidet das ‚reine' *public goods game* ab (PUN PFG). Das Einführen von Reputation stabilisiert die Kooperation, lässt sie aber zusammenbrechen, wenn das Ende der Spielsituation absehbar wird (PUN&IR PFG). Hingegen wirkt die Möglichkeit zur Bestrafung sehr positiv auf die durchschnittliche Kooperationsneigung der Spieler (PUN POG). Kombiniert man Reputation und Bestrafung, ist das Dilemma sogar nahezu aufgelöst (PUN&IR POG). Und lässt man den Spielern die Wahl, so wechseln sie recht schnell von Spielrunden ohne Bestrafungsmöglichkeit hin zu solchen mit „*sanctioning institutions*".[104]

Diese Befunde sind einerseits eine zwingende Folge der in uns arbeitenden, recht starren Mechanismen der Betrüger-Entdeckung und der konditionalen Strategien zur Vermeidung des ‚Sich-Erwischen-Lassens'.[105] Sie zeigen andererseits auch, *wie diese Transzendenzen den Erfolg einiger sozialen Arrangements wahrscheinlicher machen als den anderer*. Zwar kann man versuchen, erfolgreiche (also kooperative) Vergemeinschaftung – und später Vergesellschaftung – nur auf die Gutwilligkeit der Individuen zu gründen. Nur werden die offenbar unverfügbaren inneren Mechanismen ein solches Projekt wohl unweigerlich in unauflösbare soziale Dilemma-Situationen führen. Die sozial konstruierten Spielregeln müssen nämlich zu den inhärent transzendenten Verhaltensregeln passen, falls eine nachhaltige Ordnung generiert werden soll. Zwar können die ganz konkreten Ausgestaltungsformen stark variieren; und das tun sie empirisch ja auch. Aber nur solche ‚Gesellschaftsverträge', die es Gutwilligen ermöglichen, Reputation anzusammeln und Abweichler zu bestrafen, werden es erlauben, Kollektivgüter auf Dauer zu stellen. Fast alle politischen Ordnungen haben folglich Indikatoren für Sozialprestige institutionalisiert; und keine kommt ohne Strukturen aus, die Regelverstöße ahnden.

Übrigens wird in neueren Studien Reputation auch mit Klatsch und Tratsch in Beziehung gesetzt.[106] Im täglichen Leben erfüllt dieser – zu den wenigen Kulturuniversalien zählende – *gossip* die Funktion, Informationen über die Reputation, also über die Vertrauenswürdigkeit, von Individuen zu erlangen und zu verbreiten. So entstehen auf inhärenten Transzendenzen basierende Antizipationsschleifen, die Menschen zu solchem Handeln verleiten, das sie nicht ‚ins Gerede' bringt. Zumindest in sozial gut vernetzten und gleichzeitig überschaubaren Gemeinwesen bewirkt das in Verbindung mit den noch zu beschreibenden In-Group/Out-Group-Phänomenen solche soziale Kontrolle, die existierende Ordnung effektiv stabilisie-

103 Vgl. M. Milinski/D. Semmann/H. Krambeck 2002.
104 Siehe Ö. Gürek/B. Irlenbusch/B. Rockenbach 2006.
105 Vgl. Kapitel 4.3.1.
106 Siehe N. Hess/E. Hagen 2006, knapp auch bei S. Hampton 2010, S. 91.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ren kann. Aber auch massenmediale Schlammschlachten und Image-Kampagnen sind kontingente Konsequenzen dieser inhärenten Transzendenzen: Das Brandmarken von Abweichlern im Zuge ordnungskonstruktiv relevanter Diskurse kann genau deshalb so gut gelingen, weil es zur Natur des Menschen gehört, dafür sehr empfänglich zu sein.[107]

4.3.3 Gruppenbindung und Xenophobie

Dass Politik und politische Ordnungskonstruktion in und zwischen Gruppen ganz wesentlich über die kognitive Kartierung in „wir und die anderen" erfolgt, ist ein in den Sozialwissenschaften wohlbekannter und theoretisch vielfach gewürdigter Sachverhalt. Auch werden diese Phänomene funktional plausibel begründet. In den *life sciences* spricht man in diesem Zusammenhang von *proximaten Erklärungen*.[108] Eine solche Erklärung stellt auf die *unmittelbaren* Gründe und Ursachen eines Phänomens ab, etwa: „Gruppen von Menschen grenzen sich von anderen ab, um sich der eigenen Gruppenidentität zu vergewissern und die innere Kohäsion zu festigen." Ganz unabhängig von solchen – wahrscheinlich zutreffenden – Erklärungen kann man aber auch nach den *ultimaten Erklärungen* suchen, nach jenen nämlich, die begründen, *warum sich solches Verhalten überhaupt entwickeln und evolutionär erfolgreich sein konnte*: „Gruppen von Menschen grenzen sich von anderen ab, weil jene Gruppen, die dieses Verhalten zuerst zeigten, vielerlei Organisationsvorteile gegenüber anderen hatten (etwa beim Schutz vor Feinden oder bei der Jagd) – und sich so gegen diese anderen durchsetzen konnten."

Eine solche ultimate Perspektive lenkt den Fokus auf die naturgeschichtliche Entwicklung von Gruppenbildungsverhalten. Sie rückt in den Blick, dass auch viele andere Spezies in regelhaft strukturierten Verbänden (Rudel, Herden, Kolonien, ‚Staaten',…) leben und Eindringlingen gegenüber vorsichtig oder gar feindselig sind. Tatsächlich zeigen etliche Vogelarten, Ratten und Primaten innerhalb der Gruppe prosoziales Verhalten, während sie gegenüber fremden Artgenossen sehr aggressiv vorgehen.[109] Vor diesem Hintergrund stellt sich also die Frage, ob es möglicherweise auch inhärente Transzendenzen gibt, die die beim Menschen universelle *Ingroup/Outgroup-Orientierung* begründen und stabilisieren.[110]

Muzaffer Sherif sorgte 1935 mit einer diesbezüglich sehr aufschlussreichen Studie für Aufsehen, die den sogenannten ‚autokinetischen Effekt' ausnutzte. Diese

107 Vgl. zu solchen Diskursen etwa den Beitrag von Katharina Kern in diesem Band.

108 Vgl. E. Voland 2009, S. 9.

109 Siehe E. Voland 2009, S. 95-101 und K. Lorenz 2007, S. 154ff., für Befunde und weitere Literaturhinweise.

110 Hier kann nur knapp auf einige wohlbekannte sozialpsychologische Experimente eingegangen werden. Zu den vielfältigen biologischen Grundlagen und evolutionären Grundlagen des Gruppenlebens siehe einführend E. Voland 2009, S. 27ff., und D. Buss 2012, S. 267ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

optische Täuschung bewirkt, dass eine kleine stationäre Lichtquelle in dunkler Umgebung (etwa ein Lichtpunkt in einem ganz verdunkelten Raum) aufgrund von fehlenden räumlichen Bezugspunkten als sich bewegend wahrgenommen wird. Der subjektive Eindruck der Art und Richtung der Bewegung variiert dabei stark (kreisförmig, nach oben und unten, links und rechts usw.).[111]

Sherif setzte in einer ersten Gruppe wiederholt einzelne Probanden in einen solchen Raum und ließ sie ihre Wahrnehmung der Bewegung beschreiben. Diese waren, wie erwartet, intersubjektiv sehr unterschiedlich. Allerdings blieb die Wahrnehmung der einzelnen Probanden über mehrere Sitzungen hinweg jeweils stabil. In einer zweiten Versuchsgruppe wurden Probanden ebenfalls zunächst einzeln dem Experiment ausgesetzt und wiederholten es danach in kleinen Gruppen, die untereinander über ihre Eindrücke sprachen. Obwohl auch in dieser Versuchsgruppe nach Abschluss der Individual-Experimente sehr unterschiedliche Wahrnehmungen vorlagen, geschah in den Gruppensitzungen etwas Überraschendes: die Probanden einigten sich recht schnell auf eine gemeinsame Wahrnehmung der Bewegung des Lichtpunktes, glichen also die im ersten Schritt entwickelte persönliche Norm kommunikativ mit der nun entstehenden Gruppennorm ab. Eine dritte Gruppe sollte die Bewegung des Lichtpunktes zuerst in der Gruppe und dann einzeln einschätzen. Hier zeigte sich tatsächlich der umgekehrte Effekt: Die Probanden wichen auch in den Einzelexperimenten nicht von der im ersten Schritt entstandene Gruppennorm ab.[112]

Auch andere sozialpsychologische Experimente zeigen, wie schnell sich Menschen abseits von ‚bewusster Rationalität' innerhalb von Gruppen identifizieren und diese Identifikation auch aufrecht zu erhalten versuchen. Die populärsten Beispiele – das Stanford-Prison-Experiment, verfilmt in „Das Experiment", und die wahre Geschichte hinter dem Buch „Die Welle" von Morton Rhue[113] – seien hier nur genannt. Eine weitere klassische Studie, das *Robber's-Cave-Experiment*, wurde ebenfalls von Muzaffer Sherif durchgeführt. Sie zeigt, wie schnell sich Gruppen bilden können und wie stark der Zusammenhalt darin in kurzer Zeit wird.[114] In einem Ferienlager brachte man zwei zufällig zusammengestellte Gruppen von Jungen, die sich vorher nicht kannten, für eine Woche voneinander getrennt unter, bevor sie zu Wettbewerben gegeneinander antreten sollten. Schon nach kurzer Zeit kam es während dieser Wettbewerbe zu einem aggressiven und gewalttätigen Verhalten zwischen den Gruppen, das sich auch nicht durch spätere gemeinsame Aktivitäten abbauen ließ. Erst als durch die Versuchsleiter eine (imaginäre) dritte Gruppe eingeführt wurde, die angeblich von außerhalb des Camps kam, um dieses zu verwüsten und die Wasserleitungen zu beschädigen, und als deshalb *beide* Gruppen ‚benötigt'

111 Vgl. M. Sherif 1935.
112 Vgl. ebd.
113 Siehe M. Rhue 1997 und C. Haney/C. Banks/P. Zimbardo 1973.
114 Siehe M. Sherif 1956.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wurden, um das Camp *gemeinsam* zu bewachen, näherten sie sich einander an – ohne jedoch ihre ursprüngliche (aber ebenfalls nur wenige Tage alte) Gruppenzugehörigkeit ganz aufzugeben.[115]

Was ist aus alledem nun für unsere Fragestellung zu lernen? Das Lichtpunkt-Experiment und viele andere Studien bestätigen eines jeden Alltagserfahrung, dass Gruppenbildung vorreflexive, vorbewusste Komponenten hat. Offenbar wird mit Konformität auch keineswegs nur der Zweck verfolgt, nicht als Trittbrettfahrer erkannt zu werden, wie das die in den letzten Kapiteln vorgestellten Befunde ja nahelegen könnten. Vielmehr hat schon die individuelle Wahrnehmung der eigenen Identität neben persönlichen auch soziale Komponenten:[116] Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe gehört zu den ganz basalen, individueller Rationalität entzogenen, sozialen Bedürfnissen. Und diese Zugehörigkeit findet ihren Niederschlag und Kristallisationspunkt offenbar in geteilten Wissensbeständen, Deutungsmustern und Normen. Auch scheint die ‚Wahrheit' oder sachliche Notwendigkeit dieser latenten kulturellen Muster individuell zumindest keine vorrangige Rolle zu spielen. Vielmehr haben solche Gruppennormen identitätsstiftende Funktionen als „Wir-Ideologie" und als Abgrenzungskriterium zu erfüllen.[117] Entsprechend rigide wird gegen jene vorgegangen, die anderen Gruppen und somit anderen Normen anhängen. Allein schon die drastische Art, in der Konflikte zwischen Gruppen mit identitätsstiftenden latenten kulturellen Mustern (Gangs, Stämme, Fußball-Hooligans, aber auch Ethnien, Nationen und Religionsgemeinschaften) immer wieder ausgetragen werden, stützt die Vermutung, dabei seien nicht nur rationale Kalküle im Spiel, sondern ‚verletzte Gefühle' und bedrohte Identitäten. Besonders instruktiv ist in dieser Hinsicht, dass die Gruppen im Robber's-Cave-Experiment sich erst wieder zu Kooperation bewegen ließen, als ein äußerer Feind die – zumindest narrativ vorgeblendete – Bildfläche betrat. Dieser „*Dualismus der Ethik*",[118] das Zusammenspiel von konfliktminimierender und kräftebündelnder Binnenmoral einerseits und aggressiver Abgrenzung, Fremdenhass und Intoleranz andererseits, gehört anscheinend ebenfalls zu den sehr tief verwurzelten inhärenten Transzendenzen der menschlichen Natur, die Vergemeinschaftung und – darauf aufsetzend – Vergesellschaftung sowie politische Ordnung ganz maßgeblich bedingen und prägen. Geteilte Wissensbestände, Deutungsmuster und Normen scheinen für die Kenntlichmachung von Gruppenzugehörigkeit dabei viel wichtiger zu sein als alle biologischen Merkmale: Anders als andere Tiere erkennen wir Insider und Outsider nicht am Geruch, sondern an Sprache, Kleidung, Perspektiven auf die Welt, Werten, also an *kulturellen Markern*.

115 Vgl. ebd. und einführend L. Workman/W. Reader 2008, S. 222f.
116 Vgl S. Hampton 2010, S. 92.
117 Vgl. E. Voland 2009, S. 93.
118 M. Kulischer 1885, S. 213, zitiert nach E. Voland 2009, S. 93.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nun sind alle vorgestellten Befunde zumindest jenen Sozialwissenschaftlern wohlbekannt, die sich wenigstens oberflächlich mit Sozialpsychologie befasst haben. Interessanterweise aber wurde meist ausgeblendet, dass solches Verhalten auf Basis von *sozial*wissenschaftlichen Menschenbildern nicht restlos erklärbar ist. Erst wenn man in Rechnung stellt, dass Gruppenverhalten seine Wurzeln in Jäger-und-Sammler-Gesellschaften, ja auch in alledem weit vorausliegenden Hominiden-Sozietäten hat, wird klar und plausibel, dass rein kulturelle Erklärungen zu kurz greifen. Die menschliche Sozialität, deren Kehrseite die Abgrenzung von „den Anderen" ist, löste nämlich schon adaptive Probleme, längst bevor sie sich gemeinsam mit einem enormen kulturellen Überbau weiterentwickelte und ausdifferenzierte. Auch unsere nächsten Verwandten, die Schimpansen, zeigen nämlich solches Gruppenverhalten. Die berühmte Primatenforscherin Jane Goodall beobachtete Schimpansengruppen bei Gewaltexzessen gegenüber rivalisierenden Gruppen und zeigte sogar, dass selbst Kriegsführung kein spezifisch menschliches Wesensmerkmal ist.[119]

Latente kulturelle Muster (geteilte Wissensbestände, Deutungsroutinen und Normen) bilden also zwar den funktionalen, nicht aber unbedingt auch inhaltlich begründeten Kristallisationspunkt von Gruppenidentitäten. Wie das Lichtpunkt-Experiment zeigt, wird vielmehr inhaltlich (nämlich über die Bewegung des Lichtpunktes) eine Gruppennorm sozial konstruiert, die in der Folge individuell als unverfügbar nicht nur ‚angesehen', sondern – im Wortsinn – ‚*wahr*genommen' wird. Das Bedürfnis und die Fähigkeit, auf diese Weise sozial zu handeln, ist aber ein von diesen konstruierten kulturellen Mustern analytisch zu trennendes Phänomen, und es hat seine Wurzeln in biologischen Unverfügbarkeiten, die wir mit anderen Tieren teilen.

Über die ultimaten Ursachen, darüber also, wie sich solches Verhalten evolutionär entwickeln und durchsetzen konnte, sind sich Vertreter der *life sciences* übrigens selbst oft noch uneins. Lange Zeit wurden die Wurzeln dieses Verhaltens ausschließlich in der Verwandtenselektion und im reziproken Altruismus gesehen.[120] Ganz überzeugend war diese Sichtweise nie; aber es war die einzige, die mit der – viel zu oft wegen des provokanten Dawkins'schen Buchtitels missverstandenen – Annahme des *egoistischen Gens* vereinbar war.[121] Diese besagt, dass die Selektion der Evolution nur auf der Ebene der Gene ansetzt.[122] Inzwischen aber wird dank des Alterswerks des Gründervaters der Soziobiologie, E. O. Wilson, auch die lange im Abseits stehende Gruppenselektions-Theorie in den Evolutionswissenschaften wie-

119 Vgl. J. Goodall 1986.

120 Für basale Informationen und weitere Literatur siehe D. Buss 2012, S. 267ff., E. Voland 2009, S. 69ff. und L. Workman/W. Reader 2008, S. 182ff.

121 R. Dawkins 1996.

122 Die Selektionslogik kann hier nicht ausgeführt werden. Siehe dazu ebd. oder in jedem Einführungswerk der Evolutionsbiologie und -psychologie.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der salonfähig.[123] Sie besagt, dass durchaus auch Gruppen Objekte der Selektion sein können und dass somit auch prosoziales Verhalten außerhalb der Familie im evolutionären Sinne rational sein kann. Die sich gerade am evolutionsbiologischen Horizont abzeichnende *Mehrebenen-Selektions-Theorie* wird jedenfalls um Einiges anschlussfähiger an sozialwissenschaftliche Theorien sein, als es genzentrierte Ansätze im Bereich sozialer Meso- und Makrophänomene sind.[124]

4.3.4 Intuitionen, Emotionen und politische Ordnung

Biologen und Psychologen bringen Verhalten, wie das in den letzten Abschnitten beschriebene, in enge Verbindung mit menschlichen Emotionen. Und die Zusammenhänge sind auch ganz offensichtlich: Soziale Deprivation und Ausgrenzung werden als Schmerzen empfunden, und Fairness wird auf emotionaler Ebene positiv bewertet.[125]

Bei Schimpansen lassen sich dahingehend sehr interessante Beobachtungen machen. Obwohl diese Primaten ihre Nahrung normalerweise recht friedlich teilen, kommt es auch hin und wieder zu Konflikten. Auffällig ist, dass großzügige Tiere dabei seltener Opfer von Aggressionen werden als geizige. Zudem kann zwischen dem Teilungsverhalten und den Konflikten beträchtliche Zeit liegen, sodass schon bei Primaten von einem „sozialen Langzeit-Gedächtnis“[126] ausgegangen werden muss.[127] Auf dessen Basis kommt es zu *moralischer Aggression*, wenn einzelne Gruppenmitglieder eigentlich geltende Reziprozitätsnormen durch egoistische Selbstbevorteilung verletzen.[128] Solcherlei soziales Handeln erfordert zwar ein hohes Maß an sozialer Kognition, aber offenbar noch keinen ‚menschlichen Intellekt‘. Tatsächlich reagieren nicht nur unsere nächsten Verwandten, sondern auch andere Säugetiere (Elefanten, Hunde, usw.)[129] ungehalten, wenn sich andere nicht sozial (oder auch: ‚amoralisch‘) verhalten.

Der ‚genetische Sinn‘ dieser *moralischen Emotionen* liegt ganz eindeutig darin, zuverlässig solches Verhalten zu induzieren, das Trittbrettfahren durch Strafen teuer macht. Damit ist eine Triebfeder des Verhaltens der Probanden der im letzten Abschnitt geschilderten Milinski-Experimente auf vormenschliche Wurzeln zurückgeführt. Gleichzeitig ist gezeigt, dass Emotionen als Ergebnis vorbewusster, quasi-

123 Siehe E. Wilson 2012 und M. Nowak/C. Tarnita/E. Wilson 2010. Derzeit findet zu diesem Thema ein Schlagabtausch zwischen E.O. Wilson und Richard Dawkins statt.
124 Für kurze Zusammenfassungen der Diskussion mit weiteren Literaturhinweisen siehe L. Workman/W. Reader 2008, S. 51, D. Buss 2012, S. 409 und D. Wilson 2007, S 49ff.
125 Vgl. J. Bauer 2011, S. 58ff. Für allgemeine Überlegungen zur Rolle von Emotionen in der Politik siehe F. Dustdar 2008.
126 Vgl. E. Voland 2009, S. 80.
127 Siehe ebd. und F. De Waal 1989.
128 Siehe R. Trivers 1971.
129 Siehe T. Clutton-Brock/G. Parker 1995.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rationaler Kalküle die Funktion haben, auf Handlungsentscheidungen einzuwirken. Tatsächlich haben viele Menschen oft ein ‚Bauchgefühl' darüber, welche Entscheidung richtig wäre – und liegen damit oft auch ganz richtig. Diese Intuitionen sind aber nichts Anderes als Handlungsimpulse, die auf vorbewussten, offenen Verhaltensprogrammen und konditionalen Strategien basieren.[130]

Solche moralischen Empfindungen gehören zu den Grundbedingungen komplexerer sozialer Ordnungen. Dass Menschen negative Empfindungen haben, wenn sie sich benachteiligt fühlen, und dass sie sich darüber hinaus durchaus prosozial und altruistisch verhalten, um Ausgrenzung oder Strafe zu vermeiden, ist jedenfalls aller Wahrscheinlichkeit nach keine Kulturleistung, sondern eine *unverfügbare Vorbedingung menschlicher Ordnungskonstruktion*. Die Legitimität politischer Führung hat damit ebenso unverzichtbare emotionale Komponenten, wie das für demokratische Wahlakte und Institutionenvertrauen gilt. Und blickt man aus dieser Perspektive darauf, wie Politik schon immer inszeniert wurde, wird auch schnell klar, dass das unter jenen, die auf Legitimität und Unterstützung angewiesen sind, ohnehin ein offenes Geheimnis ist.

Politikwissenschaftliche Anthropologien müssen deshalb gerade die Rolle von Emotionen systematisch berücksichtigen. Intuitionen und Emotionen sind nämlich ganz konkrete Erscheinungsformen inhärenter Transzendenzen, die ordnungskonstruktive Wirkung entfalten. Sie sind auf das Engste mit unserer Sozialität verknüpft, beeinflussen stark unser Sozialverhalten und fungieren gleichsam als inneres Bewertungssystem für eigenes und fremdes Verhalten. Damit bilden sie die inhärent transzendente Schnittstelle zu allen kulturellen Normensystemen. Auch die hohe Sensibilität für Reputation, die im letzten Abschnitt vorgestellt wurde, nehmen wir unter anderem emotional wahr. Das alles zeigt: Soziale Emotionen wie Scham, Neid und Stolz, desgleichen soziale Intuitionen wie Fairness und Gerechtigkeit sind evolvierte biologische Transzendenzen, die uns dazu ‚befähigen', kooperative Ordnungsstrukturen aufrechtzuerhalten.[131] Gerade sie bilden jene menschliche ‚Tiefenschicht', mit der politische Ordnung auf der *Individual*ebene im Großen und Ganzen in Einklang sein muss, um auf der *Aggregat*ebene stabil zu bleiben.

5. INHÄRENTE TRANSZENDENZEN UND DIE KONSTRUKTION POLITISCHER ORDNUNG

Welchen natürlichen Vorbedingungen unterliegt politische Ordnungskonstruktion? Die Beantwortung dieser Frage machte es erforderlich, über die bisher in den Sozi-

130 Siehe F. Dustdar 2008, S. 34f.

131 Und genau diese Emotionen nehmen all jene Ethnomethoden ins Visier, die darauf abzielen, abweichendes Verhalten zu unterbinden. Siehe a.a.O.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

alwissenschaften gängigen Menschenbilder hinauszugehen und die Befunde der evolutionären Anthropologie zur Kenntnis zu nehmen. Dazu wurde zunächst der intellektuell unterkomplexe Gegensatz zwischen „Natur" und „Kultur", zwischen „angeboren" und „erlernt" zugunsten eines emergentistischen Mehrebenenmodells aufgelöst, in dem natürlichen Faktoren eine historisch und kausal grundlegende Rolle zukommt. Ein kausales Modell menschlichen Verhaltens und sozialen Handelns wurde entworfen, das kulturelle und natürliche Bedingungen samt ihren Wechselwirkungen gleichermaßen würdigt. Unter Zuhilfenahme dieses *holistischen Ansatzes* wurden sodann für die politische Ordnungskonstruktion besonders wichtige Phänomenbereiche der sozialen Wirklichkeit auf inhärente Transzendenzen und deren Wirkungsweise hin untersucht. Aus den Erkenntnissen lassen sich auf beiden von der Fragestellung angezielten Ebenen wichtige Befunde ableiten. Zum einen ist klar geworden, dass das sozialwissenschaftlicher Theoriebildung zugrundeliegende Menschenbild ein *ganzheitliches* sein muss. Es muss *konstruierte* Transzendenzen ebenso in das Erklärungsmodell menschlichen Verhaltens einbeziehen wie jene *inhärenten Transzendenzen*, die individuelle Entscheidungsregeln prägen. Und zum anderen fördert eine solche anthropologische Perspektive vielerlei biologische Vorbedingungen der Konstruktion politischer Ordnung zutage.

5.1 Ein holistisches Modell der Natur des Menschen

Eine *holistische Anthropologie*, die der Wirkung kultureller und biologischer Faktoren gerecht wird, muss insgesamt vier wesentlichen Argumenten gerecht werden.

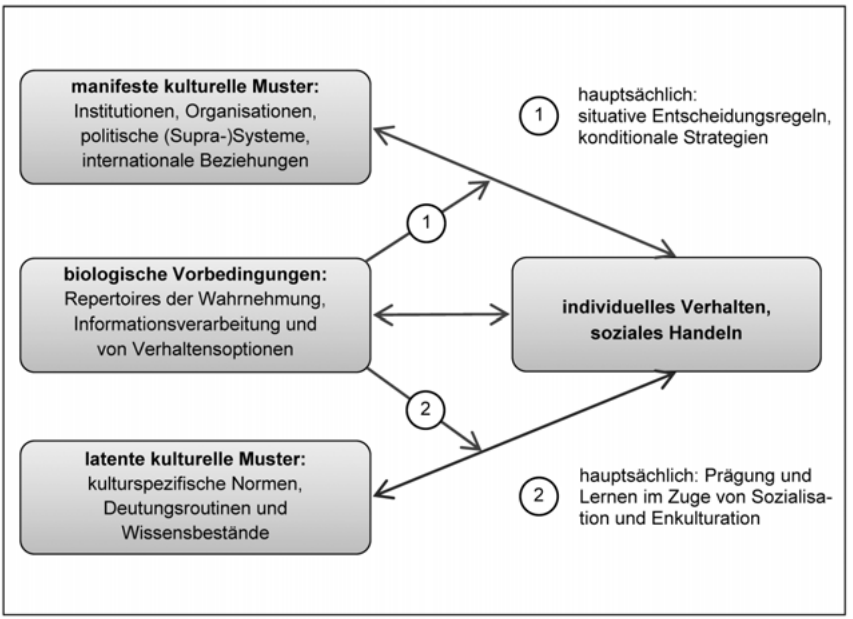
Erstens ist festzuhalten, dass Kultur zwar als *eigenständig* wirkender Faktor zu betrachten ist, dieser aber *auf natürlichen Vorbedingungen basiert*, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Einesteils sind die „Baustoffe der Kultur" den Naturgesetzen unterworfen. Andernteils – und hier wichtiger – wird soziale Wirklichkeit eben von Menschen (re)produziert und basiert damit auf deren physiologischer Ausstattung, d.h. auf ihrer ganz im Wortsinn zu verstehenden Natürlichkeit. Alle Kultur wird also letztlich über Natur vermittelt: „Ohne Natur keine Kultur!"

Zweitens bestehen vielfältige Wechselwirkungen zwischen natürlichen und kulturlichen Faktoren auf der Mikro- und der Makroebene. Ebenso wie unsere natürliche Ausstattung prägt, was Individuen wahrnehmen können und wie diese Informationen dann (kulturell) verarbeitet werden, sind genetisch kodierte, offene und geschlossene Verhaltensprogramme (auch) von kulturell geschaffenen Anreizstrukturen beeinflusst. Ebenso wie Gesellschaften Natur verändern, hängen sie auch von ihr ab. Reduktionistische Erklärungsmodelle, die versuchen, menschliches Verhalten *allein* mit natürlichen oder kulturellen Variablen zu erklären, werden dieser Tatsache nicht gerecht.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Es wird – drittens – eben auch auf Basis inhärenter Transzendenzen erlernt, geprägt und ausgehandelt, was kulturell als unverfügbar konstruiert wird. Über Sozialisation und Enkulturation werden in frühen Lebensphasen Informationen darüber aufgenommen, welche der zur Verfügung stehenden, aber freilich nicht im Sinne einer ‚freien Auswahl' verfügbaren Verhaltensprogramme zu ‚aktivieren' situationsadäquat ist. Konditionale Strategien reagieren als ganz offene Verhaltensprogramme dabei ebenso sensibel wie flexibel auf Anreizstrukturen, die Reputation oder Strafe in Aussicht stellen bzw. die Zugehörigkeit zu Gruppen ermöglichen. In allen diesen Fällen wirken die gemachten Erfahrungen auf zukünftige Verarbeitungsprozesse ein. Dadurch werden sie zu einem ‚inneren kulturellen Fundus', teils rational, teils subrational, der als Grundlage künftiger Weltdeutung und Kontingenzbewältigung fungiert, ohne dass sich das Individuum davon lösen könnte. Diese Prozessmuster der Prägung und des Lernens sind ebenso wie die Funktionslogik konditionaler Strategien sehr stark genetisch determiniert und somit inhärent transzendent. Sie sind Produkte der Evolution, weil sie sich über viele Menschengenerationen bewährt und im natürlichen Habitat unserer Spezies solches Verhalten induziert haben, das Überleben und Reproduktion sicherte. Das ist ihr ganzer Sinn.

Abbildung 3: Ein kausales Modell menschlichen Verhaltens und sozialen Handelns



Quelle: Eigene Darstellung

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das durch sie über Emotionen und andere physiologische Prozesse induzierte Verhalten ist – viertens – hochgradig abhängig von jenen Umweltfaktoren, auf die sie gerichtet sind. Deshalb können emergente Merkmale kultureller Muster eigenständige Kausalwirkung auf menschliches Verhalten und soziales Handeln haben. Vor dem Hintergrund der hier präsentierten Forschungsergebnisse muss aber stets von *einem intervenierenden Effekt inhärenter Transzendenzen* ausgegangen werden. Diese anthropologischen Schlussfolgerungen fasst die Abbildung 3 in einem Pfeilmodell zusammen.

5.2 Politische Ordnung als Interaktion inhärenter und konstruierter Transzendenzen

Was ist aus alldem nun ganz konkret über die Vorbedingungen politischer Ordnung zu lernen? Es hat sich gezeigt, dass auf menschliches Sozialverhalten inhärente Transzendenzen mit enormer ordnungskonstruktiver Kraft wirken. So existieren etwa vorbewusste Rezeptoren für Bestrafung und Belohnung einerseits und für Reputation andererseits. Offenbar hängen auch interpersonelles Vertrauen, Altruismus und Reziprozität eng mit jenen Anreizstrukturen zusammen, die sich aus der Gefahr von Strafe und der Aussicht auf Sozialprestige ergeben. Politische Ordnung kann also gerade aus evolutionärer Perspektive nur dann gelingen, wenn die von ihr ausgehenden Anreizstrukturen auf unverfügbare konditionale Strategien dergestalt wirken, dass kooperatives Verhalten induziert wird. Die von Politikwissenschaftlern längst erkannte Vorauswirkung von Macht[132] speist also ihr enormes ordnungskonstruktives Potential aus inhärenten Transzendenzen, die ihre Wurzel tief in der Naturgeschichte des Menschen haben. Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass sich politische Ordnung ohne glaubhafte Strafandrohung bei Regelverstößen stabil halten lässt.

Das menschliche Streben nach Reputation hat evolutionär wohl den Sinn, sich über großes Sozialprestige Vorteile zu sichern. Die Schnittstelle zur Sozialkapital-Theorie ist hier augenfällig und sollte von Seiten der Politikwissenschaft recht bald kultiviert werden. Gelingende Ordnungskonstruktion hat jedenfalls sehr viel mit durch Reputation hergestellter sozialer Kohäsion zu tun. Ein kooperatives gesellschaftliches Klima kann aus evolutionärer Perspektive nur dort entstehen, wo Menschen Vertrauen an soziale Beziehungen anlagern können. Scheitert dies, so geraten Gesellschaften unweigerlich in Dilemmata kollektiven Handelns. Trittbrettfahren nimmt dann zu, Kollektivgüter werden übernutzt. Das ist kein neuer Befund. Doch die hier angewendete Theorie liefert für ihn besonders konsistente Erklärungen und zeigt auf, dass alternative Erfolgsstrategien *nicht zur Verfügung stehen*, solange in Menschen diese uralten und deshalb offenbar überaus funktionalen Mechanismen

132 W. Patzelt 2007a, S. 39.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

arbeiten. Integriert von der offenbar ebenfalls evolutionär bedingten Sozialität des Menschen, d.h. von seinem Bedürfnis, in Gruppen zu leben, formen all diese Zusammenhänge einen wirkmächtigen, inhärent transzendenten Ursachenkomplex für die Konstruktion politischer Ordnung.

Erst durch das dauerhafte Zusammenleben in Gruppen entsteht sodann die Notwendigkeit, allgemein verbindliche Regeln in Geltung zu halten. Und erst solche Regeln machen es nötig, Kollektivgüter zu produzieren und auf Dauer zu stellen: Verwaltungsbeamte und politische Führer müssen ausgehalten werden, Regeln durchsetzende Institutionen wollen finanziert sein, der Schutz der Gruppe muss organisiert werden. Dilemmata kollektiven Handelns müssen sich also entwicklungsgeschichtlich schon sehr früh gezeigt haben und gehören damit schon im *environment of evolutionary adaptedness* zu den adaptiven Problemen, die es zu lösen galt. Sie wurden offenbar so gelöst, dass das Leben in Gruppen immer noch lohnender war als das Einzelgänger-Dasein. Zur Lösung von Trittbrettfahrer- und Allmende-Problemen konnten und können dabei jene kulturellen Arrangements beitragen, die an unterbewusste Rezeptoren solche Signale senden, welche die Kooperationsbereitschaft fördern. Dazu gehören vor allem soziale Kontrolle, Strafen und Reputation, die in der Regel über ganz manifeste kulturelle Muster, also über Institutionen und politische Systeme, realisiert werden.

Aber auch latente kultureller Muster haben sich als zweckmäßig erwiesen, um die Kosten des Gruppenlebens zu senken und seinen Nutzen zu erhöhen: Deutungsroutinen, Wissensbestände, Normen, konsistent verkoppelt in *Ideologien*. Seit der evolutionsgeschichtlichen Phase, in der das Nervensystem unserer Vorfahren das emergente Phänomen ‚Bewusstsein' hervorgebracht hatte, eignen sich solche Ideologien, verstanden als *Perspektiven auf die Welt*, ganz vorzüglich, um emergente kulturelle Muster so zu kodieren, dass vorbewusste Verhaltensprogramme die notwendigen Informationen aus der sozialen Umwelt filtern konnten. Ideologien machen Aussagen über ‚richtig und falsch', über ‚gut und böse' und darüber, wie ein tugendhaftes Leben zu führen sei. Sie liefern für all das auch kausale Erklärungen, was der Struktur unseres Bewusstseins sehr entgegenkommt. Denn auch das universale menschliche Bedürfnis danach, Zusammenhänge zu verstehen, ist der Funktionslogik unseres Gehirns geschuldet und damit eine inhärente Transzendenz.[133]

Es ist deshalb zu erwarten, dass jene Ideologien besonders erfolgreich sind, die das von Menschen Erlebte verständlich und plausibel auf Ursachen zurückführen. Und tatsächlich waren es offenbar von Anfang an religiöse Ideologien, die menschliche Weltdeutung und auch Ordnungskonstruktion in entscheidender Weise geprägt haben. Schon sehr frühe Spuren von Kultur und Zivilisation sind Zeugnisse von religiösen Ideologien, die auf *große sozial konstruierte Transzendenzen* auf-

133 Siehe R. Riedl 2010, S. 69ff.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bauen, also auf den Glauben an Spirituelles, Geister und Götter.[134] Ihr Erfolg bei der Stabilisierung politischer Ordnungen geht wohl vor allem auf jene *inhärenten* Transzendenzen zurück, mit denen sie wechselwirken: Göttliche Wesen liefern nicht nur Letztbegründungen für konstruierte Transzendenzen; sie sind auch potentiell omnipräsent und *sehen* folglich alles. Sie verfügen über große Macht und können (z.B. mit Unwettern und Krankheiten oder der Verweigerung des Zugangs zum Paradies) *strafen*, aber auch (‚durch Gottes Gnade') *soziales Ansehen* verleihen. Sie senken damit Anreize für deviantes Verhalten und ermöglichen so erst öffentliche Güter und politische Ordnung höherer Komplexität. Sie bringen zudem *kulturelle Marker* hervor, die es ermöglichen, Gruppenzugehörigkeit abseits von biologischen Merkmalen erkennbar zu machen:[135] ‚Du gehörst zu uns, wenn Du die Welt so verstehst, wie wir es tun – und entsprechende Wertvorstellungen hast.'

Die *Erfolgsgeschichte menschlicher Sozialität*, also von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung, ist somit eine, die sich nicht nur kausal, sondern auch ganz konkret historisch mit den *Wechselwirkungen von inhärenten und konstruierten Transzendenzen* erklären lässt. Und politische Ordnung ist genau die Schnittstelle, die Bezüge in beide Richtungen herstellt. Wie gezeigt wurde, richten sich an deren Ausgestaltung ganz dezidierte Anforderungen, damit diese Wechselwirkungen auch zu ‚funktionalen Gemeinwesen', zu aufgrund ihres Funktionierens handlungsfähigen politischen Ordnungen führen. Und auch konstruierte Transzendenzen können sich unterschiedlich gut eignen, um politische Ordnung in Interaktion mit biologischen Vorbedingungen zu stabilisieren. Zumal Religion als *konstruierte Transzendenz auf inhärenter Transzendenzgrundlage* scheint solche Anforderungen ganz ausgezeichnet zu erfüllen – und ist also mit gutem Grund der historisch bedeutsamste Begründungskontext für politische Ordnung.[136]

Vor diesem Hintergrund erscheinen auch viele ganz aktuelle Probleme im Kontext politischer Ordnungskonstruktion in neuem Licht. Dass zum Beispiel *nation building* ohne identitätsstiftende politische Narrative kaum auskommen kann und auch dringend eine schlagkräftige politische Zentralgewalt braucht, hat eben Gründe, die auf die Natur des Menschen zurückgehen. Und auch die Legitimitätskrisen in westlichen Demokratien lassen sich bis dahin zurückverfolgen: Alle ordnungskonstruktiv wirkmächtigen inhärenten Transzendenzen sind nämlich auf wesentlich

134 Auf die Wurzeln von Religion und Religiosität kann hier nicht eingegangen werden. Siehe dazu etwa J. Bulbulia 2007, E. Culotta 2009 oder I. Pyysiäinen/M. Hauser 2010, besonders umfassend auch W. Schiefenhövel/E. Voland 2009.

135 Zum noch wenig systematisch entfalteten Begriff der ‚kulturellen Marker' siehe P. Kappelhoff 2010. Historisch-empirisch siehe zu alledem J. Assmann 1995.

136 Es lässt sich sogar plausibilisieren, dass die Sesshaftwerdung des Menschen, die neolithische Revolution, auf die Anforderungen zurückgeht, die sich aus okkulten Zeremonien ergaben: feste Zeiten, feste Orte, wiederkehrende Rituale unter Benutzung berauschender Substanzen, die zu diesem Zweck eben systematisch angebaut werden mussten. Siehe J. Reichholf 2008.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

kleinere Gruppengrößen angepasst, als sie in modernen Nationalstaaten anzutreffen sind. Gesellschaftliche Partikularisierung, Individualisierung und städtische Anonymität senken Anreize zu regelkonformem Verhalten und laden zum Trittbrettfahren ein. Und es lässt sich auch allenthalben besichtigen, dass die Kohäsion einer Gesellschaft immer schwerer herzustellen oder zu sichern ist, je weniger geteilte Wissensbestände und Deutungsmuster als Kristallisationspunkt von gemeinsamer Gruppenidentität zur Verfügung stehen. Die Bindekraft von Religion nimmt ab, während zivilreligiöse Ideologien es schwer haben, funktional äquivalente Ergebnisse zu liefern. Und in gleichem Maße wird es schwieriger, kooperatives (also *gemeinsinniges*) Verhalten zuverlässig in großen Teilen der Bevölkerung zu induzieren. Und ganz offen ist, wie weit sich die im Sinne politischer Ordnungskonstruktion in Verbindung mit inhärenten Transzendenzen extrem leistungsfähigen ‚großen Transzendenzen' der Religionen weiterhin dauerhaft durch ‚kleinere' Begründungskontexte ersetzen lassen, wenn politische Ordnung wirkungsvoll nicht nur im Bewusstsein der Menschen rational erscheinen soll, sondern von ihr auch gewünscht wird, unterbewusste Verhaltensstrategien für gemeinsinniges Verhalten auszulösen.

5.3 Anthropologischer Holismus als verlockende Perspektive

Die einzige Variable in dieser ‚kausalen Dreiecksbeziehung' aus politischer Ordnung, konstruierten Transzendenzen und biologischen Unverfügbarkeiten, die über die Zeitspanne menschlicher Geschichtsschreibung halbwegs konstant geblieben ist, ist *die genetisch festgelegte Natur des Menschen*. Sie wiederum zeichnet sich – neben ihrer grundsätzlichen, wenn auch langfristigen Wandelbarkeit und Geschichtlichkeit – dadurch aus, in vielerlei Hinsicht höchst flexibel zu sein und so eine große, aber eben keine unbegrenzte, Bandbreite unterschiedlicher Ausgestaltungsformen von Kultur zu ermöglichen. Die hinter dieser immensen Anpassungsfähigkeit unserer Spezies stehenden Mechanismen zu verstehen und in eine holistische, interdisziplinäre Anthropologie zu überführen, muss deshalb ein Ziel künftiger politikwissenschaftlicher Theoriebildung sein. Denn wie schon dieser so unvollständige Entwurf zeigt, hat eine solche Theorie von der Natur des Menschen das Potential, den Dualismus aus methodologischem Individualismus und Kollektivismus zugunsten eines sozialwissenschaftlichen Holismus zu überwinden.

Denn eigentlich ist schließlich nichts grundsätzlich falsch an den Vorstellungen vom *homo oeconomicus* und vom *homo sociologicus*: Menschen treffen Handlungsentscheidungen nun einmal auf der Basis komplexer sowie nur teilweise bewusster Rationalität und sind dabei hochgradig beeinflusst von kulturellen Mustern. Und ganz abgesehen davon, dass beide Annahmen von der biologischen Evolutionstheorie als einer der erfolgreichsten Theorien der letzten Jahrhunderte gestützt

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werden, können sie mit ihrer Hilfe auch ganz ohne Synkretismus und logische Inkonsistenzen verknüpft werden. Und dies voranzutreiben, ist doch eine überaus verlockende Aufgabe sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung.

LITERATUR

Abels, Heinz (2009): Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Anhäuser, Max (2007): Egoismus schafft Gemeinsinn, in: MaxPlanckForschung 2007(4), S. 38-43.

Asendorpf, Jens (2005): Psychologie der Persönlichkeit. Heidelberg: Springer.

Assmann, Jan (1995): Ma'at. Gerechtigkeit und Unsterblichkeit im Alten Ägypten. München: Beck.

Bateson, Melissa/Nettle, Daniel/Roberts, Gilbert (2006): Cues of being watched enhance cooperation in a real-world setting, in: Biology Letters 3: 412-414.

Bauer, Joachim (2011): Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. München: Blessing.

Belsky, Jay, (1997): Attachment, Mating, and Parenting. An evolutionary interpretation, in: Human Nature 8, S. 361-381.

Bowlby, John (1951): Maternal Care and Mental Health. New York: Columbia University Press.

Bowlby, John (1969): Attachment and Loss. New York: Basic Books.

Bulbulia, Joseph A. (2007): The evolution of religion, in: Robin I.M. Dunbar/Barrett, Louise (Hg.): Oxford Handbook of Evolutionary Psychology, New York: Oxford University Press, S. 621-636.

Buss, David M. (2012): Evolutionary Psychology: The New Science of the Mind. Upper Saddle River: Prentice Hall.

Chial, Heidi (2008): DNA sequencing technologies key to the Human Genome Project, in: Nature Education 1(1). Online unter: www.nature.com/scitable/topicpage/dna-sequencing-technologies-key-to-the-human-828. Letzter Abruf: 21.09.2012.

Clutton-Brock, Tim H./Parker, G.A. (1995): Punishment in animal societies, in: Nature 373, S. 209-216.

Coleman, James (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge: Belknap Press.

Culotta, Elisabeth (2009): On the Origin of Religion, in: Science 326, S. 784-787.

Dahrendorf, Ralf (2006): Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der sozialen Rolle. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dawkins, Richard (1996): Das egoistische Gen. Reinbek: Rohwohlt.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Darwin, Charles (1859): On the Origin of Species by Means of Natural Selection, or the Preservation of Favoured Races in the Struggle for Life, London: John Murray.

De Waal, Frans B.M. (1989); Food sharing and reciprocal obligations among chimpanzees, in: Journal of Human Evolution 18, S. 433-459.

Dennett, Daniel C. (1997): Darwins gefährliches Erbe. Die Evolution und der Sinn des Lebens. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Dimbath, Oliver (2011): Einführung in die Soziologie, München: Wilhelm Fink Verlag.

Dustdar, Farah (2008): Demokratie und die Macht der Gefühle, in: APuZ 44-45, S. 32-38.

Ekman, Paul (1980): The Face of Man: Expressions of Universal Emotions in a New Guinea Village. New York: Garland STPM Press.

Ekman, Paul/Friesen, Wallace V. (1971): Constants across cultures in the face and emotion, in: Journal of Personality and Social Psychology, 17, S. 124-129.

Ernest-Jones, Max/Nettle, Daniel, Bateson, Melissa (2011): Effects of eye images on everyday cooperative behavior: A field experiment, in: Evolution & Human Behavior 32(3): S. 172-178.

Esser, Hartmut (1993): Soziologie. Allgemeine Grundlagen, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Esser, Hartmut (1999): Soziologie. Spezielle Grundlagen, Band 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Freud, Siegmund (1924): Zur Einführung des Narzißmus. Leipzig: Internationaler Psychoanalytischer Verlag.

Fiedler, Peter (2007): Persönlichkeitsstörungen. 6. Auflage, Weinheim/Basel: Beltz.

Friedman, Jeffrey (1995): Introduction. Economic Approaches to Politics, in: ders. (Hg.): The Rational Choice Controversy. Economic Models of Politics Reconsidered, New Haven: Yale University Press, S. 1-24.

Gehlen, Arnold (1997 [1940]): Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Stuttgart: UTB.

Gilgenmann, Klaus/Schweitzer, Bertold (2006): Homo – sociologicus – sapiens: Zur evolutionstheoretischen Einbettung soziologischer Menschenmodelle, in: Zeitschrift für Soziologie 35(5): S. 348-371.

Gintis, Herbert/Bowles, Samuel/Boyd, Robert/Fehr, Ernst (2007): Explaining altruistic behavior in humans, in: Robin I.M. Dunbar/Barrett, Louise (Hg.): Oxford Handbook of Evolutionary Psychology, New York: Oxford University Press, S. 605-619.

Goodall, Jane (1986): The Chimpanzees of Gombe – Patterns of Behavior. Cambridge: Belknap.

Goodenough, Ursula/Deacon, Terence W. (2006): The Sacred Emergence of Nature, in: Philip Clayton (Hg.): The Oxford Handbook of Religion and Science. Oxford: Oxford University Press, S. 854-871.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Green, Donald P./Shapiro, Ian (1999): Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel der Anwendung in der Politischen Wissenschaft, München: Oldenbourg Verlag.

Greve, Jens/Schnabel, Annette/Schützeichel, Rainer (Hg.) (2008): Das Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung. Zur Ontologie, Methodologie und Metatheorie eines Forschungsprogramms, Wiesbaden: VS Verlag.

Gürek, Özgür/Irlenbusch, Bernd/Rockenbach, Bettina (2006): The Competitive Advantage of Sanctioning Institutions, in: Science 312, S. 108-110.

Hampton, Simon J. (2010): Essential Evolutionary Psychology. London: Sage Publication Ltd.

Haney, Craig/Banks, Curtis W./Zimbardo, Philip G. (1973): A study of prisoners and guards in a simulated prison, in: Naval Research Review 30, S. 4-17.

Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons, in: Science 162 (3859): S. 1243–1248.

Harris, Judith (1995): Where is the child's environment, in: Psychological Review 102(3): S. 458-489.

Harris, Judith (1998): The Nurture Assumption: Why children turn the way they do. New York: Free Press.

Hartig-Perschke, Rasco (2009): Anschluss und Emergenz. Wiesbaden: VS Verlag.

Heintz, Bettina (2004): Emergenz und Reduktion. Neue Perspektiven auf das Mikro-Makro-Problem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56:1, S. 1-31.

Hess, Nicole H./Hagen, Edward H. (2006): Psychological Adaptations for Assessing Gossip Veracity, in: Human Nature 17, S. 337-354.

Kappelhoff, Peter (2010): Sozialkulturelle Prozesse aus Sicht eines methodologischen Evolutionismus. Online unter: http://temme.wiwi.uni-wuppertal.de/fileadmin/kappelhoff/Downloads/Veroeffentlichungen/Soziale_Prozesse__4__2010.pdf (Letzter Aufruf am 20.09.2012).

Krähnke, Uwe (2007): Herbert Spencer, in: Ditmar Brock/Uwe Krähnke/Matthias Junge (Hg.): Soziologische Theorien von Auguste Comte bis Talcott Parsons, 2. Auflage, München: Oldenbourg Verlag, S. 79-98.

Kroneberg, Clemens (2008): Methodologie statt Ontologie. Das Makro-Mikro-Makro-Modell als einheitlicher Bezugsrahmen der akteurstheoretischen Soziologie, in: Jens Greve/Annette Schnabel/Rainer Schützeichel (Hg.): Das Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung. Zur Ontologie, Methodologie und Metatheorie eines Forschungsprogramms, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 232-247.

Kulischer, Michail (1885): Der Dualismus der Ethik bei den primitiven Völkern, in: Zeitschrift für Ethnologie 17, S. 205-213.

Laughlin, Robert B. (2007): Abschied von der Weltformel. Die Neuerfindung der Physik. München: Piper.

Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (Hg.) (2009): Politikwissenschaft: Eine Einführung. 6., grundlegend überarbeitete Auflage, Paderborn: Schöningh.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lindenberg, Siegwart (1985): An Assessment of the new political economy: Its potential for the social sciences and for sociology in particular, in: Sociological Theory 3: S. 99-113.

Lindenberg, Siegwart (1992). The method of decreasing abstraction, in: James S. Coleman/Thomas J. Feraro (Hg.): Rational choice theory: Advocacy and Critique, Newbury Park: Sage, S. 3-20.

Lorenz, Konrad (2007 [1963]): Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression, München: dtv.

Louzek, Marek (2011): The Battle of Methods in Econonmics. The Classical Methodenstreit – Menger vs. Schmoller, in: American Journal of Economics and Sociology, 70(2), S. 439-463.

Mayr, Ernst (1974): Behavior Programs and Evolutionary Strategies: Natural selection sometimes favors a genetically "closed" behavior program, sometimes an "open" one", in: American Scientist 62(6): 650-659.

McShea, Robert J., 1987: "Human Nature Theory and Political Philosophy". American Journal of Political Science 22 (3): 656-679.

Milinski, Manfred/Semmann, Dirk/Krambeck, Hans-Jürgen (2002): Reputation helps solve the 'tragedy of the commons', in: Nature 415, S. 424-426.

Miller, Patricia H. (2009): Theories of Developmental Psychology. New York: Worth Publishers.

Mols, Manfred (2009): Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin, in: Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung. 6., grundlegend überarbeitete Auflage, Paderborn: Schöningh, S. 23-62.

Morowitz, Harold J. (2004): The Emergence of Everything. How the World Became Complex. Oxford: Oxford University Press.

Naßmacher, Hiltrud (2010): Politikwissenschaft. 6., überarbeitete und aktualisierte Auflage, München: Oldenbourg Verlag.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München: Beck.

Nowak, Martin A./Page, Karen M./Sigmund, Karl (2000): Fairness versus reason in the Ultimatum Game. Science, Band 289, S. 1773–75.

Nowak, Martin A./Tarnita, Corina E./Wilson, Edward O. (2010): The evolution of eusociality, in: Nature 466, S. 1057-1062.

Olson, Mancur (2004 [1968]): Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. 5. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.

Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.

Patzelt, Werner J. (1987): Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags. München: Fink.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Patzelt, Werner J. (2007a): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studienbegleitende Orientierung. 6. Auflage, Passau: Wissenschaftsverlag Rothe.

Patzelt, Werner J. (2007b): Perspektiven einer evolutionstheoretisch inspirierten Politikwissenschaft, in: ders. (Hg.): Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit. Würzburg: Ergon, S. 183-235.

Popitz, Heinrich, 2010, Einführung in die Soziologie

Pinker, Steven (2002): The Blank Slate: The Modern Denial of Human Nature, New York: Viking.

Pritzel, Monika/Brand, Matthias/Markowitsch, Hans J. (2003): Gehirn und Verhalten. Ein Grundkurs der physiologischen Psychologie. Berlin: Spektrum.

Pyysiäinen, Ilkka/Hauser, Marc (2010): The origins of religion: evolved adaptation or by-product? In: Trends in Cognitive Sciences 14, S. 104-109.

Rattinger, Hans (2009): Einführung in die Politische Soziologie, München: Oldenbourg Verlag.

Reichholf, Josef H. (2008) Warum die Menschen sesshaft wurden. Das größte Rätsel unserer Geschichte. Frankfurt: Fischer.

Riedl, Rupert (2010): Die Folgen des Ursachendenkens; in: Paul Watzlawick (Hg.): Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? 5. Auflage, München/Zürich: Piper. S. 67-90.

Riedl, Rupert (1985): Die Spaltung des Weltbildes. Biologische Grundlagen des Erklärens und Verstehens. Berlin/Hamburg: Parey.

Rhue, Morton (1997): Die Welle. Bericht über einen Unterrichtsversuch, der zu weit ging. Ravensburg: Ravensburger Buchverlag.

Rockenbach, Bettina/Milinski, Manfred (2006): The efficient interaction of indirect reciprocity and costly punishment, in: Nature 444(7), S. 718-723.

Schiefenhövel, Wulf/Voland, Eckart (2009): The Biological Evolution of Religious Mind and Behaviour. Berlin: Springer.

Schurz, Gerhard (2011): Evolution in Natur und Kultur. Eine Einführung in die verallgemeinerte Evolutionstheorie. Heidelberg: Spektrum.

Sherif, Muzaffer (1935): A study of some social factors in perception. In: Archives of Psychology 187(27), S. 53-54.

Sherif, Muzaffer (1956): In Common Predicament: Social Psychology of Intergroup Conflict and Cooperation. New York: Houghton Mifflin.

Tane, Kengo/Takezawa, Masanori (2011): Perception of Human Face Does Not Induce Cooperation in Darkness, in: Letters on Evolutionary Behavioral Science 2(2), S. 24-27.

Tingley, Dustin (2007): Evolving Political Science: Biological Adaptation, Rational Action, and Symbolism in Political Science. Politics and Life Science 25(1): S. 23-41.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Tooby, John/Cosmides, Leda (1990): On the universality of human nature and the uniqueness of the individual: The role of genetics and adaption, in: Journal of Personality 58: 17-67.

Tooby, John/Cosmides, Leda (1992): The psychological foundations of culture, in: Jerome H. Barkow/Leda Cosmides/John Tooby (Hg.): The Adapted Mind: Evolutionary Psychology and the Generation of Culture. New York: Oxford University Press, S. 19-136.

Tooby, John/Cosmides, Leda (1994): Better than rational: Evolutionary psychology and the invisible hand, in: American Economic Review 84(2): S. 327-332.

Tooby, John/Cosmides, Leda (1997): Evolutionary Psychology. A Primer. Online unter: http://www.psych.ucsb.edu/research/cep/primer.html. Letzter Abruf am 21.09.2012.

Trivers, Robert L. (1971): The Evolution of Reciprocal Altruism, in: Quarterly Review of Biology 46, S.35-57.

Vanneste, Sven/Verplaetse, Jan/Van Hiel, Alain/Braeckman, Johan (2007): Attention bias toward noncooperative people. A dot probe classification study in cheating detection, in: Evolution and Human Behavior 28, S. 272-276.

Voland, Eckart (2009): Soziobiologie. Die Evolution von Kooperation und Konkurrenz. 3. Auflage, Heidelberg, Berlin: Spektrum Akademischer Verlag.

Vollmer, Gerhard (2002): Evolutionäre Erkenntnistheorie: Angeborene Erkenntnisstrukturen im Kontext von Biologie, Psychologie, Linguistik, Philosophie und Wissenschaftstheorie. 8. Auflage, Stuttgart: Hirzel.

Vorländer, Hans (2011): Einleitung, in: ders. (Hg.): Transzendenz und Gemeinsinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804. Dresden, S. 6-15.

Weber, Max (1980 [1922]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen: J.C.B. Mohr.

Wilkinson, Nick (2007): An Introduction to Behavioral Economics. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Wilson, David S. (2007): Group-level evolutionary processes, in: Robin I.M. Dunbar/Barrett, Louise (Hg.): Oxford Handbook of Evolutionary Psychology, New York: Oxford University Press, S.49-55.

Wilson, Edward O. (2012): The Social Conquest of Earth. New York: Liveright Publishing Corporation.

Workman, Lance/Reader, Will (2008): Evolutionary Psychology: An Introduction. Cambridge: Cambridge University Press.

Wrong, Dennis (1961): The oversocialized concept of man in modern sociology, in: ASR, 26, 2, S. 183-193.

Zafirovski, Milan Z. (2000): Spencer is dead, long live Spencer: individualism, holism, and the problem of norms, in: Britsh Journal of Sociology, 51(3), S. 553-579.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Autorenverzeichnis

Bochmann, Cathleen; M.A.; Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und Kommunikationswissenschaft in Dresden; Auslandsstudium der Psychologie und Geschichte in New Brunswick, N.J., USA; 1997-2003 freie Mitarbeiterin der politischen Erwachsenenbildung der Friedrich-Naumann-Stiftung und Stipendiatin der Begabtenförderung; 1999-2003 studentische Mitarbeiterin am Dresdner Sonderforschungsbereich 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit"; 2004-2006 Auslandsaufenthalte in Islamabad, Lahore und Karachi, Pakistan; dort Tätigkeit beim Liberal Forum Pakistan und Feldstudie zum pakistanischem Parlamentarismus; später veröffentlicht unter „Berufsmotive und Amtsführung pakistanischer Abgeordneter"; 2007-2009 Tätigkeit als Dozentin; seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich; Forschungsschwerpunkt: schwache Staatlichkeit und Staatszerfall; 2010 Consulting in Ägypten während des Beginns des Transformationsprozesses; 2011-2012 diverse Konferenzpublikationen zum Evolutorischen Institutionalismus und Staatszerfall im Rahmen von ECPR und IPSA.

Dreischer, Stephan; Dr. phil.; Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Kassel; 1997-1998 freie Mitarbeit in der Jugendbildung der Deutschen Angestelltengewerkschaft; 1998-1999 ‚stagiaire' der Europäischen Kommission; 1999-2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dresdner Sonderforschungsbereich 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit", seit 2009 zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich, ab Juli desselben Jahres im SFB 804 „Transzendenz und Gemeinsinn" an der TU Dresden. Veröffentlichungen u.a.: Das Europäische Parlament und seine Funktionen, Baden-Baden 2006; Parlamente und ihre Zeit. Zeitstrukturen als Machtpotentiale, Baden-Baden 2009 (Herausgeber zusammen mit W. J. Patzelt); Parlamente und ihre Zeit. Kategorien der Analyse, in: Patzelt, Werner J./Dreischer, Stephan (Hrsg.): Parlamente und ihre Zeit. Zeitstrukturen als Machtpotentiale, Baden-Baden 2009, S. 9-54; Vom parlamentarischen Forum zum parlamentarischen Mitgestalter. Verlaufsformen europa-

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

parlamentarischer Entwicklung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien, Baden-Baden 2012, S. 213-248; Jenseits der Geltung. Konkurrierende Transzendenzbehauptungen von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin 2013 (Herausgeber zusammen mit Ch. Lundgreen, S. Scholz, D. Schulz).

Heer, Sebastian; Dr. des.; Studium der Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Neueren Geschichte und Psychologie an der Technischen Universität Dresden sowie der University of Auckland (Neuseeland); 2007-2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dresdner Sonderforschungsbereich 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit"; seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter zunächst am Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich der Technischen Universität Dresden, ab Juli desselben Jahres im dortigen Sonderforschungsbereich 804 „Transzendenz und Gemeinsinn". Veröffentlichungen u.a.: Unfall, Design, Evolution? Warum Neuseeland 1993 sein Wahlsystem reformierte, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 4/2008, S. 867-886; Erlernte Entschleunigung. Die Eigenzeitkonstruktion des neuseeländischen House of Representatives in ihrer Veränderlichkeit, in: Patzelt, Werner J./Dreischer, Stephan (Hrsg.): Parlamente und ihre Zeit. Zeitstrukturen als Machtpotentiale, Baden-Baden 2009, S. 55-94; Die Evolution des Deutschen Bundestages. Stabilität als verfassungshistorische Verpflichtung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien, Baden-Baden 2012, S. 111-159; Politische Ordnungsdiskurse im Vergleich: Gesamtdeutschland, Ostdeutschland und die Europäische Union, in: Dreischer, Stephan/Lundgreen, Christoph/Scholz, Sylka/Schulz, Daniel (Hrsg.): Jenseits der Geltung. Konkurrierende Transzendenzbehauptungen von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin 2013, S. 158-176 (gemeinsam mit S. Dreischer und K. Kern).

Kern, Katharina; M.A.; Studium der Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Informatik an der Technischen Universität Dresden; 2005-2007 Forschungsstudentin im Europäischen/Internationalen Graduiertenkolleg „Institutionelle Ordnungen, Schrift und Symbole"; seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Dresdner Sonderforschungsbereich 804 „Transzendenz und Gemeinsinn". Veröffentlichungen: Politische Ordnungsdiskurse im Vergleich: Gesamtdeutschland, Ostdeutschland und die Europäische Union, in: Dreischer, Stephan/Lundgreen, Christoph/Scholz, Sylka/Schulz, Daniel (Hrsg.): Jenseits der Geltung. Konkurrierende Transzendenzbehauptungen von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin 2013, S. 158-176 (gemeinsam mit S. Dreischer und S. Heer); 2011-2012 diverse Konferenzpublikationen zu Transzendenz und Gemeinsinn als Ressourcen politischer Ordnungskonstruktion im Rahmen von EUSOC und IPSA.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Klose, Joachim; Dipl. Phys., Dr. phil.; Studium der Physik, Theologie, Philosophie, Wissenschaftstheorie, Logik und Statistik in Magdeburg, Berlin, Dresden, München und Cambridge (USA); 1996-1999 wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Akademie in Berlin; 1997-1998 Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität Berlin, 1999-2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Hygienemuseum; 2000-2006 Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden Meißen; seit 2007 Leiter des Bildungswerkes Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung; seit 2010 Lehrbeauftragter an der TU Dresden; Arbeitsgebiete: Naturphilosophie, Ethik in den Wissenschaften, Politik und Gesellschaft; Veröffentlichungen u.a.: Heimat heute. Reflexionen und Perspektiven, Dresden 2012 (Herausgeber zusammen mit R. Lindner und M. Seifert); Wir sind Heimat. Annäherungen an einen schwierigen Begriff, St. Augustin 2012 (Herausgeber zusammen H.-G. Pöttering); Wer macht Macht? – Neue und alte Akteure der globalen Geopolitik im 21. Jahrhundert, St. Augustin 2011; Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns, Leipzig 2010; Open and Closed Societies, in: Birx, H. James (Hrsg.): 21st Century Anthropology: A Reference Handbook, Los Angeles u.a. 2010, Band 2, S. 488-498; Gott oder Darwin? Vernünftiges Reden über Schöpfung und Evolution, Berlin 2008 (Herausgeber zusammen mit J. Oehler); Aspekte der Zeit, Münster 2004 (Herausgeber zusammen mit K. Morawetz); Die Struktur der Zeit in der Philosophie Alfred North Whiteheads, Freiburg/München 2002.

Meißelbach, Christoph; M.A.; Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Technischen Universität Dresden, seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden, Mitarbeit im Teilprojekt I des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804 „Transzendenz und Gemeinsinn". Derzeitiger inhaltlicher Schwerpunkt ist die Entwicklung von theoretischen Schnittstellen zwischen Sozialwissenschaften und Humanwissenschaften wie der Evolutionspsychologie und Soziobiologie. Die Magisterarbeit zur digitalen Demokratie wurde in einer überarbeiteten Version als Monographie veröffentlicht: Web 2.0 – Demokratie 3.0. Demokratische Potentiale des Internets, Baden-Baden 2009.

Patzelt, Werner J.; Prof. Dr. phil. habil.; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in München, Straßburg und Ann Arbor; 1980-1991 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau; seit 1991 Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden. Veröffentlichungen u.a.: Sozialwissenschaftliche Forschungslogik. Einführung, München/Wien 1986; Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags, München 1987; Abgeordnete und Repräsentation. Amtsverständnis und Wahlkreisarbeit, Passau 1993; Aufgaben politischer Bildung in den neuen Bundesländern,

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dresden 1994; Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews, Umfragen, Analysen, Berlin 1995; Parlamente und ihre Symbolik. Programm und Beispiele institutioneller Analyse, Wiesbaden 2001 (Herausgeber); Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis, Wiesbaden 2002 (Herausgeber zusammen mit Roland Schirmer); Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich, Wiesbaden 2003 (Herausgeber); Parlamente und ihre Macht, Baden-Baden 2005 (Herausgeber); Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit, Würzburg 2007 (Herausgeber); Parlamente und ihre Zeit. Zeitstrukturen als Machtpotentiale, Baden-Baden 2009 (Herausgeber zusammen mit Stephan Dreischer); Politik als Beruf, Wiesbaden 2011 (Herausgeber zusammen mit Michael Edinger); Einführung in die Politikwissenschaft, 7. Auflage, Passau 2013; zahlreiche Aufsätze und Buchkapitel u.a. zur Parteien-, Parlamentarismus- und Abgeordnetenforschung in deutschen und internationalen Fachzeitschriften. Redakteur der ‚Zeitschrift für Parlamentsfragen', Mitglied der ‚Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien' sowie des ‚Executive Committee der International Political Science Association'.

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Edition Politik

Michael Daxner, Hannah Neumann (Hg.)
Heimatdiskurs
Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern

2012, 340 Seiten, kart., zahlr. Abb., 32,80 €,
ISBN 978-3-8376-2219-5

Peter Engelhard
Die Ökonomen der SPD
Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts

2010, 148 Seiten, kart., zahlr. Abb., 16,80 €,
ISBN 978-3-8376-1531-9

Hendrik Meyer
Was kann der Staat?
Eine Analyse der rot-grünen Reformen in der Sozialpolitik

Februar 2013, 282 Seiten, kart., ca. 32,80 €,
ISBN 978-3-8376-2312-3

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Edition Politik

Henrique Ricardo Otten,
Manfred Sicking (Hg.)
Kritik und Leidenschaft
Vom Umgang mit politischen Ideen
(unter Mitarbeit von Julia Schmidt)

2011, 310 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1590-6

Andreas Pettenkofer (Hg.)
Menschenrechte und Protest
Zur lokalen Politisierung einer globalen Idee

September 2013, ca. 250 Seiten, kart., ca. 28,80 €,
ISBN 978-3-8376-2112-9

Hans Vorländer (Hg.)
Demokratie und Transzendenz
Die Begründung politischer Ordnungen

März 2013, 532 Seiten, kart., 39,80 €,
ISBN 978-3-8376-2278-2

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Edition Politik

Alexander Brand
Medien – Diskurs – Weltpolitik
Wie Massenmedien die internationale Politik beeinflussen
2012, 530 Seiten, kart., zahlr. Abb., 39,80 €,
ISBN 978-3-8376-1831-0

Lucyna Darowska
Widerstand und Biografie
Die widerständige Praxis der Prager Journalistin Milena Jesenská gegen den Nationalsozialismus
2012, 528 Seiten, kart., 39,80 €,
ISBN 978-3-8376-1783-2

Shamim Rafat
Ethik und Qualität in der Politikberatung
Zur Entwicklung von professionellen Standards und Grundsätzen
2012, 272 Seiten, kart., zahlr. Abb., 32,80 €,
ISBN 978-3-8376-2085-6

Patrick Schreiner
Außenkulturpolitik
Internationale Beziehungen und kultureller Austausch
2011, 448 Seiten, kart., 35,80 €,
ISBN 978-3-8376-1647-7

Jana Trumann
Lernen in Bewegung(en)
Politische Partizipation und Bildung in Bürgerinitiativen
Januar 2013, 298 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-2267-6

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422472 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -